Volker R. Berghahn

Der Stahlhelm

Bund der Frontsoldaten 1918–1935

Herausgegeben von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 33

Meinen Eltern

1966

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn

Gesamtherstellung:
Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf
Buchausstattung: Johannes Mühle
Printed in Germany

Vorwort

Kriegsteilnehmerverbände gibt es nicht erst seit dem 20. Jahrhundert. Schon früher haben sich nach dem Ende eines Krieges immer wieder Männer zusammengeschlossen, um das Erlebnis von Kampf und Kameradschaft zu bewahren. Auch sind derartige Verbände kein typisch deutsches Phänomen. Sie bildeten sich vielmehr in allen Ländern Europas und erlangten mit der wachsenden Demokratisierung schon durch ihre steigenden Mitgliederzahlen immer mehr an Bedeutung. Im Deutschland der Zeit vor 1914 waren Zusammenschlüsse ehemaliger Soldaten unter dem Namen Kriegervereine bekannt. In ihnen hatte man den Glauben an die dauernde Gültigkeit militärischer Ordnungsprinzipien mit patriotischen Gefühlen zu einem spezifischen Lebensstil vereint, der meist behäbig-gemütlich unter der alten Regimentsfahne an den Stammtischen provinzieller Wirtshäuser gepflegt wurde.

Der Erste Weltkrieg jedoch brachte eine neue Form des Kampfes, die sich — mit Ausnahme vielleicht des amerikanischen Bürgerkrieges — durch ihre Totalität von allen vorherigen unterschied. Damals waren zum ersten Male nicht nur fürchterliche Waffen zum Einsatz gekommen, sondern es waren auch alle physischen und psychischen Kräfte der einzelnen Teilnehmernationen in einer bis dahin unbekannten Weise mobilisiert worden[1]). Angesichts solcher Veränderungen in der Natur des Krieges war es nicht überraschend, daß nach 1918 in allen beteiligten Ländern Kriegsteilnehmerverbände emporschossen, die sich in mancher Hinsicht von den Organisationen des 19. Jahrhunderts unterschieden. Aus vielerlei Gründen wird das Weimarer Deutschland weithin als das klassische Land für Zusammenschlüsse ehemaliger Soldaten angesehen[2]). Nirgends, so scheint es, entwickelten sie ein komplexeres Organisationsnetz; nirgends er-

[1]) Zur Frage des totalen Krieges siehe z. B. Hans Morgenthau, *Politics among Nations* (B 129), S. 365 ff.

[2]) Eine Arbeit, die diesen Gründen analytisch nachgeht, liegt bisher noch nicht vor. Sie würde sich aber wohl befassen müssen mit Faktoren wie der von Gerhard Ritter (*Staatskunst und Kriegshandwerk* [B 154], Bd. II, S. 123 ff.) beschriebenen „Militärfrömmigkeit" des deutschen Bürgertums, dem Aufkommen „überparteilicher" außerparlamentarischer Bewegungen vor 1914 und den psychologischen Wirkungen des totalen Krieges. Gerade dieses „Kriegserlebnis" wurde in späteren Jahren immer wieder als besonders entscheidend herausgestellt. Siehe dazu etwa die Selbstzeugnisse in Friedrich Wilhelm Heinz, *Die Nation greift an* (B 084); Edgar von Schmidt-Pauli, *Geschichte der Freikorps. 1918—1924* (B 169); Walter Eberhard von Medem, *Männer und Mächte* (B 120); Wilhelm Kleinau, Hrsg., *Stahlhelm-Jahrbuch 1926* (B 103). Als wichtiger Faktor für das Wachstum der Wehrverbände wäre schließlich wohl noch die Niederlage von 1918 mit den ihr folgenden Unruhen und Enttäuschungen zu behandeln.

reichten sie höhere Mitgliederzahlen und nirgends übten sie einen größeren politischen Einfluß aus.

Diese Entwicklung führte unweigerlich auch zu qualitativen Veränderungen. Viele Verbände in Deutschland durchbrachen den ausschließlich nur rückschauenden und kontemplativen Rahmen, innerhalb dessen sich vergleichbare Organisationen besonders in den westeuropäischen Ländern bewegten. Sie stellten sich vielmehr ehrgeizige politische Aufgaben und entwickelten paramilitärische Züge. Das ergibt sich schon aus einem Vergleich mit den im angelsächsischen Sprachraum gebräuchlichen Terminologien. Die Engländer nennen ihre Kriegsteilnehmerverbände „ex-servicemen's associations", die Amerikaner die ihren „veterans' organisations". Sie entsprechen nach Struktur und Zielsetzungen in etwa den deutschen Kriegervereinen. Doch das Wort Kriegerverein würde für eine Kennzeichnung der nach 1918 in Deutschland aufgetretenen Verbände allein nicht mehr ausreichen. Zwar gab es auch in der Weimarer Republik noch Kriegervereine, aber sie blieben politisch relativ unbedeutend. Die eigentlichen Impulse gingen in jener Zeit von Kriegsteilnehmerorganisationen aus, die als „Wehrverbände" oder auch „Soldatenverbände" bekannt geworden sind. In den folgenden Kapiteln soll versucht werden, an ein :m Beispiel ein Bild von dem aus der Weimarer Geschichte nicht mehr fortzu enkenden Phänomen des Wehrverbandes zu zeichnen[1]).

Fragt man jedoch vorweg, was diesen Wehrverbänden bei aller Verschiedenheit am augenfälligsten gemeinsam gewesen ist, so wird wohl ihr fester Glaube daran genannt werden müssen, daß sich die Verwicklungen menschlichen Lebens und Zusammenlebens in saubere militärische Formeln würden fassen lassen. Die Gründe hierfür sind vermutlich nicht zuletzt gerade in der obrigkeitsstaatlichen Struktur sowie der politischen Begriffs- und Lebenswelt des Kaiserreiches zu suchen. Denn die Hohenzollern-Monarchie hatte sicherlich niemals viel getan, um die Urteilsfähigkeit ihrer Bürger zu entwickeln. Aus jener Zeit rührte somit jenes Unverständnis für die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns, das besonders in den nationalistischen Wehrverbänden der Weimarer Zeit spürbar war. Die Betonung lag auch jetzt noch immer mehr auf einer geraden Haltung und einem autoritätsgläubigen Hurra-Patriotismus, wodurch den Wehrverbandspolitikern die Anpassung an das Leben einer demokratischen Republik unendlich erschwert, wenn nicht gar verwehrt wurde. Im Grunde blieben sie alle immer nur Soldaten. Das Handwerk eines Politikers erlernten sie nie, geschweige denn das eines Staatsmannes.

[1]) Angesichts der Fülle an Material wurde hier bewußt darauf verzichtet, dieses Phänomen auch politisch-wissenschaftlich zu fassen. Eine Studie, die eine derartige „Anatomie" zumindest skizzenhaft versucht, ist die unveröffentlichte Dissertation von Warren E. Williams: *Paramilitarism in Inter-State Relations: The Role of Political Armies in Twentieth Century European Politics* (B 211), insbesondere Kapitel I und II. Sehr viel gründlicher und erschöpfender ist jedoch die Arbeit von Karl Rohe über das „Reichsbanner" (Band 34 der Schriftenreihe Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien).

Die Geschichte des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, dem diese Studie gewidmet ist, bietet ein gutes Beispiel dafür, daß es keiner Böswilligkeit und Raffinesse bedurfte, um diesen einflußreichen Bund eine schicksalsschwere Rolle in der deutschen Nachkriegsentwicklung spielen zu lassen. Es genügte, daß die Stahlhelmführer sich fortwährend selbst überschätzten und ihre Gegner unterschätzten; es genügte bereits, daß sie der Macht, über die sie verfügten, hilflos gegenüberstanden und einen Fehler nach dem anderen machten. Schließlich blieb dann nur noch die Bankrotterklärung.

Der Stahlhelm ist auch heute noch für viele durchaus ein Begriff, und zwar auch für Nicht-Historiker. Damit ist aber nicht gesagt, daß man sich über die Entwicklung und das Wesen des Bundes immer eine klare Vorstellung macht. Vielmehr hat sich um ihn so manche Legende gerankt, die erst dann in sich zusammenfällt, wenn man die Dokumente aus der Geschichte des Stahlhelms auf sich wirken läßt. So scheint bei ehemaligen Stahlhelmern und allgemein bei vielen, die die Weimarer Republik aus eigenem Erleben kennen, aber nicht geliebt haben, die Ansicht zu bestehen, daß der Bund eine harmlose Erinnerungsgemeinschaft alter Frontsoldaten gewesen sei. Dies mag, wie zu zeigen sein wird, für die erste Zeit seines Bestehens vielleicht noch zugetroffen haben. Aber man sollte deshalb nicht vergessen, daß die Bundesführung bald weitergreifende Vorstellungen über ihre Aufgaben entwickelte. Wenn sie sich dabei zuerst als eine Art Reserve der Reichswehr betrachtete und eine an soldatischen Prinzipien und Idealen besonders stark ausgerichtete Organisation aufbaute, so drückte sich darin die Andersartigkeit des Stahlhelms gegenüber den bescheideneren Kriegervereinen aus. Doch hat sich der Bund nicht nur als Wehrverband verstanden und sich in Zusammenarbeit mit der Armee für eine Wiederaufrüstung Deutschlands eingesetzt; vielmehr bemühten sich seine Führer im Laufe der Zeit auch immer mehr um die Verwirklichung bestimmter staats- und sozialpolitischer Konzeptionen.

Im Gegensatz zur nationalsozialistischen SA oder zum kommunistischen Rotfrontkämpferbund jedoch entschied man sich nie für den einen oder den anderen Weg, d. h. man sah sich nie entweder als ein militärischen Zielen verschriebener „überparteilicher" Verband oder als eine reine Parteiarmee. Aus dieser eigenartigen Zwitterstellung erklären sich nicht zuletzt die vielen Schwankungen des Stahlhelms zwischen der Republik und ihren unversöhnlichen Feinden sowie die Unsicherheit seiner Führer bei der Festlegung ihrer politischen Linie. Freilich, sie alle waren keine Demokraten und hofften auf die Zerstörung des „Systems". Doch wenn sich die Politik der Frontsoldaten am besten in dieser negativen Weise formulieren läßt, so ist dies in ihrem Falle für denjenigen, der die genannten Eigenarten berücksichtigt, weniger erstaunlich.

Nun trifft es zwar zu, daß der Bund mit dem Regime, das er im Januar 1933 errichten half, nicht in allen Punkten übereinstimmte. Aber damit wurde er nicht einfach zu einer Organisation von Widerstandskämpfern. Vielmehr wird

man festhalten müssen, daß das „Dritte Reich" weitaus mehr den Vorstellungen der überwiegenden Mehrzahl der Stahlhelmmitglieder entsprach als die Weimarer Republik. Eine Rückkehr zu einer liberalen Demokratie wollte man auf keinen Fall, so ungern ehemalige Stahlhelmer dies heute wahrhaben wollen.

Eine andere und in der Regel sehr kritische Haltung nehmen diejenigen ein, die sich zum Stahlhelm und seinen Ideen nicht hingezogen fühlten. Dort besteht vielfach die Neigung, den Bund mit schon früher gebräuchlichen Plakaten zu versehen und ihn vorschnell mit dem Nationalsozialismus zusammenzuwerfen. So allerdings wird man die Komplexität der Stahlhelmbewegung auch kaum in den Griff bekommen, besonders wenn man zudem noch versucht, aus der Geschichte des Bundes moralische Lehren zu ziehen. Schon wer sich vornehmlich auf veröffentlichtes Material stützt, kann den erwähnten eigenartigen Charakter des Stahlhelms erkennen und ihn wohl grundsätzlich richtig einschätzen. Um aber zu erfassen, was sich hinter der Fassade frontsoldatischer Ge- und Entschlossenheit an politischen und auch menschlichen Unzulänglichkeiten verbarg, muß man allerdings auf die Quellen zurückgehen[1]). Glücklicherweise ist dies trotz der Einwirkungen des Zweiten Weltkrieges auch heute noch möglich. Nicht nur eine Reihe von Stahlhelm-Zeitungen sind erhalten geblieben, sondern — weit verstreut in Archiven in Ost und West — auch zahlreiche Akten. Einiges Material befindet sich noch in privaten Händen und war leider nicht zugänglich.

Beim Auffinden der benutzten Quellen waren mir besonders Herr Dr. Booms vom Bundesarchiv Koblenz und Herr Dr. Schmid vom Deutschen Zentralarchiv in Potsdam behilflich. Gleichfalls zu Dank verpflichtet bin ich Herrn Archivdirektor Böhm, dem Direktor des Bayerischen Kriegsarchivs in München, sowie den Leitern und Mitarbeitern der Stadt- und Staatsarchive Braunschweig, Düsseldorf, Hannover und Wolfenbüttel. Auch das Berlin Document Center, die Foreign Office Library in London, die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg und das Münchener Institut für Zeitgeschichte stellten mir freundlicherweise ihre Sammlungen zur Verfügung.

Weiterhin habe ich eine Reihe von Herren besucht, die mit dem Stahlhelm verbunden waren, und ihre Gastfreundschaft dankbar genossen. Ich fürchte, sie werden nicht immer mit dieser Arbeit übereinstimmen, und ich gestehe, daß mir der Konflikt zwischen persönlicher Wertschätzung und intellektueller Ehrlichkeit einiges Kopfzerbrechen bereitet hat. Es besteht kein Zweifel, daß die Mehrheit der Stahlhelmer aufrechte und gerade Männer waren und — soweit sie noch leben — auch heute noch sind. Da sie aber nicht nur als Einzelmenschen

[1]) Dies hat m. E. Alois Klotzbücher in seiner mir erst bei der Korrektur dieser Arbeit bekanntgewordenen Dissertation (*Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der „Nationalen Opposition" 1918—1933*, Erlangen, *1965*) nicht genügend getan bzw. nicht tun können. Denn die lesenswerte Zusammenfassung darf nicht zu dem Schluß verleiten, daß die jeweiligen Kapitel seiner Arbeit lücken- und fehlerlos sind. Da er in erster Linie veröffentlichtes Material benutzte, konnte er es nicht vermeiden, den verschlungenen politischen Weg des Stahlhelms an vielen Stellen einfach zu begradigen.

auftraten, sondern auch als Mitglieder einer politischen Bewegung, haben sie auch einen, wie man sehen wird, recht beachtlichen politischen Einfluß auf ihre Um- und Nachwelt ausgeübt. Sie mußten daher damit rechnen, daß die Historiker sich eines Tages für sie interessieren und ihnen einen geschichtlichen Platz zuzuweisen versuchen würden. Wenn dieser Platz im Falle dieser Arbeit nicht dort ist, wo zumindest mancher meiner Gastgeber den Stahlhelm gern sähe, so liegt das daran, daß ich glaubte, mich in den meisten Fällen eher auf die vielen bisher unbekannten Dokumente verlassen zu sollen als auf die durch zwischenzeitliche Ereignisse verklärten Erinnerungen von Überlebenden.

Mündliche Auskünfte verdanke ich Herrn Dr. Heinz Brauweiler, Herrn Dr. Georg Duesterberg, Herrn Thomas Girgensohn, Herrn Martin Hauffe, Herrn Friedrich Wilhelm Heinz, Herrn Klaus Schlegel, Herrn Dr. Harald Seldte, Herrn Carl Simon und Herrn Hans von Wick. Ich korrespondierte mit Herrn Kapitän a. D. Hermann Ehrhardt, Herrn Sigmund Graff, Herrn Dr. Erich Lübbert sowie Herrn Otto Schmidt-Hannover. Ihnen, sowie allen Ungenannten, die mir behilflich waren, gilt mein Dank. Der Hilfe, die mir durch die Leitung und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Wiener Library in London gegeben wurde, kann ich mit einem kurzen Satz des Dankes überhaupt nicht gerecht werden.

Das englische Original dieser Arbeit wurde im Juni 1964 als Dissertation an der Universität London angenommen. Meine Studien dort wurden durch ein großzügiges Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes ermöglicht und von meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor F. L. Carsten, in jeder erdenklichen Weise gefördert. Die Übersetzung konnte ich in der Stille des St. Antony's College in Oxford anfertigen, wo mir A. J. Nicholls, H. Pogge-von Strandmann, Dr. K. Rohe und Dr. J. Voigt mit Ratschlägen zur Seite standen. Schließlich gilt mein Dank ganz besonders Herrn Professor E. Matthias und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, durch die die Veröffentlichung dieser Arbeit möglich wurde.

Oxford, im April 1965

V. R. Berghahn

Inhalt

Vorwort 5
Verzeichnis der Abkürzungen 12
Kapitel I: 1918—1923 13
1. Die Ursprünge des Stahlhelms, 1918—1919 13
2. Wachstum und Rückschläge, 1920—1922 26
3. Flirt mit den Rechtsputschisten, 1923 39
Kapitel II: 1924—1926 55
1. Der Stahlhelm und die geheime Wiederaufrüstung 55
2. Vorstöße in die Politik 64
3. Der Stahlhelm und Stresemann 75
4. Das Debüt der Intellektuellen 91
Kapitel III: 1927—1929 103
1. Die Vollendung der politischen Umorientierung 103
2. Der Bruch mit der DVP und die Ankündigung des Stahlhelm-Volksbegehrens 115
3. Hindenburgs Intervention und das Volksbegehren gegen den Young-Plan . 122
4. Das Langenberg-Verbot 131
Kapitel IV: 1930—1931 143
1. Nach dem Volksbegehren 143
2. Schaukelpolitik 156
3. Aussicht auf eine Rechtserweiterung 169
4. Der Weg nach Harzburg 179
Kapitel V: 1931—1932 187
1. Die Ernüchterung nach der Harzburger Tagung 187
2. Der Stahlhelm gerät in die Isolierung 195
3. Was ist Überparteilichkeit? 211
4. Der Stahlhelm verläßt das politische Schlachtfeld 219
Kapitel VI: 1932—1935 231
1. Die erste Phase der politischen Selbstliquidierung: Die Ära Papen 231
2. Die zweite Phase der politischen Selbstliquidierung: Der Sturz Schleichers und Duesterbergs 245
3. Die organisatorische Selbstliquidierung des Stahlhelms 263
Schlußbetrachtung 275
Epilog 279
Anhang 283
Bibliographie 289
Personen- und Sachregister 297

Verzeichnis der Abkürzungen

(Nur für die Fußnoten)

1. AA	Auswärtiges Amt
2. BA	Bundesarchiv
3. Bay. KrA.	Bayerisches Kriegsarchiv
4. B. T.	Berliner Tageblatt und Handelszeitung
5. Der Sta.	Der Stahlhelm (Bundeszeitung)
6. Der Sta. (LV Brschw.)	Der Stahlhelm (Landesverband Braunschweig)
7. Doc. Center	Document Center
8. DZA	Deutsches Zentralarchiv
9. F. O. L.	Foreign Office Library
10. Forschungsstelle	Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg
11. Hbg. Corr.	Hamburgischer Correspondent
12. Hbg. Nachr.	Hamburger Nachrichten
13. HStA. D'dorf	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
14. IfZ	Institut für Zeitgeschichte
15. Jg. Nat.	Junge Nation (Braunschweig)
16. Krz. Ztg.	Kreuz-Zeitung
17. Mgdb. Ztg.	Magdeburgische Zeitung
18. Nds. StA.	Niedersächsisches Staatsarchiv
19. NSDFB	Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund
20. OG	Ortsgruppe
21. PrMdJ	Preußischer Minister des Innern
22. PrIM	Preußisches Innenministerium
23. PrJusM	Preußisches Justizministerium
24. RdJ	Reichminister des Innern
25. RIM	Reichsinnenministerium
26. Rkomm.	Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung
27. Rkzlei	Reichskanzlei
28. RW	Reichswehr
29. V. B.	Völkischer Beobachter

Erläuterungen zum Fußnotensystem:

Um das Auffinden der genauen Bezeichnung der zitierten Quelle zu erleichtern, wurden jedesmal Chiffren in Klammern gesetzt, die mit den in der Bibliographie aufgeführten übereinstimmen. Zum Beispiel: DZA Potsdam (A 24) ... heißt dann Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Nachlaß Enckevort ... Und Rudolf Berg (B 008) ... heißt dann, Rudolf Berg, *Angeklagter oder Ankläger?*, Göttingen, 1954, ...

Kapitel I

1918—1923

1. Die Ursprünge des Stahlhelms, 1918—1919

Nur wenige Tage nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, am 13. November 1918, rief der Hauptmann der Reserve und Besitzer eines alteingesessenen Familienunternehmens der Magdeburger Mineralwasserindustrie, Franz Seldte, in einem Laborraum seiner Fabrik etwa ein Dutzend seiner einstigen Kameraden aus dem Infanterieregiment 66 sowie seine Brüder Eugen und Georg zusammen. Sie alle wurden Zeugen der ersten Vorbereitungen zur Gründung des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten. Spätere Stahlhelmchronisten haben nicht nur die Namen der Teilnehmer an diesem Treffen überliefert, sondern auch über seinen Verlauf ihre eigene mehr oder weniger lebhafte Phantasie spielen lassen[1]). Gestützt auf die Erzählungen Franz Seldtes, des einzigen, der weit über Magdeburg hinaus bekannt werden sollte, ist die Laborversammlung in der Stahlhelm-Literatur mit einem Glorienschein versehen worden[2]).

Aus der Distanz betrachtet, sehen die Anfänge des Bundes freilich weniger eindrucksvoll aus. Jedenfalls dürfte der Glaube an eine große Berufung dieses Dutzend Magdeburger Kriegsheimkehrer kaum zusammengeführt haben. Versammlungen, wie Seldte sie einberufen hatte, wurden in den Wochen nach dem Zusammenbruch der Front überall in Deutschland abgehalten, und dabei ging es regelmäßig um etwas ganz anderes. Den meisten Teilnehmern war es nur um eine möglichst schnelle Wiederherstellung der Ordnung zu tun, und bald erklang in allen Teilen des Reiches der Ruf, den revolutionären Kräften entgegenzutreten. Besonders das Bürgertum, das von jeher nichts mehr verdammte als Gesetzlosigkeit und Unordnung, mußte sich für eine Unterdrückung der linksradikalen Bewegung aussprechen.

An nichts weiter als eine solche Protestkundgebung und einen Aufruf zum

[1]) Siehe Sigmund Graff et al., *Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder* (B 069), Bd. I, S. 23, 169.

[2]) So schrieb z. B. Johannes Bock (in *Der NSDFB (Stahlhelm). Geschichte, Wesen und Aufgabe des Frontsoldatenbundes* [B 029], S. 9), daß der Stahlhelm „nicht als ein Zufallstreffer in der Lotterie des Lebens irgendeines irgendwie gearteten Mannes, sondern als die Tat einer durch und durch soldatischen Natur" dastehe. Siehe auch Seldtes eigene nachträgliche Interpretation in *Jg. Nat.*, 15. 10. 1931, S. 2. Einem seiner Biographen zufolge hatte Seldte vor Kriegsende sogar Visionen vom Stahlhelm. Hansgeorg Roth, *Unser Franz* (B 159), S. 36.

Widerstand dachten allem Anschein nach zunächst auch die Männer um Seldte. In der Unsicherheit und Verwirrung, die besonders die bürgerlichen Schichten in Deutschland ergriffen hatte, wollte man seine Zeit nicht mit langen und nutzlosen politischen Proklamationen verschwenden. Gegen die Spartakisten mußte gehandelt und nicht geredet werden. Darin waren sich Seldte und seine Kameraden in jenen Tagen Ende 1918 einig. Sie alle waren über die „Schweinerei" der Revolution[1]) so erregt, daß sie sich am 25. Dezember erneut trafen, um einen Verband zu gründen, den sie jetzt offiziell „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918" nannten[2]). Folglich gab es im Winter 1918—1919 gewiß noch keine Anzeichen dafür, daß diese neue Organisation später einmal zum Kern- und Orientierungspunkt der konservativ-nationalistischen Wehrverbände der Weimarer Republik werden sollte. Was am 13. November 1918 begann, hätte ebenso gut auch ein Fehlunternehmen werden können, und man hätte sich nie für Seldte und seinen Bund interessiert.

Allen Widrigkeiten zum Trotz wurden die Gründungsmitglieder von einem beachtlichen Eifer ergriffen. Sie beschlossen, gegen die verwirrenden Zustände in Deutschland zuerst einmal öffentlich durch eine Frontsoldatenversammlung am 6. Januar 1919 zu protestieren[3]). Die *Magdeburgische Zeitung* veröffentlichte am Tage nach diesem Treffen einen Bericht, der die rauhe, aber herzliche Atmosphäre während dieser Versammlung recht verläßlich wiederzugeben scheint[4]). So lesen wir, daß der Sprecher des Bundes, ein Feldwebel und Ingenieur namens Stahl, an die einigende Kraft des gemeinsamen Kampfes und „den guten Geist der Front" appellierte, den man nun für den „Neubau des Staatslebens" einsetzen solle. Der Stahlhelm, so fuhr der Sprecher fort, werde für die wirtschaftlichen Interessen der alten Frontsoldaten eintreten. Allerdings lehne man eine offene Verbindung mit irgendeiner Partei ab. Der Bund wolle auf jeden Fall über den Parteien stehen.

Somit stand dieses erste Treffen des Stahlhelms ganz im Zeichen eines egalitären und durchaus republikanischen Geistes. Sozialdemokraten standen als Zuhörer neben Liberalen und Konservativen, und alle, wenn auch mit unterschiedlicher Begeisterung, spendeten Beifall, als der Sprecher versicherte, daß der Stahlhelm sich „auf den Boden der Republik" stelle und „die jetzige Regierung mit aller Kraft unterstützen" wolle[5]). Diese Worte so wie die dann folgende

[1]) So nannte es Seldte in einem Beitrag zu Franz Schauwecker, Hrsg., *Stahlhelm-Jahrbuch 1927* (B 162), S. 7.

[2]) S. Graff et al. (B 069), S. 25.

[3]) *Mgdb. Ztg.*, 4. 1. 1919 (Morgenblatt), S. 8; *ibid.*, 5. 1. 1919 (Morgenblatt), S. 15, bringen entsprechende Werbeanzeigen.

[4]) *Ibid.*, 7. 1. 1919 (Abendblatt), S. 3.

[5]) *Ibid.* Es gibt eine Reihe von Beweisen dafür, daß der Stahlhelm sich um diese Zeit für eine republikanische Organisation hielt. So legte zum Beispiel Seldte einem Brief an die preußischen Behörden vom 10. 7. 1922 zwei Flugblätter bei, die beide aus dem Winter 1918/19 stammten und in denen sich der Stahlhelm zur Republik bekannte. DZA Potsdam (A 21), 13265, fols. 122—23.

Diskussion waren im Hinblick auf die spätere Entwicklung des Bundes nicht ohne Bedeutung. Zwar geißelten einerseits verschiedene Stimmen „den gewissenlosen Terror der Spartakusleute", andererseits aber kam es auch vor, daß Franz Seldte sich als kapitalistischer Drückeberger angegriffen sah, was — zumindest seiner eigenen Aussage zufolge — ihn veranlaßte, auf einen Tisch zu steigen und in magdeburgischem Dialekt auszurufen[1]): „Ihr verrückten Armleuchter, meint Ihr vielleicht, ick habe meinen linken Arm unter de Elektrische verloren?" Es war offensichtlich, wo Seldte seinen Arm verloren hatte, und die meisten Kritiker des Fabrikbesitzers verstummten.

Im Lichte dieser Vorgänge ist es nicht verwunderlich, daß die endlich verabschiedete Entschließung alles andere als radikal war[2]):

> Die am 6. Januar 1919 im Walhalla-Theater versammelten mehr als 1000 Frontsoldaten fordern die leitenden Stellen auf, weit mehr als bisher für die Interessen der heimgekehrten Frontsoldaten zu sorgen, besonders sie in ruhigen, sorgenfreien Stellen, wie z. B. im Wachregiment usw., anzustellen. Wenn nicht genügend solche Stellen vorhanden sind, müssen unter Umständen Leute, die während des Krieges solche Stellen bekleidet haben, solche räumen, um die Frontsoldaten vor dem Zigeunerleben der Notstandsarbeiten zu bewahren. Auch legen die Versammlungsteilnehmer schärfsten Protest gegen die verbrecherischen Bestrebungen kleiner Minderheiten ein, ganz gleich ob sie von rechts oder von links kommen, aufs neue das endlich beendete Blutvergießen nun in der Heimat zu entfesseln. Es muß mit allen Mitteln versucht werden, die gesicherte Rückführung des Ostheeres durchzuführen.

So waren die in etwas unbeholfene, wenngleich aufrichtige Sprache gefaßten Forderungen der Versammelten eher sozialer denn politischer Natur. Sicherlich war das Treffen vom 6. Januar nicht von einer Clique von Extremisten organisiert worden, sondern von beunruhigten Durchschnittsbürgern, denen nur daran lag, die Unruhen zu einem möglichst schnellen Ende zu bringen. Sie alle hofften — wie es die *Magdeburgische Zeitung* ausdrückte —, daß der Stahlhelm dazu beitragen werde, „den Sinn für Ordnung und Sachlichkeit und das Selbstbewußtsein zu stärken[3])".

Ein ähnliches, in der *Kreuz-Zeitung* wiedergegebenes Flugblatt hatte folgenden Wortlaut: „Wir stellen uns rückhaltlos auf den Boden der neuen Zeit für die neue Regierung und treten mit allen Kräften für sie ein! Wir bekennen uns zur republikanischen Staatsform! Wir, die wir den Krieg jahrelang kennenlernten, wir ersehnen dauernden Frieden und verdammen und verwerfen jeden Völkerhaß. Aber wir glauben der Menschheit am besten dienen zu können als treue Söhne unseres Volkes." *Krz.-Ztg.*, 20. 3. 1931, S. 4. Bezeichnend ist schließlich, daß die ersten Stahlhelm-Plakate die republikanischen Farben zeigten. DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 225a, *Protokoll der Gründungsversammlung der OG Stade (Abschrift)*, 29. 10. 1921; *Mündliche Auskunft Dr. Brauweilers*, Berlin, 11. 8. 1962.

[1]) S. Graff et al. (B 069), S. 27—28.

[2]) *Mgdb. Ztg.*, 7. 1. 1919 (Abendblatt), S. 3. Im Anschluß an diese Veranstaltung sollen sich mehr als 150 neue Mitglieder gemeldet haben.

[3]) *Ibid.*

Es war zweifellos nötig, solche Hoffnungen auszusprechen, denn die junge Republik befand sich in einem beklagenswerten Zustand und überall drohten Revolten[1]). Um in dieser Krisenlage über die nötigen Machtmittel zu verfügen, hatte sich der spätere sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert mit der alten kaiserlichen Armee verbunden. Mit ihrer Hilfe wollte er gesetzmäßige Zustände wiederherstellen und rief nach Freiwilligen zur Bekämpfung der radikalen Linken und zur Verteidigung der Grenzen des Reiches. Konservativ gesinnte Männer glaubten, das Land in den Abgrund stürzen zu sehen, und, kaum vom Schlachtfeld zurückgekehrt, luden sie, dem Aufruf der Regierung folgend, wieder ihre Gewehre zum Kampf gegen die Linksrevolutionäre. Mehr als vierzig Jahre später ist es oft schwierig, sich das Ausmaß der Verwirrung vorzustellen, durch die Männer verschiedener politischer Anschauungen nebeneinander Dienst taten. Ihnen war eigentlich nur der Wunsch gemeinsam, das Leben möglichst schnell zu normalisieren[2]).

Die ersten Stahlhelmer in Magdeburg waren typische Vertreter dieser Art von Revolutionsgegnern. Die Reichsregierung hatte in Berlin alle Hände voll zu tun, und überall im Lande übernahmen daher oft ortsansässige Prominente aus Kreisen des liberalen Bürgertums und der Sozialdemokratie die Verantwortung für die Wiederherstellung der Ordnung — wie etwa auch in Magdeburg. In der Stadt kam es nur Anfang Februar 1919 für wenige Tage zu Unruhen. Sonst blieb ihr das Schicksal langer Straßenkämpfe erspart. Der von verantwortungsbewußten Männern geführte Magdeburger Arbeiterrat stellte ein Wachregiment auf, das bis zum Einmarsch von Regierungstruppen Anfang April für die Sicherheit der Gemeinde sorgte[3]). Ohne auf die Lage am Geburtsort des Stahlhelms im einzelnen eingehen zu wollen, kann doch so viel gesagt werden, daß in Magdeburg weder die Linke noch die Rechte ein Übergewicht besaß. Während Halle, die zweite Wiege des Stahlhelms[4]), in heftige Kämpfe verwickelt wurde, blieb Seldtes Heimatstadt verhältnismäßig ruhig[5]).

An dieser Mäßigung hatte der Stahlhelm einen nicht geringen Anteil. Am 13. Januar hielt der Bund seine erste Mitgliederversammlung ab, in der beschlossen wurde, dem Arbeiterrat die Unterstützung kampferprobter Frontsoldaten anzubieten[6]). Das Angebot wurde gern angenommen, und von nun an gehörten Stahlhelmmitglieder zu den Kerntruppen der örtlichen Selbstverteidi-

---

[1]) Siehe z. B. *ibid.*, 10. 1. 1919 (Morgenblatt), S. 1—2.

[2]) Genaueres bei Harold J. Gordon, *The Reichswehr and the German Republic. 1919—1926* (B 067), S. 57—58; Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik, 1918—1919* (B 107), S. 121, 303.

[3]) *Mgdb. Ztg.*, 9. 4. 1919 (Mittagsblatt), S. 1. Die in Stahlhelm-Büchern angegebenen Daten für diese Zeit sind nicht immer verläßlich.

[4]) Siehe unten S. 18 f.

[5]) E. Kolb (B 107), S. 92, 97, 109, 218.

[6]) DZA Potsdam (A 19), 1, fols. 3—4, *Protokoll der Sitzung*, 13. 1. 1919.

gung, die bis zu ihrer Auflösung durch General Ludwig Maercker ihre Pflichten im großen und ganzen zufriedenstellend erfüllten[1]). Maercker war Anfang März von der Reichsregierung beauftragt worden, gegen die mitteldeutschen Spartakisten vorzurücken. Nachdem er im Industriebezirk Halle-Merseburg sich dieses Auftrags entledigt hatte, kam er — am 9./10. April — nach Magdeburg[2]). Den Bewohnern war der General willkommen. Er verlangte seinerseits nur Loyalität zur Reichsregierung und leitete nach der Auflösung der Wachkontingente die Aufstellung einer Einwohnerwehr und eines Zeitfreiwilligenregiments ein[3]).

Insbesondere Seldtes Regimentskameraden und der Stahlhelm reagierten positiv auf den Appell an die „vaterländische Pflicht eines jeden, der seinem Berufe nach dazu in der Lage ist, ... nicht abseits zu stehen[4])". Bald patrouillierten sie unter Maerckers Oberbefehl die Straßen und die Umgebung von Magdeburg[5]). Dennoch blieb der Stahlhelm immer der Stadt verbunden, und es ist wohl vornehmlich dieser Tatsache zuzuschreiben, daß dem Bund das Schicksal der Freikorps erspart blieb. Hätte es je ein „Freikorps Der Stahlhelm" gegeben, es hätte sicherlich nur so kurz bestanden wie die anderen Verbände dieser Art[6]). Stahlhelmer traten jedoch einzeln in die Einwohnerwehr oder in die Maerckerschen Einheiten ein, während die Organisation in Magdeburg verwurzelt blieb.

Allerdings hat der Stahlhelm nicht nur Polizeifunktionen gehabt. Von Anfang an hielt sich der Bund auch für eine durchaus politische Organisation. Zwar waren seine politischen Ziele noch unklarer als seine polizeilichen Aufgaben, aber das war angesichts der allgemeinen Verwirrung nur verständlich[7]). Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs war das einigende Band des Bürgertums allenfalls etwas Negatives, nämlich die Ablehnung der revolutionären Neuerungen. Konstruktive politische Konzepte hatte man nicht. Nur deshalb waren die einstigen Anhänger der Hohenzollernmonarchie zeitweilig bereit, das Versagen des alten Systems einzugestehen und mehr oder weniger planlos mit der Sozial-

[1]) *Ibid.*, fols. 6—7, *Protokoll der Mitgliederversammlung*, 25. 2. 1919; *ibid.*, fols. 7—8, *Protokoll der Mitgliederversammlung*, 3. 3. 1919.

[2]) H. J. Gordon (B 067), S. 37.

[3]) Zu dem wichtigen Unterschied zwischen Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbänden siehe Thilo Vogelsang, *Reichswehr, Staat und NSDAP* (B 203), S. 22. Siehe auch E. Kolb (B 107), S. 385 ff.

[4]) *Mgdb. Ztg.*, 12. 4. 1919 (Morgenblatt), S. 9.

[5]) Die Akten der Bundesleitung (DZA Potsdam [A 19], 2, fol. 2—21) enthalten eine Reihe von interessanten Dokumenten über diese Zusammenarbeit. Sie wurde sicherlich auch durch die Tatsache erleichtert, daß ein Werbebüro Maerckers direkt eine Etage unter dem Magdeburger Stahlhelm-Sekretariat lag.

[6]) Dazu siehe H. J. Gordon (B 067), S. 66 ff.

[7]) „Die Front war ‚politisch' im höchsten Sinne, wenn man unter Politiktreiben versteht, daß ein Mann bereit ist, seine ganze Person in die Zone wirklicher Gefahr zu stellen, an jenen Orten unter Einsatz seines Lebens zu handeln, an denen die Zukunft von Volk und Staat entschieden wird." Martin Bochow, *Männer unter dem Stahlhelm* (B 010), S. 16. Siehe auch *Der NSDFB* (B 029), S. 60.

demokratie zusammenzuarbeiten. Dementsprechend war auch der Stahlhelm noch reichlich gestaltlos und in erster Linie damit beschäftigt, seinen Fortbestand zu sichern.

Während dieser ersten Monate wurde der Bund von einem dreiköpfigen Kollektiv unter dem Vorsitz von Dr. Gustav Bünger geführt. Diesem Gremium stand ein „Siebener-Ausschuß" zur Seite[1]). Die Organisationsform war somit ganz auf die anfängliche, von den politischen Parteien unabhängige Linie des Bundes zugeschnitten, was sich auch in der Zusammensetzung der Führungsspitze zeigte[2]). Der intellektuelle Kopf des Stahlhelms war in diesen ersten Monaten zweifellos Dr. Bünger. Seine juristischen Kenntnisse waren wesentlich für die Bemühungen der Frontsoldaten, als Verein offiziell anerkannt zu werden. Die ersten Satzungen, Geschäftsordnungen und Rundschreiben — übliche Bestandteile deutschen Vereinslebens und darüber hinaus klare Beweise für die anfangs gemäßigte Haltung des Bundes — stammten aus seiner Feder[3]). Otto Löhr war darum bemüht, die Botschaft des Stahlhelms in der Umgebung von Magdeburg zu verbreiten. Die beste Werbung war zunächst das Auftreten in polizeilichen Funktionen[4]). Doch wurden weitere Anhänger bald bei gesellschaftlichen Veranstaltungen gewonnen — „frontgemäß, ohne Damen", wie es in Anzeigen in der Lokalpresse hieß[5]). Da mischten sich Kriegsversehrte mit Aktivisten aus dem Wachregiment, und beim Glase Bier rief man die gemeinsamen Erinnerungen aus den Schützengräben wieder wach oder legte Treueschwüre gegen den Spartakismus ab. In einem Wort — der Stahlhelm besaß kaum ein politisches Profil. Solange die tief verwurzelten soldatischen Glaubenssätze noch nicht wieder ins Gleichgewicht gebracht worden waren, beschränkte man sich aufs Improvisieren.

Dies änderte sich allmählich nach dem Sommer 1919. Die Ursachen für die nun einsetzende, wachsende Rechtsorientierung des Stahlhelms sind in der zunehmenden Verhärtung der politischen Fronten zu suchen, die der Ernüchterung über die Versailler Friedensbedingungen folgte. Die Linksrevolution war jetzt bis auf weiteres zurückgeschlagen, und das Bürgertum begann, sich in der neuen Zeit zurechtzufinden. Besonders die Konservativen fühlten festeren Boden unter den Füßen und erinnerten sich der innenpolitischen Vorkriegskonflikte, die nun — verstärkt noch durch die Dolchstoßlegende — erneut hervorbrachen. So wurde

---

[1]) DZA Potsdam (A 19), 1, fol. 3-4, *Protokoll der Sitzung*, 13. 1. 1919. Auch Seldte war ein Mitglied dieses Ausschusses und wird als „Seldte I" erwähnt.

[2]) Bünger stand der Deutschen Volkspartei Gustav Stresemanns nahe. Im Juli wurde Otto Löhr Mitglied des engeren Vorstandes, der aus der Metallarbeiterbewegung kam.

[3]) Die Satzung ist bei Herbert Michaelis und Ernst Schraepler, Hrsg., *Ursachen und Folgen* (B 126), Bd. III, S. 221 f. wiedergegeben. Im allgemeinen hatten die Ortsgruppen jeweils ihre eigenen Satzungen, die sich allerdings an die der Gründerortsgruppen anlehnten. Zur OG Halle siehe unten S. 21 ff.

[4]) Siehe z. B. *Der Sta.*, 1. 1. 1920, S. 2.

[5]) *Mgdb. Ztg.*, 23. 2. 1919 (Morgenblatt), S. 11. Siehe auch DZA Potsdam (A 19), 1, fol. 5, *Protokoll der Mitgliederversammlung*, 31. 1. 1919, mit Bemerkungen Büngers.

der Kampf gegen den „inneren Feind" (wie man bald nicht nur die Spartakisten, sondern auch die Sozialdemokratie und die „rote Republik" ganz allgemein bezeichnete) belebt durch das Verbleiben eines „äußeren Feindes", der Deutschland einen nicht sehr weitsichtigen Friedensvertrag präsentierte.

Der Aufschrei gegen das „Diktat von Versailles" war fast einstimmig. Aber die Deutschen waren tief gespalten über die Frage, ob sie sich ihm unterwerfen oder lieber ehrenvoll untergehen sollten. Wer den Mut hatte, die durch den Zusammenbruch geschaffene Lage Deutschlands etwas näher zu betrachten, konnte nur zu dem Schluß kommen, daß jeglicher Widerstand verantwortungslos gewesen wäre. Das Land war am Ende seiner Kräfte, und nur die Annahme der Friedensbedingungen gab ihm eine Chance des Überlebens. Ein ehemaliger Soldat aber, der für eine — wie er glaubte — gerechte Sache gekämpft hatte, konnte derartig harte Tatsachen nicht akzeptieren, und so trieb die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Juni 1919 beträchtliche Teile der Bevölkerung in erbitterte Opposition[1]). Die Kontroverse um die Annahme der Bedingungen gab den restaurativen Kräften in Deutschland eine Basis, auf der sie ein aktives politisches Programm aufbauen konnten. Sie beeilten sich, die weit verbreitete Bitterkeit, Enttäuschung und Verzweiflung für ihre Zwecke zu mobilisieren.

Noch ein weiterer Faktor trug zu einer wachsenden Rechtsorientierung der sogenannten Frontgeneration bei: ihre Organisationen, der Stahlhelm eingeschlossen, nahmen Elemente auf, für die die Niederlage nicht allein eine nationale Erniedrigung bedeutete. Viele von ihnen hatten gleichzeitig auch ihre Stellung verloren, und der Protest des Menschen gegen eine Bedrohung seiner persönlichen Existenz pflegt in der Regel heftiger zu sein als seine Reaktion auf einen Angriff gegen abstrakte Begriffe. Hatte so mancher doch nur deshalb weitergekämpft, weil er kein anderes Leben kannte und hoffte, in die Nachkriegsarmee übernommen zu werden. In Versailles wurden diese Hoffnungen durch die Abrüstungsbestimmungen so stark beschränkt, daß die Mehrheit der antirevolutionären Kämpfer plötzlich mit Entlassung und materiellem Ruin zu rechnen hatte. So kam es, daß vielen alten Soldaten es nicht nur schwerfiel, sich an ein ziviles Leben zu gewöhnen; vielmehr waren sie bald auch davon überzeugt, daß sie nur deshalb zur Hilfe gegen den Linksradikalismus aufgerufen worden waren, um nach der Erfüllung dieser Aufgabe entlassen zu werden.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß die tiefgreifenden Veränderungen in der sozialen Struktur der alten Armee die Lage der Soldaten weiter verschlechterten. Die totale Mobilisierung während des Krieges hatte zu einer weitgehenden Demokratisierung der einst durch den Adel beherrschten Streitkräfte geführt. Schwere Verluste hatten gerade der jüngeren Generation die Tür zu raschem

---

[1]) Dazu: Gordon A. Craig, *The Politics of the Prussian Army. 1640—1945* (B 023), S. 370 ff.; Dorothea Groener-Geyer, *General Groener. Soldat und Staatsmann* (B 073), S. 163 f.

Aufstieg geöffnet. Diese Männer fühlten sich nach dem Kriege zu jung zur Pensionierung, und daher waren sie in ihrem jugendlichen Feuer für die gegenrevolutionäre Agitation sehr anfällig. Nur höchstens ein Viertel der 400000 Freikorpskämpfer konnte damit rechnen, in das neue Berufsheer eingegliedert zu werden, weshalb sie in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 immer unruhiger wurden. Die Aussicht, in die Reichswehr übernommen zu werden, verringerte sich weiterhin noch durch das Bestreben der Regierung, eine dem Staat ergebene Truppe aufzubauen, und von diesem Standpunkt aus betrachtet mußte man viele Soldaten als ungeeignet bezeichnen[1]). Unter diesen Umständen herrschte bald überall Unzufriedenheit, und die Führer der Armee entdeckten, daß die Demobilisierung von mehreren hunderttausend Soldaten ein schwieriges Problem war, bei dem Härten nicht immer vermieden werden konnten. Zwar kamen die Truppenverminderungen nur langsam voran, gingen aber dennoch schnell genug, um Tausende von Deutschen materiell und psychisch zu entwurzeln. Diese Auswirkungen des verlorenen Krieges bieten allein schon eine ausreichende Erklärung dafür, daß sich entweder besonders radikale Soldatenverbände oder aber radikale Fraktionen innerhalb der gemäßigten Bünde bildeten. Zur letzteren Gruppe ist der Stahlhelm zu zählen.

Hinter der gemäßigt-nationalen Führungsspitze dieses Verbandes sammelte sich eine Division von Aktivisten, die jetzt zum Kampf gegen die Weimarer Republik antrat. Gewiß, die Vorsichtigen um Bünger wünschten diese Entwicklung nicht. Aber sie konnten doch nicht verhindern, daß der Bund allmählich aggressiver wurde[2]). Während des rapiden Wachstums der folgenden Jahre entwickelte der Stahlhelm hinter einer Fassade der Mäßigung und strikter Disziplin oft eine extreme Rechtsneigung, und da politische Umwälzungen niemals plötzlich kommen, muß die Radikalisierung des Bundes als ein sich stufenweise beschleunigender Prozeß betrachtet werden, der bereits in den Jahren 1919 und 1920 begann[3]).

Es gibt noch eine weitere Entwicklung, ohne die das Wachstum und der komplexe Charakter des Stahlhelms nicht zu verstehen wären. Er war 1918 als ein Zusammenschluß magdeburgischer Kriegsteilnehmer gegründet worden und

---

[1]) H. J. Gordon (B 067), S. 70 ff. Für Offiziere war die Lage sogar noch kritischer, denn von 24000 konnten nur etwa 4000 in die 100000-Mann-Reichswehr übernommen werden.

[2]) „Wenngleich nach der bisherigen Haltung des ‚Stahlhelm' angenommen werden kann, daß der Bund als solcher keinen verfassungswidrigen Zielen nachstrebt oder solche auch nur in Erwägung zieht, liegt es in der Natur der Sache, weil eben alle ordnungsliebenden, bürgerlichen Organisationen in erster Linie die extrem nationalen Elemente in sich aufsaugen, daß Strömungen eintreten, die mit dem Gesetz nicht in Einklang zu bringen sind . . . Daß diese extremen Elemente überhand nehmen, scheint nicht der Fall zu sein. Es gewinnt aber auf Grund vorsichtiger Beobachtungen den Anschein, als ob die Leitung des ‚Stahlhelm' . . . nicht genügend stark ist, um hier bremsend zu wirken." DZA Potsdam (A 22), 330, fol. 19—20, *Bericht der Polizeidirektion Bremen*, 2. 12. 1920.

[3]) Heinrich Mahnken in Curt Hotzel, Hrsg., *Deutscher Aufstand* (B 093), S. 94.

breitete sich später über ganz Deutschland aus. Lag sein Schwerpunkt auch in Mitteldeutschland und im protestantischen Preußen[1]), der Bund blieb immer eine föderalistische Bewegung. Regionale Einflüsse aller Schattierungen wirkten sich daher immer wieder auf die Politik der Zentrale aus, und allzuoft gingen örtliche Interessen, von ehrgeizigen Führern vertreten, vor. Bei einer Wertung der Vorstandspolitik ist es daher wichtig, das Gewicht geographischer und personeller Verschiedenheiten nie aus dem Auge zu verlieren[2]). Da sich im Stahlhelm jedoch die Bedeutung persönlicher Führungsfaktoren und seiner föderativen Struktur nur wenige Monate, nachdem er die Stadtgrenzen Magdeburgs überschritten hatte, bemerkbar machte, kann man eine sich verstärkende Frontenbildung feststellen. Von Anfang an entwickelten sich zwei verschiedenartige Brennpunkte: der Büngersche Zweig, der in bürgerlicher Mäßigung florierte, und dessen Zwillingsorganisation in Halle, die durch ein sehr viel unruhigeres Gründungsstadium hindurchging und ein anderes politisches Profil besaß.

Im Frühjahr 1919 hatten in Halle heftige Kämpfe zwischen der revolutionären Linken und regierungstreuen Truppen stattgefunden[3]). Ende März war es Maercker schließlich gelungen, die Stadt unter schweren Verlusten nach langwierigen Gefechten zu entsetzen. Nach diesen Wochen der Unruhe war folglich die Empörung über die Revolution in Halle beträchtlich größer als in Magdeburg. Darüber hinaus befanden sich in diesem stark industrialisierten Bezirk die Mittelklassen seit langem in der Defensive[4]). So standen die dortigen Einwohnerwehren und Freiwilligenverbände nach dem Abzuge Maerckers vor besonders schwierigen Aufgaben. Der Befehl über diese Kontingente wurde einem Hauptmann, Karl Halbig, übertragen. Ihm stand der spätere zweite Vorsitzende des Hallenser Stahlhelms, Voigt, zur Seite, der zusammen mit Halbig im Sommer 1919 in den Bund eintrat.

Der Stahlhelmgedanke erreichte Halle, wie alle anderen Orte, allein durch persönliche Kontakte. Sobald die Stadt befriedet war, warben Männer um Halbig für den Aufbau einer neuen Ortsgruppe. Versammlungen wurden abgehalten, und Bünger, Löhr und Hans Förster reisten nach Halle, mit der Botschaft des Magdeburger Stahlhelms in der Tasche[5]). Ein Kern von Anhängern bestand daher bereits, als am 2. August 1919 in Gegenwart von 34 ehemaligen Soldaten eine

---

[1]) Ernst H. Posse (*Die politischen Kampfbünde Deutschlands* [B 149], S. 20) bezeichnete den Stahlhelm als die „preußische Orgesch". Siehe dazu unten S. 30. Über die geographische Verbreitung der Ortsgruppen gibt *Der Stahlhelm* vom 15. 6. 1921 einen guten Überblick.

[2]) *Deutsche Volkspartei. Wahlhandbuch 1924* (B 038). S. 187.

[3]) Fritz Carl Roegels, *Der Marsch auf Berlin* (B 156), S. 51 ff.; M. Bochow (B 010), S. 32.

[4]) Das Kräfteverhältnis zeigte sich deutlich in den Maiwahlen von 1919. *Hallesche Zeitung*, 3. 5. 1919, S. 5. Siehe auch E. Kolb (B 107), S. 93, 242, 287 ff.

[5]) *Der Sta.*, 9. 2. 1930, S. 6; *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland* (B 177), S. 24; Willi Poche in *Der Weg zum Nationalsozialismus* (B 036), S. 16—18.

neue Ortsgruppe offiziell gegründet wurde[1]). Während der ersten Mitgliederversammlung, die zwei Wochen später stattfand, wurde Halbig zum ersten Vorsitzenden gewählt[2]). Freilich, seit dem Januar hatte sich vieles in Deutschland geändert, und die Stimmung dieser Männer in Halle war recht verschieden von der ihrer Kameraden in Magdeburg[3]). Schon zu diesem Zeitpunkt entwickelte sich deshalb ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen Halle und Magdeburg, und viele Entwicklungen in der späteren Geschichte des Stahlhelms müssen auf dem Hintergrund dieses Gegensatzes gesehen werden. Hier waren die beiden Pole, die mit unterschiedlichem Erfolg versuchten, ihre jeweiligen Machtpositionen auszubauen. Sie wurden verkörpert durch zwei Männer, von denen man in Stahlhelmkreisen bald zu sprechen begann: Franz Seldte und Theodor Duesterberg. Was für Männer waren sie?

Seldte, der bereits genannt wurde, war am 29. Juni 1882 als Sohn gutbürgerlicher Eltern geboren worden. Sein Vater, Wilhelm Seldte, besaß eine Fabrik für chemische Produkte und Sodawasser, deren Geschäft während der friedlichen und wirtschaftlich stabilen Jahre vor dem Ersten Weltkrieg blühte. Er starb zwar früh, aber seine pragmatischen Erziehungsmethoden scheinen doch einen nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung seines Sohnes Franz gehabt zu haben[4]). Betrüblich war es für seine Eltern allerdings, daß er kein guter Schüler war und weniger aus Mangel an Intelligenz als aus Desinteresse das Einjährige erst beim zweiten Anlauf bestand[5]). Da er zum Erben des Familienunternehmens bestimmt war, ging Seldte zunächst in eine kaufmännische Lehre. Doch wollte er in seinem Leben mehr erreichen, als Magdeburger Quellwasser mit Kohlensäure zu versetzen. Er immatrikulierte sich an der Technischen Hochschule Braunschweig und trat dem Corps Hercynia bei. Einem seiner Biographen zufolge war er ein guter Mensurfechter und nahm an allerlei außerakademischen Veranstaltungen teil[6]). Sein Examen bestand er schließlich an der Universität Greifswald. Bald darauf diente er im magdeburgischen Infanterieregiment 66 und stieg zum Reserveoffizier auf.

Schon vor dem Kriege hatte Seldte nationalliberale Neigungen und zog daher

[1]) *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland* (B 177), S. 24. Laut Artikel 1 der Hallenser Satzung vertrat man folgende Ziele: „1. Die Pflege der im Kriege begründeten Kameradschaft, 2. Vertretung der Interessen der Frontsoldaten, 3. Förderung des moralischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus des deutschen Volkes." *Ibid.*, Anlage 6.

[2]) *Ibid.*, S. 24.

[3]) In der Satzung selbst scheint sich allerdings der mäßigende Einfluß des Juristen Bünger niedergeschlagen zu haben.

[4]) Auf dem Flur seiner Wohnung hatte Wilhelm Seldte allerlei Turngeräte aufgebaut. Er engagierte einen Unteroffizier, „der den kaum den Windeln entwachsenen Rekruten nach altpreußischen Methoden die Knochen gerade zog und sie nach allen Regeln des Reglements ‚einexerzierte'." H. Roth (B 159), S. 10.

[5]) *Ibid*, S. 14. Sein Lehrer meinte Emma Seldte, seiner Mutter, einmal gegenüber, er sei „schwach begabt".

[6]) *Ibid.*, S. 19.

mit der Begeisterung der damaligen Jugend im August 1914 an die Westfront. Dort erlebte er nicht nur den Vormarsch der deutschen Truppen, sondern auch den langjährigen Stellungskrieg. Über diese Jahre hat er eine interessante dreibändige Biographie verfaßt, in der der Führer einer Maschinengewehrkompanie Seldte als ein aufrechter Deutscher namens Stahl erscheint[1]). Seldte-Stahl wurde dekoriert und verlor 1916 während der Somme-Schlacht den linken Arm. Seine Kriegsbeschädigung machte eine weitere Frontverwendung unmöglich. Er wurde daher zunächst im Auswärtigen Amt und später in einer Film- und Frontberichterstatter-Abteilung an der italienischen Front und während der großen Märzoffensive des letzten Kriegsjahres wieder im Westen eingesetzt. Als der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, befand sich Seldte gerade auf Urlaub in Magdeburg und wurde sofort politisch aktiv[2]).

Seldtes Lebenslauf in den Jahren vor 1918 könnte einige Anhaltspunkte für die Annahme liefern, daß das Urteil seines Oberschullehrers („schwach begabt") nicht unbedacht gefällt worden war. Sicherlich sprühte Seldte nicht von Geist, wie sehr er sich auch immer bemühte, über das Magdeburger Durchschnittsbürgertum hinauszuwachsen. Doch die Stärke, sich von seiner Umgebung zu emanzipieren, besaß er nie, und als er nach 1918 politisch aktiv wurde, waren seine Leistungen allenfalls mit den Maßstäben seiner Stahlhelmbewegung gemessen eindrucksvoll. Trotzdem wollte Seldte immer mehr sein, als er war, und daraus erwuchsen ihm viele Schwierigkeiten.

Es gibt allerdings Anzeichen dafür, daß er sich seiner Schwächen nicht unbewußt war. Jedenfalls war er immer ein sehr vorsichtiger Mann, der dazu neigte, stärkere Gegner auch dann nicht herauszufordern, wenn ihre Methoden ihn dazu hätten veranlassen sollen. Er hielt lieber still und gab seine Unterschrift. So verhielt er sich als Stahlhelmführer vor 1933, als er zu einer Bundespolitik seine Zustimmung gab, die nicht seiner eigenen Linie entsprach; so verhielt er sich auch während seiner Dienstzeit unter Hitler, in dessen Kabinett er bis 1945 blieb, mit dem er aber nur wenig gemein hatte. Wann immer Seldte zu sehen glaubte, daß er an Einfluß verlor, erhob er seinen Opportunismus zu einem Wert in sich. Er war überzeugt, daß — wie er es einmal selber ausdrückte — „man in der Politik manchmal selbst eine Klosettbürste hinunterwürgen" müsse[3]). Dies war in der Tat die Maxime seiner Karriere — ein klassisches Wort

---

[1]) *M.G.K.* (B 178); *Dauerfeuer* (B 179); *Vor und hinter den Kulissen* (B 180). Die Trilogie ist nicht uninteressant als ein Genrebild des Krieges imWesten. Allerdings werden die realistischen Passagen oft mit hurra-patriotischen Schilderungen vermengt. Nicht zuletzt jedoch machte das offene „Frontdeutsch" Seldtes die Bücher gerade für Stahlhelmer zu einem idealen Geburtstagsgeschenk. Seldte versuchte sich übrigens auch als Dramatiker und verfaßte drei Einakter mit dem Titel „Die Somme".

[2]) Er unterstützte den Aufbau der Magdeburger DVP-Organisation und wurde später sogar zum Stadtverordneten gewählt. Er war ebenfalls auf der Gründungsversammlung der Magdeburger Ortsgruppe des Deutschen Offiziersbundes (DOB) zugegen.

[3]) W. E. von Medem (B 120), S. 44.

menschlicher Selbstanalyse. Für ihn hatten Prinzipien einen schlechten Beigeschmack, weshalb er sich auch lieber auf seinen politischen Instinkt verließ[1]). Auf lange Sicht gesehen mag auch dieser nicht besonders gut gewesen sein, und so ist es sicherlich übertrieben, ihn — wie es einige versucht haben — als einen großen deutschen Führer hinzustellen[2]).

Der Mann, der in Halle, dem zweiten Ursprung der Stahlhelmbewegung, aufstieg, hatte einen anderen Charakter als Seldte. Sieben Jahre älter, war Duesterberg der Sohn eines Darmstädter Oberstabsarztes. Schon 1889 schickte ihn sein Vater auf die berühmte Kadettenschule in Potsdam. Vier Jahre später diente Theodor Duesterberg bei einem Infanterieregiment in Bremen und wurde bald darauf nach China abkommandiert, wo er an der Niederschlagung des Boxer-Aufstandes teilnahm. Um 1908 kommandierte er bereits eine Infanteriekompanie in Lothringen. Schon damals war es seinen Vorgesetzten aufgefallen, daß sein Mut und seine Energie von seinen Organisationstalenten noch übertroffen wurden. Man rief ihn ins Preußische Kriegsministerium, wo er im Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges für Fragen des Offiziersersatzes und der Offiziersausbildung verantwortlich war. Im August 1914 übernahm Duesterberg ein Bataillonskommando an der Westfront und wurde am 5. September 1914 zum Major befördert. Es dauerte jedoch nicht lange, bis sich das Kriegsministerium seiner Organisationstalente erinnerte. Er wurde zurückgerufen, um die Koordinierung des deutschen Nachschubs für die Verbündeten in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, der Heeresleitung und dem Finanzministerium zu übernehmen. Auf diplomatischen Missionen bereiste er in der Folgezeit Ungarn, den Balkan, die Türkei, Syrien und Palästina.

Bei Kriegsende war ein Experte wie Duesterberg schließlich unentbehrlich am Konferenztisch in Spa. Allerdings wurde es auch spätestens während der Waffenstillstandsverhandlungen klar, wie wenig die ausgedehnten Reisen sein Weltbild verändert hatten. Es machte ihm Schwierigkeiten, die tiefgreifenden sozialen Umwälzungen in Deutschland zu verstehen. Auch zeigte er wenig Verständnis für die hoffnungslose militärische Lage des Reiches. Er bekämpfte die Friedensangebote und empfahl, nicht weniger kompromißlos, die rigorose Unterdrückung jeglicher Opposition gegen die sterbende Monarchie[3]). Als der Friedensvertrag unterzeichnet wurde, reichte er seinen Abschied ein und wurde ein Verfechter der Dolchstoßlegende.

Im Alter von 44 Jahren schrieb er sich als Student der Geschichte an der Universität Berlin ein. Zeitweilig dachte Duesterberg daran, die Universitäts-

[1]) H. Roth (B 159), S. 42.

[2]) *Ibid.*, S. 42 ff.; *Wer wird Reichspräsident?* (B 208), S. 81; *Der Sta. (LV Brschw.)*, 3. 12. 1925, S. 1. Kurze Charakterisierungen Seldtes sind zu finden bei: R. T. Clark, *The Fall of the German Republic* (B 021), S. 181—182; Theodor Duesterberg, *Der Stahlhelm und Hitler* (B 045), S. 51 ff.; Hans Bernd Gisevius, *Bis zum bitteren Ende* (B 063), S. 84.

[3]) F. Schauwecker, Hrsg. (B 162), S. 82. Weitere Einzelheiten zu Duesterbergs Karriere in *Jg. Nat.*, 25. 2. 1932, S. 1—2.

laufbahn einzuschlagen. Aber er besaß politischen Ehrgeiz und war zudem ein leidenschaftlicher, wenn auch nicht sehr wirksamer Redner[1]). Daher trat er in die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ein, in der er Geschäftsführer für den Wahlkreis Halle-Merseburg wurde. Zwei Monate später, im Dezember 1919 schloß er sich zudem der Hallenser Ortsgruppe des Stahlhelms an.

Dieser Versuch einer kurzen Charakterisierung Duesterbergs ist notgedrungen unvollständig. Dennoch sollten diese Details aus seinem Lebenslauf bereits genügen, um einen Eindruck von seiner Persönlichkeit zu vermitteln. Er war ein vollblütiger Soldat und Offizier, der seine strenge Kadettenschulung im jugendlichen Alter von 14 Jahren begonnen hatte. Die Enge dieser Erziehung hinterließ einen tiefen Einfluß auf ihn. Sie begrenzte seine Begriffswelt und behinderte zeit seines Lebens seine intellektuelle Wendigkeit. Es ist bezeichnend, daß Duesterberg seinen größten literarischen Erfolg nicht in der Weimarer Zeit, sondern im Jahre 1906 hatte, als er ein Instruktionsbuch mit dem Titel „Der Infanterist in der Schlacht" veröffentlichte[2]). Wie in diesem Manual, so sah er auch sonst alles mit den Augen eines preußischen Offiziers. Die Entwicklung von Ideen überließ er anderen, während er selber sich mit Organisationsfragen beschäftigte — und zwar sowohl vor als auch nach dem Kriege. Disziplin und Haltung waren für ihn nicht allein soldatische, sondern auch allgemein-menschliche Werte, und in Potsdam scheint er schließlich auch gelernt zu haben, seine Mitmenschen entweder als Feinde oder als Freunde zu kategorisieren.

Über diese Schwächen sollten jedoch Duesterbergs Ehrlichkeit und Integrität nicht vergessen werden. Er war im Gegensatz zu Seldte nicht bereit, unverdauliche Kompromisse zu schließen. Allerdings führte ihn dies wiederum oft ins andere Extrem, Politik als die Kunst des Unmöglichen zu betrachten. Auch hatte er recht eigene egalitäre Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, nachdem er erkannt hatte, daß eine strenge Schichtung der Gesellschaft nur die Unzufriedenheit der Ausgebeuteten und Rechtlosen heraufbeschwor. Das, so meinte er, gefährde die Einheit des Reiches, die ihm über alles ging. Er war somit nicht ein unverbesserlicher Reaktionär, sondern ein Nationalist, wie man ihn oft in der Weimarer Republik fand. Er suchte nach anderen als klassenkämpferischen Heilmitteln für kapitalistische Krankheiten[3]). Duesterberg war aufrecht, tüchtig und hartnäckig, andererseits aber ganz von seiner militärischen Erziehung geprägt. In späteren Jahren hat er die Skrupellosigkeit und den Radikalismus der Nationalsozialisten und mancher seiner Kameraden verachtet. Doch zuvor

[1]) Er hatte eine hohe und schneidende Stimme. W. E. von Medem (B 120), S. 88.

[2]) Ein Exemplar ist noch im Besitz von Duesterbergs Sohn. *Mündliche Auskunft Dr. Duesterbergs*, Koblenz, 25. 5. 1962. Es ist wohl auch ein Ausdruck seines Denkens, daß er sein ab 1921 in Halle erscheinendes Stahlhelmblatt *Der Alte Dessauer* nannte. Zweifellos machte der Inhalt immer dem Titel Ehre.

[3]) *Mündliche Auskunft Dr. Duesterbergs*, Koblenz, 25. 5. 1962. So war er für die Einrichtung von „Stahlhelmküchen" verantwortlich, die während der Inflationszeit an jeden ohne Rücksicht auf seinen politischen Standort Mahlzeiten verabreichten. Siehe auch unten S. 107.

durchlief er eine Phase seines Lebens, in der er einen erheblichen Mangel an Voraussicht an den Tag legte.

Diese Beschreibungen zweier Stahlhelmer, die mehr als zehn Jahre lang einen einflußreichen Soldatenverband anführten, zeigen trotz aller charakterlichen Unterschiede eine Gemeinsamkeit: sowohl Duesterberg als auch Seldte waren beinahe klassische Produkte des wilhelminischen Zeitalters. Niemals gelang es ihnen, die Vorstellungswelt und den Habitus des Vorkriegsbürgers abzulegen. Im Gegenteil, beides versuchten sie nach 1918 wiederzubeleben. Des weiteren fehlten ihnen jene Eigenschaften, die für die politische Führung wichtiger Organisationen unerläßlich sind. Unerfahrenheit sowie eine bemerkenswerte Unfähigkeit, ihre eigenen Grenzen zu erkennen — das waren vielleicht ihre größten Schwächen[1]). Nun hätten fähige Kollegen und Berater diese Mängel wahrscheinlich ausgleichen können. Aber bis auf eine oder zwei Ausnahmen waren auch die Männer um Seldte und Duesterberg von ungefähr deren geistigem Format. Sie alle wollten die späteren Katastrophen, die den Stahlhelm — und nicht nur den Stahlhelm — zerstörten, sicherlich nicht. Es ist wohl richtiger zu sagen, daß sie auf Grund grober, unfreiwilliger Fehler an diesen Katastrophen ihren Anteil haben.

2. *Wachstum und Rückschläge, 1920—1922*

In den ersten Monaten wurde die Politik des Stahlhelms durch die nachrevolutionären Zustände in Deutschland diktiert. Dann aber bemerkten zumindest die Aktivisten der Rechten, unter ihnen auch Stahlhelmmitglieder, daß eine abwartende Politik sie ihren Zielen nicht näherbrachte. Entlassene Freiwillige kehrten in ihre Heimatorte zurück und wurden dort von einem kleinen Kreis gleichfalls enttäuschter Bürger aufgenommen. Auch im Stahlhelm waren sie willkommen, und bald begann der Bund, sich über die Altmark hinaus zu verbreiten[2]). Zur gleichen Zeit trat auch Seldte, der sich vorher sehr zurückgehalten hatte, mehr und mehr in den Vordergrund. Am 1. September zum Beispiel schrieb er einen Artikel in der ersten Nummer des von ihm finanzierten Bundesorgans, *Der Stahlhelm*[3]):

> Die Frontsoldatenbünde [so verkündete er] wollen die durch das gemeinsame Erleben, das die Voraussetzung jeder nationalen Zukunft ist, Verbundenen erfassen. Sie wollen, daß dem tatkräftigsten Teil des Volkes, der als Kämpfer draußen gewesen ist, sein Recht werde... Das deutsche Nationalgefühl der Zukunft kann und muß aus drei Faktoren aufgebaut werden: 1. dem völkischen Empfinden; 2. dem Bewußt-

[1]) Wilhelm Hoegners Kommentar (*Die verratene Republik* [B 089], S. 118) über die Führerqualitäten „des bescheidenen Kleinbürgers Seldte oder des begabteren, aber noch unschöpferischeren Oberstleutnants Duesterberg" treffen den Kern des Problems.

[2]) S. Graff et. al. (B 069), S. 37.

[3]) *Ibid.*, S. 36; *Der Sta.*, 22. 9. 1929, S. 5.

sein der erlebten, lebendigen Einheit des Volkes in Waffen; 3. dem Glauben an die freiheitliche Zukunft.

Während dieses Monats gab der Stahlhelm auch in mehr als sechzig Provinzblättern im ganzen Reich folgende Anzeige auf[1]): „Frontsoldaten! Schart Euch zusammen, gründet Ortsgruppen und sendet am 20. und 21. September 1919 Vertrauensleute zur Reichsbundgründung des Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten) nach Magdeburg ..." Der Aufruf hatte Erfolg. Am angekündigten Wochenende in der zweiten Septemberhälfte hörten sich die Vertreter von etwa 14 Soldatenbünden eine Rede Seldtes an, debattierten über die beste Form des Zusammenschlusses und wählten fünf Vorstandsmitglieder zusätzlich zu dem Magdeburger Führungskollektiv[2]).

Damit war die erste Stufe der Vereinigung örtlicher Verbände erreicht, und der Stahlhelm wurde allmählich „eine allgemein-deutsche Angelegenheit"[3]). Freilich, die Weihen der schwarzweißroten Reichskriegsflagge, die regelmäßig bei der Gründung einer neuen Ortsgruppe vorgenommen wurden, waren allzuoft deutliche Anzeichen dafür, daß die schwarzrotgoldenen republikanischen Farben nicht die Herzen der Stahlhelmer erobert hatten[4]). Auch die flammenden Reden, die bei solchen und anderen Gelegenheiten gehalten wurden, verstärkten den Verdacht, daß der Bund sich langsam in die Nachbarschaft jener antirepublikanischen Opposition begab, die in hektische Verschwörungen gegen die Regierung verwickelt war.

Am 13. März 1920 erreichte diese verschwörerische Tätigkeit ihren Höhepunkt[5]). An diesem Tage übernahm ein rechtsrevolutionäres Kabinett unter der

---

[1]) *Ibid.*, 20. 10. 1929, S. 9. Dokumente über die Vorbereitungen für dieses Treffen sind zu finden in DZA Potsdam (A 19), 3, fol. 32 ff.

[2]) *Der Sta.*, 20. 10. 1929, S. 9. Seldte schloß seine Ausführungen mit den folgenden Worten: „Auf den Opfern und auf den Waffen beruht unser Sieg! ... Wir waren bereit zu opfern. Wir haben im Graben gestanden und den hundertfachen Tod über uns wegbrausen lassen, wir haben die Waffen getragen und uns selbst zum Opfer gebracht ... Aus diesen Opfern heraus, aus dem Denken heraus, das unsere Sehnsucht gewann, da wollen wir aufbauen! ... Wir streben einem guten Ziele zu, und der Gedanke, für dieses Streben nur die besten und reinsten Mittel anzuwenden, macht uns stark und bringt den Sieg! Und so sage ich bewußt im geläuterten Sinne, nicht im Sinne von Chauvinisten, oder als gedankenloser Sprecher, daß das Wort ‚Deutschland, Deutschland über alles in der Welt' das ernste, heilige Gefühl ist, in dem ich mich mit jedem Kameraden einig weiß." *Ibid.* Der Gesamtverlauf des Treffens ist auch an Hand des Sitzungsprotokolls (DZA Potsdam [A 19], 3, fol. 28—31) zu verfolgen. Es wurde schließlich noch eine Satzung für den neuen Reichsbund *(ibid.*, fol. 18—19) angenommen.

[3]) *Der Sta.*, 20. 10. 1929, S. 9.

[4]) Noch im Februar 1919 machte Löhr den Vorschlag, schwarz-weiß-goldene (!) Abzeichen einzuführen. DZA Potsdam (A 19), 1, fol. 7, *Protokoll der Mitgliederversammlung*, 25. 2. 1919. Ein Jahr später war das Gold verschwunden. Immerhin kam es aber doch noch vor, daß eine niedersächsische Ortsgruppe gegen die neuen Farben protestierte, woraufhin sie die Antwort erhielt: „Schwarz-Weiß-Rot ist keine Tendenz." *Der Sta.*, 1. 4. 1920, S. 51. Bald aber konnte auch das nicht mehr behauptet werden.

[5]) Einzelheiten bei H. J. Gordon (B 067), S. 90 ff. und jetzt auch Francis L. Carsten, *Reichswehr und Politik, 1918—1933* (B 020), S. 87 ff.

Führung von Wolfgang Kapp und General Walther von Lüttwitz, von der Marinebrigade des Kapitäns Hermann Ehrhardt unterstützt, die Macht in Berlin. Da es in letzter Zeit immer schwieriger geworden war, zwischen der Sprache der Stahlhelmredner und der der Kapp-Revolutionäre deutliche Unterschiede festzustellen, wurde der Bund mit diesem Staatsstreich sofort in Verbindung gebracht, zumal ein sogenannter Frontsoldatentag, der erste in einer langen Reihe solcher Treffen, für den 14. März angekündigt worden war. Manche Leute glaubten in dieser Veranstaltung eine Demonstration für die Kapp-Regierung zu sehen, was allerdings unbegründet war. Das Datum des Frontsoldatentages war schon am 13. Dezember beschlossen worden, während der Kreis um Lüttwitz sehr überstürzt und ohne große Vorbereitungen handelte[1]). Obendrein wurde der Stahlhelmtag nach dem Eintreffen der Nachrichten aus Berlin kurzfristig abgesagt. Es fand lediglich eine Vorstandssitzung statt, in der man sich auf organisatorische Probleme des Bundes beschränkte und einen neuen Vorsitzenden, Franz Seldte, wählte[2]).

Wenn daher angenommen werden darf, daß der Bund nicht direkt an dem Putsch beteiligt war, so bleibt doch festzustellen, daß keineswegs alle Mitglieder das Kappsche Unternehmen ablehnten. Das zeigte sich später darin, daß Ex-Putschisten immer recht sorglos in den Stahlhelm aufgenommen wurden. Noch bezeichnender aber war die Stille, die in den entscheidenden Tagen des März 1920 in Stahlhelmkreisen herrschte. Wie viele Deutsche zogen sie es vor, zu warten und sich anstatt für die Verfassung nur für Ruhe und Ordnung einzusetzen. Mögen Bünger und der engere Vorstand auch ehrlich gegen jede Art von Putschismus gewesen sein[3]), angesichts der schon spürbaren Eigenheiten in der Befehlsstruktur des Bundes war es nicht verwunderlich, wenn einige Unterführer den Begriff Ruhe und Ordnung sogar im Sinne der Revolutionsregierung in Berlin auslegten[4]). Ehe man daher dem Stahlhelm pauschal Verfassungstreue

---

[1]) *Der Sta.*, 1. 1. 1920, S. 2.

[2]) *Ibid.*, 1. 4. 1920, S. 50. Hans Langermann (in Hans Henning Grote, Hrsg., *Deutschlands Erwachen* [B 075], S. 287) sprach später umgekehrt von der Absetzung der „gemütlichen, alten Vorsitzenden".

[3]) So sagte Bünger am 14. März: „Wir haben von vornherein jede Putschbewegung grundsätzlich abgelehnt. Namentlich unsere Magdeburger Mitglieder werden wissen, wie gerade wir leitenden Stahlhelmleute uns immer und immer dagegen gewandt haben, weil wir auf dem Standpunkt standen, daß wir aus uns selbst heraus die Gesundung der deutschen Verhältnisse schaffen würden." *Der Sta.*, 1. 4. 1920, S. 50.

[4]) Duesterberg z. B. traf einen Abgesandten aus Bayern, namens Adolf Hitler, der sich für den Kapp-Putsch interessierte. Siehe unten S. 41. Weiterhin übernahm der Hallenser Stahlhelm folgenden Funkspruch der Reichszentrale für Einwohnerwehren als „richtunggebend": „Die neue Regierung hat nach der Flucht der Reichsregierung die Geschicke Deutschlands einstweilen in die Hand genommen, zur Mitarbeit aufgefordert und sich verpflichtet, in kürzester Frist die Wahlen anzuberaumen. Bis zur Entscheidung des Volkes bewaffnen sich sämtliche Einwohnerwehren zum Schutze von Ruhe und Ordnung, zur Verteidigung von Heim und Herd und gegen Unruhestifter und Verbrechertum." *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland* (B 177), S. 20.

während der Märzwirren bescheinigt, erscheint eine gewisse Zurückhaltung durchaus angebracht[1]).

Schon nach wenigen Tagen brach der Kapp-Putsch in sich zusammen. Zu seinem Fehlschlagen genügten ein Generalstreik, die Unfähigkeit der Revolutionäre und die schwankende Haltung derjenigen, die im stillen mit Kapp sympathisierten. Kaum hatte er Berlin wieder verlassen, als die Republik von einer neuen Welle von bürgerkriegsähnlichen Zusammenstößen erschüttert wurde. Für die radikale Linke war der Putsch das Signal zum Aufstand, während die Rechte in dem Wunsche, sich von ihren Sünden zu reinigen, um so eifriger in die Operationen gegen die proletarischen Erhebungen eingriff. In diese Streitkräfte war auch der Stahlhelm „restlos" eingegliedert[2]). Doch dann stießen auch die Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände auf die entschlossene Gegnerschaft der Regierung[3]). Die Republik war nicht mehr gewillt, sich auf Feuerwehren zu stützen, die — wie es sich während des Kapp-Putsches gezeigt hatte — dem Schicksal der Verfassung bestenfalls gleichgültig gegenüberstanden und die in manchen Fällen sogar zu Brandstiftern geworden waren.

So wurde nach dem März 1920 eine große Anzahl von Freiwilligen entlassen. Gleichzeitig wuchs der Druck gegen die Einwohnerwehren[4]). Die Opfer dieser Säuberung waren nun zwar zu schwach, um gegen ihre Entlassung Widerstand leisten zu können; aber sie konnten immerhin doch verhindern, daß die Selbstschutzeinheiten ihre Waffen ablieferten. Man bedrängte die Einwohnerwehren, ihre Waffen zu verstecken, und dieselben Kreise, die einst in den Freikorps gekämpft hatten, beunruhigten jetzt die Regierung mit der Gründung ungezählter Privatorganisationen[5]). Mit Verboten konnten die Behörden hier wenig erreichen. Sie führten weder zu einer Aufdeckung der Waffenverstecke, noch zur endgültigen Unterdrückung der Vereine. Denn diese florierten bald wieder unter anderen Namen[6]). Die Reichstagswahlen von 1920 schließlich zeigten, daß Deutschland auf seinem Wege zu einer Republik ohne Republikaner schon beachtliche Fortschritte gemacht hatte.

---

[1]) Nicht untypisch dürften die Ausführungen zu diesem Thema sein von H. Mahnken in C. Hotzel (B 093), S. 92 ff. und W. Poche in *Der Weg zum Nationalsozialismus* (B 036), S. 18.

[2]) *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland* (B 177), S. 30.

[3]) Nds. StA. Hannover (A 50), 1, *Bericht über den Stand des Einwohnerwehrwesens des Oberkreisrats beim Oberpräsidium der Provinz Hannover*, 27. 3. 1920; *Der Sta.*, 1. 3. 1921, S. 51; Walter Bormann, *Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten* (B 011), S. 4; G. A. Craig (B 023), S. 379—81, 387, 390—91.

[4]) Zuvor hatten selbst die Sozialdemokraten die Bildung der Einwohnerwehren ausdrücklich unterstützt. Siehe den Artikel „Hinein in die Einwohnerwehren" im *Vorwärts*, 30. 11. 1919, S. 1. Dazu auch: Nds. StA. Hannover (A 50), 1, *Richtlinien zur Verwertung des SPD-Aufrufs „Hinein in die Einwohnerwehren"*, 1. 12. 1919.

[5]) „Derselbe Kreis von Männern organisierte nach der Auflösung der Freikorps die Heimatschutzverbände . . ." S. Graff et al. (B 069), S. 382. Siehe auch die Akte des „Heimatbund Hainberg" (BA Koblenz [A 02], 9).

[6]) Zu den bedeutenderen, die auch im folgenden wiederkehren werden, gehörten der Jungdeutsche Orden, der Wikingbund, die Reichsflagge.

Im Jahre 1920 gab es auch die ersten Ansätze, einen größeren Zusammenhalt unter den Wehrverbänden zu schaffen. Seldte erwarb sich hierbei neue Verdienste. Nach dem Kapp-Putsch wandte er sich an den Führer der bayerischen Einwohnerwehren, Georg Escherich, und schlug ihm eine Zusammenfassung aller Bünde unter Escherichs Führung vor[1]). Für diesen Vorschlag besaß Seldte die Unterstützung einer Reihe von norddeutschen Verbänden, deren Vertreter sich Ende Februar in Hamburg getroffen hatten[2]). Einige Monate später waren diese Pläne ausgereift. Am 8./9. Mai 1920 wurde zwischen Vertretern aus Nord- und Süddeutschland eine „grundlegende Sitzung" abgehalten, und wieder war es Seldte, der im Namen von achtzehn Verbänden den sofortigen Zusammenschluß der Bünde unter einem einheitlichen Kommando forderte[3]). So wurde die Organisation Escherich (Orgesch) geboren, die zu einem großen, zentral geführten Verband anwuchs. Innerhalb weniger Monate gelang es Escherichs Organisationstalent, der Regierung und den Alliierten ernste Sorgen zu bereiten. Es mußte bedenklich sein, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mächtigen Privatorganisationen zu überlassen, die über unbekannte Mengen von versteckten Waffen verfügten[4]). Eine Verbotsverfügung beendete diesen ersten Versuch, die ehemaligen Frontsoldaten Deutschlands zu vereinigen. In Bayern gingen die Überbleibsel der Orgesch in die Hände des Regensburger Sanitätsrats Pittinger über[5]). Im Norden wurden viele Kader der Orgesch von den behördlich anerkannten Bünden aufgesogen. Einer der Hauptnutznießer des Verbotes war in dieser Beziehung der Stahlhelm[6]). Freilich, eine dominierende Rolle in dem endlosen Kampf um die Einheit im Lager der Rechtsverbände spielte der Bund auch nach diesem Zuwachs noch nicht.

Vielmehr durchlief der Stahlhelm nach dem Kapp-Putsch eine „äußerlich stille Zeit" und festigte seine Organisation[7]). Langsam griff er nach Niedersachsen, Pommern, Schlesien und Westfalen über[8]). Die Ausdehnung der verschiedenen Ortsgruppen braucht hier nicht im einzelnen dargestellt zu werden. Die meisten blieben zu bedeutungslos, um eine Analyse zu rechtfertigen. Doch in Zusammenarbeit mit benachbarten Gruppen ähnlicher Zusammensetzung ge-

[1]) *Der Sta.*, 17. 2. 1929, S. 13—14.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 273—76, *Protokoll der Sitzung der Zeitfreiwilligenverbände*, 28. 2. 1920. Seldte schlug bei dieser Gelegenheit vor, den Zusammenschluß „Deutscher Hort" zu nennen.

[3]) *Der Sta.*, 17. 2. 1929, S. 13—14.

[4]) Zur Orgesch siehe auch H. H. Grote, Hrsg. (B 075), S. 161—72; Emil Julius Gumbel, *„Verräter verfallen der Feme". Opfer, Mörder, Richter. 1919—1929* (B 079), S. 97 ff.; *Der Sta.*, 25. 1. 1925, S. 3.

[5]) Hanns Hubert Hoffmann, *Der Hitlerputsch* (B 090), S. 51. Später war Pittinger der Führer des Bundes „Bayern und Reich".

[6]) Otto Lippelt und E. Huckstorf, Hrsg., *Fünfzehn Jahre Stahlhelm in Niedersachsen* (B 114), S. 62—96.

[7]) Heinrich Hildebrand und W. Kettner, Hrsg., *Stahlhelm-Handbuch 1931* (B 088), S. 9.

[8]) S. Graff et al. (B 069), S. 299—383.

lang es allmählich, Kreise, Gaue und Landesverbände aufzubauen, die zum Teil zu bedeutenden außerparlamentarischen *pressure groups* werden sollten. Manchmal waren die Bemühungen freilich erfolglos, wie etwa in Halberstadt, wo man 1919 eine Ortsgruppe zu gründen versuchte. Ein erneuter Anlauf wurde ein Jahr später unternommen mit dem Ergebnis, daß — wie es der Chronist des Harzgaus mit unverkennbarer Entrüstung ausdrückte — „eine zufällig auf einer Versammlung anwesende Mehrheit einen Militärverein 1914/18" gründete[1]). Treffender könnte die Tatsache schwerlich illustriert werden, daß der Stahlhelm keineswegs eine homogene Bewegung war. Auf der Ortsebene machte es oft keinen großen Unterschied, welchen Namen eine Gruppe führte, solange es nur einen schwungvollen Führer gab, der die Mitglieder zusammenhielt[2]).

Anfang 1920 war Seldte, wie erwähnt, vollends aus seiner anfänglichen Zurückhaltung herausgetreten und hatte Büngers Platz eingenommen. Einige Monate später meldeten die Hallenser ihre Führungsansprüche für den Marsch in das Lager der Rechten an. Der gemäßigte Halbig trat von seinem Posten zurück und wurde durch einen Funktionär der DNVP, Hauptmann a. D. Kurt Werner, ersetzt[3]). Werner hatte seine neue Stellung kaum angetreten, als er am 5. Oktober einen Antrag auf Änderung der Hallenser Stahlhelm-Satzung stellte. Er wollte hinfort „von seinen Mitgliedern unbedingt das Bekenntnis zu vaterländischem Deutschtum" haben[4]). Forderungen dieser und anderer Art waren geeignet, den Bund der letzten Fossilien aus seiner republikanischen Phase zu entledigen, eine Entwicklung, die als ein Fortschritt begrüßt wurde[5]). „In Mitgliederversammlungen wurde alsbald die politische Einstellung scharf herausgearbeitet", und „der deutsch-völkische Gedanke stand bereits im Mittelpunkt[6])". Von überallher erhielt der Stahlhelm nun neue nationalistische Impulse und Verstärkungen durch prominente Männer der Rechten. Allerdings hatte diese Entwicklung auch ihre Nachteile. Viele der neuen Anhänger trugen nämlich eine ganze Reihe von Vereinsabzeichen am Rockaufschlag, wenn sie auf Paraden und Gedenkfeiern Reden hielten. Zwar war der Kalender voll von erinnerungswürdigen Daten[7]), aber die mannigfachen Personalunionen waren

[1]) *Ibid.*, S. 326.

[2]) Siehe hierzu die Führerinstruktionen in Friedrich Bendziula, Hrsg., *Führer-Handbuch* (B 007), S. 90 ff.

[3]) *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland* (B 177), S. 30. Werner war vermutlich ein Schützling Duesterbergs, des Hallenser DNVP-Geschäftsführers. Duesterberg hatte bereits am 15. Januar 1920 einen Vortrag über den „Zusammenbruch der Armee" gehalten, mit dem „der spätere Landesverbandsführer und 2. Bundesführer in die Front des Stahlhelm" trat. *Ibid.*, S. 26.

[4]) *Ibid.*, S. 32.

[5]) S. Graff et al. (B 069), S. 40. Siehe auch Werners interessanten Artikel in der November-Nummer der Monatsschrift der OG Halle in DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 263—67.

[6]) *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland* (B 177), S. 32.

[7]) Siehe z. B. Hans Henning Grote, Hrsg., *Der Frontsoldat. Vaterländischer Kalender für das deutsche Haus* (B 074), mit einer so gut wie vollständigen Liste von Daten.

immer wieder eine Ursache für pausenlose und recht nichtige Streitigkeiten[1]). Nur den Gegnern gegenüber bewahrte man den Anschein unerschütterlicher Einigkeit. Trotzdem verhielt sich der Stahlhelm immer noch am vernünftigsten und kultivierte seine Beziehungen zu einigen bekannteren Konkurrenzunternehmen[2]). So machten vielerlei persönliche und organisatorische Bindeglieder den Bund zu einem Tummelplatz für Männer mit recht unterschiedlichen Ansichten und Loyalitäten, die aber alle eine Ablehnung der Weimarer Republik verband[3]).

Die Verbreitung des Stahlhelms in Mittel-, Nord- und Ostdeutschland veranlaßte den Vorstand, sich auch Gedanken über die fernere Zukunft des Bundes zu machen. Nach der Satzung konnten nämlich bisher nur ehemalige Soldaten aufgenommen werden, die wenigstens sechs Monate Fronterfahrung besaßen[4]). Diese lange Zeit eingehaltene Bestimmung hatte zur Folge, daß die ältere Generation mehr und mehr an Übergewicht gewann. Das wurde vom Vorstande als unerwünscht erkannt, als man merkte, daß sich die Nachkriegswelt wohl doch nicht so bald nach den Vorstellungen des Stahlhelms würde formen lassen.

Zuerst nahm man sich daher der jüngsten Generation an. Sie fand sich im Scharnhorst (Bund der Jungmannen) zusammen. Dieser Bund nahm Jugendliche bis zum Alter von 17 Jahren auf, was die ganze Nachwuchsfrage offensichtlich nur unbefriedigend löste[5]). Der Altersunterschied zwischen den Jungmannen und den Stahlhelmern wuchs schließlich mit jedem Jahre, und es gab keine Organisation, die ehemalige Scharnhorster über 17 auffangen konnte. Obwohl es somit eigentlich ganz klar war, daß die hinderliche Fronteinsatzklausel wohl oder übel eines Tages aufgegeben werden mußte, zögerte der Vorstand immer wieder, diesen Schritt zu tun. Anläßlich des 1922er Frontsoldatentages hatten einige Führer bereits die Gründung eines „Jungstahlhelm" vorgeschlagen. Doch wurde dieser Antrag damals abgelehnt. Die Mehrheit hielt es für besser, mit schon bestehenden Organisationen der jüngeren Generation in engere Verbindung zu treten[6]). Hier bestand nun allerdings eine große Auswahl. So hatte beispielsweise

[1]) „Überflüssig zu sagen, daß hier galt, was Fürstenberg von der Börse rühmte. Als da ein junger Händler, der Räume unkundig, sich in großer Bedrängnis an den Alten wandte . . .: ‚Verzeihen Sie, Herr Kommerzienrat, wo kann man denn hier einmal?', da antwortete ihm der würdige Greis: ‚Was Sie suchen, das gibt's hier gar nicht. Hier bescheißt einer den anderen.'" Friedrich Hielscher, *50 Jahre unter Deutschen* (B 087), S. 119—20.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 210, *Antrag der OG Halle zur Tagesordnung der Vorstandssitzung am 3. 12. 1921.* Verbindungen bestanden u. a. zum Verband nationalgesinnter Soldaten (VnS), Jungdeutschen Orden, Kyffhäuserbund, Nationalverband Deutscher Offiziere (NDO) und zu den Vereinigten Vaterländischen Verbänden Deutschlands (VVVD).

[3]) *Der Sta.*, 15. 11. 1920, S. 183. Ein gutes Beispiel für die personellen Verknüpfungen bietet HStA. D'dorf (A 45), 16749, *Mitgliederverzeichnis des „Nationalverbandes Deutscher Soldaten", OG Elberfeld*, o. D.

[4]) E. H. Posse (B 149), S. 24. Sonderbestimmungen bestanden für ehemalige Freikorpskämpfer.

[5]) S. Graff et al. (B 069), S. 64; *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland* (B 177), S. 58 ff.

[6]) *Ibid.*, S. 50. Der Widerstand kam augenscheinlich vom gemäßigten Flügel, der auf die Gründungstraditionen hielt.

am Tage der französischen Ruhrbesetzung (11. Januar 1923) der Lehrer Fritz Kloppe einen egalitären Wehrverband gegründet[1]). Dieser Wehrwolf, wie er schließlich genannt wurde, schien in vieler Hinsicht genau das zu sein, wonach der Stahlhelm gesucht hatte, nämlich ein Arsenal junger Aktivisten, deren politische Anschauungen sich mit denen der Frontsoldaten weitgehend deckten[2]). Im Laufe des Jahres 1923 wurden daher die dreiseitigen Beziehungen zwischen Scharnhorst, Wehrwolf und Stahlhelm immer enger, und Anfang 1924 schloß der Bund sogar einen formellen Pakt mit Kloppe[3]).

Dennoch konnten alle Treuekundgebungen zeitweilige Differenzen und Rivalitäten nicht verhindern. Der Stahlhelm hatte sich beträchtlich vergrößert und verfügte um 1923/1924 über mehrere hundert Ortsgruppen[4]). Der Wehrwolf andererseits konnte mit dieser Ausdehnung nicht Schritt halten, und die Frontsoldaten begannen besonders dort, wo die Jugend noch unorganisiert war, an die Gründung einer eigenen Jugendorganisation zu denken. Man erinnerte sich des Antrags von 1922, und schon im Oktober 1923 wurde eine erste Jungstahlhelmgruppe in Niedersachsen gebildet[5]). Einige Monate später, im Mai 1924, wurde die letzte Lücke mit dem sogenannten „Landsturm Der Stahlhelm" (LDS) geschlossen, der alle interessierten Nichtkriegsteilnehmer aufnahm, die für den Jungstahlhelm zu alt waren[6]). Mit der Aufstellung dieser „dritten Heersäule[7])" konnte der Verband nunmehr alle Altersgruppen der männlichen Bevölkerung des Reiches erfassen und ihnen unter dem Stahlhelmabzeichen materiellen und geistigen Schutz bieten[8]).

[1]) Otto-Ernst Schüddekopf, *Linke Leute von rechts* (B 172), S. 212 n.

[2]) Erst später schwenkte der Wehrwolf auf eine national-bolschewistische Linie ein und entfernte sich von den Frontsoldaten.

[3]) Heinrich Czeloth, *Klarheit und Wahrheit* (B 026), S. 107. „Mit Wehrwolf und Scharnhorst... sind wir in ein inniges Verhältnis getreten. Gruppenführer dieser Verbände sind überall erfahrene Stahlhelmkameraden, die die Jugend mit dem männlichen Geist der Frontsoldaten erfüllen. Die soldatische Stahlhelmidee der Frontsoldaten ist ihnen das erstrebenswerte Ziel. Im Gegensatz hierzu steht der Jungdeutsche Orden, der die Jugend im romantischen Sinne im Ordnungsgeist erzieht. Es hat sich jedoch gezeigt, daß auch die Jugend sich mehr und mehr zu dem klaren, nüchternen Frontsoldatengeist hingezogen fühlt..." Zitiert in *ibid.*, S. 121. Allerdings, wie Kloppe in einem Brief ausdrücklich betonte, bedeutete dies nicht, daß der Wehrwolf ein „Anhängsel des Stahlhelm" wurde. DZA Potsdam (A 21), 13271, fol. 25, *Kloppe an RdJ*, 15. 11. 1923.

[4]) Schon 1921/22 soll der Bund über 300 Ortsgruppen gehabt haben, was wahrscheinlich etwas zu hoch gegriffen ist. S. Graff et al. (B 069), S. 39.

[5]) *Der Sta.*, 30. 11. 1923, S. 10; S. Graff et al. (B 069), S. 323.

[6]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 12. 6. 1924, S. 1. Halle und Leipzig hatten schon 1919 die Zulassung von Nichtsoldaten befürwortet, was die Magdeburger aber ablehnten. *Der Sta.*, 1. 1. 1920, S. 2.

[7]) F. Bendziula, Hrsg. (B 007), S. 54. „Den Oberbefehl führte der deutsche Frontgeist." S. Graff et al. (B 069), S. 53.

[8]) Auch die deutsche Frau wurde nicht vergessen. Die Hallenser hatten bereits Weihnachten 1920 besonderen Wert auf Versammlungen gelegt, „zu denen auch Frauen mit zugezogen werden sollten, da man sich doch bewußt war, daß der Stahlhelmgedanke erst dann in unserem Volke richtig verankert war, wenn auch die deutschen Frauen für ihn gewonnen waren". *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland* (B 177), S. 34. Erst 1923 aber wurden die ersten Stahlhelmfrauen-

Es ist bereits an früherer Stelle darauf hingewiesen worden, daß der Stahlhelm nicht nur größer, sondern auch militanter wurde. Das mußte besonders die Regierung irritieren[1]). Immer wieder wurde ihr Verdacht genährt, daß ehemalige Soldaten, die insgeheim die gegenwärtige Regierungsform verächtlich machten, es mit ihren offiziellen Erklärungen der Verfassungstreue nicht allzu ernst meinen konnten. Es stimmt, daß die Beschlüsse des Vorstandes nichts Offen-Antirepublikanisches enthielten und daß eine verschwörerische Betätigung wiederholt verdammt wurde. *Der Stahlhelm* druckte in den Jahren 1920 und 1921 viele Stellungnahmen zu gerade dieser Frage. Doch pflegen Satzungen und Erklärungen politischer Organisationen nicht unbedingt die interne Atmosphäre wiederzugeben, und unter diesem Blickwinkel gesehen lohnte es sich schon, dem Stahlhelm Aufmerksamkeit zu schenken.

Sich ausschließlich, wie es hier und da geschah, auf den Gleichschritt marschierender Stahlhelm-Ortsgruppen zu konzentrieren, führte hierbei allerdings nicht weiter. Ihr Anblick mag provozierend gewirkt haben, war aber kaum ein guter Grund zum Blutvergießen[2]). Wachsende Spannungen waren daher auch auf Unvernünftigkeiten der Linken zurückzuführen. Denn Stahlhelmmitglieder hatten ausdrückliche Instruktionen, sich nur gegen einen offenen Angriff zur Wehr zu setzen — eine Regel, die der Bund auch in den dreißiger Jahren noch beachtete, als sich politische Gegner an fast jeder Straßenecke schlugen[3]). Wenn eine Gruppe aber tätlich angegriffen wurde, war ein Zusammenstoß unvermeidlich[4]).

Es gab bessere Beweise dafür, daß sich im Stahlhelm ein Wandel vollzog. Die meisten Mitglieder waren dem Vokabular der Rechten gegenüber immer unkritischer geworden, und diesem Vokabular fehlte es nicht an Deutlichkeit[5]).

---

bünde ins Leben gerufen, unter denen der Bund Königin Luise (KLB) der bedeutendste wurde. O. Lippelt und E. Huckstorf, Hrsg. (B 114), S. 13. Der KLB war wohl nicht nur in den Augen des Geschäftsführers des Evangelischen Bundes der Provinz Sachsen, Dr. Fey, „eine der lieblichsten Blüten am Baume des deutschnationalen Vereinslebens" und hatte die Aufgabe, männliche Stahlhelmideen in die zartere Welt der Frau zu übersetzen. H. Czeloth (B 026), S. 98, 145 ff.

[1]) Wiederholt wollte man den Stahlhelm sogar verbieten, doch fand sich niemals hinreichend belastendes Material. Interessante Behördenschriftwechsel hierzu sind zu finden in DZA Potsdam (A 21), 13265 und *ibid.* (A 22), 330.

[2]) „Wo ein verrostetes Seitengewehr gefunden wird, wo ein paar Männer sich gegen Mörder und Plünderer zu wehren wagen, wo ein früherer Leutnant einmal eine Torheit macht, wo ein General einer Gedächtnisfeier beiwohnt, wo irgendein junger oder alter Deutscher in vaterländischer Begeisterung vielleicht allzustarke Register zieht, immer wieder wird der Zusammenhang mit mir und meiner Organisation herzustellen versucht." Escherich zitiert in H. H. Grote, Hrsg. (B 075), S. 166.

[3]) BA Koblenz (A 13), 231, *Führerbesprechung beim RWMinister (Auszug)*, 11. 1. 1932.

[4]) Siehe z. B. S. Graff et al. (B 069), S. 318; M. Bochow (B 010), S. 37 f.; H. Langermann in H. H. Grote, Hrsg. (B 075), S. 290 ff.

[5]) „Freilich, wir haben harte Worte gebraucht. Der Soldat ist kein Leisetreter . . . Er nennt das Ding beim rechten Namen . . . Man hat uns vorgeworfen, wir hätten die republikanische Regierungsform angegriffen. Ist dies unerlaubt? Wurden in der Hohenzollern-Monarchie die Republikaner verfolgt? Nein." *Der Sta.*, 1. 3. 1922, S. 67.

Hier griff man die Republik an und glorifizierte im gleichen Atemzug das Kaiserreich. Dort erklärte man sich im Stahlhelm mit den „militärischen Führern des Weltkrieges und den stolzen Überlieferungen der alten Armee" solidarisch[1]). Man fühlte sich den schwarzweißroten Farben weiterhin verbunden und apostrophierte die Nationalversammlung als eine „ziemlich dämliche Versammlung[2])". Obwohl der größte Teil der Bemerkungen noch verhältnismäßig besonnen klang im Vergleich zu dem, was in anderen Verbänden gesagt wurde, hatten auch sie den Beigeschmack eines Versuches, die Republik und ihre Schöpfer für die unglückliche Lage Deutschlands verantwortlich zu machen.

Seldtes Ausspruch vom September 1919 („Auf den Opfern und auf den Waffen beruht unser Sieg") ließ die Frage des Zubesiegenden offen. Die etwas deutlichere Aussage des Vorsitzenden der Ortsgruppe Halle: „Wir werden die Schmach, die uns durch die Revolution angetan ist, nicht vergessen", verriet bereits unverhüllte Rachegefühle[3]). Seldte arbeitete dann schließlich die Konfliktsfronten scharf heraus, indem er meinte[4]): „Sie schreien zwar ‚Nie wieder Krieg', anderen Leuten aber wollen sie eine Handgranate am Hintern abziehen, wenn sie grade nicht hingucken . . ." Angesichts der hektischen, verschwörerischen Geschäftigkeit auf der Rechten fragten sich die so Angeredeten, ob dieser freimütige Vergleich umgekehrt nicht wohl zutreffender sei und ob nicht auch der Stahlhelm von den Rechtsradikalen mißbraucht werde[5]).

Die Ereignisse des Jahres 1922 müssen daher folgendermaßen gesehen werden: Die republikanischen Kräfte waren durch die endlosen Wellen politischen Terrors beunruhigt und gaben den paradierenden Stahlhelmern einen Teil der Schuld an den Wirren. Die Regierung, die über noch bessere Informationen verfügte, war darüber hinaus alarmiert durch die Beziehungen der Frontsoldaten zu den Extremisten. Am 24. Juni 1922 wurde der Reichsaußenminister Walther Rathenau durch Mitglieder der Ehrhardtschen „Organisation Consul" ermordet. Die Empörung über diese Tat war allerorts groß, und man verlangte scharfe Gegenmaßnahmen. In Magdeburg versammelte sich eine erregte Menge vor dem dortigen Stahlhelmbüro. Die anwesenden Funktionäre mußten von der Polizei in Schutz genommen werden. Gleichzeitig benutzte man aber auch die Gelegenheit, sich die im Büro liegenden Akten anzuschauen[6]). In der Reichstagsdebatte über das Attentat hielt Reichskanzler Joseph Wirth gegen die rechtsstehenden

[1]) *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland* (B 177), S. 34.

[2]) S. Graff et al. (B 069), S. 40—41, mit weiteren Zitaten.

[3]) *Ibid.*, S. 41.

[4]) *Ibid.*

[5]) Hierzu legte *Der Stahlhelm* (8. 4. 1923, S. 6) folgendes indirekte Geständnis ab: „Mit allen Kräften wird die Bundesleitung verhindern, daß die Organisation des Stahlhelm als Nährboden für andere Organisationen radikaler Natur benutzt wird. Die Bundesleitung hat die Erfahrung machen müssen, daß dieses nicht nur gutgläubig, sondern auch in der böswilligen Absicht geschehen ist, dem Stahlhelm Schaden zuzufügen."

[6]) S. Graff et al. (B 069), S. 42; F. Schauwecker, Hrsg. (B 162), S. 11; E. H. Posse (B 149), S. 23.

Feinde der Republik sodann eine feurige Rede, und am 26. Juni wurde durch den Präsidenten ein Erlaß zum Schutze der Republik veröffentlicht, der die rechtliche Grundlage zu Maßnahmen gegen die Nationalisten bot[1]). Dieser Erlaß besiegelte auch das Schicksal des Stahlhelms. Am 2. Juli teilte Otto Hörsing, der Oberpräsident der Provinz Sachsen, der Bundesleitung mit, daß der Stahlhelm fortan aufgelöst sei, und wenige Tage später erweiterte der Preußische Innenminister Carl Severing das Verbot auf das gesamte Gebiet Preußens[2]).

Der Stahlhelm hielt sich für unschuldig, und Seldte sandte ein ausführliches Protestschreiben an Hörsing[3]):

> Trotzdem in Wort und Schrift immer wieder für Freund und Feind die klare Richtlinie des Stahlhelm gegeben war, hat sich die Bundesleitung dennoch veranlaßt gesehen, in der Programmrede des Bundesvorsitzenden im Januar 1922 vor geladenen Gästen und Behörden das Programm des „Stahlhelm" öffentlich klarzulegen... In der neuesten, in Bearbeitung begriffenen Nummer der Bundeszeitung, die von dem Herrn Oberpräsidenten Hörsing in ihrer Drucklegung und Ausführung verhindert worden ist, steht diese Rede noch einmal, da sie das offizielle Stahlhelmprogramm enthält und nichts Neues mehr zu sagen ist. Die scharf verurteilende Stellungnahme des Bundes zum Rathenau-Morde, die Erklärung, nach wie vor für die Regierung und Verfassung eintreten zu wollen, die beruhigenden und aufklärenden Verhaltungsmaßregeln an die Gau- und Ortsgruppen, das alles stand in der vom Oberpräsidenten verhinderten Zeitung. Für die Folgen der unterbundenen Möglichkeit, auf die Mitglieder des „Stahlhelm" beruhigend und aufklärend wirken zu können, muß die Bundesleitung jede Verantwortung ablehnen.

Aber die Behörden meinten, daß derartige Rechtfertigungen reichlich spät kamen, und blieben unbeeindruckt. Doch selbst wenn man einmal annimmt, daß der Bund so harmlos war, wie Seldte es darstellte, es gab noch einen anderen Grund, weshalb die Bundesleitung ein Verbot verhindern wollte: Sie war infolge der Inflation von schweren Finanznöten geplagt. Zunächst noch versuchte die Bundesleitung, das Defizit durch einen „Stahlhelm-Werbeschatz 1922" auszugleichen. Doch wurde diese Sammlung unter den Mitgliedern ein Mißerfolg. Viele konnten größere finanzielle Opfer einfach nicht erbringen[4]). Im Juni erschien die vierzehntägliche Bundeszeitung nur noch einmal, und der Stahlhelm war „belastet von Geldsorgen, die von Tag zu Tag ins Ungemessene wuchsen[5])". Das jetzt ausgesprochene Verbot drohte das mühsam aufgebaute Organisationsnetz zu zerstören.

Es ist schwer zu sagen, wie nahe der Stahlhelm seinem völligen Ende kam. Sollte es allerdings insgeheim Severings Ziel gewesen sein, den Bund auf diese

[1]) Diese Verordnung zum Schutze der Republik wurde einige Wochen später durch das Republikschutzgesetz ersetzt.

[2]) BA Koblenz (A 06), 8476, *Erlaß Severings zur Auflösung des Stahlhelm*, 8. 7. 1922.

[3]) DZA Potsdam (A 21), 13265, fol. 112—121, *Beschwerde Seldtes*, 10. 7. 1922. Die Programmrede Seldtes ist abgedruckt in *Der Sta.*, 1. 2. 1922, S. 34—35.

[4]) S. Graff et al. (B 069), S. 39; *Der Sta.*, 1. 6. 1922, S. 163—64.

[5]) Wilhelm Kleinau, *Soldaten der Nation* (B 104), S. 28.

Weise zum Schweigen zu bringen, so hatte er sich geirrt. Das Verbot des Stahlhelms hatte zwei Wirkungen, die selbst die Bundesleitung nicht vorausgesehen hatte. Einmal schweißte das Verbot die Ortsgruppen, deren Mitglieder weiterhin in Kontakt blieben, fester als zuvor zusammen; zum anderen führte es dazu, daß viele lebensunfähige und gleichzeitig verbotene Splitterorganisationen um Eingliederung in den Stahlhelm nachsuchten[1]). Als der Bund daher ein halbes Jahr später, am 26. Januar 1923, durch den Staatsgerichtshof wieder zugelassen wurde, war seine Mitgliedschaft weiter gestiegen[2]).

Stahlhelmquellen zufolge ist die günstige Entscheidung des Gerichts lediglich Seldte und seinen unermüdlichen juristischen Beratern, Dr. Bünger und Rudolf Schaper, zu verdanken gewesen, die alle „in jenen Tagen der Not nicht die Nerven verloren[3])". Allerdings scheint einige moralische Unterstützung — wenn nicht noch mehr — auch von Stresemanns Deutscher Volkspartei (DVP) gekommen zu sein[4]). Eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern dagegen unterstützte die Arbeit derjenigen, die für einen „klaren Rechtssieg" kämpften[5]), nicht. Sie verabscheuten eine Versöhnung mit der Republik und begannen, insgeheim gegen Seldte zu opponieren[6]).

Während Teile des Bundes somit lieber weiterhin in der Illegalität geblieben wären, erklärte der Vorstand des Bundes zunächst einmal wieder offiziell seine Treue zur Republik. Weiterhin wurde eine Reihe von Direktiven veröffentlicht, die sich in erster Linie mit der Aufnahme neuer Mitglieder und ihren Beziehungen zu anderen Verbänden beschäftigten. Doppelmitgliedschaften waren nur statthaft, wenn die Prinzipien des anderen Bundes mit denen des Stahlhelms übereinstimmten. Schließlich gab die Bundesleitung noch die Versicherung ab, daß der Stahlhelm keine Selbstschutzorganisation sei, keine Waffen besitze, über keine bewaffneten Verbände verfüge, den Putschismus ablehne und auch keine Verbindungen zu anderen Verbänden und zu politischen Parteien habe, besonders nicht zur Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP)[7]).

[1]) *Der Sta.*, 8. 4. 1923, S. 2.

[2]) BA Koblenz (A 06), 8477, *Severing an PrJusM*, 28. 2. 1923. Der Bund wurde weiterhin genau beobachtet.

[3]) S. Graff et al. (B 069), S. 43.

[4]) „Immer liegt es so, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei im Staatsgerichtshof stets diejenigen sind, denen es obliegt, die Gesichtspunkte zugunsten der nationalen Verbände hervorzuheben und damit ... für die Verbände einzutreten." F.O.L. London (A 29), 7113, frames H 145075—78, *Reincke-Bloch an Stresemann*, 22. 1. 1923. Siehe auch F. C. Roegels (B 156), S. 65.

[5]) *Der Sta.*, 8. 4. 1923, S. 2.

[6]) So ist ein von Seldte gezeichnetes und genehmigtes Protokoll vom 9. November 1922 erhalten (DZA Potsdam [A 22], 330, fol. 193), dem zufolge er um eine Beschleunigung des Verfahrens vor dem Staaatsgerichtshof bat mit der Begründung, es werde ihm schwer, wenn nicht gar unmöglich, alle Ortsgruppen auf einer gemäßigten Linie zu halten. Siehe auch *Der Sta.*, 8. 4. 1923, S. 4: „Der Bund wird im alten Sinne der Gründer fortgeführt. Für neue Männer mit neuen Flötentönen, die wohlmöglich gar noch aus verbotenen Verbänden bei uns Unterschlupf suchen, sind wir nicht zu haben."

[7]) *Ibid.*, S. 7.

Es dauerte über drei Monate, bis der Apparat des Stahlhelms nach der Verbotszeit wieder einigermaßen funktionierte[1]). Am 6. März hatte Seldte eine Unterredung mit Severing, in deren Verlauf er dem Minister nochmals der künftigen Loyalität des Stahlhelms versicherte[2]). Severing war zwar von Seldtes devoter Haltung wenig angenehm berührt, glaubte aber keinen Grund zu haben, den Versicherungen zu mißtrauen, zumal die Bundesleitung eine Woche später den Reichskanzler zu dem für Juni in Magdeburg geplanten Frontsoldatentag einlud[3]). Aber vielen Stahlhelmern mißfiel dieser Canossagang des Bundesvorsitzenden. Sie richteten ihren Blick hoffnungsvoll auf die Ortsgruppe Halle, die inzwischen erheblich an Einfluß gewonnen hatte.

Im Jahre 1921 war Werner zunächst zum Dritten Vorsitzenden des Bundes gewählt worden[4]). Im gleichen Jahre wurde Halle zum Gau erhoben. Werner erwies sich als „eine so außerordentlich tatkräftige, wenn nicht gar fanatisch-begeisterte Persönlichkeit[5])", daß er seine weniger wichtige Position als Hallenser Ortsgruppenführer abgab, um sich den bedeutenderen Aufgaben eines Gauführers zu widmen. Sein Nachfolger in Halle wurde Hauptmann a. D. Max Jüttner, ein ehemaliger Offizier der Maerckerschen Verbände, der Duesterberg nahestand[6]). Während der unsicheren Verbotsmonate des Jahres 1922 gab Werner ein Beispiel dafür, wie man die Organisation in schweren Zeiten erhalten konnte. Da er selbst ein Anhänger der DNVP war, verband er seinen Gau kurzerhand mit jener Partei. Es traf sich dabei gut, daß Duesterberg deren Geschäftsführer im Hallenser Wahlkreis war. Zwar erwies sich dieser Schritt als sehr vorteilhaft für das Wohl des Gaues, aber nach der Aufhebung des Verbotes mußte Werner dennoch von seinem Posten zurücktreten. Er hatte das Überparteilichkeitsgebot der Stahlhelmsatzung verletzt, und diesen Fehler machte Seldte ihm zum Vorwurf[7]). Obwohl sich in Halle daraufhin ein großer Protest erhob, stellte es sich heraus, daß Werner nicht unersetzlich war. Am 21. April 1923 wurde Oberstleutnant Duesterberg zu seinem Nachfolger gewählt — ein Tag, den man später als den glücklichsten in der Geschichte des Stahlhelms pries[8]). Seldte dürfte damals allerdings einem solchen Lobspruch kaum zugestimmt haben. Daß Duesterberg gerade zu diesem Zeitpunkt gewählt wurde, war nämlich kein Zufall. Sowohl im Stahlhelm als auch außerhalb hatte er sich bereits einen Namen als ein wortstarker Nationalist gemacht. Jetzt trat er von seiner Stellung als DNVP-Funktionär zurück, um sich ganz dem Bunde zuzuwenden. „Unverzüglich wurde nun-

[1]) Die erste Nummer der Bundeszeitung erschien erst wieder am 8. April.

[2]) Carl Severing, *Mein Lebensweg* (B 182), Bd. II, S. 179—80.

[3]) BA Koblenz (A 04), 766, *Bundesleitung an Cuno*, 12. 6. 1923.

[4]) *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland* (B 177), S. 34.

[5]) F. C. Roegels (B 156), S. 64.

[6]) *Ibid.*, S. 63; *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal* (B 196), Bd. XXI, S. 124, Aussage Max Jüttner.

[7]) H. Langermann in H. H. Grote, Hrsg. (B 075), S. 288 f.

[8]) F. C. Roegels (B 156), S. 66. Siehe auch W. E. von Medem (B 120), S. 39.

mehr der Kampf um die Gleichberechtigung der nationalen und völkischen Kreise auf der von den Roten rücksichtslos beherrschten Straße im großen Umfange aufgenommen[1])." Eine solche Politik war offensichtlich nicht mit Seldtes Versicherungen gegenüber Severing vereinbar, und von nun an wurde der Stahlhelm in Verbindung mit allen Gerüchten über einen erneuten Putschversuch genannt[2]).

3. *Flirt mit den Rechtsputschisten, 1923*

Die erhöhte Geschäftigkeit gewisser Rechtskreise war eine direkte Antwort auf eine neue Krise, in die Deutschland Anfang 1923 geriet. Am 11. Januar hatten französische Truppen das Ruhrgebiet besetzt und ein hartes Militärregime errichtet. Gegen diese Machtdemonstration konnte das Reich nichts ausrichten. Für militärische Gegenoperationen war man zu schwach. Daher rief die Regierung nur zu passivem Widerstand auf in der Hoffnung, daß die Weigerung, mit den Franzosen zusammenzuarbeiten, genügen werde, um deren Pläne zunichte zu machen. Für viele alte Soldaten — und auch für so manchen Stahlhelmer — war dies eine unannehmbare Beschränkung. Bald darauf und mit der heimlichen Zustimmung der Reichswehr bereiteten sich die Entschlossensten unter ihnen für den aktiven Widerstand an der Ruhr vor[3]). Seldte war kaum von einer Unterredung mit Severing nach Magdeburg zurückgekehrt, als sich einige seiner Mitglieder auch schon in die kleinen Trupps von Partisanen und Bombenlegern drängten. Es gibt Anzeichen dafür, daß Albert Leo Schlageter, der von den Franzosen wegen seiner Teilnahme an Sabotageunternehmen standrechtlich erschossen wurde, dem Stahlhelm nahestand[4]). Selbst als kein Zweifel mehr bestand, daß gegen Poincarés Tanks und Exekutionskommandos kein Erfolg zu erringen war, gaben die Frontsoldaten ihre zweigleisige Politik nicht auf[5]). Denn

[1]) *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland* (B 177), S. 52.

[2]) C. Severing (B 182), Bd. II, S. 180; Erich Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik* (B 052), Bd. I, S. 320—21.

[3]) Friedrich von Rabenau, *Hans von Seeckt. Aus seinem Leben* (B 151), Bd. II, S. 326n. Die Akten des Kölner Stahlhelmgaus (BA Koblenz [A 02], 16) enthalten drei Dokumente, die auf derartige Tätigkeiten hindeuten, und zwar einen undatierten Transportbefehl, einen Kommandobefehl vom 30. März 1923 sowie einen ähnlichen Befehl vom 27. März 1923 für Blockadeeinsätze im Ruhrgebiet.

[4]) Siehe *Der Weg zum Nationalsozialismus* (B 036), S. 19, wo ein Photo von Schlageters Begräbnis wiedergegeben ist, auf dem die Sargträger mit Stahlhelmabzeichen am Rockaufschlag zu sehen sind. Siehe auch F. W. Heinz in H. H. Grote, Hrsg. (B 075), S. 199—218 und H. H. Grote in W. Kleinau, Hrsg. (B 103), S. 66—70.

[5]) C. Severing (B 182), Vol. II, S. 180. *Der Stahlhelm* (15. 5. 1923, S. 2—3) veröffentlichte einen gegen Poincaré und gegen die wachsende Gleichgültigkeit gerichteten Artikel, der mit den Worten endete: „Heraus zum Kampf für deutsche Landsleute." Siehe auch die Bemerkungen des Major von Wäninger auf einem Stahlhelmabend in München am 20. Juli 1923 (BA Koblenz [A 04], 2734, *München-Augsburger Nachrichten*, 22. 7. 1923): „Die Kameraden des Stahlhelmbundes stehen bereit, Schulter an Schulter mit der Jugend und den anderen Verbänden in die vordere Linie einzurücken, wenn die Stunde gekommen ist, und als alte Frontsoldaten schwören sie,

diese Politik wurde jetzt mitbestimmt von radikaleren Mitgliedern, die durch die Eingliederung verschiedener Splitterorganisationen zum Stahlhelm gestoßen waren. Hierzu gehörte auch der Verband nationalgesinnter Soldaten (VnS) des Franz von Stephani, der zu General Erich Ludendorff Verbindung hatte[1]).

Die Erwähnung Ludendorffs, der 1918 ins Ausland gegangen war und jetzt seine Kräfte aus einem mystizistischen Sektierertum und Kreuzzugsideen gegen den „Ultramontanismus", die Juden und die Freimaurer schöpfte, erfordert eine Betrachtung der Zustände in Bayern. Denn je mehr das Reich mit fast unüberwindlichen inneren und äußeren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, desto hektischer wurde das Zusammenspiel zwischen nationalistischen Kreisen in Norddeutschland, zu denen auch Stahlhelmer gehörten, und den Extremisten in der „Ordnungszelle Bayern".

Bayern hatte auch nach 1918 seinen traditionellen Partikularismus bewahrt. Bald nach dem Kapp-Putsch gewannen die Kräfte der Rechten wieder die Oberhand, wodurch das Wachstum zahlloser antirepublikanischer Gruppen gefördert wurde. Wem im Norden der Boden zu heiß wurde, der ließ sich in oder um München herum nieder. Bayern wurde ein Paradies für Rechtsradikale der abenteuerlichsten Schattierungen. Obwohl sich diese Kräfte in ihren einzelnen Zielen voneinander erheblich unterschieden, waren sie alle zusammen für die bürokratisch-konservative Regierung Gustav von Kahrs durchaus eine Gefahr. Denn diese zog gegenüber den demagogischen Berufsrevolutionären, denen sie Asyl gewährte, immer wieder den Kürzeren. Bald waren sie dem wohlwollenden Kahr vollends über den Kopf gewachsen, besonders nachdem die Auflösung der Organisation Escherich im Jahre 1921 den Extremismus verstärkte und zu scharfem Wettbewerb anfeuerte. Escherich blieb auf der Strecke, während Kahr sich durch Rücktritt vor dem Ruin retten konnte[2]). Am Horizont erschienen die leuchtende Silhouette Ludendorffs, des Idols der Revanchisten, und — einem Kometen gleich — die Adolf Hitlers. Man wollte den Kriegshelden mit dem Trommler verbinden, um sich mit ihrer Hilfe eine Volkstümlichkeit zu sichern, die den Kappisten gefehlt hatte[3]).

---

nicht eher zu ruhen, bis der Rhein, den heute die Trikolore schändet, nicht mehr Deutschlands Grenze, sondern Deutschlands Strom ist, bis auf den Vogesenkämmen die schwarz-weiß-rote Flagge weht und der letzte Franzmann deutschen Boden verlassen hat."

[1]) W. E. von Medem (B 120), S. 38.

[2]) Mitte der zwanziger Jahre trat Escherich im Stahlhelm als Redner auf.

[3]) Ludendorff hoffte unvermindert auf ein Comeback und hatte treue Anhänger überall im Reich. Im März 1920 war er in voller Uniform und umgeben von weißhaarigen Herren im Gehrock bei der Kapp-Putsch-Parade zugegen gewesen. Seitdem stand er wieder auf seinem Feldherrnhügel in der Nähe von München. Hitler dagegen hatte sich als Politruk der bayerischen Reichswehr einen Namen gemacht. Im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit hatte er auch zu einer kleinbürgerlichen Splitterpartei, Deutsche Arbeiterpartei genannt, Verbindung gefunden, der er sich anschloß und deren Führung er bald übernahm. Für seine Arbeitgeber in der Reichswehr, die durch das bayerische politische Klima reichlich weit vom Kurs der Heeresleitung abgekommen waren, blieb er aber auch jetzt nach der Entlassung aus dem offiziellen Dienst noch ein brauchbarer Agitator.

Ähnlich wie in späteren Jahren neigten die Konservativen dazu, Hitler zu unterschätzen. Während des Kapp-Putsches hatte man ihn nach Berlin geflogen, mit der Aufgabe, für die Bayern herauszufinden, ob sich eine Unterstützung des Unternehmens lohne. Aber in Berlin hatte sich das Blatt bereits zu Kapps Ungunsten gewendet, und insofern war Hitlers Besuch ein Fehlschlag. Für ihn persönlich war die Reise jedoch recht nützlich. Denn er traf eine Reihe von Führern der norddeutschen Rechten, unter ihnen auch Duesterberg. Dreißig Jahre später erinnerte sich Duesterberg, der in Gegenwart des DNVP-Politikers Dr. Eduard Stadtler mit dem „böhmischen Gefreiten" sprach, daß er von Hitlers Auftreten entsetzt gewesen sei. Auf den wohlerzogenen preußischen Offizier wirkte er wie ein „Schmierenkomödiant[1])". Das ist durchaus möglich. Denn selbst den an weniger Eleganz gewöhnten Freikorpsführer Hauptmann Pfeffer von Salomon berührte der Anblick des mit Cutaway, braungelben Stiefeln und Rucksack umherziehenden Hitler einigermaßen peinlich[2]). Freilich war Duesterbergs Indignation niemals groß genug, um einen Abbruch dieser frühen Kontakte zu bewirken. Für die Norddeutschen wurde Bayern vielmehr immer mehr zum Land des deutschen Schicksals und Hitler zu ihrem wertvollsten Agitator. Bereits 1921 war er ein Aktivposten für den bayerischen Extremismus.

Während des folgenden Jahres schälten sich unter den Wehrverbänden drei Fraktionen heraus. Im November 1922 schuf der Gymnasialprofessor Hermann Bauer die Vereinigung Vaterländischer Verbände Bayerns (VVVB), die streng föderalistisch und monarchistisch ausgerichtet war und mit Kahr sympathisierte[3]). Das Bauersche Unternehmen war aber nur sehr locker organisiert und konnte die echten Aktivisten nicht anziehen. Hieraus schlug der Reichswehroffizier und spätere Führer der Hitlerschen Sturmabteilungen (SA), Hauptmann Ernst Röhm, Kapital. Im Januar 1923 vereinigte er die revolutionären Elemente zu einem Kartell, der Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände (AGVK)[4]). Diese Männer um Röhm bevorzugten einen Weg, der inzwischen von Benito Mussolini beschritten worden war. Der Radikalismus der AGVK wäre für die bayerische Regierung unter Eugen von Knilling wahrscheinlich eine noch größere Beunruhigung gewesen, hätte ihr an der bayerischen Nordgrenze nicht noch eine verläßlichere Gruppe zur Verfügung gestanden, die dort zu Schutzzwecken aufgestellt worden war[5]).

[1]) Th. Duesterberg (B 045), S. 12.

[2]) H. H. Hofmann (B 090), S. 55.

[3]) Die VVVB setzten sich zusammen aus Resten der Orgesch, der Orka (Organisation Kanzler), der Orgzentz (Organisation Zentz), Pittingers Bund „Bayern und Reich" und der Reichsflagge des Hauptmann Adolf Heiss.

[4]) Das stärkste Kontingent der AGVK stellte der ausgezeichnet gedrillte und bewaffnete Bund Oberland, die Nachfolgeorganisation des Freikorps Oberland. Die SA kam an zweiter Stelle.

[5]) Sie war zusammengesetzt aus dem Jägerregiment Oberfranken, dem Frankenland, dem Fränkischen Jungdeutschen Orden und — etwas später — dem Wikingbund Ehrhardts. Die Gruppe wurde unter dem Namen Notpolizei bekannt und erfreute sich behördlicher Unterstützung.

Die Ereignisse des Sommers 1923 müssen im Lichte erhöhter innenpolitischer Spannungen gesehen werden. Die Franzosen schürften erfolgreich ihre „Kohle mit Bajonetten[1])", und der Ruhrwiderstand stand kurz vor dem Zusammenbruch. Am 12. August stürzte das längst wankende Kabinett Wilhelm Cunos. Stresemann wurde sein Nachfolger, fand es aber nicht weniger schwierig, der Lage Herr zu werden. Die Inflation ruinierte das Bürgertum, und der Hunger trieb die Massen auf die Straße. Das Reich wurde von separatistischen Bewegungen erschüttert und von erneuten kommunistischen Aufständen bedroht. Was die bayerische Regierung daher als Notpolizei an ihrer Grenze im Norden aufbaute, war zunächst als Schutzschirm gedacht, falls es zum Bürgerkrieg kommen sollte[2]).

Doch die Bayern waren auch beunruhigt über die wachsende Privatarmee in ihren Landen unter der Führung von Hitler und Ludendorff. Im September meinte Adolf Heiss in einer Rede in Aschaffenburg[3]): „In Dreiteufels Namen, so kann es nicht weitergehen! Die Großstädte gleichen überhitzten Kesseln. Es heißt jetzt mit Gewehren und Maschinengewehren zu marschieren und mit unseren paar Kanonen. Und wenn man uns dazu nicht die Pferde gibt, dann ziehen wir sie selbst durch Thüringen." Der erste Teil dieser Lagebeurteilung war sicherlich richtig. Doch konnte sich die bayerische Regierung nicht entschließen, dem von Heiss vorgeschlagenen Marsch auf Berlin zuzustimmen. Statt dessen wurde sie sehr nervös und verhängte den Ausnahmezustand. Kahr wurde zum Generalstaatskommissar ernannt. Diese nicht zuletzt als Prophylaxe gegen innerbayerische Unruhen gedachte Maßnahme trat am 26. September in Kraft. Drei Tage später ließ Kahr mit einem Reichswehrauto Ehrhardt aus seinem Salzburger Exil holen und gab ihm den Befehl über das Hauptquartier der nordbayerischen Notpolizei in Coburg[4]). Es besteht nun wenig Zweifel, daß auch Kahr allmählich mit jenem Marsch auf Berlin zu liebäugeln begann, der damals fast alle Nationalisten hypnotisierte. Und allen Meinungsverschiedenheiten mit Hitler zum Trotz waren die Ehrhardtschen Truppen auch nur für diesen Zweck wirklich geeignet. Der Angriff auf die Reichshauptstadt war also zum Ziel aller Rechtskräfte in Bayern geworden. Während man sich auf ihn vorbereitete, erwartete man nun die Schritte der Gleichgesinnten im Norden.

Dort hatte, wie erwähnt, Duesterberg im April 1923 eine führende Stellung im Stahlhelm übernommen. Gleichzeitig waren Mitglieder des Bundes während der folgenden Monate in dem fruchtlosen Kampf gegen die Franzosen aktiv ge-

[1]) John Wheeler-Bennett, *The Nemesis of Power* (B 210), S. 104.

[2]) Solche Befürchtungen kamen besonders nach der Bildung von radikal-sozialistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen im Januar 1923 auf, die beide im Laufe der Zeit eine Art eigene Notpolizei, die sogenannten Proletarischen Hundertschaften, aufstellten.

[3]) H. H. Hofmann (B 090), S. 95—96. Zu Hitlers Tätigkeit während dieser Monate siehe auch Ernst Deuerlein, *Der Hitler-Putsch* (B 037), S. 56 ff.

[4]) H. H. Hofmann (B 090), S. 100. Ehrhardt war zuvor unter abenteuerlichen Umständen aus dem Leipziger Gefängnis entflohen.

wesen. Angesichts des zusammenbrechenden Ruhrwiderstandes, der ins Endlose steigenden Inflation, der Hungerstreiks und separatistischen Bestrebungen hielten auch immer mehr Stahlhelmer die Errichtung eines autoritären Regimes für das Allheilmittel der tausendfältigen Probleme Deutschlands. Man dachte an eine Diktatur[1]). Derartige Auffassungen spiegelten sich auch in einem Telegramm wider, das der Stahlhelm am 4. November 1923 auf dem Höhepunkt der Krise an Stresemann absandte[2]):

> Wie einst im August 1914, so treten auch heute in schwerster vaterländischer Not die deutschen Frontkämpfer auf den Plan. Im Namen von Millionen ehemaliger Soldaten wendet sich der am 4. November in Magdeburg zusammengetretene Bundesvorstand des „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten an Sie, Herr Reichskanzler, mit der Forderung, nunmehr umgehend eine Diktatur zu schaffen, die nicht durch Parlamente, Parteien und Interessenverbände behindert ist. So geht es nicht weiter. Man verhandelt, aber man handelt nicht. Millionen hungern, Tausende schlemmen. Inzwischen reißen Teile des deutschen Vaterlandes ab. Nur die sofortige Errichtung einer nationalen Diktatur kann Deutschland retten. Wir verlangen nunmehr von Ihnen, Herr Reichskanzler, daß Sie diese Diktatur umgehend schaffen. Warum machen Sie von den in Ihrer Hand befindlichen Machtmitteln nicht restlos Gebrauch? Handeln Sie, damit nicht andere handeln.

In späteren Jahren wurde dieses Dokument als der Beitrag des Stahlhelms und insbesondere Seldtes zum Rechtsputschismus des Jahres 1923 angesehen[3]). Doch liegen die Dinge sehr viel komplizierter.

Am 13. Oktober hatte der Reichstag dem zweiten Stresemann-Kabinett durch ein Ermächtigungsgesetz weitreichende diktatorische Vollmachten auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet erteilt, einschließlich des Rechts, bestimmte Grundfreiheiten einzuschränken. Das Gesetz sollte am 31. März 1924 auslaufen oder ungültig werden, wenn dem Kabinett die Unterstützung des Parlaments versagt bleiben sollte. Diese Machtposition scheint die Stahlhelmleitung beeindruckt zu haben. Vielleicht war hier der ersehnte Diktator. Seldte beschloß, seinen Bund Stresemann zur Verfügung zu stellen[4]). Nun wurde aber

[1]) Die Akten des Stahlhelm-Salzgaus (BA Koblenz [A 02], 4) enthalten einen unsignierten Brief aus dem Sommer 1923, in dem hierzu vorsichtige Andeutungen gemacht werden. Siehe auch DZA Potsdam (A 19), 99 alt, fol. 262, *Stahlhelm-Erlaß an alle Gau- und Ortsgruppen*, 5. 10. 1923. Ende Oktober gingen beim Reichsinnenministerium etwa 50 Stahlhelm-Entschließungen von verschiedenen Ortsgruppen mit gleichlautendem Text ein, in denen die Errichtung einer Diktatur gefordert wurde. *Ibid.* (A 21), 13265, fol. 161 ff., *RIM (Spezialbüro) an Kuenzer*, 27. 10. 1923. Zur Tragweite dieser Entschließung siehe unten S. 50 ff. Ihr Wortlaut ist auch erhalten in DZA Potsdam (A 19), 263, fol. 8.

[2]) H. Michaelis und E. Schraepler, Hrsg. (B 127), Bd. V, S. 260.

[3]) Der *Vorwärts* (8. 12. 1931, S. 2) verglich das Telegramm später mit den bekannten Boxheimer Dokumenten der NSDAP. Siehe auch C. Severing (B 182) Vol. II, S. 180.

[4]) F.O.L. London (A 29), 7163, frames H 154482—83, *Katinka von Oheimb an Stresemann*, 26. 10. 1923. Frau von Oheimb lobte in diesem Schreiben nicht nur Seldte („ein ruhiger, sehr kluger Mann"), sondern erwies sich auch als eine recht resolute Dame, die zusammen mit dem Stahlhelm, Hausfrauenverbänden und eventuell mit einer „Gulaschkanone der Reichswehr" eine „private Ernährungshilfe" aufbauen wollte. Interessant und wichtig ist weiterhin, daß Seldte seinen Kameraden riet, sich nicht mit Hitler einzulassen. *Der Sta.*, 9. 3. 1924, S. 9.

dem Reichskanzler als gesetzmäßigem Diktator am 2. November plötzlich die Grundlage entzogen, als die Sozialdemokraten ihre parlamentarische Unterstützung zurückzogen aus Protest gegen die Intervention der Reichswehr in Thüringen. Bei Ankunft des Seldteschen Telegramms verfügte Stresemann folglich über keine parlamentarische Mehrheit mehr. Er hatte seine diktatorischen Vollmachten verloren und bemühte sich um eine neue Mehrheit für sein Kabinett.

Seldte waren die geringen Chancen Stresemanns bei diesem Unterfangen gewiß nicht unbekannt. Aus diesem Grunde fuhr er nach Berlin, um ihm als Parteifreund das Telegramm des Stahlhelms zu erklären[1]). Der DVP-Führer war zu Verhandlungen bereit. Schon während einer Konferenz der bürgerlichen Kabinettsmitglieder am 2. November, nur wenige Stunden vor dem Austritt der SPD, hatte er angekündigt, daß er jetzt versuchen werde, „die vernünftigen Verbände, wie ‚Jungdeutschen Orden' und ‚Stahlhelm' auf unsere Seite zu bringen[2])". Gleichzeitig weigerte er sich aber, ein „Kabinett mit deutschnationalem Kampfcharakter" zu bilden. Doch dies war genau der Punkt, an dem die Meinungen zwischen ihm und Seldte auseinandergingen. Der Stahlhelmführer verlangte sehr viel drastischere Maßnahmen als lediglich eine Umbesetzung und Rechtserweiterung des Kabinetts. Aber „vor Forderungen wie Nachhauseschicken des Reichstags, Ausbooten der Sozialdemokratie in der preußischen Regierung, rücksichtslose Einführung und schnellste Erledigung der wertbeständigen Zahlung und der Ernährungsfrage wich der Kanzler zurück[3])". Stresemann lag nur an einer Aufrechterhaltung der Ruhe und nicht an einem verfassungswidrigen Vorstoß gegen die Republik. Weiterhin wußte er nur zu gut, daß er weder die Unterstützung der Reichswehr noch die der Rechten besaß.

Seldte gewann in dem Gespräch daher den Eindruck, „daß der jetzige Reichskanzler nicht der Mann ist, um die nötige Entschlußhärte zur Führung sowohl der nationalen Diktatur als auch der Reichsregierung und letzten Endes von Preußen aufzubringen[4])". Aus diesem Grunde entschied er sich, „dem Oberbefehlshaber, General von Seekt [sic], die Entschließung und die Stellungnahme des Stahlhelm" vorzutragen[5]). In anderen Worten hieß dies, daß er Stresemann von seiner Liste potentieller Diktatoren strich und Seeckt seine Unterstützung

[1]) DZA Potsdam (A 19), 263, fol. 16—17, „*Kurzer Lagebericht*" *Seldtes an alle Gauführer*, 11. 11. 1923.

[2]) F.O.L. London (A 29), 7120, frame H 146168, *Sitzungsprotokoll*, 2. 11. 1923. Dann aber erhob sich von allen Seiten und sogar innerhalb der DVP Widerstand gegen ein neues Kabinett Stresemann, was Stresemann zu der berühmten „Ich-bin-das-Hundeleben-satt"-Erklärung veranlaßte. *Ibid.*, 7394, frame 171435, *Protokoll der DVP-Fraktionssitzung*, 5. 11. 1923.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 263, fol. 16—17, „*Kurzer Lagebericht*" *Seldtes an alle Gauführer*, 11. 11. 1923. Die stilistischen Mängel dieses Satzes sind wohl auf übergroße Hast zurückzuführen.

[4]) *Ibid.*

[5]) *Ibid.* Dieser Lagebericht Seldtes erschien übrigens am 24. März 1924 im *Montag-Morgen* allerdings unter taktvoller Auslassung des Namens des „Oberbefehlshabers". *Der Stahlhelm* (30. 3. 1924, S. 6) sah sich daraufhin zu der Stellungnahme veranlaßt, das Dokument sei aus dem Stahlhelmbüro entwendet worden.

anbot. Um dieses Manöver in der rechten Perspektive zu sehen, müssen wir nochmals einen Rückblick tun.

Während das Reich am Rande eines Bürgerkrieges stand, waren norddeutsche Konservative unter Justizrat Heinrich Class an Seeckt herangetreten. Sie spielten mit der Idee der Gründung eines diktatorischen Direktoriums. Seeckt war zunächst durchaus beeindruckt. In den folgenden Wochen gelang es Class, eine Reihe von respektablen Nationalisten für seinen Plan zu gewinnen[1]). Diese Gruppe, die für sich allein zu handeln keine Machtmittel besaß, begann nun fiebrig, in Nord- und Süddeutschland Anhänger zu werben. Am 2. September veranstalteten die Preußen und Bayern ein großes Treffen in Nürnberg, auf dem sich Ludendorff, General Maercker, Karl Eduard Herzog von Coburg, Hitler und andere Prominente sehen ließen. Es war eine eindrucksvolle Demonstration gegen Stresemann, und Ludendorff ermutigte die Teilnehmer, indem er ausrief[2]): „Die völkische Bewegung muß herrschen wollen, dann wird sie siegen."

Class trat auch in direkten Kontakt zu Kahr, der sich nicht zierte. Dagegen wurde Hitler von den Direktoriumsplänen ausgeschlossen — ein nicht unwichtiger Grund für die wachsenden Differenzen zwischen seiner AGVK und den Kahrschen Gruppen. Die Konservativen fanden Hitlers ultrarevolutionäre Haltung unpassend. Auch war im Gegensatz zu ihm Kahr noch nicht bereit, nach Berlin zu marschieren. Die Stellung der AGVK wurde schließlich noch geschwächt durch ein Ereignis, das als Buchrucker-Putsch bekannt geworden ist[3]). Nicht allein aber Buchruckers spätere Behauptung, er habe den Putsch ausgelöst, um einen Putsch zu verhindern[4]), zeigte, wie verworren die Lage geworden war. Selbst Seeckt machte sich jetzt Sorgen über den Radikalismus der Rechten. Sein Interesse, sich mit ihr zu verbrüdern, wurde immer geringer.

Inzwischen wurden auch die Sozialisten in Mitteldeutschland unruhig. Sie glaubten, der Faschismus stehe vor den Toren des Reiches. Am 10. Oktober traten daher zwei kommunistische Minister in das Kabinett Erich Zeigners in Sachsen ein. Thüringen folgte diesem Beispiel. Solche Volksfront-Experimente wiederum entfachten sofort Gerüchte über einen bevorstehenden Linksputsch. Obendrein veröffentlichte Zeigner ausgerechnet jetzt noch einige peinliche Einzelheiten über das geheime Aufrüstungsprogramm der Reichswehr. Angesichts dessen entschloß man sich in Berlin, eine Lösung des Konfliktes mit Bayern zurückzustellen, obwohl dieser inzwischen das Ausmaß offener Meuterei ange-

[1]) Darunter waren der ehemalige Stinnes-Direktor Friedrich Minoux, der ostpreußische Freiherr Wilhelm von Gayl und General Otto von Below von den VVVD. H. H. Hofmann (B 090), S. 79—80.

[2]) H. Michaelis und E. Schraepler, Hrsg. (B 127), Bd. V, S. 192—193.

[3]) Ernst Buchrucker hatte zusammen mit Paul Schulz illegale Arbeitskommandos im Rahmen der Schwarzen Reichswehr organisiert. Weitere Einzelheiten dazu bei E. Eyck (B 052), Bd. I, S. 350 ff. Es gibt Anzeichen dafür, daß auch Stahlhelmer in diese Einheiten eintraten. BA Koblenz (A 04), 2731, *Bericht II des RIM an Rkzlei*, 6. 10. 1923; *ibid.*, *Abegg an Spickernagel*, 29. 10. 1923.

[4]) H. H. Hofmann (B 090), S. 103.

nommen hatte. Wie auch in späteren Jahren sah man die „rote Gefahr" für größer an als die Verschwörungen der Rechten. Reichswehrtruppen wurden gegen Zeigner in Marsch gesetzt, und am 29. Oktober war die sächsische Regierung aus dem Amt geworfen. Die Thüringer konnten sich noch bis zum 2. November halten[1]).

Die Beseitigung des „roten Gürtels" zwischen Berlin und Bayern gab den Rechtsputschisten erheblichen Auftrieb, stiftete aber gleichzeitig eine noch größere Verwirrung. Grundsätzlich bestanden zwar keine Meinungsverschiedenheiten über den Marsch nach Berlin. Die ungelöste Frage war jedoch, ob die Bayern oder die Norddeutschen den ersten Stoß führen sollten, und hier wollte jede Seite der anderen den Vortritt lassen. Kahr zögerte, weil er auf ein Zeichen von den Norddeutschen wartete, während diese die Bayern bestürmten in der Hoffnung, daß der Einmarsch süddeutscher Legionen in Mitteldeutschland auch den letzten unsicheren Faktor auf ihre Seite ziehen würde, nämlich den mächtigen General von Seeckt. Warum schwankte er?

Der Chef der Reichswehr, ein kühler Rechner, hatte eine Reihe von Ereignissen mißbilligt, die seine ursprüngliche Begeisterung für Class und die Bayern gedämpft hatten. Die Buchruckeraffäre ist als Beispiel bereits genannt worden. Weiterhin hatte der Streit zwischen Berlin und München zu Befehlsverweigerungen geführt, und zwar nicht nur seitens Kahrs gegenüber Stresemann, sondern auch seitens des bayerischen Reichswehrkommandeurs, General Otto von Lossow, gegenüber seinem Chef[2]). Für Seeckt, einen Mann von preußischem Ethos und Freund Lossows, war dies eine schmerzliche Entdeckung gewesen. Schließlich fand er aber auch den Antisemitismus und die revolutionäre Haltung der Extremisten abstoßend. Im Grunde seines Herzens war er ein konservativer Soldat und kein Rebell, der gedankenlos seinen Eid brach und das Land in einen Bürgerkrieg stürzen wollte. Seeckt beschloß, seine eigenen Pläne zu verfolgen, die er von den Ultras nicht gestört wissen wollte. Seine Stunde schien gekommen, als am 2. November mit den obenerwähnten Folgen die Sozialdemokraten aus dem Kabinett Stresemann austraten. Zwei Tage später lud er Otto Wiedfeldt, den deutschen Botschafter in Washington, zur Mitarbeit in einem Direktorium unter seiner Führung ein. Auch Kahr gegenüber entwickelte er in einem langen Brief seine Pläne[3]). Gleichzeitig warnte er den Generalstaatskommissar vor unüberlegten Aktionen. Wollte Seeckt nämlich mit seinen Diktaturideen durchdringen, dann mußte die Anwendung von Gewalt unter allen Umständen vermieden werden.

Es ist nicht anzunehmen, daß Seldte von diesen verfassungswidrigen Manövern des „Oberbefehlshabers" wußte, als er sich an ihn wandte. Es gelang ihm erst am 10. November, Seeckt persönlich zu sprechen, und vor dieser Unterredung

[1]) W. Hoegner (B 089), S. 152.

[2]) E. Eyck (B 052), Bd. I, S. 357 ff.

[3]) F. von Rabenau (B 151), Bd. II, S. 359 ff.

scheint er durch allerlei Ärger mit seinen Unterorganisationen erheblich in Anspruch genommen worden zu sein[1]). Wenn er daher Anfang November den Stahlhelm nicht mehr ganz in der Hand hatte, so war dies in erster Linie Duesterberg zuzuschreiben[2]). Etwa acht Jahre später gab Duesterberg Freunden gegenüber zu, daß er dreimal in seinem Leben an Vorbereitungen für einen Putsch beteiligt gewesen sei[3]). In einem Falle dachte er zweifellos an den Hitler-Putsch. Schon für das erwähnte Treffen in Nürnberg hatten die Hallenser Stahlhelmer nicht ohne Grund eine Sondereinladung erhalten, und Duesterberg und Jüttner hatten erfreut eine Stahlhelmkompanie sowie einen Spielmannszug entsandt, die zusammen mit den anderen anwesenden Verbänden auftraten[4]). Der bayerische Stahlhelmführer Wäninger, gleich Seldte ein Mitglied der DVP und ein Anhänger Kahrs[5]), hatte sich daraufhin über Duesterberg beschwert. Er hielt dessen Verhalten für einen Bruch der Überparteilichkeit des Bundes. Seldte nahm den Fall auf und versuchte anscheinend, ihn so zu lösen, wie er den Fall Werner mehrere Monate zuvor behandelt hatte: Er berief eine Vorstandssitzung ein, um Duesterberg mit der Begründung abzusetzen, er habe die Stahlhelmsatzung verletzt. Doch „es kam zu scharfen Zusammenstößen", und am Ende stellte sich die Mehrheit vor Duesterberg. So weit war die Radikalisierung des Stahlhelms also schon fortgeschritten.

Es ist nun allerdings nicht einfach zu belegen, wie schwül die Atmosphäre in vielen Ortsgruppen des Bundes in diesen Wochen war. Alle scheinen sich sehr vorsichtig verhalten zu haben, und die Bundesleitung wußte selbst nicht mehr so recht, was in den Unterorganisationen eigentlich vorging[6]). Aber die Lage wird wohl treffend durch einen Brief illustriert, den der Ostseegau am 11. November nach Magdeburg sandte[7]). Darin wurde der Vorstand aufgefordert, seine abwartende Haltung aufzugeben. Der Weg des Ostseegaus zumindest sei durch

[1]) IfZ München (A 47), Rolle 5, *Eintragung vom 10. 11. 1923*, mit dem Vermerk „Selte" (sic).

[2]) „In Halle ist es einem Herrn Düsterberg [sic] leider gelungen, die Sache etwas nationalistischer zu gestalten." F.O.L. London (A 29), 7163, frames H 154482—83, *Katinka von Oheimb an Stresemann*, 26. 10. 1923.

[3]) BA Koblenz (A 17), 26, *Gienanth an Schleicher*, 24. 8. 1931.

[4]) H. Langermann in H. H. Grote (B 075), S. 297.

[5]) Siehe zum Beispiel seinen Artikel in *Der Sta.*, 13. 4. 1924, S. 1—2. Am 6. November nahm Wäninger an einem Treffen der bayerischen Wehrverbände unter dem Vorsitz von Kahr und Lossow teil. Bei dieser Gelegenheit sprach er sich zusammen mit Ehrhardt und Heiss gegen eine Verstärkung der Wehrverbände durch die AGVK Hitlers aus. Doc. Center Berlin (A 25), 127, *„Zur Vorgeschichte des 8. Novembers 1923"*, o. D.

[6]) Auch den Behörden gelang es nicht, sich ein klares Bild zu verschaffen. DZA Potsdam (A 21), 13265, fol. 276, *Rkomm. an RIM*, 12. 10. 1923 und *ibid.*, fol. 294, *Rkomm an RIM*, 24. 10. 1923. Mit einiger Sicherheit wußte man nur, daß Stahlhelmer sich in der Schwarzen Reichswehr betätigten. In den Stahlhelm-Akten ist das wohl interessanteste Dokument ein undatierter Zettel von Helmut Franke (?), der folgende Kader als „völkisch" einstufte: „?, Halle, Sachsen, Thüringen, Nordhausen, Harz, Altmark, Ostpreußen, Lemnitz, Pommern." DZA Potsdam (A 19), 263, fol. 14.

[7]) *Ibid.*, fol. 12, *Ostseegau an Bundesleitung*, 4. 11. 1923.

seine politische Einstellung längst vorgezeichnet. Bayern sei mit dem Norden eng verbunden, und auch der Ostseegau habe daher keine Entscheidungsfreiheit mehr. Und schließlich hieß es[1]):

> Irgendeine Kompromißregierung in Berlin kann niemals das Vertrauen des Ostseegaus besitzen. Da durchgreifende nationale Entscheidungen allein nur durch gemeinsames Eingreifen der genannten Kraftzentren [d. h. Bayern und Pommern] herbeigeführt werden können, so vertritt der Ostseegau die Ansicht, daß die Reichsleitung [des Stahlhelm] nur unter Berücksichtigung vorgenannter Tatsachen irgendwelche Entschlüsse fassen darf. Da es leider unmöglich war, zu der heutigen Vorstandssitzung einen Vertreter zu entsenden, so wurde dieser Standpunkt durch gestriges Telegramm in kurzen Worten gekennzeichnet: „Erscheinen unmöglich, Pommern hinter heutigem Berlin ausgeschlossen, allein blau-weiß-blaue Lösung möglich."

Nach seinem Sieg über Seldte verspürte in ähnlicher Weise auch Duesterberg keine Hemmungen mehr, seine eigene Politik zu treiben, und diese Politik zeigte eine stark bayerische Schlagseite. Gegen Ende Oktober hatte Class seine alten Entwürfe revidiert und operierte nunmehr mit einem Direktorium Gayl-Minoux-Oppen. Für den Fall, daß Seeckt sich diesen Plänen widersetzen sollte, war vorgesehen, den Kommandeur des Gruppenkommandos 1, General von Behrendt, an seinen Platz zu stellen. Freilich konnte das ganze Projekt nach wie vor nicht ohne die Unterstützung Bayerns durchgeführt werden. Aus diesem Grunde versuchten die Norddeutschen jetzt immer nachdrücklicher, die Bayern zum Vormarsch gegen Berlin zu bewegen.

In den letzten Tagen des Oktober trafen wiederholt Beauftragte aus dem Norden in München ein. Zwei dieser Kundschafter waren Duesterberg und Wolf Graf von Helldorf-Wolmirstädt, sein Adjutant und Stahlhelmführer im Unstrut-Gebiet. Beide fuhren am 28. Oktober in die bayerische Hauptstadt, um sich nach dem dortigen Stand der Dinge zu erkundigen[2]). Zunächst besuchten sie Hermann Kriebel, den militärischen Führer der AGVK, der mit Duesterberg bekannt war. Sie erfuhren, daß unter den bayerischen Wehrverbänden erhebliche Spannungen bestanden und daß sie entweder auf seiten Hitlers und Ludendorffs oder Kahrs und Lossows standen. Lossow, so fuhr Kriebel fort, werde von Hitler, wenn auch ohne Erfolg, in letzter Zeit „energisch ‚bearbeitet'".

Im Anschluß an Kriebel besuchten die beiden Delegierten Ludendorff, der Kriebels Bericht bestätigte und weiterhin über „die Teilnahmslosigkeit des Nordens" klagte. Dann arrangierte Ludendorff einen Empfang der beiden Stahlhelmer durch Lossow, auf dem sie versuchen wollten, ihren eigenen Einfluß auf den General geltend zu machen. Man traf sich kurz darauf und diskutierte die allgemeine politische Lage sowie die Notwendigkeit, „eine energische nationale

---

[1]) *Ibid.*

[2]) Die folgende Darstellung stützt sich auf die Zeugenvernehmung Helldorfs für den Hitler-Putsch-Prozeß, zu Protokoll genommen am 11. 1. 1924 (Doc. Center Berlin [A 25], 114 I).

Reichsregierung" zu schaffen[1]). Lossow stimmte im Prinzip zwar mit Duesterberg und Helldorf überein, erhob aber eine Anzahl von Bedenken gegen den Plan, die „Revolution" von Bayern her auszulösen. Besonders plagte ihn die Vorstellung, daß die norddeutsche Reichswehr auf seine Divisionen schießen könnte[2]). Duesterberg versuchte ihn daraufhin augenscheinlich zu beruhigen und meinte, daß dieses Problem nicht entstehen könne, weil seine Stahlhelmer überall die mitteldeutsche Reichswehr infiltriert hätten[3]). Lossow aber blieb skeptisch und verlangte konkrete Versicherungen durch einen kommandierenden General der Reichswehr. Duesterberg war nur ein pensionierter Oberstleutnant, und das Treffen verlief ergebnislos. Schließlich besuchten Duesterberg und Helldorf noch Hans von Seisser, Kahrs Polizeichef, der jedoch ebensosehr wie Lossow zögerte, die „Revolution" von Süden her vorzutragen ohne Gewißheit über das Verhalten des Nordens. Duesterbergs Mission war somit nicht sehr erfolgreich, und er bestieg zusammen mit Helldorf den Zug nach Dresden[4]).

Zu Beginn des letzten Aktes des Dramas waren in München kaum irgendwelche Fortschritte erzielt worden. Nach seiner Reise schrieb Duesterberg noch einen Brief an Lossow, der aber keinen günstigen Einfluß auf ihn hatte. Niemand hatte ein genaues Bild über die Lage — ganz bestimmt Duesterberg nicht, der auf eine Antwort aus München wartete. Da allerlei wilde Gerüchte auch in Halle eintrafen, beauftragte Duesterberg am 7. November Helldorf, sofort nochmals nach München zu fahren um herauszufinden, „was denn eigentlich los sei"(!)[5]). Am folgenden Morgen traf Helldorf in der bayerischen Hauptstadt ein und begab sich sofort zu Ludendorff. Dort durfte er wieder eine Predigt über die Unzuverlässigkeit des Nordens über sich ergehen lassen. Lossow, den Helldorf anschließend sah, war nicht weniger verärgert. Als der Stahlhelmer ihm entgegenhielt, daß die Norddeutschen einfach keinen geeigneten Führer finden könnten und daß daher Bayern die Führung übernehmen solle, antwortete Lossow erregt[6]): „Wenn in Berlin lauter Eunuchen und Kastraten sind, die zu feig sind, irgendeinen Entschluß zu fassen, kann Deutschland von Bayern aus auch nicht gerettet werden!" Er bestand auf einer Unterstützung durch den Norden und wiederholte seine bereits am 28. Oktober geäußerten Bedenken. Schließlich ging er noch auf

[1]) Siehe hierzu auch *ibid.*, *Vernehmungen Ludendorffs*, 26. 11. 1923 und 22. 12. 1923.

[2]) Siehe auch E. Deuerlein (B 037), S. 85 ff., 96n, 257 ff.

[3]) H. H. Hofmann (B 090), S. 139. Der *Volksfreund* (21. 7. 1926, S. 7) zitierte später die Erinnerungen eines Major von Waldow: „Am 9. November 1923 standen wir in Niedersachsen fiebernd, daß wir gerufen wurden. Blutenden Herzens mußten wir sehen, daß die Schmach nicht wiedergutgemacht wurde." Siehe auch *Der Sta.*, 9. 3. 1924, S. 9.

[4]) Es ist interessant, daß die beiden nicht nach Halle zurückkehrten, sondern nach Dresden fuhren, obgleich nicht bekannt ist, wen sie dort trafen. Möglicherweise war es Maercker. *Ibid.*, 17. 1. 1924, S. 4.

[5]) Doc. Center Berlin (A 25), 114 I, *Vernehmung Helldorfs*, 11. 1. 1924. Eine sehr treffende Aussage zu der allgemeinen Verwirrung.

[6]) H. H. Hofmann (B 090), S. 139. Das Helldorfsche Vernehmungsprotokoll zitiert Lossow indirekt.

Duesterbergs Brief ein, der ihn, wie er sagte, verärgert hatte. Helldorf bemühte sich, ihn zu beschwichtigen, weil er wußte, daß Duesterberg alles andere wollte, als die Bayern vor den Kopf stoßen.

Dennoch verließ Helldorf Lossow mit dem Gefühl, daß dieser durchaus bereit war, an einem Putsch teilzunehmen, und nur davor zurückscheute, eine solche Aktion auszulösen. Anschließend sah Duesterbergs Abgesandter noch Seisser und dann wieder Ludendorff, der gerade auf dem Wege zu Kahr war[1]). Nachmittags um fünf Uhr stieß er nochmals mit Ludendorff zusammen, diesmal in der Wohnung Erwin von Scheubner-Richters, des politischen Beraters Hitlers. Ludendorff trat mit den Worten in den Raum: „Es hat sich an der allgemeinen Lage nichts geändert." Kahr und Lossow waren also nach wie vor unentschlossen, und das waren sie auch während der historischen Versammlung im Bürgerbräukeller einige Stunden später.

Inzwischen drängten die Gefolgsleute Hitlers zum Einsatz. Sie waren hungrig und schlecht untergebracht und wollten sich nicht länger vertrösten lassen[2]). Das politische Klima in München war unerträglich schwül geworden und Hitler ein Nervenbündel. So kam es, daß er am 8. November glaubte, seine Truppen nicht weiter zurückhalten zu können. Er beschloß, den zögernden Kahr und Lossow einen sanften Stoß zu geben. Mit diesem Ziel allein unternahm er seinen Handstreich am Abend des 8. November. Doch sein aufgeregter Schuß in die Decke des Bürgerbräukellers war zu früh abgegeben. Innerhalb weniger Stunden brach der sogenannte Hitler-Putsch zusammen[3]). Eine der wichtigsten Entscheidungen jener dramatischen Stunden fiel im Reichskabinett in Berlin, das um Mitternacht unter Eberts Vorsitz zusammentrat und scharfe Gegenmaßnahmen forderte. Der Präsident und die Minister mußten allerdings auf Seeckt warten, der als letzter und ohne ein Wort zu sagen eintraf. Würde er sich auf die Seite der Revolutionäre stellen, obwohl sie sein eigenes Spiel verdorben hatten, oder würde er der Reichswehr den Befehl geben, die Rebellion gegen die Republik zu unterdrücken? Er tat das letztere und rettete damit die Verfassung.

Seldte konnte sich zu denen zählen, die den Fehlschlag des Münchener Unternehmens nicht zu beklagen brauchten. Offensichtlich löste sich mit dem Zusammenbruch des Hitler-Putsches das Problem einer offenen Spaltung des Stahlhelms in einen Duesterberg- und einen Seldte-Flügel zu seinen Gunsten. Duesterberg war geschlagen, und Seldte konnte jetzt wieder die Initiative ergreifen. Genauer gesagt, er konnte seine eigenen Diktaturpläne vorbringen. Denn, wie erwähnt, hatte er nach seiner Enttäuschung mit Stresemann den „Oberbefehlshaber" Seeckt nicht sofort aufgesucht. Er traf den Reichswehrchef erst am

[1]) Siehe hierzu auch Doc. Center Berlin (A 25), 114 I, *Vernehmung Ludendorffs*, 22. 12. 1923.

[2]) Scheubner-Richter schilderte Helldorf die desolaten Zustände im Hitler-Lager recht eindrucksvoll.

[3]) Minutiöse Darstellungen bei H. H. Hofmann (B 090), S. 145 ff. und E. Deuerlein (B 037), S. 99 ff.

10. November, um zu demonstrieren, daß er auch jetzt noch auf eine verfassungswidrige Diktatur hoffte. Seldtes Vorstellungen hierzu können einmal dem schon erwähnten Lagebericht vom 11. November 1923 entnommen werden, worin er verschiedene drastische Maßnahmen forderte. Darüber hinaus gibt es aber auch noch die recht detaillierten Vorschläge, die ein enger Mitarbeiter von ihm, Helmut Franke, verfaßte[1]). Franke hatte nämlich seinen „Entwurf" aufgesetzt, um damit die Errichtung einer Diktatur, die Bildung eines Direktoriums, die Auflösung des Reichstags, das Verbot von Streiks und die Einsetzung von Kriegsgerichten mit drakonischen Strafvollmachten anzukündigen. Es besteht zunächst kein Zweifel, daß dieser „Entwurf" für die Ausrufung einer Diktatur Seeckts gedacht war. Abgesehen von seinem Wortlaut geht dies auch aus einem beiliegenden Entwurf für einen „Funkspruch" hervor, in dem die Einstellung der Reparationslieferung ohne Rücksicht auf mögliche Folgen erklärt wird[2]). Franke wollte diesen Funkspruch durch „v. Seeckt, Rabethge, Graf Kanitz, Stresemann" unterzeichnen lassen.

Seldte hat später dementiert, daß diese „Entwürfe" Frankes irgendeine Bedeutung gehabt hätten, und sie zu Stilübungen eines jungen und stürmischen Stahlhelmfunktionärs gemacht[3]). Im engeren Sinne mag diese Aussage zutreffen. Aber es erscheint doch wenig glaubwürdig, daß die beiden Stahlhelmer ihre Gedanken nicht ausgetauscht haben sollten und dabei große Ähnlichkeiten feststellten, zumal sie beide denselben Diktator, nämlich Seeckt, im Auge hatten. Auf jeden Fall veröffentlichte Franke bald darauf einen Artikel in der Bundeszeitung, der in einer seltsamen Weise mit den Forderungen seines Entwurfs übereinstimmte[4]). Darin wurde der Primat der Außenpolitik bestimmt und ein Direktorium, Volksgerichtshöfe, die Todes- und Prügelstrafe bzw. Zwangsarbeit für diverse Vergehen und Verbrechen gefordert. Der Artikel endete mit einer Aufzählung von recht unbekümmerten weiteren politischen Maßnahmen[5]). Es ist nicht einzusehen, wieso Frankes Ideen ein Geheimnis in seiner Schreibtischschublade geblieben sein sollen, wenn sie zwei Monate später zur Veröffentlichung

[1]) DZA Potsdam (A 19), 263, fol. 18—19, *„Entwurf (ohne juristische Abfassung), 12. 11. 23 (10. 11.)"*. Franke war zu diesem Zeitpunkt Redakteur der Bundeszeitung.

[2]) *Ibid.*, fol. 19, *„Funkspruch an alle!"*, o. D. Siehe auch *ibid.*, *„Bemerkung"* und *„Nachbemerkung"*.

[3]) Die Frankeschen Dokumente erschienen zusammen mit Seldtes Lagebericht im *Montag-Morgen*. Siehe oben S. 44. *Der Stahlhelm* (30. 3. 1924) S. 6) schrieb dazu, daß die Bundesleitung von der Existenz dieser Dokumente keine Kenntnis gehabt habe, dementierte ihre Echtheit aber nicht. Das Original des „Entwurfs" in den Stahlhelm-Akten selbst trägt die Randbemerkung: „Phantasie von Helmut Franke".

[4]) *Der Sta.*, 15. 1. 1924, S. 4.

[5]) Dazu gehörten: Einrichtung eines Arbeitsdienstes für Kopf- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts, Schließung von Luxusgaststätten, ein beschleunigtes Siedlungsprogramm, ein neues Nationalgefühl, eine positive Lösung der völkischen Frage, ein „Deutsches" Recht, Klassenfrieden, Mitbestimmung der Frontgeneration an staats-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, Wiederbodenständigmachung u. a. m. *Ibid.*

in Seldtes Zeitung geeignet waren. Interessant ist weiterhin, daß Stresemann, E. H. Rabethge und Graf Kanitz in dem „Funkspruch" erwähnt wurden[1]). Denn diese Herren waren nicht nur Franke, sondern gerade auch Seldte bekannt, und so spricht manches dafür, daß nicht nur Franke Wert darauf legte, sie Seeckt zur Seite zu stellen[2]).

Während einer Kabinettsitzung am 19. November berichtete Stresemann denn auch, daß er wieder Kontakte zu Führern des Stahlhelms und des Jungdeutschen Ordens aufgenommen habe[3]). Allerdings, so meinte er, hätten sie „nur sehr unklare und kaum durchführbare politische Programme ihm vorgelegt". Stresemann mag hierbei an den Frankeschen „Entwurf" gedacht haben, der ihm am 14. November zugestellt worden war[4]). Selbst wenn man annimmt, daß Seldte davon nichts wußte, deutet alles darauf hin, daß es keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Franke gab. Sonst wäre Franke auch wohl kaum Ende November zum Geschäftsführer des Stahlhelms ernannt worden. Im Grunde befürwortete Seldte genauso wie Duesterberg eine Diktatur. Nur einen anderen Führer sollte sie haben. Es war Seldtes Glück, daß der Zusammenbruch des Hitler-Putsches Duesterbergs Pläne zunichte machte; es war jedoch ein Rückschlag für ihn, daß am 10. November weder Frankes noch seine eigenen Vorschläge für Seeckt interessant waren. Vor dem 8. November hätte der Reichswehrchef die Unterstützung des Stahlhelms vielleicht begrüßt. Aber jetzt, da er von Ebert verfassungsmäßige Vollmachten übernommen hatte, fühlte er sich an die Verfassung gebunden.

Blickt man somit auf die Ereignisse des Jahres 1923 zurück, so erscheint die Haltung des Stahlhelms einigermaßen zwielichtig. Trotz aller Loyalitätserklärungen Seldtes verfolgte der Bund eine Politik, die diesen öffentlichen Bekundungen zuwiderlief. Der Aufstieg Duesterbergs schließlich ließ die wachsende Rechtsorientierung immer deutlicher werden. Stahlhelmer nahmen aktiv am Ruhrwiderstand teil und später an der Münchener Verschwörung. Seldte selber hoffte im stillen auf eine Diktatur, allerdings unter Seeckt, der am Ende sicherlich der bessere Kandidat war. Denn während Duesterbergs Pläne mit dem Zusammenbruch des Hitler-Putsches bekannt wurden, blieben Seldtes und Frankes Ideen der Öffentlichkeit zunächst verborgen. Seeckt wurde Diktator, aber er erlangte seine Vollmachten auf legalem Wege und mißbrauchte sie nicht. Und wer konnte schon etwas an der Unterstützung eines verfassungsmäßigen

[1]) Stresemann war als „Außendirektor" vorgesehen, was notwendig erschien, damit a) „nach außen keine Veränderung im außenpolitischen Kurs eintritt [und] Frankreich nicht einmarschiert, b) ein Mann zur Abwicklung des Parlamentarismus mit Erfahrung da ist". Kanitz war als „Ernährungsdirektor" vorgesehen.

[2]) Erst im Mai hatte Stresemann eine Empfehlung für Franke geschrieben. F.O.L. London (A 29), 7116, frame H 145539, *Stresemann an Darmstädter & Nationalbank*, 18. 5. 1923. Seldte war der DVP als Mitglied verbunden.

[3]) *Ibid.*, 7120, frame H 146269 ff., *Sitzungsprotokoll*, 19. 11. 1923.

[4]) *Ibid.*, 7170, frame H 156049, *Franke an Stresemann*, 25. 6. 1924.

Diktators aussetzen? Allerdings sollte man nicht vergessen, daß eine Diktatur von Eberts Gnaden nicht Seldtes eigentlichen Hoffnungen entsprach. Noch am 10. November und wieder am 12. reiste der Stahlhelmführer nach Berlin, um die Errichtung einer „nationalen Diktatur" zu verlangen[1]). Seeckt lehnte jedoch höflich ab, und nur sein (wie Stresemanns und Seldtes) Schweigen ermöglichten es dem Stahlhelm, das Gesicht zu wahren[2]). Das befürchtete erneute Verbot wurde so verhindert, und die Ära der Legalität konnte beginnen[3]).

Die Stille nach den Novemberstürmen, in denen die Tiefe des Spaltes zwischen Seldte und Duesterberg zutage getreten war, erwies sich als ein Vorteil für den Bund. Das Versagen der Duesterbergschen Pläne gab Seldte einen strategischen Vorteil, den er auszunutzen gedachte. Nach dem Hitler-Putsch schrieb er, „daß die gesamte Stellung des Stahlhelm auf eine präzise Formel gebracht werden muß" und daß er „in diktatorischer Weise von jetzt ab handeln" werde[4]). In der Folgezeit sollte es sich erweisen, ob Seldte diese entschlossene Erklärung würde in die Praxis umsetzen können.

---

[1]) DZA Potsdam (A 19), 263, fol. 16—17, „*Kurzer Lagebericht*" *Seldtes an alle Gauführer*, 11. 11. 1923.

[2]) So konnte Seldte am 18. Januar 1924, so als ob nichts gewesen wäre, sagen: „Nicht im kleinen und engen Parteisinne, aber im großdeutschen Sinne haben wir in den schweren Novembertagen 1923 bewußt dem Reichskanzler zugerufen: Kanzler werde hart! Bewußt haben wir gefordert, frei von jeder Putschidee, daß in gefährdeten Zeiten das Ruder des Staatsschiffes nicht einem überalterten Reichstag in die Hand gegeben werden darf, sondern daß die Regierung konzentriert werden muß für gewisse Zeiten zu einer kleinen Gruppe fähiger Volksführer zur nationalen Diktatur!" *Der Sta.*, 1. 2. 1924, S. 5.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 263, fol. 26, *Franke an die Gaue*, 24. 11. 1923; *ibid.*, 99 alt, fol. 162—163, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 19. 1. 1924.

[4]) *Ibid.*, 263, fol. 16—17, „*Kurzer Lagebericht*" *Seldtes an alle Gauführer*, 11. 11. 1923. Siehe auch *ibid.*, fol. 13, *Seldte an die Gaue*, 9. 11. 1923.

Kapitel II

1924—1926

Die Übernahme außerordentlicher Vollmachten durch Seeckt im November 1923 setzte den gegenrevolutionären Bestrebungen und dem „Nachkrieg" der Rechten ein vorläufiges Ende. Wie die meisten anderen Verbände paßte sich der Stahlhelm der neuen Lage an und verfolgte von nun an einen „Legalitätskurs". Der Bewegungskrieg wurde zum Stellungskrieg[1]). Das bedeutete freilich nicht, daß alle Mitglieder bereit gewesen wären, die neue Formel zu akzeptieren. Es ist noch nicht einmal möglich, der Bundesleitung zu bescheinigen, daß sie die öffentlich verkündete Politik strengster Verfassungstreue nunmehr eingehalten hätte. Vielmehr betätigte sich der Bund weiterhin in illegalen Unternehmungen.

1. Der Stahlhelm und die geheime Wiederaufrüstung[2])

Im vorigen Kapitel wurde das Ausmaß des militärischen Dilemmas, in dem sich Deutschland nach der Niederlage von 1918 befand, bereits kurz dargestellt. So wurde im Jahre 1919 die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Sicherung der inneren und äußeren Lage noch allgemein von den militärischen und zivilen Stellen anerkannt. Der Kapp-Putsch aber stellte einen Wendepunkt in der bis dahin guten Zusammenarbeit zwischen Heer und Regierung dar. Auch bestanden die Alliierten darauf, daß Deutschland die Abrüstungsklauseln des Versailler Vertrages erfüllte, und dieser Druck gab schließlich den Ausschlag zugunsten eines Verbotes der Organisation Escherich und ihrer Anhängsel. Das Problem aber wurde durch Verbote nicht wirklich gelöst. Denn die Organisation der Verteidigung lief nun über die örtlichen Militärbehörden und von dort aus verzweigte sie sich in die Dörfer und Wälder. Aus diesem Grunde erwies es sich als unmöglich für die Regierung, das dezentralisierte Selbstschutzsystem gänzlich zu beseitigen. Darüber hinaus zeigte die Reichswehr, die ein ihres Erachtens besseres Verständnis für die militärische Lage des Reiches hatte, sich wenig an einer Unterstützung der Bemühungen der Zivilbehörden interessiert. Und wer auf Ortsebene am Selbstschutz beteiligt war, tat schließlich auch sein Bestes, um möglichst viel Sand in die Polizeimaschinerie zu streuen. Besonders im Osten des Reiches war man auf die Erhaltung dessen bedacht, was man als

[1]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 21. 10. 1926, S. 1.

[2]) Zu diesem Kapitel siehe auch F. L. Carsten (B 020), S. 168 ff., 243 ff.

notwendige Abwehrmaßnahmen betrachtete und mit Hingabe aufgebaut hatte. In Pommern, Brandenburg, Schlesien und Ostpreußen wurden diese unter dem Namen „Grenzschutz" zu einer ständigen Einrichtung.

Eine Zeitlang mag Seeckt weitergreifende Pläne verfolgt haben, als er die Heimatbünde und Verbände für Reichswehrzwecke einsetzte. Doch im großen und ganzen scheint es sein Hauptziel gewesen zu sein, Reserven für die Verteidigung nach außen zu schaffen. Auch die sogenannte Schwarze Reichswehr organisierte er nach der Besetzung des Ruhrgebietes wohl hauptsächlich aus außenpolitischen Gründen, weil er weitere Interventionen der Franzosen erwartete. Auf jeden Fall führte die Seecktsche Politik dazu, daß sich im Frühjahr 1923 alle Wehrkreise mit der Wiederaufrüstung Deutschlands beschäftigten. Der ursprüngliche Grenzschutz nahm die Dimensionen eines Landesschutzes an. Die Reichswehr trat mit örtlichen Soldatenverbänden in Verbindung, und bis etwa Ende 1926 errichtete man, durch die „Geheim"-Stempel des Heeres geschützt, ein undurchdringliches Netz von Beziehungen.

Wie war der Stahlhelm mit diesen Aufrüstungsunternehmen verbunden? Zweifellos stellte er für Seeckt eine fast ideale Organisation für Landesschutzaufgaben dar. Trotz fortschreitender Radikalisierung bestand die Mehrzahl der Mitglieder weiterhin aus konservativ-nationalen Männern, und die Ortsgruppenführer waren in vielen Fällen pensionierte Offiziere mit allen wichtigen Qualifikationen eines Landesschutzleiters. Besonders im Osten waren die Stahlhelmer über die Möglichkeit eines Konfliktes mit Polen besorgt, und dort erreichten daher die Vorbereitungen auch ihre höchste Vollendung[1]).

Ostpreußen, der durch den Korridor vom übrigen Deutschland getrennte Außenposten, bot ein so gutes Beispiel für einen reibungslos arbeitenden Grenzschutz, daß sehr wenig über seinen genauen Aufbau bekannt geworden ist. Fest steht jedoch, daß die meisten Wehrverbände an den Vorbereitungen teil hatten, die infolge der außergewöhnlichen Lage der Provinz sich auch immer der stillen Unterstützung der Zivilbehörden erfreuten. Einer der schwungvollsten Organisatoren war Siegfried Graf zu Eulenburg-Wicken, der im Mai 1924 zum Führer des ostpreußischen Stahlhelm-Landesverbandes aufstieg[2]).

In Schlesien war die Lage ähnlich. Dort ließ der Stahlhelmlandesführer Freiherr von Wrangel, der vormals die Freikorpsoperationen in Schlesien kommandiert hatte, seine alten Beziehungen zur Reichswehr spielen und baute einen wirksamen Grenzschutz auf. Ewald von Massow wurde im Oktober 1925 sein Nachfolger[3]). Er war ein verläßlicher Mann und berufener Erbe des Wrangelschen Aufrüstungssystems. Zusammen mit der Reichswehr wurden immer wieder

[1]) F.O.L. London (A 34), K 951, frames 248620—44, *Grzesinski an Braun*, 6. 11. 1926; H. J. Gordon (B 067), S. 187.

[2]) Walter Görlitz, *Die Junker* (B 066), S. 351—52; Th. Vogelsang (B 203), S. 33. Eulenburg sollte später eine einflußreiche Rolle innerhalb des Duesterberg-Flügels spielen.

[3]) S. Graff et al. (B 069), S. 374 ff.

Übungen abgehalten, für die meistens nur schlesische Stahlhelmer herangezogen wurden. Manchmal griff man aber sogar auf Einheiten aus Magdeburg, Halle, Anhalt und Sachsen zurück[1]). In Brandenburg machte sich der 1924 zum Landesverbandsführer des Stahlhelms gewählte Elhard von Morosowicz besonders um die Aufstellung „schwarzer" Kontingente verdient. Graf zu Dohna-Hiller-Gärtringen, der Gründer einer Stahlhelm-Ortsgruppe und späteres Mitglied des Bundesvorstandes, unterstützte die Maßnahmen der Reichswehr in der Gegend von Meseritz. In Brandenburg wurden 1923 auch die sogenannten Arbeitskommandos von Buchrucker und Schulz aufgestellt, die ihre Mitglieder aus dem Stahlhelm und anderen Bünden zogen[2]).

Pommern bietet ein gut dokumentiertes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen dem Stahlhelm und dem Heer in Grenzschutzfragen. In Stolp fand die Reichswehr einen tatkräftigen ehemaligen Major, Kurt von Briesen, der bereits im Jahre 1922 die sogenannte Pommern-Treue (PT) gründete. Sie übernahm Waffenverstecke und versuchte besonders die junge Generation anzusprechen, die noch keine militärische Erfahrung hatte. Bald gab es in allen fünf Grenzkreisen Pommerns kleine Kader von 20—60 Mann. Briesen war ein „Angestellter" des Wehrkreises II, und Stahlhelmortsgruppen waren die Fassade, hinter der die Pommern im Schießen und Kartenlesen unterrichtet wurden. In den Gebieten um Schlochau, Neustettin und Flatow, in denen der Stahlhelm gut durchorganisiert war, richtete der dortige Geschäftsführer den gesamten Grenzschutz ausschließlich auf den Bund aus. Auf diese Weise „wurde die Symbiose des Stahlhelm mit dem Grenzschutz wirksam"[3]).

Solche Vorbereitungen im Osten hatten ihre Begründung vornehmlich in der Furcht der Bewohner vor Grenzverletzungen durch Polen, eine Gefahr, die viele für durchaus real hielten. Die geheimen Maßnahmen in Nord-, West- und Süddeutschland haben allerdings wohl weitergehende Ziele gehabt. Am Rhein machte man sich vielleicht noch einige Sorgen über die militärische Stärke Frankreichs; aber oft wurden sie von anderen Gefühlen erfolgreich verdrängt: man hoffte, sich eines Tages in den Dienst der Gegenrevolution stellen zu können. Im November 1923 hatte Duesterberg, der in Halle in ziemlich sicherer Entfernung von der französischen Grenze lebte, Lossow bereits erklärt, wie man das

[1]) So wurden z. B. dem Stahlhelm im Kreis Grottkau von der Reichswehr Maschinengewehre und Munition geliefert, mit denen dann in freiem Gelände geübt wurde. F.O.L. London (A 34), K 951, frames 248620—44, *Grzesinski an Braun*, 6. 11. 1926. Ein weiteres Beispiel ist ein geheimes Schreiben Bendziulas vom 2. September 1925, in dem mehrere Gaue zur Gestellung von Motorradfahrern für Reichswehr-Übungen im Raum Chemnitz aufgefordert wurden, in DZA Potsdam (A 19), 32, fol. 257 ff. Siehe auch F.O.L. London (A 29), 7404, frames H 173403—06, *Max Schmidt an Stresemann*, 10. 1. 1927.

[2]) *Ibid.* (A 34), K 951, frames 248620—44, *Grzesinski an Braun*, 6. 11. 1926; *ibid.* (A 32), 4525, frames E 137151—83, *Lagebericht*, Aug. 1925.

[3]) BA Koblenz (A 08), 57, *Bericht Prael*, 30. 6. 1925, sowie eine Reihe von weiteren Zeugenberichten. Siehe auch F.O.L. London (A 34), K 951, frames 248620—44, *Grzesinski an Braun*, 6. 11. 1926.

in etwa bewerkstelligen könnte. Aktivisten wie Duesterberg gab es überall, und Stahlhelmer traf man regelmäßig zumindest unter der Gefolgschaft der Gegenrevolution.

In Norddeutschland hatte man es einem pensionierten Generalmajor, Paul Helfritz, überlassen, den Landesschutz aufzubauen und den Stahlhelm dafür zu gewinnen[1]). Die Lage in Niedersachsen war insofern anders, als dort der Kommandeur des Wehrkreises VI, der General Fritz von Lossberg, persönlich als *spiritus rector* der Verhandlungen mit den Verbänden auftrat[2]). Sehr spärlich sind die Quellen zur Lage in Südwestdeutschland[3]). Aber in Süddeutschland sind die bereits genannten Verbindungen zwischen Lossow und den bayerischen Wehrverbänden zweifellos auch Teil des illegalen Systems von „Symbiosen" gewesen[4]).

Um 1924 verfügte Seeckt somit über ein mehr oder weniger zusammenhängendes Landesschutznetz, das er in den folgenden Jahren verbesserte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er sich auch der radikalen Elemente unter den Freiwilligen entledigt. Denn seine Erfahrungen mit der Gegenrevolution waren denkbar schlecht gewesen, und unter den schwierigen Umständen jener Zeit konnte der Reichswehrchef nur ein absolut zuverlässiges Instrument zur Erhaltung des Wehrwillens gebrauchen[5]). Es versteht sich von selbst, daß er mit diesem Wunsch beim Stahlhelm auf große Sympathie stieß. Überall im Lande baute die Reichswehr „Sportschulen" auf, in denen man die nötigen Ausbilder schulte für eine Geheimarmee, die in den Augen Seeckts wie der Stahlhelmer den Anfang einer neuen deutschen Wehrmacht bildete[6]).

Diese Instrukteure, von Seeckt bezahlt, reisten durch die Lande und sprachen vor interessierten alten Soldaten und solchen, die es werden wollten, über theoretische und praktische militärische Fragen[7]). Ein in den Ostprovinzen selbstver-

[1]) C. Severing (B 182), Bd. II, S. 118; Th. Vogelsang (B 203), S. 38.

[2]) Sein Mittelsmann war Ernst von Oven, ein pensionierter General und Goslarer Stahlhelmführer. *Ibid.*, S. 39. Siehe auch O. Lippelt und E. Huckstorf, Hrsg. (B 114), S. 67, 74 ff., und BA Koblenz (A 02), 4, *Rundschreiben des Salzgau-Bezirks*, 15. 5. 1924, die hiermit anscheinend verbundene Tätigkeiten erwähnen.

[3]) Siehe dazu F.O.L. London (A 34), K 951, frames 248620—44, *Grzesinski an Braun*, 6. 11. 1926, sowie Hans Steiss, Hrsg., *Unser Marsch* (B 191), S. 91.

[4]) Siehe oben S. 41 ff.

[5]) F.O.L. London (A 34), K 951, frames 248620—44, *Grzesinski an Braun*, 6. 11. 1926.

[6]) So wurde die Reichswehr immer lobend in der Stahlhelmpresse genannt. Siehe z. B. *Der Sta. (LV Brschw.)*, 27. 3. 1924, S. 2. Auch die noch zu behandelnde anfängliche Unterstützung einer Nominierung Seeckts für die Präsidentschaftswahlen von 1925 sollte von dieser Seite her gesehen werden.

[7]) Im August 1924 z. B. erschien ein Reichswehr-Offizier beim Stahlhelm und hinterließ eine Liste mit Büchern, die für die infanteristische Ausbildung nützlich waren. Er bat weiterhin, auf einen Zusammenschluß der nationalen Verbände hinzuwirken, „um die Ausbildung möglichst einheitlich zu gestalten". DZA Potsdam (A 19), 32, fol. 26—27, *Bendziula an Kloppe*, 28. 8. 1924. Einige Monate später bat Ausfeld festzustellen, ob in den einzelnen Ortsgruppen Kartenmaterial, Munition und Zielmunition benötigt werde, die durch die Bundesleitung beschafft werden könnten. *Ibid.*, fol. 82, *Ausfeld an Gau Magdeburg*, 26. 11. 1924. Das Schreiben war nach Kenntnisnahme zu vernichten.

ständlicher Brauch wurde bald zum geheimen Hobby im übrigen Deutschland. An Wochenenden trafen sich die Stahlhelmkameraden zu Ausflügen und bald — je nach dem wie viele es waren und was sie an Ausrüstung auf dem Rücken schleppten — war ein Unterschied zwischen Sonntagsspaziergängen und militärischen Patrouillen kaum noch festzustellen. Im Mai 1925 appellierte der Landesverband Braunschweig sogar öffentlich an seine Mitglieder, „Sportlehrabteilungen" zu bilden[1]). Zu den weniger verhüllten Beiträgen, den Wehrgeist in der Bevölkerung zu beleben und die Beschränkungen des Versailler Vertrages zu umgehen, gehörten auch die zahllosen Massensportfeste des Stahlhelms. Im übrigen war kein Opfer an Zeit und Geld groß genug, wenn es um eine Unterstützung des verstümmelten Heeres ging[2]).

Öffentliche Paraden und Sportfeste mit Fahnen und in voller Marschausrüstung waren am wenigsten geeignet, der Neugierde der Journalisten und Polizeibehörden zu entgehen. Sicherlich hätte Seeckt viel darum gegeben, die breite Wiedergabe gelegentlicher Indiskretionen in der Presse verhindern zu können. Niemand wußte besser als er, daß seine Maßnahmen ein Bruch des Friedensvertrages waren. Insbesondere die Artikel 177—178 verboten genau die Art militärischer Ausbildung, die er so freimütig unterstützte[3]). Eine Zeitlang glaubte man, sich mit der Herausgabe von Erlassen begnügen zu können[4]). Doch auf die Dauer ließen sich weder die Zivilbehörden noch die Alliierten täuschen. Die Interalliierte Militärkontrollkommission (IMKK) war geschaffen worden, die Ausführung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu überwachen, und es war nicht zu erwarten, daß die Westmächte grobe Verletzungen tolerieren würden. Die deutschen Zivilbehörden nahmen eine etwas andere Haltung ein. Soweit es den Grenzschutz betraf, konnte die Reichswehr auf deren Diskretion und Zusammenarbeit rechnen, einschließlich der der preußischen Regierung[5]). Seeckt verspielte sich jedoch viele Sympathien, als der Verdacht aufkam, daß er weit über den Grenzschutz hinausging und heimlich die ganze Nation wiederaufrüsten wollte. Beunruhigend war zudem die Beobachtung, daß das Heer vielerorts kein übergroßes Interesse zeigte, mit den Zivilbehörden

[1]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 7. 5. 1925, S. 2. Siehe auch DZA Potsdam (A 19), 32, fol. 85, *Bendziula an Landesverband Ostsee*, 22. 12. 1924, mit der Aufforderung den Ausdruck sportliche Ausbildung fortan durch das Wort „militärisch" zu ersetzen.

[2]) Der Bund organisierte geheime Geldsammlungen für die Reichswehr. O. Lippelt und E. Huckstorf, Hrsg. (B 114), S. 67 ff.

[3]) Später verabschiedete der Reichstag ein Gesetz (hiernach zitiert als Gesetz vom 22. März 1921), durch das die allgemeinen Klauseln des Versailler Vertrages spezifiziert wurden.

[4]) So hatte der Reichswehrminister Otto Geßler am 22. Februar 1923 einen Erlaß herausgegeben, mit dem der Armee Verbindungen zu den vaterländischen Verbänden untersagt wurden. Darüber hinaus gab es auch eine Liste, in der alle Organisationen aufgeführt waren, die als politisch im Sinne des § 36 des Wehrgesetzes angesehen wurden. Mit diesen Organisationen, zu denen auch der Stahlhelm gehörte, durfte die Reichswehr keine Beziehungen haben.

[5]) Geßler und Severing hatten im Sommer 1923 ein förmliches Abkommen hierüber geschlossen.

zusammen die Verantwortung zu tragen, und sich obendrein auch noch auf Kräfte stützte, die gewiß nicht verfassungstreu waren[1]). So mußte Seeckt es einmal mit den Untersuchungskommissionen der I.M.K.K. und dem Auswärtigen Amt aufnehmen, dem alliierte Offiziere ihre peinlichen Entdeckungen unterbreiteten; und zum anderen überfluteten die Zivilbehörden ihn mit Beschwerden über die Geheimniskrämerei der Reichswehr und ihre einseitige Auswahl der Bewerber[2]). Ende 1926 waren die Militärs außer Atem und gaben die alleinige Verantwortung für die Wiederaufrüstungsmaßnahmen ab.

Inzwischen kam es wiederholt zu lautstarken Auftritten der Stahlhelmer. Sie machten nicht nur die IMKK verächtlich, sondern polemisierten auch gegen Stresemanns Erfüllungspolitik und die Republik ganz allgemein[3]). Die Reichsregierung war zunehmend verstimmt, und am 28. Mai 1925 schnitt der Reichswehrminister Otto Geßler im Reichstag die Frage der Verbände an. Für den Stahlhelm fand er nichts als harte Worte. Er verurteilte besonders die Finanzierung der Soldatenbünde, wobei er allerdings darauf achtete, über die Herkunft ihrer Finanzen keine genaueren Angaben zu machen[4]).

Gegen Ende November verstärkte sich der Druck der Alliierten. Am 8. November hatte Stresemann eine Unterhaltung mit dem französischen Geschäftsträger in Berlin[5]). Dieser ließ ihn wissen, daß seine Regierung zwar nicht direkt eine Unterdrückung der Wehrverbände wünschte, aber zumindest doch einen Abbruch ihrer Verbindungen zur Reichswehr und eine Einstellung ihrer militärischen Übungen. Augenscheinlich unter dem Eindruck derartiger Forderungen bat Stresemann den Preußischen Innenminister, eine für den folgenden Sonntag in Berlin geplante Demonstration der vaterländischen Verbände zu verhindern[6]). Das Auswärtige Amt befürchtete Proteste seitens der Botschafterkonferenz. Doch dauerte es noch weitere neun Monate, ehe die geheimen Manöver der Militärs den Politikern ernstlichen Ärger bereiten sollten.

---

[1]) Siehe den interessanten Behörden-Schriftwechsel zur Frage des Kleinkalibersports in DZA Potsdam (A 21), 13521.

[2]) F.O.L. London (A 30), 3241, frames D 706110—57, *Bericht No. 45 über die Tätigkeit der I.M.K.K. während der Zeit vom 17. Nov. bis 13. Dez. 1924 (Übersetzung)*, 20. 12. 1924, der Stresemann zu Nachforschungen über die Maßnahmen der Reichswehr veranlaßte. *Ibid.*, frames D 707245—56, *Aufzeichnung Stresemanns*, 30. 1. (1925). Siehe auch *ibid.* (A 34), K 951, frames 248620—44, *Grzesinski an Braun*, 6. 11. 1926.

[3]) Siehe z. B. den Artikel „Wehrlos — ehrlos!" (*Der Sta.*, 6. 7. 1924, S. 1), in der die Untersuchungen der „Interalliierten Schnüffelkommission" angegriffen wurden.

[4]) *Ibid.*, 7. 6. 1925, S. 1, mit der herablassend-beschwichtigenden Überschrift „Aber Herr Geßler . . .!" Noch 1923 hatte die Reichswehr ihre Rolle als Finanzier dementiert (DZA Potsdam [A 21], 13265, fol. 217, *Schleicher an RdJ*, 21. 11. 1923), aber später wußten die Zivilbehörden, daß dies nicht stimmte. F.O.L. London (A 29), 7138, frames H 149466—69, *Aufzeichnung Bernhards*, 6. 2. 1926.

[5]) *Ibid.*, 7129, frames H 148026—28, *Aufzeichnung Stresemanns*, 8. 11. 1925.

[6]) *Ibid.*, 7322, frames H 160515—16, *Stresemann an Severing*, 13. 11. 1925. Der Brief wurde nicht abgesandt, trägt aber Stresemanns Bleistiftbemerkung: „Weismann kommen lassen".

Im Sommer 1926 nahmen die Westmächte ihre Verhandlungen über die deutsche Rüstung wieder auf. Im Zusammenhang damit besuchte am 22. August der französische Geschäftsträger André de Laboulaye den Reichsaußenminister, um ihm die Sorgen seiner Regierung über die deutschen Soldatenverbände und deren Verbindungen zur Reichswehr zu übermitteln[1]). Vier Wochen später beschwerte sich Aristide Briand persönlich anläßlich der Thoiry-Konferenz über den Stahlhelm. Der Bund, so sagte er Stresemann, habe kürzlich ein Handbuch herausgegeben, das Instruktionen über Schießen, Geländeübungen und Mannschaftsausbildung enthalte[2]). Stresemann zeigte sich überrascht und tat sein Bestes, Briand zu beruhigen. Er habe, so erwiderte er, das Buch zwar noch nicht gesehen, aber es könne doch wohl nicht zur Vorbereitung eines Revanchekrieges gedacht sein, wenn es öffentlich zum Verkauf ausliege. Schließlich versprach er eine Untersuchung der Angelegenheit[3]). Stresemanns Bericht zufolge war Briand weniger beunruhigt als der französische Generalstab und meinte, daß jene ehemaligen Soldaten sich gewiß nur brüsten wollten, „indem sie sich [einen] Stahlhelm auf den Kopf stülpen". Diese Bemerkung trug zu einer sichtlichen Auflockerung der Unterhaltung bei, und Stresemann beendete das Thema mit einem Zitat von Geßler. Dieser, so sagte er schmunzelnd, habe einmal gemeint, daß der Stahlhelm ersetzen wolle, „was [unser] altes Militär [den] Dienstmädchen bot: 1. Militärmusik, 2. Uniform, 3. Küsse".

Nun hat Stresemann allerdings ein recht optimistisches Bild von dieser Unterredung gezeichnet, und es wäre nützlich, Briands Aufzeichnungen zur Hand zu haben. Wahrscheinlich könnten sie nämlich erklären, warum Laboulaye weniger als einen Monat später mit den alten Klagen erneut zu Stresemann kam[4]). Er hatte diesmal sogar das Stahlhelm-Handbuch und die neueste Ausgabe der Bundeszeitung bei sich und wies Stresemann eingehend auf die inkriminierten Passagen in der Publikation hin. Schließlich fragte er, ob die Möglichkeit zu einem Vorgehen gegen die Wehrverbände bestehe. Zwar verharmloste der Außenminister in seiner Antwort wieder die Bedeutung des Paramilitarismus in Deutschland, aber er versprach, die Vorwürfe zu prüfen und dem Kabinett Maßnahmen zu empfehlen, „wenn es sich um tatsächliche militärische Spielereien handle" (!).

Am 1. November erschien dann sogar der französische Botschafter de Margerie[5]). Er stellte zunächst fest, daß Stresemann nunmehr besser informiert war. Auch hatte sich der Reichsaußenminister ein neues Argument überlegt. Er

[1]) *Ibid.*, 7331, frames H 162330—41, *Aufzeichnung Stresemanns*, 22. 8. 1926.

[2]) *Ibid.*, frames H 162450—55, *Niederschrift von der Unterredung*, 17. 9. 1926; *ibid.*, frames H 162515—29, *Ausführliche Niederschrift Stresemanns von der Unterredung*, 20. 9. 1926.

[3]) Stresemann erstattete dem Kabinett in der Tat Bericht, und eine Untersuchung fand statt. DZA Potsdam (A 21), 13266, fol. 246—47, *RIM (Spezialbüro) an Stresemann*, 6. 11. 1926.

[4]) F.O.L. London (A 29), 7334, frames H 162755—57, *Aufzeichnung Stresemanns*, 18. 10. 1926. Siehe auch *ibid.*, frames H 162761—62, *Stresemanns Notizen über die Unterredung* (18. 10. 1926).

[5]) *Ibid.*, frames H 162860—72, *Aufzeichnung Stresemanns*, 1. 11. 1926.

meinte, daß theoretische Bücher wohl kein Ersatz für tatsächliche Übungen sein könnten und daß es außer dem kommunistischen Rotfrontkämpferbund kaum eine Organisation gebe, die regelmäßig militärische Übungen abhalte. Der Stahlhelm sei ganz bestimmt nicht dabei, und solange keine schlüssigen Beweise des Gegenteils vorlägen, sehe er, Stresemann, keine Möglichkeit zum Einschreiten. Schließlich dementierte er noch das Bestehen von Verbindungen zwischen der Reichswehr und den Verbänden und erwähnte, daß Geßler erst kürzlich den neuen Chef der Reichswehr, General Wilhelm Heye, veranlaßt habe, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Trotzdem bestand Margerie darauf, daß eine „Unmenge von Material" vorhanden sei, und schlug vor, daß Stresemann den deutschen Vertreter bei der IMKK, General von Pawelsz, einmal fragen möge. Stresemann versprach, dies zu tun.

Es ist durchaus möglich, daß Stresemann das ganze Ausmaß der illegalen Vorbereitungen tatsächlich nicht bekannt war[1]). Seeckt hatte immer sehr geheimnisvoll getan und die Zivilbehörden jahrelang nur unvollkommen informiert. Mit der Entlassung Seeckts endete jedoch diese Phase der Politik der Reichswehr. Sein vergleichsweise ängstlicher Nachfolger wollte angesichts des beträchtlichen Drucks der Alliierten und auch seitens der preußischen Behörden die Verantwortung nicht mehr allein tragen[2]). Aus diesen Gründen wurde Stresemann vermutlich nicht vor dem Herbst 1926 ganz in die Aufrüstungsgeheimnisse der Reichswehr eingeweiht. Auf jeden Fall traf er General Pawelsz am Tage nach seiner Unterredung mit Margerie[3]), und einige Tage später erhielt er eine Kopie des bereits zitierten Grzesinski-Memorandums vom 6. November, in dem viele interessante Einzelheiten über die Betätigung des Stahlhelms im Landesschutz zu finden waren.

Am 9. November suchte Margerie den Außenminister erneut auf. Zu seiner Freude hatte sich die Reichsregierung inzwischen mit dem Fall ausgiebig beschäftigt. Noch vor Novemberanfang hatten zwischen dem Stahlhelm und den Behörden Verhandlungen stattgefunden. Seldte erklärte sich bereit, das Handbuch zurückzuziehen, und am 2. November gab er obendrein noch einen Befehl heraus, nach dem alle militärischen Übungen ausdrücklich verboten wurden[4]).

[1]) Hans Gatzke *[Stresemann and the Rearmament of Germany* (B 060)*]* kommt es anscheinend etwas zu sehr darauf an, Stresemann als einen Taktiker zu entlarven.

[2]) Am 29. Oktober hatte Stresemann eine Unterredung mit Otto Braun, Geßler und Robert Weismann, in der Braun die Frage an Geßler richtete, ob er garantieren könne, daß „diese Dinge" aufhörten. Es interessiere ihn nicht, was 1923 passiert sei, „aber er wünsche, daß jetzt reiner Tisch gemacht werde". Geßler versprach, sich in Zukunft Gehör zu verschaffen. Solange der Staat nicht konsolidiert gewesen sei, habe er keinen Konflikt mit Seeckt heraufbeschwören wollen. Er habe jetzt die erste günstige Gelegenheit benutzt, um sich von Seeckt zu trennen, der ihm nie die richtige Antwort gegeben habe. F.O.L. London (A 29), 7155, frames H 151923—25, *Aufzeichnung Stresemanns*, 29. 10. 1926.

[3]) *Ibid.*, 7335, frame H 162912, *Notizzettel Stresemanns*, 2. 11. 1926.

[4]) DZA Potsdam (A 21), 13266, fol. 243, *Befehl Seldtes betr. Außerkraftsetzung des Führer-Handbuchs*, 31. 10. 1926; Seldtes „erneutes Verbot militärisch aufgezogener Übungen" vom 2. 11. 1926 wurde im *Führer-Nachrichten-Blatt* vom 25. 11. 1926 veröffentlicht.

Stresemann zufolge war es dennoch nicht einfach, Margerie zu befriedigen[1]). Er sagte, daß der Abbruch der Beziehungen zwischen der Reichswehr und den Verbänden für die französische Regierung „von ausschlaggebender Bedeutung" sei. Noch einmal bat Stresemann um genaue Einzelheiten, die eine Intervention des Kabinetts rechtfertigen könnten. Sie wurden ihm am 18. November unterbreitet. Bei diesem neuerlichen Treffen gab der französische Botschafter einen Rückblick auf die Rechtslage seit 1919[2]). Er bezog sich auf den Versailler Vertrag und das Gesetz vom 22. März 1921 und machte noch besonders auf eine am 12. Februar 1926 erlassene Verordnung aufmerksam. Diese Verordnung, so meinte er, sei als eine Gedächtnisstütze für die früher verabschiedeten Gesetze gedacht gewesen. Die gesetzlichen Grundlagen seien somit ausgezeichnet. Nur ihre Anwendung lasse leider zu wünschen übrig.

Hiermit wiederholte Margerie lediglich noch einmal die Argumente der Botschafterkonferenz, die sich seit dem Sommer 1926 mit dem gesamten Fragenkomplex beschäftigt und im Zuge der Verhandlungen über eine Zurückziehung der IMKK das Verbot einer Reihe von Verbänden, besonders aber des Stahlhelms, gefordert hatte[3]). So geriet der Stahlhelm im Herbst 1926 einer zwangsweisen Auflösung sehr nahe, und der Reichsregierung gelang es nur unter Überwindung „sehr erheblichen Widerstandes", das zu verhindern[4]). Seldte kam mit einer scharfen Verwarnung davon, und am 27. Januar 1927 sah die Botschafterkonferenz von einer weiteren Verfolgung ihrer Forderungen ab[5]). Die IMKK wurde zurückgezogen. Der gleichzeitig erreichte Akkord zwischen den Vertretern der militärischen, außen- und innenpolitischen Interessen des Reiches brachte die Rolle des Stahlhelms als Reserve der Reichswehr zu einem vorläufigen Ende. Die Tatsache, daß die Regierung nunmehr für militärische Fragen mitverantwortlich zeichnete, erklärt — zumindest teilweise — warum die Stahlhelmer nun in das ihnen nicht vertraute Gebiet der Politik abmarschierten. Rückblickend verbleibt die Haltung Stresemanns in den interalliierten Verhandlungen der Jahre 1925 und 1926 das wohl augenfälligste und bisher unbeantwortete Problem. Um ihn und seine Motive zu verstehen, müssen wir jetzt den schrittweisen Eintritt des Stahlhelms in die Politik behandeln — ein Prozeß, der bis in das Jahr 1924 zurückgeht.

---

[1]) F.O.L. London (A 29), 7335, frames H 162979—82, *Aufzeichnung Stresemanns*, 9. 11. 1926.

[2]) *Ibid.*, frames H 163047—50, *Aufzeichnung Stresemanns*, 18. 11. 1926.

[3]) *Ibid.*, (A 32), 4525, frames E 137465—71, *Memorandum Bülows*, 24. 10. 1929.

[4]) *Ibid.* Die britische Regierung scheint die Lage gelassener betrachtet zu haben. *Ibid.* (A 29), 7336, frames H 163175—77, *Aufzeichnung Stresemanns über sein Gespräch mit dem englischen Botschafter*, 24. 11. 1926.

[5]) *Ibid.* (A 32), 4525, frames E 137441—43, *Hoesch an Briand*, 31. 1. 1927. Die Überlegungen der Alliierten bei dieser Entscheidung werden wohl erst klar werden, wenn auch ihre Akten zugänglich sind. Einen guten Einblick in die Haltungen der Siegermächte gibt jedoch bereits die Dissertation von W. E. Williams (B 211), die sich auf Völkerbunds-Material und veröffentlichte alliierte Dokumente stützt.

Der Hitler-Putsch hatte auf den Stahlhelm eine ernüchternde Wirkung gehabt. Selbst die radikalsten unter seinen Führern erkannten nun, daß in einer parlamentarischen Demokratie eine erfolgreiche Politik eines eindrucksvollen Anhangs und nicht einer kleinen Gruppe von Verschworenen bedurfte. Während des Jahres 1924 verfeinerte der Bund daher sein Organisationsnetz und gründete überall im Lande Jungstahlhelm-, Scharnhorst- und LDS-Gruppen. Die Ortsgruppen erhielten eine „stahlhelmmäßige Durchorganisation[1])", ein Ausdruck, der auf die angestrengten Versuche hindeutet, so etwas wie ein typisches Stahlhelm-*Image* zu schaffen. Der Bund entwickelte einen eigenen Stil des Auftretens, gab sich frontsoldatisch-nüchtern und gliederte sich immer mehr Splittergruppen an, deren Fortbestand bedroht war[2]). Diese Eingliederungen kamen zwar keineswegs einer „Gleichschaltung" der organisierten ehemaligen Soldaten in Deutschland gleich; aber hinter dem Schutzschild des legalen Stahlhelms konnten sich immerhin in aller Ruhe antirepublikanische Kräfte sammeln. Die Stahlhelmer wurden sich mehr und mehr ihres ideologischen Gegensatzes zur Weimarer Republik bewußt und wandten sich gegen alle möglichen tatsächlichen oder eingebildeten Feinde im Innern. Die drei wichtigsten, die der Stahlhelm nun mit unterschiedlichem Eifer bekämpfte, waren das Reichsbanner, das Judentum und die katholische Kirche.

Die Auseinandersetzung mit dem Katholizismus war nicht direkt vom Stahlhelm heraufbeschworen worden und wurde vom Vorstand keineswegs begrüßt. Sie erhielt vielmehr ihre Impulse aus den Vorurteilen der Völkischen. Diese hatten für den Hausgebrauch u. a. auch antiklerikale Theorien entwickelt, die in der Ludendorff-Bewegung ihre leidenschaftlichsten Verfechter fanden. Verständlicherweise versuchten die Katholiken, sich gegen diese Angriffe zu wehren, doch weitete sich die Auseinandersetzung zu einem Kampf gegen das „neudeutsche Luthertum" und die Schwarz-Weiß-Roten allgemein aus[3]). Zu den vielen ungelösten Problemen der Weimarer Republik kam damit noch die Wiederbelebung der alten Feindseligkeiten zwischen dem preußischen Protestantismus und dem Katholizismus. Freilich, die gemäßigten unter den Stahlhelmern hatten diese Konfrontation nicht wirklich gesucht. West- und Süddeutschland waren

[1]) *Der Sta.*, 8. 6. 1924, S. 15. Die neue Parole hieß jetzt: „Über die Organisation zur Macht!" *Ibid.*, 1. 1. 1924, S. 10. Siehe auch unten S. 100.

[2]) Seldte war ein kluger Geschäftsmann und ließ das Abzeichen und den Namen des Bundes unter seinem Namen eintragen. Seine daraus herrührenden Rechte hütete er immer sorgfältig. *Ibid.*, 10. 8. 1924, S. 3.

[3]) So wandte sich die 3. Verbandstagung der katholischen Jugend- und Jungmännervereine in Fulda Ende Juni 1924 gegen „die nationalistischen Strömungen und die sog. vaterländischen Verbände, insbesondere außer den in jeder Hinsicht religiöser [soll wohl heißen: religions-] und kirchenfeindlichen nationalsozialistischen, als deren Schrittmacher auch [gegen] den Jungdeutschen Orden, Stahlhelm und Wehrwolf". Zitiert in H. Czeloth (B 026), S. 15.

überwiegend katholisch, und der antiklerikale Fanatismus hatte allenfalls zur Folge, die Chancen des Stahlhelms für einen Einbruch in diese Teile des Reiches zu verringern. Im August 1924 diskutierte die Fuldaer Bischofskonferenz die Frage der Beziehungen zu den vaterländischen Verbänden. Aber angesichts der Angriffe von völkischer Seite konnten sich die Bischöfe nicht entschließen, ihren Gläubigen die Mitgliedschaft im Stahlhelm oder ähnlichen Organisationen anzuraten[1]). Der Bundesvorstand war betroffen und versuchte, den Konflikt mit der katholischen Kirche zu verharmlosen. Doch abgesehen von verschiedenen Ausnahmen in einigen Provinzen trat niemals eine echte Besserung in den gegenseitigen Beziehungen ein[2]).

Die Haltung des Stahlhelms gegenüber dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zeichnete sich während dieser Jahre nicht durch eine derartige Zurückhaltung aus. Das Reichsbanner war im Frühjahr 1924 in Magdeburg von Hörsing gegründet worden und kann als der republikanische Gegenpart zum Stahlhelm angesehen werden[3]). Es hatte beträchtlichen Zulauf und wurde zu einem scharfen Konkurrenten der Rechtsverbände. Dies, wie auch die weltanschaulichen Gegensätze, forderte die Stahlhelmpresse dazu heraus, den Hörsingschen Bund als „rot" und einflußlos hinzustellen. Immer wieder brachten die Stahlhelmzeitungen sarkastische Kommentare und schlechte Witze. Es bestand jedoch kein Zweifel, daß bis zum Aufstieg der SA das Reichsbanner und der Stahlhelm die beiden eigentlichen Gegner auf der außerparlamentarischen Bühne waren[4]).

Interessant ist die Haltung der Frontsoldaten gegenüber ihren jüdischen Mitbürgern. Die Gründer hatten den Stahlhelm zu einer Organisation machen wollen, in der Herkunft, Klasse oder Glaubensbekenntnis keine Rolle spielten. So war es schließlich auch in den Schützengräben gewesen. Anfangs war daher die Frontdienstklausel die einzige Bedingung für eine Mitgliedschaft im Bunde. Unter dieser Voraussetzung trat auch eine Reihe von ehemaligen Soldaten jüdischen Glaubens ein. Bald aber begann eine wachsende Anzahl von Mit-

[1]) *Ibid.*, S. 197.

[2]) Reaktionen des Bundes zur Haltung der katholischen Kirche in: *Der Sta.*, 13. 9. 1925, S. 1; *ibid.*, 13. 12. 1925, S. 3; F. Bendziula, Hrsg. (B 007), S. 17 ff.; Ferdinand von Lüninck in W. Kleinau, Hrsg. (B 103), S. 27 f. Lüninck war einer der wärmsten Befürworter einer Annäherung an die Katholiken. Er war Führer des Westfalenbundes, den er 1924 in den Stahlhelm überführte. Anton Wilhelm Bargon war der Bearbeiter für katholische Angelegenheiten in der Bundesleitung und schrieb ein Buch mit dem Titel *Der Stahlhelm und die katholische Weltanschauung* (B 005). Zweifellos gab es aber viele Katholiken, die sich nicht von einer Mitgliedschaft im Stahlhelm abhalten ließen, so daß der westdeutsche Stahlhelm schließlich zu den stärksten Landesverbänden des Bundes zählte.

[3]) Zur Geschichte des Reichsbanners wird demnächst die Dissertation Karl Rohes in dieser Schriftenreihe vorliegen.

[4]) Zu den Auseinandersetzungen siehe z. B. *Der Sta. (LV Brschw.)*, 3. 7. 1924, S. 1; *Der Sta.*, 17. 8. 1924, S. 1—2; *Das Reichsbanner*, 4. 10. 1924, S. 3. Allerdings machten sich auch hier die Unterschiede in der Politik der Gemäßigten und der Radikalen bemerkbar. Seldte pflegte recht gute Beziehungen zu Hörsing, während der Duesterberg-Flügel ihm feindlich gegenüberstand. *Mündliche Auskunft F. W. Heinz'* Hahn i. Ts., 30. 5. 1962.

gliedern jenem politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Antisemitismus das Wort zu reden, der zwar mit dem Rassismus der Nationalsozialisten wenig gemein hatte, aber gerade im deutschen Bürgertum recht verbreitet war[1]). Das besondere Merkmal dieses Antisemitismus war seine Unterschwelligkeit, die, wie die Erfahrungen im „Dritten Reich" dann zeigten, sehr unglückliche Folgen haben sollte.

Anläßlich des Frontsoldatentages von 1922 wurde auch die „Judenfrage" zum ersten Male offiziell auf die Tagesordnung gesetzt[2]). Der Verlauf der daraufhin anberaumten Versammlung bietet einen guten Anhaltspunkt für den Stand der Frage in den frühen zwanziger Jahren. Denn als der Magdeburger Flügel den Tagesordnungspunkt wieder absetzen wollte, weil das ganze Problem für den Stahlhelm nicht aktuell sei, wurde er von den Antisemiten belagert. Es gab „eine stürmische Debatte", weil der Vertreter von Halle die Haltung des Bundes zum Judentum für eine „brennende Frage" hielt, während Seldte meinte, daß alle Mitglieder „nicht Juden oder Nichtjuden, sondern Stahlhelmleute" seien[3]). Der Streit zog sich über mehrere Stunden hin, bis die Versammlung endlich einen Antrag auf Schluß der Debatte mit 313:108 Stimmen annahm. Kurz darauf griff die völkisch-orientierte *Mitteldeutsche Presse* den Stahlhelmvorstand heftig wegen seiner angeblich laxen Haltung in der „Judenfrage" an[4]). Doch dieser wollte „weder zu den unwahren Behauptungen dieser Herren noch zu ihrem unangemessenen Ton Stellung nehmen". Denn es sei bekannt, „daß diesen Wortführern einer Hetze gegen uns die Judenfrage Beruf und Broterwerb ist. — Das stimmt uns milde und verzeihlich!"

Kaum zwei Jahre später während des kritischen Winters 1923/1924 meldeten sich die Antisemiten wieder zu Wort. Auch diesmal kam der Druck aus Halle, aber die Gemäßigten weigerten sich nach wie vor, einen „Arierparagraphen" im Stahlhelm einzuführen, wie es von Maercker, der inzwischen sächsischer Landesverbandsführer geworden war, mit der Unterstützung Duesterbergs vorgeschlagen wurde[5]). Doch im März 1924 blieb Seldte nichts anderes übrig, als Maerckers Formel „Juden können nicht in den Stahlhelm aufgenommen werden" zu akzeptieren[6]). Soweit es den Duesterberg-Flügel betraf, löste diese Entschließung das Problem bis zum Jahre 1932, als man plötzlich Duesterbergs jüdische Abstammung entdeckte. Jüdische Mitglieder, die vor 1924 in den Bund eingetreten

[1]) *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal* (B 196), S. 134 bis 135, Aussage Max Jüttner, mit einer durchaus zutreffenden Schilderung der Haltung.

[2]) *Der Sta.*, 1. 2. 1922, S. 35—36.

[3]) *Ibid.*; DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 144 ff., *Sitzungsprotokoll*, 15. 1. 1922.

[4]) *Der Sta.*, 1. 2. 1922, S. 34.

[5]) DZA Potsdam (A 19), 99alt, fol. 171—74, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 20. 1. 1924. Siehe auch H. Langermann in H. H. Grote, Hrsg. (B 075), S. 296, mit interessanten Kommentaren.

[6]) DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 113, *Protokoll der Hauptversammlung der Gauführer*, 9. 3. 1924. Siehe auch H. Langermann in H. H. Grote, Hrsg. (B 075), S. 296, wo die Entschließung in anderen Worten wiedergegeben ist.

waren, verließen nach und nach den Stahlhelm, dessen Politik nunmehr darauf ausgerichtet war, „fremdrassige Einflüsse" auszuschalten[1]). Hiernach gab es viele und im Lokalkolorit verschiedene Ausfälle gegen das Judentum[2]). Dazu gehörten Aufrufe, jüdische Geschäftsleute zu boykottieren, und als Höhepunkt die Ausschreitungen auf dem Berliner Kurfürstendamm, an denen Helldorf, damals bereits Führer der Berliner SA, und der Jungstahlhelmführer Brandt als Rädelsführer beteiligt waren[3]).

Keine dieser Fragen konnte die Stahlhelmer allerdings darüber hinwegtäuschen, daß die entscheidenden Kämpfe auf parlamentarischem Boden ausgefochten wurden. Häufig beschäftigte sich jetzt der Stahlhelmvorstand mit parteipolitischen Problemen, wobei besonders augenfällig immer wieder die Naivität der von den Führern geäußerten Ansichten ist[4]). Im Jahre 1924 war das politische Interesse hauptsächlich auf die beiden Reichstagswahlen und die schmerzvolle Auseinandersetzung um den Dawes-Plan gerichtet. Nach dem Durcheinander des Vorjahres war Deutschland wirtschaftlich ausgepumpt und erklärte den Alliierten gegenüber seine Zahlungsunfähigkeit. Die Westmächte wollten aber auf ihre Reparationen nicht verzichten. Die Wirtschaftsexperten meinten, daß eine Verminderung der Versailler Lasten sowohl für die Sieger als auch für die Besiegten nur von Nutzen sein könne. Durch sie würde das unausgenutzte Wirtschaftspotential des Reiches sich mobilisieren lassen und eine dem allmählichen Aufstieg Deutschlands entsprechende Festlegung der Reparationen erlauben. Die als Dawes-Plan bekannt gewordenen Vorschläge sahen in anderen Worten ein entsprechend der deutschen Wirtschaftsausdehnung gestaffeltes Zahlungsprogramm vor[5]). Für viele Stahlhelmmitglieder war dieses Projekt freilich nichts anderes als eine Neuformulierung des Versailler „Diktats". Sie machten energisch Opposition. Die Gemäßigten auf der anderen Seite zeigten ein besseres Verständnis für die Argumente der Volkswirte, die überzeugt waren, daß der Dawes-Plan gegenüber der bisherigen Situation auf jeden Fall eine Verbesserung

[1]) DZA Potsdam (A 19), 99alt, fol. 171—74, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 20. 1. 1924, mit Bemerkungen Duesterbergs. Im Juli 1924 hatte der Braunschweiger Landesverband beispielsweise unter 30000 Mitgliedern fünf jüdischer Abstammung, von denen keines Führungspositionen bekleidete. *Der Sta. (LV Brschw.)*, 17. 7. 1924, S. 2.

[2]) Obwohl nach 1945 ehemalige Stahlhelmer die Existenz eines Antisemitismus im Bunde bestritten haben, gibt es hierfür zahlreiche Beweise. Als Beispiele seien nur erwähnt: *Der Sta. (LV Brschw.)*, 3. 7. 1926, S. 2; *ibid.*, 20. 10. 1927, S. 3; BA Koblenz (A 02), 2, *Rundschreiben Stolzmanns*, Okt. 1928; H. Czeloth (B 026), S. 245; Hans Ludwig in W. Kleinau, Hrsg. (B 103), S. 22.

[3]) BA Koblenz (A 02), 10, *Lüders-Manuskript*, S. 43, sowie *Der Sta. (LV Brschw.)*, 3. 7. 1926, S. 2, wo Boykotts erwähnt werden. Die Freimaurer waren ein anderer beliebter Sündenbock der Völkischen, und so tauchte diese Frage auch im Stahlhelm auf. Seldte und Duesterberg mußten wiederholt versichern, daß sie auch mit diesen Organisationen nichts gemein hatten.

[4]) Ein gutes Beispiel bietet das Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 19. 1. 1924 in DZA Potsdam (A 19), 99alt, fol. 162—70.

[5]) Einzelheiten bei E. Eyck (B 052), Bd. I, S. 403 ff.

darstellte. Diese Meinungsverschiedenheiten verstärkten den Partikularismus im Stahlhelm. Duesterberg, dessen Einfluß ständig stieg, wurde einer der prononciertesten Gegner der Stresemannschen Erfüllungs- und Versöhnungspolitik. Er erkannte sofort, daß der Dawes-Plan einen wertvollen Kristallisationspunkt für eine Oppositionspolitik bilden konnte. In Zusammenarbeit mit den Vereinigten Vaterländischen Verbänden Deutschlands (VVVD) begann er nun von seinem mitteldeutschen Standort aus, gegen die Befürworter des Plans zu operieren[1]).

Im Sommer 1924 hatte Stresemann die Verhandlungen für den Dawes-Plan abgeschlossen. Dieser Erfolg schien ein Handeln der Gegner des Abkommens unter den vaterländischen Verbänden dringend notwendig zu machen. Dennoch hatte das Veto der Verbände nur geringe Wirkung[2]). Die endgültige Entscheidung lag immer noch in den Händen des Reichstags. Das Ergebnis war daher nur, daß der Stahlhelm sich zum ersten, aber nicht zum letzten Male in der Parteipolitik verhedderte. Von nun an durfte man sich überall mit Recht fragen, ob die vom Bund zum Prinzip erhobene Überparteilichkeit überhaupt noch einen Inhalt hatte.

Der Begriff der Überparteilichkeit hatte seine Wurzeln in den obrigkeitsstaatlichen Traditionen des kaiserlichen Deutschlands und wurde von den Gegnern des „Parteienstaates" auch in der Weimarer Republik weitergepflegt. Sie hatten schon vor 1914 jene Einheitlichkeit des Volkswillens gefordert, für die man in dem Ruf „Das Vaterland über die Partei" eine handliche Formel gefunden hatte[3]). Ergebener, selbst- und widerspruchsloser Dienst am Reich, das war der Sinngehalt der Überparteilichkeit. Der dauernde Kampf um Kompromisse, wie er für die pluralistische Weimarer Demokratie charakteristisch war, wurde für schädlich gehalten. Aus diesem Grunde erklärten sich die alten Soldaten, die in den Schützengräben die Geschlossenheit der Nation erlebt haben wollten, zu Anhängern der Überparteilichkeitsidee. Sie sahen es als ihre geschichtliche Sendung an, die 1918 zerstörte Brücke zwischen den Klassen wiederherzu-

[1]) Sowohl Duesterberg als auch Maercker waren führende Persönlichkeiten des Stahlhelms und der VVVD. *Der Sta. (LV Brschw.)*, 3. 7. 1924, S. 2; Kessler in H. H. Grote, Hrsg. (B 074), S. 76—77. Duesterbergs erster großer Erfolg war der Deutsche Tag von Halle am 11. Mai 1924. Er war als kleines Treffen zur Einweihung des im Januar zerstörten Moltke-Denkmals angekündigt worden, wurde dann aber zu einer so eindrucksvollen Demonstration, daß man selbst in Berlin unruhig wurde. C. Severing (B 182), Bd. II, S. 11—12. Vor etwa 150000 Teilnehmern hielt Duesterberg eine leidenschaftliche und großzügig verallgemeinernde Rede, in der er die Sozialdemokraten für die Zerstörung des Denkmals verantwortlich machte, weil sie die Achtung für die Monarchie, die Kirche und die Schule untergraben hätten. *Volksfreund*, 12. 5. 1924, S. 1. So kam es auch zu Zusammenstößen mit der Linken und der Polizei (M. Bochow [B 010], S. 44 bis 46), und sogar außerhalb des Reiches wurde man auf das Treffen aufmerksam. Alliierte diplomatische Vertreter erwähnten es dem Auswärtigen Amt gegenüber, wo man Duesterbergs Rede schließlich als „außenpolitisch höchst bedenklich" betrachtete. BA Koblenz (A 04), 770, *Maltzahn an PrMdJ*, 16. 5. 1924.

[2]) Die VVVD verwarfen den Dawes-Plan am 23. August 1924.

[3]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 3. 7. 1924, S. 1.

stellen[1]). Allerdings hatten sie sich ihre Aufgabe von vornherein vereinfacht durch die Annahme, daß die „Internationalisten" und gegenwärtigen Machthaber in Deutschland die Zerstörer eines einheitlichen Volkswillens waren. So schloß, soweit es den Stahlhelm betraf, das Konzept der Überparteilichkeit nur die rechtsstehenden Kräfte in Deutschland ein[2]).

Im Jahre 1924 wurde der Weg selbstlosen, überparteilichen Dienstes am Vaterlande jedoch plötzlich recht steinig. Solange nämlich zwischen den beiden selbsternannten parlamentarischen Erben der wilhelminischen Überparteilichkeitsidee, zwischen der DNVP und der DVP, noch eine grundsätzliche Übereinstimmung bestanden hatte, sah man in den ersten Jahren der Republik in ihnen die Wächter über das nationale Interesse und die Garanten überkommener Werte. Außerparlamentarische Kräfte, wie etwa die Soldatenbünde, konnten sich unbesorgt zurückhalten. Man sprach sogar von einer Fusion von DNVP und DVP, und der Stahlhelm unterhielt zu beiden gute Beziehungen, wobei Seldte und Duesterberg als die jeweiligen Exponenten der beiden Rechtsparteien auftraten.

Dann allerdings kühlte sich das herzliche Verhältnis langsam ab. Stresemanns DVP schwenkte zur Mitte und trat ins Kabinett ein, während die DNVP in ihrer Oppositionsstellung verharrte. Dieser Spalt verstärkte auch den Konflikt innerhalb des Stahlhelms, wo die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern eines Seldteschen Evolutionismus und eines Duesterbergschen Radikalismus immer wieder die jeweiligen Höhen und Tiefen im Verhältnis zwischen der DNVP und der DVP reflektierte. Sosehr sich der Bund auch bemühte, das Wunschbild von einer überparteilichen Organisation zu retten, es war kein Geheimnis, daß die ununterbrochenen Kämpfe zwischen den Magdeburgern und den Hallensern in den meisten Fällen Parteidifferenzen entsprangen[3]). So hat schon das vorige Kapitel gezeigt, daß man sich nicht einigen konnte, ob dem Wohl des Reiches mit einem bayerischen Putsch gedient war. Duesterberg hatte dies bejaht; Seldte es verneint. In ähnlicher Weise gab es auch sonst eine Stahlhelm-Überparteilichkeit nur so lange, wie man sich auf allgemein-gehaltene Parolen an das vaterländische Pflichtgefühl beschränken konnte. Sobald man aber konkret Stellung beziehen mußte, fehlte es allen überparteilichen Aufrufen an Überzeugungskraft. Wohl bemühte man sich immer solange wie möglich, über politische Meinungsverschiedenheiten hinwegzusehen. Aber an irgendeinem Punkte mußten sie dann doch ausgetragen werden, und schon wurde die

[1]) „Nur außerhalb und abseits der Parteiprogramme ist das Zusammenfassen einer starken Volksmehrheit zu nationaler Zusammenarbeit möglich." F. Bendziula, Hrsg. (B 007), S. 28.

[2]) Ein Platz war nur für jene „Internationalisten" vorgesehen, bei denen Hoffnung auf eine erfolgreiche Umerziehung bestand. Unter diesem Gesichtswinkel müssen auch die Versuche des Bundes gesehen werden, eine Art Stahlhelm-Gewerkschaft aufzubauen. Siehe S. 107.

[3]) Später wurde daraus eine Auseinandersetzung zwischen DNVP und NSDAP, die ebenso auf den Stahlhelm übergriff.

Überparteilichkeit zu einem inhaltslosen Begriff. So scheint die Geschichte des Stahlhelms unter anderem auch den Beweis zu liefern, daß außerparlamentarische Bewegungen nur dann überparteilich bleiben können, wenn sie sich auf unpolitische Betätigungen beschränken.

Während der für den Mai 1924 anberaumten Reichstagswahlen erfuhr der Bund erneut die Problematik des Überparteilichkeitsprinzips. Denn die Teilnahme an einem Wahlkampf bringt unweigerlich auch parteipolitische Stellungnahmen mit sich, wie sehr man sich auch bemühen mag, sie durch geschickte Erklärungen zu verwischen[1]). So hieß es immer wieder, daß der Stahlhelm sich zwar nicht direkt an den Wahlen beteilige, seine Mitglieder aber dennoch verpflichtet seien, „nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die eine starke nationale Politik" gewährleisteten.

> Unser politisches Ziel ist die Befreiung des deutschen Volkes vom fremden Joch und der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Wir erkennen hierbei in den marxistisch gerichteten Parteien Gegner dieser Ziele, da sie unsere Außenpolitik durch ihre internationale Einstellung lähmen und die Entwicklung und die Gesundung unseres Wirtschaftslebens durch Klassenkampf hemmen[2]).

Eine andere Erklärung forderte eine Entscheidung zwischen „National und International" und empfahl den Mitgliedern gleichzeitig, ihr Bekenntnis zur Überparteilichkeit dadurch zu beweisen, daß sie beim Besuch von Wahlversammlungen ihr Abzeichen ablegten[3]). Der Stahlhelmgeist schimmerte aber anscheinend auch ohne Abzeichen durch, und als im Juli die Braunschweiger Unterorganisation mit der Deutschen Demokratischen Partei in Verbindung treten wollte, erhielt sie folgende Antwort[4]):

> Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, hat wiederholt erklärt, daß er keine Parteipolitik treiben und über den Parteien stehen wolle. Wenn diese Erklärung auch bisher in der Praxis verschiedentlich nicht beachtet worden ist, so will die DdP den Stahlhelm doch nicht ihrerseits in die Verlegenheit bringen, erneut gegen seine eigenen Richtlinien zu verstoßen.

Die Demokraten hatten ganz recht.

Im Dezember 1924 traten die Deutschen nochmals an die Wahlurnen. Diesmal machte der Stahlhelm noch größere Anstrengungen, den Ausgang der Wahlen zu beeinflussen, und so waren die Stellungnahmen der Bundesleitung wieder nicht gerade überparteilich. Am weitesten aber ging zweifellos Duesterberg, der in einem Neun-Punkte-Programm seinen Anhängern erschöpfenden Rat für die Wahlen gab[5]). Solchen Anweisungen folgend, hielten Stahlhelmmitglieder Wahl-

[1]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 20. 3. 1924, S. 1, mit den Direktiven der Bundesleitung.

[2]) *Ibid.* „Von den Parteien, die auf die Unterstützung unserer Mitglieder rechnen, fordern wir, daß sie Frontsoldaten als Kandidaten an aussichtsreicher Stelle auf ihre Listen setzen." *Ibid.*

[3]) H. Czeloth (B 026), S. 129.

[4]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 28. 8. 1924, S. 2.

[5]) H. Czeloth (B 026), S. 69—70.

reden und traten als Kandidaten auf. Die Seiten der Bundeszeitung waren mit schwarzweißroten Wahlanzeigen gefüllt, und den Zweiflern an der Überparteilichkeit des Bundes wurden neue Argumente geliefert[1]).

Die größten Schwierigkeiten, den Stahlhelm überparteilich zu halten, verursachte jedoch der Streit um den Dawes-Plan. Jetzt konnten unterschiedliche Überzeugungen nicht mehr hinter vagen Erklärungen oder den Vorhängen der Wahlkabinen versteckt werden. Besonders Seldte war sich darüber klar. Als Stresemann, einer der Hauptarchitekten des Dawes-Plans, im Frühjahr 1924 in einer Wahlversammlung in Magdeburg sprach, stand der Stahlhelmführer am Schluß der Rede plötzlich auf und applaudierte demonstrativ[2]). Damit feierte er einen Mann, über den der Führer der deutschnationalen Bismarckjugend an anderer Stelle sagte[3]): „Der Haß — ich brauche diesen Ausdruck mit Willen — gegen Stresemann ist in weiten Kreisen der Partei, aber auch der Vaterländischen Verbände einfach unüberwindlich." Duesterberg kann zu der Zahl derart scharfer Gegner des Reichsaußenministers gezählt werden, und ein Zusammenstoß mit Seldte war nach dessen Demonstration in Magdeburg unvermeidlich[4]).

Die Geschichte der Ratifizierung des Dawes-Planes und der damit verbundenen Spaltung innerhalb der DNVP ist wiederholt geschildert worden[5]). In diesem Zusammenhange ist diese Spaltung nur insofern von Interesse, als es eine Reihe von Abgeordneten gab, die dem Stahlhelm nahestanden und „das Vaterland über die Partei" stellten. Freilich konnten sie sich nicht einigen, wie das wohl zu machen sei. Jedenfalls unterstützten die der DVP angehörenden Stahlhelmer den Dawes-Plan, während die überwiegende Mehrheit der deutschnationalen Stahlhelm-Volksvertreter dagegen stimmte. Duesterberg verletzte die Überparteilichkeitsdoktrin schließlich nicht weniger deutlich: er wurde im sogenannten Nationalen Ring aktiv, durch den die Niederlage der Dawes-Gegner im Reichstag ausgebügelt werden sollte. In diesem Ring sammelte sich u. a. die Opposition, die den DNVP-Vorsitzenden Oskar Hergt zum Sündenbock stempelte[6]). Mit dem Rücktritt Hergts konnten die Gegner des Dawes-Plans in der DNVP einen vorübergehenden Sieg erringen. Doch trotz der energischen Unterstützung der Verbände mußte man für diesen Sieg mit einer Stärkung der republikanischen Kräfte in den Dezemberwahlen bezahlen. Für den Stahlhelm bedeutete dieser Ausgang darüber hinaus erneute Schwierigkeiten innerhalb der

---

[1]) *Der Sta.* (28. 9. 1924, S. 3) gab die Gefahr einer Parteipolitisierung einmal sogar offen zu.

[2]) Siehe unten S. 76.

[3]) Roland Thimme, *Stresemann und die Deutsche Volkspartei* (B 194), S. 80 n.

[4]) So meinte Duesterberg in einer Rede in Braunschweig: „Jetzt, wo dem Volke neue Ketten auferlegt werden, sei es die Aufgabe des ‚Stahlhelm', allen Unterdrückungsmaßnahmen der Feinde gegenüber im Volke den Glauben an seine Zukunft wachzuhalten..." *Der Sta.*, 14. 9. 1924, S. 7.

[5]) Siehe z. B. Werner Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei. 1918—1924* (B 113), S. 76 ff.

[6]) *Ibid.*, S. 90 ff. Siehe auch BA Koblenz (A 17), 26, *Geisler an Schleicher*, 1. 9. 1924.

Führungsspitze, wenngleich man sich die tieferen Ursachen für die vielen inneren Krisen auch erst zehn Jahre später eingestand[1]).

Im Jahre 1925 erfuhr eines der Hauptprobleme der Stahlhelmpolitik, nämlich das der Position des Bundes in einer parlamentarischen Demokratie, eine Akzentverschiebung. Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen schienen eine willkommene Gelegenheit zu bieten, den sich in den Stahlhelm einschleichenden parteipolitischen Konflikten einen Riegel vorzuschieben. Denn die dem ganzen Volk obliegende Aufgabe der Wahl eines Staatsoberhauptes hielt man für eine wirklich überparteiliche Frage. In ihr wollten sich gerade die parteipolitisch ungebundenen außerparlamentarischen Gruppen exponieren. So trat der Bund bei der Suche nach einem geeigneten Kandidaten betont als eine über den Parteiinteressen stehende Organisation auf — allerdings nur, um eine andere Seite des natürlichen Spannungsverhältnisses zwischen Parteien und außerparlamentarischen Verbänden mit politischem Ehrgeiz kennenzulernen: den Widerwillen der Parteien gegen die Einmischung der Frontsoldaten in Angelegenheiten, die sie für ihr eigenes Vorrecht hielten.

Seit dem Sommer 1924 hatte sich eine Reihe von Prominenten der Rechten — darunter auch Seldte und Duesterberg — wiederholt in Arbeitsgemeinschaften zur Diskussion „nationaler Fragen" getroffen. Später und unter dem Vorsitz Wilhelm von Gayls wandten sie dann auch ihre Aufmerksamkeit der Suche nach einem Präsidentschaftskandidaten zu. Dieser sogenannte Gayl-Kreis stand mit dem seine eigene Kandidatur erwägenden Seeckt in Verbindung, und möglicherweise kam man gegen Ende 1924 grundsätzlich überein, daß die Soldatenverbände den Chef der Reichswehr unterstützen würden[2]). Verhandlungen, die der Gayl-Kreis für Januar 1925 mit den Parteien in Aussicht genommen hatte, kamen jedoch infolge des plötzlichen Todes Eberts nicht zustande. Statt dessen ergriffen die Parteien die Initiative und bildeten unter dem Vorsitz von Friedrich Wilhelm Loebell ein eigenes Komitee. Der Gayl-Kreis konnte lediglich hoffen, sich durch einige Vertreter vor dem Loebell-Ausschuß Gehör verschaffen zu können[3]). Am 3. März 1925 traf sich der Ausschuß zu einer Vollversammlung, in der sich herausstellte, daß allerlei Sonderwünsche die Lage hoffnungslos verwirrten. Die Delegierten schlugen mehr als zwanzig Kandidaten vor, und am Schluß der Sitzung war die Liste immer noch viel zu lang[4]). Die Entscheidung über einen Kandidaten mußte vertagt werden.

---

[1]) So schrieb Heinz Brauweiler (in C. Hotzel, hrsg. [B 093], S. 224) 1934: „Die wunde Stelle des Stahlhelm war die Politik, das Verhältnis zu den Tendenzen und Faktoren des innenpolitischen Kampfes. Der proklamierte Verzicht auf die Beteiligung an den innenpolitischen Kämpfen konnte nicht verhindern, daß trotzdem diese Kämpfe in ihn hineinspielten."

[2]) Gayl und Seldte besuchten Seeckt im Oktober und November 1924. IfZ München (A 47), Rolle 5, *Eintragungen vom 31. 10. 1924 und 13. 11. 1924.*

[3]) BA Koblenz (A 11), 11, *Notizen Gayls*, o. D.

[4]) *Ibid.* In dieser Mappe ist auch ein Notizzettel erhalten, auf dem die Namen der Bewerber aufgeführt sind. Im übrigen war auch Seldte auf dieser Sitzung zugegen.

Drei Tage später hielt der Gayl-Kreis seine Generalprobe für die für den 7. März angesetzte nächste Sitzung des Loebell-Ausschusses. Die Delegierten beschlossen, Seeckt zu ihrem Favoriten zu machen. Für den Fall jedoch, daß der Widerstand gegen den General zu groß sein sollte, wurde Gayl beauftragt, entweder Karl Jarres oder sich selber vorzuschlagen[1]). Doch am 7. März behandelten die Vertreter der Parteien die Soldatenverbände sehr herablassend, und es hätte eigentlich klar sein müssen, wie unwillkommen der Gayl-Lobby war. Eine Kandidatur Seeckts kam überhaupt nicht in Frage. Zu einer endgültigen Entscheidung kam der Ausschuß auch diesmal nicht[2]). Daraufhin ergriff unter den Verbänden jetzt der Nationalverband Deutscher Offiziere (NDO) die Initiative und lud die Gaylsche Arbeitsgemeinschaft zu einer erneuten Festlegung der Marschroute[3]). Doch nach einer turbulenten Sitzung nominierte am Abend des 12. März dann der Loebell-Ausschuß Jarres als den Kandidaten der Rechten und der Gayl-Kreis konnte in seiner Sitzung am folgenden Tage diesen Mehrheitsbeschluß nur noch bestätigen[4]). Seine eigenen Pläne waren gescheitert.

Nachdem die Entscheidung jedoch gefallen war, rührte der Stahlhelm bis zum Wahltage am 29. März für Jarres die Werbetrommeln[5]). Dann zählte man die Stimmen, und es ergab sich, daß keiner der Kandidaten gewählt worden war und daß Jarres im zweiten Wahlgang unterliegen würde, wenn sich die Sozialdemokraten mit den Katholiken auf einen gemeinsamen Kandidaten einigten. So beunruhigend diese Wahlanalyse auch gewesen sein mag, der Gayl-Kreis trat weiterhin für Jarres ein. Am 2. April erläuterte Gayl dem Loebell-Ausschuß diese zwei Tage zuvor von den Verbänden festgelegte Haltung. Er schätzte Jarres' Aussichten verhältnismäßig gut ein und wandte sich ausdrücklich gegen die Nominierung eines anderen Kandidaten, den einige geschicktere Wahlstrategen aufstellen wollten: Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg. Gayl warnte die Ausschußmitglieder, daß die Nennung eines so populären Mannes

[1]) *Ibid.*, *Mahraun an die Teilnehmer der am 13. 3. 1925 einberufenen Führerversammlung der Vaterländischen Verbände*, 13. 3. 1925; *ibid.*, *Protokoll der Sitzung des Gayl-Kreises (Auszug)*, 13. 3. 1925; *Der Sta.*, 22. 3. 1925.

[2]) Mahraun wollte Bericht erstatten „über die Art, mit welcher die Meinung der überparteilichen und überwirtschaftlichen [!] vaterländischen Bewegung [im Loebell-Ausschuß] ... gewertet wurde". BA Koblenz (A 11), 11, *Mahraun an die Teilnehmer der am 13. 3. 1925 einberufenen Führerversammlung der Vaterländischen Verbände*, 13. 3. 1925. Im Gegensatz zu dem rebellischen Seeckt-Anhänger Mahraun hatte sich Seldte in Erwartung der Opposition der Parteien schon vor Beginn der Loebell-Sitzung mit Jarres oder Gayl abgefunden. Später ergänzte er dazu, daß Schleicher ihn zwanzig Minuten vor der Konferenz zu sich gebeten habe, um ihn für Seeckt zu gewinnen. Seldte lehnte ab. DZA Potsdam (A 19), 5, fol. 163, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 22. 5. 1926.

[3]) BA Koblenz (A 11), 11, *N.D.O. an Gayl*, 11. 3. 1925. Die Sitzung sollte am 12. stattfinden, ist anscheinend aber gar nicht mehr zusammengetreten.

[4]) *Ibid.*, *Notizen Gayls*, o. D.; R. Thimme (B 194), S. 107 ff. Seldte verfaßte noch am 12. März ein Rundschreiben an die Landesverbände und selbständigen Gaue (BA Koblenz [A 11], 11), in dem er sich der Entscheidung des Loebell-Ausschusses unterwarf.

[5]) *Der Sta.*, 15. 3. 1925, S. 1—2; *ibid.*, 22. 3. 1925, S. 1 ff.

wie Hindenburg den Sieg der Rechten keineswegs sicher mache und daß eine Niederlage katastrophale Folgen haben würde. Aber selbst ein Sieg wäre gar nicht so wünschenswert, da er die gegenwärtige Verfassung allenfalls zementieren würde[1]).

Mit solchen Argumenten stand der Gayl-Kreis in einem von vornherein verlorenen Kampf gegen die Fürsprecher einer Kandidatur Hindenburgs. Zum zweiten Male innerhalb von vier Wochen mußten die Soldatenvertreter erfahren, daß auch die Auswahl eines Präsidentschaftskandidaten, des Mannes also, der nach der Verfassung vom ganzen Volk gewählt werden sollte, in der Praxis keine überparteiliche Frage war. Denn letztlich wurde diese Auswahl von den Parteien getroffen und außerparlamentarische Gruppierungen hatten an ihr keinen entscheidenden Anteil. Gayl gab nach, als Hindenburg am 8. April die Nominierung schließlich annahm[2]). Zwar hatte noch während einer Sitzung des Gayl-Kreises am 6. April besonders der Stahlhelm gegen Hindenburg gesprochen, weil seine Wahl die Republik „honorig" machen werde[3]). Doch vor dem Loebell-Ausschuß am 8. April verstummte die Opposition, die zwei Tage zuvor sich noch laut in der Gaylschen Arbeitsgemeinschaft erhoben hatte, fast völlig. Gayl wiederholte seine alten Bedenken, stimmte dann aber doch für den Feldmarschall. Der von ihm geführte Kreis, so sagte er resigniert, unterstütze Hindenburg, weil nichts weiter übrigbleibe[4]).

Zwei Tage später versandte Seldte ein Rundschreiben an die Unterorganisationen, in dem er nochmals seine Bedenken gegen Hindenburg zum Ausdruck brachte und die Haltung des Gayl-Kreises verteidigte[5]). Nun aber, so schloß er, da eine Entscheidung gefallen sei, werde der Stahlhelm selbstverständlich Hindenburg energisch unterstützen. Der Sieg sei ihm gewiß. Die Stahlhelmpresse wurde auf „Parole Hindenburg" umgestellt, und am 26. April wurde Hindenburg mit einer Mehrheit von nur 900 000 Stimmen Präsident der Weimarer Republik[6]). Kurz darauf sprach Seldte Gayl seine Dankbarkeit für die Vertretung der Interessen der Frontsoldaten vor dem Loebell-Ausschuß aus[7]). Er hoffe, so fügte er hinzu, daß die bisherige Zusammenarbeit fortgeführt werden könne. Diese

[1]) BA Koblenz (A 11), 11, *Notizen Gayls*, o. D.

[2]) Der Feldmarschall hatte selber ernste Bedenken gegen seine Aufstellung, und es bedurfte mehrerer dramatischer Anläufe, bevor er sich zur Verfügung stellte. Walter Görlitz, *Hindenburg* (B 065), S. 249 ff.; Otto Schmidt-Hannover, *Umdenken oder Anarchie* (B 168), S. 188 ff.

[3]) BA Koblenz (A 02), 16, *Rundschreiben der VVVD*, 3. 4. 1930; *ibid.* (A 11), 11, *Vertrauliches Rundschreiben der Stahlhelm-Bundesleitung an die Ortsgruppen*, 10. 4. 1925; *Der Sta.*, 5. 4. 1925, S. 1, mit einem Aufruf für Jarres.

[4]) BA Koblenz (A 07), 11, *Protokoll über die „Entscheidung des Loebell-Ausschusses über die Kandidatenaufstellung für die Reichspräsidentenwahl im zweiten Wahlgang"*, 8. 4. (1925).

[5]) *Ibid.* (A 11), 11, *Vertrauliches Rundschreiben der Stahlhelm-Bundesleitung an die Ortsgruppen*, 10. 4. 1925.

[6]) *Der Sta.*, 12. 4. 1925, S. 1—2; *Der Sta. (LV Brschw.)*, 16. 4. 1925, S. 1—2.

[7]) BA Koblenz (A 11), 11, *Seldte an Gayl*, 28. 4. 1925.

Wünsche wiederholte der Stahlhelmführer am 30. April auf einer weiteren Sitzung des Gayl-Kreises in Anwesenheit von Duesterberg, Eduard Ausfeld, dem neuernannten Stahlhelmgeschäftsführer, Wilhelm Kleinau, dem Chefredakteur der Bundeszeitung, sowie Kloppe und Escherich[1]). Die Versammelten beschlossen pflichtschuldig, die Zusammenarbeit weiterzuführen, während Rüdiger von der Goltz beantragte, Gayl in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft das Vertrauen auszusprechen. Seldte stimmte dem ausdrücklich zu. Schließlich bildete man noch einen Ausschuß, der die Vereinigung der zahllosen Rechtsverbände in Angriff nehmen sollte. Doch auch dieser Ausschuß konnte den Einfluß außerparlamentarischer Bewegungen auf der Rechten nicht vergrößern. Verlaß war eben nur auf die eigene Stärke.

3. Der Stahlhelm und Stresemann

Das Anwachsen des Stahlhelms hatte zur Folge, daß auch Nichtmitglieder sich mehr und mehr für seine politische Entwicklung interessierten. Um 1925 war der Bund groß genug, um für jeden Politiker von Wert zu sein, dem es gelang, einen Einfluß auf ihn auszuüben. Einer der ersten, der die Möglichkeiten, aber auch die Gefahren eines machtvollen Stahlhelms erkannte, war Stresemann. Er hatte um diese Zeit die wohl konkretesten Ideen über einen Einsatz des Bundes in der Politik. Immerhin war Seldte ein eingeschriebenes Mitglied der DVP, und die Krise des Jahres 1923 hatte sich günstig auf die Beziehungen zwischen ihm und dem Reichsaußenminister ausgewirkt. In der Folgezeit wurden die Kontakte verstärkt. Dabei scheint Stresemann von Anfang an recht klare Ziele verfolgt zu haben: er brauchte eine „nationale Opposition", die er als Instrument seiner Außenpolitik benutzen und den internationalen Erfordernissen entsprechend einsetzen konnte. Sie wollte er, falls nötig, gegen Forderungen der Westmächte mobilisieren, wenn es für ihn selber taktisch besser war, sich kompromißbereit zu zeigen. Ein geschickt manipulierter Stahlhelm hätte die Bemühungen Stresemanns um eine allmähliche Revision des Versailler Vertrages unterstützen können. Denn dann konnte er zu Hause die Opposition gegen den Druck der Alliierten bestellen und die Westmächte mit dem Hinweis auf „große innenpolitische Schwierigkeiten" gefügiger machen.

Dies, kurz gesagt, scheinen die Pläne des Außenministers gewesen zu sein, und Diskussionen darüber fanden mit dem Stahlhelm bereits im Dezember 1923 statt. Damals stand Stresemanns Privatsekretär, Henry Bernhard, mit Franke wegen der Veröffentlichung eines anonymen Artikels in der Stahlhelm-Bundeszeitung in Verbindung[2]). In einem weiteren Brief vom 8. Januar 1924 schlug Franke dann vor, diese Art der Zusammenarbeit fortzusetzen. Bernhard möge

[1]) *Ibid.*, *Sitzungsprotokoll*, 30. 4. 1925, mit beiliegender Teilnehmerliste.

[2]) F.O.L. London (A 29), 7122, frames H 146674—75, *Franke an Bernhard*, datiert vom Januar 1924, aber wahrscheinlich schon vom Dezember 1923.

ein Pseudonym wählen, „was in seiner geheimnisvollen Deutung eine Persönlichkeit von Kenntnis vermuten läßt, Ihnen zum Nutzen und zur Beeinflussung und [als] ein Teil jener Arbeit des Außenministers, sich eine nationale Opposition zu schaffen und zu lenken“[1]). Doch Franke, ein liebenswürdiger, aber etwas wirrer Heißsporn, war kein guter Verhandlungspartner[2]). Noch im Januar trat er von seinem Posten als Generalsekretär des Bundes zurück und geriet immer mehr in Vergessenheit[3]). Die Beziehungen zu Seldte wurden jedoch aufrechterhalten, obgleich sie niemals mehr als gegenseitige Beweise guten Willens zeitigen sollten. Die DVP stellte einen Kontaktmann, den Reichstagsabgeordneten und Freund Seldtes Walter Kulenkampff, zur Vertiefung der Beziehungen ab[4]), und in seiner Rede auf dem DVP-Kongreß im März 1924 bewies Stresemann auch öffentlich ein bemerkenswertes Verständnis für den Stahlhelm[5]):

> Es ist [so rief er] eine ganz falsche Vorstellung, wenn aus der Tatsache, daß manche von ihnen [d. h. den Verbänden] uns bekämpfen, geschlossen wird, daß nun auch wir sie bekämpfen sollten. Das lehne ich ab. Es sind Verbände, denen, glaube ich, wenn wir heute jung wären, auch wir angehören würden. Sie sind der Ausdruck eines Empfindens, das hier hinausdrängt über den Parteigeist zur Zusammenfassung aller Kräfte in einem vaterländischen Geist.

Seine Worte erhielten stürmischen Applaus. Seldte belohnte derartige Lobsprüche, indem er dem Reichsaußenminister begeistert Beifall spendete, als dieser im Frühjahr 1924 nach Magdeburg kam[6]). Auch zögerte er nicht, mit Kulenkampffs Fürsprache Stresemanns Unterstützung für eine Reise des Stahlhelmjuristen Schaper zu erbitten, der in Italien einige direkte Eindrücke über den Faschismus sammeln wollte[7]).

Die Beziehungen blieben zunächst weiterhin gut. Im Dezember 1924 wandte sich Seldte sogar mit persönlichen Problemen an Stresemann. Seit Kriegsende

[1]) *Ibid.*, frames H 146674—75, *Franke an Bernhard*, 8. 1. 1924.

[2]) Bei der Behandlung der Ereignisse des November 1923 sind Frankes politische Anschauungen bereits erwähnt worden. Eine noch bessere Zusammenfassung seiner Philosophie ist in einem Brief an Admiral Alfred v. Tirpitz vom 4. Juni 1924 erhalten. *Ibid.*, 7170, frames H 156051—64. In diesem Schreiben sprach sich Franke erneut für eine Diktatur aus, wobei er noch weniger Respekt vor Menschenleben zeigte und Tirpitz zum Außenminister einer Regierung machen wollte, die der von 1939 nicht unähnlich war. Er war dann noch so naiv, eine Abschrift „in ausgezeichneter Hochachtung u. Ergebenheit und mit besten Grüßen“ an Stresemann zu schicken mit dem Zusatz, daß der Außenminister selbstverständlich seinen Namen an die Stelle Tirpitz' zu setzen habe. *Ibid.*, frame H 156049, *Franke an Stresemann*, 25. 6. 1924. Beachte auch Frankes Handschrift, die zu so wirren Gedanken in erstaunlicher Weise paßt.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 99alt, fol. 162—63, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 19. 1. 1924. Er verlor auch seine Stellung als Redakteur der Bundeszeitung. Bis 1926 gab er die noch zu behandelnde Stahlhelm-Zeitschrift *Die Standarte* heraus, wonach er zu einem ruhelosen Globetrotter wurde, der 1929 in Südamerika verstarb.

[4]) F.O.L. London (A 29), 7327, frame H 161706, *Kulenkampff an Seldte*, 25. 5. 1926.

[5]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 3. 4. 1924, S. 1.

[6]) Siehe unten S. 80.

[7]) F.O.L. London (A 29), 7168, frames H 155526—27, *Seldte an Stresemann*, 12. 4. 1924; *ibid.*, frame H 155581, *Kulenkampff an Stresemann*, 22. 4. 1924; *ibid.*, frame H 155580, *Bernhard an Kulenkampff*, 26. 4. 1924, mit der Mitteilung, daß Stresemann das Gesuch befürwortet habe.

war seine Fabrik nämlich nie wieder so recht in Gang gekommen. Das lag zum Teil an seiner Hingabe für den Stahlhelm, durch die er viel Zeit und Geld verloren hatte. Nach der Inflation war seine Lage so verzweifelt geworden, daß er unbedingt einen Kredit von 100000—150000 RM benötigte. Er bat Stresemann, ihm zu helfen. Stresemann, der ein Interesse daran hatte, für seine eigenen Pläne die Position Seldtes gefestigt zu sehen, trat an seinen Parteifreund Emil von Stauß von der Deutschen Bank heran[1]).

Stresemann hatte also während des ersten Jahres als Leiter der deutschen Außenpolitik in seiner Zusammenarbeit mit dem Stahlhelm einige Fortschritte erzielt, wenn sie auch noch lange nicht intim zu nennen war. Die kritischen Artikel der Bundeszeitung zum Dawes-Plan haben ihm sicherlich nicht mißfallen[2]), und daß er zumindest glaubte, auf dem richtigen Wege zu sein, geht aus dem Manuskript für einen Artikel für das *Hamburger Fremdenblatt* hervor[3]):

> Ich habe eingangs davon gesprochen, daß die großen lebendigen Kräfte der Nation nicht durch die Parteien allein repräsentiert werden. Dabei denke ich an die große Bewegung, die durch die Frontkämpfer und durch die Jugend gegangen ist, an Organisationen, wie sie sich etwa im „Stahlhelm", wie sie sich im „Jungdeutschen Orden" zusammengefunden haben. Wer die Verhältnisse in diesen Organisationen einigermaßen kennt, der weiß, daß gerade in den letzten Zeiten auch in ihnen ein erbitterter Kampf um den Staatsgedanken stattgefunden hat. Die einen sehen ihr Ziel in einem Kampf gegen den Staat, die anderen erkannten, daß dieser Staat gefestigt werden muß, daß man ihm helfen, ihn unterstützen, in ihm arbeiten muß. Noch ist dieser Kampf nicht ausgekämpft [weshalb man letztere Kräfte unterstützen müsse].

Doch bald schon deutete sich eine Entscheidung in diesem Kampfe an, an der auch Stresemanns Pläne mit dem Stahlhelm scheiterten. Während der Vorbereitungen für das Locarno-Abkommen schien dem Außenminister der Stahlhelm zum ersten Male sichtbar aus den Händen zu gleiten. Am 4./5. Juli verabschiedete der Bundesvorstand eine Entschließung, mit der er zwar den deutschen Diplomaten bei ihren Verhandlungen die „treue Gefolgschaft des Stahlhelm" in allen Angelegenheiten der nationalen Würde und Ehre zusagte, in der aber auch folgendes zu lesen war[4]):

---

[1]) *Ibid.*, 7179, frame H 157760, *Seldte an Stresemann*, 14. 12. 1924. Stauss scheint allerdings nicht sehr begeistert gewesen zu sein. *Ibid.*, frame H 157833, *Stresemann an Seldte*, 29. 12. 1924. Es ist nicht klar, ob das Geschäft zustande kam. Sicher ist nur, daß einmal wenigstens Seldte einen Kredit über 70000 RM durch Stauss erhielt, wovon er die Hälfte für private Zwecke verwandte. *Ibid.*, 7371, frame H 166661, *Vermerk [Stresemanns]*, 23. 11. 1927. Zur Frage der Finanzierung des Bundes siehe unten S. 85.

[2]) Siehe die Kommentare in *Der Sta.*, 31. 8. 1924, S. 2, und *ibid.*, 14. 9. 1924, S. 1.

[3]) F.O.L. London (A 29), 7179, frames H 157592 ff., *Manuskript des Artikels*, 25. 12. 1924.

[4]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 13. 8. 1925, S. 2. Die Entschließung wurde von Duesterberg vorgelegt. DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 35, *Sitzungsprotokoll*, 4. 7. 1925. Seldte stellte sich — wie er in der Aussprache sagte — „ziemlich kühl und ruhig" zu dem Pakt, während Duesterberg zu energischem Widerstand aufrief. Und Eulenburg erklärte schließlich sogar, der Stahlhelm müsse Opposition treiben, selbst wenn man Stresemanns Gedankengänge nicht verstehe. *Ibid.*, fol. 53 ff., *Sitzungsprotokoll*, 5. 7. 1925.

Ein würdiges und kühnes Zurückweisen der feindlichen heuchlerischen Anmaßungen wird in der Mehrheit des deutschen Volkes die im stillen brennende Sehnsucht nach einem freien Staate aufflammen lassen und an die Stelle einer müden Verzichtstimmung trotz der ungeheuren Schwierigkeiten unserer Lage den Glauben an eine deutsche Zukunft neu beleben. Der Eintritt in den Völkerbund würde, welche Vorbehalte auch erreicht werden sollten, eine Neuschmiedung der Versailler Fesseln bedeuten.

Der Himmel verdunkelte sich noch mehr, als Seldte zwei Wochen später plötzlich erklärte, daß er mit Stresemann nichts gemein habe. Es gebe, so schrieb er, keine Front Seldte-Stresemann[1]). Vielmehr stimme er mit dem Reichsaußenminister in grundsätzlichen politischen Fragen nicht überein. Im September veröffentlichte *Der Stahlhelm* dann einen Artikel, der in einigermaßen zweideutigen Worten klarzulegen suchte, was eine „nationale Opposition" nach Meinung des Vorstandes zu tun habe[2]). Der Verfasser begann mit dem Eingeständnis, daß die letzten Stellungnahmen des Bundes zu außenpolitischen Fragen die verantwortlichen Stellen irritiert hätten. Aber er glaube, daß mit einer Opposition gegen die Politik der Regierung eine vaterländische Pflicht erfüllt werde. War, so hieß es weiter, das Ende der Ruhrbesetzung im August 1925 auch ein gewisser Fortschritt, so fehle nach dem Eintritt der DNVP ins Kabinett dennoch eine für das Schicksal des Reiches lebensnotwendige Opposition. Diese Rolle habe der Stahlhelm jetzt übernommen, was freilich nicht als eine Maßnahme zur Schwächung der Regierungsautorität gewertet werden dürfe.

Anfang Oktober trat der Vorstand zusammen, um erneut das Locarno-Abkommen zu diskutieren, und kam zu dem Schluß, daß die Lage nur mit Sorge betrachtet werden könne[3]). Ohne eine Rehabilitierung Deutschlands, d. h. ohne eine Revision des Versailler Vertrages und insbesondere seiner Kriegsschuldklauseln, seien alle Verhandlungen mit den Westmächten nutzlos und „äußerst schädlich". Für Stresemann mußten das entmutigende Erklärungen sein. Mochte er einen innenpolitischen Widerstand gegen seine *Erfüllungs*politik begrüßt haben, diese neueren kritischen Äußerungen zu seiner *Versöhnungs*politik waren ihm kaum willkommen. Selbst wenn *Der Stahlhelm* bald darauf in einer Kritik der Politik der DNVP zu der offenbar unfreiwilligen Selbsterkenntnis kam, daß eine Opposition halt nur reden könne, so war das Gerede der Frontsoldaten allein schon ärgerlich genug[4]). Stresemann war recht erbittert über die Veröffentlichung des Gedichts „Der Moment" in derselben Ausgabe der Bundeszeitung

---

[1]) F.O.L. London (A 29), 7316, frames H 159377—78, *Ausfeld an Stresemann*, 13. 7. 1925, mit anliegender Erklärung Seldtes. Siehe auch *Der Sta.*, 19. 7. 1925, S. 2; F.O.L. London (A 29), 7132, frame H 148548, *Ausfeld an Bernhard*, 13. 7. 1925.

[2]) L[udwig?], „Nationale Opposition", *Der Sta.*, 27. 9. 1925, S. 1. Siehe auch den interessanten Bericht Ausfelds über die Vorstandssitzung vom 4./5. Juli in DZA Potsdam (A 19), 99alt, fol. 70 bis 72.

[3]) *Der Sta.*, 11. 10. 1925, S. 1.

[4]) *Ibid.*, 1. 11. 1925, S. 1.

und schrieb einen scharfen Protestbrief an Seldte[1]). Diesem war die Angelegenheit sehr peinlich. Er entschuldigte sich und fügte hinzu, daß er Stresemann gern einmal gesprochen hätte, wenn er das nächste Mal nach Berlin käme[2]). Der für das Gedicht verantwortliche Redakteur konnte allerdings seine Arbeit fortsetzen. Seldte versprach nur, Maßnahmen gegen eine Wiederholung derartiger Pannen zu ergreifen. Die ganze Bitterkeit des Außenministers über die Eskapaden des Stahlhelms kam schließlich in einer Rede zum Vorschein, die er am 10. Dezember in Berlin hielt[3]):

> Glauben Sie denn [so sagte er], daß Poincaré, daß Briand nicht auch zu kämpfen hat im eigenen Lager? Wenn wir verzichten auf einen Angriff, so ist das auf der anderen Seite, daß diese auch verzichte, eine der unseren gleichwertige Leistung. Trotzdem wird das bestritten. Ist denn das aber keine Leistung bei den Machtmitteln, über die Frankreich verfügt? Aber große deutsche Verbände, die tun wirklich, als ob sie mit ihrem Vorstande und mit ihren Vereinsmitgliedern allein Frankreich besiegen könnten.

Doch wie hatte Eulenburg die Haltung des Bundes im Juli noch zusammengefaßt? Stresemann, so hatte er gefordert, müsse auf jeden Fall Widerstand geleistet werden, selbst wenn man seine komplizierten Pläne nicht verstehe. Angesichts solcher politischer Maximen der Stahlhelmführer ist es nicht verwunderlich, wenn sich das Verhältnis des Bundes zu Stresemann während der ersten Hälfte des Jahres 1926 weiter verschlechterte[4]).

---

[1]) F.O.L. London (A 29), 7322, frame H 160617, *Stresemann an Seldte*, 29. 11. 1925. Er schloß mit einem abrupten „Hochachtungsvoll", eine Schlußformel, die sich von den freundlichen früherer Zeiten recht deutlich abhebt.

[2]) *Ibid.*, frames H 160618—19, *Seldte an Stresemann*, 3. 12. 1925. Er schloß mit den Worten: „Ich bitte Sie, sehr verehrter Herr Minister, erneut den Ausdruck meiner vollkommensten Wertschätzung entgegennehmen zu wollen und bleibe Ihr sehr ergebener ..."

[3]) *Ibid.*, frames H 160657—85, *Redemanuskript*, 10. 12. 1925.

[4]) So veröffentlichte die Bundeszeitung im Mai einen Artikel mit dem Titel „Schacher um die Saar", der eine Reihe offener Unwahrheiten enthielt. Daraufhin protestierten sowohl Stresemann als auch Kulenkampff, wobei letzterer ärgerlich meinte: „Am Ende darf der Stahlhelm nicht zu einem Hetzblatt werden... Ich habe Ihnen dies so offen geschrieben, weil ich mit immer wachsender Sorge den Ton der Zeitung bedenklicher und bedenklicher werden sehe." *Ibid.*, 7327, frames H 161511—15, *Stresemann an Seldte*, 25. 5. 1926, und *ibid.*, frame H 161706, *Kulenkampff an Seldte*, 25. 5. 1926. Der Stahlhelm gab immerhin den Eindruck, daß er sich die Proteste zu Herzen genommen habe, indem Ausfeld auf einen anderen Posten versetzt wurde. *Ibid.*, frame H 161705, *Kempkes an Stresemann*, 1. 6. 1926. Da er jedoch durch einen alten Waffengefährten Duesterbergs, Hermann Czettritz, ersetzt wurde, mag man bezweifeln, ob das Problem wirklich mit dieser Maßnahme gelöst worden war. *Führer-Nachrichten-Blatt*, 13. 7. 1926. Im August brachte dann die Bundeszeitung einen anderen unfreundlichen Artikel, betitelt „Der Ungeist von Weimar". Hörsing hielt ihn für republikfeindlich und verbot das Blatt für sechs Wochen. HStA. D'dorf (A 45), 16745, *Front-Geist (Essen)*, 1. 9. 1926, S. 1. Zwar hielt Duesterberg das Verbot für skandalös und protestierte (siehe *ibid.*, S. 2), aber das war nicht weiter erstaunlich. Stand doch in dem Artikel: „Der Weg zu Deutschlands Freiheit geht nur über die Leiche der Weimarer Verfassung. Kein Ausweg? — Nein! Denn eine Einsicht tut vor allem not: Das Machwerk, welches sich deutsche Verfassung nennt, ist gar nicht unsere Verfassung." Diese Einsicht war Duesterberg längst gekommen. Immerhin beendete der Artikel aber Heinz' Laufbahn als Redakteur der Bundeszeitung. Er wurde durch Ludwig vorübergehend ersetzt,

Sucht man nach der tieferen Ursache für diese Entwicklung, so ist sie in der Haltung des Duesterberg-Flügels zu suchen. Eine Reihe von Fällen, die auf wachsende Differenzen innerhalb des Vorstandes hindeuteten, ist bereits angeführt worden. Eine entscheidende Stufe in diesem Prozeß waren zwei Sitzungen im Frühjahr 1924. Die erste fand am 9. März statt und zeitigte die Wahl Duesterbergs zum stellvertretenden Vorsitzenden[1]). Weiterhin erreichte der von ihm geführte Flügel eine Satzungsänderung, durch die die Ziele des Bundes weitgehend denen der Hallenser Verfassung angeglichen wurden[2]). Die begeisterten Zurufe Seldtes während der Magdeburger Rede Stresemanns bildeten den Anlaß für die zweite Konferenz. Gestärkt durch die in der Märzsitzung sanktionierten Machtverschiebungen machte der radikale Flügel aus der spontanen Parteinahme Seldtes eine große Aktion. Am 29. Mai trafen sich die höheren Führer des Bundes, um über zwei Anträge Duesterbergs Beschluß zu fassen[3]). Er hatte erstens beantragt, eine Gauführerversammlung einzuberufen und zweitens Seldte durch General a. D. Sixt von Arnim abzulösen. Der stellvertretende Vorsitzende begründete seine Anträge damit, daß Seldtes Lob für Stresemann „große Erregung" hervorgerufen habe. Darüber hinaus befürchtete er eine Spaltung des Bundes, falls man nicht eine mehr völkisch orientierte Politik treibe. Eine solche Politik sei aber durch Seldtes Führung nicht garantiert. Er schloß seine Antragsbegründung mit der Bemerkung, daß er es müde sei, immer nur eine Statistenrolle spielen zu müssen.

Seldte erwiderte auf diese Vorwürfe, daß seine Demonstration für Stresemann „völlig belanglos" gewesen sei. Auch sei, soweit es den Stahlhelm betreffe, die parteivölkische Frage längst gelöst, und die Idee, Sixt von Arnim an die Spitze zu stellen, bezeichnete er als „barock". Die auf diesen Zusammenstoß der beiden Vorsitzenden folgende Debatte (in der Duesterberg übrigens noch vorschlug, in den Stahlhelm das Hakenkreuz-Abzeichen einzuführen) war sehr lebhaft. Als man schließlich jedoch zur Abstimmung schritt, mußte Duesterberg feststellen, daß er in der Minderheit war[4]). Bünger versuchte daraufhin sofort, den Sieg der Magdeburger zu einem vollständigen zu machen, indem er statt der beantragten Gauführerversammlung eine Zusammenkunft aller Stahlhelmführer vorschlug. Auf ihr sollte der Duesterberg-Flügel auf seinen Platz gewiesen werden.

---

bis mit Dr. Heinz Brauweiler ein neuer und gemäßigterer Ersatzmann gefunden wurde. S. Graff et al. (B 069), S. 62. Der letzte Zwischenfall ereignete sich nach der Thoiry-Konferenz, als das — wie wir heute wissen — unwahre Gerücht ausgestreut wurde, Stresemann habe den Stahlhelm an Briand verkauft. F.O.L. London (A 29), 7137, frames H 149362—63, *Stresemann an Raumer*, 15. 10. 1926.

[1]) DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 111—14, *Protokoll der Hauptversammlung der Gauführer*, 9. 3. 1924. Bünger war ursprünglich als 2. Vorsitzender vorgeschlagen worden, mußte sich dann aber mit dem Posten eines 3. Vorsitzenden zufriedengeben.

[2]) *Der Sta.*, 16. 3. 1924, S. 13.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 89—109, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 29. 5. 1924.

[4]) *Der Sta.*, 29. 6. 1924, S. 14; Th. Duesterberg (B 045), S. 60, mit falschem Datum und einer abweichenden Darstellung.

Dieses Treffen fand am 15. Juni statt. Den Versammelten lag der Antrag vor, den Bundesführer durch einen „früheren kommandierenden General" zu ersetzen[1]). Aber Seldte zeigte sich standhaft. Er versicherte die Versammlung seiner parteipolitischen Ungebundenheit und weigerte sich zurückzutreten. Es gab eine erhitzte Debatte; doch am Ende wurde Seldte erneut das Vertrauen ausgesprochen[2]). Trotzdem konnte dieser Sieg nicht darüber hinwegtäuschen, daß dem Ansehen des Vorsitzenden ein Schlag versetzt worden war. Zunächst bemühte er sich, seine Position mit einer Artikelserie in der Bundeszeitung wieder zu festigen, in der er freiwillige Disziplin, einen kühlen Kopf und Überparteilichkeit forderte[3]). Weiterhin unternahm er eine Reihe von Besuchsreisen zu einzelnen Landesverbänden. So versuchte Seldte, von nun an immer häufiger einen mäßigenden Einfluß auf die Stahlhelmpolitik auszuüben, während der Duesterberg-Flügel auf größeren Radikalismus drängte und dem Vorstand entsprechende Resolutionen vorlegte[4]). Im Januar 1925 stufte der zuständige Fachmann des Reichsinnenministeriums in einem Lagebericht über die Rechtsbewegung Seldte als „gemäßigt" ein und kam zu dem Schluß, daß Duesterberg „erheblich weiter rechts" stünde[5]). Einige Monate später, im Oktober 1925, verkündete ein anderer Lagebericht sogar[6]): „Es muß in einer ganzen Anzahl von Stahlhelm-Gauen mit dem Übergang der Organisation auf die völkische Seite gerechnet werden."

Trotzdem versuchte der Stahlhelm, die Fassade einer monolithischen Bewegung so überzeugend wie möglich aufrechtzuerhalten. Während des Frontsoldatentages im Januar 1925 hatte Duesterberg die Gerüchte über eine bevorstehende Spaltung des Bundes glatt verneint[7]). Er lobte Seldte und sagte, daß die Stahlhelmidee über allen Meinungsverschiedenheiten stehe. Im Juni nahm der Vorstand erneut zu dem Problem zentrifugaler Kräfte Stellung[8]). Zwar wurde

[1]) *Der Sta.*, 29. 6. 1924, S. 14.

[2]) *Ibid.* Das Abstimmungsergebnis lautete 478:151 bei 143 Enthaltungen. Siehe auch H. Langermann in H. H. Grote (B 075), S. 298, mit einem für Seldte weniger günstigen Ergebnis. Die Hallenser wagten noch einen letzten Angriff mit einem Antrag, die Rechte der stellvertretenden Vorsitzenden zu erweitern. *Der Sta.*, 29. 6. 1924, S. 14. Doch damit drangen die Duesterberg-Leute erst einige Jahre später durch. Siehe unten S. 104.

[3]) *Der Sta.*, 13. 7. 1924, S. 1; *ibid.*, 20. 7. 1924, S. 1; *ibid.*, 3. 8. 1924, S. 3. Daneben erhielt Seldte auch eine Reihe von Treueerklärungen.

[4]) Siehe die auf einer Protestversammlung des Landesverbandes Halle-Merseburg angenommene Entschließung gegen die „Novemberrevolution" („das schamloseste nationale Verbrechen") in *ibid.*, 16. 11. 1924, S. 18. Ähnlich die Entschließung zum Landesverratsverfahren gegen Ebert in *Der Sta. (LV Brschw.)*, 22. 1. 1925, S. 1.

[5]) BA Koblenz (A 04), 770, *Unterlage des Referenten im RIM Erbe für eine Rede Reichskanzler Luthers*, Jan. 1925.

[6]) *Ibid.*, 2732, *Rkomm. an Rkzlei*, 30. 10. 1925.

[7]) *Der Sta.*, 25. 1. 1925, S. 2—3.

[8]) *Ibid.*, 12. 7. 1925, S. 1. Anscheinend gab es im Verlaufe dieser Sitzung einen vorübergehenden Waffenstillstand. Siehe DZA Potsdam (A 19), 63, fol. 29, *Ludwig an Grote*, 21. 7. 1925, mit der Bemerkung, die Konferenz habe „in geradezu rührender Einmütigkeit aller Prominenten" stattgefunden.

zugegeben, daß im Vorjahr in der Führungsspitze ein erhebliches Mißtrauen bestanden habe, aber das habe sich längst geändert. Wäre dem wirklich so gewesen, dann bliebe unverständlich, wieso Duesterberg sich im Oktober gleich zweimal innerhalb von vierzehn Tagen veranlaßt sah, Seldte öffentlich zu feiern[1]). Es wird an anderer Stelle noch zu zeigen sein, daß die Luft immer dann nicht ganz rein im Stahlhelm war, wenn Duesterberg ein dreifaches „Frontheil" auf seinen Kollegen ausbrachte.

Ende 1925 gab es wenigstens einen Streitpunkt, nämlich die Frage, ob sich der Stahlhelm direkt an die neugegründete Anti-Locarno-Front anschließen solle oder nicht. Dieser Konflikt bestätigt zunächst die oben ausgesprochene Vermutung, daß Stresemanns Enttäuschungen mit dem Bund nicht eigentlich von Seldte herrührten. Zwar soll damit nicht gesagt sein, daß Seldte für den Pakt eintrat. Aber in den Haltungen der beiden Flügel gab es doch beträchtliche Nuancen. Das zeigten die Reden der beiden Stahlhelmführer auf der Vorstandssitzung im November 1925 mit einiger Deutlichkeit[2]).

Während dieser Konferenz ließ sich Seldte des längeren über das Recht der Meinungsfreiheit aus. Die republikanische Wirklichkeit erkannte er mit einem „Achselzucken" an. Weiterhin meinte er, „daß uns diese heutige Regierung nicht im geringsten imponiert und daß wir uns etwas erheblich Besseres denken können, als diese Parteien, die nach innen und außen die Ehre Deutschlands repräsentieren sollen". Doch er vertrat gleichzeitig die Auffassung, daß die Fernziele des Stahlhelms nur langsamen und bedächtigen Schrittes erreicht werden könnten. Schließlich sei der Bund eine überparteiliche Organisation, die zukünftige Führer erziehen und einem großen Staatsmann den Weg ebnen wolle. So versuchte er, den Blick seiner Kameraden von der Gegenwart fort in die Zukunft zu lenken, über die es sich leichter reden ließ. Zu der für den Duesterberg-Flügel sehr aktuellen Frage des Locarno-Abkommens meinte er lediglich: „Der erste Soldat des Landes [d. h. Hindenburg] hat gesprochen, wir schweigen."

Duesterberg dagegen ließ keinen Zweifel, daß er Gegenwartsfragen für sehr viel brennender hielt. Er wollte den Bund für eine schleunige innere und äußere Befreiung Deutschlands einsetzen, wozu er auch eine Annullierung der Stresemannschen Bündnispolitik zählte. Zwar treibe er zugegebenermaßen eine Gefühlspolitik, aber anders als mit einem leidenschaftlichen Gefühl und Willen zur Befreiung lasse, so meinte er, sich eben nichts erreichen. „Salon-Stahlhelmer" wollte er auf jeden Fall nicht haben. Ihm war, wie er abschließend sagte, eine verschworene Gemeinschaft von 1000 Mitgliedern lieber als 10000 Mitläufer. So traten im Verlaufe dieser Sitzung die Unterschiede zwischen dem vorsichtigen Seldte und dem aktivistischen Duesterberg zutage. Für den letzteren bot das Locarno-Abkommen eine neue Gelegenheit, sich für eine Vereinigung aller Gleichgesinnten einzusetzen.

[1]) *Der Sta.*, 11. 10. 1925, S. 13; *ibid.*, 25. 10. 1925, S. 13.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 2—17, *Sitzungsprotokoll*, 27. 11. 1925.

Nach diesen Entdeckungen über die Meinungsunterschiede innerhalb der Stahlhelmführung nimmt sich ein Zwischenfall in einer im Oktober gebildeten Anti-Locarno-Arbeitsgemeinschaft gar nicht mehr seltsam aus. Während eines Treffens dieser Gruppe am 3. November 1925 erklärte der anwesende Stahlhelm-Beobachter plötzlich den Eintritt des Bundes[1]). „Diese Arbeitsgemeinschaft", so sagte er kurz und bündig, „ist etwas Naturnotwendiges ... Dieser Beitritt wird [daher] auch aufrechterhalten werden, wenn selbst morgen Seldte mich für diese unbedingt bindende Erklärung ohrfeigen sollte." Über Züchtigungsmaßnahmen Seldtes ist nichts bekannt. Er wurde einfach überrumpelt und konnte, wie ein Briefwechsel zwischen Goltz und ihm zeigt, nur gute Miene zum bösen Spiel machen[2]).

Duesterberg war inzwischen damit beschäftigt, so etwas wie eine Dachorganisation aller Soldatenverbände zu schaffen. „Locarno" war dabei sein Schreckgespenst. Am 15. Dezember ergriff er während eines Treffens in Halle das Wort, um gegen den Locarno-Pakt zu sprechen[3]). Dabei erging er sich anscheinend in allerlei Verallgemeinerungen, und vier Wochen später erschien seine Unterschrift in einer Anzeige in der *Deutschen Zeitung* mit dem Titel „Zusammenschluß zum gemeinsamen Kampf[4])". In diesem Aufruf wurde Deutschland als ein Land des Elends und der Hungersnot dargestellt. „Der herrschende Parlamentarismus, das Parteiunwesen", so hieß es weiter, „muß den deutschen Untergang besiegeln, wenn ihm nicht ein Ende bereitet wird." Um das Ende herbeizuführen, wurde zum Zusammenschluß zu einer „Notgemeinschaft" aufgerufen. Doch gingen weder dieser noch diverse andere Pläne für eine außerparlamentarische Aktion je über ihre Vorbereitungsphase hinaus[5]).

Die Aushöhlung der Stellung Seldtes durch den Duesterberg-Flügel mußte sich auch in den Landesverbänden bemerkbar machen. Es gab Zwistigkeiten und Rückgänge in der Mitgliederzahl, die Duesterberg jedoch in Kauf nahm. Denn

[1]) F.O.L. London (A 32), 4525, frames E 137222—29, *Bericht über die Tagung*, o. D.; O.-E. Schüddekopf (B 172), S. 191.

[2]) Am 14. November erhielt er von Goltz (DZA Potsdam [A 19], 280, fol. 5) ein Schreiben, in dem dieser seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß Seldte den Schritt des Stahlhelm-Vertreters gebilligt habe und der Arbeitsgemeinschaft zustimme. Seldte antwortete *(ibid.*, fol. 6), daß „in diesen Zeiten" in der nationalen Bewegung selbstverständlich eine Opposition sein müsse. Nur schade oft das Vorprellen kleinerer, radikaler Organisationen. Denn „auch die beste nationale Sache bedarf einer klugen und geschickten Leitung und bei aller Energie einer Form der Willenskundgebung, die sich den Umständen anzupassen versteht". Interessant ist, daß Hans Ludwig, ein Lehrer und Seldtes politischer Berater, der eigenmächtige Stahlhelm-Vertreter gewesen war. Eine Zeitlang war er DVP-Funktionär gewesen, wurde dann aber ein immer entschiedenerer Gegner Stresemanns und zog Seldte dabei langsam mit sich. Siehe unten S. 88.

[3]) F.O.L. London (A 29), 7401, frames H 172936—38, *Merkel an Stocksiek*, 22. 12. 1925.

[4]) *Deutsche Zeitung*, 12. 1. 1926. Siehe auch BA Koblenz (A 04), 2673, *„Übersicht über die Lage in der Rechtsbewegung"*, 22. 2. 1926.

[5]) Im Zusammenhang mit diesen Arbeitsgemeinschaften kamen allerlei Gerüchte auf, aber das Echo auf solche Versuche war nie sehr groß. Siehe C. Severing (B 182), Bd. II, S. 81—83; DZA Potsdam (A 19), 113, fol. 146, *Heinz an Landesverband Westfalen-Niederrhein*, 29. 5. 1926.

die seit 1924 mächtig angewachsene Anhängerschaft mußte nunmehr auf eine politische Linie gebracht werden, die zu definieren er sich besonders bemühte. „Ich bin ... der Ansicht", so schrieb er an Fritjof von Hammerstein, „daß in derartigen Übergangszeiten, wie wir sie jetzt durchleben müssen, wo alles schwankt, desto fester der als richtig erkannte Standpunkt vertreten werden muß! Selbst auf die Gefahr hin, Kameraden zu verlieren! Es muß auch in dieser Hinsicht Farbe bekannt werden[1])." Eine derart unbeugsame Haltung fand aber nicht überall eine Mehrheit, und so flammten überall Konflikte auf, wofür der Landesverband Braunschweig ein gutes Beispiel bietet.

Dieser Landesverband wurde seit langem von einem Mann des Seldte-Flügels, dem Kaufmann Willy Uhlenhaut, beherrscht. Doch im Sommer 1926 wurde Uhlenhaut in eine Affäre verwickelt, die als „Stahlhelm-Skandal" sogar in großen deutschen Tageszeitungen behandelt wurde[2]). Ihm wurden Unterschlagungen und finanzielle Unregelmäßigkeiten vorgeworfen, von denen er sich nicht entlasten konnte. Uhlenhaut mußte gehen. Bevor jedoch der Vorstand sein Urteil über Uhlenhaut sprach, hatten bereits einige Braunschweiger Unterführer und Mitglieder recht laustark erklärt, was von Uhlenhauts Verhalten zu denken sei. Sie wurden sofort wegen Disziplinlosigkeit und Ungehorsams ausgeschlossen[3]). Daraufhin gingen die Rebellen zum Angriff über, gründeten eine eigene Ortsgruppe und rückten gegen Seldte vor, der den Fall offenbar nicht sehr diplomatisch gehandhabt hatte[4]). Freilich spielten bei diesem Aufstand auch grundsätzlichere Bedenken eine Rolle als der Vorwurf, Uhlenhaut habe sich ungerechtfertigt bereichert. Die Rebellen gaben nämlich selbst zu, daß sie sich als die Vorkämpfer für einen erneuerten Stahlhelm betrachteten. In ihrer eigenen Sprache klang das folgendermaßen[5]):

> Wenn ihr nicht einverstanden seid mit dem hahnebüchenen Gemurkse euerer Bundesleitung, dann macht dagegen energisch Front und sagt es laut hinaus ins Gelände, damit es endlich anders werde. Mit der Faust im Sack und lendenlahmer Opposition bei Führerbesprechungen ist es nicht getan!... Verlangt, daß man euern Kameraden, denen man die Ehre in frivolster Weise abschnitt, Genugtuung gebe, verlangt, daß der Saustall in der Verwaltung des Bundes und seiner Politik ausgemistet werde, verlangt, daß die Judenschule am Alten Markt Nr. 11 [d. h. die Bundesleitung] in geordnete Zustände komme.

---

[1]) BA Koblenz (A 02), 2, *Duesterberg an Hammerstein*, 16. 4. 1926.

[2]) *B. T.*, 19. 7. 1926, S. 2.

[3]) *Volksfreund*, 3. 7. 1926, S. 2. Sein Nachfolger wurde Werner Schrader, ein jüngerer Nationalrevolutionär.

[4]) Sie brachten ihre Version der Geschichte in einem von ihnen gegründeten Blatt mit dem Titel *Stahlhelm-Nachrichten*, worin Seldte sehr schlecht abschnitt. Spätere Versöhnungsversuche scheiterten, und Seldte zwang die Rebellen schließlich, den eingetragenen Namen „Stahlhelm" fallenzulassen.

[5]) *Stahlhelm-Nachrichten*, 27. 1. 1927, S. 5. Siehe auch *ibid.*, 7. 10. 1926, S. 1: „Uns sind aus diesem Streit Erkenntnisse geworden und Flügel des Geistes gewachsen, ... die uns zum Bahnbrecher für einen besseren Stahlhelm beriefen."

Solche Äußerungen kamen nicht unerwartet. Nach der wahllosen Aufnahme neuer Mitglieder im Jahre 1924 war der Stahlhelm in eine Phase allgemeiner Stagnation und Selbstzufriedenheit geraten. Die Reaktion gegen Laxheit und Inkompetenz ließ nicht lange auf sich warten[1]). Das volle Ausmaß des Schlendrians in den Unterorganisationen kann aus den Akten des Salzgaus in Niedersachsen entnommen werden[2]). Aus ihnen ergibt sich ein buntes Bild über die Atmosphäre in den Ortsgruppen. Die Finanzen waren fast regelmäßig in Unordnung, und das betraf auch die Landesverbände und die Bundesleitung[3]). Die Protokollbücher verzeichnen meist langweilige und kleinliche Verwaltungsprobleme, die in den Mitgliederversammlungen diskutiert wurden. Politische Fragen besprach man selten und verstand sie noch seltener[4]). Automatisch trat der geschäftliche hinter den gemütlichen Teil zurück, den man mit Austausch von Erinnerungen und mit Skatspielen ausfüllte. Bald wurde das unregelmäßige Erscheinen zu den Mitgliederversammlungen kritisiert sowie die unzureichende Hingabe für den Bund oder „das leidige und oft lange Herumsitzen im Gasthaus[5])". Offensichtlich hatte der Stahlhelm seine anfängliche Dynamik verloren. Manch einer trat aus dem Bund aus; andere bezahlten ihre Beiträge nicht. Zu

[1]) Siehe F.O.L. London (A 29), 7402, frames H 172951—56, zu Schwierigkeiten im Halberstädter Stahlhelm; HStA. D'dorf (A 45), 16749, betr. Streitigkeiten in Hamborn; Wilhelm Ploss, *Geschichte des Hamburger Stahlhelm* (B 148), S. 11 ff., mit Beispielen aus Norddeutschland.

[2]) BA Koblenz (A 02), 4. Siehe auch DZA Potsdam (A 19), 92.

[3]) BA Koblenz (A 02), 4, *Rundschreiben der Hildesheimer Gauführung*, 26. 3. 1927, mit der Mitteilung, daß die Kassenlage des Gaues so schlecht sei, daß Gehälter und Mieten nicht mehr bezahlt werden könnten. In Hamburg hatte man im Jahre 1926 nicht weniger als 8000 RM Schulden. W. Ploss (B 148), S. 21. Die Bayern wandten sich im gleichen Jahr mit einem Hilferuf an die Bundesleitung (Bay. Kr. A. München [A 01], 23, *Wäninger an Ludwig*, 13. 2. 1926), aber dort war die Lage auch nicht besser. Schon im Dezember 1925 hatte Ludwig ein Rundschreiben versandt mit der Alarmnachricht, daß die finanzielle Lage der Bundesleitung sehr ernst sei und „einzelne Führer sich persönlich finanziell ruinieren". DZA Potsdam (A 19), 99alt, fol. 8, *Rundschreiben Ludwigs*, 14. 12. 1925. Siehe auch *ibid.*, fol. 9, *Rundschreiben Seldtes*, 12. 12. 1925. Allerdings können derartige Zustände weniger verwundern, wenn man bedenkt, daß erst 1926 ein Rechnungsprüfungsamt in Magdeburg eingerichtet wurde. Doc. Center Berlin (A 26), 471, *Darstellung Paul Ohrts über seine Beziehungen zum 1. Bundesführer des Stahlhelm*, 31. 3. 1934. Ohrt, der von 1924 bis 1927 Schatzmeister des Gaues Magdeburg war, schätzte das Monatseinkommen der Bundesleitung auf 50000 bis 60000 RM. *Ibid.* Die Haupteinkommensquelle hierbei war die Bundeszeitung mit einer Auflage von etwa 200000 Exemplaren. DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 3, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 27. 11. 1925. Davon wurden jedoch nur an die 120000 Exemplare durch Abonnements abgenommen. *Ibid.*, fol. 37, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 4. 7. 1925. Gleichwohl war die Bundeszeitung für Seldte so wichtig, daß ihm immer sehr vor Verboten bangte. Bay. KrA. München (A 01), 23, *Antrag des Gaues Magdeburg über Einziehung einer Bundesumlage*, 11. 3. 1926. Hinzu kamen die Beiträge der über 260000 Mitglieder (Angabe Seldtes in DZA Potsdam [A 19], 4, fol. 37, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 4. 7. 1925) sowie Spenden von unbekannter Höhe. Es war immer Seldtes Bestreben, den Bund von fremden Quellen unabhängig zu machen mit dem Ergebnis, daß niemals größere Reserven vorhanden waren. Siehe auch oben S. 77.

[4]) Siehe BA Koblenz (A 02), 8. Offensichtlich war dies ein idealer Nährboden für den Antirepublikanismus.

[5]) *Ibid.*, *Protokollbuch der OG Groß Elbe.*

Beginn des Jahres 1926 war der Vorstand zerstritten, und die Unterorganisationen wurden höchstens durch gelegentliche Zwistigkeiten ihrer Führer einmal aus ihrer Stagnation gerissen.

Inzwischen wunderte sich Stresemann, weshalb er so viele Schwierigkeiten mit dem Stahlhelm hatte. Im Frühjahr 1926 gab es noch einmal einen leisen Hoffnungsschimmer, daß die Gegensätze nicht völlig unüberbrückbar geworden waren. Doch lag dies in erster Linie wohl an Seldte, der sich musterhaft vorsichtig verhielt, wenn er ein Ministerium betrat. Bei derartigen Gelegenheiten war er wie verändert und trug nichts von jener festen Haltung zur Schau, die er in Vorstandssitzungen und Reden zeigte. So war er im April vom Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung eingeladen worden, der ihm seine Bedenken gegen den in Düsseldorf geplanten 7. Reichsfrontsoldatentag vortragen wollte[1]). Seldte hatte für ihn folgende Erklärung bereit: „Man hat das Rheinland deshalb gewählt, weil viele Frontsoldaten, die sonst keine Gelegenheit hätten, den Rhein zu sehen, durch billige Beförderung Gelegenheit erhalten sollten, einmal diesen Strom kennenzulernen." Aus diesem Grunde, so versicherte er, werde das Treffen keine militärische Demonstration sein, und am folgenden Tage verlieh er dieser Garantie noch mit einer Einladung an den Reichskanzler Luther Nachdruck[2]).

Hoffnungen erregte auch, daß Gayl im Frühsommer 1926 mit der Unterstützung von Jarres die Wiederbelebung seines außerparlamentarischen Blocks von 1925 plante. Beide genossen in Rechtskreisen einiges Ansehen und wollten unter anderem zwischen der DNVP und der DVP wieder Frieden stiften[3]). Aber es war nach wie vor unmöglich, den Zersplitterungen von dieser Seite her ein Ende zu machen, und ihre Pläne blieben unverwirklicht. Nicht zuletzt waren es die Parteien, die sich solchen und anderen Beeinflussungsversuchen von außen widersetzten. Das wurde während der Vorbereitungen zu den sächsischen Wahlen von 1926 besondesr klar.

Unter der Führung des sächsischen Stahlhelmführers Brückner hatten die dortigen Soldatenverbände eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die zunächst nur mit einem allgemein-gehaltenen Appell zur Vereinigung der Rechten an die Öffentlichkeit trat[4]). Doch Ende Juli wurde diese Arbeitsgemeinschaft sehr viel energischer

---

[1]) DZA Potsdam (A 21), 13266, fol. 151, *Aufzeichnung des Rkomm.*, 20. 4. 1926.

[2]) *Ibid.*, fol. 154—55, *Seldte an Luther*, 21. 4. 1926.

[3]) Siehe den Schriftwechsel hierzu in BA Koblenz (A 07), 3. Seldte war an diesen Versuchen aktiv beteiligt (Gustav Stresemann, *Vermächtnis* (B 192), Bd. II, S. 412 ff.), und für eine Sammlung trat sogar Duesterberg ein. Gleichzeitig sprach er freilich gegen den angeblichen „Versklavungsprozeß" und die „pazifistische, anationale Gesinnung" in Deutschland, als er in Düsseldorf vors Mikrophon trat. *Der Sta. (LV Brschw.)*, 3. 6. 1926, S. 3. Seine Düsseldorfer Rede bewies im übrigen, daß der Frontsoldatentag mehr als eine Wochenendfahrt des Stahlhelm-Reisebüros war. Siehe oben S. 86.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 107, fol. 61, *Aufruf des Stahlhelm, Jungdeutschen Orden, Wehrwolf und der Reichsflagge*, Juli 1926.

und verlangte in einem zweiten Aufruf die Fortführung des Rechtsblocks über die Wahlen hinaus[1]). Alle Parteien, die diese Forderung ablehnten, so hieß es weiter, könnten nicht auf die Stimmen der ehemaligen Soldaten rechnen. Die DVP weigerte sich, eine solche Verpflichtung zu unterschreiben. Sie sah darin einen Versuch Brückners, die Parteien unter sein Joch zu zwingen[2]), und so willkommen die Hilfe der außerparlamentarischen Gruppen im Wahlkampf auch war, auf eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit wollte man sich nicht einlassen[3]). Brückner mußte seine Erklärung zurücknehmen, was verständlicherweise bittere Gefühle hinterließ[4]).

Die ideologischen Schwankungen des Stahlhelms, seine Bemühungen um einen politischen Standpunkt und die ungelösten Spannungen innerhalb der Führungsspitze konfrontierten Stresemann während des Herbstes 1926 mit neuen Rätseln[5]). Vor dem Kölner Jahreskongreß der DVP am 2. Oktober hatte der Außenminister eine viel diskutierte Rede gehalten, in der er seine Befürchtungen über die politische Entwicklung der Wehrverbände zusammenfaßte[6]). Er bedauerte, daß sie sich in die Politik einzumischen suchten, und schloß unter anhaltendem Applaus: „Ich möchte diesen Verbänden von hier aus zurufen: Ihr gebt Euer Bestes weg, wenn Ihr Euch hineinstellt in den Streit der Parteien, anstatt Euch hineinzustellen in die ganze deutsche Nation." Vierundzwanzig Stunden später hatte der Stahlhelm seine Antwort bereit. Der Vorstand wies den Vorwurf parteipolitischer Betätigung zurück und erklärte, die Frontsoldaten brauchten sich keine Lektionen von dem Nichtkriegsteilnehmer Stresemann erteilen zu lassen[7]). Wieder setzten sich die Anschauungen der Radikalen und insbesondere Duesterbergs durch, von dem der Antrag zu der Entschließung gegen Stresemann stammte[8]).

In der zweiten Oktoberhälfte änderte sich jedoch der Ton der Stahlhelmführung merklich. Um diese Zeit stand die Reichsregierung unter dem starken Druck der Westmächte, wovon auch der Bund Kunde erhielt. Angesichts der Verbots-

[1]) *Ibid.*, fol. 62, *Aufruf des Stahlhelm, Jungdeutschen Orden, Wehrwolf und der Reichsflagge*, Juli 1926.

[2]) F.O.L. London (A 29), 7403, frames H 173153—57, *Diekmann an Brückner*, 5. 8. 1926; *ibid.*, frames H 173225—28, *Stresemann an Diekmann*, 25. 8. 1926.

[3]) *Ibid.*; *ibid.*, 7137, frames H 149300—03, *Aufzeichnung Bernhards*, 16. 8. 1926. Die DNVP war anscheinend weniger offenherzig, doch deutet Kuno Graf Westarps Rede auf dem Kölner Parteikongreß am 9. September 1926 auf eine im Grunde ähnliche Haltung hin. Max Weiss hrsg., *Der nationale Wille* (B 206), S. 176, 359—60.

[4]) F.O.L. London (A 29), 7138, frames H 149603—04, *„Aus Sachsen schreibt man uns"*, o. D.

[5]) So schrieb Walter Eberhard von Medem (*Kampf gegen das System* [B 121], S. 29): „Schlimmer noch als bei den Rechtsparteien sieht es augenblicklich bei der vaterländischen Bewegung aus."

[6]) *Tägliche Rundschau*, 3. 10. 1926.

[7]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 7. 10. 1926, S. 1.

[8]) DZA Potsdam (A 19), 5, fol. 65, *Protokoll der Landesverbands- und Gauführerversammlung*, 2./3. 10. 1926.

drohung kam jetzt selbst Duesterberg zu der Überzeugung, daß es unklug war, den Bogen zu überspannen. Sich die schützende Hand des Außenministers zu erhalten, war eine Frage der Existenz, hinter der alle anderen Fragen zurücktraten[1]). Seldte und Duesterberg wurden aktiv. So kam es, daß am 18. Oktober Dr. Carl Cremer, ein volksparteiliches Mitglied des Reichstages, dem Außenminister brieflich einen Dr. Schnell ankündigte[2]). Schnell wollte ihm über seine Verhandlungen mit Duesterberg in der Vorwoche Bericht erstatten, und Cremer machte Stresemann dazu im voraus folgende Mitteilung: „Die Wünsche Duesterbergs gipfeln darin, durch eine diskrete Verbindung mit Ihnen [d. h. Stresemann] die Möglichkeit zu haben, die nationale Opposition in einer Form zu treiben, die einer Unterstützung der deutschen Außenpolitik dienen könnte."

Aber erst der nachfolgende Kommentar macht Cremers langen Brief zu einem wirklich interessanten Dokument über den Stand der Stahlhelmpolitik zu diesem Zeitpunkt. Cremer und seinem Informanten zufolge hatte Duesterberg seine Vorschläge über eine Zusammenarbeit wie folgt gerechtfertigt: eine gewisse Stagnation wie auch innere Zwistigkeiten hätten die Politisierung des Bundes beschleunigt. Gegenwärtig sei er in zwei Teile gespalten, den Magdeburger Flügel und den von ihm selbst angeführten. Die erstere und radikalere (!) Fraktion, so lautete Duesterbergs Argument weiter, plane die Zerstörung der Parteien und verfolge eine völkische Politik. Ludwig sei es gewesen, der den Angriff auf die Kölner Rede Stresemanns eingeleitet habe. Allerdings seien sich die anderen Stahlhelmführer dabei nicht ganz klar gewesen, ob es sich um einen Trick Stresemanns gehandelt habe, durch den Ludwig in seiner Schlüsselposition gehalten werden sollte, oder um einen echten Gesinnungswandel[3]). Duesterberg dagegen wünsche eine Zusammenarbeit mit den Parteien sowie gute Beziehungen zur DVP, um eine einseitig deutschnationale Ausrichtung des Stahlhelms zu vermeiden. Auf dieser breiten Basis hoffe er, das Netz außerparlamentarischer Ausschüsse vergrößern und so einen Einfluß auf die Politik der Parteien ausüben zu können.

Einige dieser Erklärungen Duesterbergs, so wie sie von Cremer wiedergegeben wurden, klingen zweifellos vertraut. Seine Bemerkungen über den Seldte-Flügel sind jedoch einigermaßen erstaunlich. Sie lassen nur den Schluß zu, daß der stellvertretende Vorsitzende ein sehr unvollständiges Bild von seinen und von

[1]) Ein unsigniertes, streng vertrauliches Stahlhelm-Memorandum vom 21. Oktober 1926 (*ibid.*, 34, fol. 182—83) wies beispielsweise auf die Möglichkeit eines Verbotes hin und schloß: „Es ist keine Klarheit darüber zu gewinnen, wie sich die Regierung zu dieser Frage stellt, wenn in der Tat die Aufhebung der Internationalen Kontrollkommission an ihr scheitern sollte."

[2]) F.O.L. London (A 29), 7403, frames H 173303—10, *Cremer an Stresemann*, 18. 10. 1926.

[3]) Es wurde bereits erwähnt, daß Ludwig in der Tat eine immer eigenartigere Rolle im Stahlhelm spielte. So war die DVP für ihn zur „Sorgenpartei" und der Stresemann-Geist „unerträglich" geworden. Positiv gewendet, bedeutete dies, daß der Stahlhelm die Macht anstreben müsse, wozu er als Methode vorschlug: „Wir müssen den Staat von innen erobern." DZA Potsdam (A 19), 5, fol. 51—53, *Protokoll der Landes- und Gauführersitzung*, 2./3. 10. 1926.

Seldtes politischen Ansichten gab (wenn man nicht annehmen will, daß Cremer oder Schnell seine Ausführungen völlig verzerrten)[1]). Jedenfalls wußte Ausfeld, nunmehr der Bevollmächtigte des Stahlhelms in Berlin, bei seinem Besuch bei Bernhard am 27. Oktober eine ganz andere Version zu erzählen[2]). Nach seinen Erklärungen stattete er Bernhard diesen Besuch ab, weil der Stahlhelm bessere Beziehungen zum Reichsaußenminister erstrebe. Über die Politik des Bundes befragt, antwortete Ausfeld, daß die Meinungen über Stresemann im Augenblick unter den höheren Stahlhelmführern geteilt seien. Leider hätten die Radikalen aber immer noch die Oberhand und die Gemäßigten fänden es „sehr schwer", sich durchzusetzen. Gleichwohl vergaß der Abgesandte nicht zu betonen, daß Seldte und Ludwig „die absolut gemäßigten Elemente im Stahlhelm" und als „Stresemann-Anhänger" bekannt seien. Zieht man nun freilich Ludwigs Rede am 2./3. Oktober zur Nachprüfung dieser Versicherung heran, so scheinen sowohl Ausfeld als auch Duesterberg es mit der Wahrheit nicht besonders ernst genommen zu haben. Innerhalb von zwei Wochen erhielt Stresemann zwei gleich ungenaue Berichte zur inneren Lage des Stahlhelms und durfte sich seinen eigenen Vers auf sie machen. Vom Standpunkt des Bundes aus gesehen waren diese Manöver aber nur darauf abgestellt, den Außenminister im Augenblick der Bedrohung durch die Westmächte zu beschwichtigen.

Auch den Vertrauten Stresemanns kamen diese Annäherungsversuche verdächtig vor. Kulenkampff teilte dem Außenminister seine Zweifel in einem Handschreiben mit[3]). Er berichtete zwar, daß Seldte eine Berichtigung der kürzlichen Angriffe gegen Stresemann versprochen habe, und fand lobende Worte für Dr. Heinz Brauweiler, den neuen Chefredakteur der Bundeszeitung, der kürzlich einige maßvolle Zeilen verfaßt hatte[4]). „Wenn damit auch etwas

---

[1]) Siehe seine Bemerkungen auf der Führerkonferenz vom 2./3. 10. 1926 in *ibid.*, fol. 39 ff., wo er sich über die Parteien schwer enttäuscht zeigte.

[2]) F.O.L. London (A 29), 7334, frames H 162823—25, *Aufzeichnung Bernhards*, 27. 10. 1926.

[3]) *Ibid.*, frames H 162826—29, *Kulenkampff an Stresemann*, 27. 10. 1926.

[4]) Hierzu siehe oben S. 80. Brauweiler spielte von nun an eine einflußreiche Rolle als politischer Berater des Bundes. Er war Nichtsoldat mit Verbindungen zur katholischen Gewerkschaftsbewegung und übte tatsächlich immer einen mäßigenden Einfluß auf die Bundesleitung aus. Ideologisch neigte er ständestaatlichen Konzepten zu. Siehe besonders seine *Schule der Politik* (B 015). Duesterberg hatte ursprünglich Brauweiler als Chefredakteur der Bundeszeitung mit empfohlen. DZA Potsdam (A 19), 33, fol. 34, *Duesterberg an die Bundesleitung*, 18. 9. 1926. In späteren Jahren wird er diesen Brief allerdings wohl bereut haben, denn er stritt sich wiederholt mit Brauweiler. Siehe seinen freimütigen Brief an Brauweiler vom 8. April 1927 (*ibid.*, fol. 37—39). Darin kanzelte er den Nichtfrontsoldaten Brauweiler ab und lobte sich, weil er seit 1919/1920 (!) eine „scharfe Richtung" vertreten habe: „Sowohl in der *Außen-* wie in der *Innen*politik haben wir hier [in Halle] den schärfsten Standpunkt eingenommen und die politischen Erfolge ... haben uns in *jeder Hinsicht* in einer Weise Recht gegeben, wie es nicht für möglich gehalten worden ist." Brauweiler schlug zurück und verwahrte sich gegen Duesterbergs militärischen Subordinationston. *Ibid.*, fol. 41—50. Auch meinte er: „Meine Erwartung, daß der Ausgang des Hitlerputsches auch für gewisse Kreise im Stahlhelm als luftreinigendes Gewitter gewirkt hätte, mußte ich leider berichtigen, als ich in die Bundesarbeit einen intimeren Einblick gewinnen konnte." Interessant ist im Zusammenhang mit noch zu erwähnenden Konflikten zwischen Seldte und

gewonnen ist, so glaube ich doch bis zum Beweise des Gegenteils noch nicht an eine endgültige Wendung zur Vernunft [und befürchte] immer noch die unheilvollen Einflüsse von Duesterberg und anderen." Abschließend riet er Stresemann von einer Unterredung mit Duesterberg ab, worum sich letzterer, wie er gehört hatte, bemühe. „Ich spreche Ludwig in diesen Tagen und hoffe, aus ihm herauszuhören, welche Ziele die Mehrheit in der Bundesleitung eigentlich verfolgt."

Ein Vorschlag, wie man mit der mysteriösen Politik des Stahlhelms hätte fertig werden können, war bereits am 18. Oktober von Cremer gemacht worden. Er befürwortete eine Unterredung mit Duesterberg, um damit den Desintegrationserscheinungen in den Soldatenverbänden ein wenig nachzuhelfen. Kulenkampff dagegen lagen derart berechnende Methoden fern. Am 22. (oder 23.) Oktober war er mit Bernhard zusammengetroffen, und die beiden diskutierten bei dieser Gelegenheit anscheinend auch die Frage eines Bruchs mit dem Stahlhelm[1]). Später jedoch überkamen Kulenkampff Zweifel an der Richtigkeit dieser Lösung, die er sofort Bernhard mitteilte[2]):

> Man muß sich doch darüber klar sein, daß der Stahlhelm, wenn er jede Hemmung durch uns verliert, ganz radikal werden muß. Zugegeben, daß die Hemmung nicht mehr sehr wirksam war — wir wissen nicht, was ihr Fortfallen für Wirkungen auslösen kann. Ich sehe zwar im Augenblick noch nicht, ob und wie sich irgendeine Zusammenarbeit, deren Voraussetzung ein Herumwerfen des Ruders im Stahlhelm sein müßte, in die Wege leiten läßt, aber ich werde das Gefühl nicht los, als müßte man wenigstens noch einmal überlegen, ehe man entscheidende Schritte tut. Dabei denke ich nicht etwa an eine Aussprache zwischen dem Minister und einzelnen Führern, aber es gibt vielleicht andere Wege.

Eine Äußerung Stresemanns zu diesen Fragen scheint nicht erhalten zu sein. Doch beweist seine bereits behandelte Verteidigung des Bundes gegenüber den diplomatischen Vertretern der Westmächte, daß sich seine Haltung wohl nicht allzusehr von der Kulenkampffs unterschied. Anders ist der Optimismus von Ludwig kaum zu erklären, der Ende Oktober selbstsicher meinte[3]):

> Die Verbotsfrage ist zur Zeit nicht akut. Sie wird im Auswärtigen Ausschuß mit zur Sprache kommen. Str[esemann] hat aber selbst schon Erklärungen abgegeben, die, wenn man dem Mann überhaupt glauben will [!], mich völlig beruhigt haben. Ich glaube, man regt sich bei Ihnen mehr über diese Dinge auf, als sie wert sind... Nach genauesten Nachrichten kommt überhaupt höchstens noch in Frage, ob man sich über die Uniformierung unterhalten will.

So scheint der Reichsaußenminister tatsächlich sehr geduldig und von seiner Fähigkeit überzeugt gewesen zu sein, den Stahlhelm im Zaume halten und für

---

Duesterberg, daß Brauweiler ihm schließlich noch einen „absoluten Mangel an Kameradschaftsgeist" in der früheren Geschichte und in den letzten Monaten vorwarf. Nach so offenen Worten mußte er später allerdings einen Rückzieher machen. *Ibid.*, fol. 53, *Brauweiler an Duesterberg*, 2. 5. 1927. Duesterberg fühlte sich in seiner Ehre gekränkt.

[1]) F.O.L. London (A 29), 7334, frames H 162797—98, *Kulenkampff an Bernhard*, 23. 10. 1926.

[2]) *Ibid.*

[3]) DZA Potsdam (A 19), 116, fol. 37, *Ludwig an Mahnken*, 24. 10. 1926.

seine Zwecke einsetzen zu können. Jedoch, die Frontsoldaten wandten sich bald vollends von ihm und der Republik ab, und seine Fürsprache bei den Westmächten wurde nicht belohnt. Dies war eine Folge von Entwicklungen, die seit 1924 unter der Oberfläche des Bundes wirkten und die die tiefere Ursache für die inneren Erschütterungen dieser Jahre bildeten.

4. Das Debüt der Intellektuellen

Es wurde schon erwähnt, daß die deutschen Soldatenverbände ihre Stärke nicht zuletzt aus einer spezifischen Verbindung von bürgerlichem Nationalismus, Kriegserlebnis und Niederlage von 1918 schöpften. Besonders der Weltkrieg war für den einzelnen und für das Reich ein so erschütterndes Ereignis gewesen, daß er tiefgehende psychologische Folgen haben mußte. Es war offensichtlich von großer Bedeutung für die Nachkriegshaltung des einzelnen zu diesem Weltbrand, welche Rolle der Krieg in seinem Leben gespielt hatte.

Nun gab es nach 1918 eine ganze Reihe von Interpreten der Jahre 1914—1918. Einige von ihnen sahen den Krieg als ein europäisches Phänomen an, das einen neuen Typus des europäischen Menschen hervorgebracht hatte. Aber diese Akzentverschiebung auf die Behauptung, daß der Weltkrieg ein Konflikt zwischen den alten europäischen Mächten und einem neuen europäischen Bürger und Menschen gewesen sei, bot keine erschöpfende Erklärung. Der Erste Weltkrieg war in erster Linie immer noch ein Kampf zwischen Nationen gewesen, und aus diesem Grunde konnte man das Kriegserlebnis schlecht von dem nationalistischen Hintergrund dieses Konfliktes trennen. Zwar verfielen die nationalistischen ehemaligen Soldaten allen möglichen anderen Selbsttäuschungen, aber diese spezielle Illusion hegten sie nicht. Die Männer, deren politisches Wirken nach dem Kriege hier untersucht wird, glaubten fest an die Untrennbarkeit von Krieg und Nation und wollten die Kraft dieser beiden Phänomene bewahren. Zuerst, wie wir gesehen haben, war dieser Wille zur Konservierung nicht sehr klar gewesen. Noch verdeckten die Notwendigkeiten der ersten Nachkriegsjahre den Wunsch, das Kriegserlebnis und seine angeblichen Lehren an nachfolgende Generationen weiterzugeben, und nur vereinzelt erkannte man das Potential dieses Erlebnisses[1]). Dann aber wuchsen die Soldatenverbände empor und machten sich die hypnotische Macht des „Frontgeistes" zunutze. In diesen Organisationen fanden die Männer, die das Kriegserlebnis in Verwirrung gelassen hatte, so etwas wie ein notwendiges psychologisches Ventil. Sie trafen sich

[1]) So erklärte Franke nach dem Kapp-Putsch: „Wir müssen hinein in die Politik und versuchen, eine Führergeneration zu schaffen, die Einsatzmut, Charakter, Festigkeit, Tatkraft und Nüchternheit des Soldaten vereint mit dem Geist, dem Fingerspitzengefühl, der Gewandtheit und der Schlangenklugheit der Politiker. Dies ist die Aufgabe der Schützengrabengeneration. In der Wehrmacht war sie nicht durchzuführen, wir wollen es draußen versuchen! Nationalrevolutionären Geistes die Bahn brechen der nationalen Diktatur!" Zitiert in E. Obermann (B 139), S. 251. Leider jedoch gelang der Versuch, die genannten Merkmale des Soldaten und des Politikers zu vereinen, den Stahlhelmern nie.

zu monatlichen Mitgliederversammlungen oder zu riesigen Frontsoldatentagen, um ihre eigenen, höchst persönlichen Erfahrungen und Gefühle auszutauschen. Dann aber wurden diese Erinnerungen allmählich in einen breiteren und stilisierten Rahmen gesetzt und der rückblickenden Analyse unterworfen. Das Endprodukt war eine „Frontsoldatenideologie", durch die — in handliche Formeln gefaßt — heimliche Wünsche und Gedanken in politische Forderungen übersetzt werden konnten.

In dieser geistigen Evolution, von der viele direkte und indirekte Beweise bereits angeführt worden sind, spielte der Stahlhelm eine wichtige Rolle. Denn er besonders machte es zu seiner Aufgabe, Ideen zu verbreiten, die von einer Reihe von Intellektuellen im Laufe der Jahre entwickelt worden waren. Diese hatten die vielen Fragen des Durchschnittssoldaten zu verarbeiten versucht und wollten ihm einen neuen festen Halt bieten, indem sie sich gerade auf das Erlebnis von Krieg und Nation konzentrierten und aus ihm eine politische Lehre destillierten. Am Ende ließ sich die ungeschulte Gefolgschaft der Interpreten jedoch so von den Entdeckungen beeindrucken, daß sie gar nicht mehr merkten, wie wenig ihr eigenes Erlebnis damit übereinstimmte. Weil sich die Schlagworte immer so gut anhörten, wurde ihr Inhalt ungeprüft gelassen.

Um das Jahr 1924 — in mancher Hinsicht ein Wendepunkt in der Geschichte des Bundes — war der Stahlhelm zu einem „Sammelpunkt für die literarisch schaffende Frontsoldaten-Generation und ihr nahestehende[r] Persönlichkeiten" geworden[1]). Die Bundeszeitung öffnete ihre Seiten literarischen Talenten wie Ernst Jünger, Franz Schauwecker, Werner Beumelburg, Hans Henning von Grote, Friedrich Wilhelm Heinz, Goetz Otto Stoffregen und anderen[2]). Das Programm des Stahlhelms wurde erweitert, und die von Seldte gegründeten Verlage brachten eine anwachsende Anzahl von Kriegsliteratur auf den Markt. Ein wichtiger weiterer Schritt wurde im Sommer 1925 mit der Gründung einer Beilage zur Bundeszeitung unter dem Titel *Die Standarte* getan[3]). Von nun an stand jungen Rechtsintellektuellen ein eigenes Organ zur Verfügung, in dem sie ihre „Beiträge zur Vertiefung des Frontgedankens" (wie es im Untertitel der Zeitschrift hieß) veröffentlichen konnten.

Gegen Ende 1925 stellte *Die Standarte* ihr Erscheinen als Stahlhelm-Beilage ein und erschien im April 1926 neu als Monatsschrift. Jünger, Schauwecker und Kleinau traten Franke als Redakteure zur Seite, der die Zeitschrift im Frundsberg-Verlag, einem kleinen Verlagshaus Seldtes, herausgab. Die Auflage von etwa 2000 Exemplaren verursachte ein monatliches Defizit von 3500—4000 RM, das vom Stahlhelm gedeckt wurde[4]). Titel und Orientierung blieben unverändert,

[1]) F. Bendziula, Hrsg. (B 007), S. 200.

[2]) S. Graff et al. (B 069), S. 46.

[3]) *Der Sta.*, 30. 8. 1925, S. 5; N.N., „Die Bewegung", *Die Standarte*, 2/1926, S. 45. Chefredakteur war Franke, der unter dem Pseudonym „Gracchus" schrieb.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 22, fol. 56—61, *Seldte an Stolzmann*, 21. 12. 1926; *ibid.*, 64, fol. 38, *Ludwig an Weiss*, 28. 8. 1926.

und die Zeitschrift hatte jetzt mehr denn je die Aufgabe, „die politische Arbeit des Stahlhelm gedanklich vorzubereiten und der Führerschaft der nationalen Bewegung Material und Anregungen zur geistigen Schulung zu geben[1])". Jede Ortsgruppe hatte ein Pflichtexemplar zu beziehen. Die einzelnen Beiträge wurden zum Thema regelmäßiger „Führeraussprachen" gemacht, und Frankes Arbeit wurde weithin geschätzt, wenngleich man ihn persönlich auch für etwas überspannt hielt[2]).

Welche Ideen wurden in der „Standarte" diskutiert[3])? Vom Kriegserlebnis ausgehend, war es zunächst das Phänomen des Krieges an sich, dem man seine Aufmerksamkeit zuwandte. Die jungen Intellektuellen gingen dabei zwar nicht über die Schrecken des Krieges hinweg, aber sie machten aus ihm doch ein jenseits menschlicher Vorstellungskraft liegendes Ereignis. Krieg wurde nicht als eine menschlich-unmenschliche Erscheinung betrachtet, sondern als eine transzendentale Macht — voller Majestät, unantastbar und heilig. Durch die Verlagerung des Krieges in den Bereich der Metaphysik wurde es schwierig, eine Grenze zu ziehen zwischen dem Versuch, seine unbegreifliche Größe zu erklären und seine übermenschliche Natur zu verherrlichen. Die Erhöhung des Krieges in den Stand eines machtvollen Erzeugers pseudoreligiöser Werte, in den Stand des „Vaters aller Dinge", erleichterte zugleich die Idealisierung seiner Wirkungen auf die menschliche Gesellschaft. Im Kriege, so behauptete man, erfahre der Mensch die subtilste Form gegenseitiger Abhängigkeit, nämlich Kameradschaft und Freundschaft, und auf einer noch höheren Ebene die Vollendung menschlichen Daseins, die Nation. Nun bleibt freilich die Behauptung, daß die Menschen im Kriege zusammengeschweißt werden, unbestreitbar. Klassen-, Status- und andere Barrieren spielten im Schützengraben in der Tat keine Rolle mehr.

Soweit es die Kriegssituation betraf, verfaßten die Intellektuellen zu diesem Punkte einige recht überzeugende Beiträge. Aber ihre Argumente wurden fragwürdig, als sie versuchten, das Erlebnis von Krieg und Nation auf eine im Frieden lebende Gesellschaft zu übertragen. Entweder sie weigerten sich von vornherein, das Bestehen außerordentlicher Umstände, eines Notstandes, für den Kriegsfall einzugestehen, der die Menschen erst zwang, individuelle Interessen zurückzustellen; oder man kehrte, wenn man diese Tatsache erkannte, einfach den berühmten Satz von Clausewitz um und erklärte, daß Politik die Fortsetzung des

[1]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 11. 3. 1926, S. 2.

[2]) *Ibid.*; DZA Potsdam (A 19), 69, fol. 67, *Ludwig an Stephani*, 6. 5. 1926. Auch Seldte nahm lieber „etwas wilde Methoden" in Kauf, als die jüngere Generation zu „wild-völkischen" Unternehmen abwandern zu lassen. *Ibid.*, 22, fol. 56—61, *Seldte an Stolzmann*, 21. 12. 1926.

[3]) Aus Platzmangel kann hier nur kurz auf die Konzeptionen der Zeitschrift eingegangen werden. Sie bewegen sich aber alle im Rahmen der sogenannten Konservativen Revolution wie sie schon behandelt wurde von Armin Mohler, *Die konservative Revolution in Deutschland. 1918—1932* (B 128); Klemens von Klemperer, *Germany's New Conservatism* (B 106); Kurt Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik* (B 183).

Krieges mit anderen Mitteln sei. Wie immer man es aber auch auslegte, in jedem Falle war die Grundthese, daß der Einzelmensch von zweitrangiger Bedeutung sei. Er wurde dargestellt als ein Spielball unwiderstehlicher Kräfte, unter denen der Krieg zur großartigsten erhoben wurde. So löste man das Problem der überall bestehenden Spannung zwischen dem Menschen als Einzelwesen und seiner Umgebung auf eine einigermaßen totalitäre Art und Weise.

Nicht weniger bedeutungsvoll war die Tatsache, daß die Intellektuellen die Schützengrabengemeinschaft mit dem Begriff der Nation zusammenbrachten. Wie in der Vorkriegszeit wurde die Nation als die höchste Stufe menschlicher Entwicklung angesehen. Diese Nation nun hatten die metaphysischen Kräfte des Krieges zum ersten Male zu wirklichem Leben gebracht. Das, so meinte man, sei das größte Geschenk des europäischen Konfliktes gewesen. Man erkannte zwar, daß der Krieg verschiedene Phasen durchlaufen hatte — die der anfänglichen Begeisterung, durch die die Nation erwachte und vereint wurde, bis hin zu den Niederlagen, der Phase der Verzweiflung. Aber die Idee der Nation als Volksgemeinschaft, die 1914 so hell aufgeleuchtet war, hatte auch die letzte Phase überlebt. Sie war beim Vormarsch gegen Frankreich und bei Tannenberg ebenso gültig gewesen wie im Stellungskrieg und auf dem Rückzug.

Das Erlebnis von Krieg und Nation, so wie es ihnen der „Vater aller Dinge" durch den Mund der Intellektuellen offenbarte, sollte nun entscheidende Wirkungen auf alle Soldaten gehabt haben, die es weiter pflegten. Während des Krieges waren sie zum ersten Male zu Trägern der nationalen Idee geworden, wodurch sich in ihnen ein starkes Verantwortungsbewußtsein entwickelt hatte. Aber dann, so hieß es weiter, waren die Werte, für die sie sich geopfert hatten, durch den Parlamentarismus und die Regierung achtlos verschleudert worden. Die Behauptung, daß die Interessen der Nation schlecht verwaltet worden seien, wurde schließlich sogar in die Kriegszeit zurückverlegt und führte zur Erfindung der Dolchstoßlegende. Dieser angebliche Verrat der Heimat bot daher auch die Grundlage für den nachfolgenden Ausschluß derjenigen, denen man die Unterwühlung der Volksgemeinschaft und die Niederlage des „unbesiegten" Heeres zuschob[1]).

Die Reihen der ehemaligen Soldaten waren auf diese Weise zwar gelichtet worden, dafür aber waren sie ideologisch griffiger. „Demokraten und Marxisten" hatte man ausgeschlossen. Ihnen gegenüber stand ein neuer Typus des deutschen Bürgers, der sich durch seinen Glauben an ein unverwässertes Erlebnis von Nation und Krieg sowie ein besonderes Elitebewußtsein auszeichnete. Denn sie hatten „aus ihrem vierjährigen Erleben von Dienst, Opfer und Hingabe bis in den Tod das gläubige Wissen von Nation und Staat als Schicksal" gewonnen[2]). Echte

[1]) Hierzu besonders die Druckschrift Dr. Dormanns (*Auferstehung* [B 043], S.13 f.) und die Artikelserie in *Der Sta. (LV Brschw.)*, 17. 9. 1925, S. 1—2 bis 22. 10. 1925, S. 1—2.

[2]) W. E. von Medem (B 120), S. 98—99. Siehe auch Ernst Jünger, „Der Aufmarsch", *Die Standarte*, 3/1926, S. 53—55.

Frontsoldaten dieses Schlages betrachteten sich als reifer und weitsichtiger. Sie kannten die Erfordernisse der Zeit besser, und aus dieser Gewißheit leiteten sie schließlich dann auch ihren Führungsanspruch im Reiche ab[1]). Stahlhelmer, so erklärten die Intellektuellen, marschierten an der Spitze des großen Zuges in ein geläutertes Bewußtsein von Soldatentum und Staat — ein Argument, das schon deshalb Anklang fand, weil es so schmeichelhaft war. Ihr Verband war daher „ein organisierter Protest gegen die widernatürliche Zerlegung des lebendigen deutschen Volkskörpers in zahlreiche . . . lebensunfähige Einzelgliedmaßen, genannt politische Parteien[2])". Dies ist, auf wenige Paragraphen reduziert, der Hintergrund des „soldatischen Nationalismus" in der Weimarer Republik[3]). Es soll nun untersucht werden, welche Gegenwarts- und Zukunftsvorstellungen er entwickelte, nachdem er mit dem November 1923 seine „Flegeljahre[4])" hinter sich gebracht hatte.

Nachdem die Theoretiker der „Standarte" ihre Analyse des deutschen Soldatentums bis zu diesem Punkt vorwärtsgetrieben hatten, ließen sie keine Frage von politischer Bedeutung aus ihren Planungen aus. Dabei waren nicht so sehr ihre Ideen als ihre Wortkompositionen neu, die ihren Produkten einen eigenartigen Beigeschmack gaben. Der Versuch, aus alten Quellen eine nach ihren Vorstellungen ideale Gesellschaft zu entwerfen, begann mit einer negativen Abgrenzung: Die Intellektuellen forderten die Ablehnung der liberalen Demokratie und die Vergrößerung des Einflusses außerparlamentarischer, auf dem Boden des soldatischen Nationalismus stehender Organisationen[5]). Da sich die Weimarer Republik auf eine parlamentarisch-demokratische Verfassung gründete, war die logische Konsequenz aus dieser Ablehnung die Forderung nach einer grundlegenden Revolutionierung der Nachkriegsordnung. Nachdem sie obendrein noch mit der Verantwortung für die Niederlage von 1918 belastet worden war, hatte die Republik für den soldatischen Nationalisten keinen Wert mehr[6]). Das neue Deutschland sollte nach Grundsätzen aufgebaut werden, die in vieler Hinsicht der faschistischen Weltanschauung sehr ähnlich waren. So wollte *Die Standarte* den Korporationen ein größeres Gewicht einräumen und befürwortete eine gemischte Wirtschaft unter Teilnahme des Staates, wobei sich besonders Brauweiler für den berufsständischen Gedanken einsetzte[7]). Das für Deutschland ideale

[1]) Ernst Jünger, „Wesen des Frontsoldatentums", *ibid.*, 1/1925, S. 2.

[2]) Kurt Anker, „Der Stahlhelm und die Parteien", *Der Sta.*, 19. 10. 1924, S. 1—2.

[3]) Als Beiträge hierzu siehe z. B. *Der Sta.*, 28. 2. 1924, S. 2—6; *ibid.*, 18. 1. 1925, S. 9—10; *Die Standarte*, 4/1925, S. 2. Die Zeitschrift (10/1926, S. 238—39) veröffentlichte eine Empfehlungsliste für derartige Kriegs- und Nachkriegsliteratur. Siehe auch die Zusammenstellung bei A. Mohler (B 128), S. 234—35.

[4]) F. W. Heinz, „Aneinander vorbei...", *Die Standarte*, 2/1926, S. 35.

[5]) Friedrich Georg Jünger, „Die Kampfbünde", *ibid.*, 1/1926, S. 8—11.

[6]) F. W. Heinz, „Verfassung und Revolution", *ibid.*, 12/1927, S. 342—44.

[7]) [H. Franke?], „Bünde und Innenpolitik", *ibid.*, 10/1925, S. 1; H. Brauweiler, „Sieg der Pflichten", *ibid.*, 4/1926, S. 83—85; ders., „Berufstand oder Staat", *Der Sta.*, 16. 8. 1925, S. 3. Mussolini wurde immer sehr bewundert.

Regierungssystem war nach den Vorstellungen der Zeitschrift anscheinend eine organisch gegliederte Pyramide, an deren Spitze ein mit weitgehenden Vollmachten ausgestattetes Staatsoberhaupt stand[1]). Zu solchen Forderungen kamen allerlei romantisch-germanische Vorstellungen von einem Deutschen Recht und der „magnetische[n] Kraft des Blutes"[2]). Ein anderer Autor wollte die Bevölkerung einteilen in „Staatsbürger", die dem Staat aktiv dienten und damit „Subjekte der Politik" wurden, und in „Einwohner", die sich zwar des Schutzes des Staates erfreuten, ansonsten aber nur „Objekte seines Handelns" blieben[3]). Der Waffen- und der Arbeitsdienst gehörten zu den Hauptpflichten eines „Staatsbürgers" — zwei Forderungen, die in Stahlhelm-Kreisen ebenso warm befürwortet wurden wie der Gedanke einer neuen Siedlungspolitik[4]). Das Endziel war die Schaffung einer Volksgemeinschaft, die alle Bevölkerungsschichten — „Arbeiter, Bauern und Soldaten" — zu friedlicher Zusammenarbeit erfaßte[5]). Man plante eine, sozusagen, auf Friedenszeiten übertragene Schützengrabengemeinschaft.

An außenpolitischen Fragen diskutierte *Die Standarte* unter anderem den Wert einer deutschen Ostorientierung, wie sie bereits etwa von Friedrich Naumann vorgeschlagen worden war[6]). Man machte sich Gedanken über eine Kolonisierung des Baltikums und fügte allen möglichen raumpolitischen Konzepten ein paar Schnörkel an. Schließlich wandten sich die Intellektuellen auch kulturpolitischen Problemen zu. Besonders Franz Schauwecker scheint sich darum bemüht zu haben, den kulturellen Leistungen des Liberalismus nationalistische gegenüberzustellen[7]). Er vertrat die Ansicht, daß Qualität immer die beste Werbung für ein Produkt sei, dessen Überlegenheit man nachweisen wolle. Aber er war doch ehrlich genug zu erkennen, daß die Leistungen der so oft verdammten liberalen Demokratie an geistiger Intensität unerreicht waren, und er schloß seine Überlegungen mit der betrübten Frage, wo denn die Errungenschaften des geistigen Nationalismus zu finden wären.

Das gleiche könnte man allerdings auch über die Stellung des soldatischen Nationalismus im Kraftfelde der Politik fragen. Wohl hatten die Ideologen der „Standarte" mehr oder weniger klare Vorstellungen von der Struktur eines zukünftigen Reiches; von außerhalb kommende Einflüsse wurden von ihnen

---

[1]) W. Kleinau, „Drei Sätze vom Staate", *Die Standarte*, 2/1926, S. 30—32.

[2]) [H. Franke?], „Bünde und Innenpolitik", *ibid.*, 10/1925, S. 1; F. G. Jünger, „Die Kampfbünde", *ibid.*, 1/1926, S. 8—11, E. Jünger, „Das Blut", *ibid.*, 5/1926, S. 104—07.

[3]) W. Kleinau, „Drei Sätze vom Staate", *ibid.*, 2/1926, S. 30—32.

[4]) Karl Helmuth, „Aufgaben der nationalen Bewegung", *ibid.*, 2/1927, S. 67—71.

[5]) W. Kleinau, „Arbeiter, Bauern und Soldaten", *ibid.*, S. 82—83.

[6]) Volckmar Bartels, „West oder Ost?", *ibid.*, S. 63—67; F. W. Heinz, „Ostpolitische Aufgaben des Stahlhelm", *ibid.*, 7/1927, S. 219—22. Beide Autoren bedienten sich des Arguments vom „dekadenten Westen" gegen die „jungen Völker des Ostens".

[7]) Richard Holven [d. i. F. Schauwecker], „Geistiger Nationalismus", *ibid.*, 7/1925, S. 1; F. Schauwecker, „Krise des Nationalismus", *ibid.*, 1/1927, S. 8—10.

auf die angeblich deutsche Situation zugeschnitten und mit eigenen Zutaten angereichert. Die auf einem Konglomerat von Begriffen beruhende „Frontsoldatenideologie" mit ihrer Vielzahl von bestechenden und nur von Eingeweihten gemeisterten Definitionen mochte somit interessant und geistsprühend sein; aber das im stillen Kämmerlein oder in erhitzten Diskussionen Erarbeitete scheiterte immer wieder an der rauhen Wirklichkeit. Es haperte an praktischer Erfahrung und an qualifizierten Führern. Zwar erkannte man die grundsätzliche Bedeutung dieser Fragen und versuchte sie auch im Stahlhelm jetzt ideologisch mit der Einführung des „Führerprinzips" zu untermauern[1]). Doch, so vertraut den alten Soldaten dieses Prinzip auch war, *Die Standarte* entdeckte bald, daß man ohne drastische Änderungen nie zum Ziele kommen würde. So wurde die scharfe Kritik an den praktisch-politischen Schwächen des Soldatenverbandswesens in Deutschland zum zweiten Beitrag, den die Zeitschrift außer ihren Bemühungen um den theoretischen Oberbau für den „Staat der Frontsoldaten[2])" leistete. Die jungen Intellektuellen machten es zu ihrer Aufgabe, die immer schläfriger werdenden Stahlhelmer aus ihrer Selbstzufriedenheit zu reißen.

Neben die Auseinandersetzung mit der Weimarer Republik trat der Kampf gegen alle Erscheinungen, die nach Meinung der Redaktion der Suche nach und der Ausbildung von zukünftigen Führern der Rechten im Wege standen. Als erstes strafte *Die Standarte* jegliche Restauration wilhelminischer Formen mit Verachtung. Der hohle Vorkriegspatriotismus war mit dem von der Zeitschrift proklamierten „neuen Nationalismus" unvereinbar. Denn

> über Patriotismus kann man nur mit Ekel sprechen. Er ist die Formlosigkeit, mit der sich das vaterländische Gefühl der wilhelminischen Ära produziert. In Frankreich war es ein Rachebrüten, in Deutschland ein Säbelrasseln, ein Blechhämmern, ein Worteschleudern, ein Beineschmeißen. Schon die Jungens in der Schule schlugen sich an Festtagen vor die Kürassierbrüste aus Pappe, wie sie die geharnischten Sonette vortrugen. Sedan war Konjunktur für Feuerwerksfabriken, und Deutschland sah sich illuminiert[3]).

Diese unverblümte Ablehnung rückblickender Tendenzen innerhalb der älteren Generation kündete einen Generationskonflikt an, der in Deutschland fortan immer schärfer wurde. Auch für die Uneinigkeit der Rechten machte man die Älteren und ihre kleinlichen Zwistigkeiten verantwortlich. Im Herbst 1925 veröffentlichte *Die Standarte* einen Aufruf Gayls, endlich die vielen Führerstreitig-

---

[1]) So schrieb das Braunschweiger Stahlhelmblatt (10. 3. 1927, S. 1—2), daß „die Führeridee ... schon lange im Stahlhelm verankert gewesen" sei. Dem wurde Anfang 1925 die offizielle Sprache angepaßt, indem man das Wort „Vorsitzender" fortan durch das Wort „Führer" ersetzte. *Führer-Nachrichten-Blatt*, 13. 2. 1925, S. 1. Einige Monate später wünschte Duesterberg von den Landesverbänden eine schriftliche Erklärung zu haben, „ob ein Führer gewählt oder diktatorisch bestimmt werden soll". DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 62, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 5. 7. 1925.

[2]) *Der Sta.*, 1. 2. 1925, S. 1—2.

[3]) Hans Hansen [d. i. F. W. Heinz?], „Patriotendämmerung", *Die Standarte*, 7/1926, S. 10. Siehe auch E. Jünger, „Die nationalistische Revolution", *ibid.*, 8/1926, S. 172—74.

keiten zu vergessen und jene außerparlamentarische Front zu bilden, von der er seit Monaten träumte[1]). Seitdem nahmen die Artikel gegen Kurzsichtigkeit und Egoismus kein Ende[2]). Ihnen wurde eine lange Liste mit Klagen über die Trägheit und Einfallslosigkeit der Führerschaft angefügt, die nichts weiter täte, als sich mit Organisationsproblemen zu beschäftigen[3]).

Eine der kühnsten Attacken wurde mit einem Artikel über den Düsseldorfer Frontsoldatentag geritten[4]). Der Verfasser hatte besonders den stundenlangen Vorbeimarsch endloser Stahlhelmkolonnen an Seldte und Duesterberg aufs Korn genommen und meinte, es wäre wohl praktischer gewesen, die Kontingente in einer achtzehn Kilometer langen Zweierreihe aufzustellen: Seldte und Duesterberg hätten dann nämlich die Parade per Auto oder Flugzeug in einem Bruchteil der tatsächlich benötigten Zeit abnehmen können. Duesterberg war entrüstet und schrieb der „Standarte" einen Leserbrief[5]). Seine Haltung war typisch für die ältere Generation und bewies des weiteren, daß er entweder keinen Humor besaß oder die Ironie des Vorschlags nicht verstanden hatte[6]). Gleiches kann wohl auch über den westfälischen Landesverbandsführer gesagt werden, der seinen langen Beschwerdebrief mit folgenden Worten schloß[7]): „Der ungenannte Verfasser macht seine Vorschläge ohne Rücksicht auf Wirklichkeit und Möglichkeit, auf Zeit und Raum, ohne Kenntnis der Schwierigkeiten, ohne Erfahrung in Bewegung, in Aufstellung und Unterbringung solcher Massen und somit ohne Urteil."

Solche und ähnliche Angriffe gegen das Gebaren im Stahlhelm mußten auf Widerwillen stoßen. Der eben zitierte Landesverbandsführer machte schon im Frühjahr 1926 gegen *Die Standarte* Opposition[8]). Zu dieser Zeit war Seldte noch zu Zugeständnissen an die „Jungen" bereit, während in seiner Umgebung besonders Schaper den Widerstand zu organisieren suchte[9]). Doch schließlich scheinen die Argumente der Standarten-Gegner auch auf Seldte Eindruck ge-

[1]) Wilhelm von Gayl, „Stand der Bünde", *ibid.*, 4/1925, S. 1.

[2]) Siehe z. B. H. Franke, „Sterbender Kriegerverein", *ibid.*, 1/1926, S. 7. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß man eine Nachahmung der kommunistischen Zellenarbeit empfahl. Ludwig Koch, „Schafft Zellen!", *ibid.*, 14/1925, S. 1.

[3]) Scaevola, „Zukunft der Bünde", *ibid.*, 5/1925, S. 1.

[4]) [F. W. Heinz], „Frontsoldatentag", *ibid.*, 10/1926, S. 229—30.

[5]) *Ibid.*, 12/1926, S. 286.

[6]) Er wies die Kritik zurück, nicht zuletzt weil sie „dem innersten Empfinden unserer Stahlhelmer, insbesondere hier in Mitteldeutschland" widerspreche. Der Verfasser sollte selber einmal mitmarschieren und auf jeden Fall: „Das Ausspielen der Jugend gegen die älteren Semester ist Quatsch ... Bei unserm Gepäckmarsch hier in Mitteldeutschland marschieren Männer von über 50—70 Jahren mit Gepäck!" *Ibid.*

[7]) DZA Potsdam (A 19), 113, fol. 162—63, *Kreuter an Ludwig*, 23. 6. 1926.

[8]) *Ibid.*, fol. 70—72, *Kreuter an Ludwig*, 16. 3. 1926; *ibid.*, fol. 79—81, *Kreuter an Heinz*, 5. 4. 1926.

[9]) *Ibid.*, 5, fol. 146, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 21. 5. 1926; *ibid.*, fol. 70, *Protokoll der Landes- und Gauführerversammlung*, 2./3. 10. 1926.

macht zu haben. Als die Zeitschrift im Sommer wegen eines republikfeindlichen Artikels verboten wurde, bot sich ihm eine willkommene Gelegenheit, dem exzentrischen Chefredakteur zu kündigen. Er bat Franke schriftlich, seine Arbeit Mitte August einzustellen[1]). Mit ihm ging Ernst Jünger, während Kleinau und Schauwecker ihre Arbeit nach der Aufhebung des Verbotes fortsetzen durften[2]). *Die Standarte* war damit zwar nicht mehr, was sie früher gewesen war, aber es wäre gleichwohl falsch zu glauben, das Debüt der Intellektuellen sei fruchtlos geblieben. Pflichtexemplare der Zeitschrift, Bücher über die Kriegs- und Nachkriegszeit und zahllose Diskussionen über das „Frontsoldatenwollen" hatten einen Eindruck auf die Führerschicht im Stahlhelm hinterlassen. Sie begannen jetzt mit Jüngerschen Kategorien zu argumentieren. Aus der aufnahmewilligen, geistig sonst aber passiven Stahlhelmführung kam nur eine einzige neue Idee, nämlich Seldtes Richtmann-Gedanke, mit der er ein deutsches Nachbild des englischen Gentleman schaffen wollte[3]).

Als sich der Vorstand nun aber daran machte, die Botschaft von einem künftigen „Frontsoldatenstaat" an die Unterorganisationen weiterzugeben, da verloren die Ideen der nationalistischen Intellektuellen manches von ihrer feineren Nuancierung. Die Schlagworte des „neuen Nationalismus" wurden von den *terribles simplificateurs* verstümmelt[4]). Rückschauend kann man über das Wirken jener kleinen Gruppe von Ideologen, die im Stahlhelm unauslöschliche Spuren hinterließen, sagen, daß die Lebhaftigkeit ihrer Bemühungen etwas Faszinierendes in sich birgt. Insofern waren sie Teil eines geistigen Feuers, wie es damals in Deutschland brannte und seither erloschen ist. Weit weniger lobenswert freilich ist die Leichtsinnigkeit, in der sie mit totalitären, militaristischen und nationalistischen Ideen spielten. Die Gefährlichkeit ihrer Gedankenexperimente sollte von „Männern der Tat" demonstriert werden.

Daß solche „Männer der Tat" auch im Stahlhelm aktiv wurden und daß ihnen die politisch unerfahrenen Stahlhelmer in Stadt und Land immer mehr verfielen, wurde schon belegt[5]). Spuren des Einflusses der Intellektuellen konnte man weiterhin in zwei Neuerungen entdecken, die 1926 in den Bund eingeführt

---

[1]) *Ibid.*, 22, fol. 210—11, *Seldte an Franke*, 25. 7. 1926. Das Verbot war ausgesprochen worden auf Grund eines Artikels mit dem Titel „Nationalistische Märtyrer". Im Zusammenhang damit waren Schauwecker und Hans Schwarz später in ein Verfahren verwickelt. *Die Standarte*, 1/1927, S. 47. Siehe auch *Deutsche Stimmen*, 5. 9. 1926, S. 392.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 22, fol. 56—61, *Seldte an Stolzmann*, 21. 12. 1926. Zur Rolle Ernst Jüngers siehe auch Hans-Peter Schwarz, *Der konservative Anarchist* (B 175).

[3]) Seldte war ausgesprochen anglophil und trug seine Idee zum ersten Male vermutlich im November 1925 vor. DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 6, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 27. 11. 1925. Weitere Einzelheiten z. B. in *Der Sta. (LV Brschw.)*, 3. 11. 1927, S. 1—2.

[4]) Siehe die Erläuterungen Duesterbergs in DZA Potsdam (A 19), 5, fol. 39—40, *Protokoll der Landes- und Gauführerversammlung*, 2./3. 10. 1926 und *ibid.*, fol. 9, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 5. 12. 1926.

[5]) Siehe auch *Der Sta. (LV Brschw.)*, 6. 10. 1927, S. 1—2.

wurden. Zu Beginn des Jahres hatte der Vorstand zunächst beschlossen, den Stahlhelm stärker für den Kampf um die politische Macht in Deutschland einzusetzen[1]). Dies erforderte eine Revision der herkömmlichen Struktur des Bundes und insbesondere die Abschaffung des Unterschiedes zwischen ehemaligen Frontsoldaten und LDS-Männern. Eine entsprechende Satzungsänderung trat im Mai 1926 in Kraft, und von nun an war der Stahlhelm für alle interessierten und körperlich gesunden Deutschen offen[2]). Der Landsturm wurde aufgelöst und der Bund in eine „nationale Volksbewegung" verwandelt[3]). Die andere Neuerung war die Einführung sogenannter Schulungswochen für Unterführer. Mit ihrer Hilfe sollte „die Durchdringung des Stahlhelm mit politischem Wollen und klaren politischen Ideen" gesichert werden[4]).

Stresemann befand sich daher im Irrtum, wenn er hoffte, die Frontsoldaten im Zaume halten zu können. Er hatte den verständlichen Wunsch, seine Politik auf eine möglichst große Mehrheit der Bevölkerung zu stützen. Doch dieser Wunsch trübte ihm den Blick für die Grenzen seiner innenpolitischen Möglichkeiten. Eine unversöhnliche Minderheit würde, wie sehr er sich auch bemühte, immer gegen seine Politik Front gemacht haben. Zu dieser Minderheit gehörte auch der Stahlhelm, was Stresemann aber nicht daran hinderte, weiterhin seine Illusionen zu hegen. Allerdings war wohl auch die schwankende Politik des Bundes und besonders die „Hinein-in-den-Staat"-Erklärung vom Oktober 1926 dafür mitverantwortlich[5]). Den Verfassern dieser Entschließung mag diese Verwirrung im kritischen Oktober 1926 recht gelegen gekommen sein. Nie jedoch bestand für sie selbst ein Zweifel, daß unter der Formel etwa eine Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit der Republik zu verstehen sei[6]). Mit Recht wies Cremer in einem Brief an Stresemann vom Januar 1927 auf die Doppelzüngigkeit Duesterbergs hin: In öffentlichen Versammlungen, so stellte Cremer fest, bediene der Stahlhelmführer sich einer radikalen Sprache, während er in seinen Gesprächen mit der DVP sich konziliant zeige[7]). Im Laufe der folgenden Monate wichen die Zweideutigkeiten des Herbstes 1926 aber immer mehr einer klaren Sprache. Auch Seldte fand sich langsam mit der deutlich antirepublikanischen Linie des Bundes ab. Ende April 1927 erklärte er in einem Brief an Stresemann, „daß seit geraumer Zeit der Stahlhelm sich offiziell politisch betätigt

[1]) *Ibid.*, 29. 4. 1926, S. 3.

[2]) Text in *Führer-Nachrichten-Blatt*, 30. 5. 1927, S. 3—4.

[3]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 29. 4. 1926, S. 3. Dazu auch Bay.KrA. München (A 01), 23, *Denkschrift über die Neuorganisation des Stahlhelm*, 24. 4. 1926.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 64, fol. 30—31, *Ludwig an Neufville*, 9. 8. 1926. Später wurde noch ein besonderes Schulungsamt eingerichtet, dem Dr. Eduard Stadtler vorstand.

[5]) S. Graff et al. (B 069), S. 63—64. Vielerorts glaubte man in dieser Entschließung eine Bereitschaft des Bundes zur Zusammenarbeit zu erkennen.

[6]) Siehe besonders Ludwigs Bemerkungen hierzu oben S. 88.

[7]) F.O.L. London (A 29), 7402, frames H 172981—82, *Cremer an Stresemann*, 10. 1. 1926. Richtiges Datum: 10. 1. 1927.

und dieses auch öffentlich zu seinem Programm erhoben hat[1])". Er sei jetzt nicht mehr eine Wehrbewegung, sondern eine „politisch-nationale Freiheitsbewegung". Es dauerte trotz solcher Äußerungen noch eine ganze Weile, bis Stresemann sich den Verlust seines Spiels eingestand[2]). Denn diese Stahlhelm-„Freiheitsbewegung" war das Gegenteil von dem, was er sich einst vorgestellt hatte. Der Bund verfolgte eine Politik, die unverkennbar gegen ihn und die Republik gerichtet war.

[1]) *Ibid.*, 7342, frame H 164031, *Seldte an Stresemann*, 29. 4. 1927. Das war seine Antwort auf Stresemanns Brief vom 23. April (*ibid.*, frames H 164038—39), in dem der Außenminister bedauert hatte, daß der angeblich unpolitische Stahlhelm erfundene Äußerungen der Opposition wiedergegeben habe.

[2]) So wiederholte er seine alten Argumente in einem Interview mit Maurice Bunau-Varilla vom Pariser *Matin*. *Ibid.* (A 32), 4587 H, frames E 183326 ff. *Aufzeichnung von dem Interview*, 14. 6. 1927.

Kapitel III

1927—1929

Im vorigen Kapitel wurde der Versuch unternommen, die Wirren, von denen der Stahlhelm in den Jahren 1924—1926 erschüttert wurde, sowie das Anwachsen antirepublikanischer Ideen darzustellen. Diese Wendung gegen die Republik schritt aber nur langsam voran, und es dauerte noch weitere zwei Jahre, bis sich überall die neuen Vokabeln eingebürgert hatten. Waren die Propagandakampagnen in den Unterorganisationen auch mühselig, um 1928 war die Saat dennoch aufgegangen. Bisher sind nur verhältnismäßig wenige Beispiele gegeben worden, wie sich die Neuorientierung im einzelnen auswirkte. Es wird daher jetzt zu beschreiben sein, durch welche Maßnahmen die Metamorphose des Stahlhelms abgeschlossen wurde.

1. Die Vollendung der politischen Umorientierung

Im Oktober 1926 hatte der Vorstand eine Entschließung angenommen, deren Titel („Hinein in den Staat") eine Hinwendung zur Republik anzukündigen schien. Viele meinten, daß der Bund nunmehr die Verfassungswirklichkeit anerkenne und sich hinter die Regierung stellen wolle. Als jedoch die Stahlhelmer gebeten wurden, eine präzisere Definition zu geben, erhielt die Entschließung auf einmal einen ganz anderen Sinn. „Hinein in den Staat", so hieß es, bedeute nicht Zusammenarbeit, sondern Durchdringung und Wandlung des Staates. Solche Vorstellungen hatte Ludwig schon in seiner Rede auf der Vorstandssitzung vom 2./3. Oktober 1926 entwickelt, die aber nicht bekannt geworden waren[1]). Erst im Januar 1927 brachte die Bundeszeitung ein Zitat aus der schlesischen Stahlhelmzeitung, das öffentlich bestätigte, wie wenig die Entschließung vom Oktober mit Kooperationswilligkeit zu tun hatte[2]).

Seitdem machten die Frontsoldaten in Wort und Tat jedem klar, wieso die mißverstandene Formel einer antirepublikanischen Infiltrations- und Expansionspolitik gleichkam[3]). Aber auch diese Entwicklung verlief innerhalb des

[1]) Siehe oben S. 88, 100.

[2]) *Der Sta.*, 16. 1. 1927, S. 4. Weiterhin wurden sechs politische Prinzipien genannt: 1. Kampf gegen den Versailler Vertrag und die Kriegsschuldklausel; 2. Kampf gegen den (angeblichen) Verrat der Sozialisten; 3. Kampf gegen Bolschewismus, Marxismus und Internationalismus; 4. Ablehnung des Parteisystems; 5. Vereinigung aller Nationalisten in Deutschland und 6. Gewinnung der Arbeiterklasse. Siehe auch E. H. Posse (B 149), S. 26.

[3]) *Der Sta.*, 20. 3. 1927, S. 1; *ibid.*, 11. 9. 1927, S. 5—6.

Bundes nicht ohne erneute Erschütterungen, da Seldte nach allem, was über seine Haltung bekannt ist, zumindest gegen eine Überstürzung der antirepublikanischen Schwenkung war. Diesen Bremsversuchen wollten die Radikalen ein für allemal ein Ende machen, als sie im Frühjahr 1927 beschlossen, den Gründer des Bundes aus dem Wege zu räumen. Die letzte Entscheidung hing von Duesterberg, dem Kronprinzen der Putschisten ab, dem es dann aber doch an der nötigen Hartnäckigkeit fehlte. Das Unternehmen kam über einen heftigen Zusammenstoß zwischen Seldte und seinem unzufriedenen Stellvertreter nicht hinaus, wobei ersterer sein Stahlhelmabzeichen mit den Worten vom Rockaufschlag gerissen haben soll, dieses Symbol des Bundes sei unter seinem Namen geschützt und könne ihm nicht genommen werden[1]). Angesichts solcher Drohungen trat Duesterberg den Rückzug an. Seldte kontrollierte die wirtschaftlichen Grundlagen des Stahlhelms, und die Rebellen konnten daher nicht auf ihn verzichten. Dennoch endeten die Auseinandersetzungen insofern mit beträchtlichen Gewinnen für den Duesterberg-Flügel, als man die Entlassung Ludwigs durchsetzen konnte[2]).

Nachdem Ludwig — wie es scheint, an seinem Lebenswandel — gescheitert war, wurde im März 1927 des weiteren durch eine wichtige Satzungsänderung die Führungsspitze umgebaut. Hinfort sollte die Verantwortung für den Stahlhelm nicht mehr in den Händen eines von zwei Stellvertretern umgebenen „Bundesführers" liegen, sondern der Bund sollte von zwei Männern mit gleichen Rechten geführt werden[3]). Es lag auf der Hand, daß der neben den „Ersten

[1]) *Mündliche Auskunft F. W. Heinz'*, Hahn i. Ts., 21. 5. 1962; *Mündliche Auskunft Dr. Duesterbergs*, Koblenz, 25. 5. 1962; *Mündliche Auskunft Dr. Brauweilers*, Berlin, 11. 8. 1962. Ein in Hamburg von Otto Keyser veröffentlichter Informationsdienst wußte zu berichten, daß Seldte auf den Posten eines Ehrenvorsitzenden abgeschoben werden sollte. Forschungsstelle Hamburg (A 43), *Ho.Bericht*, 9. 4. 1927. Keyser war mit Ludwig und Seldte bekannt. DZA Potsdam (A 19), 93, fol. 175, *Gau Nordmark an die Bundesleitung*, 12. 10. 1926.

[2]) Heinz und Grote gaben den Anstoß zu einem Disziplinarverfahren gegen Ludwig (*ibid.*, 30, fol. 31, *Journal des Generalsekretariats*), in dem es, wie Dr. Brauweiler (*Mündliche Auskunft*, Berlin, 11. 8. 1962) sich erinnerte, um eine „Mädchengeschichte" ging. Seldte erwähnte als Entlassungsgrund lediglich die „nicht mehr zu überbrückenden Gegensätze zwischen ihm [Ludwig] einerseits und einem Teil meines Mitarbeiterstabes sowie der Magdeburger Kameradschaft andererseits". DZA Potsdam (A 19), 34, fol. 73—76, *Seldte an die Landesverbandsführer und selbständigen Gauführer*, 23. 2. 1927. Ob sich Ludwig nun eines Fehltritts schuldig gemacht hatte oder nicht, seine politischen Gegner im Stahlhelm waren über das Verfahren zweifellos erfreut.

[3]) So die Neufassung des Artikel 5 der Bundessatzung in *Führer-Nachrichten-Blatt*, 30. 5. 1927, S. 3. Durch diesen Artikel wurde auch ein sogenannter Bundesrat geschaffen, in dem ausgewählte Stahlhelmführer saßen und der einige Rechte des aus allen Landesverbandsführern bestehenden Bundesvorstands übernahm. Siehe unten S. 283 f. Einer der Keyserschen Berichte gab dazu an, daß diese Satzungsänderung einer Stärkung Seldtes gleichkäme, da jetzt alle Entscheidungen auch Duesterbergs Unterschrift tragen würden und Abweichungen folglich unmöglich wären. Forschungsstelle Hamburg (A 43), *Ho.-Bericht*, 9. 4. 1927. Das war zwar eine recht eigenartige Interpretation der Rechte des stellvertretenden Vorsitzenden in den Vorjahren, aber selbst wenn man einmal annimmt, daß der *stellvertretende* Bundesführer Duesterberg Seldte desavouieren durfte, der *Zweite* Bundesführer Duesterberg jedoch nicht, in der Praxis bewirkte die Änderung keine größere Solidarität in der Führungsspitze.

Bundesführer" (Seldte) tretende „Zweite Bundesführer" Theodor Duesterberg heißen würde. Da diese Änderung sowie seine Wahl jedoch nicht mit dem seit einiger Zeit auch im Stahlhelm gültigen „Führerprinzip" vereinbar waren, mußte man zur Rechtfertigung zu einer undeutschen Parallele greifen[1]). In der Praxis unterstrich die neue Doppelführung nur die alte Rivalität zwischen Seldte und Duesterberg, und die Satzungsänderung war insofern höchstens ein Beweis deutscher Gründlichkeit: jetzt konnte man den Kampf der beiden Flügel wenigstens auch schwarz auf weiß nachlesen.

Seldte paßte sich allmählich der neuen Lage an. Seine Stellung im Stahlhelm und der Zusammenhalt des Bundes blieben ihm das wichtigste. So kam es, daß seine Anhänger sich bei der Lektüre seiner Reden und der Duesterbergschen Treuekundgebungen in der Illusion wiegten, die Freundschaft zwischen dem Ersten und dem Zweiten Bundesführer sei unzertrennlich. Nicht weniger als 132000 Mitglieder begrüßten ihre beiden scheinbar vereint nebeneinander stehenden Konsuln während des 8. Frontsoldatentages am 7./8. Mai 1927 in Berlin, auf dem die letzten „Hinein in den Staat"-Hoffnungen zerstört wurden[2]). Seldte hatte schon vorher angekündigt, daß Berlin mit dieser Massenveranstaltung „geistig" erobert werden solle[3]). Die Behörden ihrerseits hatten den Verdacht, daß die Hauptstadt mit diesem Treffen auch militärisch besetzt werden sollte, und man erwog ein Verbot[4]). Aber die endlosen Stahlhelmkolonnen verhielten sich diszipliniert und verließen Berlin ohne ernstere Zwischenfälle, nachdem sie die Reden ihrer Bundesführer angehört und den Text einer sogenannten Stahlhelm-Botschaft mitgenommen hatten[5]).

> Der Stahlhelm [so hieß es unter anderem] sagt den Kampf an jeder Weichlichkeit und Feigheit, die das Ehrbewußtsein des deutschen Volkes durch Verzicht auf Wehrrecht und Wehrwillen schwächen und zerstören wollen. Der Stahlhelm erklärt, daß er den durch das Versailler Friedensdiktat und dessen spätere Ergänzungen geschaffenen Zustand nicht anerkennt. Er fordert deshalb die Anerkennung des Nationalstaates auch für alle Deutschen, die Wiederherstellung des deutschen Wehrrechtes, wirksamen Widerruf des erpreßten Kriegsschuldbekenntnisses, die Regelung und Wiedergutmachung der Weltkriegsschäden auf Grund der solidarischen Haftung aller für den Weltkrieg verantwortlichen Völker...

---

[1]) Sie wurde mit dem Konsularsystem im alten Rom verglichen. Th. Duesterberg (B 045), S. 9, mit falschem Datum.

[2]) S. Graff et al. (B 069), S. 111.

[3]) *Ibid.* Daß dies mit Hilfe des Gedankenguts des neuentwickelten „soldatischen Nationalismus" geschehen sollte, zeigt folgende Anmerkung der Redaktion der Bundeszeitung zu einem Artikel von F. Schauwecker (8. 5. 1927, S. 3—4): „In den Tagen des 8. Reichsfrontsoldatentages wird der Stahlhelm als neu in das politische Leben eingetretener Faktor seine Forderungen kundtun. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, in diesem Augenblick auch denen das Wort zu erteilen, die sich um die weltanschauliche Fundierung des aus dem Kriegserleben erwachsenen Neuen Nationalismus bemühen."

[4]) *Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokoll des Kieler Parteitages 1927* (B 184), S. 202.

[5]) Text in *Der Sta.*, 15. 5. 1927, S. 1.

Der Stahlhelm fordert die Wiederanerkennung der Farben schwarz-weiß-rot. Unter dieser Flagge hat das Deutsche Reich die Zeit seiner höchsten Ehre erlebt, unter dieser Flagge hat das deutsche Volk seinen unvergleichlichen Heldenkampf gegen die Welt von Feinden geführt. Die wirtschaftliche und soziale Not unseres Volkes ist verursacht durch den Mangel an Lebens- und Arbeitsraum. Der Stahlhelm unterstützt jede Außenpolitik, welche dem deutschen Bevölkerungsüberschuß Siedlungs- und Arbeitsgebiete eröffnet und welche die kulturelle, wirtschaftliche und politische Verbindung dieser Gebiete mit dem Kern- und Mutterland lebendig erhält.

Der Stahlhelm will nicht, daß das durch seine Not zur Verzweiflung getriebene deutsche Volk Beute und Brandherd des Bolschewismus wird. Der Stahlhelm bekennt sich zu der Überzeugung, daß die Geschicke des deutschen Volkes nur durch eine starke, zur Tragung der Verantwortung willige und fähige Führung bestimmt werden dürfen. Deshalb fordert er: die Stärkung der Machtbefugnisse des Reichspräsidenten, die Sicherung der Wohlfahrt von Land und Volk gegen die Willkür parlamentarischer Notverständigungen und Zufälligkeiten, die Schaffung eines Wahlrechts, dessen Ergebnisse sowohl die Übereinstimmung mit dem wahren Volkswillen als auch die Möglichkeit echter Regierungsverantwortung gewährleisten.

Der Stahlhelm will keine neue Partei bilden oder werden. Aber er will den staatsbürgerlichen Willen der ehemaligen Frontsoldaten zum Ausdruck bringen. Er will, daß seine Angehörigen in allen Stellen des öffentlichen Dienstes und der Volksvertretung von der Gemeinde bis zum Reich die Möglichkeit und das Recht maßgebender Mitarbeit erlangen. Das Recht der Frontsoldaten zu dieser Mitarbeit gründet sich auf die besondere Eignung, welche sie durch die engste Verbundenheit der persönlichen Leistung mit dem schwersten Ringen des deutschen Volkes um sein Recht und seine Zukunft erworben haben...

Getreu seiner Herkunft und seiner Geschichte bekämpft der Stahlhelm alle Bestrebungen und Auffassungen, die das deutsche Volk zerklüften wollen. Er hält das Erlebnis alter Frontkameradschaft und Einigkeit hoch und will aus ihm das nationale Einheitsempfinden entwickeln. Er bestreitet die Berechtigung der materialistischen Geschichtsauffassung und der marxistischen Lehre. Er widersetzt sich dem Gedanken des Klassenkampfes. Unter voller Anerkennung des Wertes der lebendigen Interessenverbundenheit zwischen Werk, Unternehmer und Mitarbeiter wird der Stahlhelm eine ehrliche und entschlossene Austragung der natürlichen Interessengegensätze nicht hindern. Er fordert jedoch die Innehaltung der gesetzlich erlaubten und moralisch bedingten Kampfmittel und die Wahrung der überragenden Interessen der Volksgemeinschaft.

Der Stahlhelm sieht mit Besorgnis auf die mit zunehmender Industrialisierung fortschreitende Loslösung gesunder Volkskraft von dem Heimatboden und fordert eine Agrarpolitik, welche Siedlung ermöglicht. Innenkolonisation und Siedlungspolitik zur Stärkung der deutschen Ostmark durch Auffüllung des Grenzraumes mit deutschen Bauerndörfern sind Waffen des nationalen Behauptungskampfes, zu deren Anwendung der Stahlhelm mithelfen kann und will. Der Stahlhelm fordert Maßnahmen gegen die seit der Revolution gesteigerte Überfremdung unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens durch fremde Elemente und gegen die Verwilderung der sittlichen Anschauungen...

Diese Botschaft legte also in einiger Ausführlichkeit die neuen Verpflichtungen der Mitglieder nieder und war insofern eine Zusammenfassung des „neuen

Nationalismus" Stahlhelmscher Prägung. Der Stahlhelm war „nach neunjährigem Bestehen an einem Wendepunkt seiner Geschichte angelangt[1])".

Die Berliner Grundsatzerklärung wurde von einem Aufruf an die Akademiker Deutschlands begleitet, und von nun an faßte der Bund auch in diesen Kreisen immer fester Fuß. Schließlich wurde der Stahlhelmstudentenring „Langemarck" gegründet[2]). In ähnlicher Weise wandte man sich auch den Arbeitern zu. Sie sollten von „marxistischem Denken" befreit werden, weshalb versucht wurde, eine Art Gewerkschaft, die Stahlhelm-Selbsthilfe (Stas), aufzubauen[3]). Die Stas sollte sozialpolitische Vorstellungen verbreiten helfen, die aus dem Ideenkonglomerat des Bundes über die Erfordernisse moderner Wirtschaftsführung zusammengestellt worden waren. Zu den Prinzipien der Stas gehörten die Ablehnung des Streiks als Kampfmittel der Arbeitnehmer sowie die Forderung nach Unternehmerverantwortung gegenüber der Belegschaft, Entflechtung der Großindustrie, größerer Einflußnahme des Staates auf die Wirtschaft, nach einer Arbeitsgesetzgebung und einer klaren Sozialversicherungspolitik. Das Endziel war staatspolitischer Natur, nämlich „die Eingliederung des Arbeiters in die Nation[4])". Diesen Forderungen entsprechend wurden besonders in Mitteldeutschland Stas-Kader in den Fabriken aufgebaut, und um 1930 wirkte die Gewerkschaftsbewegung des Bundes auf Reichsebene. Die erzielten Erfolge waren allerdings nie sehr eindrucksvoll. Man stieß auf arbeitsrechtliche Schwierigkeiten, und der Einbruch in die Arbeiterklassen sollte erst einige Jahre später den geschickter operierenden „Beefsteak-Nazis" gelingen[5]). Trotzdem müssen diese Maßnahmen als Teilerscheinungen der allgemeinen Umorientierung des Stahlhelms betrachtet werden.

Die Entwicklung des Landesverbandes Braunschweig bietet ein Beispiel für die Durchsetzung der neuen Linie. Nach dem Uhlenhaut-Skandal des Jahres 1926 hatte der jugendliche und entschlossene Werner Schrader den Landesverband fest in die Hand genommen, um ihn zu einer Bastion des „neuen Natio-

---

[1]) *Ibid.*, 8. 5. 1927, S. 1. Einen guten Querschnitt hierzu gibt F. Schauwecker, hrsg. (B 162).

[2]) BA Koblenz (A 09), *PrMdJ an die Ober- und Regierungspräsidenten*, 4. 1. 1931; S. Graff et al. (B 069), S. 112.

[3]) Theodor Gruss, hrsg., *Stahlhelm-Bildband* (B 077), S. 58.

[4]) *Der Sta.*, 9. 12. 1928, S. 1—2, mit weiteren programmatischen Punkten. Siehe BA Koblenz (A 09), *PrMdJ an die Ober- und Regierungspräsidenten*, 12. 1. 1929; E. H. Posse (B 149), S. 29—31. Zwar behauptete Duesterberg (*Der Sta.*, 11. 9. 1927, S. 6), daß 60—70% der Mitglieder seines Landesverbandes proletarischer Herkunft wären, aber — wie ein zeitgenössischer Beobachter mit Recht schrieb — diese Angabe bedurfte wohl einer Definition des Begriffs „Arbeiter". E. H. Posse (B 149), S. 31. Das Schaufensterstück der Arbeiterbewegung des Stahlhelms war übrigens immer wieder der „Metallarbeiter" Löhr, dem man auch nach seinem Tode im Jahre 1928 ein ehrendes Gedächtnis bewahrte.

[5]) Duesterberg wurde in ein Verfahren verwickelt, weil sein Hilfs- und Arbeitsvermittlungsprogramm angeblich gegen das Arbeitnehmergesetz von 1922 verstieß. Jedoch konnte er den Prozeß gewinnen. *Der Sta.*, 24. 7. 1927, S. 2. Vorsitzender der Stas war Bernhard Rausch, der aus dem Winnig-Niekisch-Kreis kam.

nalismus" zu machen. Im September 1928 wurde die Braunschweiger Stahlhelmzeitung in *Junge Nation* umgetauft mit der gleichzeitigen Erklärung, daß sie ihre Leser nunmehr mit den Zielen des „neuen Nationalismus" bekannt machen wolle[1]). Schrader ernannte Heinz, den früheren Chefredakteur der Bundeszeitung und „Standarten"-Mitarbeiter, zu seinem Berater, und dieser fesselte seine Zuhörer mit temperamentvollen Reden[2]):

> Nicht leere Demonstrationen, sondern Irredenta wollen wir. Damit werden wir auch die Einsamen gewinnen, die noch immer abseits stehen. Wir wollen Einschränkung der Bierabende, kürzeste Formulierung unserer Abende, nicht den Patriotismus nach dem zehnten Glase Bier... Fahnenweihen dürfen nicht zu Tanzkränzchen ausarten. Nicht die Juden allein sind schuld an unserem Unglück, sondern wir mit, die wir nicht die Kraft gehabt haben, etwas Besseres an deren Stelle zu setzen. Wir müssen uns zwingen, das Nationalistische, das Frontsoldatenmäßige kennen und schätzen zu lernen. Nicht einmal die „Standarte" ist bei uns lebensfähig; das ist ein trauriges Zeichen für unseren Bund. Diese Zeitschrift muß unterstützt werden.

Die Standarte befand sich tatsächlich in einer schwierigen Lage. Zwar erschien sie auch 1927 noch, aber ihre Leserschaft wurde immer kleiner. Vom Vorstand erhielt die Zeitschrift denkbar geringe Unterstützung, und im Herbst kündigte Schauwecker schließlich seine Stellung als Chefredakteur[3]). Zur gleichen Zeit (27. November) verließ Kapitän Ehrhardt die Bundesführung. Sosehr man sich auch bemühte, seinen Austritt mit persönlichen Gründen zu erklären[4]), es war offenbar, daß man sich wegen seit Monaten schwelender politischer Zwistigkeiten getrennt hatte.

Damit fand eine Episode ihr Ende, die am 13. März 1926 mit einem Befehl Ehrhardts an seine Wiking-Gruppen zur engeren Zusammenarbeit mit dem Stahlhelm begonnen hatte[5]). Während der folgenden Monate wurden dann die Möglichkeiten eines formellen Bündnisses zwischen Ehrhardt, Seldte und Ludwig diskutiert. Doch sosehr Ludwig sich auch für einen Eintritt Ehrhardts in den Stahlhelm einsetzte, er stieß im Bundesvorstand auf erheblichen Widerspruch[6]). Besonders Wäninger und Wilhelm Klein, der Führer des oldenburgischen Landesverbandes, äußerten Bedenken gegen den draufgängerischen Ehrhardt. Die

---

[1]) *Jg. Nat.*, 6. 9. 1928, S. 1.

[2]) *Der Sta. (LV Brschw.)*, 26. 5. 1927, S. 2—3. Siehe auch *ibid.*, 6. 10. 1927, S. 1.

[3]) „In Wirklichkeit ist die Redaktion der ‚Standarte' vollkommen unabhängig von der Stahlhelmführung und insbesondere von mir — vielleicht darf ich sagen: leider zu unabhängig." F.O.L. London (A 29), 7342, frames H 164094—95, *Brauweiler to Bernhard*, 27. 5. 1927. Die Zeitschrift stellte ihr Erscheinen endgültig am 1. Oktober 1928 ein. DZA Potsdam (A 19), 291, fol. 142, *Bericht „R.ko. In. 127"*, 31. 10. 1928.

[4]) *Der Sta.*, 4. 12. 1927, S. 2; *ibid.*, 25. 12. 1927, S. 4.

[5]) DZA Potsdam (A 19), 280, fol. 15, *Liedig an die Bundesleitung*, 23. 3. 1926; *ibid.*, fol. 18, *Ludwig an Liedig*, 26. 4. 1926.

[6]) *Ibid.*, 5, fol. 151—56, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 22. 5. 1926.

beiden Bundesführer zeigten sich in nicht alltäglicher Einmütigkeit nachsichtiger — Duesterberg, weil er Ehrhardt für eine Persönlichkeit hielt; Seldte, weil er dem subversiven Einfluß Ehrhardts Einhalt gebieten wollte. Zu der Frage, ob Ehrhardt eine Persönlichkeit sei, meinte er herablassend, er sei ein „Kerl", aber kein Kopf. Das Interesse des Stahlhelms an einem offenen Zusammenschluß verringerte sich zeitweilig, als im Mai 1926 der Wiking plötzlich verboten wurde. Lediglich Ehrhardt wurde stillschweigend Mitglied des Bundes und gliederte ihm Teile seiner Anhängerschaft ein. Diejenigen Wikinger indessen, die nicht zum Stahlhelm übergingen, stifteten in der Folgezeit den größten Ärger. Im März 1927 verpflichtete Ehrhardt sich, den Wiking ganz zu überführen. Doch er konnte sich nie so recht entschließen, dieses Versprechen einzulösen[1]). Im November 1927 übergab man Ehrhardt schließlich ein Ultimatum: er solle den Wiking bis zum 1. Februar 1928 eingliedern. Der Kapitän lehnte ab und verließ den Bund, worüber nur wenige unglücklich waren[2]). Wie in den Fällen Jünger und Franke war es jetzt wichtiger, zentrifugale Einflüsse im Interesse einer einheitlichen Führung auszuschalten.

Im gleichen Herbst wurde weiterhin der Versuch unternommen, die „Hinein in den Staat"-Formel für die Parteipolitik nutzbar zu machen. Jetzt, da die Wahlen für den Reichstag und den Preußischen Landtag vor der Tür standen, wollte man sich durch die Wahl von Stahlhelmabgeordneten innerhalb der Rechtsparteien Gehör verschaffen. Das war eine der Forderungen der Stahlhelm-Botschaft von Berlin gewesen, nachdem die Frontsoldaten es abgelehnt hatten, eine eigene Partei zu gründen[3]). An der Überparteilichkeitsidee scheiterten auch Duesterbergs zeitweilige Pläne, mit einer Partei in ein Bündnis zu treten[4]), und so drängten fortan die Stahlhelmer die Funktionäre der Rechtsparteien, an aussichtsreicher Stelle Frontsoldaten auf ihre Listen zu setzen[5]).

Für die Wahlkampftaktik hatte man bereits im Jahre 1924 wertvolle Erfahrungen gesammelt. Im großen und ganzen unterschieden sich die Empfehlungen und Aufrufe daher nicht wesentlich von den damaligen. Nur über die Ablehnung

---

[1]) *Ibid.*, 7, fol. 133, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 7. 5. 1927. Dokumente über die Schwierigkeiten mit den Wikingern sind erhalten in *ibid.*, 33, fol. 136 ff.

[2]) *Ibid.*, fol. 167, *Austrittserklärung Ehrhardts*, 27. 11. 1927. Der Verlust wurde wettgemacht durch Vereinbarungen mit Heiss über eine Zusammenarbeit zwischen Reichsflagge und Stahlhelm. *Der Sta. (LV Brschw.)*, 27. 10. 1927, S. 2.

[3]) *Der Sta.*, 11. 9. 1927, S. 1; *Der Sta. (LV Brschw.)*, 15. 9. 1927, S. 2. Die Debatte um die Gründung einer Stahlhelmpartei ging bis auf das Jahr 1924 zurück und lebte seitdem immer wieder auf. DZA Potsdam (A 19), 4, fol. 125—26, *Bericht über die Bundesvorstandssitzung*, 19./20. 1. 1924. Allerdings hoffte man immer, „daß uns die Zwangslage, eine eigene Partei zu gründen, erspart bleibt". *Der Sta.*, 11. 9. 1927, S. 1; *ibid.*, 16. 10. 1927, S. 5.

[4]) Anfang Dezember hatte er mit der DVFP verhandelt. DZA Potsdam (A 19), 291, fol. 6, *Rundschreiben an alle Landesverbände und selbständige Gaue*, 14. 12. 1927. Es ist bezeichnend für Duesterbergs politischen Standort, daß er sich gerade diese Partei ausgesucht hatte.

[5]) *Der Sta.*, 4. 12. 1927, S. 1.

der Republik sprach man sich jetzt offener aus. Das hörte sich, diplomatisch gefaßt, dann etwa so an[1]):

> Versagt der Stahlhelm auf dem Gebiete der Wahlen, versündigt er sich am Vaterlande und hat jede Daseinsberechtigung verloren. Darum bleibt unser letztes Ziel, [die] Beseitigung des Parlamentarismus, doch bestehen. Gerade deshalb müssen wir unter dem jetzigen System uns mit ganzer Kraft für die Wahlen einsetzen, weil wir dadurch diesem letzten Ziele auf legalem Wege um so näherkommen.

Noch interessanter als die Befehle an die Unterorganisationen[2]) sind die Bemühungen des Bundes um die Nominierung geeigneter Kandidaten. Hierbei hatte man im Einklang mit der neuen Linie drei Ziele: man wollte (a) eine größere Einstimmigkeit unter den Nationalisten erreichen, (b) Stahlhelmer für die Übernahme von Positionen im öffentlichen Leben ausbilden und (c) erfahrene, alte Soldaten zur Verfügung haben, sollte sich einmal die Notwendigkeit einer „Notregierung" ergeben[3]). Kurzum, der Stahlhelm beanspruchte eine führende Stellung für sich im Reich.

Allerdings war es den Landesverbänden überlassen, unter Anleitung des Magdeburger Hauptquartiers den Einbruch in die parlamentarische Front vorzubereiten. Vor den politisch unerfahrenen Unterführern öffnete sich ein neues und weites Feld. Plötzlich sahen sie sich geschickten und nicht gerade zuvorkommenden Parteipolitikern gegenüber. Wie zuvor war den Parteien die Wahlunterstützung des Stahlhelm recht, nicht aber seine Einflußnahme auf die Auswahl der Kandidaten. So stießen die Frontsoldaten immer wieder auf erhebliche Schwierigkeiten, und als nach der Niederlage der Rechten im Mai 1928 wahltaktische Erwägungen fallengelassen werden konnten, da machte der Bund seiner Enttäuschung über seine Behandlung durch die Parteien ungehemmt Luft[4]). Man geißelte die Engstirnigkeit und Eigensucht der Funktionäre, und Duesterberg meinte einmal[5]): „Nach der Hindenburgwahl haben die nationalen Kreise die Hände in den Schoß gelegt; so ist ihre Niederlage bei den letzten Wahlen durchaus verdient." Jedenfalls war die Verbitterung über das Verhalten der Parteien weitverbreitet und vermutlich einer der wichtigsten Gründe für die bald einsetzenden Versuche des Vorstandes, das Parlament mit Hilfe von Volksbegehren zu umgehen.

---

[1]) BA Koblenz (A 02), 3, *Gaumitteilungen*, 15. 12. 1927. Siehe auch C. Severing (B 182), Bd. II, S. 145.

[2]) Siehe die Direktiven in *Der Sta.*, 8. 4. 1928, S. 6; *ibid.*, 13. 5. 1928, S. 1—2; *Der Sta (LV Brschw.)*, 10. 5. 1928, S. 4.

[3]) BA Koblenz (A 02), 2, *Notizen Hammersteins*, 17. 3. 1928.

[4]) Schon vorher hatte Duesterberg gemeint: „Am 20. Mai 6 Uhr nachm[ittags] sinken die Aktien des Stahlhelm um mindestens 80% bei den Parteien." DZA Potsdam (A 19), 9, fol. 250, *Protokoll der Bundesführerbesprechung*, 10. 5. 1928. Und nach den Wahlen schrieb die Bundeszeitung (27. 5. 1928, S. 1): „Aber wir wollen den Wahlausgang nicht beschönigen. Wir wollen uns ganz offen darüber klarwerden, wer die Sieger und wer die Besiegten sind." Ähnliche Kommentare erschienen nach den Wahlen in der Braunschweiger Stahlhelmzeitung.

[5]) *Der Sta.*, 4. 11. 1928, S. 7.

Nicht weniger unerfreulich waren die Konflikte, die innerhalb des Stahlhelms bei der Auswahl von Kandidaten entstanden. Zwar hatten verschiedene Direktiven betont, daß nur Kandidaten benannt werden sollten, die sich mit einiger Sicherheit als würdige Vertreter der Interessen der Frontsoldaten im Parlament erweisen würden[1]); wie sehr dies aber eine persönliche Entscheidung war, wird durch einen Vorfall erhellt, der sich im niedersächsischen Salzgau zutrug. In diesem Teil des Wahlkreises Hannover-Süd hielt sich der Stahlhelmführer Siebke für einen besonders qualifizierten zukünftigen Reichstagsabgeordneten. Er wollte daher an dritter Stelle auf die südhannoversche Liste der DNVP gesetzt werden. Doch die Deutschnationalen mißachteten seine Wünsche. Daraufhin schrieb ein Freund Siebkes einen ärgerlichen Brief an die zuständige DNVP-Geschäftsstelle und erklärte, daß der Stahlhelm, „ein hochpolitischer Verein", unter diesen Umständen die Deutschnationalen nicht unterstützen könne[2]). Unglücklicherweise war der Verfasser des Briefes schlecht über die tatsächliche Lage unterrichtet. Seine Vorgesetzten dachten keineswegs an einen Bruch mit der DNVP, sondern hatten lediglich einen anderen Kandidaten, den Oberstleutnant a. D. von Feldmann, im Auge, den sie auch an dritter Stelle auf der Liste plazieren konnten. Der hannoversche Landesführer von Stolzmann war im Gegensatz zu Siebke mit diesem Verhandlungserfolg sehr zufrieden[3]). Sicherlich kam ihm nie der Gedanke, den Deutschnationalen seine Unterstützung zu versagen, und der Vorstoß aus dem Salzgau brachte daher nichts als Ärger[4]).

Am Wahltage lag den Wählern schließlich eine lange Liste von Stahlhelm-Kandidaten vor. Aber weder ihre eigene Beredsamkeit noch die Marschkapellen, Flugblätter und Zeitungsanzeigen konnten eine Niederlage dieser Kandidaten und der Antirepublikaner allgemein verhindern[5]). Wer unter den Stahlhelmern gewählt worden war, trat hinfort, von Ausnahmen abgesehen, im Rahmen der DNVP-Fraktionen im Reichstag und im Preußischen Landtag auf[6]), was, so-

[1]) Seldte hatte aber die Problematik durchaus erkannt, als er in Dresden meinte: „Wir glauben nicht, daß jeder dieser Stahlhelmabgeordneten seine Aufgabe voll erfüllen kann, aber wenn nur in jeder Partei einer sitzt, der ein ganzer Kerl ist, ... dann wissen wir, daß wir ein gutes Stück vorangekommen sind auf unserem Weg ..." *Ibid.*, 29. 4. 1928, S. 1—2.

[2]) BA Koblenz (A 02), 4, *Schaare an Feldmann*, 18. 4. 1928.

[3]) Die ersten vier Stellen auf der deutschnationalen Reichstagsliste für Südhannover und die ersten beiden auf der entsprechenden Liste für den Preußischen Landtag wurden von Stahlhelmmitgliedern gehalten. *Ibid.*, 3, *Gaumitteilungen*, 15. 4. 1928.

[4]) *Ibid.*, 4, *Stolzmann an Siebke*, 25. 4. 1928; *ibid.*, *Hammerstein an Siebke*, 27. 4. 1928; *ibid.*, *Schaare an Hammerstein*, 2. 4. 1928 (richtig: 2. 5. 1928). Feldmann stand Hindenburg nahe und wurde später niedersächsischer Landesführer.

[5]) Siehe die Anzeigen in *Der Sta. (LV Brschw.)*, 10. 5. 1928, S. 4.

[6]) Nach vorhandenen Angaben verfügte der Bund über folgende Anzahl an Reichstagsabgeordneten (Abgeordnete des Preußischen Landtags in Klammern): In der DNVP-Fraktion, 51 (55); in der DVP-Fraktion, 9 (9); in der Landvolk-Fraktion (CNBLP), 4 (1); in der Wirtschaftspartei-Fraktion, 1 (—); in der Völkischen Fraktion, — (1). Zusammengestellt aus *Der Sta.*, 3. 6. 1928, S. 2; *ibid.*, 17. 6. 1928, S. 3; *ibid.*, 24. 6. 1928, S. 3. Für die DNVP kam Herr Otto Schmidt-Hannover zu einer ähnlichen Zahl. *Schriftliche Auskunft O. Schmidt-Hannovers*, Westerland, 15. 2. 1962.

weit es das Überparteilichkeitsprinzip des Bundes betraf, nicht unbedingt erwünscht war. Aber viele Abgeordnete hatten ohnehin eine Reihe von politischen Verpflichtungen, und obwohl sie Stahlhelmmitgliedskarten mit sich herumtrugen, befriedigten ihre Leistungen den Bundesvorstand selten[1]). So wurden die Frontsoldaten schließlich immer mehr in eine Politik auf eigene Faust getrieben und glaubten, eigene Beiträge zur „Befreiung Deutschlands" leisten zu müssen.

Ein erster und zaghafter Versuch in dieser Richtung war die Agitation des Bundes für eine Amnestie der Feme-Mörder zu Beginn des Jahres 1928[2]). Die Bundeszeitung rief zu einer „Schulz-Spende" auf zur Unterstützung jener Männer, die 1923 — wie es jetzt hieß — „aus ideellen Gründen sich strafbar gemacht haben[3])". Über solche Formulierungen konnte man gleichzeitig auch zu einer Anklage gegen die Republik kommen. Denn, so meinte *Der Stahlhelm*, eine Hinrichtung Schulz' und seiner Kameraden würde „nicht nur ein Schandmal für die politische Rechtsprechung des heutigen Deutschland sein, es würde auch eine unauslöschliche Schmach für das ganze deutsche Volk bedeuten . . .[4])".

Die allmähliche politische Emanzipation des Stahlhelms zeigte sich auch während des Hamburger Reichsfrontsoldatentages im Juni 1928. In der Hansestadt waren die Verluste der Rechten in den Maiwahlen besonders empfindlich gewesen, und der Bund wollte nun beweisen, daß derartige Rückschläge auf den Vormarsch der Frontsoldaten keinen Einfluß haben konnten[5]). Darüber hinaus sollte die Weltstadt Hamburg als Resonanzboden für eine weitere Stahlhelm-Botschaft benutzt werden. Sie wurde am 3. Juni etwa 138 000 anwesenden Mit-

---

[1]) So bezeichnete Eduard Stadtler (*Seldte, Hitler, Hugenberg* [B 188], S. 22) die Beziehungen zu den Parteien als „eine delikate Angelegenheit". Brauweiler meinte bei anderer Gelegenheit, daß die Verhandlungen mit den Parteien vor den Wahlen „sehr lehrreich" gewesen seien, und vermutete, daß allenfalls 10% der Stahlhelmabgeordneten verläßliche Kameraden sein würden. DZA Potsdam (A 19), 9, fol. 219, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 12./13. 5. 1928. Duesterberg hatte dieser Unsicherheit in seinem Landesverband mit einem Verpflichtungsschein abhelfen wollen, nach dem Stahlhelmabgeordnete sich ihrer Stimme zu enthalten hatten, sobald sie sich mit dem Bund nicht auf einer Linie befanden. *Ibid.*, fol. 220, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 12./13. 5. 1928. Als der Stahlhelm jedoch tatsächlich einmal versuchte, „den Abgeordneten, die gleichzeitig Stahlhelmer sind, Vorschriften über ihre politische Haltung zu machen, indem er in scharfer Form gegen jedes Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie auftrat", da mußten sich die Frontsoldaten belehren lassen, daß Abgeordnete nur ihrem Gewissen verantwortlich seien. Stadtarchiv Braunschweig (A 55), 359, *Mitteldeutsche Nachrichten*, 15. 10. 1928. Brauweiler beeilte sich denn auch, in einem in der Bundeszeitung abgedruckten Brief (24. 6. 1928, S. 3—4) zu versichern, daß man die „Kameraden Abgeordneten" selbstverständlich nicht von der Erfüllung ihrer Aufgaben als Vertreter des Volkes abhalten wolle.

[2]) S. Graff et al. (B 069), S. 70—71. Zur Feme siehe E. J. Gumbel (B 079).

[3]) *Der Sta.*, 29. 1. 1928, S. 1—2. Jedes Mitglied sollte fünf Pfennige spenden. *Ibid.*, 19. 2. 1928, S. 1.

[4]) *Ibid.*, 29. 1. 1928, S. 1. Siehe auch *Der Sta. (LV Brschw.)*, 1. 3. 1928, S. 2.

[5]) Der ursprüngliche Plan, das Treffen in Bayern abzuhalten, wurde aufgegeben „mit Rücksicht vor allem auf den letzten Wahlausgang in Hamburg". Bay.KrA. München (A 01), 23, *Wäninger an Bundesamt*, 28. 10. 1927.

gliedern als Ergänzung zur Berliner Botschaft verlesen[1]). So kehrten die alten Soldaten, die in der Hansestadt recht kühl empfangen worden waren, mit einer neuen Grundsatzerklärung zu ihren Standorten zurück, in der die wirtschaftlichen Forderungen des Bundes zusammengefaßt waren. In Verbindung mit der Berliner Botschaft, so hieß es, gebe die Hamburger Erklärung die Leitlinien der neuen Stahlhelmideologie wieder, und Seldte fügte hinzu, daß dies alles nur aus „heiße[r] Liebe zum Vaterland" geschehe[2]).

Eine als Vorschau auf kommende Ereignisse interessante Deutung des Frontsoldatentages gab am 9. Juni Eduard Stadtler, der inzwischen zum Leiter der Schulungsabteilung avanciert war[3]). Er lobte zunächst den durchschlagenden Erfolg des Treffens und prophezeite schließlich eine Großoffensive des Bundes. Nachdem er festgestellt hatte, daß „die objektive Machtposition der Stahlhelmbewegung . . . jetzt so groß wie noch nie seit ihrem Bestehen" sei, beschäftigte er sich mit dem „inneren Kraftgehalt" des Bundes. Für ihn war gerade die Frontsoldatenidee „die heiligste Feuerquelle", die sich nicht in Programme fassen lasse. Sie war „etwas Unaussprechliches und Geheimnisvolles, undefinierbar wie das Kriegserlebnis selbst, aus dem sich die Idee ableitet[4])". In ähnlicher Weise mystifizierten auch andere Stahlhelmführer den „neuen Nationalismus", und voller Selbstvertrauen veranstaltete man während des ganzen Sommers zahllose Demonstrationen seiner Stärke[5]). Im August hielt Duesterberg anläßlich eines solchen Treffens eine Rede, in der er unter anderem den „Kampf gegen die Zersetzungsmächte" forderte[6]). Es war das letzte Mal, daß er sich solcher Umschreibungen für seine antirepublikanische Haltung bedienen mußte. Am 1./2. September 1928 sprach der brandenburgische Landesverbandsführer Morosowicz auf dem Marktplatz von Fürstenwalde endlich das klärende Wort[7]): „Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen . . . Kampf dem System, das den Staat von heute regiert . . ."

Dieser Erklärung folgten neue Meinungsverschiedenheiten im Vorstand[8]).

[1]) Wortlaut in *Der Sta.*, 10. 6. 1928, S. 2. Siehe auch Seldtes Erläuterungen in der Frontsoldatentags-Pressekonferenz am 1. Juni 1928 in Forschungsstelle Hamburg (A 40).

[2]) *Der Sta.*, 10. 6. 1928, S. 5.

[3]) E. Stadtler (B 188), S. 20—22.

[4]) *Ibid.*, S. 21.

[5]) S. Graff et al. (B 069), S. 72 ff. Geradezu klassisch ist wohl Stadtlers Definition der neuen „Mischung von Soldatentum und Politikertum": „Gesinnung, Glaube, Mythos, gelebte Idee, vorbildliche Tat, heldische Bereitschaft, praktisch-kämpfende Führung, strahlend gläubige Gefolgschaft, kampfbegierige Männersolidarität, Jugendgemeinschaft, marschierende Kolonnen, Schützengrabenethos, flatternde Fahnen, Rhythmus der Militärmusik, beseelter Redefluß [und] Windjackenstolz." E. Stadtler (B 188), S. 57.

[6]) *Der Sta.*, 26. 8. 1928, S. 3.

[7]) S. Graff et al. (B 070), S. 35.

[8]) „In der inneren Politik ist eine restlose Klärung bei dem fortgesetzten Durcheinander noch nicht erfolgt! Die Bundesvorstandssitzung wird aber in diesem Sinne hoffentlich einen Schritt weiterkommen." DZA Potsdam (A 19), 29, fol. 11—12, *Duesterberg an Czettritz*, 19. 9. 1928.

Eine Reihe von Führern begrüßte die „Haßbotschaft von Fürstenwalde", und in einer Rede in Prenzlau gab auch Duesterberg seine Zustimmung[1]). Seldte dagegen hatte ein ungutes Gefühl, sosehr er sich inzwischen auch von der Republik distanziert hatte[2]). Es gab erneute Zusammenstöße zwischen den beiden Bundesführern, die Duesterberg mit Loyalitätserklärungen zu vertuschen suchte[3]). Seldte drückte sich sibyllinischer aus. „Unser Marsch in die Politik", meinte er, „war keine geringe Leistung, denn es ist leicht, dem Drängen der „Aktivisten" nachzugeben, aber es ist schwer, diese Kräfte zu zügeln und das Odium einer weichen Führung auf sich zu nehmen[4])". Inzwischen druckte *Der Stahlhelm* die Fürstenwalder Erklärung mit einer einigermaßen verwirrenden Kommentierung ab[5]). Es sei unnötig, so schrieb die Zeitung, sich von Morosowicz' Botschaft zu distanzieren, weil sie gar keine Haßbotschaft sei. Die Worte seien nicht gegen den Staat, sondern gegen das „System" gerichtet gewesen, und, abgesehen davon, mache die föderative Struktur des Bundes es dem Vorstand unmöglich, einzelnen Landesverbänden die Äußerung ihrer Ansichten zu verbieten. Nun war freilich für viele Zeitgenossen diese von den Diplomaten unter den Antirepublikanern erfundene Unterscheidung zwischen „Staat" und „System" und zwischen Reden des Bundesführers Duesterberg und solchen des mitteldeutschen Landesführers Duesterberg einfach zu subtil, so auch für Stresemann.

---

[1]) *Krz. Ztg.*, 17. 9. 1928, S. 5. In einer Rede in Mülheim fügte er später hinzu, die Haßbotschaft sei gegen den „Staatsaufbau" gerichtet gewesen, „weil dieser Staatsaufbau mißbraucht wird, um eine Diktatur der internationalen, landesverräterischen Sozialdemokratie aufzurichten". *Der Sta.*, 10. 3. 1929, S. 5. Zu seiner Prenzlauer Rede siehe auch *ibid.*, 20. 1. 1929, S. 5.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 9, fol. 63, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 22./23. 9. 1928, wo er meinte, die Haßbotschaft sei keine Stahlhelm-Erklärung gewesen. Siehe auch W. E. von Medem (B 120), S. 105; E. Stadtler (B 188), S. 59—62. Ähnlich dachte der schlesische Stahlhelmführer Massow. Er gehörte — wie er Stresemann wissen ließ — zu den älteren Führern, „die oft genug unser Marschtempo und das ungestüme Temperament jüngerer Kameraden beruhigen mußten, denen es nicht schnell genug vorwärts geht". Viele Mitglieder seien in provinziellem Denken verhaftet und dächten nicht an das Vaterland, weshalb es immer wieder zu öffentlichen Extratouren unberufener Leute käme. „Ich bedaure es, daß hierin zu unserem Schaden in letzter Zeit wiederholt gefehlt worden ist. . . . Es ist für Seldte und das engere Gremium des Bundesvorstandes nicht immer leicht, einen Kurs zu halten, der Klippen vermeidet. Auch der Kapitän eines Schiffes kann einmal ein *falsches* Kommando geben!" F.O.L. London (A 29), 7409, frames H 174532—34, *Massow an Stresemann*, 26. 11. 1928. Massow vergaß zu erwähnen, daß der Stahlhelm zwei Kapitäne hatte, die dauernd verschiedene Kommandos gaben. Auch zeigt sein weiterer Lebenslauf, daß es ratsam war, sein eigenes Marschtempo nicht zu unterschätzen. Denn im Sommer 1929 lernte Massow als Mitglied des Stahlhelm-Bundesrates Hitler persönlich kennen, und diese Begegnung bekehrte ihn zum Nationalsozialismus. Er legte seine bisherigen Ämter nieder, betätigte sich bis 1933 als aktiver Parteigenosse und Redner und wurde nach der „Machtergreifung" in die SS übernommen, wo er es bis 1936 zum Brigadeführer brachte. Ab Mai 1933 wirkte er darüber hinaus noch bis in den Krieg hinein als Präsident der Deutschen Akademischen Austauschdienstes.

[3]) *Der Sta.*, 21. 10. 1928, S. 1. Er wiederholte seine Treuekundgebung am 13. November 1928 in Magdeburg. *Ibid.*, 18. 11. 1928, S. 5.

[4]) *Ibid.*, 21. 10. 1928, S. 1.

[5]) *Ibid.*, 14. 10. 1928, S. 3.

2. *Der Bruch mit der DVP und die Ankündigung des Stahlhelm-Volksbegehrens*

Stresemann hatte, wie geschildert, seine Beziehungen zum Stahlhelm niemals abgebrochen. Im September 1927 erhielt er von Czettritz einen Brief, in dem dieser ihn um einen Empfang für Seldte und Duesterberg bat[1]). Er fand am 1. Oktober statt, und man diskutierte die allgemeine politische Lage sowie die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit während der bevorstehenden Wahlen[2]). Die Unterredung war jedoch unergiebig, was nicht zuletzt wieder einmal auf die Zweiköpfigkeit der Bundesführung zurückzuführen war. Denn, so meinte Stresemann etwas später, „sachlich bestehen zwischen Seldte und uns keine Schwierigkeiten, während die Auffassung des Herrn Duesterberg mir nicht ganz klar ist[3])". Seine Parteifreunde Kulenkampff und Stauß allerdings vermochten zu dieser Zeit schon nicht mehr zu verstehen, wieso Stresemann bezüglich der Haltung Seldtes so optimistisch gestimmt war[4]). Es war wohl auch die Beschwörung eines Traums, als er in einer Rede in Braunschweig seine Zuhörer an Seldtes demonstrativen Applaus vom Frühjahr 1924 erinnerte. Für den Stahlhelmführer waren das längst vergangene Zeiten, und er erklärte seinen Austritt aus der DVP[5]). Nach den Gründen befragt, machte Brauweiler in einer Unterredung mit Kurt Leckebusch, einem Stahlhelmmitglied und Düsseldorfer Generalsekretär der Volkspartei, Stresemanns Braunschweiger Anspielungen für diesen drastischen Schritt verantwortlich, die Seldte als „unfair" empfunden habe[6]). Seldte wollte also nicht mehr an seine Vergangenheit erinnert werden. Er arbeitete für eine andere Zukunft.

Während des Wahlkampfes trat in der Auseinandersetzung zwischen dem Stahlhelm und der DVP eine kurze Pause ein; nach der Wahl brachen die alten Gegensätze jedoch wieder hervor. Selbstbewußt und voller Spannkraft zielte der Vorstand zunächst anscheinend auf eine Beseitigung des dominierenden Ein-

---

[1]) F.O.L. London (A 29), 7369, frame H 166274, *Czettritz an Stresemann*, 13. 9. 1927.

[2]) *Ibid.* (A 36), 488, *Vermerk Bernhards*, o. D.; *ibid.*, 812, *Kalendernotizen*, 1. 10. 1927.

[3]) *Ibid.* (A 29), 7405, frames H 173687—88, *Stresemann an Carl*, 7. 11. 1927. Später schrieb er offensichtlich mit Bezug auf dieses Treffen: „Ich habe später einmal eine lange Konferenz mit den Herren von der Stahlhelmleitung (Seldte und Duesterberg) gehabt. Auch diese Unterredung hat nicht etwa dazu beigetragen, die maßlose öffentliche Polemik gegen mich irgendwie auf eine sachliche Grundlage zu stellen." *Ibid.*, 7413, frames H 175144—48, *Stresemann an Gilsa*, 13. 7. 1929.

[4]) Kulenkampff riet Stresemann — wenn auch verspätet — die Konferenz mit dem Stahlhelm abzusagen. *Ibid.*, 7370, frame H 166391, *Kulenkampff an Stresemann*, 2. 10. 1927. Stauss kündigte aus politischen Gründen den 70000-RM-Kredit, den die Deutsche Bank Seldte gegeben hatte. *Ibid.*, 7371, frame H 166661, *Vermerk [Stresemanns]*, 23. 11. 1927.

[5]) *Kölnische Zeitung*, 6. 12. 1927. Duesterberg war recht erstaunt festzustellen, daß gleichzeitig auch sein Austritt aus der DNVP bekannt gegeben wurde, ohne daß er dazu seine Zustimmung gegeben hatte. DZA Potsdam (A 19), 29, fol. 108, *Duesterberg an Brauweiler*, 5. 12. 1927.

[6]) F.O.L. London (A 29), 7406, frames H 173793—94, *Trucksaess an Bernhard*, 18. 1. 1928.

flusses Stresemanns innerhalb der DVP ab[1]). Im August 1928 veröffentlichte die Bundeszeitung einen Artikel mit dem Titel „Zusammenbruch der deutschen Außenpolitik", mit dem man dem Reichsaußenminister sicherlich keine Freude machen wollte[2]). Als dann vierzehn Tage später Morosowicz seine Haßbotschaft verkündete, zog auch Stresemann die Konsequenzen. Am 23. September schrieb er an Adolf Kempkes, daß die Zeit für einen Bruch mit dem Stahlhelm gekommen sei[3]). In einem anderen Schreiben an Ernst Scholz faßte er seine Haltung folgendermaßen zusammen[4]):

> Politisch möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den „Stahlhelm" lenken, von dem ich bisher annahm, daß er ohne jede Führung in fortgesetzten Stahlhelm-Botschaften die Öffentlichkeit beunruhigt, während ich nach den letzten Erklärungen des Vorstandes des „Stahlhelm-Bundes["] und den Berliner Kundgebungen doch damit rechnen muß, daß hier eine ganz bewußte Gründung einer Art von Faszistenpartei vor sich geht. Wir können nicht in Preußen in die Regierung hineinwollen und im Reich zwei Minister stellen, wenn führende Mitglieder von uns gleichzeitig einer Organisation angehören, die erklärt, daß sie den Staat haßt und mit allen Mitteln beseitigen will. Solange es sich um irgendeinen Landesverband handelte, konnte man die Dinge hinnehmen. Nachdem jetzt der Stahlhelm außenpolitisch und innenpolitisch die Führung an sich reißen will, wozu er durchaus nicht gegründet ist und wozu ihm auch die Persönlichkeiten fehlen, müssen wir uns meines Erachtens von ihm trennen.

Scholz, so schloß er, solle deshalb durch seinen Austritt das erste Zeichen geben.

Scholz stimmte der Lagebeurteilung Stresemanns zu, und Anfang Oktober traten sämtliche DVP-Abgeordneten aus dem Stahlhelm aus[5]). Nicht zuletzt infolge dieser Ereignisse war die erwähnte Führungskrise im Stahlhelm im Oktober 1928 besonders turbulent. Erst hatte die Haßbotschaft von Fürstenwalde die Frage des genauen ideologischen Standorts des Bundes in aller Öffentlichkeit aufgeworfen, und jetzt bestand obendrein noch die Gefahr, daß durch den Rückzug der DVP der Überparteilichkeitsmythos ganz zerbröckelte. Stresemann erwartete ein Bündnis zwischen Stahlhelm und DNVP, wie sehr sich Massow auch bemühte, ihn zu beruhigen[6]). Der Außenminister konnte nicht wissen, daß die Frontsoldaten das Stigma einer „Faszisten*partei*" unter allen Umständen vermeiden

[1]) *Ibid.*, 7409, frames H 174359—62, *Aufzeichnung Stocksieks*, 26. 7. 1928. Stocksiek zufolge glaubte man, daß Stresemanns schlechter Gesundheitszustand dem Bund zu Hilfe komme. Allerdings erwog man auch einen völligen Bruch mit der DVP. DZA Potsdam (A 19), 9, fol. 174 ff., *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 8. 7. 1928.

[2]) *Der Sta.*, 19. 8. 1928, S. 1. Siehe auch *ibid.*, 13. 5. 1928, S. 2; *ibid.*, 16. 9. 1928, S. 1—2.

[3]) F.O.L. London (A 29), 7409, frames H 174412—13, *Stresemann an Kempkes*, 23. 9. 1928.

[4]) *Ibid.*, 7149, frames H 151191—93, *Stresemann an Scholz*, 26. 9. 1928.

[5]) *Ibid.*, 7409, frame H 174430, *Erklärung des DVP-Vorstandes*, o. D.; *Der Sta.*, 7. 10. 1928, S. 2.

[6]) „Was da vorgeht zwischen Deutschnationalen und Stahlhelm, sieht doch verdammt nach der Gründung einer Faszistenpartei aus." F.O.L. London (A 29), 7149, frames H 151194—96, *Stresemann an Zechlin*, 26. 9. 1928; *ibid.*, 7409, frames H 174532—34, *Massow an Stresemann*, 26. 11. 1928.

wollten und aus diesem Grunde so zerrissen waren. In einem anderen Zusammenhang schrieb Bernhard an Werner von Rheinbaben, „daß in den Köpfen der Herren vom Stahlhelm anscheinend doch ein recht erhebliches Durcheinander" bestehe[1]). Es wäre verständlich, wenn er ähnliche Eindrücke hatte von den Dingen, die sich im Stahlhelm nach der Verkündung der Haßbotschaft abspielten. Daß es dem Bund dennoch gelang, wieder Ordnung in seine Reihen zu bringen, lag teilweise wiederum an der Unentschlossenheit der DVP.

Es war nämlich bedeutungsvoll, daß nur den Abgeordneten der DVP und nicht den einfachen Mitgliedern der Austritt aus dem Stahlhelm empfohlen worden war. Für Stresemann bestand ein wichtiger Unterschied zwischen Stahlhelmern, die offizielle Parteifunktionen bekleideten, und solchen, die nur das Parteibuch besaßen[2]). Diese Zweiteilung erklärte sich aus einem gefährlichen Dilemma der DVP: Im Laufe der Jahre war das Leben der Partei von dem Namen ihres überragenden Vorsitzenden immer weniger trennbar geworden. Stresemanns Schlüsselposition aber verdeckte gleichzeitig die Tatsache, daß er inzwischen mit der Republik seinen Frieden gemacht hatte, ein Gesinnungswandel, dem das Parteivolk nicht ohne Vorbehalte gefolgt war. Die Mehrheit der DVP-Wähler fühlte sich vielmehr im Gegensatz zu Stresemann weiterhin Verbänden wie dem Stahlhelm verbun len, der sich von der Republik entfernt hatte. Damit war nicht zwischen den Anhängern der DVP und dem Stahlhelm — oder breiter gefaßt der antirepublikanischen Rechten — eine Kluft entstanden, sondern zwischen ihnen und ihrem Parteiführer. Nur dem Charisma und politischen Geschick Stresemanns war es noch möglich, über diese Kluft hinweg eine bereits in ihren Fundamenten schwankende Brücke zu schlagen. Mit seinem Tode brach sie zusammen[3]).

Vielleicht ohne sich der Bedeutung seiner Worte damals voll bewußt zu sein, formulierte Stresemann die Zwangslage der DVP im Oktober 1928 in einem Brief an Oberst von Gilsa, einen weiteren Verbindungsmann zum Stahlhelm[4]). Er bezog sich auf die kürzlich aufgetretenen Spannungen zwischen der DVP und dem Stahlhelm und meinte, daß viele seiner Anhänger nicht verstehen würden, „warum die Volkspartei die Parole ausgibt, allgemein aus dem Stahlhelm auszutreten". An einigen Orten habe schon der Austritt der Abgeordneten Verwirrung hervorgerufen. Als Erklärung dafür führte er an, daß „unsere Presse leider

[1]) *Ibid.*, 7148, frame H 151007, *Bernhard an Rheinbaben*, 24. 1. 1929.

[2]) *Ibid.*, 7149, frames H 151228—34, *Stresemann an Gilsa*, 14. 10. 1928.

[3]) Später scheint sich Stresemann dieses Dilemmas durchaus bewußt gewesen zu sein: „Es gibt Menschen", so schrieb er, „die mir sagen: Wenn Sie fortgehen von der Volkspartei, würde dies sie zerstören. Ich glaube das nicht. Die Stammtische, die in unserer Partei das große Wort führen, brüllen demjenigen am meisten zu, der im Sinne des Herrn Seldte oder des Herrn Duesterberg spricht. Ich wollte die Brücke sein zwischen dem alten und dem neuen Deutschland und ein Teil unserer Partei hat diese historische Mission unserer Partei auch erkannt. Andere können nur die alte Grammophonplatte spielen lassen und wollen immer wieder dieselbe Melodie hören." *Ibid.*, 7411, frames H 174722—33, *Stresemann an Kahl*, 13. 3. 1929. Eine Geschichte der DVP wird von Dr. Hans Booms, Koblenz, geschrieben.

[4]) F.O.L. London (A 29), 7149, frames H 151228—34, *Stresemann an Gilsa*, 14. 10. 1928.

nicht so weit verbreitet ist wie die deutschnationale" und daß daher „viele Mitglieder des Stahlhelm über die Vorgänge ununterrichtet sind". Doch es gab noch tiefere Gründe, und ihnen ist auch Stresemanns merkwürdige Unterscheidung zwischen prominenten und einfachen Doppelmitgliedern zuzuschreiben.

Nach diesem Blick hinter die Kulissen der DVP wird es kaum noch paradox anmuten, daß bald nach dem Bruch vom 2. Oktober der Stahlhelm sich mit der DVP am Verhandlungstisch traf[1]). Gilsa und Kulenkampff wurden beauftragt, Verbindung mit dem Stahlhelm-Hauptquartier aufzunehmen. Die Frontsoldaten waren bereit[2]). Man traf sich zu Besprechungen, die dann angeblich schon bald „eine starke, fühlbare Entspannung in dem Konflikt DVP/Stahlhelm" erbrachten[3]). Tatsächlich hatte man dort, wo die Beziehungen zwischen der Partei und dem Stahlhelm seit langem eng waren, bereits einige Fortschritte erzielt. Der Landesverband Industriegebiet gab zum Beispiel eine Erklärung heraus, er werde „unverändert an seiner Haltung der Überparteilichkeit und der loyalen Zusammenarbeit mit den Kameraden aus den Kreisen der Volkspartei" festhalten[4]). Weiterhin berichtete Leckebusch aus Düsseldorf, er habe bei dortigen Stahlhelmführern „sinngemäß eine Zustimmung zu folgenden Ausführungen gef ınden[5])":

1. Der Austritt der volksparteilichen Abgeordneten war nicht zu umgehen. Dieser Schritt hat dem Stahlhelm insgesamt die Bedenklichkeit seiner Verlautbarungen und Entschließungen gezeigt...

5. Der Stahlhelm darf und will seine überparteiliche Stellung nicht aufgeben...

6. Die Aufgabe einer „nationalen Opposition" muß in Übereinstimmung mit den verantwortlichen Stellen umrissen werden. Sie geht heute einen völlig falschen Weg.

7. Loyalitätserklärungen gegenüber den volksparteilichen Stahlhelmern sind zwecklos, wenn gegen führende Volksparteiler ein persönlicher gehässiger Kampf von einzelnen Gruppen, Zeitungen oder Führern des Stahlhelm gerichtet wird. Die Aufklärung muß mit aller Entschiedenheit vom Stahlhelm gebracht werden.

Gilsa bemühte sich gleichfalls sehr eifrig und hoffte anscheinend, vom Rheinland her eine Gegenbewegung auslösen zu können. Mit diesem Ziele leitete er auch zwei Rundschreiben des rheinischen Stahlhelm-Landesverbandes an Stresemann und andere führende Mitglieder der DVP weiter, in denen dessen Führer Heinrich Mahnken gegen die neue Politik der Bundesführung Front machte. „Sie wollen daraus ersehen", schrieb Gilsa dazu, „daß besonders im hiesigen Stahlhelm sehr verständige Leute sind, die gegen die teilweise skandalöse Haltung des Stahlhelm gegenüber der DVP eine sehr entschiedene Stellung einnehmen. Diese Leute müssen von uns unbedingt unterstützt werden[6])."

[1]) *Ibid.*, 7410, frames H 174620—22, *Gilsa an Kempkes*, 17. 1. 1929.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 300, fol. 4, *Duesterberg an Seldte*, 27. 9. 1928.

[3]) F.O.L. London (A 29), 7410, frames H 174620—22, *Gilsa an Kempkes*, 17. 1. 1929.

[4]) Stadtarchiv Braunschweig (A 55), 359, *Gilsa an Stresemann et al.*, 27. 10. 1928, mit Anlage.

[5]) *Ibid., Leckebusch an die Reichsgeschäftsstelle der DVP*, 26. 10. 1928.

[6]) *Ibid., Gilsa an Stresemann et al.*, 27. 10. 1928.

Alle diese Versöhnungsversuche wurden aber durch einen neuen Schritt der Bundesführung belastet, nämlich den Plan, die Weimarer Verfassung durch ein Volksbegehren zu ändern. Nach ihren Enttäuschungen mit den Parteien in den Maiwahlen hatten die Stahlhelmer bei dem Artikel 73 der Verfassung Trost gefunden, der, wie sie meinten, besonders außerparlamentarischen Organisationen eine Möglichkeit gab, wirkungsvoll große Politik zu treiben. Denn theoretisch konnte jedes politische Problem dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden, „wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt[1])". Lehnte der Reichstag das Volksbegehren ab, mußte ein Volksentscheid abgehalten werden, der, lief er positiv aus, die Gesetzgebungskompetenz des Parlaments umging. In Verkennung des demagogischen Potentials dieser Bestimmung hatte sich die Bundesführung allerdings kein besonders zugkräftiges Thema ausgesucht. Sie wollte die Axt an die Wurzel allen Übels, an die Verfassung selbst, legen[2]).

Am 22./23. September kündigte der Vorstand beiläufig an, er habe ein nicht näher bestimmtes Volksbegehren in Auftrag gegeben[3]). Einzelheiten des Projektes sollten bis zur Veröffentlichung des Entwurfs geheim bleiben[4]). Wenige Tage später aber war es ein offenes Geheimnis, daß der Bund auf dem Wege über ein Volksbegehren die Verfassung ändern wollte[5]). Dieser Entschluß wurde in genau dem Augenblick bekannt, als die DVP-Abgeordneten ihre Stahlhelmmitgliedschaft niederlegten, und Stresemann hatte alle Hände voll zu tun, um glaubhaft zu machen, daß zwischen den Austrittserklärungen und dem noch nicht formulierten Volksbegehren keine Beziehung bestand[6]). Trotzdem war er über diesen neusten Schritt des Stahlhelms sehr verärgert. Sogar der dem Stahlhelm sonst so wohlwollende Gilsa schrieb jetzt[7]):

> Auch hinsichtlich des Volksbegehrens bin ich mit Ihnen durchaus der gleichen Ansicht. Die näheren Erläuterungen, die uns Kulenkampff gestern über das gab, wie sich der Stahlhelm das Volksbegehren denkt oder, richtiger gesagt, nicht denkt, sind geradezu erschütternd in ihrer Ahnungslosigkeit der gültigen Verfassungsbestimmungen. Es ist tief traurig, daß derartige politische Kinder, um mich eines milden Ausdrucks zu bedienen, die an sich so guten Grundideen des Stahlhelm diskreditieren.

---

[1]) Johannes Hohlfeld, Hrsg., *Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte* (B 091), Vol. III, S. 72.

[2]) Erst raffiniertere Gegner der Republik beuteten das demagogische Potential dieser Bestimmungen richtig aus.

[3]) *Der Sta.*, 30. 9. 1928, S. 1.

[4]) Vater des Planes war Dr. Brauweiler. *Mündliche Auskunft Dr. Brauweilers*, Berlin, 11. 8. 1962. Bereits seit 1927 beschäftigte er sich mit Fragen der Verfassungsreform mit dem Ziel, „den Parlamentarismus zu brechen". *Der Sta.*, 4. 12. 1927, S. 1.

[5]) F.O.L. London (A 29), 7409, frames H 174431—40, *Protokoll der Sitzung des DVP-Fraktionsvorstandes*, 2. 10. 1928. Anscheinend war die DNVP für diese Indiskretion verantwortlich.

[6]) *Ibid.*, 7149, frames H 151228—34, *Stresemann an Gilsa*, 14. 10. 1928. Siehe auch *Der Sta.*, 2. 12. 1928, S. 2—3.

[7]) F.O.L. London (A 29), 7409, frames H 174452—53, *Gilsa an Stresemann*, 17. 10. 1928.

Gilsa hatte jedoch eine erfreuliche Nachricht für Stresemann bereit. Albert Vögler, der Ruhrindustrielle, so hatte er erfahren, wolle sich Seldte einmal kommen lassen „und ihm tüchtig den Kopf waschen".

Sollte Vögler dies je versucht haben, so hatte er keinen Erfolg. Am 13. November 1928, anläßlich der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen des Bundes, verkündete der Erste Bundesführer ein auf zwei Punkte beschränktes Volksbegehren. Es forderte die Abschaffung des Artikels 54 der Weimarer Verfassung (Veranwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Reichstag) und eine Änderung der Immunitätsrechte des Artikels 37[1]). Nach Angaben des Stahlhelms sollten beide Vorschläge die Stellung des Reichspräsidenten stärken, wobei man sich weitere Maßnahmen für die Zukunft vorbehielt. Während der Stahlhelm anscheinend sehr stolz auf diese Krönung seines zehnjährigen Bestehens war[2]), nannte Stresemann den Entwurf „eine große Torheit[3])". Eines seiner Gegenargumente war, daß eine Stärkung des Präsidenten einfach deswegen unnötig sei, weil jeder Reichspräsident so viel Einfluß habe, wie seine Persönlichkeit ausstrahle. Darüber hinaus standen für Stresemann aktuelle praktische Erwägungen den Forderungen des Bundes entgegen, so sehr er auch mit der Notwendigkeit einer Verfassungsreform prinzipiell übereinstimmte: sollte nämlich, so führte er aus, Hindenburg plötzlich sterben, dann würde unter den gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnissen ein sehr viel weiter links stehender Präsident gewählt werden und von dem Stahlhelm-Volksbegehren profitieren. Schließlich äußerte er noch starke Zweifel an den Erfolgsaussichten des Entwurfs. „Aber auch die im Volksbegehren liegenden gesunden Gedanken sind ebenfalls dadurch diskreditiert. Das Ganze ist ein unüberlegter Streich von Leuten, die sich ihrer Verantwortung nicht bewußt sind."

Offensichtlich konnte in dieser angespannten Atmosphäre eine echte Versöhnung zwischen der DVP und dem Stahlhelm nicht stattfinden, und der Bericht Gilsas über „eine starke, fühlbare Entspannung" war reichlich übertrieben. Eine andere Quelle scheint da schon verläßlicher. Als nämlich Stresemann in einem Artikel in den *Leipziger Neuesten Nachrichten* sich über des Bundes „Geistlosigkeit fortwährend wiederholter äußerlicher Paradestellung" mokierte, erwiderte Seldte ihm unverblümt[4]): „Daß dies ein Bürger ausspricht, der als Minister an

---

[1]) *Der Sta.*, 18. 11. 1928, S. 1.

[2]) Siehe die Erläuterungen Brauweilers in DZA Potsdam (A 19), 9, fol. 18 ff., *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 24./25. 11. 1928.

[3]) F.O.L. London (A 29), 7149, frames H 151228—34, *Stresemann an Gilsa*, 14. 10. 1928. Ernst Niekisch berichtet über Brauweiler, den Autor des Volksbegehrens (*Gewagtes Leben* [B 136], S. 162): „Seine Verschlagenheit gab ihm inmitten der primitiven Geister seiner Stahlhelm-Umgebung einen erheblichen Vorsprung. Er wurde als politischer Kopf respektiert. Duesterberg nannte ihn einmal „unseren Bismarck".

[4]) *Der Sta.*, 2. 12. 1928, S. 2—3. Siehe auch die frühere Kritik der DVP zu dem Schlagwort „Fronterlebnis" in *Deutsche Stimmen*, Vol. XXXIX, 5. 12. 1927, S. 731—32.

führender Stellung im Staate steht, beweist, wie groß die Kluft ist zwischen dem Stahlhelm und der bürgerlichen Mitte." Auch Gilsa und Kulenkampff bekamen bei ihren Verhandlungen mit Brauweiler die Weite dieser Kluft zu spüren[1]). Sie zögerten nicht, ihrerseits ihrem Gesprächspartner die Bedenken der DVP mitzuteilen, so daß dessen Hoffnungen, allen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz, die DVP an dem Volksbegehren beteiligen zu können, dahinschwanden. Bestenfalls, so meinte Gilsa nur, könne der Stahlhelm auf die Unterstützung einiger weniger Parteimitglieder rechnen. Aber selbst mit dieser Bemerkung hatte er sich zu weit vorgewagt und wurde zurückgepfiffen[2]).

Befragte man die Stahlhelmer nach ihren Beweggründen für das Volksbegehren, so nannten sie immer wieder reine Vaterlandsliebe. Was man jedoch wirklich wollte, wird aus den erst heute zugänglichen internen Aussprachen klarer. Brauweiler zum Beispiel erläuterte einmal[3]): „Es stehe hier nicht zur Frage, ob das Volksbegehren des Stahlhelm die Verfassung nutzbringend verbessere, sondern es käme darauf an, eine politische Bewegung gegen die augenblickliche Verfassung aufzurollen und nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen ... Eine gewisse Demagogie wird dabei ohne weiteres zugegeben." Dementsprechend vergaß man auch nie die überparteiliche Aufgabe des Bundes. Am 13. November hatte Seldte bereits zur Bildung einer nationalistischen Front aufgefordert. Das war der Gedanke hinter dem Volksbegehren, und in der Folgezeit versuchten die Frontsoldaten, überparteiliche Arbeitsgemeinschaften zu gründen[4]). Im Januar 1929 erhielt Gilsa einen Brief von Siegfried Wagner[5]), der ihn zum Eintritt in den inzwischen von der Bundesführung gleichfalls gebildeten Reichsausschuß für das Stahlhelm-Volksbegehren einlud[6]). Der DVP-Mann lehnte höflich ab. Ähnliche Einladungen wurden an die Deutschnationalen verschickt, die Anfang Oktober unter dem Einfluß ihres neuen Vorsitzenden Alfred Hugenberg den Vorstoß des Stahlhelms begrüßt hatten[7]). In den folgenden Monaten zeigte sich Hugenberg jedoch weniger begeistert, so daß Brauweiler die Chancen für eine breite Front

---

[1]) F.O.L. London (A 29), 7410, frames H 174620—22, *Gilsa an Kempkes*, 17. 1. 1929.

[2]) *Ibid.*, frames H 174618—19, *Kempkes an Gilsa*, 21. 1. 1929; *ibid.*, frames H 174624—25, *„Rote Mitteilungen" der DVP*, 2. 2. 1929.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 49, fol. 22, *Protokoll der Sitzung zwischen Stahlhelmführung und Landbund*, 18. 10. 1928. Siehe auch *Der Sta.*, 14. 10. 1928, S. 2.

[4]) „Jawohl, die Aktion des Stahlhelm-Volksbegehrens hatte als erstes Ziel die Schaffung der großen nationalen Front, die ‚Scheidung der Geister'." *Ibid.*, 21. 7. 1929, S. 1. Siehe auch E. Stadtler (B 188), S. 80—83.

[5]) Wagner war 1920 aus dem Heer ausgeschieden, vermutlich im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch. Anschließend kommandierte er Selbstschutz-Einheiten in Danzig, ehe er zur Bundesführung stieß. Im Herbst 1928 wurde er zum stellvertretenden Bundeskanzler ernannt und leitete die Berliner Zweigstelle (abgekürzt: Berba). Er verstärkte den Duesterberg-Flügel und wird eine immer wichtigere Rolle spielen.

[6]) F.O.L. London (A 29), 7410, frames H 174620—22, *Gilsa an Kempkes*, 17. 1. 1929.

[7]) *Unsere Partei*, Vol. VI, 1. 10. 1928, S. 318.

schließlich immer pessimistischer beurteilte[1]). Im Frühjahr 1929 war es klar, daß die Tage dieses Stahlhelm-Unternehmens gezählt waren.

3. Hindenburgs Intervention und das Volksbegehren gegen den Young-Plan

Bevor das Schicksal des Stahlhelm-Volksbegehrens und der Kampf gegen den Young-Plan erörtert werden, soll noch ein anderes Problem behandelt werden, das den Frontsoldaten im Frühjahr 1929 Sorgen bereitete. Der Marsch des Bundes in das antirepublikanische Lager hatte nämlich die Frage seines Verhältnisses zum Präsidenten der Republik, Hindenburg, aufgeworfen.

Für die Mitglieder des Stahlhelms war es von jeher eine selbstverständliche Pflicht gewesen, ihren militärischen Führer aus dem Ersten Weltkrieg zu verehren. Sie gehörten daher auch zu den frühesten Anhängern des Hindenburg-Mythos. Bereits 1924 hatte Seldte diesen Gefühlen tiefer Bewunderung entsprochen und Hindenburg die Ehrenmitgliedschaft im Stahlhelm angetragen. Hindenburg nahm sie an[2]). In praktisch-politischen Fragen versuchte der Vorstand jedoch immer einen Unterschied zu machen zwischen dem gefeierten Helden und dem Staatsbürger Hindenburg. Die Ehrenmitgliedschaft, so erklärte man, bedeute nicht notwendigerweise eine Übereinstimmung in tagespolitischen Problemen. Dieses Argument war besonders oft während der Reichspräsidentenwahlen von 1925 zu hören, als sich der Stahlhelm lange der Kandidatur Hindenburgs widersetzte. Mag der Feldmarschall anfangs vielleicht noch wegen dieser Einstellung der Frontsoldaten verstimmt gewesen sein, dieser Vorgang und auch ein durch Ehrhardt verursachter Zwischenfall waren bald vergessen[3]). Die Beziehungen zwischen dem Präsidenten und dem Stahlhelm wurden seitdem immer enger.

Von ihren vielen Frontsoldatentagen schickten die Soldaten dem Feldmarschall regelmäßig telegraphische Grüße, die dieser ebenso regelmäßig zu beantworten pflegte[4]). Besonders Seldte tat sich wiederholt durch Lobpreisungen

---

[1]) F.O.L. London (A 29), 7410, frames H 174620—22, *Gilsa an Kempkes*, 17. 1. 1929. Gilsa war augenscheinlich ein recht geschickter Politiker. Denn Brauweiler zufolge wollte er gern in den Reichsausschuß eintreten, was so ungefähr das glatte Gegenteil von dem ist, was er seiner Partei erzählte. Siehe DZA Potsdam (A 19), 11, fol. 285 *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 19. 1. 1929; F.O.L. London (A 29), 7410, frames H 174620—22, *Gilsa an Kempkes*, 17. 1. 1929. Das würde auch zu seiner ganzen Karriere passen: Er war einst ein Mitarbeiter Gustav Noskes gewesen, vertrat dann die DVP im Reichstag und wirkte Anfang der dreißiger Jahre schließlich bei den Deutschnationalen.

[2]) *Der Sta.*, 4. 5. 1924, S. 9. Hierzu fand eine Feierstunde auf Schloß Wolfsburg statt.

[3]) Ehrhardt hatte eine Rede gegen die Monarchie gehalten, die den Präsidenten der Republik verstimmt hatte. Er drohte mit dem Austritt, und Seldte mußte Hindenburg nahestehende Herren um Vermittlung bitten. DZA Potsdam (A 19), 55, fol. 114—16, *Cramon an Seldte*, 19. 12. 1926; *ibid.*, fol. 117—20, *Seldte an Massow*, 23. 12. 1926; *ibid.*, fol. 121—22, *Seldte an Cramon*, 26. 12. 1926.

[4]) Siehe beispielsweise *Der Sta.*, 10. 6. 1928, S. 7.

hervor[1]). An seinem 80. Geburtstag zeigten Rechtskreise ihre Dankbarkeit gegenüber ihrem einstigen militärischen Führer, indem sie ihm das Gut Neudeck in Ostpreußen schenkten. An den Geldsammlungen für diesen „Hindenburg-Dank" hatte der Stahlhelm einen beträchtlichen Anteil[2]). Hindenburg wiederum fühlte sich als eine Art Schutzpatron des Bundes, und so konnte der Vorstand bald eine direkte Dauerverbindung zum Büro des Reichspräsidenten herstellen[3]). Während seiner ersten Amtsperiode erhielt der Präsident zahllose vom Stahlhelm verfaßte Aufrufe und Bittgesuche, und er gab sich alle Mühe, seinen alten Kameraden seine Treue zu beweisen.

Nachdem der Stahlhelm jedoch seine politische Metamorphose vollendet hatte, tauchte immer öfter die Frage auf, ob der Präsident der Republik gleichzeitig auch Ehrenmitglied einer antirepublikanischen Organisation sein könne. Nach der Verkündung der Fürstenwalder Haßbotschaft sah sich die Reichsregierung schließlich veranlaßt, Hindenburg um eine Stellungnahme zu bitten[4]). Für das Reichspräsidentenbüro antwortete Heinrich Doehle, „daß der Reichspräsident bisher bei Konfliktfällen, die wiederholt eingetreten seien, sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß alle diese Mitgliedschaften während seiner Amtsführung ruhten[5])". Trotzdem konnte sich das Kabinett nicht des Eindrucks erwehren, daß Hindenburg der Frage ausgewichen war. Nach dem Bruch zwischen der DVP und dem Stahlhelm verstärkte sich der offizielle Druck gegen ihn[6]). Doch die emotionalen Hemmungen des Präsidenten blieben weiterhin so groß, daß er sich nur dazu durchringen konnte, Seldte und Duesterberg gelegentlich zu einer Aussprache einzuladen.

Eine solche Unterredung war zumindest nach der Auffassung Severings durch die Veröffentlichung eines Artikels zum 70. Geburtstage des Kaisers in der Bundeszeitung sehr nötig geworden[7]). In diesem Artikel hatten die Frontsoldaten ihrem „Obersten Kriegsherrn" ihre Glückwünche ausgesprochen mit der Versicherung, daß, soweit es sie betreffe, der persönliche Eid auf Seine Majestät weiterhin gültig sei. Solche Loyalitätserklärungen für Wilhelm II. kamen zweifellos einer recht unhöflichen Ablehnung der Republik gleich und warfen für alle Stahlhelmer unangenehme Fragen auf, die als Beamte auf die Republik vereidigt worden waren[8]).

[1]) Siehe seine Erklärungen in *ibid.*, 25. 9. 1927, S. 1; *ibid.*, 2. 10. 1927, S. 1—2.

[2]) W. Görlitz (B 065), S. 291.

[3]) Friedrich Lucas, *Hindenburg als Reichspräsident* (B 116), S. 49 ff. Siehe auch unten S. 220.

[4]) F.O.L. London (A 29), 7350, frames H 165527—29, *Curtius an Stresemann*, 4. 10. 1928.

[5]) *Ibid.*

[6]) *Ibid.*; *Der Sta.*, 10. 3. 1929, S. 5.

[7]) *Ibid.*, 27. 1. 1929, S. 2—3.

[8]) Besonders Severing und Braun nahmen diese Frage sehr ernst. Duesterberg zufolge (*ibid.*, 10. 3. 1929, S. 5) war ersterer entschlossen, Stahlhelmer, die Beamte waren, vor die Wahl zwischen Kaiser und Republik zu stellen. Hindenburg, so fügte der Zweite Bundesführer hinzu, habe diesen Plan verhindert. Siehe auch *ibid.*, 3. 3. 1929, S. 2; C. Severing (B 182), Bd. II, S. 181 f.

Am 23. Februar 1929 traf daher der Präsident mit den beiden Bundesführern zusammen, um mit ihnen die ganze Frage zu diskutieren[1]). Seldte und Duesterberg konnten dem Gespräch unbeschwert entgegensehen. Denn man hatte dafür gesorgt, daß das Ergebnis schon vorher feststand. Bereits am 21. Februar hatte Ausfeld Hindenburgs Staatssekretär Otto Meissner aufgesucht und erfuhr im Reichspräsidentenpalais ziemlich genau, was Hindenburg vom Stahlhelm hören wollte[2]). Mit Hilfe des Ausfeldschen Berichtes verfaßte die Politische Abteilung sodann eine Vorlage, der Seldte und Duesterberg während des Gesprächs folgen konnten[3]). So wußten die beiden Bundesführer am 23. Februar genau, wie sie den Präsidenten beruhigen konnten. Sie protestierten gegen die falschen Beschuldigungen, die man nach ihren kürzlichen Erklärungen gegen sie gerichtet habe. Zwar bekämpfe der Bund den Parlamentarismus, so fuhren die beiden programmgemäß fort, aber er verfolge seine Ziele mit legalen Mitteln. Und der Artikel zum Geburtstag des Kaisers sei nur als ein persönliches Treuebekenntnis zu werten, das den Beamteneid von Stahlhelmmitgliedern auf die Republik nicht berühre. Diese Versicherungen nahm Hindenburg „mit Befriedigung" entgegen. Denn er ließ sich nur zu gern überzeugen, daß Severings Klagen unberechtigt waren[4]). Jedenfalls legte er seine Ehrenmitgliedschaft nicht nieder, und Ausfeld konnte, als ob nichts gewesen wäre, an Wagner telegraphieren, die Audienz sei „außerordentlich gut" verlaufen[5]). Einige Wochen später gab das Braunschweiger Stahlhelmblatt eine Interpretation der Erklärungen des Bundes gegenüber Hindenburg[6]). Der Schreiber des Artikels vertrat die Ansicht, daß die Verfassung, „das Papier von Weimar", sich längst selbst entwertet habe und daß man sich daher „Liebesgeständnisse" sparen könne. „Späte Mädchen sind für Komplimente sehr zugänglich. Die beginnende Altjüngferlichkeit tröstet sich mit Geständnissen, die mitleidig, höflich oder konventionell gemacht werden, ohne daß sie zu etwas verpflichten." Angesichts solcher Worte hatte Severing nicht Unrecht, wenn er das Manöver vom 23. Februar als „purste Heuchelei" bezeichnete und meinte[7]): „Nur in Deutschland war das groteske Schauspiel möglich, daß das prominenteste Ehrenmitglied einer Organisation, die syste-

[1]) *Der Sta.*, 17. 3. 1929, S. 5, mit dem Wortlaut der Einladung an „Dr. Seldte".

[2]) DZA Potsdam (A 19), 275, fol. 5—7, *Bericht Ausfelds*, 21. 2. 1929. Unter Bezugnahme auf den Wunsch, Hindenburg möge seine Ehrenmitgliedschaft niederlegen, erklärte Meissner Ausfeld zufolge: „Der Herr Reichspräsident wünscht dieses nicht, müßte sich aber, um in diesem Punkt den Kampf gegen Braun—Severing zu gewinnen, versichern, daß der Stahlhelm auf legalem Wege seine Ziele erreichen wollte. Man verstehe ja vollkommen ..., daß der heutige Parlamentarismus bekämpft werden müsse."

[3]) *Ibid.*, fol. 8—12, *„Gesichtspunkte für die Unterredung am 23. Februar"*, o. D., mit Korrekturen von Brauweilers Hand.

[4]) Weitere Einzelheiten in *Der Sta.*, 3. 3. 1929, S. 2; *ibid.*, 31. 3. 1929, S. 2.

[5]) DZA Potsdam (A 19), 275, fol. 16, *Ausfeld an Wagner*, 23. 2. 1929.

[6]) *Jg. Nat.*, 14. 3. 1929, S. 1.

[7]) C. Severing (B 182), Bd. II, S. 182.

matisch mit einer Legion von Generälen und anderen Offizieren den Umsturz der Republik und die Abkehr von der Verständigungspolitik erzwingen wollte, die oberste Spitze dieser Republik, der Reichspräsident von Hindenburg war!" Noch einmaliger war ohne Zweifel die vorherige Absprache zwischen Ausfeld und Meissner, von der Severing kaum etwas gewußt haben wird.

Inzwischen focht der Stahlhelm auf verlorenem Posten gegen die allgemeine Interesselosigkeit an dem Brauweilerschen Volksbegehren[1]). Als es klar wurde, daß mit der DVP nicht zu rechnen war, verstärkte die Bundesführung, auf die Erhaltung ihrer Überparteilichkeit bedacht, ihre Bemühungen um weniger einflußreiche Splitterorganisationen. Darunter fiel auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) Hitlers[2]). Wie geschildert, gingen die Kontakte zu Hitler bis auf das Jahr 1920 zurück. Seitdem war besonders der Duesterberg-Flügel an ihm interessiert, der auch dafür sorgte, daß die Beziehungen über die Katastrophe von 1923 hinweggerettet wurden. Während Seldte und Brauweiler aus ihrer Abneigung gegen Hitler kein Hehl machten[3]), war Duesterberg zum Weimarer Parteitag (Juli 1926) eingeladen worden[4]). Er erhielt die Ehrenkarte Nr. 2. Gleichwohl waren auch die radikaleren Frontsoldaten von Hitlers Hochmut und demagogischem Instinkt nicht begeistert. Ihre politische Naivität und ihr in antirepublikanischen Kategorien fixiertes Denken brachte sie jedoch immer wieder unter seinen Einfluß. Für sie zählte, daß auch der „Führer" die Republik zerstören wollte. Dieses gemeinsame negative Ziel verhinderte jegliche ernsthafte Erörterung der Frage, auf welcher Basis man danach wohl hätte zusammenarbeiten können. Kurzum, man stellte sich blind, wenn es darum ging, den wahren Charakter des Nationalsozialismus zu erkennen, und diese Blindheit zerstörte, abgesehen von einer guten Portion Opportunismus, schließlich auch den Stahlhelm.

Schon in den zwanziger Jahren, als die Nationalsozialisten noch eine *quantité négligeable* im politischen Kraftfeld waren, hatten sie die Stahlhelmer wiederholt vor Rätsel gestellt. Damals wußte man sich allerdings an Stärke und Einfluß noch weit überlegen[5]), und so war bis Anfang 1930 eine väterlich-herablassende Haltung gegenüber dem fanatischen Trommler aus dem fernen Bayern unverkennbar. Man würdigte sein Organisationstalent und hielt ihn für einen guten,

---

[1]) Freilich hoffte man nach wie vor auf einen Erfolg, und auf der Stahlhelmführer-Tagung im Januar 1929 konnten sich die Bundesführer erneut der Unterstützung ihrer Gefolgschaft versichern. DZA Potsdam (A 19), 11, fol. 282 ff., *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 19. 1. 1929; *Der Sta.*, 27. 1. 1929, S. 1—2.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 9, fol. 18 ff., *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 24./25. 11. 1928.

[3]) So schrieb Brauweiler am 2. Mai 1927 an den Braunschweiger Landesverband (*ibid.*, 291, fol. 67—68): „Ich sehe in der nationalsozialistischen Bewegung ein Unglück für Deutschland und glaube, daß der Stahlhelm recht daran tut, sich von ihr möglichst fern zu halten." Allerdings blieb das nicht immer die Meinung des Seldte-Flügels.

[4]) Th. Duesterberg (B 045), S. 12.

[5]) DZA Potsdam (A 19), 87, fol. 112, *Vollmer an Bundesamt*, 6. 9. 1927.

wenngleich etwas extremen und verführten Patrioten. Man gab ihm den Rat, seine starren Glaubenssätze und besonders seinen Antisemitismus und seine Führerverherrlichung zu mäßigen. Sonst aber kümmerte man sich nicht viel um ihn[1]).

Nichtsdestoweniger waren die Unterschiede zwischen Seldte und Duesterberg in ihrer Haltung gegenüber Hitler potentieller Sprengstoff für einen neuen Konflikt im Vorstand. Diesmal ersparte Hitler jedoch dem Bund noch interne Auseinandersetzungen. Um die Stärkung seines Charismas bemüht, gab der „Führer" im Februar 1927 einen Befehl heraus, mit dem er seinen Anhängern die Mitgliedschaft in nicht-nationalsozialistischen Verbänden verbot[2]). Zuwiderhandelnde mußten mit dem Ausschluß aus der Partei rechnen. Im Mai desselben Jahres protestierte ein Stahlhelmer gegen diese Diskriminierung von Organisationen, die — wie er es sah — nicht weniger hingebungsvoll für die Befreiung Deutschlands arbeiteten als die Nationalsozialisten. Er erhielt daraufhin eine ebenso knappe wie interessante Antwort[3]): „Ihre Ansicht, daß Stahlhelm und NSDAP das gleiche seien, ist irrtümlich." So mancher Stahlhelmer fand es damals schwer, diese Erklärung zu akzeptieren. Jedenfalls ignorierte man Hitlers Befehl zunächst noch völlig, und von Gegenmaßnahmen der Bundesführer vor 1930 ist nichts bekannt.

Diese Passivität erwies sich als ein Vorteil, als man im Frühjahr 1929 an die stärker werdenden Nationalsozialisten herantrat[4]). Plötzlich war es nämlich „erwünscht", die Ausschüsse für das Stahlhelm-Volksbegehren auch mit Hitlers Leuten zu besetzen[5]). Aber so attraktiv man dem „Führer" das Projekt auch machte, er ließ sich nicht in Versuchung führen[6]). Im April 1929 faßte er schließlich die Gründe für seine Ablehnung des Brauweilerschen Planes in einem langen Memorandum an den Bundesvorstand zusammen[7]).

Gleich zu Anfang des Briefes kam Hitler zu dem Urteil, daß die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen für die Vorbereitung einer Erneuerung Deutschlands „belanglos" seien. Die Lage des Reiches sei zu hoffnungslos, als daß man eine Beseitigung der Probleme mit Hilfe von „Korrekturen" erwirken könne. Nötig sei die Bildung einer neuen Staatsautorität und diese werde man nicht erhalten, wenn man den Einfluß Hindenburgs stärke. Vielmehr sei der Präsident nur der Vertreter eines Geistes, der auch das parlamentarische System beherrsche. Unter

[1]) Siehe z. B. *Der Sta. (LV Brschw.)*, 15. 3. 1928, S. 1.

[2]) *Der Sta.*, 10. 7. 1927, S. 7.

[3]) Zitiert *ibid.*

[4]) Im Jahre 1928 hatte die NSDAP nicht mehr als 12 Reichstagssitze.

[5]) BA Koblenz (A 02), 3, *Gaumitteilungen*, 30. 4. 1929. Siehe auch E. Stadtler (B 188), S. 110—13.

[6]) DZA Potsdam (A 19), 11, fol. 240 ff., *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 16./17. 2. 1929. Da nützte auch Duesterbergs Vorschlag nichts: „Krisenstimmung kann durch Mundpropaganda ausgeübt werden. Stimmung ist auszunutzen." *Ibid.*

[7]) Doc. Center Berlin (A 25), 863, *Denkschrift Hitlers an die Bundesleitung*, o. D.

Bezugnahme auf den zweiten Punkt des Volksbegehrens schrieb der „Führer": „Wenn die November-Republik die Landesverräter als ehrenwerte Männer ansieht oder ansehen will, so ist das genauso ihre Sache, wie es die Sache des kommenden Staates sein wird, solche Subjekte zu vernichten." Die wirkliche Aufgabe sei es daher, den Unterschied zwischen den Republikanern und ihren Gegnern möglichst scharf herauszuarbeiten. Eine „etappenweise Besserung" sei zwecklos, zumal das Bürgertum sowieso nur die Rolle „eines charakterlosen Zuhälters" im Dienste des Marxismus erfülle. Mit solchen und anderen Worten[1]) ließ Hitler seinen Zorn an denen aus, die mit der Republik zusammenarbeiteten, und schließlich meinte er, daß ein zum Herrschen geborener Mann der Vollmachten des Volksbegehrens gar nicht bedürfen werde. Ein solcher durch die Vorsehung bestimmter Führer „wird sich ohnehin sein Handeln niemals durch die lächerlichen Kompetenz-Grenzen einer Verfassung vorschreiben oder beengen lassen, wenn das Handeln nach der Verfassung zum Ruin seines Volkes führen muß".

Dieser Einführung in Hitlers Ideenwelt der Jahre vor 1933 folgte eine Aufzählung der taktischen Gründe für seine Ablehnung des Stahlhelm-Volksbegehrens. Er fragte zunächst, was wohl geschehen würde, wenn ein „marxistischer" Präsident an die Macht käme. Doch dann meinte er, daß die Herrschaft eines bürgerlichen Präsidenten im Grunde gar keinen Unterschied mache. Hindenburgs Verfassungstreue sei der beste Beweis dafür und somit für die Pläne des Bundes ein vernichtendes Urteil. Denn „ein Bürgerlicher wird [immer] ‚bürgerlich', d. h. also ewig nachgiebig, um nicht zu sagen feige, unentschlossen, schwächlich und halb handeln ...". Nachdem er dem Bürgertum ein so schlechtes Zeugnis ausgestellt hatte, wies der „Führer" schließlich noch darauf hin, daß der Entwurf auch „aus rein psychologischen Gründen" „gänzlich ungeeignet" sei. Ein Volksbegehren müsse ein Thema von allgemeinem Interesse behandeln und die Massen aufrühren können. Diese Voraussetzungen fehlten dem Stahlhelm-Projekt, denn die Frage einer Verfassungsänderung sei viel zu abstrakt. Der ganze Plan, so hieß es abschließend, sei daher zum Scheitern verurteilt, und die NSDAP könne es sich nicht leisten, an einem von vornherein feststehenden Mißerfolg teilzuhaben[2]).

Nach der Erwähnung dieses Briefes wird der tiefere Sinn einer Rede deutlich, die Seldte schon im März 1929 in Stuttgart gehalten hatte[3]). „Unser Volks-

[1]) „Mit welchen Mätzchen hat nicht das deutsche Bürgertum seit dem Jahre 1918 immer wieder versucht, seine verlorengegangenen Positionen zu retten, und es erlitt immer wieder einen Schiffbruch nach dem anderen!" Und: „Der Durchschnitt des Marxismus wird, willensmäßig betrachtet, immer ein besserer sein, als der eines Bürgerlichen [soll wohl heißen: ‚des Bürgertums']." *Ibid.*

[2]) Dr. Brauweilers späterer Aussage zufolge befürchtete Hitler auch, daß die in dem Entwurf vorgeschlagene Neufassung des Artikels 37 der Weimarer Verfassung gegen seine eigenen Leute angewandt werden könnte. *Mündliche Auskunft Dr. Brauweilers*, Berlin, 11. 8. 1926.

[3]) *Der Sta.*, 24. 3. 1929, S. 5.

begehren", so rief er damals aus, „ist keine *ultima ratio*, kein Verzweiflungsschritt, wie es unsere Gegner gern wahrhaben möchten, sondern nur eine von unseren Waffen, die wir dann gebrauchen werden, wenn wir es für richtig und den Zeitpunkt für gegeben erachten, und er scheint uns nicht mehr allzu fern zu sein." Mit diesem Nachsatz warf Seldte ein letztes Licht des Optimismus auf eine bereits im dunkeln liegende Idee. Auch im Juni 1929 lag noch keine öffentliche Erklärung über den Stand der Verhandlungen vor, obwohl der Münchener Reichsfrontsoldatentag oder das große Stahlhelmtreffen in Ostpreußen in jenem Monat eine günstige Gelegenheit zu einer solchen Erklärung geboten hätten[1]). Diese merkwürdige Stille hatte Severing kurz zuvor bereits zu der ironischen Bemerkung veranlaßt, daß er sehr auf den Antrag des Bundes warte[2]). Endlich, am 30. Juni, veröffentlichte die Bundeszeitung dann eine Namensliste der Mitglieder eines vorbereitenden Volksbegehrens-Ausschusses[3]). Seldte wurde als Vorsitzender genannt, und auf den ersten Blick sah es so aus, als ob das Stahlhelm-Unternehmen doch noch durchgeführt werde. Wichtig ist daher, was Seldte „ferner" bekannt gab: „Der Reichsausschuß zur Durchführung des Volksbegehrens wird alle Maßnahmen entschlossen unterstützen, die darauf abzielen, die Pariser Vertragsentwürfe über die Neuregelung der Tributlasten gemäß Artikel 72 und 73 der Verfassung dem Volksentscheid zu unterwerfen."

Da mit dieser Erklärung eine verstärkte Agitation gegen den Young-Plan[4]) (wie er allgemein genannt wurde) einsetzte, war Seldtes Programmerweiterung das erste Anzeichen für die Zurückstellung des Stahlhelm-Volksbegehrens zugunsten eines Volksbegehrens zur Ablehnung des Young-Plans. Dies war nach Meinung der raffinierteren Politiker innerhalb der nun entstehenden antirepublikanischen Front ein Projekt, dem größere Popularität gesichert sein würde als dem Brauweilerschen Entwurf, mit dem man die Leidenschaften der Massen kaum hätte entfachen können. Am 8. Juli waren die Verhandlungen der Antirepublikaner in ihr entscheidendes Stadium getreten, wenngleich man sich keineswegs bereits einig war[5]). Hugenberg einerseits wollte das Stahlhelm-

[1]) Ursprünglich sollte der ostpreußische Stahlhelmtag in Danzig stattfinden. Doch der Senat der Stadt verbot das Treffen, was seitens des Bundes zu scharfen Worten, besonders gegen den Danziger Senatspräsidenten Dr. Heinrich Sahm, führte. Die Bundeszeitung (14. 4. 1929, S. 1) schrieb dazu: „Daß der Danziger Senatspräsident seinen guten Namen zu dieser Politik hergibt, beendet seine Laufbahn als Staatsmann." Siehe auch unten S. 197. Über die Aussichten des Volksbegehrens äußerte man sich nur privat weniger optimistisch. Der Bundeskanzler (DZA Potsdam [A 19], 35, fol. 240, *Wagner an Gossler*, 11. 5. 1929) erwähnte, daß sich in den Verhandlungen „Schwierigkeiten" ergeben hätten, während Brauweiler in der Vorstandssitzung am 1. Juni 1929 (*ibid.*, 11, fol. 109) von „schweren Enttäuschungen" sprach, die man während der vergangenen Wochen erlebt hatte.

[2]) *Der Sta.*, 23. 6. 1929, S. 3.

[3]) *Ibid.*, 30. 6. 1929, S. 5—6.

[4]) Zur Vorgeschichte des Young-Plans siehe E. Eyck (B 053), Bd. II, S. 260 ff.

[5]) Die folgende Darstellung gründet sich auf ein streng vertrauliches Rundschreiben Brauweilers an die Mitglieder des Bundesvorstandes vom 2. August 1929 in DZA Potsdam (A 19), 43, fol. 37—41.

Volksbegehren ganz fallenlassen, um für das Volksbegehren gegen den Young-Plan auch Hitler dabei zu haben. Die Stahlhelmer auf der anderen Seite hielten an ihrem Entwurf fest, und es gab „eine Reihe äußerst kritischer Situationen". Am folgenden Tage wurden zwei Anträge eingebracht, von denen der eine sich mit dem Young-Plan, der andere sich mit dem Stahlhelm-Volksbegehren beschäftigte. Aber am Ende wurde die letztere Entschließung doch von der Tagesordnung abgesetzt, und der Stahlhelm stellte das für die Durchführung des Stahlhelm-Volksbegehrens bereits aufgebaute Sekretariat dem Volksbegehren gegen den Young-Plan zur Verfügung[1]). Es wurde ein Präsidium gebildet, in dem unter Seldtes Vorsitz Duesterberg, Hugenberg, Hitler, Goltz, Class und andere saßen[2]).

Seldtes Rede anläßlich der ersten Sitzung des Ausschusses war voller Ausflüchte[3]). Der Kampf gegen den Young-Plan, so meinte er, sei so dringend geworden, daß angesichts der letzten Entwicklungen der Bund sein eigenes Volksbegehren verschoben habe. Dennoch bestand kaum ein Zweifel, daß diese Zurückstellung einem Begräbnis gleichkam. Der *Völkische Beobachter* machte dies mit der ihm eigenen Nachdrücklichkeit klar und kündigte an, daß die NSDAP den neuen Reichsausschuß sofort nach dem Abschluß des Kampfes gegen den Young-Plan verlassen werde[4]). Die Erklärung ging in der Begeisterung über die endlich errichtete Front gegen die Republik unter[5]). Die Antirepublikaner setzten ihre mächtige Propagandawalze in Bewegung, und ihre Presse war von nun an gefüllt mit Artikeln, in denen die angeblich bevorstehende „Versklavung" des deutschen Volkes ausgemalt wurde[6]).

Am 15. September veröffentlichte *Der Stahlhelm* endlich den Wortlaut des Volksbegehrens[7]), und zwei Wochen später reichten Seldte und Hugenberg einen entsprechenden Antrag zur Einleitung des Begehrens beim Reichsinnenministerium ein[8]). Gleichzeitig wurde die Bevölkerung aufgerufen, sich während der zweiten Oktoberhälfte in die ausliegenden Listen einzutragen[9]). Inzwischen war das Argument, daß dies alles aus Vaterlandsliebe geschehe, gänzlich unglaubwürdig geworden. Seldte zum Beispiel forderte in einer Rede im Berliner Sportpalast alle Macht für die neue Front und rief[10]): „Uns ist das Volksbegehren ein

[1]) Auf Hitlers Wunsch hin wurde über den Plan, das Brauweilersche Projekt später wiederaufzugreifen, nicht abgestimmt. *Ibid.*, 61, fol. 36, *Protokoll der Sitzung der Landesgeschäftsführer*, 19. 2. 1930. Leiter des Sekretariats war Jenö von Egan-Krieger.

[2]) *Jg. Nat.*, 18. 7. 1929, S. 1—2.

[3]) *Der Sta.*, 14. 7. 1929, S. 1—2.

[4]) *Ibid.*, 21. 7. 1929, S. 1.

[5]) *Ibid.*, 4. 8. 1929, S. 1.

[6]) Siehe z. B. *ibid.*, 1. 9. 1929, S. 1—2; *ibid.*, 8. 9. 1929, S. 3—4.

[7]) *Ibid.*, 15. 9. 1929, S. 1.

[8]) *Ibid.*, 6. 10. 1929, S. 1.

[9]) *Ibid.*

[10]) *Ibid.*, 29. 9. 1929, S. 1.

Mittel, um eine nationale Volksbewegung zu schaffen ..." Und im Dezember meinte er sogar[1]): „Wir machen vielleicht noch 50 [Volksbegehren]." So hatten die Frontsoldaten, fasziniert von der antirepublikanischen Einheitsfront, einen beträchtlichen Anteil an der Agitation gegen den Young-Plan[2]).

Allen Vorbereitungen zum Trotz konnten die Gegner der Republik dennoch nur gerade die erforderliche Anzahl an Unterschriften sammeln. Der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hermann Pünder, hielt das Ergebnis des Begehrens für eine „reine Zufallsmehrheit", die ihm aber doch „*sehr* unbequem" war[3]). Da der Reichstag bald darauf Seldtes und Hugenbergs „Freiheitsgesetz" ablehnte, mußte ein Volksentscheid abgehalten werden, den Severing für das Wochenende vor Weihnachten festsetzte[4]). Doch hätte auch ein günstigerer Termin das Ergebnis schwerlich geändert. Von 42,1 Millionen Stimmberechtigten gaben nur 5,8 Millionen ihre Stimme ab. Die Gegner der Republik hatten eine empfindliche Niederlage erlitten.

Für den Bund war der Zeitpunkt gekommen, Bilanz zu ziehen. Zunächst war die Finanzlage des Stahlhelms beunruhigend, da die Reserven durch das Volksbegehren beträchtlich kleiner geworden waren. Schwerer wog, daß das mühsam aufgebaute und vielseitige System von Verbindungen in Schutt und Asche lag. So befanden sich die Kontakte zur DVP nach allem, was 1929 passiert war, in hoffnungsloser Unordnung, und es verging ein volles Jahr nach dem Tode Stresemanns im Oktober 1929, ehe sie wieder halbwegs entwirrt werden konnten[5]). Auch innerhalb der Front gegen den Young-Plan hatten sich wachsende Spannungen spürbar gemacht. Am 8. September hatte der nationalsozialistische *Sächsische Beobachter* Unfreundlichkeiten über die „Stahlhelm-Reaktion" gebracht[6]), und drei Wochen später demonstrierte Duesterberg in Erfurt, daß er Hitler kritischer als zuvor gegenüberstand[7]). Zu den negativen Posten in der Stahlhelm-Bilanz mußten schließlich auch die düsteren Berichte über die

[1]) *Ibid.*, 8. 12. 1929, S. 1.

[2]) BA Koblenz (A 17), 20, *Altrichter an Schleicher*, 10. 9. 1929. Schleicher wurde in diesem Schreiben um eine Spende gebeten, was er höflich ablehnte. Siehe auch E. Stadtler (B 188), S. 165.

[3]) Hermann Pünder, *Politik in der Reichskanzlei* (B 150), S. 21. Siehe auch *ibid.*, S. 16, 18. Die Bundeszeitung proklamierte natürlich einen Sieg bzw. eine „Niederlage der Sozialdemokratie". *Der Sta.*, 10. 11. 1929, S. 1. Siehe auch E. Stadtler (B 188), S. 178—87.

[4]) Pünder [(B 150), S. 26] meinte zu der Reichstagsabstimmung: „Ein ganz gräßlicher Reinfall für Herrn Hugenberg." Der Reichsausschuß protestierte gegen diesen Termin in der wohl berechtigten Befürchtung, daß die Bevölkerung so kurz vor Weihnachten an andere Dinge als eine Stimmabgabe denken würde.

[5]) In einem Nachruf zu seinem Tode ehrte die Bundeszeitung (13. 10. 1929, S. 1—2) Stresemann als einen fähigen und überlegenen Mann, meinte aber, daß er der eigentliche Gegner der „nationalen Opposition" gewesen sei. Kulenkampff starb übrigens um die gleiche Zeit, und der neue Parteivorsitzende Eduard Dingeldey war ein anderer Mann als sein Vorgänger.

[6]) Zitiert in *Das Reichsbanner*, 2. 11. 1929, S. 358.

[7]) *Ibid.*

Stimmung der Bevölkerung gezählt werden, die für die Schlagworte des Reichsausschusses kein Verständnis zeigte und „regierungsfromm" blieb[1]). Zuletzt hatten sich auch die Beziehungen zur Reichswehr verschlechtert, so daß man sich nur auf einige wenige Bastionen zurückziehen konnte. Vorerst müssen wir uns jedoch den Gründen für die Differenzen zwischen dem Stahlhelm und der Reichswehr zuwenden.

4. Das Langenberg-Verbot

Im Jahre 1926 hatten die Westmächte darauf bestanden, daß die Beziehungen zwischen der Reichswehr und den Wehrverbänden den Versailler Vertrag verletzten und abgebrochen werden müßten. Der Reichsregierung kam diese Forderung nicht ungelegen. Sie hatte inzwischen selbst bemerkt, daß Seeckt auch sie nur unvollkommen über seinen Landesschutz informiert hatte, und war entschlossen, die dadurch entstandenen Schwierigkeiten in Zukunft zu vermeiden. General Heye, Seeckts Nachfolger, gab gern einen Teil der Verantwortung an die Minister ab, die ihrerseits gar nicht so abgeneigt waren, sie zu übernehmen. Doch ihr Entschluß, sich durchzusetzen und militärische Forderungen politischen Erwägungen zu unterwerfen, sollte nicht mit einem ersten Schritt in Richtung auf einen Abbruch der Aufrüstung verwechselt werden.

Je mehr das Kabinett von dem Seecktschen System unterrichtet wurde, desto höher schätzte es seinen Wert ein. Die Vorbereitungen sollten jetzt nur von Politikern kontrolliert und ausschließlich auf den Osten beschränkt werden. Aus politischen Gründen sah man den Landesschutz sowie den Grenzschutz in den westlichen Teilen des Reiches als bedenklich und nach der Unterzeichnung des Locarno-Abkommens auch als sinnlos an[2]). Heye stimmte dem unverzüglich zu. In einer Ministerbesprechung am 26. Februar 1927 machte er seitens der Armee den Politikern neue Vorschläge[3]). Zunächst gab er eine Zusammenfassung der bis dahin ergriffenen Maßnahmen für die geheime Wiederaufrüstung. Er sehe ein, so fuhr er fort, daß sich die Tätigkeit der Reichswehr nicht länger vor den Behörden verbergen lasse, und biete den Ministern folgendes an: dafür, daß das Kabinett die Mitverantwortung trage, werde die Reichswehr alle Projekte fallenlassen, die nicht die Unterstützung der Minister fänden. Und um zu beweisen, daß er es mit diesem Vorschlag ernst meinte, schlug Heye gleich von sich aus vor, die Ausbildung in den Soldatenverbänden ganz abzubrechen. Die Übungen seien sowieso ohne praktischen Wert gewesen.

[1]) BA Koblenz (A 02), 4, *Stimmungsbericht des Salzgaus*, 5. 11. 1929; *ibid.*, *Stimmungsbericht des Salzgaus*, 25. 12. 1929.

[2]) F.O.L. London (A 32), 4565, frames E 164096—102, *Aufzeichnung Köpkes*, 21. 11. 1927. Siehe auch die beiden interessanten Aufzeichnungen (*ibid.*, frames E 164104—111) über die Vorträge Kurt von Schleichers und Werner von Fritschs im A.A., gehalten wahrscheinlich im Oktober 1927. Allgemein hierzu: F. L. Carsten (B 020), S. 287 ff.

[3]) *Ibid.*, frames E 164073—83, *Protokollauszug*, 26. 2. 1927.

Damit wurde die gesamte Aufrüstungsplanung auf die erwähnte neue Grundlage gestellt und durch den Reichshaushalt finanziert. So mußten die meisten Stahlhelmgruppen plötzlich auf ihre militärische Ausbildung verzichten[1]), was zunächst erhebliche Unruhe hervorrief. Viele Frontsoldaten hatten kein Verständnis für die neue Linie der Reichswehr, und die nun fehlende Ablenkung auf militärische Dinge machte sie der Agitation gegen die „wehrfeindliche" Republik weiterhin zugänglicher. Es gab laute Proteste. Heye berichtete, daß er dauernd von Delegationen besucht und der Sabotage an dem Werke Seeckts bezichtigt werde[2]). Schließlich scheint es aber Wilhelm Groener, dem Nachfolger Geßlers, doch gelungen zu sein, die Gemüter zu beruhigen. Immerhin gewann Czettritz in einer Unterredung mit dem neuen Reichswehrminister im März 1928 den Eindruck, daß sich die Reichswehr auf eine Position wohlwollender Neutralität zurückgezogen habe[3]). Sogar Eulenburg, einer der Exponenten des „militärischen" Flügels im Vorstand, zeigte für die Haltung der Armee Verständnis und glaubte, daß eine Verbindung zwischen Reichswehr und Stahlhelm „nur beiden Teilen zum Nachteil gereichen würde"[4]).

Nur Mahnken teilte diese Ansicht nicht. In einem Brief an Ausfeld bezog sich der westdeutsche Stahlhelmführer auf die personellen Veränderungen innerhalb der Reichswehr und beklagte sich darüber, daß die neuerlichen Versetzungen in ungefähr der Hälfte der Fälle als eine „Einschaltung der bedenklichsten Männer in die wichtigsten Stellen... und [als eine] Ausschaltung von Leuten, die uns nahestehen", betrachtet werden müsse[5]). In einem anderen Schreiben erklärte er, die Umbesetzungen im Reichswehrministerium seien ein Auswuchs des „Systems Schleicher"[6]). Die neue Politik der Armee sei zwar nicht direkt gegen die des Stahlhelms gerichtet, stehe jedoch zu dieser in keiner Verbindung. „Die, denen man vertrauen konnte, sind fort."

Angesichts dieser Lage beschlossen diejenigen Stahlhelmführer, die weiterhin glaubten, daß Deutschland einer Wiederaufrüstung Seecktschen Stils bedürfe, auf eigene Faust zu arbeiten. Schon im Frühjahr 1928 erzählte Heye in Gegenwart von Groener, Stresemann und Werner von Blomberg, daß sich die Wehrverbände selbständig zu machen versuchten und Waffen anschafften[7]). Zu diesen Verbänden gehörte auch der Stahlhelm, der zwar eine Reihe von Ver-

[1]) Nach außen hin zumindest fügte sich die Bundesführung dieser neuen Politik, indem sie das Übungsverbot von Zeit zu Zeit wiederholte. *Der Sta.*, 23. 1. 1927, S. 2; *ibid.*, 13. 11. 1927, S. 7; *ibid.*, 20. 11. 1927, S. 4.

[2]) F.O.L. London (A 32), 4565, frames E 164092—95, *Aufzeichnung Köpkes*, 23. 1. 1928.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 34, fol. 169—70, *Bericht Czettritz' über seinen Besuch bei Groener*, 23. 3. 1928.

[4]) *Ibid.*, 29, fol. 55, *Eulenburg an Groener*, 8. 4. 1928.

[5]) BA Koblenz (A 04), 2735, *M[ahnken] an Ausfeld*, 9. 9. 1929.

[6]) *Ibid.*, *M[ahnken] an Heinrichsbauer*, 16. 9. 1929.

[7]) F.O.L. London (A 32), 4565, frames E 164092—95, *Aufzeichnung Köpkes*, 23. 1. 1928.

boten gegen militärische Übungen veröffentlichte, es sich deswegen aber nicht nehmen ließ, Wehrsportpläne seiner Ortsgruppen diskret zu unterstützen[1]).

In diesem Zusammenhang gehört auch die Gründung des sogenannten Ostelbischen Ausschusses, eines Zusammenschlusses von Stahlhelm- und Landbundführern in den östlichen Provinzen. Sein Ziel, wie es von dem Stahlhelmführer Bernd Graf Wedel-Fürstensee am 8. Juli 1928 vor dem Ausschuß formuliert wurde, war die Bekämpfung der dem Reich von innen und außen drohenden Gefahren sowie die Vereinigung aller vaterländischen Verbände[2]). Wagner, der anschließend zu Wort kam, versuchte den Teilnehmern einzuprägen, daß unvorhergesehene Ereignisse, wie etwa der Tod Marschall Pilsudskis, zu einem plötzlichen Konflikt im Osten führen könnten. Unter dem Eindruck solcher Visionen kam der Ausschuß schließlich zu der Auffassung, daß man sich sowohl gegen die Idee eines Ostlocarno als auch gegen Abrüstungsverhandlungen mit Warschau wenden müsse. Besser sei es, die Ostprovinzen zu bewaffnen. In einer weiteren Sitzung des Ausschusses stellte es sich jedoch heraus, daß man nur geringe Fortschritte gemacht hatte. Wedel bemühte sich immer noch um eine Formulierung der Ziele der Arbeitsgemeinschaft, und Stephani, nunmehr Berliner Stahlhelmführer, berichtete über seine Kontaktaufnahme zu anderen führenden Nationalisten[3]). Anscheinend waren seine Erfolge nicht besonders eindrucksvoll, so daß er schließlich vorschlug, einen Unterausschuß für Kontaktfragen zu bilden. So waren auch diese Bemühungen zu verschwommen, um durchschlagend zu sein, und die Stahlhelmer waren für ihre militärische Ausbildung nach wie vor auf sich allein gestellt.

Diese Arbeit war in den westlichen Teilen des Reiches besonders risikoreich. Aber Mahnken glaubte fest, das Rheinland bedürfe trotz — oder vielleicht könnte man auch sagen: gerade wegen — der Stresemannschen Versöhnungspolitik eines Grenzschutzes[4]). Ideologisch waren seine Maßnahmen durch die

---

[1]) Siehe oben S. 62. Duesterberg (DZA Potsdam [A 19], 11, fol. 148, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 27./28. 4. 1929) setzte sich ausdrücklich für den Wehrsport ein, für den seit dem Winter 1928/29 besondere Abteilungen eingerichtet wurden. BA Koblenz (A 09), *Rundschreiben Grzesinski*, 7. 5. 1929. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Schriftwechsel zwischen Karl Görnemann und einer Düsseldorfer Stahlhelmgruppe. Diese Gruppe hatte am 11. August 1928 ein Geländespiel veranstaltet und der Bundesführung darüber einen ausführlichen Bericht mit Lageplänen gesandt. *Ibid.*, 49, fol. 184—90. Die Antwort lautete, daß der Bericht unmöglich veröffentlicht werden könne, wenn man nicht ein Verbot riskieren wolle. *Ibid.*, fol. 181, *Görnemann an Stahlhelm Düsseldorf Block Nord*, 7. 9. 1928. Sonst geschah aber nichts. Siehe auch BA Koblenz (A 04), 2734, *Protokoll der Chefbesprechung*, 30. 10. 1929, S. 4.

[2]) IfZ München (A 47), Rolle 15, *Sitzungsprotokoll*, 8. 7. 1928.

[3]) *Ibid.*, *Sitzungsprotokoll*, 30. 7. 1928. Erst Morosowicz brachte politische Akzente in die Konferenz mit der Bemerkung, daß der Stahlhelm jetzt seine Organisation ausgebaut habe und in den Maiwahlen zum ersten Male eingesetzt worden sei. Der Bund „müsse jetzt aus dem Zustand der alles ertragenden Disziplin herauskommen und dazu übergehen, selber mit der Faust dreinzuschlagen". *Ibid.*

[4]) *Mündliche Auskunft Carl Simons*, Köln, 5. 6. 1962. Herr Simon war in diesem Punkte ganz offen.

in Stahlhelmkreisen verbreitete Feindseligkeit gegenüber Frankreich gut abgestützt, und schließlich war es noch aus einem weiteren Grunde verständlich, wenn Mahnken seine Übungen fortsetzte: die neue Linie der Reichswehr war nur langsam überallhin gedrungen. Noch Ende 1928 trat die Armee im westlichen Grenzschutz auf, und erst im Dezember 1928 verbot Groener alle militärischen Vorbereitungen im Rheinland[1]).

Mahnken hatte daher zunächst einige Veranlassung zu glauben, daß die Armee es mit ihrer neuen Politik nicht allzu genau nehmen wolle, und als er 1928 einsehen mußte, daß er sich geirrt hatte, da bedauerte er das kategorische Verbot Groeners nicht. Wenn, wie es dem Stahlhelm schien, die Reichswehr für die französische Bedrohung kein Auge hatte, dann mußten seine Mitglieder eben die Lücke füllen[2]). Mahnken setzte sich zum Erben des Seecktschen Grenzschutzes im Westen ein und übernahm den Befehl über die Vorbereitungen in seinem Landesverband. Die westdeutschen Stahlhelmer hatten eine starke und wohlhabende Organisation aufgebaut, und ihr Landesverbandsführer war ein einfallsreicher Mann, dessen Bemühungen schließlich sogar das Lob der Magdeburger fanden[3]). In einem streng vertraulichen Rundschreiben an seine Gauführer vom 24. Januar 1929 ließ Mahnken sich über seine Grenzschutzphilosophie aus[4]). Er begann mit der Feststellung, daß mit einer strikten Durchführung des Groenerschen Verbotes zu rechnen sei. Der westdeutsche Stahlhelm habe

> in dieser Lage die Pflicht, eine ernsthafte geschichtliche Verantwortung zu übernehmen. Die Wehrpolitik muß auch in diesem Bereich sowohl in der Idee wie vor allem in der absolut entscheidenden Kleinarbeit aufrechterhalten werden. Der Stahlhelm war bisher der wesentliche Träger dieser Arbeiten. Als stärkste Basis der Wehrbewegung und als Bund der Frontsoldaten wird er es übernehmen, aus eigenem Entschluß diese Arbeit durchzuführen. Dieses kann bei der Eigenart der Aufgaben nur von den Gauen aus erfolgen... Es ergeben sich folgende Grundsätze: ... 2. Die aufgestellten Rahmen bleiben grundsätzlich bestehen; sie werden zweckmäßig langsam in die Marsch- und Sportabteilungen der Gaue überführt, so daß am Schluß diese fertige und mit Menschen fest ausgefüllte Organisation steht.... 4. Die theoretische Belehrung ist in gleicher Weise wie bisher fortzusetzen. 5. Es wird weithin möglich sein, die Kräfte, die bisher ehrenamtlich in diesen Dingen helfen, auch künftig in Anlehnung an den Stahlhelm dafür zu gewinnen... 6. Der beschleunigte und restlose Ausbau der Sportabteilungen und ihrer gesamten

[1]) BA Koblenz (A 04), 2734, *Denkschrift des RWMinisteriums „Angeblicher Zusammenhang zwischen Reichswehr und Stahlhelm im Westen"* (Oktober 1929).

[2]) „So schlapp und widerwärtig diese neue Politik ist, so bitte ich *dringend*, die Dinge einstweilen *nicht* öffentlich zum Kampf gegen [das] A.A. zu verwerten; ebenso *noch nicht* bei der R.W. Es liegt im dringenden Interesse des Stahlhelm, daß er zunächst hier nun die R.W. *voll* beerbt und ihre Positionen einnimmt; *sehr* nützlich für uns!" DZA Potsdam (A 19), 118, fol. 4, *Mahnken an die Politische Abteilung*, 24. 1. (1929).

[3]) *Ibid.*, 101 alt, fol. 112, *Rundschreiben Görnemanns an alle Landesverbände und selbständigen Gaue*, 6. 8. 1929. Görnemann regte Nachahmungen an und mahnte zur Vorsicht gegenüber den Behörden.

[4]) *Ibid.*, 118, fol. 3, *Mahnken an die Gauführer*, 24. 1. 1929.

Tätigkeit, insbesondere die planmäßige Schulung auf die Geländespiele, ist die beste Leistung für diese Aufgabe.

Mahnken schloß seinen Brief mit der Anordnung, daß angesichts der Gefahr von Haussuchungen in den Stahlhelmbüros keine Akten über das geheime Stahlhelmunternehmen aufgehoben werden sollten[1]).

Im Laufe des Jahres 1929 konnte der Bund tatsächlich die Infrastruktur des Grenzschutzes allmählich unter seinen Einfluß bringen. Es bildeten sich die von Mahnken erwähnten Marsch- und Sportabteilungen heraus, die innerhalb der einzelnen Ortsgruppen als selbständige Einheiten auftraten. Ihnen standen Sportwarte mit erheblichen Befehlsbefugnissen vor, was sich aber nicht immer günstig auf das Programm auswirkte. Es traten Koordinationsmängel auf, die zum Beispiel den Sportwart des Niederrheingaues beunruhigten. Er faßte seine Erfahrungen wie folgt zusammen[2]):

> Die meisten hiesigen Sta[hlhelm]-Führer haben von der Wehrsportbewegung einen vollkommen falschen Begriff! Es besteht fast allgemein die Ansicht, daß die Wehrsportbewegung weiter nichts als eine turnerische Betätigung der jüngeren Kameraden sein soll, deren Gipfelpunkt in der Austragung von Wettkämpfen anläßlich irgendwelcher größerer Sta-Veranstaltungen ist. Anders wäre die teilweise gleichgültige, teilweise fast ablehnende Haltung nicht zu deuten. Das Aufkommen einer solchen Ansicht ist m. E. dadurch möglich geworden, daß bei den verschiedenen Besprechungen des Kam. Major Heider fast immer nur die Wehrsportführer zugegen waren, die eigentlichen Sta-Führer selbst daher aus berufenem Mund nicht aufgeklärt wurden. Die Schuld trifft hier die Sta-Führer selbst, da sie trotz Aufforderung diese Besprechungen nicht besucht haben.

Neumann gab der Wehrsportbewegung darüber hinaus noch einen neuen Inhalt. Seiner Meinung nach war sie nämlich auch gedacht als eine Macht, mit der man politische Gegner einschüchtern und somit den politischen Forderungen des Stahlhelms größeren Nachdruck verleihen könne. Für ihn war der Bund nicht als „politischer Verein", sondern nur als selbstbewußter Wehrverband denkbar. Denn „die schönsten politischen Gedanken usw. sind Unsinn, wenn hinter ihnen nicht die Macht steht, die gegebenenfalls nach Mussolinischem Muster auftreten kann".

Es mag bezweifelt werden, daß Neumann von sich aus auf diese Gedanken gekommen war. Fest steht, daß seine Vorschläge gesetzeswidrig waren. Mahnkens Ziele mögen nicht ganz so weit gesteckt gewesen sein wie die Neumanns[3]), aber schon seine Mittel und Wege erregten bei den Behörden den Verdacht, der Bund habe

[1]) Das Schreiben trägt den Rotstift-Vermerk „Vernichten". Doch im Oktober 1929 beschlagnahmte die Polizei ein Exemplar, so daß eine Kopie erhalten ist in BA Koblenz (A 04), 2734.

[2]) *Ibid.*, *Schreiben Neumanns*, 24. 9. 1929.

[3]) Die Akten der Reichskanzlei enthalten allerdings auch ein unsigniertes Memorandum *(ibid.*, *„Der Stahlhelm in der Illegalität"*, 29. 6. 1929) mit der Forderung, den Stahlhelm so zu organisieren, „daß er im gegebenen Augenblick die *Macht* erobern kann. Rußland zeigt den Erfolg, . . .". Ist der Autor auch nicht zu ermitteln, so beweist dieses Dokument zumindest doch, daß Neumann mit seinen Gedanken nicht allein stand.

die Form lediglich eines politischen Vereins... verlassen und [wolle] sich neben der politischen Vereinsgliederung und unabhängig von ihr, ähnlich der Einrichtung der SA und SS der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und des Roten Frontkämpferbundes der KPD, ein für den Kampf bestimmtes Machtmittel... schaffen, das charakteristisch für den Wehrverband im engeren Sinne ist[1]).

Geheimarmeen waren jedoch weder innenpolitisch erwünscht noch mit den geltenden Gesetzen vereinbar, und so mußte es über kurz oder lang zum Zusammenstoß kommen.

Für den 21./22. September hatte Mahnken wieder eine seiner Feldübungen organisiert. Diesmal ging er von der Annahme aus, daß die „Goldberge" von Werden, Langenberg und Kupferdreh südlich von Essen gegen die „neidischen Bewohner von Kettwig, Velbert und Neviges" verteidigt werden müßten[2]). Die Manöverlagen enthielten weiterhin bis ins einzelne gehende Anordnungen darüber, wie sich die „Kämpfer von Langenberg, Kupferdreh und Werden" und die Angreifer zu verhalten hätten. Alles war genau geplant, und Seldte sollte der Übung beiwohnen[3]). Doch der Erste Bundesführer mußte in letzter Minute absagen, um an einer Sitzung des Reichsausschusses gegen den Young-Plan teilzunehmen. Die Übung aber entging der Öffentlichkeit dennoch nicht. Am 26. September brachte die *Vossische Zeitung* eine kurze Notiz über das Langenberg-Manöver, die am folgenden Tage vom *Echo de Paris* übernommen wurde. Auf Grund der Nachricht in der *Vossischen Zeitung* richtete das Auswärtige Amt an den Preußischen Innenminister eine ruhig gehaltene Bitte, den Sachverhalt mitzuteilen[4]). Als dann aber die Übung in der französischen Presse erwähnt wurde, befiel die Diplomaten anscheinend eine leichte Nervosität. „Mit Rücksicht auf das nunmehr verstärkte außenpolitische Interesse", so schrieb jetzt Staatssekretär Bernhard von Bülow an Albert Grzesinski, „wäre ich für tunlichst umgehende Feststellungen im Sinne meines obenbezeichneten Schreibens besonders dankbar[5])." Grzesinski glaubte, sich einer so nachdrücklichen Bitte nicht verschließen zu können und begann zusammen mit Severing, Informationen zu sammeln.

Anfang Oktober stattete Severing schließlich dem A.A.-Staatssekretär Carl von Schubert einen Besuch ab in dem Glauben, daß man sich im Auswärtigen Amt Sorgen mache und irgendeine Reaktion erwarte[6]). Er legte ihm die Briefe von König und Bülow sowie eine Reihe von Photos von der Langenberg-Übung

[1]) *Ibid.* (A 09), *Rundschreiben Grzesinskis*, 7. 5. 1929.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 276, fol. 88 ff., „*Lage für das Geländespiel am 14./15. September 1929*", o. D., mit einem Stempelzusatz: „Datum stets 21./22. Sept[ember]." Neben diesen Dokumenten sind die dazugehörigen „Zusatzanordnungen" erhalten in BA Koblenz (A 04), 2734.

[3]) Beide Parteien trugen farbige Mützenbänder. „*Kurze laute Pfiffe* deuten Schüsse an und geben dem Spielgegner bekannt, daß er erkannt ist und beschossen wird." *Ibid.*

[4]) F. O. L. London (A 32), 4525, frame E 137446, *König an PrMdJ*, 26. 9. 1929.

[5]) *Ibid.*, frame E 137447, *Bülow an PrMdJ*, 30. 9. 1929.

[6]) *Ibid.*, frames E 137452—53, *Schubert an Köpke*, 15. 10. 1929.

vor. Weiterhin erzählte er Schubert, daß er mit Reichskanzler Hermann Müller bereits die Frage eines Verbots des westdeutschen Stahlhelms besprochen habe. Er wolle nunmehr die Ansichten des Auswärtigen Amtes zu dem Fall hören. Schubert antwortete dem Reichsinnenminister, daß gegen ein Verbot wohl keine außenpolitischen Bedenken bestünden. In der dann folgenden Aussprache diskutierten Severing und Schubert das Für und Wider eines Verbots und schlossen dabei die Möglichkeit aus, daß es zu einem außenpolitischen Bumerang werden könnte. Vielmehr, so meinten sie, könnten die Westmächte der Reichsregierung doch nur dankbar sein, wenn diese gegen Verletzungen des Versailler Vertrages vorgehe. Auch gab Schubert zu, daß die Photos zum Teil „sehr bedenklich" waren[1]). So verfügte Grzesinski am 8. Oktober die Auflösung des westdeutschen Stahlhelms und beschlagnahmte dessen Akten[2]). Ein Landesverband des Stahlhelms wurde ein Opfer des Gesetzes vom 22. März 1921, das drei Jahre zuvor die Existenz des gesamten Bundes bedroht hatte.

Severings und Schuberts Spekulationen über die möglichen außenpolitischen Rückwirkungen eines Verbotes erwiesen sich als richtig. Die Befürchtungen, die zum Beispiel Graf Westarp dem Reichskanzler gegenüber ausdrückte, nämlich daß ein Verbot den Westmächten einen falschen Eindruck von den deutschen Maßnahmen im entmilitarisierten Rheinland vermittele, entbehrten jeder Grundlage[3]). Aber niemand hatte anscheinend damit gerechnet, daß die Auflösung einen innenpolitischen Sturm heraufbeschwören würde. Nach dem Verbot des westdeutschen Landesverbandes nahmen die Proteste der Rechten und die Suche nach seinen Urhebern kein Ende. *Der Stahlhelm* bezeichnete das Verbot als „Grzesinskis Gewaltakt" und sprach eine Woche später von der „roten Diktatur" und einem „Verfassungsbruch"[4]). Seldte und Duesterberg legten sofort gegen die Entscheidung Beschwerde ein, und am 14. Oktober reichte Friedrich Everling, der Prozeßvertreter des Bundes und DNVP-Abgeordneter, eine Begründung nach, in der er die Rechtswidrigkeit der Auflösung nachzuweisen suchte[5]).

Abgesehen von anderen Behauptungen warf er Grzesinski vor, das „Versailler Diktat" über Gebühr beansprucht zu haben. Weiterhin hielt er die Beschlagnahme von Materialien für das Volksbegehren gegen den Young-Plan, das gerade angelaufen war, für einen flagranten Bruch der Verfassung. „Damit ist nicht nur in die verfassungsmäßig gewährleistete Vereinigungsfreiheit, sondern weit darüber hinaus in die staatsbürgerliche Ausübung eines von der Weimarer Verfassung besonders hervorgehobenen gesetzgeberischen Rechts

[1]) *Ibid.*, frames E 137477—81, *Schubert an Curtius*, 24. 10. 1929. Siehe auch *ibid.*, frames E 137452—53, *Schubert an Köpke*, 15. 10. 1929.

[2]) *Der Sta.*, 20. 10. 1929, S. 5.

[3]) BA Koblenz (A 04), 2734, *Westarp an Müller*, 16. 10. 1929.

[4]) *Der Sta.*, 13. 10. 1929, S. 1; *ibid.*, 20. 10. 1929, S. 1 ff.

[5]) BA Koblenz (A 04), 2734, *Everling an PrMdJ*, 14. 10. 1929.

des Volks in einer Weise eingegriffen worden, die die Behörden als Gegenpartei eines Volksteiles hervortreten ließ." Aus diesem Grunde wollte er prüfen lassen, „ob außer der Verletzung der Verfassung und der Gesetze in dem gedachten Vorgehen noch weitere *strafbare Handlungen* zu sehen sind". Es ist hier nicht zu untersuchen, wie demokratisch es ist, eine Demokratie zu zerstören, oder wie undemokratisch man sein darf, um sie zu verteidigen. Mit dem Toleranzgebot der Verfassung war aber noch niemandem, wie Everling zu glauben schien, ein Freipaß für die Verletzung von Gesetzen gegeben, die die bürgerlichen Freiheiten einschränkten. Diese Tatsache muß auch einer Reihe von Abgeordneten entgangen sein, die am 11. Oktober eine Interpellation im Reichstag einbrachten und fünf Tage später in einem Antrag das Kabinett aufforderten, Severing eine Mißbilligung auszusprechen[1]).

Dieser Antrag, ein Mitglied der Reichsregierung zu desavouieren, hatte offenbar das Ziel, wachsenden Meinungsverschiedenheiten unter den Ministern über die Anwendbarkeit des Gesetzes vom 22. März 1921 Nahrung zu geben. Der Plan mißlang. Das Kabinett teilte den DNVP-Abgeordneten mit, daß für die Rechtmäßigkeit des Verbots die Zustimmung des Ressortschefs genüge und eine ausdrückliche Kabinettsentscheidung nicht erforderlich sei[2]). Theorie und Praxis, so hieß es in der Antwort weiter, bestätigten dies, und die Deutschnationalen wurden noch ausdrücklich auf die gleichartige Handhabung des Gesetzes vom 22. März 1921 durch den früheren Minister Walther von Keudell hingewiesen[3]). Keudell war Mitglied der DNVP, und so nahm dieser Hinweis denen den Wind aus den Segeln, die die Anwendung von „Versailler" Gesetzen für einen groben Fehler — wenn nicht gar mehr — hielten[4]).

Eine andere Gegenaktion war schon gefährlicher für den Zusammenhalt des Kabinetts und offenbarte darüber hinaus dem Stahlhelm den Wert seiner Beziehungen zu Hindenburg. Am 19. Oktober schrieben Seldte und Duesterberg einen Brief an Hindenburg, den „Hüter der Verfassung"[5]). Sie baten ihn, die im Reichstag am 16. aufgeworfene Frage zu prüfen. Des weiteren setzten sie sich für eine Wiederzulassung des am 8. Oktober mitverbotenen Landesverbandes Westfalen ein, der, wie sie behaupteten, nichts mit der Langenberg-Übung zu tun gehabt habe[6]). Schließlich lenkten die beiden Bundesführer noch Hindenburgs Aufmerksamkeit auf eine Meldung, der zufolge das Reichsbanner kürzlich ähnliche Manöver abgehalten haben sollte.

Da gegen Grzesinskis und Severings Vorgehen vom juristischen Standpunkt aus keine Einwände zu erheben waren, schärfte der Feldmarschall jetzt seinen

---

[1]) *Ibid., Antrag Dr. Agena et al.*, 16. 10. 1929.

[2]) *Ibid., RdJ an DNVP-Reichstagsfraktion*, 18. 10. 1929.

[3]) Er war 1926 mit Verboten gegen den Wiking und den Olympia eingeschritten.

[4]) BA Koblenz (A 04), 2734, *Westarp an Müller*, 16. 10. 1929.

[5]) *Ibid., Seldte und Duesterberg an Hindenburg*, 19. 10. 1929.

[6]) Siehe hierzu auch *ibid., Landsberg an Hindenburg*, 20. 12. 1929.

Gerechtigkeitssinn, wobei ihn Meissner anscheinend unterstützte. Jedenfalls veröffentlichte die *Berliner Börsenzeitung* am 26. Oktober einen Bericht über eine Übung von etwa 2000 Reichsbannerleuten, den Hindenburg prompt unter seiner täglichen Post fand und an die Reichskanzlei mit der Bitte um eine Untersuchung weiterleitete[1]). Wenn es gelang, den sozialdemokratischen Ministern eine einseitige Anwendung des Gesetzes vom 22. März 1921 nachzuweisen, dann waren die Aussichten offensichtlich viel größer, ihnen doch noch eine Niederlage beizubringen.

Gegen Ende Oktober war es somit hinreichend klargeworden, daß die Auflösung des westdeutschen Stahlhelms mit den Keudellschen Verboten aus dem Jahre 1926 nicht zu vergleichen war. Durch das Eingreifen Hindenburgs war das Stahlhelmverbot zu einer hochexplosiven politischen Frage geworden, in der juristische Überlegungen eine immer untergeordnetere Rolle spielen sollten. Daß dies möglich wurde, bewies zunächst, wie einflußreich der Bund inzwischen in der Weimarer Politik geworden war. Darüber hinaus kündigte sich mit dieser Affäre der Kampf zwischen den Republikanern und ihren Gegnern um Deutschlands „Ersatzkaiser" Hindenburg an. Während der folgenden Jahre wurde der greise Feldmarschall zunehmend zwischen seinen gefühlsmäßigen Bindungen und seinen verfassungsmäßigen Pflichten hin- und hergerissen, und seine einstigen Kameraden im Stahlhelm hatten einen nicht unerheblichen Anteil daran, daß er immer wieder seinen Gefühlen nachgab.

Vorerst müssen wir jedoch noch das Verhalten der anderen Teilnehmer an den Ereignissen des Herbstes 1929 verfolgen. Am 24. Oktober faßte der Preußische Innenminister das bisherige Untersuchungsergebnis und dessen Auswertung in einem Zwischenbericht zusammen, von dem nur wenige Kopien verteilt wurden[2]). Die beschlagnahmten Akten, so schrieb er, hätten den Verdacht bestätigt, daß sich der Stahlhelm mit militärischen Dingen beschäftige, die nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 22. März 1921 verboten seien. Mahnken habe versucht, „unter dem Deckmantel des sogenannten Wehrsports militärische Verbände zu schaffen, die, nach rein militärischen Gesichtspunkten aufgestellt und ausgebildet, allmählich den Grundstock für eine neue bewaffnete Macht abgeben sollten".

> Diese Feststellungen, zu deren Belegung ich eine Auslese besonders bemerkenswerter Schriftstücke beifüge, haben mich aus außen- und innenpolitischen Gründen veranlaßt, den Stahlhelm für den Bereich der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen aufzulösen. Ich stehe dabei nicht an zu betonen, daß bei Erwägung der Maßnahme für mich auch die innenpolitische Richtung der Betätigung des Stahlhelm, wie sie sich nach den obigen Ausführungen darstellt, schwer ins Gewicht gefallen ist.

Diesen letzteren Gesichtspunkt für die Anwendung des Gesetzes vom 22. März 1921 mit in Erwägung zu ziehen, sei durchaus gewohnheitsmäßig.

---

[1]) Ausschnitt in *ibid.*

[2]) *Ibid., Memorandum Grzesinskis*, 24. 10. 1929.

Dieses Geständnis des Preußischen Innenministers bot dem Auswärtigen Amt nun eine willkommene Gelegenheit, sich seines Anteils an einem Fall, der so unerwartete Dimensionen angenommen hatte, zu entledigen. Man wird sich erinnern, daß es gerade die Diplomaten gewesen waren, die auf das Langenberg-Manöver aufmerksam gemacht hatten. Hinzu kam, daß Schubert und Severing in ihrer Einschätzung der Übung durchaus übereingestimmt hatten. Als *Der Vorwärts* auf diese Tatsachen verklausuliert hinwies, wurde auch Meissner neugierig[1]). Doch war die ganze Angelegenheit zu diesem Zeitpunkt schon mißverstanden worden. Es gingen Gerüchte um, daß das Verbot vom Auswärtigen Amt überhaupt erst vorgeschlagen worden sei. Zwar lassen die zugänglichen Akten diesen Schluß nicht zu, aber man sollte nicht vergessen, daß die Entscheidung mit dem Tode Stresemanns zusammenfiel. Sein Nachfolger, Julius Curtius, war gegen das Verbot, faßte seinen Entschluß anscheinend aber, ohne ausreichend über den Anteil seines neuen Ministeriums informiert zu sein[2]). Schubert, der seinem Minister zu einem nicht gar zu harten Urteil hätte raten können[3]), war ausgerechnet auf Urlaub. Da Curtius aber großen Wert auf eine Klarstellung der Angelegenheit legte, konnte der Staatssekretär seine Ferien nicht so recht genießen[4]). Gewiß hätten seine schriftlichen Erklärungen zu seinem Gespräch mit Severing allein nicht ausgereicht, wären ihm Severing und Grzesinski nicht zu Hilfe gekommen. Am 25. Oktober erklärte der Reichsinnenminister, daß weder er noch sein preußischer Kollege ein Interesse daran hätten, sich hinter dem Rücken anderer zu verbergen[5]). Damit stand also die Verantwortung der „Marxisten" öffentlich fest — eine Wendung, die für die spätere Aufhebung des Verbotes nicht ohne Bedeutung war.

Es gab noch ein weiteres Ministerium, nämlich das Groenersche, das ein natürliches Interesse an der Langenberg-Affäre hatte. Ende Oktober hatten auch die Militärs ihre Auswertung der von Grzesinski beigebrachten Unterlagen ab-

---

[1]) F. O. L. London (A 32), 4525, frame E 137456, *Aufzeichnung Auers*, 15. 10. 1929; *ibid.*, frames E 137460—64, *Pünder an Meissner*, 15. 10. 1929.

[2]) *Ibid.*, frames E 137457—59, *Köpke an Schubert*, 17. 10. 1929. Siehe auch *ibid.*, frame E 137490, *Notizzettel Schuberts*, o. D. Die Bundeszeitung (3. 11. 1929, S. 2) schrieb, daß man im Bund folgende, augenscheinlich aus dem A. A. stammende Version für richtig halte: Vor einiger Zeit habe der französische Botschafter Stresemann inoffiziell gebeten, im Interesse einer reibungslosen Abwicklung der Young-Plan-Verhandlungen und einer ungestörten Räumung des Rheinlandes den Stahlhelm um Zurückhaltung zu bitten. Diesen Wunsch habe der Außenminister dann auch auf einer Ministerbesprechung vorgetragen, dabei aber keineswegs scharfe Maßnahmen befürwortet. Eher habe er Severing wohl empfohlen, dem Bund einen entsprechenden Wink zu geben. Als Stresemann jedoch starb, habe man zu einem „rein parteipolitischen Schlag gegen den Stahlhelm und das Volksbegehren" ausgeholt.

[3]) „Also das alte Bild, daß man eine innenpolitisch unbequem und gefährlich werdende Angelegenheit schleunigst auf das Konto des A. A. umzuschreiben sich anschickte." F. O. L. London (A 32), 4525, frames E 137457—59, *Köpke an Schubert*, 17. 10. 1929, womit Köpke vermutlich die Ansicht seines Chefs wiedergeben wollte.

[4]) *Ibid.*, frames E 137477—81, *Schubert an Curtius*, 24. 10. 1929.

[5]) *Ibid.*, frames E 137485—86, *Aufzeichnung Köpkes*, 28. 10. 1929.

geschlossen[1]). Man hatte sich entschieden, alles nur halb so ernst zu nehmen. Obwohl zugegeben wurde, daß die beschlagnahmten Wehrsport-Akten den Stahlhelm belasteten, wurde die Übung selbst als „eine lächerliche und wertlose Spielerei" und Mahnken als ein „außergewöhnlicher Großsprecher und Wichtigtuer" bezeichnet. Abschließend setzte sich das Gutachten gegen die Versuche der Verbände zu Wehr, sich die Rolle eines Staatsschutzes anzumaßen. „Würde eine solche Anmaßung zu Taten führen, müßte die Reichswehr rücksichtslos gegen die eigenen Volksgenossen eingesetzt werden, um größeres Unheil zu vermeiden."

Diese Ansichten der verschiedenen Ministerien kamen in einer wichtigen Chefbesprechung in der Reichskanzlei am 30. Oktober erneut zu Wort[2]). Während der Sitzung gab Grzesinski, von Severing unterstützt, einen Rückblick auf die Entwicklung der illegalen militärischen Betätigung des Stahlhelms seit 1926 und rechtfertigte seine Entscheidung. Das Langenberg-Manöver, so erläuterte er, sei unfraglich militärischen Charakters gewesen. Noch nie habe man so viele Unterlagen zugunsten eines Verbotes besessen, ganz abgesehen von der politischen Seite des Falles. Reichskanzler Müller pflichtete ihm bei: das Verhalten der Frontsoldaten sei klar gesetzeswidrig gewesen. Er habe bereits versucht, auch Hindenburg die Schwere des Falles zu erklären. Curtius, der als nächster zu Wort kam, meinte, daß keine außenpolitischen Bedenken gegen die Auflösung bestünden. Doch er äußerte Zweifel an der tatsächlichen militärischen Natur der Übung. Gleichzeitig und im Gegensatz zu Schubert erwähnte er die Gefahr, daß sich die Alliierten für den Umfang der deutschen Rüstung interessieren könnten, und kritisierte schließlich noch die Einseitigkeit der Maßnahme.

Groeners Linie brachte nichts Neues. Ohne Umschweife bezeichnete er alle diese Übungen als „Soldatenspielereien" ohne jeglichen militärischen Wert. Er erwähnte die Anmaßung der Frontsoldaten und ging dann dazu über, die rechtliche Grundlage und den Zeitpunkt des Verbotes zu kritisieren. Die Lehre, die aus dem ganzen Fall gezogen werden müsse, sei, daß es im Reiche nur zwei bewaffnete Mächte, die Reichswehr und die Polizei, geben dürfe. Die Armee müsse „möglichst stark als Organ des jetzigen Staates und der Verfassung" gemacht werden. Gegen Ende der Sitzung sagte Braun noch, daß er Hindenburg gelegentlich bitten wolle, seine Ehrenmitgliedschaft im Stahlhelm niederzulegen. Doch Müller hatte dieses Thema bereits in einer früheren Aussprache mit dem Präsidenten angeschnitten und sah sich gezwungen, Brauns Optimismus zu dämpfen. Der Feldmarschall, so sagte er, sei nach wie vor nicht zu einem derartigen Schritt bereit und sei insbesondere über die ungleiche Behandlung von Stahlhelm und Reichsbanner beunruhigt.

Diese Bedenken Hindenburgs wurden auch nicht durch einen Bericht beseitigt,

[1]) BA Koblenz (A 04), 2734, „*Notizen zum Stahlhelmverbot im Rheinland und Westfalen*" (Oktober 1929).

[2]) *Ibid.*, *Sitzungsprotokoll*, 30. 10. 1929.

in dem der Kanzler ihm die Vorgänge auseinanderzusetzen suchte, hinter denen der Präsident anscheinend jetzt schon dunkle Machenschaften der Sozialdemokraten gegen seine Schützlinge vermutete[1]). So wurde die Auflösung des westdeutschen Stahlhelms am Ende doch zu einem Bumerang. Das Kabinett konnte sich über das Verbot nicht einigen und in der Koalition zwischen der SPD und den Mittelparteien erschienen weitere Risse. Letzlich trugen die Meinungsverschiedenheiten der Republikaner über ihre Politik gegenüber einer antirepublikanischen Organisation dazu bei, daß gewisse Kreise Pläne für eine Ersetzung Müllers schmiedeten. Der Stahlhelm gewann dagegen aus dem Verbot die wertvolle Erkenntnis, daß Hindenburgs Ehrenmitgliedschaft für den Bund lebenswichtig war. Im ganzen aber war dies so ziemlich alles, was die Frontsoldaten auf der Haben-Seite ihrer Politik seit 1927 verbuchen konnten.

[1]) *Ibid., Müller an Hindenburg*, 13. 11. 1929.

Kapitel IV

1930—1931

Während der Stahlhelm seine Wendung gegen die Republik vollzog, waren die dauernden Meinungsverschiedenheiten im Führerkorps und das allgemeine Fehlen an politischer Erfahrung immer deutlicher geworden. Da gerade durch parteipolitische Probleme immer wieder die größte Verwirrung entstand, wurde auch ein Grundkonzept des Bundes, nämlich seine überparteiliche Stellung, zunehmend unglaubwürdiger. Bald konnten die Stahlhelmer eigentlich nur noch zur Unterstützung ihrer Überparteilichkeit anführen, daß der Bund tatsächlich nicht zu einer Parteiorganisation im herkömmlichen Sinne wurde. Vielmehr schwankte der Vorstand — sieht man einmal von einer kurzen Periode im Frühjahr 1932 ab — zwischen verschiedenen politischen Strömungen hin und her, und so vermitteln gerade die Jahre nach 1929 ein anschauliches Bild von dem fortgesetzten Durcheinander im Stahlhelm. Niemals war es dem Bund dieser Zeit möglich, seinen Einfluß in einer wirklich geschlossenen Front geltend zu machen, und selbst wenn man einmal Einstimmigkeit in den eigenen Reihen erreichte, so wurde doch immer nur eine falsche Entscheidung getroffen.

1. Nach dem Volksbegehren

Ende März 1930 wurde Heinrich Brüning zum Nachfolger Müllers bestellt. Seldte und seine Vertrauten glaubten, die Ernennung eines neuen Reichskanzlers aus einer Reihe von Gründen begrüßen zu können[1]). Zunächst gab es persönliche Gründe, wie etwa die Tatsache, daß Brüning wie Seldte ein alter Frontsoldat war und darüber hinaus auch eine Maschinengewehrkompanie kommandiert hatte. Doch die politischen Gründe für seine Zustimmung zu Brüning waren sicherlich noch gewichtiger. Im Grunde zählte Seldte nach wie vor zu den gemäßigten Stahlhelmführern, und besonders der Duesterbergschen Politik gegenüber hatte er seine Vorbehalte nicht aufgegeben. Schließlich hatte die Umorientierung des Bundes zum Bruch mit der DVP geführt und den Seldte-Flügel in ein Unternehmen verwickelt, das er nur mit geringer Begeisterung unterstützt hatte: Das Volksbegehren gegen den Young-Plan. Zwar war es durch dieses Volksbegehren zum ersten Male gelungen, die „Nationale Opposition"

[1]) *Mündliche Auskunft Dr. Brauweilers*, Berlin, 11. 8. 1962.

gegen die Republik zu vereinen, aber es war nie ganz klargeworden, was für Vorteile die Allianz dem Stahlhelm eingetragen hatte. Fest stand, daß das Volksbegehren allen Bemühungen zum Trotz sehr kläglich ausgegangen war, und daß die Niederlage schwerlich zu einer Stärkung des Vertrauens zwischen den Weggefährten Seldte, Hugenberg und Hitler hatte beitragen können. Vielmehr drohte der Rechtsfront zu Beginn des Jahres 1930 der völlige Zerfall. Im Gegensatz zu Duesterberg hegte Brauweiler hierüber nicht die geringsten Illusionen[1]).

Hinzu kam, daß Hindenburg, dessen Person mehr und mehr in den Kampf der Antirepublikaner hineingezogen worden war, den Stahlhelmern ihr Engagement mit Hitler und Hugenberg verübelte. Aus ihren Reihen hatte man ihn mit Unfreundlichkeiten überschüttet, besonders als er schließlich den Young-Plan unterzeichnete[2]). Zuletzt hatte das Volksbegehren nicht nur große Löcher in die Finanzen des Bundes gerissen, sondern man hatte für die Teilnahme am Reichsausschuß auch mit dem Verbot eines der stärksten Landesverbände bezahlt — oder so stellte sich die Langenberg-Affäre zumindest für Seldte dar. Kurzum, es waren schwere Opfer gebracht worden, für die der Lohn ausgeblieben war. Wollte Seldte den Bund nicht noch weiter schwächen, so mußte er mit den neuen Machthabern zu einer Einigung kommen.

Die Ratifizierung des Young-Plan-Abkommens bot eine willkommene Gelegenheit zu erklären, daß weiterer Widerstand sinnlos sei und daß man lieber versuchen solle, wieder eine Verbindung zur Mitte zu suchen[3]). So erleichterte die Einsetzung des „Frontsoldatenkabinetts" Brüning dem Ersten Bundesführer seine Annäherung an die bürgerliche Mitte. War es doch obendrein eine allgemein bekannte Tatsache, daß Brüning im Gegensatz zu seinem Vorgänger einen autoritären Kurs einschlagen würde. Er sollte für die Zeit der Wirtschaftskrise in weitgehender Unabhängigkeit vom Reichstag regieren[4]), und solchen Plänen konnte der Stahlhelm nur zustimmen.

Mitte März, zwei Wochen vor dem Sturz Müllers, hielt Seldte in Ulm eine Rede vor süddeutschen Stahlhelmführern[5]). Zwar griff er zuerst einmal wieder die „Internationalisten" an und rief: „Wenn man heute die Luft einatmet, die

[1]) Siehe DZA Potsdam (A 19), 61, fol. 36, *Protokoll der Sitzung der Landesgeschäftsführer*, 19. 2. 1930; *ibid.*, 13, fol. 122 ff., *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 11./12. 1. 1930.

[2]) Der *Völkische Beobachter* (27. 3. 1930, S. 1) behauptete, daß sieben Landesverbände den Ausschluß Hindenburgs gefordert hätten. Zwar war diese Behauptung nachweislich falsch, aber das Protokoll der Vorstandssitzung vom 22./23. 3. 1930 zeugt immerhin doch von erheblichen Meinungsverschiedenheiten. DZA Potsdam (A 19), 13, fol. 56 ff. Brauweiler meinte zu der Ausschlußforderung: „Selbstverständlich ginge dies nicht an." Ähnlich äußerten sich andere Vertreter des Seldte-Flügels. Stadtler dagegen war für eine scharfe Erklärung gegen Hindenburgs Unterschrift, und Eulenburg hegte zwar Hochachtung für den Feldmarschall, war aber nicht zur Gefolgschaft bereit.

[3]) *Ibid.*

[4]) Hierzu siehe Th. Vogelsang (B 203), S. 66 ff.

[5]) Bay. KrA. München (A 01), 137, *Rede Seldtes. „Sinngemäß rechte Wiedergabe — Für Wortlaut keine Garantie"*, 15./16. 3. 1930.

das politische Deutschland des vollkommenen Parlamentarismus ausstrahlt, dann hat man die Lungen bis an den Bauchnabel voll Dreck." Aber daneben gab es auch einige Passagen in seiner Rede, die man als Wegweiser für seine künftige Haltung betrachten könnte:

> Die Unterschrift Hindenburgs unter die Young-Gesetze erfüllt uns Frontsoldaten mit bitterem Schmerze[1]), lehrt uns aber gleichzeitig, daß wir uns einstellen müssen auf den Anbruch einer neuen Zeit und Auffassung. Ein Ende dem Alten, das zu alt ist — innerlich — um die Notwendigkeiten dieser Epoche zu erfassen, zugunsten des Geistes, der das neue Deutschland schaffen wird, aufgebaut auf dem Willen und Wollen des Frontgeschlechtes, als dessen berufene Vertreter wir uns betrachten dürfen... Ich kenne die Bonzen in allen Situationen und deshalb bin ich ihnen unbequem. Ich weiß, daß diese Herrschaften aus dem Parteisumpfe nicht geeignet sind zur Führung des deutschen Volkes. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß es auf seiten der Linken nicht genauso gute Kräfte gibt als [sic] in unserem Lager. Aber diese müssen jedenfalls erst einmal aus den Nebeln des internationalen Wahnsinns befreit werden. Und das ist unsere Aufgabe. Eins ist jedenfalls jetzt deutlicher wie nie [sic] in die Erscheinung getreten, das[s] beide links wie rechts nicht unbedingt recht haben.

So wenig erfreulich sich Seldtes Worte insgesamt für republikanische Ohren auch anhörten, ein Kämpfer, als der er am Schluß seiner Rede auftrat, war der Erste Bundesführer sicherlich nicht. Er zog das Verhandeln vor.

Zu diesem Zeitpunkt war sein erstes Verhandlungsziel die Aufhebung des Verbots gegen den westdeutschen Stahlhelm. Was im Herbst 1929 weder die empörten Proteste des Bundes noch der sanfte Druck des Reichspräsidenten erreicht hatten, das rückte mit der Amtsübernahme Brünings auf einmal in den Bereich des Möglichen. Denn anscheinend waren sich Hindenburg und sein neuer Kanzler darin einig, daß ein Versuch gemacht werden müsse, den Stahlhelm von der radikalen Opposition zu trennen. Das Verbot war für beide ein Ansatzpunkt. Es begannen Verhandlungen zwischen der Regierung und der Bundesführung, die Ende April so weit gediehen waren, daß man mit einer Aufhebung des Verbots für Anfang Juli rechnete[2]). Daß es länger dauerte und trotz des Drucks durch Hindenburg ein nicht ganz glückliches Ende fand, war wiederum eine Folge der schon bekannten Konflikte zwischen Seldte und Duesterberg.

In den ersten Wochen des Jahres 1930 stritten sich die beiden Führer erneut um politische Fragen. Zuerst ging es um die Haltung des Stahlhelms zu Hindenburg, der seine Unterschrift unter das Young-Plan-Abkommen setzen wollte. Im Gegensatz zu Seldte und Brauweiler forderten die Radikalen eine scharfe Erklärung gegen den Reichspräsidenten[3]). Hinzu kam das Verhältnis zu Hitler,

[1]) Siehe auch seine ruhigen Worte in *Krz. Ztg.*, 14. 3. 1930, S. 4.

[2]) Schleicher gab sogar einen noch früheren Termin. BA Koblenz (A 17), 21, *Kronprinz an Schleicher*, 16. 6. 1930. Im Kabinett scheint Gottfried Treviranus einer der wärmsten Befürworter der Verbotsaufhebung gewesen zu sein.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 13, fol. 56 ff. *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 22./23. 3. 1930.

nachdem Duesterberg seine Unterstützung für Wilhelm Frick, den umstrittenen nationalsozialistischen Minister in der Thüringer Rechtskoalition, erklärt hatte[1]). Der Stahlhelm, so fügte der Zweite Bundesführer seiner Erklärung hinzu, solle sich über eine Konkurrenz durch Hitler keine Sorgen machen. Sie sei wichtig, da der Bund durch sie neue Impulse erhalte, und schließlich besäßen die Frontsoldaten doch „eine 100prozentig bessere Führung".

Nun hatte zwar der Seldte-Flügel über die Jahre an Einfluß verloren, aber auch Duesterbergs Führung war nicht gegen Rückschläge gefeit. Seine Schwierigkeiten hatten ihre Ursache in dem Zerfall der „Nationalen Opposition" kurz nach der Einsetzung Brünings. Im Gegensatz zu Hitler war sich die Duesterberg-Gruppe angesichts dieser neuen Lage nämlich nicht darüber klar, ob „die Rechte gegenüber dem Kabinett der Mitte in grundsätzlicher Opposition beharren oder ob sie den Versuch machen soll, durch Beteiligung an diesem Kabinett es nach rechts zu drücken und dabei als erstes die in unmittelbarer und schwerster Krise stehende deutsche Landwirtschaft zu retten[2])". Aus letzterem Grunde half der Duesterberg nahestehende Hugenberg dem Reichskanzler, indem er die DNVP gegen einen am 2. April im Reichstag eingebrachten Mißtrauensantrag stimmen ließ[3]). Hitler hatte für diese Haltung kein Verständnis und kündigte tags darauf seine Mitgliedschaft im Reichsausschuß. Damit und auch mit den nun folgenden Angriffen in der nationalsozialistischen Presse hatte der Duesterberg-Flügel nicht gerechnet[4]), und den Reichsausschuß allein mit der DNVP weiterzuführen, verbot die „überparteiliche" Stellung des Bundes[5]). Hätte man nun so viel Vertrauen zu Brüning gehabt wie der Seldte-Flügel, so wäre die Lage nach dem Konflikt mit Hitler einfacher gewesen. Aber es war eben jene unschlüssige Haltung dem Reichskanzler gegenüber, die Wagner zu der Feststellung brachte[6]): „Was wir nun politisch weiter machen, das werden wir ja am Dienstag beschließen müssen." Es ist bezeichnend für Duesterberg und die von ihm verfolgte radikal-antirepublikanische Linie, daß er zunächst weiter in seiner Oppositionsstellung verharrte und Hitler dadurch zu besänftigen suchte, daß er den Brüning-freundlichen Seldte-Flügel ausschaltete. Erst als auch diese Manöver Hitler nicht umstimmten, zeigte man sich Brüning gegenüber kompromißbereiter.

---

[1]) *Ibid.* Es störte ihn dabei anscheinend wenig, daß — wie Brauweiler es bei selbiger Gelegenheit ausdrückte — „tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen Stahlhelm und NSDAP" bestanden.

[2]) Bay. KrA. München (A 01), 77 (II), *Wagner an die Landesführer*, 16. 4. 1930.

[3]) *Der Abend*, 3. 4. 1930, S. 1.

[4]) *Der Nationale Sozialist* Gregor Strassers gab am 9. April 1930 dem Bund die Schuld an Hugenbergs „Umfall" und berichtete, der Stahlhelm habe in einer Konferenz am Morgen des Abstimmungstages die DNVP unter Drohungen auf die Seite Brünings gebracht. *Der Sta.*, 13. 4. 1930, S. 1; *ibid.*, 20. 4. 1930, S. 3—4, mit weiteren Einzelheiten und (wohl glaubhaften) Dementis.

[5]) Bay. KrA. München (A 01), 1, *Lenz an Huller*, 8. 4. 1930.

[6]) DZA Potsdam (A 19), 25, fol. 67—68, *Wagner an Seldte*, 4. 4. 1930.

Als Sühneopfer wählte man den wärmsten Befürworter einer Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler, Dr. Brauweiler. Während eines Treffens der Landesverbandsführer im Berliner Kaiserhof am 26. April eröffnete der deutschnationale Stadtler einen unerwarteten Angriff auf den Politischen Berater. Presseberichten zufolge beschuldigte er Brauweiler, im Vorjahr das Volksbegehren gegen den Young-Plan sabotiert zu haben. Doch scheinen sich die tatsächlich gemachten Vorwürfe auf jüngere Ereignisse bezogen zu haben, zumal Brauweiler noch vor kurzem einen Artikel geschrieben hatte, in dem er das Agrarprogramm des Kanzlers unterstützte[1]). Brauweiler schrieb später zu dem ganzen Fall, daß abgesehen von einem Versuch, persönliche Rechnungen zu begleichen, Stadtlers Angriff die „übelriechenden Ingredienzen parteipolitischen Kampfes" enthalten habe[2]). Duesterberg war anderer Ansicht und forderte Brauweilers Entlassung. Seldte konnte anscheinend nur noch erwirken, daß Stadtler seine Vorwürfe nochmals schriftlich vorbrachte[3]). Stadtlers Brief traf am 2. Mai ein, woraufhin Brauweiler ein Disziplinarverfahren gegen sich einleitete. Gemäß § 8 der Stahlhelm-Ehrenordnung war er damit automatisch beurlaubt. Wagner übernahm seine Geschäfte als vorläufiger Nachfolger[4]).

Weitere Zugeständnisse an die „Nationale Opposition" konnten nun folgen. Am 27. April sagte Duesterberg in einer Rede in Magdeburg[5]): „In der neuen Regierung sitzen Männer, zu denen wir kein Vertrauen haben können, wie z. B. Herr Wirth und auch wie Herr Curtius, der als Außenminister unsere nationale Opposition nicht zu benützen verstand. ... Daß wir trotzdem die Regierung nicht gleich gestürzt haben, legt man uns als Schlappheit aus." Mit solchen Worten erreichte der Zweite Bundesführer, daß Wirth per Schnellbrief eine für den 9. Mai anberaumte Besprechung über eine Aufhebung des Langenberg-Verbotes wieder absagte[6]). So hatte er also innerhalb weniger Tage nicht nur den Brüning-Flügel in der Bundesführung entscheidend geschwächt, sondern auch die Regierung verärgert. Gleichwohl waren alle diese Vorleistungen für eine Wiederbelebung des Reichsausschusses wirkungslos. Eine mit den Führern der

---

[1]) *Der Ortsgruppenführer*, April 1930, S. 9.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 25, fol. 42, *Brauweiler an Wagner*, 30. 12. 1930.

[3]) *Ibid.*, fol. 273, *Seldte an Morosowicz*, 7. 5. 1930.

[4]) Weitere Einzelheiten dazu in Bay. KrA. München (A 01), 77, *Rundschreiben Nr. 40*, 21. 5 1930; *Der Sta.*, 8. 6. 1930, S. 3. Letztere Notiz in der Bundeszeitung war übrigens die erste öffentliche Erklärung der Bundesführung zu dem Fall. Ansonsten läßt die ganze Geschichte die Führerschaft in einem wenig günstigen Licht erscheinen. Das Ehrengericht sprach Brauweiler später von den Anschuldigungen frei, woraufhin dieser seine Rehabilitierung verlangte und Schaper jetzt gegen Stadtler disziplinarisch vorgehen wollte. DZA Potsdam (A 19), 25, fol. 44—45, *Wagner an die Bundesvorstandsmitglieder*, 10. 1. 1931. Offenbar kam es nie zu einer endgültigen Regelung, und jedermann war um seine Ehre besorgt. Siehe auch Bay. KrA. München (A 01), 42, *Eulenburg an die Bundesführer*, 3. 1. 1933.

[5]) *Der Sta.*, 4. 5. 1930, S. 1.

[6]) BA Koblenz (A 04), 2735. Seldtes Beruhigung kam zu spät. *Krz. Ztg.*, 4. 5. 1930, S. 3; *Der Sta.*, 11. 5. 1930, S. 5.

NSDAP für den 26. April geplante Konferenz mußte ins Wasser fallen[1]); darüber hinaus wiederholte Hitler sein Verbot einer Doppelmitgliedschaft in Stahlhelm und NSDAP[2]). Die Beziehungen zwischen den Frontsoldaten und den Nationalsozialisten erreichten also im Mai allen Bemühungen zum Trotz einen Tiefpunkt[3]).

Am Ende waren Hitlers Affronts selbst denen zu viel, die in Fragen der „Nationalen Opposition" nur zu gern großherzig waren. Wie Duesterbergs Rede zeigte, hätten sie wohl auf Mahnkens Landesverband verzichtet, wenn dadurch die Allianz mit der NSDAP und der DNVP hätte gerettet werden können. Nun, nach Hitlers Ablehnung erinnerte man sich plötzlich, daß „der Bund seinerseits ... niemals den Wiedergewinn des Westens als eine Kleinigkeit betrachtet [hatte] ... Erst als die große nationale Opposition trotz aller Bemühungen des Stahlhelms, sie zu erhalten, zersprang und damit praktisch große nationale Politik vorerst zu treiben nicht mehr möglich war, hat der Bund auf sein eigenes Nahziel zurückgegriffen[4])." Das hieß: auch die Radikalen waren jetzt zu Diskussionen mit der Regierung bereit, was Seldte von vornherein befürwortet hatte.

Allerdings hatte sich durch Duesterbergs Manöver das Verhältnis zu den Behörden erheblich abgekühlt. Wirth zum Beispiel wollte nicht einsehen, warum er in Sachen Langenberg einer Organisation entgegenkommen sollte, deren zweiter Führer ihn kurz zuvor noch heftig kritisiert hatte[5]). Braun vertrat ähnliche Ansichten[6]), und schließlich machte sich noch der Druck der französischen Regierung bemerkbar. Frankreich wünschte, daß das Verbot zumindest nicht vor dem Abzug seiner Truppen aus der Rheinlandzone aufgehoben werden sollte. Aus diesem Grunde trat auch Curtius für einen Aufschub der ganzen Frage um mindestens sechs Monate ein[7]). Damit rückten die Aussichten auf eine Verbotsaufhebung erneut in die Ferne, und weder im Mai noch in der ersten Hälfte des Juni wurden Fortschritte erzielt.

Dann aber entdeckte der Bund einen schwachen Punkt in der Regierungs-

[1]) Siehe den Schriftwechsel hierzu in DZA Potsdam (A 19), 14, fol. 116 ff.

[2]) Erst am 23. Mai erhielt Wagner von Rudolf Hess die offizielle Bestätigung für diese Maßnahme, woraufhin der Stahlhelm jetzt seinerseits seinen Mitgliedern den Eintritt in die NSDAP verbot.

[3]) Besonders Stephani und Goebbels warfen sich in Berlin allerlei Unfreundlichleiten vor. *Vorwärts*, 25. 4. 1930, S. 2; *Der Sta.*, 27. 4. 1930, S. 2.

[4]) Bay. KrA. München (A 01), 77 (II), *Wagner an die Landesverbände*, 17. 7. 1930.

[5]) Zu allem Überfluß wiederholte Duesterberg seine Angriffe am 8. Mai. *Vorwärts*, 9. 5. 1930, S. 2; *Krz. Ztg.*, 10. 5. 1930, S. 6. Und *Der Alte Dessauer* (10. 5. 1930, S. 2) schrieb, das Entgegenkommen der Behörden sei nicht ehrlich gewesen. Die Frontsoldaten wollten ihr Recht und kein Kaudinisches Joch.

[6]) Dieser Widerstand wäre wahrscheinlich noch stärker gewesen, hätte man geahnt, daß es zumindest dem Duesterberg-Flügel auf einen echten Ausgleich gar nicht ankam, und Wagner schon wieder an eine erneute Sammlung der „Nationalen Opposition" dachte. DZA Potsdam (A 19), 41, fol. 251 f—251 g, *Wagner an Tüllmann*, 23. 5. 1930.

[7]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Aufzeichnung Bülows* (1. 5. 1930).

phalanx: Hindenburg. Ihn spannten sie nun für die Ziele des Stahlhelms ein, und bald wurde das Reichspräsidentenbüro wieder mit Briefen und Telegrammen bombardiert, die auf den greisen Feldmarschall nicht ohne Eindruck blieben[1]). Nach kurzer Zeit schon wollte sich der Präsident nicht mehr damit abfinden, daß „seine alten Soldaten" abseits stehen sollten, wenn Deutschland die Räumung des Rheinlandes feierte. Über Brüning begann er daher, die für das Verbot zuständige preußische Regierung unter Druck zu setzen. Denn für ihn waren Duesterbergs Reden kein Grund, die vorsichtig hergestellten Kontakte wieder abzubrechen. Zwar mußte er unter dem Eindruck der Bedenken des Auswärtigen Amtes einsehen, daß eine Verbotsaufhebung vor dem Abzug der französischen Truppen nicht möglich war; aber er sprach sich entschieden gegen den vorgeschlagenen sechsmonatigen Aufschub aus. Der westdeutsche Stahlhelm, so setzte er fest, müsse „in den ersten Tagen des Juli" wiederzugelassen werden[2]). Unter diesen Umständen konnte Brüning schlecht die Telegramme außer acht lassen, die Hindenburg vom Stahlhelm erhielt und an ihn weiterleitete. Er versprach zu vermitteln.

Am 14. Juni empfing der Reichskanzler Seldte, Wagner und Ausfeld zu einer vertraulichen Aussprache, in deren Verlauf er anscheinend stärker von der Kompromißbereitschaft des Bundes überzeugt wurde[3]). Zehn Tage später traf sich die gleiche Stahlhelmgesandtschaft mit Wirth und mehreren hohen Ministerialbeamten[4]). Seldte erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die Angriffe von unteren Stahlhelm-Organen ohne Kenntnis der Bundesleitung geführt worden seien und von dieser mißbilligt würden. Schließlich überreichte er noch den Entwurf zu einer Stellungnahme des Bundes, die anscheinend das Wohlwollen des Reichskanzlers fand. Dieser gab Seldtes Schreiben vom 23. Juni als Verhandlungsbasis an Braun weiter[5]). Am 3. Juli hatte er obendrein eine Aussprache mit dem Preußischen Ministerpräsidenten, über die Pünder vermerkte, daß die Stimmung für eine Aufhebung des Stahlhelm-Verbots „nicht ungünstig" sei[6]).

[1]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Meissner an die Rkzlei*, 20. 5. 1930, mit Anlagen. Siehe auch *Jg. Nat.*, 5. 6. 1930, S. 1.

[2]) BA Koblenz (A 04), *Vermerk Meissners*, 20. 5. 1930.

[3]) *Ibid.*, *Ausfeld an Pünder*, 7. 6. 1930. Duesterberg war auf Urlaub, wodurch Seldte anscheinend einige Hemmungen genommen wurden. Interessant sind auch Neufvilles Erklärungen: „Das gegenwärtige Kabinett Brüning habe sich als Kabinett der nationalen Dienstpflicht bezeichnet. Der Stahlhelm gebe ihm die Möglichkeit, sich einzuarbeiten und sein Wort einzulösen. Das alte Frontsoldatentum lasse aber mit seiner Duldsamkeit nicht spielen. Wenn die jetzt die Verantwortung tragenden Männer auf die Mitarbeit der Frontsoldaten verzichten, müßten diese die jetzigen Machthaber als ihre politischen Gegner betrachten." *Der Sta.*, 18. 5. 1930, S. 5.

[4]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Aufzeichnung der Rkzlei*, 24. 6. 1930.

[5]) *Jg. Nat.*, 31. 7. 1930, S. 2. Abgesehen von dem ausgesprochen konzessions- und versöhnungsbereiten Inhalt des Seldteschen Schreibens zeichnet es sich auch noch durch einen Stil aus, der Brüning geschmeichelt haben dürfte. Er wurde mit „Hochgebietender Herr Reichskanzler" angeredet und dann „Euer Hochwohlgeboren" tituliert, dessen Bemühungen um eine Verbotsaufhebung dankbar gewürdigt wurden. BA Koblenz (A 04), 2735, *Seldte an Brüning*, 23. 6. 1930.

[6]) *Ibid.*, *Vermerk Pünders*, 3. 7. 1930.

Allerdings war dieser Umschwung wahrscheinlich auch deshalb eingetreten, weil Brüning Braun eine Nachricht überbrachte, die Hindenburg ihm anvertraut hatte. Er werde, so habe Hindenburg gesagt, „im Falle eines nicht rechtzeitigen Zustandekommens einer friedlichen Lösung den preußischen Teil seiner Befreiungsfahrt zum Rhein hinausschieben[1])".

Angesichts dieser Drohung forderte Braun die Frontsoldaten unverzüglich auf, einen förmlichen Antrag einzureichen. Dieser Antrag lag einen Tag später auf seinem Schreibtisch. Braun schickte ihn zusammen mit Seldtes Brief vom 23. Juni sogleich an Professor Heinrich Waentig, den Preußischen Innenminister. Doch dann verging eine ganze Woche ohne irgendeine Reaktion. Am 11. Juli gelang es der Reichskanzlei endlich herauszufinden, daß Curtius seine Einwände zurückgestellt hatte und daß auch Braun und Waentig eine Verbotsaufhebung befürworteten[2]). Allerdings — und das war ein die Reichskanzlei alarmierender Zusatz — könne sie nicht mehr vor der Reise Hindenburgs ins Rheinland erfolgen. Man erinnerte sich daran, daß der vom Präsidenten ursprünglich verlangte Termin längst verflossen war. Die Wilhelmstraße bemühte sich um weitere Einzelheiten. Doch Waentig kam es anscheinend darauf an zu zeigen, daß das Preußische Innenministerium nicht das Sekretariat des Reichspräsidenten war, und so bekamen weder Hindenburg noch Brüning jenen entscheidenden Brief vorher zu sehen, den der Stahlhelm am 14. Juli erhielt[3]). Dieser Alleingang der Preußischen Regierung gab der Entwicklung ihre eigentlich dramatische Wendung. Denn, von Hindenburg ermutigt, wies Wagner das Schreiben schroff zurück. Seldte und Duesterberg, so antwortete er Waentig, könnten unmöglich von ihrer Version abweichen, daß die Langenberg-Übung nicht militärischer Natur gewesen sei, wie es jetzt von ihnen verlangt werde. Die Lage war ernst. Hindenburg war in denkbar schlechter Stimmung, während Brüning in seinem Konflikt mit dem Reichstag, der gleichzeitig ausbrach, die Auflösungsordre und Vollmachten gemäß Artikel 48 der Weimarer Verfassung benötigte[4]). Für die Reichsregierung stand zu viel auf dem Spiele, um einfach die Hände in den Schoß legen zu können. Dazu hatte man sich auch schon zu sehr in der Stahlhelm-Angelegenheit engagiert.

Brüning operierte auf zwei Ebenen. Zunächst setzte er über die Leitung seiner Zentrumspartei die Preußische Regierung „unter stärksten Druck". Weiterhin schaltete er sich persönlich ein und versuchte, eine Unterredung zwischen Hindenburg, Braun und sich zustande zu bringen[5]). Aber der Präsident wollte von Braun nichts sehen und hören und beschloß, den preußischen Teil seiner Rheinlandreise abzusagen. Mit Brünings Zustimmung (!) ließ er am Morgen des

[1]) *Ibid.*

[2]) *Ibid.*, *Vermerk der Rkzlei*, 11. 7. 1930.

[3]) Wortlaut in *Jg. Nat.*, 31. 7. 1930, S. 2.

[4]) Siehe hierzu Th. Vogelsang (B 203), S. 78 ff.

[5]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Vermerk Pünders*, 15. 7. 1930.

15. Juli einen Brief aufsetzen, dessen Inhalt wegen seiner rechtlichen Folgen besonders interessant ist[1]).

Es wurde bereits erwähnt, daß das Verbot auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1921 ausgesprochen worden war. Zwar gab es überzeugende Beweise dafür, daß die Langenberg-Übung im Sinne dieses Gesetzes militärischer Natur gewesen war[2]), aber im Grunde blieb die Frage dennoch ungelöst und auch unlösbar. Die Ertappten behaupteten strikt, daß es sich nur um eine harmlose sportliche Übung gehandelt habe. Die Preußische Regierung andererseits war überzeugt, daß ihre Vorwürfe mehr als begründet waren. Ihre Entscheidung — und dies ist der springende Punkt — war nun jedoch nicht gerichtlich anfechtbar. Eine Richterinstanz war durch das Gesetz bewußt nicht eingesetzt worden. Nur die Behörden konnten darüber befinden, ob ein Verbot aufgehoben werden sollte oder nicht. Es war daher ein schwerwiegender Schritt, als Hindenburg in seinem Brief an Braun öffentlich behauptete, daß seiner Meinung nach die Anwendung des Gesetzes vom 22. März 1921 falsch gewesen sei. Denn, ob gewollt oder ungewollt, mit dieser Erklärung setzte sich der Präsident zum Richter ein, der im Gesetz überhaupt nicht vorgesehen war. Gerade deswegen drückte Braun in seiner postwendenden Antwort an den Feldmarschall auch sein Bedauern über den Brief aus[3]). Doch blieb ihm aus politischen Gründen nichts anderes übrig, als sich zu beugen. Die Reise Hindenburgs war für Braun so wichtig, daß er gegen die Verwechslung politischer und rechtlicher Aspekte des Falles, wie sie nun entstanden war, nicht weiter protestierte. In seiner Antwort an den Reichspräsidenten deutete er lediglich an, daß das Urteil des Feldmarschalls möglicherweise von anderen als juristischen Faktoren beeinflußt worden sei. Unter Hinweis auf das belastende Material, das die Untersuchungen zu Tage gefördert hatten, schrieb er: „Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Ihnen, Herr Reichspräsident, Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil führen konnte."

Über Hindenburgs Informationsquellen gibt es nur einen indirekten Schlüssel in Form eines Rundschreibens von Wagner[4]). Danach war es möglich gewesen, „den Herrn Reichspräsidenten zutiefst innerlich davon zu überzeugen, daß die Anwendung des auf dem feindlichen Diktat beruhenden Gesetzes an und für sich schmachvoll und zudem sachlich unbegründet sei". So scheint Hindenburg den Argumenten derer erlegen zu sein, die seit langem mit der Behauptung operierten, daß die Anwendung des Gesetzes vom 22. März 1921 eben nur ein

[1]) Wortlaut in *Jg. Nat.*, 31. 7. 1930, S. 2. Der Brief wurde sofort nach Ablieferung veröffentlicht. Der Wortlaut war mit Brüning abgesprochen, und ein Entwurf ist erhalten in BA Koblenz (A 04), 2735. Allerdings wurde Brünings Anteil später dementiert *(ibid., Pünder an Reichspresse-Abteilung*, 17. 7. 1930), was sicherlich ein guter Einfall war.

[2]) Siehe besonders *ibid., Denkschrift des Preußischen Innenministeriums betr. Stahlhelm-Wehrsport*, Dezember 1929.

[3]) Wortlaut in *Jg. Nat.*, 31. 7. 1930, S. 2.

[4]) Bay. KrA. München (A 01), 77 (II), *Wagner an die Landesverbände*, 17. 7. 1930.

weiterer Anschlag der „Marxisten" auf das Reich gewesen sei. Immerhin, Braun kapitulierte[1]). Zwar bestand das Preußische Innenministerium weiterhin auf einer schriftlichen Erklärung der Bundesführung; aber es arbeitete einen neuen Entwurf aus, über den am Nachmittag des 16. Juli langwierige Verhandlungen begannen. Abgesehen von Wagner als dem Vertreter des Stahlhelms war auch Meissner direkt an den Besprechungen beteiligt. Gleichzeitig suchte Brüning den Reichspräsidenten auf und überredete ihn, seine Absage an Braun zurückzuziehen, sobald eine Einigung erzielt sei. Hierzu war der Feldmarschall schließlich bereit und sagte auch zu, hernach den Preußischen Ministerpräsidenten wieder zu empfangen[2]).

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Innenministerium und dem Stahlhelm am 16. Juli war eine Erklärung, unter die Seldte und Duesterberg guten Gewissens ihre Unterschrift setzen konnten[3]):

> 1. Die Bundesführer des Stahlhelm haben erneut von der Auffassung des Preußischen Staatsministeriums über die Vorgänge, die zu der Auflösung des Stahlhelm in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen geführt haben, Kenntnis genommen. 2. Unter Zugrundelegung dieser Auffassung geben die Bundesführer des Stahlhelm die Erklärung ab, daß sie in Zukunft solche Übungen, wie sie im Oktober 1929 zur Auflösung Anlaß gegeben haben, unterlassen werden. Sie versichern ferner, daß eine den Vorschriften des Gesetzes vom 22. März 1921 zuwiderlaufende Betätigung, namentlich auch die Ausbildung und Übung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen, im Stahlhelm nicht geduldet wird. Der Stahlhelm wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß diese Verbote restlos befolgt werden und daß Mitglieder, die den Verboten zuwiderhandeln, aus dem Bunde ausgeschlossen werden. 3. Insbesondere werden die Bundesführer dafür Sorge tragen, daß im Falle der Neubildung des Stahlhelm in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen nur solche Landesverbände und Unterorganisationen gebildet werden, bei denen die Gewähr dafür geboten ist, daß die Anordnungen und Zusicherungen der Bundesführung von allen Mitgliedern befolgt werden.

Noch am selben Abend hob Waentig das Verbot auf, und zwei Tage später bot Treviranus, so als ob der Stahlhelm für sein Verhalten eine Belohnung verdiene, der Bundesführung 1000,— RM als Unterstützung für die Befreiungsfeierlichkeiten des Bundes an[4]).

Das war das Ende der Langenberg-Affäre, und die Frontsoldaten konnten mit Recht einen Sieg feiern[5]). Es sollte aber noch erwähnt werden, daß ihnen ihr Erfolg nicht groß genug war. Wagner zufolge hätte man die Verhandlungen im

---

[1]) Brüning suchte Braun noch am Abend des 15. auf, und dieser versprach, sich nach Kräften für eine friedliche Lösung einzusetzen. BA Koblenz (A 04), 2735, *Vermerk Pünders*, 16. 7. 1930.

[2]) *Ibid.*

[3]) *Jg. Nat.*, 31. 7. 1930, S. 2.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 41, fol. 198, *Treviranus an Bundesamt*, 18. 7. 1930. Peinlich war allerdings, daß dieses per Schnellbrief angekündigte Geld vom Stahlhelm abgelehnt wurde. *Ibid.*, fol. 199, *Wagner an Treviranus*, 19. 7. 1930.

[5]) Siehe den Artikel in der *Kreuz-Zeitung* (17. 7. 1930, S. 9) mit dem Titel „Preußen gibt nach".

letzten Augenblick scheitern lassen können, wäre man der Überzeugung gewesen, „daß der Herr Reichspräsident in großer Politik zum Kampf um Preußen mit dem Herrn preuß[ischen] Ministerpräsidenten hätte ansetzen wollen und wenn eine große Nationale Opposition kräftig und willig dahinter stand[1])". Unter diesen Umständen hätte der Stahlhelm noch auf weitere Änderungen im Wortlaut der Stahlhelm-Erklärung bestanden, denen die Vertreter Preußens nicht mehr hätten zustimmen können. Aber Hindenburg wollte „nach seinem ganzen Denken das Volksfest am Rhein und dessen Ausfall nicht zum Vorwand für einen großen Kampf werden lassen. Deshalb entschlossen sich die Bundesführer ... zur Unterschrift[2])." Dieses Gefühl, nur einen Teilsieg errungen zu haben, stärkte nicht zuletzt diejenigen, die der Stahlhelm-Erklärung vom 16. Juli keine ernsthafte Bedeutung beimessen wollten. Zu ihnen gehörte auch Eulenburg-Wicken, der noch am selben Abend an das Bundesamt schrieb[3]): „Die Schlußbemerkung der Regierung ‚Es würde erwartet, daß aus Anlaß der Aufhebung keine Angriffe gegen die Regierung gerichtet werden würden' bedeutet einen plumpen Bluff, der zu nichts verpflichtet und keinesfalls beachtet werden darf." Wagner dachte nicht viel anders, wie aus einem nicht abgesandten Brief hervorgeht[4]). War es vor dem 16. Juli nicht möglich gewesen, „entscheidend vorwärts zu kommen, solange der Bund hart in der Nationalen Oppositionspolitik blieb[5])", so hatte man jetzt den Punkt erreicht, wo man wieder an eine Sammlung der Rechten gegen die Regierung denken konnte.

Allerdings war im Juli 1930 die Zeit noch nicht reif für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen um eine antirepublikanische Front. Weder die stahlhelminterne noch die parlamentarische Lage nach der Auflösung des Reichstags am 18. Juli hatte sich in irgendeiner Weise geklärt. Wohl hatte der Duesterberg-Flügel Seldte durch die Entlassung Brauweilers schwächen können; die dahinter stehende Idee war offenbar, Wagner für dauernd mit Brauweilers Aufgaben zu betrauen; damit wäre die politische Generalstabsarbeit in die Hände der Duesterberg-Anhänger übergegangen und Seldte isoliert worden. Jedoch konnte der Erste Bundesführer nicht so einfach übergangen werden. Er war populär in den Unterorganisationen des Bundes und hatte im Vorstand weiterhin eine Reihe von Vertrauten. Auch Brauweiler blieb als Mitarbeiter im Stahlhelmverlag in seiner Nähe[6]).

[1]) Bay. KrA. München (A 01), 77 (II), *Wagner an die Landesverbände*, 17. 7. 1930.

[2]) *Ibid.*

[3]) *Ibid.*, 42, *Eulenburg an Bundesamt*, 16. 7. 1930.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 41, fol. 242—46, *Wagner an Tüllmann*, 21. 7. 1930, mit der Randbemerkung: „Mündl[ich] erl[edigt] Wa[gner]."

[5]) Bay. KrA. München (A 01), 77 (II), *Wagner an die Landesverbände*, 17. 7. 1930.

[6]) *Ibid.*, 77, *Anträge zur Bundesratssitzung am 15. 11. 1930*, o. D. Brauweilers weitere Stellung im Stahlhelm ist einigermaßen mysteriös. Dem genannten, von Eulenburg eingebrachten Antrag zufolge war der Vertrag Brauweilers dem Bundesrat nicht bekannt. Weiterhin wurde darin gefordert, ihm zum nächsten vertragsmäßigen Zeitpunkt zu kündigen. Anscheinend hatte Brauweiler

Schließlich arbeitete Brauweiler angeblich an einer Denkschrift, die einen Rückblick auf die Bundespolitik während der letzten Jahre geben sollte und über die das Gerücht umging, sie werde Einzelheiten über die lange Uneinigkeit zwischen Seldte und Duesterberg enthalten. Solche Denkschriften mußten für Duesterberg eine für den Augenblick wirksame Drohung bedeuten. Ihm war gerade jetzt daran gelegen, wenigstens nach außen hin Frieden zu wahren. Die Reichstagswahlen standen bevor, und in den Rechtsparteien zeigten sich viele Risse[1]). Es war also im eigenen Interesse, wenn er alle inneren Konflikte bis nach den Wahlen zurückstellte. In der Zwischenzeit nahm der Vorstand eine abwartende Haltung ein. Ende Juli verabschiedete er zwar eine Entschließung, die den Mitgliedern eine Stimmabgabe für die gegen den Young-Plan vereinigten Parteien empfahl[2]). Aber ansonsten beschloß man, sich völlig aus dem Wahlkampf herauszuhalten und dem gewöhnlichen Mitglied die Entscheidung freizustellen. Neue Direktiven sollten erst anläßlich des für Anfang Oktober in Koblenz geplanten Reichsfrontsoldatentages ausgegeben werden.

So deuteten denn die beiden Fraktionen ihre Meinungsverschiedenheiten sehr vorsichtig an: Seldte, daß er den Stahlhelm in der Nähe des Reichspräsidenten und eines rechtsgerichteten Präsidialregimes halten wollte; Duesterberg, daß er den Bund lieber für einen scharfen Oppositionskurs enger an die DNVP gebunden hätte. Das wurde deutlich, als der Erste Bundesführer in einer Ende Juli gehaltenen Rede Hindenburg für seine Unterstützung im Kampfe gegen die Preußische Regierung dankte[3]). Er erwarte, so fuhr er fort, keine Rettung von den Parteien und der „in unseren Augen verfrühte[n] Reichstagswahl". Die „Formel der Zukunft" bleibe die Stärkung des Reichspräsidenten. Die Ansprache schloß mit der für die Lage im Stahlhelm kennzeichnenden Bemerkung, daß die Frontsoldaten erzogen worden seien, „das Trennende lächelnd zurückzustellen, das Einigende aber und den Willen zum Siege und zur Macht unseren ewig marschierenden, feldgrauen Kolonnen vorauszutragen". Auch Duesterberg, der zusammen mit Seldte das Rheinland bereiste, verurteilte, so gut er konnte, den Bruderkrieg unter den Antirepublikanern. Doch in Ilmenau erläuterte er dann, wie eine seinen Vorstellungen entsprechende Front auszusehen habe[4]):

> Die Würfel sind gefallen; es muß also gewählt werden! Die Stellungnahme des Stahlhelm ist öffentlich bekanntgegeben. Wahlenthaltung, Bildung einer Stahlhelmpartei, freipolitische Liebe für alle nicht-marxistischen Parteien kommen für uns

---

dem von sich aus schon entsprochen. *Ibid.*, mit der Randbemerkung: „Br. hat selbst gekündigt u. scheidet aus." Um so seltsamer ist es daher, daß er an kritischen Punkten in der späteren Stahlhelmgeschichte plötzlich immer wieder auftauchte. Siehe unten S. 164, 177, 227.

[1]) So trennte sich zum Beispiel die Westarp-Gruppe von der DNVP, und insgesamt traten an die 25 verschiedene Parteien im Wahlkampf auf. Einzelheiten bei Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik* (B 012), S. 347 ff.

[2]) *Der Sta.*, 27. 7. 1930, S. 1.

[3]) *Ibid.*, 3. 8. 1930, S. 1.

[4]) *Ibid.*, 24. 8. 1930, S. 2.

nicht in Betracht, sondern nur Empfehlung derjenigen Parteien, die durch den Stahlhelm gegen die Annahme der Young-Gesetze zusammengeführt waren.

Unter Bezugnahme auf die Reichspolitik forderte er eine diktatorische Regierung, die den deutschen „Augiasstall", wenn auch langsam, endlich einmal ausfegen werde. Und sein Freund Siegfried zu Eulenburg-Wicken fügte in einer Rede im ostpreußischen Tiegendorf hinzu, daß der Stahlhelm die Aufgabe habe, „in das Siegfried-Horn zu blasen und den deutschen Schläfer zu wecken[1])". Der Stahlhelm kenne keine „Bindestrich-Politik" und kein „Sowohl-Als-auch".

Das Ergebnis der Reichstagswahlen am 14. September brachte eine Überraschung: Die Nationalsozialisten errangen nicht weniger als 107 Sitze. Angesichts der Tatsache, daß dieser Sieg in erster Linie auf Kosten der DNVP und der gemäßigten Rechten erfochten war, waren nun auch die Stahlhelmführer beunruhigt. Noch kurz vor den Wahlen hatte Wagner einen Artikel veröffentlicht, in dem er Hitler recht grob unterschätzte. Der Rückzug des Stahlhelms von der politischen Frontlinie, so meinte er, sei darauf zurückzuführen, daß zur Zeit unter den Antirepublikanern einfach kein geeigneter Führer zu finden sei. Den geringsten Respekt zeigte er im übrigen für die „Braunhemdenkavallerie", da der Endsieg ohnehin von der „Frontsoldateninfanterie" errungen werden müsse[2]). Er sagte der „Nationalen Opposition" nicht viel mehr als 100 Sitze voraus und fragte schließlich: „Was soll denn nun schon diese Wahl ergeben?"

Sie brachte eine Sensation, die weitgehend auch die zukünftige Politik des Bundes bestimmte. Alle Splittergruppen waren von den radikalen Parteien völlig an die Wand gedrängt worden, und die Zahl der Alternativen für die Bundesführung war beträchtlich geschrumpft. Am 21. September setzte Wagner seine früheren Überlegungen in Generalstabssprache fort[3]). Er gab zu, daß die „Braunhemdenkavallerie" eine erfolgreiche Attacke geritten habe und daß die Bewegungen des Bundes nunmehr angepaßt werden müßten. Seine Lagebeurteilung: „Der Stahlhelm befindet sich, parlamentarisch gesprochen, auf dem Marsch nach rechts ..." Wie viele andere Rechtsorganisationen richtete von nun an der Bund seinen politischen Stil nach dem der NSDAP aus. Dabei war das Endziel wie zuvor die Wiederbelebung der Front von 1929, und so entschloß sich der Vorstand — kaum waren die Wahlen vorüber — den alten Reichsausschuß einzuberufen[4]).

Im Lichte dieser Reaktionen auf die neue Machtkonstellation verlor der Konflikt zwischen Seldte und Duesterberg für längere Zeit an Bedeutung. Folgt man einer späteren Erklärung Seldtes, so scheint er sich der scharfen Strategie

[1]) *Krz. Ztg.*, 3. 9. 1930, S. 4.

[2]) *Der Sta.*, 7. 9. 1930, S. 1—2. Der Vergleich war schon früher von Seldte gebraucht worden: „Mögen die Nationalsozialisten so etwas wie eine leichte Heereskavallerie sein: die schlachtentscheidende Frontinfanterie sind wir." *Ibid.*, 4. 5. 1930, S. 1.

[3]) *Ibid.*, 21. 9. 1930, S. 1.

[4]) Bay. KrA. München (A 01), 1, *Lenz an Huller*, 26. 9. 1930.

des Duesterberg-Flügels zunächst freiwillig angeschlossen zu haben[1]). Freilich pflegte er gleichzeitig weiterhin seine Kontakte zur gemäßigten Rechten und zu den Reichsbehörden. Brauweiler dagegen verließ nun auch den Stahlhelmverlag[2]). „Daß die Bundesleitung an ihrer politischen Hauptaufgabe, Hitler, Hugenberg und den Landbund zusammenzuführen, festhält", so schrieb der bayerische Landesführer über die neue Lage, „haben Sie wohl aus ihrem Entschluß, den Reichsausschuß wieder zusammenzurufen und für gemeinsames Handeln beisammenzuhalten, gesehen[3])." Er hätte hinzufügen können, daß dies schon seit langem die Konzeption Wagners war, der nun als Nachfolger von Czettritz ins „Bundeskanzler"-Amt aufrückte. Einen so gemäßigten Seldte-Vertrauten wie Brauweiler gab es nicht mehr.

2. *Schaukelpolitik*

Der Koblenzer Reichsfrontsoldatentag am 4./5. Oktober sollte unter anderem dazu dienen, die Fortsetzung der Reichsausschuß-Politik zu verkünden. Weiterhin hatten sich einige Nationalsozialisten nach ihrem September-Sieg die Frage angemaßt, ob der Stahlhelm überhaupt noch erforderlich sei. Derartigen Fragen versuchten die 140000 am Rhein versammelten Frontsoldaten mit einer gewaltigen Demonstration zu begegnen. Man versammelte sich zu einem eindrucksvollen Treffen am Deutschen Eck — sozusagen zu einer verspäteten „Befreiung" des Rheinlandes durch alte Soldaten. Daher waren die Feierlichkeiten nicht nur ein Affront für die Preußische Regierung und die von ihr bereits im Juli abgehaltenen Veranstaltungen, sondern sie beunruhigten auch die Franzosen. Nicht daß sie die riesigen Fackelzüge am Ehrenbreitstein für den Beginn einer erneuten Invasion hielten; aber schon die Reden in Koblenz waren deutlich genug, um die Pariser Presse mit Nachrichten über die „deutsche Gefahr" zu füllen[4]). Duesterberg zum Beispiel meinte, niemals würden die Frontsoldaten Elsaß-Lothringen, die Saar oder Eupen-Malmedy vergessen[5]). Denn „Unrecht verjährt nie", und seine Zuhörer gaben ihre laute Zustimmung. Es nützte wenig, wenn Seldte dem mit unklareren Formulierungen entgegenzuwirken suchte, indem er sagte: „Wir brauchen keinen Revanchekrieg, aber wir wollen die

[1]) H. Brauweiler in C. Hotzel (B 093), S. 226—27. Andererseits schrieb Seldte im Herbst 1930 (*Der Sta.*, 9. 11. 1930, S. 1—2): „In unendlich schweren und schmerzhaften Kämpfen ist im Stahlhelm das Führerproblem und die Notwendigkeit des Führergedankens geboren worden." Und in einer Rede in Kottbus fügte er hinzu: „... Masse muß gehorchen, führen kann nur einer." *Ibid.*, 14. 12. 1930, S. 5. Diese Äußerungen scheinen zumindest darauf hinzudeuten, daß er der Lösung des „Führerproblems" im Stahlhelm keineswegs freudigen Herzens zugestimmt hatte. Vielmehr hatte sich in ihm viel Bitterkeit angesammelt, die 1933 wieder zum Vorschein kommen sollte.

[2]) Siehe oben S. 154.

[3]) Bay. KrA. München, 1, *Lenz an Huller*, 26. 9. 1930.

[4]) Einzelheiten in *Der Sta.*, 19. 10. 1930, S. 2—4; *ibid.*, 26. 10. 1930, S. 5—6; *Jg. Nat.*, 9. 10. 1930, S. 2—3. Siehe auch C. Severing (B 182), Bd. II, S. 257.

[5]) Wortlaut der Reden der Bundesführer in *Der Sta.*, 12. 10. 1930, S. 5 ff.

Freiheit und wir wollen unser Recht, unser Lebensrecht im Westen und im Osten."

Wie tief ging diese Feindseligkeit gegenüber Frankreich im Stahlhelm? Wenige Tage zuvor hatte sich ein Gericht in Halle näher mit diesem Problem beschäftigt. Es handelte sich hierbei um einen Beleidigungsprozeß, in dem die Stahlhelm-Prominenz auftrat und der den folgenden Sachverhalt hatte: Am 6. Februar 1929 hatten sich verschiedene höhere Funktionäre, unter ihnen auch Seldte und Duesterberg, in Brauweilers Wohnung getroffen. Kurz darauf meldeten sich zwei weitere Herren, Albrecht Freiherr von Lamezan, ein Stahlhelmmitglied, und Arnold Rechberg, ein Industrieller. Beide waren wegen ihrer Frankreich-freundlichen Einstellung bekannt und trafen laut Duesterberg unerwartet ein.

Rechberg stand vor der Abreise nach Paris, wo er gute Kontakte zu französischen Politikern und Geschäftsleuten besaß. In der Diskussion mit den Stahlhelmführern scheint Rechberg nun seine Pläne für eine deutsch-französische Verständigung in recht überschwenglichen Worten geschildert zu haben[1]). Dafür war er schon bekannt, und so war das Ergebnis des Meinungsaustausches nur, daß man sich gegenseitig zur Vertraulichkeit verpflichtete. Irgendwelche politischen Vereinbarungen wurden jedenfalls nicht getroffen. In der französischen Hauptstadt muß Rechberg in seinem Übereifer dann aber doch seine Kontakte zum Stahlhelm erwähnt haben. Er mag diese Wirkung nicht beabsichtigt haben, aber seine dortigen Freunde glaubten schließlich wohl, daß er im Auftrage des Bundes spreche.

Diese Neuigkeit war zu sensationell, um nicht auch den frankophilen Jungdeutschen Orden zu erreichen, der selbst viele Verbindungen nach Paris besaß. Der Jungdeutsche Orden gab die Nachricht unbekümmert weiter. Duesterberg fühlte sich daraufhin verpflichtet, im Oktober 1929 öffentlich sein Ehrenwort zu geben, daß der Stahlhelm mit Rechberg und seinen Reisen nichts gemein habe. Als nun *Der Jungdeutsche*, das Organ des Ordens, einen Artikel unter dem Titel „Duesterberg lügt" veröffentlichte, war eine Klage fällig[2]). Der Zweite Bundesführer fühlte sich in seiner Ehre so schwer gekränkt, daß er den Chefredakteur des Blattes, Kurt Pastenaci, und den Ordenskanzler Otto Bornemann vor den Richter brachte. Die Verhandlung fand am 18. September 1930 statt, und die Angeklagten konnten nicht nachweisen, daß Rechberg tatsächlich mit der Zustimmung des Bundes verhandelt hatte[3]). Sie wurden zu 50,— RM Geldstrafe verurteilt.

---

[1]) Zuvor hatte Rechberg bereits Diskussionen mit Morosowicz und anderen Stahlhelmführern gehabt. *Ibid.*, 28. 9. 1930, S. 8.

[2]) *Ibid.*, 13. 10. 1929, S. 3.

[3]) Darüber hinaus gab es noch recht unerfreuliche Streitigkeiten über Rechbergs Tätigkeiten während des Ersten Weltkriegs. Siehe dazu BA Koblenz (A 16), 62. Rechberg und seine Ideen sind ausführlich behandelt bei Eberhard von Vietsch, *Arnold Rechberg und das Problem der politischen Westorientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg* (B 201).

Verglichen mit den Äußerungen in Koblenz, war die Haltung der Bundesführung gegenüber Frankreich in der Verhandlung gemäßigter. Zunächst einmal gab Duesterberg zu, daß Dilettantismus nirgends gefährlicher sei als in der Außenpolitik, und zeigte damit eine Selbstkritik, die er in seiner Innenpolitik vermissen ließ. Einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, so erklärte er des weiteren, werde er sich so lange widersetzen, wie der Versailler Vertrag unrevidiert bleibe. Das heißt, er redete nicht einer Erbfeindschaft das Wort. Das blieb dem Redakteur der reichlich provinziellen Duesterberg-Zeitung *Der Alte Dessauer* vorbehalten. Er glaubte, sich mit Frankreich noch im Kriegszustand zu befinden[1]). Doch abgesehen von der Aussage Martin Heeges waren die Äußerungen der Stahlhelmführer vor Gericht ein gutes Maß differenzierter als die Worte, die in Koblenz zu hören waren.

Die Republik hatte schon eher Grund, sich über den Frontsoldatentag zu beunruhigen, als die Franzosen. In Koblenz wurde auch die Vorbereitung eines neuen Volksbegehrens angekündigt, das sich gegen eine der republikanischen Bastionen, Preußen, richten sollte. Der Öffentlichkeit ist von diesem Plan niemals mehr als der Wortlaut des Antrages bekanntgeworden[2]). Freilich dachte der Stahlhelm nicht von vornherein an eine so prägnante Formel. Vielmehr enthielt der ursprüngliche Entwurf noch einen zweiten Abschnitt mit recht komplizierten Forderungen[3]):

> II. Der Landtag wolle beschließen, folgendes Gesetz anzunehmen: § 1. Artikel 7 der preußischen Verfassung vom 30. November 1920 wird wie folgt geändert: „An der Spitze des preußischen Staats steht der Staatspräsident, dessen Amt mit dem des jeweiligen Reichspräsidenten verbunden ist." § 2. Artikel 14 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: „Die Auflösung des Landtags erfolgt durch Anordnung des Staatspräsidenten oder durch eigenen Beschluß oder durch Volksentscheid." § 3. Artikel 45 wird wie folgt geändert: „Der Staatspräsident ernennt und entläßt den Ministerpräsidenten und die anderen Staatsminister." § 4. Die Rechte des Staatsministeriums betr. Vertretung des Staates nach außen (Art. 49), Erlaß von Ausführungsverordnungen, Ernennung der Staatsbeamten und Reichsratsmitglieder, Begnadigung und Notverordnung (Art. 51—55), der Gesetzverkündung (Art. 60 f.) sowie die Hoheitsrechte, insbesondere die Kultushoheit (Art. 82), gehen auf den Staatspräsidenten über. § 5. Das Amt des Staatspräsidenten beginnt mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes... § 6. Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündigung folgenden Tage in Kraft."

Dieser zweite Abschnitt des Volksbegehrens-Entwurfes zeigt, daß man das gesamte „Problem Preußen" in Angriff nehmen wollte — und das war keineswegs einfach. Ende Oktober wurde der DNVP, der NSDAP, der Wirtschaftspartei und anderen der Entwurf als Diskussionsgrundlage für zukünftige Verhandlungen zugestellt[4]).

[1]) *B. T.*, 18. 9. 1930, S. 4.

[2]) „Der am 20. Mai 1928 gewählte Landtag ist aufzulösen."

[3]) BA Koblenz (A 07), 22, *Wagner an die Landesführer*, 24. 10. 1930, Anlage. Siehe auch Bay. KrA. München (A 01), 77, *Chiffriertes Rundschreiben D 1714/30 D*, o. D.

[4]) BA Koblenz (A 07), 22, *Wagner an die Landesführer*, 24. 10. 1930.

Bald mußte die Bundesführung jedoch erkennen, daß der Vorschlag, ähnlich wie das Brauweilersche Verfassungs-Volksbegehren, viel zu unhandlich war. Die ersten Sondierungen ergaben,

> daß eine breite Front nur für die Ziffer I [des Entwurfes] zu bekommen ist. Auch innerhalb des Bundes sind eine namhafte Anzahl von Führern dafür eingetreten, daß lediglich der Wortlaut der Ziffer I zugrunde gelegt wird. Taktisch haben wir uns den verschiedenen Gruppen gegenüber auf den Standpunkt gestellt, daß die Aufgabe der Ziffer II für den Stahlhelm an und für sich ein sehr großes Opfer sei, das wir aber bringen würden, wenn es uns dadurch gelänge, eine sehr breite Front in großer innerer Geschlossenheit zusammenzubringen[1]).

Wie sehr es dem Bunde daran gelegen war, die Schaffung einer festen Front gegen die Republik zum Leitmotiv dieser neuesten Stahlhelm-Idee zu machen, geht aus einem anderen Schreiben Wagners hervor[2]):

> Im Lande greift nach allen uns zugegangenen Meldungen eine gewisse Enttäuschung um sich... Immerhin ist die Gefahr nicht abzuleugnen, daß der nationale Schwung erlahmt. Andererseits hat der regierende Marxismus durch die Ernennung Severings sehr deutlich gezeigt, daß er zum Kampf entschlossen ist, und seine weiteren Maßnahmen lassen sogar auf Vorbereitungen zum Bürgerkrieg schließen. Die Stahlhelm-Bundesführung hält es daher für notwendig, daß durch einen erneuten Schritt der nationalen Führung die nationale Volksstimmung in Schwung bleibt und für die wachsende Erregung auf Grund des wirtschaftlichen Druckes im Volke ein gesetzmäßiges Ventil geschaffen wird, das geeignet ist, Unbesonnenheiten zu verhüten, die erfahrungsgemäß den planmäßigen nationalen Aufstieg besonders leicht gefährden.

In der Praxis kam dann dieser Versuch, die „Volksstimmung in Schwung" zu halten, einem Aufpeitschen von Gefühlen gleich, die sich in den Verzweifelten, den Arbeitslosen, den Halbgebildeten angestaut hatten.

Wagners für einen Antirepublikaner eigentlich doch recht alarmierende Beobachtungen führten nun allerdings nicht dazu, daß sich die Rechtsparteien eilig dem Bund anschlossen. Der Bundeskanzler vermutete zwar sofort „parteipolitische Sonderinteressen" hinter dem Zögern der potentiellen Partner[3]), aber das war eine Simplifizierung der tatsächlichen Lage. Denn schon im November 1930 während einer Besprechung, in der die Marschroute für das Volksbegehren festgelegt werden sollte, kam man zu der Schlußfolgerung, daß ein Erfolg der Aktion zumindest zweifelhaft sei[4]). Die Nationalsozialisten hatten diese grundsätzliche Schwäche so klar erkannt, daß sie der besagten Konferenz fernblieben, und ihr

---

[1]) *Ibid.*, *Wagner an die Landesführer*, 31. 10. 1930.

[2]) *Ibid.*, *Wagner an Dingeldey*, 8. 11. 1930. Gleichlautende Schreiben wurden auch an andere Parteien und Organisationen verschickt, darunter an die DNVP und die NSDAP.

[3]) *Ibid.*, *Wagner an die Landesführer*, 31. 10. 1930. Allerdings sah er in der Neigung, dem Stahlhelm die Führung zu überlassen, einen Vorteil, der „von uns kräftig ausgenutzt werden" müsse. *Ibid.*

[4]) *Ibid.*, *Sitzungsprotokoll*, 12. 11. 1930. Anwesend waren Vertreter der DVP, der DNVP, der Wirtschaftspartei, des Landvolks, der VVVD, des Alldeutschen Verbandes und des Stahlhelms.

weiteres Zögern, sich dem Unternehmen anzuschließen, war dann wohl auch einer der Hauptgründe dafür, daß der Antrag für das Preußen-Volksbegehren erst drei Monate später als geplant eingereicht wurde[1]).

Am 4. Dezember hatten die Stahlhelmer ein Sondertreffen mit Hitler, der ihnen seine Zweifel im einzelnen auseinandersetzte[2]). Der Preußische Landtag, so argumentierte er, werde ohnehin bald aufgelöst werden, da die gegenwärtige Legislaturperiode ihrem Ende zugehe. Weiterhin führte er technische und finanzielle Schwierigkeiten an[3]). Da sich der Bund keinen Alleingang leisten konnte, stand der ganze Plan damit auf schwachen Füßen. Man befand sich „in dauernden Geldschwierigkeiten[4])", so daß sich der Vorstand kurz vor Weihnachten zu einem Spendenaufruf entschließen mußte[5]). Inzwischen zogen sich die Verhandlungen mit Hitler und Hugenberg mehr und mehr in die Länge. Als Anfang Februar keine der Parteien sich dem Projekt angeschlossen hatte, glaubten die Frontsoldaten die Einreichung ihres Antrages nicht länger hinauszögern zu können. Der sich ständig verringernde Zeitraum zwischen der Auflösung des Landtages durch ein Volksbegehren und seiner verfassungsmäßigen Auflösung hätte das Stahlhelm-Unternehmen bald sinnlos gemacht. Auch ging das Gerücht um, das Zentrum denke an eine vorzeitige Auflösung durch eine Abstimmung im Landtag[6]).

Die Ereignisse des Tages, an dem das Volksbegehren offiziell beantragt wurde (4. Februar), werfen ein Licht auf die delikaten Beziehungen unter den Antirepublikanern[7]). An diesem Tage hatte der Stahlhelm Einladungen für Besprechungen mit Hitler und Hugenberg verschickt. Beide hatten zugesagt. Um die Mittagszeit, wenige Stunden vor dem Treffen, stießen die Stahlhelmführer zufällig in einem Restaurant auf Hitler und seine Vertrauten. Doch, obwohl man im selben Raume aß, tauschten die beiden Gruppen nur ein höfliches Lächeln aus. Zu sagen hatte man sich augenscheinlich nichts. Hitler erbrachte hierfür einen noch deutlicheren Beweis, als er der Besprechung am Nachmittag unentschuldigt fernblieb. Nur „der andere H." erschien und „versuchte uns von unserem Vorhaben abzubringen, obwohl er zugab, daß etwas geschehen müsse. Er schlug dafür eine Art Gegenparlament in Weimar vor[8]). Das war für uns, insbesondere auch wegen der nunmehr eingetretenen Lage zur Münchner Leitung, unannehm-

[1]) Auf der Sitzung am 12. November hatte der Bund angekündigt, daß der Text am 3. Dezember veröffentlicht werden solle. *Ibid.*

[2]) Bay.KrA. München (A 01), 77, *Chiffriertes Rundschreiben D 2148/30 D*, o. D.

[3]) *Ibid.* Hugenberg äußerte ähnliche Bedenken. *Ibid.* Und auch der dritte wichtige Partner, die DVP, wollte „bei der Wahrscheinlichkeit oder Sicherheit eines Mißerfolges" die Frage noch einmal überdenken. BA Koblenz (A 07), 22, *Sitzungsprotokoll*, 12. 11. 1930.

[4]) Bay. KrA. München (A 01), 77, *Anträge zur Bundesratssitzung am 15. 11. 1930*, o. D.

[5]) *Krz. Ztg.*, 24. 12. 1930, S. 5.

[6]) Bay. KrA. München (A 01), 78 (I), *Chiffriertes Rundschreiben D 573/31 D*, o. D.

[7]) Die folgende Darstellung gründet sich auf *ibid.*, *Chiffriertes Rundschreiben D 270/31 D*, o. D.

[8]) Diese Idee setzte er bekanntlich einige Tage später zusammen mit der NSDAP in die Tat um.

bar. Wir erklärten daher, daß wir selbständig vorgehen würden und führten den Entschluß noch an demselben Tage durch." Die Bundesführung überreichte dem Preußischen Innenministerium ihren Antrag in der Überzeugung, daß sich weder Hitler noch Hugenberg dem Unternehmen würden entziehen können, sobald es angelaufen war[1]).

Unter diesen Umständen war man auch nicht unglücklich darüber, daß die DVP noch schwankte. Denn „innerhalb der Führerschaft der äußersten Rechten sollen erhebliche Meinungsverschiedenheiten entstanden sein. Auch sie werden sich unter der Wucht der Tatsachen und Notwendigkeiten beilegen lassen, so daß schließlich eine Frontbreite entstehen wird, wie sie sich eben nur auf uns, wenn auch noch so lose, einigen kann[2])." Dennoch war es nicht die „Wucht der Tatsachen und Notwendigkeiten" allein, die schließlich eine von DVP bis NSDAP reichende Front entstehen ließ. Der Bund trieb eine geschickte Schaukelpolitik und informierte nicht nur „Halbrechts", sondern auch die extreme Rechte nur, „soweit dies nötig erscheint, über die Zusammenhänge". Sonst ließe es sich nämlich nicht erklären, wieso die DVP den Eindruck gewinnen konnte, der Stahlhelm wünsche „die enge Gemeinschaft mit den radikalen Rechtsparteien zu lockern, eine mehr überparteiliche Haltung wiederzugewinnen und dadurch auch die Verbindung zur Volkspartei neu zu knüpfen"[3]), während Schmidt-Hannover die bevorstehende Absetzung Seldtes voraussagte[4]). Seldte, so verkündete er vertraulich vor einer Reihe von deutschnationalen Journalisten, solle durch Duesterberg ersetzt werden, und Hugenberg versuche eine Front unter Ausschluß der gemäßigten Rechten zu bilden.

Schmidt-Hannovers Neuigkeiten waren unrichtig. Seldte befand sich nicht in Gefahr, sondern warb für das Volksbegehren und achtete gleichzeitig darauf, daß die Beziehungen zum Reichspräsidentenbüro und zur Reichskanzlei gut blieben. Anfang Februar reiste er durch Süddeutschland und hielt eine Reihe von Reden, in denen er die Einigungsaufgabe des Stahlhelms und des Volksbegehrens herausstellte[5]), und Duesterberg wollte anscheinend allen Spekulationen über Seldte entgegentreten, als er in Ostpreußen ausrief:[6]) „Wir kennen im Stahlhelm keinen Personenkult, und wir Führer sind nichts anderes als Knechte der Idee."

Betrachtet man die Beziehungen des Bundes zu den Reichsbehörden, so war die Lage noch komplizierter. Seit der Aufhebung des Langenberg-Verbotes war der Stahlhelm Hindenburg besonders verpflichtet. Sorgfältig pflegte man die

[1]) *Der Sta.*, 8. 2. 1931, S. 1.

[2]) Bay. KrA. München (A 01), 78 (I), *Chiffriertes Rundschreiben D 270/31 D*, o. D. „Halbrechts wird unterdes mündlich, soweit dies nötig erscheint, über die Zusammenhänge aufgeklärt." *Ibid.*

[3]) BA Koblenz (A 07), 22, *Kommuniqué des DVP-Vorstandes*, 4. 3. 1931.

[4]) *Ibid.* (A 04), 2654, *Aufzeichnung Tripelburgs*, 5. 3. 1931.

[5]) *Krz. Ztg.*, 7. 2. 1931, S. 6; *ibid.*, 8. 2. 1931, S. 3; *ibid.*, 9. 2. 1931, S. 3.

[6]) *Der Sta.*, 22. 3. 1931, S. 6.

Verbindung zum Reichspräsidentenbüro und hütete sich auch, den Kanzler allzu scharf zu kritisieren. Anläßlich des Koblenzer Reichsfrontsoldatentages und zu Beginn des neuen Jahres tauschten die Frontsoldaten mit ihrem einstigen militärischen Führer herzliche Grüße aus[1]). Zu seinem Geburtstag erhielt er einen festlichen Baumkuchen und bald darauf ein Schreiben zu dem Film „Im Westen nichts Neues", den die Bundesführung skandalös fand[2]). Schließlich sammelten die Stahlhelmer im Herbst auch noch Material über die angeblichen Verbindungen zwischen dem Reichsbanner und der preußischen Polizei. Sie waren hierum ausdrücklich vom Reichspräsidentenbüro gebeten worden[3]). Waren die beigebrachten Beweise auch unergiebig, so zeigt gerade dieser Vorfall, wie gern man mit dem Feldmarschall zusammenarbeitete. Meissner bat um „weiteres vertrauliches Zusammenwirken"[4]).

Die Kritik an Brüning, mit dessen Politik man durchaus nicht übereinstimmte, war verglichen mit der Haltung der NSDAP und DNVP maßvoll. Man hatte Verständnis für seine Schwierigkeiten und spendete ihm ausdrückliches Lob, als sein Sanierungsprogramm im November 1930 unerwartet schnell durch den Reichsrat lief[5]). „Brüning, der ja ein kluger Mann ist", so fuhr der Leitartikel fort, habe dennoch ein großes Problem: „Er hat die nationale Öffentlichkeit Deutschlands nicht von der inneren Notwendigkeit des Weges, den er mit seinem Wirtschafts- und Finanzplan beschreiten will, zu überzeugen vermocht." Auf besonderes Wohlwollen stießen die Bemühungen des Kanzlers, sich seine Hände für die Außenpolitik freizuhalten[6]). Aus ihrer Ablehnung der Zusammenarbeit Brünings mit der SPD dagegen machten die Stahlhelmer kein Hehl. Immer wieder wurde ihm geraten, seine Regierung nach rechts zu verlagern. Denn die Bindung an die Sozialdemokratie war „das erste ernste Argument gegen die subjektiv sicher sehr ehrlichen und subjektiv auch außerordentlich großen außenpolitischen Hoffnungen der Reichsregierung"[7]). An anderer Stelle übte die Bundeszeitung die milde Kritik, daß seiner Außenpolitik in erster Linie die nötige Klarheit und seiner Innenpolitik die nötige Entschlossenheit fehle[8]).

In diesem Klima konnte sogar ein gelegentliches Zusammenspiel zwischen dem Kabinett und der Bundesführung gedeihen. Da war zunächst jene Stahlhelm-Delegation, die nach einer Italienreise im November 1930 voller Bewunderung

[1]) *Krz. Ztg.*, 7. 10. 1930, S. 3; *ibid.*, 8. 1. 1931, S. 3.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 25, fol. 107, *Bundesführung an Hindenburg*, 2. 10. 1930; *ibid.*, fol. 134—36, *Seldte an Hindenburg, Groener an Brüning*, 9. 12. 1930.

[3]) Bay. KrA. München (A 01), 77, *Chiffriertes Rundschreiben D 2235/30 D*, o. D.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 37, fol. 337—38, *Wagner an die Bundesführer*, 20. 1. 1931.

[5]) *Der Sta.*, 23. 11. 1930, S. 2.

[6]) Zur andersartigen Haltung anderer antirepublikanischer Gruppen siehe Th. Vogelsang (B 203), S. 98.

[7]) *Der Sta.*, 30. 11. 1930, S. 1—2.

[8]) *Ibid.*, 7. 12. 1930, S. 2.

für Mussolini und seinen Staat zurückkehrte[1]). Doch steuerte der *Duce* damals gerade einen recht deutschfeindlichen Kurs, und die Reichsregierung hielt die Elogen der Frontsoldaten für fehl am Platze. Hindenburg teilte diese Ansicht und drückte den Bundesführern seine Mißbilligung aus. Diesen war die Kritik offenbar äußerst peinlich. Sie beeilten sich, die Wellen zu glätten, und der Stahlhelm-Pressedienst korrigierte die Mussolini-Begeisterten. Hindenburg wurde mitgeteilt, daß die Reise völlig inoffizieller Natur gewesen sei und keine politischen Ziele verfolgt habe. Die Delegationsteilnehmer hätten ihre Äußerungen ohne Autorisierung getan[2]).

Eine Gelegenheit, Brünings Arbeit positiv zu unterstützen, ergab sich in der deutschen Ostpolitik. Im Winter 1930/1931 gab es unübersehbare Anzeichen dafür, daß Polen es mit seinen Verpflichtungen gegenüber der deutschen Minorität nicht immer ernst nahm. Überall erhoben sich Stimmen, die eine Antwort der Reichsregierung auf das Vorgehen der Polen, insbesondere in Oberschlesien forderten[3]). Brüning unterbreitete in Genf einen Protest, der schließlich in der zweiten Januarhälfte vor dem Völkerbund verhandelt werden sollte. Im Hinblick auf diese Sitzung vermittelte Meissner am 13. Januar eine Aussprache zwischen Wagner und Curtius. Der Außenminister wünschte die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen seiner Behörde und dem Stahlhelm in der Minoritätenfrage zu sondieren. Im Verlaufe der Unterredung bat Curtius den Bundeskanzler, in der Bundespresse möglichst nur über Minoritätenrechte und den unzureichenden Grenzschutz zu schreiben. Die Forderung nach Grenzrevisionen wollte er möglichst nicht erwähnt wissen. Wagner hatte für die Wünsche des Auswärtigen Amtes immerhin so viel Verständnis, daß er entsprechende Empfehlungen an seine Landesverbandsführer weiterleitete[4]). Curtius versprach seinerseits, daß in Zukunft die Beamten seines Ministeriums für die Bundesführung und deren Anliegen zugänglicher sein würden.

Der Stahlhelm bemühte sich ernsthaft, seinen Anteil an den Vereinbarungen zu erfüllen[5]). Als der Völkerbund das Verhalten Polens schließlich verurteilte, bezeichnete die Bundeszeitung das Genfer Ergebnis als eine schwere Niederlage für Warschau[6]). „Wir wollen und müssen auch anerkennen", so meinte *Der Stahlhelm* weiter, „daß der deutsche Außenminister ein geschickter, wirksamer und männlicher Anwalt der deutschen Sache und Ankläger des polnischen Unrechts war." Dies bedeute zwar nicht, daß man von nun an Curtius nicht mehr

[1]) Im Bunde wurde Mussolini weithin bewundert. Doch die Frontsoldaten hatten sich auch eigene Gedanken über die Struktur eines „organischen Staates" gemacht. Siehe Everlings Artikelserie in *ibid.*, 10. 8. 1930, S. 1—2; *ibid.*, 24. 8. 1930, S. 2—3; *ibid.*, 31. 8. 1930, S. 2—3.

[2]) *Krz. Ztg.*, 28. 11. 1930, S. 3; *Der Sta.*, 30. 11. 1930, S. 3—4.

[3]) *Ibid.*, S. 1—2.

[4]) Bay. KrA. München (A 01), 78 (I), *Wagner an die Landesführer*, 14. 1. 1931.

[5]) Siehe die beiden Telegramme Marklowskis an Curtius und Seldte in *Der Sta.*, 25. 1. 1931, S. 6—7.

[6]) *Ibid.*, 1. 2. 1931, S. 1.

kritisieren werde[1]), aber immerhin waren so lobende Worte für die deutsche Außenpolitik schon lange nicht mehr in der Stahlhelmpresse zu lesen gewesen. Sogar Duesterberg schloß sich in einer Rede am Wochenende des 24./25. Januar dem Lob für das Kabinett Brüning an[2]). Dabei verriet er auch, warum der Bund mit Curtius besonders zufrieden gewesen war: Während der Genfer Debatte hatte der polnische Außenminister Zaleski behauptet, das Verhältnis der für die Konflikte mitverantwortlichen Aufständischen zu dem Wojewoden Graczynski sei mit den Beziehungen des Stahlhelms zu Hindenburg zu vergleichen. Curtius hatte dies entschieden zurückgewiesen.

Das Zusammenspiel von Genf zeigte deutlich, daß den Reichsbehörden und der Bundesführung daran gelegen war, in Kontakt zu bleiben. Etwas später schrieb Wagner einmal, daß er „es für absolut verfehlt halten würde, den führenden Männern der Reichsregierung, insbesondere auch ... Curtius Mangel an nationaler Zuverlässigkeit vorzuwerfen. Ich halte ihn für einen klugen, hochgebildeten und absolut patriotischen Mann[3])." Es fehle lediglich an der nötigen Entschlossenheit, die man nur gewinnen könne, wenn man Stahlhelmpolitik treibe. Was für eine Politik das war, und wie Brüning vermutlich über sie dachte, ist einem Schreiben Wagners an Seldte zu entnehmen, wo es hieß[4]): „An der breiten Front und dem unabhängigen Vorgehen des Stahlhelm liegt der Wilhelmstraße offenbar sehr viel. Sie ist also an sich mit unserem Vorgehen durchaus einverstanden." So hielt sich der Bund immer mehr für das Verbindungsglied zwischen einer breiten Rechtsfront und der Reichsregierung gegen die Sozialdemokraten. Das Ziel war die Rechtserweiterung des Kabinetts Brüning[5]).

Die Kontakte zur Regierung liefen unter diesen Umständen recht gut weiter. Am 9. März sprachen Brauweiler (!) und Ausfeld in der Reichskanzlei vor[6]). Sie sollten einige vorbereitende Erklärungen zu Plänen abgeben, auf die Seldte in seiner für den folgenden Tag angesetzten Unterredung mit Brüning zu sprechen kommen wollte. Abgesehen von der Forderung nach einem Wehrertüchtigungsprogramm sowie nach Maßnahmen gegen öffentliche Korruption und Arbeits-

[1]) Siehe auch Wagners Ausführungen in der Vorstandssitzung vom 31. 1./1. 2. 1931 (DZA Potsdam [A 19], 15, fol. 66): „Die von Curtius in Genf gehaltene Linie könne nicht ganz unseren Beifall finden, aber immerhin sei festzustellen, daß unsere antipolnische Propaganda nicht ohne Wirkung geblieben sei."

[2]) *Der Sta.*, 1. 2. 1931, S. 5.

[3]) BA Koblenz (A 10), 28, *Wagner an Dingeldey*, 15. 7. 1931.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 40, fol. 241—46, *Wagner an Seldte*, 12. 2. 1931.

[5]) Im Zusammenhang hiermit ist interessant, daß schon im Oktober 1930 Erich Lübbert Schleicher als Kandidat für das Wirtschaftsministerium vorgeschlagen wurde. BA Koblenz (A 17), 79, *Maretzky an Schleicher*, 8. 10. 1930. Lübbert rückte Mitte Oktober in den Bundesvorstand auf, und Schleicher war zunächst „sehr interessiert". *Ibid.*, *Schleicher an Maretzky (Entwurf)*, 10. 10. 1930. Später allerdings änderte er seine Ansichten über Lübbert. *Ibid.*, *Schleicher an Müldner von Mülnheim (Entwurf)*, 27. 1. 1931.

[6]) *Ibid.* (A 04), 2735, „*Gedankengänge, die Herr Seldte am 10. 3. erörtern möchte. Überreicht am 9. 3. 31 von Herrn Brauweiller [sic] und Herrn Ausfeldt [sic]*".

losigkeit[1]), enthielten diese „Gedankengänge" eine wichtige allgemein-politische Stellungnahme: „Die Frontsoldaten sind unzufrieden und erbittert, weil die von ihnen tausendmal angebotene Hilfsbereitschaft bis heute verschmäht worden ist. Aber sie sind auch heute zur Hilfe bereit, weil es ihnen um das Wohl des deutschen Volkes und des Vaterlandes geht, nicht anders als in den Jahren des Krieges."

Dies war eine von mehreren Initiativen, durch die der Vorstand in der ersten Hälfte des Jahres 1931 seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer Unterstützung Brünings erklärte. Voraussetzung einer Unterstützung war allerdings, daß der Kanzler sich von der SPD trennte und sein Kabinett nach rechts erweiterte. Bei ihrem Bemühen, sich von der obstruktiven Politik der extremen Rechten zu lösen, zeigten sich die Stahlhelmer im Sommer 1931 besonders verständigungsbereit. Doch nicht allein die Aussicht auf die Bildung einer neuen antirepublikanischen Front machte diese letzte Chance für eine Annäherung an die Mitte zunichte, sondern auch die Politik des Bundes in den Monaten vor dem Höhepunkt im Sommer. Sie sorgte immer wieder dafür, daß die Regierung den Frontsoldaten mißtraute. An diesem Mißtrauen hatte das Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtags einen erheblichen Anteil. Denn je mehr die Aktion fortschritt, um so schwieriger wurden auch die Kontakte zum Kanzler. Einmal waren es die rücksichtslos demagogischen Methoden der damaligen Jahre, die eine Unterscheidung zwischen „Marxisten" und Republikanern allgemein immer unmöglicher gemacht hatten. Darüber hinaus war die Zentrumspartei Brünings in Preußen mit der SPD in einer Koalition verbunden, und der Stahlhelm konnte schwerlich gegen Braun agitieren, ohne gleichzeitig auch die Katholiken anzugreifen. Am Ende war es dann nicht einmal mehr möglich, die Reichspolitik des Zentrums von seiner Koalitionspolitik in Preußen zu trennen.

Der erste Zwischenfall ereignete sich bereits am 18. Januar 1931. An diesem Tage verkündeten Seldte und Duesterberg den Beginn einer neuen Offensive gegen die nach ihrer Ansicht zerstörerischen Kräfte in Deutschland. Das waren alle die Republik — oder wie es in dem Artikel hieß, alle das „undeutsche Zwischenreich des bismarckfeindlichen Marxismus" — unterstützenden Kräfte[2]). Aber die Parole „Kampf dem Zwischenreich", die den beiden Bundesführern einen Prozeß einbrachte, war nur der Anfang. Duesterberg war zur gleichen Zeit in zwei aufsehenerregende Beleidigungsprozesse verwickelt, die durch Severing und Grzesinski angestrengt worden waren.

---

[1]) Hier wiederholte er Brauweilers Ideen, die der Arbeitslosigkeit mittels einer vorstädtischen Kleinsiedlung abhelfen wollten. Siehe besonders seine Schrift *Das Arbeitslosenproblem. Der Weg zur Überwindung der Dauerarbeitslosigkeit durch nebenberufliche Landsiedlung*, Juli 1931, in *ibid.* (A 05), 19174. Brauweiler hinterließ seine Schrift im Reichsfinanzministerium während einer Unterredung dort am 28. Oktober 1931.

[2]) *Der Sta.*, 18. 1. 1931, S. 5.

Über Severing hatte sich der Zweite Bundesführer bei einem Soldatentreffen in Landsberg am 19. März 1930 lustig gemacht. Er hatte den „kleinen" Minister bedauert, der bei den Feierlichkeiten zum Volkstrauertage (16. März 1930) neben dem großen Hindenburg habe sitzen müssen[1]). Weiterhin behauptete er, „der kleine marxistische Hanswurst habe noch am selben Abend das Volk in einer anderen Versammlung verhetzt". Für diese Äußerungen verurteilte das Gericht Duesterberg zu 500 RM Geldstrafe. Unglücklicher war schon der Ausgang des zweiten Verfahrens, der zum Teil wohl auch Grzesinskis spätere Haltung gegenüber dem Stahlhelm erklärt. Denn das Urteil bewies recht eindrucksvoll, wie sehr die Weimarer Justitia bereits auf dem rechten Auge erblindet war[2]). Grzesinski hatte, wie man sich erinnern wird, für das Verbot des westdeutschen Stahlhelms im Herbst 1929 verantwortlich gezeichnet. Darüber hatte sich Duesterberg eine Woche später während einer Versammlung gegen den Young-Plan so erregt, daß er Grzesinski für seine Verdienste als Werkzeug Frankreichs das Kreuz der Ehrenlegion zuerkannt haben wollte. Die Auszeichnung, so meinte er weiter, werde dem Preußischen Innenminister außerdem helfen, auf Empfängen nicht mehr mit den Kellnern verwechselt zu werden. Im Mai 1930 hatte das Landgericht Halle zunächst das Urteil der Vorinstanz gemildert, und bis Januar 1931 hatten sich vier Gerichte einschließlich des Reichsgerichts mit dem Fall beschäftigt[3]). Doch die Rückverweisung des obersten Gerichts an die Hallenser Instanz veranlaßte die Richter nicht zu einer Revision ihrer Ansichten. Wohl wurde Duesterberg letztlich wegen Beleidigung verurteilt, aber praktisch gleichzeitig freigesprochen. Das Gericht beschäftigte sich eingehend mit der Geschichte des Falles und erklärte, daß der Zweite Bundesführer über das Langenberg-Verbot mit Recht verärgert gewesen sei. Das habe inzwischen auch Hindenburg geschrieben, auf dessen Ansichten sich die Richter bezogen. Aus der Rückschau habe sich schließlich der Kampf gegen den Young-Plan als richtig erwiesen, während Grzesinski auf Grund seiner drastischen Rede gegen die „Nationale Opposition" kurz vor der Duesterbergschen Äußerung als der eigentliche Sünder anzusehen sei[4]). „Es ist erklärlich", so schloß die Urteilsbegründung, „daß die gekennzeichneten Verfassungswidrigkeiten, die auch Gesetzeswidrigkeiten waren [!], ihrerseits Gesetzeswidrigkeiten auslösen mußten. Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus[5])." Man hätte den Zweiten Bundesführer ebensogut auch ganz freisprechen können.

Da die preußischen Behörden sehr wohl den Zweck des Stahlhelm-Volksbegehrens, aber auch die Instabilität der antirepublikanischen Front erkannten

[1]) *Krz. Ztg.*, 14. 1. 1931, S. 4.

[2]) Dazu allgemein: K. D. Bracher (B 012), S. 191 ff.

[3]) *Der Sta.*, 31. 5. 1931, S. 3.

[4]) In Frankfurt hatte er alle Feinde der Republik an den Laternenpfahl gewünscht.

[5]) *Der Sta.*, 31. 5. 1931, S. 3. Siehe auch *Krz. Ztg.*, 7. 1. 1931, S. 3; *ibid.*, 17. 6. 1931, S. 3. So wirkte sich jetzt also Hindenburgs Intervention vom Juli 1930 aus.

und zudem solche und andere Erfahrungen mit den Frontsoldaten nicht einfach vergaßen, achteten sie besonders peinlich auf die Erfüllung der gesetzlichen Volksbegehrensbestimmungen. Nicht zuletzt sollte das Volksbegehren die Steuerzahler in einer Zeit großer wirtschaftlicher Not 1,25 Millionen Mark kosten[1]). Man versuchte daher das Projekt des Stahlhelms mit verschiedenen rechtlichen Bestimmungen hinauszuzögern. Als Severing den Antrag zur Einleitung eines Volksbegehrens erhielt, bemerkte er, daß die vorgeschriebenen 20 000 Unterschriften zur Unterstützung des Antrags fehlten. Die Bundesführung wurde gebeten, entsprechende Listen nachzureichen. Ende Februar hatte man mehr als 40 000 Unterschriften gesammelt, die vom Preußischen Innenministerium sodann auf ihre Richtigkeit geprüft wurden. Am 4. März, vier Wochen nach Eingang des Antrages, wurde die Abhaltung eines Volksbegehrens genehmigt. Unter der Leitung Egan-Kriegers lief die Propagandamaschine des Bundes an.

Ende März verkündete Brüning in Erwartung erhöhter politischer Spannungen eine neue Notverordnung. Drei Tage später gab die preußische Regierung Durchführungsbestimmungen dazu heraus, in denen die Behörden zu Objektivität und Mäßigung angehalten wurden[2]). Folgt man nun den Protesten, die Egan-Krieger der Reichskanzlei (!) schickte, so scheinen diese Empfehlungen nicht überall beachtet worden zu sein[3]). Die örtlichen Behörden waren schnell zur Hand, wenn Flugblätter verboten oder Versammlungen aufgebrochen werden mußten. Sie waren jedoch weniger aktiv, als die Eintragungslisten ausgelegt werden sollten. Das Interessante daran ist, daß der Stahlhelm seine Kontakte zur ständigen Preußischen Regierung immer nur auf förmliche Proteste beschränkte, während man einen wirkungsvolleren Druck über andere Kanäle auszuüben suchte. Egan-Krieger hatte Besprechungen mit Meissner und Schleicher[4]). Auch Brüning wurde von den angeblichen Kompetenzüberschreitungen der preußischen Regierung unterrichtet, wobei Egan-Krieger ihn sogar bis in den Erholungsurlaub in Badenweiler verfolgte[5]).

Am 5. April faßte Wagner dann seine Ansichten über „Außenpolitik und Volks-

[1]) *Der Sta.*, 1. 3. 1931. S. 5.

[2]) BA Koblenz (A 07), 22, *Ministerial-Blatt für die Preußische Innere Verwaltung*, 1. 4. 1931: „Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gibt der Polizei eine Reihe von Handhaben, um den täglich bedrohlicher in Erscheinung tretenden Auswüchsen im politischen Leben wirksamer als bisher entgegenzutreten. Die Verordnung richtet sich nicht gegen die Freiheit der politischen Betätigung in anständiger und sachlicher Form, auch nicht gegen sachliche Auseinandersetzung in Weltanschauungsfragen. . . . Das vom Stahlhelm zur Zeit betriebene Volksbegehren zur Auflösung des Preuß. Landtags ist nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zugelassen und darf daher hinsichtlich der einzelnen, zu seiner Ausführung getroffenen, gesetzmäßigen Veranstaltungen polizeilich nicht behindert werden. . . . Ich ersuche die Pol.-Behörden, die Verordnung gerecht und völlig unparteiisch zu handhaben und jede kleinliche, dem Sinn und Zweck der Bestimmungen widersprechende Anwendung zu vermeiden, . . .“ Die letzten drei Sätze sind im Original unterstrichen.

[3]) *Ibid.* (A 04), 2735, *Egan-Krieger an Brüning*, 13. 4. 1931.

[4]) Mit Schleicher am 13. April.

[5]) BA Koblenz (A 17), 26, *Egan-Krieger an Brüning*, 14. 4. 1931.

begehren" zusammen[1]). Grzesinski, nunmehr Berliner Polizeichef, betrachtete den Artikel als „republikfeindlich" und verbot das Blatt vier Tage nach Erscheinen für drei Monate. Eine solche Verzögerung sowie die Länge des Verbotes fand Brüning anscheinend unverständlich, und Pünder mußte den Kanzler beruhigen[2]). Der Staatssekretär wurde beauftragt, direkte Verbindung zu Severings Ministerium aufzunehmen. Dort war mit einigen Tagen Verzögerung inzwischen auch das Beschwerdeschreiben von Seldte eingetroffen[3]), und Staatssekretär Abegg vom Preußischen Innenministerium zeigte sich über Grzesinskis Alleingang nicht weniger unglücklich[4]). Auch das Reichspräsidentenbüro schaltete sich in den Fall ein. Am 15. April besprach Meissner mit Abegg die Veröffentlichung einer Loyalitätserklärung durch den Stahlhelm und eine vorzeitige Aufhebung des Zeitungsverbots. Abegg war bereit, sich für eine Herabsetzung der Verbotszeit auf sechs Wochen einzusetzen[5]). Aber dann beschäftigte sich das Reichsgericht mit der Frage und ließ noch größere Milde walten: Das Verbot wurde auf drei Wochen beschränkt. Grzesinski war mit vereinten Kräften geschlagen worden.

Diese Einzelheiten hinterlassen zwei wichtige Eindrücke. Zum einen war Severing ehrlich darum bemüht, das Volksbegehren möglichst unbehindert ablaufen zu lassen[6]), und es stimmt nicht, daß man den Stahlhelm — wie behauptet wurde — schikanieren wollte. Zum anderen werfen die Kontakte zwischen den Reichs- und den preußischen Behörden während dieser Wochen ein interessantes Licht auf die Haltung Hindenburgs und Brünings. Der Kanzler hatte, wie er später selber schrieb, immer ein offenes Ohr für die Wünsche des Bundes[7]). Dabei ist schwer zu sagen, wieweit er unter dem Druck des Feldmarschalls stand und ihn zu beschwichtigen hoffte. Bekannt ist, daß Hindenburg ihn wiederholt drängte, das Kabinett nach rechts hin zu öffnen. Doch auch Brüning mag für einige Zeit im Stahlhelm den Schlüssel für eine Rechtserweiterung gesehen haben. Wenn diese Idee gescheitert ist, so lag die Verantwortung hierfür in erster Linie bei den Frontsoldaten, ihrer schizophrenen Politik und ihrer Unfähigkeit, die verständigungsfeindlichen Kräfte der Rechten auszuschalten. Die Politik des Bundes im Frühjahr 1931 hatte nicht dazu beigetragen, die Skepsis offizieller Kreise zu beseitigen, und als im Sommer dann die letzte Chance kam, herrschte im Stahlhelm wieder einmal Durcheinander.

---

[1]) *Der Sta.*, 5. 4. 1931, S. 1—2.

[2]) H. Pünder (B 150), S. 95.

[3]) Bay. KrA. München (A 01), 78 (I), *Seldte an Grzesinski*, 10. 4. 1931.

[4]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Vermerk der Rkzlei*, 15. 4. 1931.

[5]) *Ibid.*, Randnotiz Pünders.

[6]) *Ibid.*, *Zweigert an Pünder*, 16. 4. 1931.

[7]) *Ibid.*, *Brüning an Hindenburg (Entwurf)*, 2. 7. 1931.

3. *Aussicht auf eine Rechtserweiterung*

Ende April 1931 war das Volksbegehren, das Brüning erheblich irritieren mußte[1]), vorüber. Insgesamt hatten sich etwas über sechs Millionen Wähler für eine Auflösung des Landtages erklärt. Das reichte gerade aus, um im Landtag eine Abstimmung über den Antrag des Stahlhelms herbeizuführen und den Volksentscheid einzuleiten, da man von den Abgeordneten von vornherein nicht die Unterzeichnung ihres eigenen politischen Todesurteils erwartete[2]). Dieser Volksentscheid sollte nicht vor August 1931 stattfinden. Im Spätfrühling hätte die Bundesführung daher also zu einer kurzen Beruhigung der Gemüter beitragen können. Statt dessen ging die Agitation unvermindert fort. Allen Warnungen des Außenministers zum Trotz[3]) organisierte der Stahlhelm den Breslauer Reichsfrontsoldatentag, zu dem mehr als 100 000 uniformierte Mitglieder in der Nähe der polnischen Grenze aufmarschierten. Das Treffen bildete nicht nur den Auftakt zum Volksentscheid, der Brüning viele innenpolitische Schwierigkeiten bereitete[4]). In Breslau war auch vieles zu hören, was mit der Außenpolitik des Kanzlers unvereinbar war. So erinnerte Seldte in seiner Rede seine Zuhörer daran, daß die Armee für die Befreiungskriege gegen Napoleon sich in Schlesien versammelt hatte, und meinte, daß ein neuer Befreiungskrieg bevorstehe. Lebensraum-Sprüche waren in den Straßen der Stadt zu hören, und am letzten Tage hielt der ehemalige MG-Kompanieführer Seldte eine sogenannte Zielansprache. Unter seinem Kommando wendeten sich die Augen der Stahlhelmkolonnen gen Osten: Das Ziel war erkannt[5]). Duesterberg unterstrich diese Demonstration mit dem düsteren Kommentar[6]): „Die Herren Polen sollten aus ihrer eigenen wechselvollen Geschichte erkennen, daß sowohl der russische Riese als auch Deutschland zum Erstarken kommen werden. Der polnische Staat ist kein Nationalstaat."

Kein souveräner Staat konnte eine solche Herausforderung unbeantwortet lassen. Die polnische Regierung überreichte dem Auswärtigen Amt eine Protestnote[7]). Aus Paris kabelte der deutsche Botschafter, daß Briand das Treffen als „eine denkbar schwere Provokation gegenüber Polen" und als „die wohl kriegerischste Kundgebung, die seit Friedensschluß in Deutschland vorgekommen

[1]) In seiner Schrift *Warum Volksbegehren . . .?* (B 094) geißelte der Stahlhelm-Propagandist Hans Hübotter z. B. die „Halbrechtsgruppen, die mit Brüning im Reichstag zusammengehen und damit das deutsche Herrschaftssystem Brüning-Braun am Leben erhalten und indirekt fördern".

[2]) BA Koblenz (A 03), 8, *„Gesamtübersicht der Eintragungen zum Volksbegehren vom 15. 6. 1931"*. Der Landtag stimmte am 9. Juli gegen seine Auflösung.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 37, fol. 320—23, *Wagner an die Bundesführer*, 13. 5. 1931.

[4]) *Jg. Nat.*, 4. 6. 1931, S. 3.

[5]) *Der Sta.*, 7. 6. 1931, S. 7.

[6]) *Jg. Nat.*, 4. 6. 1931, S. 2—3.

[7]) *Krz. Ztg.*, 11. 6. 1931, S. 1.

sei", bezeichnet habe[1]). Brüning hatte nun die unerfreuliche Aufgabe, den Alliierten zu erklären, all dies sei nur ein Strohfeuer[2]). Eine Untersuchung der Haltung des Stahlhelms gegenüber Polen führt jedoch zu ganz anderen Schlüssen. Der Haß gegen Polen hatte sich tief in die Herzen der Frontsoldaten gefressen. Sie hatten geradezu phantastische Vorurteile entwickelt, und die Existenz eines polnischen Staates wurde niemals akzeptiert[3]). Diejenigen, die sich von diesem Standpunkt aus mit der „polnischen Frage" beschäftigten, mußten Polen zwangsläufig als den gefährlichsten Feind des Reiches betrachten, dessen man nur durch Ausradieren Herr werden konnte. Einer dieser Experten im Stahlhelm, der sein Wissen über die angebliche polnische Gefahr als Reichswehrchef erworben hatte, war General Heye[4]). In Breslau, wo er sich als einfaches Mitglied unter die Gleichgesinnten gemischt hatte, drückte er sich folgendermaßen aus[5]): „Ich leugne auch gar nicht, daß mir die Stellungnahme des Stahlhelm gegenüber Polen sehr zusagt. Ich bin ein Gegner Polens, das uns noch einmal Unglück bringen wird, genau wie Serbien 1914. Gerade über diese Probleme habe ich als Befehlshaber des Wehrkreises I sehr interessante Studien gemacht."

Wagner war ein anderer Ostexperte im Stahlhelm. Ihm hatte es noch nie an einem gesunden Selbstvertrauen in seine außenpolitischen Fähigkeiten gefehlt[6]). Doch hatten seine Danziger Erfahrungen ihm anscheinend den Blick für die Tatsachen getrübt. Jedenfalls war seine Feindseligkeit so groß, daß er sich nur noch eine „Befreiungspolitik" gegen Polen vorstellen konnte. Für sie hatte er sogar ein genaues Rezept entwickelt[7]):

> Der zur Zeit für Deutschland gefährlichste Gegner ist Polen, weil Polen einerseits planmäßig weiter deutschen Grund und Boden erobern will und andererseits infolge

[1]) DZA Potsdam (A 19), 275, fol. 40, *Meissner an Seldte*, 8. 6. 1931. Interessant ist, daß das Schreiben von Meissner kam.

[2]) *Ibid.*, 302 alt, fol. 45—47, *Politische Führer-Informationen*, 26. 6. 1931.

[3]) Siehe z. B. Duesterbergs Bemerkungen in *Krz. Ztg.*, 13. 3. 1931, S. 10.

[4]) Heye hatte im Dezember 1930 privat erklärt, er sei über den Gang der Politik und über die Reichswehr-Führung verbittert, stehe heute auf der Linie des Bundes und wolle sich ihm anschließen. DZA Potsdam (A 19), 37, fol. 343, *Arnim an Stephani*, 12. 12. 1930, mit der Bemerkung, er habe mit Heye einen „großen Fisch" gefangen. Wagner war über den Fang weniger begeistert und wollte Heye nur als einfachen Kameraden eintreten lassen, was schließlich auch geschah. *Ibid.*, fol. 339—40, *Wagner an die Bundesführer*, 15. 12. 1930.

[5]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Schlesische Zeitung*, 1. 6. 1931.

[6]) „Hauptmann Wagner fühlte sich als das militärische Gehirn des Stahlhelm, als dessen Generalstabschef. Vor einer Karte entwickelte er mir einmal seine militärische Konzeption. Man müsse, sagte er, Polen gegenüber ebenso verfahren, wie einst Bismarck gegenüber Österreich verfahren sei. In einem Blitzkrieg müsse man Polen niederwerfen." E. Niekisch (B 136), S. 162. In Wagners eigenen Worten hörte sich sein Selbstverständnis etwa so an: „Ich habe in den letzten Jahren festgestellt, daß dieses Außenpolitiktreiben bei uns ein absolutes Dilettieren ist . . . Ich bin nun dabei, die großen Linien für eine gemeinsame Außenpolitik der ganzen nationalen Opposition festzulegen." DZA Potsdam (A 19), 61, fol. 69, *Protokoll der Sitzung der Landesgeschäftsführer*, 19. 2. 1930.

[7]) Bay. KrA. München (A 01), 8, *Wagner an Lenz*, 31. 12. 1929. Siehe auch die von ihm verfaßte Druckschrift *Die polnische Gefahr* in DZA Potsdam (A 19), 1026 alt, fol. 61 ff.

seiner natürlichen Volksvermehrung über die Volkskraft verfügt, derartige Eroberungen unter Verdrängung des Deutschtums zu tatsächlichen und unabänderlichen zu machen. Andererseits ist Polen alles in allem genommen und auf sich allein gestellt ein Gegner, der sehr wohl von Deutschland auf allen Gebieten des politischen Kampfes, auch auf dem militärischen Gebiet, schließlich zu besiegen wäre. Es wird daher für die vorbereitende Befreiungspolitik darauf ankommen, zunächst einmal Polen zu isolieren.

Es stimmt somit nicht erstaunlich, daß einfache Stahlhelmer in Breslau solche Worte in ihre eigene Sprache übersetzten. Die Polen hatten allen Grund, beunruhigt, und Brüning hatte keinen Grund, dem Stahlhelm für den Frontsoldatentag dankbar zu sein.

Die Breslauer Geschichte war kaum zu den Akten gelegt, als der Bund dem Reichskanzler schon wieder Ärger bereitete. Am 11. Juni machte das Auswärtige Amt die Reichskanzlei auf eine Karikatur in der letzten Ausgabe der Bundeszeitung aufmerksam[1]). Darauf war eine (Steuer-)Presse zu sehen, die den deutschen Michel ausquetschte. Er spukte Blut in eine Schale mit der Inschrift „Reparationen", während zwei Herren grinsend an der Schraube drehten. Der eine von beiden sah Brüning, der andere dem Finanzminister Hermann Dietrich sehr ähnlich. Noch bevor das Kabinett eingreifen konnte, hatte Grzesinski bereits wieder aus eigener Initiative das Blatt verboten[2]). Allerdings entschloß sich diesmal Brüning selber zu scharfen Gegenmaßnahmen. Er brach sämtliche Kontakte zum Stahlhelm ab. Als Seldte daher den Kanzler schriftlich bat, seine kürzlich verkündete Notverordnung über die Bezüge von Kriegsversehrten zu modifizieren, blieb sein Brief unbeantwortet[3]). Dieses Schweigen entging der Bundesführung nicht. Man hatte ein schlechtes Gewissen und versuchte Brüning zunächst mit dem Artikel eines Nichtstahlhelmers, Eugen Freiherr von Reibnitz, zu beschwichtigen. Der Artikel, der recht versöhnliche Worte über die deutsch-französischen Beziehungen enthielt, könne — so klagte Reibnitz am 24. Juni — wegen des Verbots nicht in der Bundeszeitung erscheinen[4]). Er bat Brüning, sich für seine Aufhebung einzusetzen. Die Reichskanzlei aber hatte den Verdacht, daß Reibnitz vom Stahlhelm „vorgesandt" worden sei, und so leicht war Brüning nicht zu versöhnen[5]). Vielmehr machte er Anfang Juli in einem Brief an Hindenburg seiner Enttäuschung und Befremdung Luft, „zumal ich mich stets, soweit es mir nur irgend möglich war, für die Wünsche des Stahlhelm eingesetzt habe[6])". „Bei dieser Einstellung des Stahlhelm muß ich mich zu meinem aufrichtigen Bedauern

---

[1]) *Der Sta.*, 14. 6. 1931, S. 4; BA Koblenz (A 04), 2735, *AA an Pünder*, 11. 6. 1931.

[2]) *Ibid.*, *Vermerk der Rkzlei*, 13. 6. 1931, mit handschriftlichem Nachtrag Wiensteins.

[3]) *Ibid.*, *Seldte an Brüning*, 15. 6. 1931; *ibid.*, *Vermerk der Rkzlei*, 27. 6. 1931.

[4]) *Ibid.*, *Reibnitz an Brüning*, 24. 6. 1931. Den Artikel legte er bei.

[5]) *Ibid.*, *Vermerk der Rkzlei*, 2. 7. 1931. Dieser Verdacht war wohl begründet, denn die erste Ausgabe der Bundeszeitung nach dem Verbot erschien am 29. Juni, Reibnitz' Artikel war jedoch nicht darin zu finden. Über Reibnitz siehe O.-E. Schüddekopf (B 172), S. 60n.

[6]) BA Koblenz (A 04), 2735 *Brüning an Hindenburg (Entwurf)*, 2. 7. 1931.

in Zukunft veranlaßt sehen, mit den Führern des Stahlhelm jeden Schriftwechsel abzulehnen oder sie zu Besprechungen zu empfangen, solange sich nicht die Leitung des Stahlhelm wegen des beanstandeten Bildes bei mir durch eine öffentliche Erklärung entschuldigt hat." Pünder fügte in einem Begleitschreiben an Meissner hinzu, daß es dem Kanzler um seine Entscheidung „bitter ernst" sei[1]).

Hindenburg wiederum zögerte nicht, Seldte schriftlich seine Mißbilligung auszusprechen[2]). Er fände es, so schrieb der Feldmarschall, bedauerlich, wenn die hinter der Karikatur stehende Haltung die offizielle Politik des Bundes widerspiegele und wenn wegen solcher Zwischenfälle die Beziehungen zu Brüning abgebrochen werden würden. Solche Ermahnungen waren noch nie fruchtlos geblieben. Die Bundesführung entschuldigte sich, und selbst Wagner erkannte, daß sich der Stahlhelm „wieder einmal" in einer ziemlich heiklen Lage befand[3]). Er hielt sogar ein Verbot des Bundes für möglich, und es war seine Aufgabe, dem Kanzler klarzumachen, daß es dem Vorstand fernliege, „irgendein Mitglied des Kabinetts, das im schwierigsten Kampfe nach innen und nach außen steht, zu verunglimpfen[4])". Mit diesem Entschuldigungsschreiben erhebt sich die Frage, weshalb die Bundesführung sich so nachgiebig zeigte. War es doch in Deutschland im Jahre 1931 keineswegs üblich, sich für Beleidigungen zu entschuldigen[5]). Um die Haltung des Bundes zu verstehen, müssen wir jetzt zu den Entwicklungen innerhalb der antirepublikanischen Front seit dem Februar 1931 zurückkehren.

Es war, wie gesagt, seit langem der Ehrgeiz der Frontsoldaten gewesen, die Rechte von der DVP bis zur NSDAP zu vereinigen. Sie wollten „Sammler und Aufnahmestellung für die gesamte Rechtsopposition" sein[6]). Unter diesem Motto hatte auch das Preußische Volksbegehren gestanden, das einen Brennpunkt der Sammlung bilden sollte. Freilich hatte man bis zum Februar 1931 nur geringe Fortschritte in dieser Richtung gemacht. Nachdem jedoch die Propaganda für das Volksbegehren einmal angelaufen war, fanden erneute Besprechungen des Stahlhelms mit der DVP einerseits und mit Hitler und Hugenberg andererseits statt. Die große Frage war, ob die Frontsoldaten sie für ihre Ideen würden gewinnen können.

Nun war es von Anfang an klar, daß die DVP leichter zur Mitarbeit zu bewegen

---

[1]) *Ibid., Pünder an Meissner*, 2. 7. 1931.

[2]) *Ibid., Hindenburg an Seldte*, 9. 7. 1931. Wie in früheren Fällen war auch dieser Brief nur an Seldte addressiert und schloß: „Mit freundlichen Grüßen bin ich in alter Kameradschaft Ihr ergebener . . ."

[3]) DZA Potsdam (A 19), 275, fol. 42, *Wagner an E[ulenburg] (Entwurf)*, o. D.

[4]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Wagner an Brüning*, 16. 7. 1931.

[5]) Es war in der damaligen Zeit durchaus nicht ehrenrührig, wegen zu scharfer Äußerungen über politische Gegner vor Gericht erscheinen zu müssen. Während des „Zwischenreich-Prozesses" z. B. fragte der Vorsitzende den Angeklagten Duesterberg, ob er vorbestraft sei. „Mehrfach!", war dessen stolze Antwort. *Jg. Nat.*, 18. 6. 1931, 2—3.

[6]) *Ibid.*, 26. 2. 1931, S. 3.

sein würde als die DNVP oder gar die NSDAP. Der DVP-Vorstand hatte das Volksbegehren in den ersten Märztagen begrüßt[1]). Auch Hugenberg hatte sich schließlich mehr oder weniger fest mit dem Stahlhelm verbunden[2]). Betrübt mußte aber die Bundesführung feststellen, daß Hitler nach wie vor fehlte. Am 13. März schob die Parteikanzlei erneut finanzielle Schwierigkeiten als Grund für das Zögern vor[3]). Der Zusatz, die NSDAP werde „sich selbstverständlich nichtsdestoweniger am Volksbegehren beteiligen", war nur ein kleines Trostpflaster. Denn „die Intensität der Beteiligung" sollte „von den zur Verfügung stehenden Mitteln" abhängen, die angeblich klein waren. Ende März entschlossen sich daher die Stahlhelmer, die Unterorganisationen der NSDAP über ihre Haltung zu dem Unternehmen auszuhorchen. Hitler sollte seine Anhänger nämlich angewiesen haben, für das Volksbegehren keine Reklame zu machen, und ein Versuch, sich wenigstens dies am 29. März von Hitler mündlich bestätigen zu lassen, schlug fehl[4]). Die Landesverbände wurden daraufhin beauftragt, Nachforschungen über die Stimmung in der NSDAP anzustellen und die Ergebnisse bis spätestens zum 7. April an das Bundesamt weiterzureichen[5]). Erneute Besprechungen mit dem „Führer" sollten erst wieder nach Ostern (5. April) aufgenommen werden[6]). Als am 8. April die Eintragungslisten für das Volksbegehren ausgelegt wurden, stand eine öffentliche Erklärung Hitlers immer noch aus. Erst zwei Tage später schrieb der *Völkische Beobachter*[7]): „Jene Bedenken, die wir früher hatten, bestehen auch heute noch fort, doch haben wir keine Ursache, sie angesichts der gegebenen Sachlage näher zu erörtern; vielmehr wird die NSDAP das Volksbegehren zwecks Auflösung des in keiner Weise mehr der Volksstimmung entsprechenden Preußischen Landtags mit aller Energie unterstützen."

Zwei Wochen später, am 21. April, wurden die Listen wieder geschlossen. Die erste Phase des Plebiszits war vorüber: Allerdings blieben die Ergebnisse weit hinter den Erwartungen zurück, und Duesterberg meinte, daß alle Parteien versagt hätten, besonders aber die NSDAP[8]). Die Aussichten für eine geschlossene Front waren daher nicht sehr günstig. Da gerade Hitler in der Folgezeit weiter zögerte, wandte sich der Stahlhelm jetzt in erster Linie der DVP und der DNVP

---

[1]) BA Koblenz (A 07), 22, *Kommuniqué des DVP-Vorstandes*, 4. 3. 1931. Siehe auch *ibid.* (A 10), 28, *Wilhelmshavener Zeitung*, 15. 5. 1931, mit einem Zitat aus einer Rede Dingeldeys in Bochum am 12. Februar.

[2]) Bay. KrA. München (A 01), 78 (I), *Chiffriertes Rundschreiben D 316/31 D*, o. D.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 301, fol. 161, *Kanzlei Hitlers an Seldte*, 13. 3. 1931.

[4]) *Ibid.*, 100, fol. 70, *Bartenwerfer an Landesverband Ostpreußen*, 28. 3. 1931.

[5]) Bay. KrA. München (A 01), 78 (I), *Chiffriertes Rundschreiben D 600/31 D*, o. D.

[6]) *Ibid.*

[7]) *V. B.*, 10. 4. 1931, S. 1. Tags darauf veröffentlichte das Blatt einen vom 8. April datierten Aufruf Hitlers zur Teilnahme an dem Volksbegehren. *Ibid.*, 11. 4. 1931, S. 1. Allerdings sollte man nicht vergessen, daß die NSDAP Anfang April durch die Stennes-Rebellion erschüttert wurde.

[8]) DZA Potsdam (A 19), 15, fol. 34, *Handschriftliche Protokollnotizen der Bundesratssitzung*, 24. (25.?) 4. 1931.

zu. Das Ziel war augenscheinlich, dem Reichspräsidenten wenigstens diese schmalere Front für eine Rechtserweiterung zur Verfügung stellen zu können. Der Bund versuchte, eine Brücke zwischen Dingeldey und Hugenberg zu schlagen, wobei sich seine Doppelführung ausnahmsweise einmal als Vorteil erwies. Seldte war der Mann, die Kontakte zur DVP zu stärken, während Duesterberg mit dem deutschnationalen Parteiführer sprechen sollte.

Die Fortführung der Politik auf mehreren Bahnen setzte freilich einen gewissen Meinungsumschwung in Duesterberg voraus, der in der Tat auch allmählich eingetreten war. Offenbar wünschte auch er, von den rein destruktiven Praktiken der extremen Rechten loszukommen[1]). Seldte erfüllte seinen Auftrag gern und ohne dabei auf sonderliche Schwierigkeiten zu stoßen. Dingeldey brauchte für den Rechtserweiterungplan nicht lange überredet zu werden. Im Juni berichtete ein interner Stahlhelm-Pressdienst sogar, daß der DVP-Führer bereit sei, diesem Plan, wenn nötig, Curtius zu opfern[2]). Und Gilsa schlug Mitte Mai ein Treffen zwischen Seldte und Dingeldey vor, dem sicherheitshalber Wagner als der Vertreter Duesterbergs beiwohnen sollte[3]). Duesterberg seinerseits hoffte, während eines Erholungsaufenthalts in Bad Kissingen mit Hugenberg Ende Mai eingehende Besprechungen zu haben[4]). Doch stand Hugenberg nicht nur einer Zusammenarbeit mit der DVP, sondern auch der unabhängigen Politik des Stahlhelms „sehr mißtrauisch" gegenüber, wie Wagner in einer Unterredung Anfang Juni feststellte[5]). „Anscheinend befürchtete er, daß ein teuflischer Plan bestehe, ihn durch irgendwelche Vorspiegelungen von den Nazis zu trennen, um ihn dann in seiner Isoliertheit in die Zange zu nehmen." Nachdem Wagner sich diese Einwände angehört hatte, fragte er Hugenberg schließlich, ob er überhaupt an Verhandlungen mit der gemäßigten Rechten interessiert sei. Hugenberg bejahte.

Dieser erste Fortschritt wurde jedoch durch eine Rede Hugenbergs in Porta am 8. Juni wieder zunichte gemacht[6]). In ihr wurde Brüning scharf angegriffen. So war der Kanzler sowohl über Hugenberg als auch über das bereits erwähnte Breslauer Stahlhelmtreffen verstimmt. Hinzu kam der Ärger mit der Karikatur. Der Bund verfolgte eine so widersprüchliche Politik, und Hugenberg war so sehr durch die „Nazifrage" in Anspruch genommen, daß eine echte Verständigungsbasis einfach nicht zu bestehen schien. Der erste Versuch, eine Rechtsfront zu bilden, endete in einer Sackgasse. In den folgenden Wochen bemühten sich die Frontsoldaten nun um einen Ausweg. Mahnken sprach mit Hugenberg über dessen grundsätzliche „Bedenken u[nd] Sorgen" und glaubte schließlich, sie teil-

[1]) BA Koblenz (A 10), 43, *Gilsa an Dingeldey*, 23. 5. 1931. Siehe auch unten S. 178.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 302 alt, fol. 51—53, *Politische Führer-Informationen*, 12. 6. 1931.

[3]) BA Koblenz (A 10), 43, *Gilsa an Dingeldey*, 13. 5. 1931.

[4]) *Ibid.*, *Gilsa an Dingeldey*, 23. 5. 1931.

[5]) *Ibid.*, *Gilsa an Dingeldey*, 8. 6. 1931.

[6]) *Ibid.*, *Dingeldey an Gilsa*, 9. 6. 1931.

weise überwunden, teilweise auf eine andere Richtung „abgedreht" zu haben[1]). Brüning dagegen wartete immer noch auf eine Entschuldigung für die Karikatur in der Bundeszeitung.

Noch bevor sie eintraf, gab es neue Probleme. Die Kampagne für den preußischen Volksentscheid, der am 9. August abgehalten werden sollte, wurde heftiger und belastete nicht nur die Beziehungen zur Reichsregierung, sondern nun auch die zur DVP. Anfang Juli wies Wagner Dingeldey darauf hin, „daß wir bei der Agitation für den Volksentscheid unmöglich darauf verzichten könnten, auf die Notverordnung usw., d. h. auch auf die Politik der Reichsregierung kritisierend einzugehen[2])". Ebenso glaubte der ganze Propagandastab des Bundes, daß eine Kritik an der Gesamtlage des Reiches nicht aus dem Kampf für das Volksbegehren ausgeklammert werden konnte[3]). Die daraus resultierenden Akzentverschiebungen mußten auch die DVP beunruhigen, da sie unerfreuliche Angriffe auf Stresemann, den großen Toten der Nationalliberalen, und auf seinen Nachfolger Curtius zur Folge hatten. Am 11. Juli sah Dingeldey sich schließlich gezwungen, gegen die Vermischung von preußischer mit Reichspolitik zu protestieren. Doch Wagner antwortete ihm, es sei unmöglich, die Propaganda ausschließlich auf Preußen zu beschränken[4]). Er versprach anscheinend nur, etwas weniger rücksichtslos zu sein.

Während ihrer Verhandlungen mit der DVP und DNVP hatte die Bundesführung, die ein kompliziertes Netz zwischen Brüning/Hindenburg, Dingeldey und Hugenberg/Hitler zu spannen versuchte, niemals die extreme Rechte aus dem Auge gelassen. Nachdem nun die erste Verhandlungsrunde ohne Ergebnisse geblieben war, nicht zuletzt weil Hugenberg sich um die Vernachlässigung der Nationalsozialisten sorgte, kam der Stahlhelm offenbar zu der Überzeugung, daß Hitler nicht einfach ausgeschlossen werden dürfe. Da ergab es sich, daß Duesterberg nach München fahren mußte, um den Bund in einem Prozeß gegen Ludendorff zu vertreten[5]). Bei dieser Gelegenheit gelang es ihm, „in kurzer Unterredung H[itler] von der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns der nationalen Opposition zu überzeugen". Nun war es nie schwer gewesen, zu einer vagen Einigung zu kommen. Mochte die Bundesführung auch „in den letzten Wochen politisch hinter den Kulissen wesentlich wirksamer gewesen [sein], als es nach außen erscheint[6])", es wurde damit noch lange nicht erklärt, wie erfolgreich sie gewesen war. Betrachtete man vielmehr die öffentliche Tätigkeit der Stahlhelmer während

[1]) DZA Potsdam (A 19), 301, fol. 229—30, *Mahnken an Wagner*, 18. 5. 1931.

[2]) BA Koblenz (A 10), 28, *Wagner an Dingeldey*, 15. 7. 1931.

[3]) *Ibid.* Siehe auch Bay. KrA. München (A 01), 78 (I), *Rundschreiben Kleinaus an alle Landesverbände*, 23. 6. 1931.

[4]) BA Koblenz (A 10), 28, *Wagner an Dingeldey*, 15. 7. 1931; *ibid.*, 43, *Gilsa an Dingeldey*, 16. 7. 1931.

[5]) Bay. KrA. München (A 01), 78 (I), *Chiffriertes Rundschreiben D 1219/31 D*, o. D.

[6]) *Ibid.* „Wir glauben gerade durch diese vor der Öffentlichkeit zurückhaltende Taktik Erfolge erreicht zu haben und auch in der Zukunft erreichen zu können." *Ibid.*

der vergangenen Monate, so hatten sie viel Ärger verursacht, und vor dem Volksentscheid war hier kaum eine Änderung zu erwarten. Was man allein hinter den Kulissen erreicht hatte, war eine Aufrechterhaltung von Kontakten — zu Brüning, zu Dingeldey, zur extremen Rechten. Damit war der Bund zweifellos „die einzige Klammer, die die bürgerliche Rechte noch wenigstens etwas zusammenhält[1])". Ein sehr eindrucksvoller Erfolg war das jedoch nicht. Denn nirgends hatte man sich gebunden, und niemals bestand auch nur eine Chance, Hindenburg eine geeinigte Rechte anbieten zu können. Unter diesen Voraussetzungen wollte und konnte Brüning sich nicht auf einen Umbau seines Kabinetts einlassen. So teilte Friedrich Bendziula, dem Ersten Bundesführer nach Bad Kissingen schließlich mit, daß der Reichskanzler und Hindenburg arg verstimmt seien — und, wie er hinzufügte, mit Recht[2]). „Sie [d. h. Seldte] haben jetzt nur wieder den Mist auszubaden."

Mitte Juli scheint aber auch Duesterberg die verfahrene Lage erkannt zu haben. Er entschloß sich zu einer positiven Aktion. Brüning erhielt zunächst das Wagnersche Entschuldigungsschreiben für die Karikatur, mit dem er unter der Voraussetzung, daß noch eine öffentliche Erklärung erfolgte, „durchaus zufrieden" gewesen sein soll[3]). Weiterhin wurde die Unterstützung der Regierung durch eine Erklärung geplant, die am Vorabend des Kanzlerbesuchs in Paris bekanntgegeben werden sollte. Einem Stahlhelm-Rundschreiben zufolge kam diese Idee aus der Reichskanzlei und wurde am 17. Juli der Bundesführung durch Ausfeld übermittelt[4]). Diese Version scheint nicht ganz richtig zu sein. Denn zuerst hatten die Frontsoldaten wohl an eine gemeinsame Erklärung der gesamten „Nationalen Opposition" gedacht, die Brüning auffordern sollte, den Franzosen gegenüber hart zu bleiben. An einer solchen Stellungnahme hatte niemand ein Interesse. Möglicherweise wurde das auch Ausfeld am 17. Juli in der Reichskanzlei mit dem Zusatz gesagt, daß man eine positive Unterstützung durchaus begrüßen würde. Brüning stehe zwecks Absprache noch am selben Abend zur Verfügung. Wagner antwortete sofort, daß Duesterberg die Einladung annehme und gegen 21 Uhr vorbeikommen werde[5]). Diese Unterredung konnte dann aber auf Grund eines vorrangigen Besuchs des amerikanischen Botschafters in letzter Minute nicht mehr stattfinden. Statt dessen wurde Duesterberg gebeten, die Angelegenheit am nächsten Morgen mit Meissner zu besprechen. „Vor Beginn

[1]) BA Koblenz (A 10), 43, *Gilsa an Dingeldey*, 16. 7. 1931.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 26, fol. 5, *Bendziula an Seldte*, 11. 7. 1931. In der Öffentlichkeit dagegen gab man dem Kanzler die Schuld, und die Bundeszeitung (19. 7. 1931, S. 2—3) fragte: „Und was hindert den Kanzler, auf innenpolitischem Gebiete die Schritte zu tun, die eine Mobilisierung der aktivsten Kräfte Deutschlands ermöglichen, wenn nicht seine eigene Veranlagung, die auch in kritischer Stunde Entschlüsse stets nur sehr spät reifen läßt?" Siehe auch Th. Vogelsang (B 203), S. 124n.

[3]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Vermerk Pünders*, 17. 7. 1931.

[4]) Bay. KrA. München (A 01), 78 (I), *Chiffriertes Rundschreiben D 1219/31 D*, o. D.

[5]) *Ibid.*

dieser Unterredung wurde durch den Bdsk. [Bundeskanzler] und die pol. Abt. der Entwurf zu dem Telegramm gemacht, das dann unter Vorwissen des St[aatssekretär]s Meissner am 22. nach geringen Änderungen von der ganzen nationalen Opposition abgesandt wurde[1])."

Brauweiler (!) gab hierzu später an, daß man zuerst daran gedacht habe, das Telegramm allein abzusenden[2]). Es sollte Brüning den Rücken gegen die nach seiner Rückkehr von links und rechts erwartete Kritik stärken. Meissner aber riet davon ab, das Telegramm nach Paris zu schicken. Besser wäre es, so meinte er, es nach England, der zweiten Station Brünings, zu übermitteln, und es wäre noch schöner, wenn es von der gesamten „Nationalen Opposition" unterzeichnet würde. Diesem Rat folgend, überredeten die Stahlhelmer Hitler und Hugenberg, ihre Unterschrift zu leisten[3]). „Hierdurch ist die nat[ionale] Opposition erneut vom Sta[hlhelm] geschlossen worden, ohne daß die Fühlung mit den anderen Parteien der Volksentsch[eids]front und der R[eichs]Reg[ierung] verlorengegangen ist[4])." Das ermutigte zu weiterer Arbeit hinter den Kulissen. Es kam jetzt darauf an, „die Fühlung mit allen Faktoren der nat[ionalen] Politik zu erhalten, ohne die eigene Linie umbiegen zu lassen, und damit tunlichst unsichtbar in der Führung zu bleiben". Frank Glatzel, ein Brüning zuneigendes Mitglied des Reichstages, der um diese Zeit (20. Juli) eine Aussprache mit Brauweiler und Ausfeld hatte, versuchte die Haltung des Bundes ausführlicher zu umreißen[5]): es erschien ihm zunächst wesentlich,

> daß der Stahlhelm — und zwar vertreten durch Herrn Duesterberg — überhaupt bereit gewesen ist, eine solche Kundgebung zu machen, noch wichtiger aber, daß er bereit war, sich für die einzuschlagende Taktik mit dem Staatssekretär Meissner zu besprechen und daß er sich Meissners Rat gefügt hat. Dazu kommt, daß sich in der nächsten Nummer des „Stahlhelm" eine Entschuldigung befinden wird wegen der bekannten Unstimmigkeiten, die durch Artikel und Karikaturen des „Stahlhelm"

[1]) *Ibid.* Tatsächlich wurde es schon am 21. abgesandt.

[2]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Aufzeichnung Hagenows* (?), 1. 8. 1931. Ein Bericht über die Verhandlungen mit Meissner wurde dem in Bad Kissingen kurenden Seldte übersandt mit dem Zusatz, es habe sich dabei um einen „Schritt des Stahlhelm zur Abstützung Brünings bei den jetzigen Verhandlungen" gehandelt. DZA Potsdam (A 19), 40, fol. 234—38, *Wagner an Seldte*, 21. 7. 1931. Dr. Brauweilers Wiederauftritt in diesen Tagen ist zweifellos bemerkenswert. Leider konnte er persönlich sich nicht mehr daran erinnern. *Dr. Brauweiler an den Verfasser, 5. 11. 1962.*

[3]) DZA Potsdam (A 19), 40, fol. 234—38, *Wagner an Seldte*, 21. 7. 1931. Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut: „Dem ursprünglich als Erleichterung gedachten Plan des amerikanischen Präsidenten Hoover wird die unverhüllte Absicht Frankreichs entgegengesetzt, das deutsche Volk auf die Dauer unter sein Diktat zu zwingen. So soll aus der Erleichterung eine Verschlimmerung werden. Es wird den verantwortlichen Kreisen in Frankreich nicht unbekannt sein, daß in unserem gequälten Volke, insbesondere in der Jugend, die Verzweiflung derart gewachsen ist, daß allerorts gefährliche Gedankengänge aufkeimen. . . . Die gesamte nationale Opposition macht daher in aller Form darauf aufmerksam, daß sie gemäß ihrer Grundeinstellung auch neue Bindungen, die gegenüber Frankreich eingegangen werden, als für sich rechtsverbindlich nicht ansehen wird." Abgedruckt in *Der Sta.*, 26. 7. 1931, S. 3.

[4]) Bay. KrA. München (A 01), 78 (I), *Chiffriertes Rundschreiben D 1219/31 D*, o. D.

[5]) BA Koblenz (A 10), 31, *Glatzel an Thiel*, 21. 7. 1931.

zwischen dem Reichskanzler bzw. dem Reichspräsidenten und dem Stahlhelm entstanden sind. Aus all' dem geht eindeutig hervor, daß der Stahlhelm den Wunsch hat, aus der negativen Haltung herauszukommen. Er will mit allen Fasern so etwas wie Schutztruppe des Staatsgedankens werden und empfindet die Nachbarschaft mit den Obstruktionsgruppen als peinlich; er sucht mit allen Fasern nach einer positiven Aufgabe, auf die er seine Leute einstellen kann, und er ist bereit, sich helfen zu lassen, um in eine Richtung zu kommen, die positiv den Staatsgedanken und den Reichspräsidenten stützt. Diese Entwicklung muß m. E. jetzt zustande kommen, solange Hindenburg noch Reichspräsident ist.

Diese zweifellos von Brauweiler und Ausfeld stammenden Gedankengänge sind deshalb so frappierend, weil sie weitgehend mit denen des Seldte-Flügels vom Frühjahr 1930 übereinstimmen. Einundeinviertel Jahre später, im August 1931, scheint auch Duesterberg solchen Ideen nicht abhold gewesen zu sein. Auf jeden Fall stellten zwei seiner Bekannten bei einer „Unterhaltung über die wirtschaftliche Lage" „einen gänzlichen Umschwung" an ihm fest[1]). Sie waren darüber so erstaunt, daß sie ihre Beobachtungen sofort an Schleicher weitergaben und einen Empfang des Zweiten Bundesführers vorschlugen. Während Duesterbergs Vorschläge sich mehr auf eine Verbesserung der Beziehungen zur Reichswehr bezogen zu haben scheinen, gab es andere für ein Arrangement mit Brüning. Nach seiner Unterredung mit Brauweiler und Ausfeld kam Glatzel zu der festen Überzeugung, daß der Reichskanzler sofort die beiden Bundesführer sprechen müsse. Am 1. August schloß er sich daher Brauweiler an, der eine Verabredung in der Reichskanzlei hatte[2]). Dort erläuterten beide, daß der Stahlhelm bereit sei, sich von Hitler und Hugenberg zu lösen und Brüning zu unterstützen. Seldte werde eine entsprechende Erklärung anläßlich einer Rede zum Volksentscheid in der nächsten Woche abgeben, woraufhin Brüning die beiden Stahlhelmführer einladen solle. Am 4. August sprach dann Seldte folgende Worte[3]):

> Die gleiche innere feindliche Presse will aus dem Volksentscheid herauskonstruieren, daß wir Brünings Arbeit als Reichskanzler innen und außen erschweren. Wir erschweren einem Manne, der Deutschland aufbauen will, niemals die Arbeit. Ganz im Gegenteil, er kann mit uns, den Nationalen und den Frontsoldaten, wahrscheinlich innen und außen anders auftreten und wirken als mit Männern einer Linken.

Brüning seinerseits redete in einer Rundfunkansprache vom gleichen Tage von der Notwendigkeit einer „schöpferischen Synthese", wenngleich er auch keinen Zweifel daran ließ, daß er durch den Volksentscheid des Bundes beunruhigt war[4]).

---

[1]) *Ibid.* (A 17), 26, *Gienanth an Schleicher*, 24. 8. 1931; *ibid.*, *Wilmowski an Schleicher*, 25. 8.1931. Zu Schleichers Haltung siehe Th. Vogelsang (B 203), S. 124 ff.

[2]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Aufzeichnung Hagenows* (?), 1. 8. 1931.

[3]) *Der Sta.*, 9. 8. 1931, S. 2—4. Duesterberg forderte anschließend Wehrhoheit und behauptete, daß jedesmal „wenn eine Reichsregierung eine festere nationale Selbsterhaltungspolitik einzuleiten versuchte", sie durch die marxistischen Kräfte im Reich und vor allem in Preußen geschwächt werde. *Ibid.*

[4]) K. D. Bracher (B 012), S. 404; Th. Vogelsang (B 203), S. 428.

Diese Entwicklungen um die Monatswende sahen vielversprechend aus, und nur wenige hätten es für möglich gehalten, daß sich die „Nationale Opposition" zwei Monate später in Harzburg versammeln würde. Es ist aber bereits gezeigt worden, wie zerbrechlich die Beziehungen zwischen der Reichsregierung und dem Stahlhelm blieben. Der Boden, auf dem Männer wie Brauweiler ihre Brücke zu Brüning bauen wollten, war keineswegs fest, und am Ende blieben ihre Pläne unverwirklicht.

Am 8. August sprachen Brauweiler und Ausfeld erneut in der Reichskanzlei vor, um genauere Vereinbarungen für einen Empfang der beiden Bundesführer durch Brüning zu treffen[1]). Diese Konferenz, obwohl für Anfang September festgelegt, hat jedoch niemals stattgefunden. Am 31. August vermerkte Erwin Planck auf der Aufzeichnung vom 8. August, daß Seldte krank sei und daß die Unterredung daher verschoben werden müsse[2]). Doch zur gleichen Zeit nahm Seldte an einem Treffen des südwestdeutschen Stahlhelms teil, auf dem er einige kryptische Bemerkungen machte[3]). Wagner, der auch anwesend war und anschließend nach München fahren wollte, um „einige Besuche zu machen[4])", drückte sich schon klarer aus[5]). Er vertrat die Ansicht, daß die außerparlamentarischen Institutionen Deutschlands, wie die Reichspräsidentschaft und die Armee, „immer mehr in das Weimarer System verrutscht" seien, parlamentarische Gebilde, wie die DNVP und die NSDAP dagegen aber den Weimarer Parlamentarismus bekämpften. „Aus dieser verschrobenen Lage erklären sich die scheinbaren ‚Schwankungen' des Stahlhelm. Der Stahlhelm arbeitet daran, den die Nation formenden Teil als nationale Opposition zu organisieren, und zwar aus der Breite und der Tiefe des gesamten Volkes heraus."

Angesichts der Tatsache, daß fünf Wochen später die sogenannte Harzburger Front gebildet wurde, erscheint es nach diesen Entdeckungen ratsam, nach den Ursachen der Seldteschen „Krankheit" zu forschen. Offenbar hatten Brauweiler, Ausfeld und Glatzel die Stimmung im Bunde nicht genau wiedergegeben. Es gab

---

[1]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Aufzeichnung Hagenows*, 8. 8. 1931. Unter anderem vereinbarte man auch den Text für eine Pressenotiz zu der Karikatur-Affäre. Denn Brüning war mit der Erklärung in der Bundeszeitung vom 26. Juli nicht zufrieden gewesen, nicht zuletzt weil sie nur auf der vierten Seite und obendrein in winziger Schrift erschienen war. Jetzt sollte eine weitere Notiz seitens der Reichskanzlei veröffentlicht werden, womit laut Randbemerkung auch Brüning einverstanden war. Der Termin für das geheime Treffen wurde später für den 2. September festgelegt. *Ibid.*, mit einem handschriftlichen Zusatz Hagenows. Bei der Datumsangabe irrte er sich allerdings um vier Wochen, und so stammt die Notiz wohl vom 29. August.

[2]) *Ibid.*

[3]) „Allerdings wird keine Notverordnung unseren Willen zum Siege beeinträchtigen können. . . . Jetzt hat das deutsche Frontsoldatentum sich zur Übernahme der Führung entschlossen. Es ist bereit, den wehrhaften, organischen Staat aufzubauen." *Der Sta.*, 6. 9. 1931, S. 5.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 68, *Wagner an Lenz*, 28. 8. 1931.

[5]) *Der Sta.*, 6. 9. 1931, S. 6.

eine Fraktion, die sich einer Trennung von der extremen Rechten widersetzte. Ihr Wortführer war allem Anschein nach Wagner. Schon vor dem negativen Ausgang des Volksentscheids, der den Widerstandsgruppen gegen eine Zusammenarbeit mit Brüning Auftrieb gab, malte er die Zukunft des Reiches in den dunkelsten Farben. So hatte zum Beispiel Dingeldey in einem Brief an Wagner gemeint, daß „die berühmte Versklavung von zwei Generationen ... ein Ausfluß eines geschichtswidrigen Pessimismusses" sei[1]). Er erhielt die Antwort[2]):

> Hoffentlich behalten Sie mit Ihrer Gesamtbeurteilung recht. Ich selbst sehe augenblicklich offen gestanden noch viel schwärzer, wenn nicht schleunigst entschlossen gewendet wird. „Es kann ein dreißigjähriger Krieg werden." Das heißt, es kann eine so große Notlage eintreten, daß darüber schließlich ein Bürgerkrieg ausbricht, in den das Ausland von allen Seiten eingreift.

So kann es denn nicht wunder nehmen, daß Wagner der Plan einer Bindung des Stahlhelms an die Regierung nie so recht behagte. Vielmehr erblickte er ganz im Gegensatz zu den Gemäßigten selbst in dem Londoner Telegramm an den Reichskanzler „die ersten Spuren einer wirklichen nationalen Opposition gegenüber der Reichsregierung[3])".

Zwei Tage nach der Niederlage der Volksentscheidsaktion, am 11. August, trat er mit der Forderung auf, die Oppositionsfront fortzusetzen[4]). Wenige Tage später wurde Brüning in Wagners *Politischen Führer-Informationen* kritisiert[5]). Seine Politik, so hieß es, sei verworren und undurchführbar. Die Stimme dieses Flügels, an dem schließlich die Pläne der Verständigungswilligen scheiterten, war auch aus folgender Vorstandsentschließung vom 15. August herauszuhören[6]):

> Die ungeheuren Schwierigkeiten der nächsten Monate fordern die Erhaltung der erfolgreichen, zum Volksentscheid geschaffenen deutschen Front. Der Stahlhelm wird alles daran setzen, [um] in Übereinstimmung mit den Besten des deutschen Volkes die große nationale Bewegung zum wahren Frieden der Nation und zur Freiheit des Vaterlandes geschlossen vorwärts zu tragen.

Das waren deutliche Anzeichen dafür, daß die Möglichkeit einer Bindung des Stahlhelms an das Präsidialregime wieder einmal ehrlich nur von einer Minorität gewünscht worden war. Der radikale Flügel setzte sich durch und ebnete dem

---

[1]) BA Koblenz (A 10), 28, *Dingeldey an Wagner*, 24. 7. 1931.

[2]) *Ibid.*, *Wagner an Dingeldey*, 30. 7. 1931.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 302 alt, fol. 30—32, *Politische Führer-Informationen*, 25. 7. 1931. Und in der Bundeszeitung (2. 8. 1931, S. 1) schrieb er: „Wir wollen nicht ‚an den Staat heran' oder ‚in den Staat hinein', wie die schiefen Phrasen lauten. Wir wollen den Staat grundlegend soldatisch umformen — von Preußen her."

[4]) *Krz. Ztg.*, 14. 8. 1931, S. 6.

[5]) DZA Potsdam (A 19), 302 alt, fol. 21—23, *Politische Führer-Informationen*, 14. 8. 1931.

[6]) *Jg. Nat.*, 20. 8. 1931, S. 1.

Bund den Weg nach Harzburg. Brüning sah keinen Grund, sich mit einem schizophrenen Wehrverband zu verbinden[1]).

Die Idee eines Treffens der „Nationalen Opposition" wurde Ende August geboren, als eine Reihe deutschnationaler Politiker die Bildung eines Blocks unter Ausschluß der gemäßigten Rechten diskutierten. Auf seiten des Stahlhelms scheint Wagner sogleich ein Anhänger dieses Plans gewesen zu sein. Zuvor mußten noch einige Probleme geklärt werden, wozu auch die für den Stahlhelm besonders delikate Frage des Kandidaten für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen gehörte. Bereits im Februar 1931 hatte Seldte angekündigt, daß der Stahlhelm ohne Rücksicht auf Hugenbergs und Hitlers Pläne sich für eine Wiederwahl Hindenburgs einsetzen werde[2]). Ein Kompromiß in dieser Angelegenheit sei ausgeschlossen. Die beiden Parteiführer möchten sich einen anderen Kandidaten suchen, sofern sie dem nicht zustimmen könnten.

Seldtes Äußerungen waren zweifellos eine Herausforderung an Hitler und Hugenberg. So jedenfalls müssen sie zumindest auch auf den deutschnationalen Flügel des Bundes gewirkt haben, für den die Entschlüsse des Ersten Bundesführers noch nie das letzte Wort gewesen waren. Nun war es aber eine alte Tradition im Stahlhelm, die Lösung auftauchender Konflikte immer wieder aufzuschieben. Angesichts der Bindungen des Bundes zum Präsidenten einerseits und zur „Nationalen Opposition" andererseits war die Frage der Wiederkandidatur ein solcher Konflikt.

Trotz wiederholter Forderungen aus den Kreisen der Unterführer kamen Seldte und Duesterberg in der Zeit zwischen Februar und Juni unter sich zu keiner Einigung[3]). Im Gegenteil, man schien sogar zu glauben, dem Dilemma einer Entscheidung zwischen Hindenburg und der Rechten glücklich entrinnen zu können. Anfang Mai 1931 zum Beispiel hatte Wagner eine Unterredung mit Meissner[4]). Bei dieser Gelegenheit erfuhr der Bundeskanzler, daß die Idee einer Wiederwahl Hindenburgs fallengelassen worden sei. Wagner war hocherfreut und erwiderte, daß auch er „es für ganz unmöglich hielte, daß der R[eichs]P[räsident] bei seinem außergewöhnlich hohen Ansehen in der ganzen Welt sich noch einmal wie jeder andere Sterbliche für einen Wahlkampf zur Verfügung

[1]) In diesem Zusammenhang ist vielleicht noch erwähnenswert, daß selbst das Londoner Telegramm dem Kanzler nicht so willkommen war, wie man in Stahlhelm-Kreisen annahm. Diese Vermutung rührt von einer Bemerkung in der Bundeszeitung her (6. 9. 1931, S. 4), der zufolge das Telegramm „von dem Reichskanzler nur als Stützung seiner Verhandlungsposition, nie aber als ‚Dolchstoß' empfunden worden sein" könnte und die anscheinend nur deshalb gemacht wurde, weil man in der Reichskanzlei anderer Meinung war. Andererseits — wie auch die geplante Unterredung mit Seldte und Duesterberg zeigt — wollte Brüning ganz bewußt „wie bisher unabhängig bleiben und das Spiel zwischen Rechts und Links spielen. Er ist infolgedessen zur Zeit zerrissen und brütet sehr über diese Dinge." Zitiert in Th. Vogelsang (B 203), S. 429.

[2]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Bericht der Vertretung der Reichsregierung in München*, 13. 2. 1931.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 294, fol. 6, *Mahnken an Seldte, Duesterberg und Wagner*, 28. 4. 1931; *ibid.*, fol. 3, *Tüllmann an Bundesamt*, 10. 6. 1931.

[4]) *Ibid.*, fol. 4—5, *Wagner an Seldte und Duesterberg*, 8. 5. 1931.

stellen könne". Für die Wahl eines neuen Präsidenten werde der Stahlhelm seinen überparteilichen Einfluß aber selbstverständlich „ausgiebig" geltend machen. Nur müsse Hindenburg seinen Entschluß jetzt erst bekannt geben. Auf diesen Wunsch hin wich Meissner diplomatisch aus, so daß sich Wagner am Ende des Gesprächs nicht mehr ganz sicher war, „ob der Entschluß des R[eichs]-P[räsidenten] wirklich ein ganz endgültiger war".

Im Herbst des Jahres wurde diese Unsicherheit unerquicklich. Mit den Diskussionen um die Harzburger Front tauchte nämlich auch die gefährliche Frage eines Präsidentschaftskandidaten auf. Ein Brief Wagners an den schlesischen Stahlhelmführer von Marklowski umschrieb treffend den Alptraum, der den Stahlhelm in den kommenden Monaten verfolgte, ehe er sich im Februar 1932 erfüllte[1]):

> Entscheidend wichtig ist an sich die Reichspräsidentenwahl, wobei es vor allem darauf ankommt, daß wir uns nicht über die Ehrenmitgliedschaft [Hindenburgs] in einen Gegensatz zur übrigen Rechten bringen lassen, wenn, womit ich immer noch rechne, die Frage der Verlängerung auftaucht. Ich glaube daher, daß für uns in dieser Frage in der Öffentlichkeit große Zurückhaltung geboten ist.

Das Problem mußte also baldmöglichst gelöst werden, und Wagner bemühte sich, die Vorbereitungen für eine Lösung zu treffen. Immerhin gelang es den deutschnationalen Urhebern der Harzburger Front, etwa um die Zeit zu einer generellen Einigung zu kommen, zu der die Unterredung der beiden Bundesführer mit Brüning stattfinden sollte (aber wegen Seldtes Krankheit abgesagt wurde). Man konnte jetzt in Verhandlungen mit Hitler eintreten. Am 30. August beriet Hugenberg mit dem „Führer", und angeblich fanden beide eine gemeinsame Basis[2]). Es folgten weitere Besprechungen mit Frick und Strasser, die zu der Hoffnung Anlaß gaben, daß die Gegner der Republik auf diesem Wege endlich zusammengebracht werden könnten.

Inzwischen machten auch Seldte und Duesterberg sich den Weg nach Harzburg frei. Beide hatten sich immer weiter von Brüning entfernt und in der ersten Septemberhälfte standen sie ihm in offener Opposition gegenüber. Als der Kanzler Anfang des Monats auf den Druck der Alliierten hin das Projekt einer Zollunion mit Österreich fallenlassen mußte, kritisierten die beiden Bundesführer diesen Rückschlag als eine schwere Niederlage für Brüning[3]). Davon überzeugt, daß sie selber mit den Westmächten erfolgreicher gewesen wären, schrieben sie: „Es hat sich gezeigt, daß ein großer und richtiger Gedanke zu seiner Durchsetzung auch geeigneter Persönlichkeiten und geeigneter Mittel bedarf." Viele Stahlhelmer waren der Ansicht, daß nur sie die nötige Erfahrung in der großen

---

[1]) *Ibid.*, fol. 45, *Wagner an Marklowski*, 4. 9. 1931.

[2]) O. Schmidt-Hannover (B 168), S. 268 ff.

[3]) *Der Sta.*, 13. 9. 1931, S. 1.

Politik besaßen[1]). Daraus leiteten sie ihren Machtanspruch im Reiche ab, und da Brüning sie nicht hören wollte, suchten sie Anschluß an die extreme Rechte.

Am 15. September notierte die Reichskanzlei erneut, daß Seldte und Duesterberg den Kanzler nicht besuchen könnten. Sicherlich lag es diesmal nicht an Seldtes Leiden[2]). Zwei Tage zuvor hatte *Der Stahlhelm* bekannt gegeben, daß der Erste Bundesführer am 20. September auf einem Treffen im ostpreußischen Elbing sprechen werde[3]). Spätestens um diese Zeit wurden Seldte und Duesterberg auch in das Harzburger Projekt eingeweiht. Schmidt-Hannover berichtet dazu — leider ohne Angabe von Daten[4]) —, daß es leichter gewesen sei, Seldte „in den Bergen" zu überzeugen als später in Berlin. Das lag wohl daran, daß er nach seiner Rückkehr in die Reichshauptstadt von ähnlichen Zweifeln überkommen wurde wie einige seiner dortigen Kameraden. Sie wurden den Verdacht nicht los, daß Hitler sie in eine Falle locken könnte. Dabei ging es anscheinend nicht sosehr um die Frage eines gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen, obwohl auch sie noch immer ungelöst war[5]). Die Bundesführung wurde von Zweifeln geplagt, wie sie Morosowicz Anfang September in einer Rede in Frankfurt an der Oder in Worte gefaßt hatte. Er hatte damals die Bildung einer gemeinsamen Front unter zwei Bedingungen befürwortet[6]): „Die eine ist die, daß wir uns bei kommenden Regierungsbildungen und bei kommenden politischen Schlachten nicht als ‚brave Wehrbewegung' abhängen lassen werden. Die zweite ist: Keine Freundschaft mit falscher Überheblichkeit."

Das waren unverhüllte Warnungen an die Adresse der Nationalsozialisten. Besonders wurde Duesterberg von diesen Fragen bewegt[7]). Er verabscheute die Arroganz Hitlers und wollte auf jeden Fall vermeiden, daß die Harzburger Tagung zu einer parlamentarischen Veranstaltung wurde. Nach 1945 fügte der Zweite Bundesführer noch hinzu, daß die NSDAP allen Versprechungen zum Trotz ihre Unterminierung anderer antirepublikanischer Organisationen gerade

---

[1]) „Aber ebensowenig wie man ein Schießgewehr Kindern, die damit nicht umzugehen wissen, in die Hand gibt — denn es könnte ja auch nach hinten losgehen —, ebensowenig kann eine Regierung, die Außenpolitik auf pazifistischer Grundlage treibt und die Kraft zu ‚schöpferischer Synthese' sich in der Unterstützung des demokratisch-marxistischen Systems sucht, eine Aktion [d. h. die Zollunion] durchführen, die als Voraussetzung nationalen Aufbau bedingt." *Ibid.*, S. 2.

[2]) BA Koblenz (A 04), 2735, *Aufzeichnung Hagenows*, 8. 8. 1931, mit einem Wiedervorlagevermerk vom 15. 9. 1931. Interessant ist, daß der letzte dieser Stempel vom 30. 10. 1931 stammt! Es stimmt freilich, daß der Erste Bundesführer an „Magen-, Darm- und Lebergeschichten" litt. *Dr. Seldte an den Verfasser*, 5. 1. 1963. Wagner betonte andererseits, daß die Pressemeldungen über Seldtes Krankheit übertrieben seien. DZA Potsdam (A 19), 67 (I)alt, fol. 74, *Rundschreiben an alle Landesverbände*, 14. 9. 1931. So war denn Seldtes Leiden eine willkommene Entschuldigung, da man inzwischen längst ganz andere Pläne hatte.

[3]) *Der Sta.*, 13. 9. 1931, S. 6.

[4]) O. Schmidt-Hannover (B 168), S. 275.

[5]) K. D. Bracher (B 012), S. 443.

[6]) *Der Sta.*, 13. 9. 1931, S. 6.

[7]) DZA Potsdam (A 19), 282, fol. 204, *Hugenberg an Duesterberg*, 17. 9. 1931.

im Herbst 1931 verstärkte[1]). Das Bundesamt hätte so viele Beschwerden über die Rücksichtslosigkeit und Unehrlichkeit der Nationalsozialisten erhalten, daß er Seldte schließlich gebeten habe, die Zusage für die Harzburger Heerschau zurückzuziehen[2]). Doch Seldte hatte bereits sein Erscheinen versprochen, und Hugenberg bemühte sich, den Zweiten Bundesführer in einem längeren Brief zu beruhigen[3]). „Ich bitte Sie dringend und herzlich", so schrieb er, „unter Voranstellung der großen Einigungsgesichtspunkte Ihre Bedenken gegen die Abhaltung der Harzburger Tagung doch zurückstellen zu wollen." Um „in jener politisch gespannten Lage einen schwerwiegenden Bruch von unübersichtlichen Folgen im Stahlhelm zu vermeiden, habe ich mich dann *leider* schweren Herzens zur Beteiligung bereiterklärt[4])."

Es ist nun freilich nicht anzunehmen, daß Duesterberg vor Seldte so einfach kapituliert hätte, wären auch seine eigenen Vertrauten gegen eine Teilnahme gewesen. Aber diesmal befand er sich in der schwächeren Position, und die Konsequenzen einer Kraftprobe wären unter diesen Umständen in der Tat gefährlich gewesen. Immerhin war Duesterberg seit langem der Wortführer eines scharfen Kurses im Stahlhelm. Er konnte jetzt nicht plötzlich gegen einen Rechtskurs auftreten, und sosehr er sich auch sträubte, sein früherer Radikalismus kehrte sich von nun an gegen ihn. Am 2. Oktober wurden die Einladungen für die Harzburger Tagung verschickt. Sie waren unterzeichnet von Frick, Schmidt-Hannover und — Wagner[5]). Tags darauf legte letzterer des weiteren zwei Entwürfe für eine Harzburger Entschließung vor[6]). Der eine stammte von ihm und Duesterberg, der andere von ihm, Frick und Schmidt-Hannover. Um der Einheit willen schlug Wagner vor, einen Kompromißentwurf auszuarbeiten. Aber anscheinend war es schwierig, sich auf seinen Wortlaut zu einigen[7]), und das war ein schlechtes Omen.

Am 10. Oktober 1931, einem Sonnabend, trafen die Vertreter der „Nationalen Opposition" in der Stadt am Fuße des Harzes ein. Eine Vorbesprechung mit

---

[1]) Th. Duesterberg (B 045), S. 13.

[2]) Siehe auch seinen Brief an Mahnken vom 10. November 1931 (DZA Potsdam [A 19], 118, fol. 148—52): „... nicht umsonst habe ich vor der Harzburger Tagung schriftlich gewarnt und nicht umsonst habe ich, nachdem unserm Vorschlag gemäß die Front so breit wie nur möglich hierzu gesammelt war, eine Durchführung im engsten Führerkreise, d. h. ohne Gefolgschaft und ohne Theater für richtiger gehalten."

[3]) *Ibid.*, 282, fol. 204, *Hugenberg an Duesterberg*, 17. 9. 1931. In dem Brief hieß es weiter: „Ihrer Auffassung, daß die Veranstaltung ausgesprochen parlamentarisch ist, kann ich nicht beitreten, ebensowenig der Ansicht, daß der Stahlhelm dort ‚zu einer Art Empfehls- [soll wohl heißen: Befehls-] Empfang' bestellt sei. Ich habe die ganze Frage in Kreuth im Beisein von Herrn Schmidt-Hannover eingehend mit Herrn Seldte durchgesprochen und Herr Seldte hat sich mit unseren Vorschlägen durchaus einverstanden erklärt."

[4]) Th. Duesterberg (B 045), S. 13.

[5]) Ernst-August Roloff, *Bürgertum und Nationalsozialismus* (B 158), S. 66.

[6]) DZA Potsdam (A 19), 282, fol. 187—88, *Wagner an die Bundesführer*, 3. 10. 1931.

[7]) Die Stahlhelm-Akten (*ibid.*, fol. 230—66) enthalten eine ganze Reihe von Entwürfen.

den Hauptteilnehmern, auf der die Marschroute für den folgenden Tag festgelegt werden sollte, war für 22 Uhr angesetzt worden[1]). Diese Sitzung wäre wohl glatter verlaufen, wenn alle Eingeladenen pünktlich erschienen wären. Doch es fehlte der „Führer". Obgleich dies schon früher vorgekommen war, mußte diese Extratour seine zum Herumsitzen verurteilten Partner verstimmen. Nach seiner Ankunft entschuldigte sich Hitler damit, daß er in Berlin durch Polizeiaktionen gegen die SA aufgehalten worden sei, was ihm niemand so recht glauben wollte. Er war nämlich wenige Stunden zuvor von Hindenburg empfangen worden, und dieser Empfang bot eine bessere Erklärung für die Verspätung: Er hatte Hitlers Selbstvertrauen neue Nahrung gegeben. Als „nach Mitternacht" die Grundlinien für eine Harzburger Resolution endlich angenommen wurden, hatte sich die Stimmung bereits merklich verschlechtert.

Am nächsten Morgen nahmen Seldte und Duesterberg zunächst den Vorbeimarsch von Stahlhelmtruppen ab, die aus den benachbarten Landesverbänden zusammengezogen worden waren. Danach traf sich der Vorstand zu einer letzten Aussprache vor der Abnahme einer gemeinsamen Parade von SA-, SS- und Stahlhelm-Abteilungen durch die in Harzburg versammelte Prominenz. Im Verlaufe dieses Vorbeimarsches geschah das zweite Malheur: Hitler war zwar beim Auftritt der nationalsozialistischen Kontingente zugegen, weigerte sich aber zur allgemeinen Entrüstung der übrigen Anwesenden, die Stahlhelm-Kolonnen zu grüßen. Die Frontsoldaten waren außer sich. Noch vor Beginn der Hauptversammlung im Harzburger Kurhaus verwickelten Seldte, Duesterberg und Wagner den „Führer" in ein Wortgefecht, das später schriftlich fortgesetzt wurde. Hinzu kam, daß Hitler nicht zu dem gemeinsamen Mittagessen der Delegierten erschien und seine SA-Leute sich fortwährend mit den anwesenden Stahlhelmabteilungen stritten[2]).

Am Nachmittag hatte sich aus all diesen Zwischenfällen eine ernste Krise entwickelt. Hitler wollte abreisen, und Hugenberg mußte seine ganze Überredungskunst aufwenden, um eine solche Katastrophe zu verhindern. Schließlich erschienen beide Parteiführer doch noch. Der schon in der Kurhaushalle wartenden Menge fiel ein Stein vom Herzen. Nach Hitler und Hugenberg sprachen dann Seldte, Duesterberg und eine Reihe anderer prominenter Gegner der Republik[3]). Seldte gab seiner besonderen Befriedigung über das Zustandekommen der Rechtsfront Ausdruck. Er sei erfreut über die programmatische Geschlossenheit der „Nationalen Opposition" und über ihren Entschluß, die Führung im Reich zu übernehmen. Das „System", so rief er schließlich, habe versagt, und der Stahlhelm sei nunmehr bereit, mit allen anderen Antirepublikanern zusammenzuarbeiten. Diese Bereitschaft beziehe sich nicht nur auf eine Zusammen-

[1]) O. Schmidt-Hannover (B 168), S. 281 ff., wie auch zum Folgenden.

[2]) U. a. stritt man sich, ob auf dem Kurhaus eine schwarzweißrote oder eine Hakenkreuz-Fahne wehen sollte.

[3]) Wortlaut der Reden in *Der Sta.*, 18. 10. 1931, S. 2 ff.

arbeit „gegen eine zeitweilige unzulängliche Regierung", sondern auch auf eine Zusammenarbeit in allen Fragen, bei denen es um die Sicherung deutscher Werte gehe[1]). Doch konnten solche Worte bestenfalls die Fassade einer Front gegen die Republik bewahren. Dahinter lag die Hoffnung, in konkreten politischen Fragen zu einer Einigung zu kommen, bereits in Schutt und Asche. Harzburg war eine Farce.

[1]) *Ibid.*, S. 2. Duesterberg forderte Wehrhoheit und Wehrertüchtigung.

Kapitel V

1931—1932

In den Jahren vor der Bildung der Harzburger Front hatte sich der Stahlhelm unermüdlich auf der Suche nach einem Platz im Staat befunden. Dabei waren die Frontsoldaten immer wieder zwischen Kooperationsbereitschaft und kompromißloser Opposition hin- und hergeschwankt. Es war freilich kein Geheimnis, daß der Bund mit dieser Politik nicht sehr erfolgreich gewesen war. Anstatt die „nationalen" Kräfte in Deutschland in einer Front zu vereinigen, hatten die vielen Manöver des Vorstandes allenfalls dazu beigetragen, sie weiter auseinanderzutreiben. Nicht zuletzt lag dies jedoch daran, daß es mit dem Aufstieg der revolutionären NSDAP und der dadurch heraufbeschworenen Spaltung des Landes in zwei große politische Lager immer schwieriger — und auf die Dauer unmöglich — wurde, über den Parteien zu stehen. Eine Entscheidung für die eine oder andere Seite mußte getroffen werden. Für den Bund fiel sie, wenn auch unter erheblichen Schwierigkeiten, in den nun zu behandelnden Monaten.

1. Die Ernüchterung nach der Harzburger Tagung

In den Monaten nach der Harzburger Tagung erreichten die Beziehungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Stahlhelm einen neuen Tiefpunkt. Am 17. Oktober hatten Seldte und Duesterberg zunächst noch einen Versuch gemacht, mit Hitler die durch die Harzburger Zwischenfälle entstandene Lage zu klären[1]). Vermutlich handelte es sich hierbei um dieselbe Unterredung im Berliner Kaiserhof, die Duesterberg in den „Herbst 1931" legt und von der er eine anschauliche Darstellung gibt[2]). Er berichtet, wie der „Führer" einen seiner Tobsuchtsanfälle hatte und sich so unmöglich aufführte, daß der Zweite Bundesführer zu seinem erklärten Gegner wurde. Seldte und Wagner, so behauptete er, „stimmten damals mit mir restlos überein, daß dieser Mensch niemals in Deutschland die Macht erhalten dürfe[3])". So schwelte der Konflikt mit der NSDAP unter der Oberfläche weiter.

[1]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (I), *Rundschreiben Wagners*, 19. 10. 1931.

[2]) Th. Duesterberg (B 045), S. 14.

[3]) Tatsächlich war diese Ablehnung aber wohl nicht ganz so eindeutig. Jedenfalls schrieb Wagner etwas später: „Daß Hitler nie ein ganz zuverlässiger Bundesgenosse werden wird und daß er außerordentlich sprunghaft ist, liegt klar auf der Hand. Aber wir müssen die Dinge eben nehmen wie sie sind." DZA Potsdam (A 19), 26, fol. 68—69, *Wagner an Heine*, 22. 10. 1931.

Die Unterorganisationen des Bundes mußten die Hauptlast dieser Streitigkeiten tragen[1]). In Bayern sah sich der Landesführer Lenz schließlich sogar genötigt, gegen die Abwerbungsversuche der SA zu protestieren[2]). Am 13. Oktober schrieb er an Röhm und erhielt diesmal immerhin noch eine — wenn auch arrogante — Antwort. Lenz' Briefe an Hitler vom 2. und 16. November, in denen er weitere Beschwerden vorbrachte, wurden gar nicht mehr beantwortet. Ähnlichen Ärger gab es in Sachsen, wo die schriftlichen Proteste des Landesverbandes gleichfalls unbeantwortet blieben. Diese Vorfälle wie auch der ungelöste Streit über Hitlers Verhalten in Harzburg veranlaßten die beiden Bundesführer, sich einzuschalten und am 23. November einen Brief an den „Führer" zu schreiben. Aus ihm ging klarer denn je hervor, wie schwer sich die Frontsoldaten beleidigt fühlten.

Über eine Woche später erhielt Seldte eine Antwort. Duesterberg wurde lediglich ein Durchschlag zugesandt. Hitler rechtfertigte sein Verhalten während der Parade in Harzburg damit, daß er prinzipiell niemals an Vorbeimärschen von Abteilungen teilnehme, die nicht ihm oder seiner Partei unterstellt seien. Darüber hinaus habe er nicht gewußt, wie er die Stahlhelmtruppen hätte grüßen sollen, nachdem Duesterberg an dem faschistischen Heben des Armes Kritik geübt habe[3]). Bezüglich seiner Abwesenheit vom Harzburger Imbiß schrieb er, daß er „alle sog. gemeinsamen Mittagessen" ablehnen müsse, solange er wisse, daß Tausende seiner Anhänger hungrig Dienst tun müßten. Schließlich warf er dem Stahlhelm noch vor, zusammen mit der SPD für den Sturz Fricks in Thüringen verantwortlich gewesen zu sein. Das war zwar ein alter Vorwurf, mußte aber besonders Duesterberg treffen, der sich Anfang 1930 noch für Frick eingesetzt hatte[4]). „Herr Seldte", so hieß es schließlich in dem Brief, „es ist für uns eine ungeheure Überwindung, überhaupt von ‚Verbündeten' zu reden, wenn ihr praktisches Verhalten sich so diametral zum Geredeten verhält." In diesem Zustand befand sich die Harzburger Front.

Am 11. Dezember schrieben Seldte und Duesterberg nochmals an den „Führer". Wieder nahmen sie Bezug auf die Streitigkeiten in Harzburg und machten des weiteren den Versuch, Hitlers einseitige Darstellung des Falles Frick zu korrigieren. Das Schreiben endete mit der Versicherung, daß der Stahlhelm nach wie vor zur Zusammenarbeit bereit sei, sobald den Beschwerden entsprochen werde. Selbst diese Vorfälle konnten also nicht die Begeisterung des Bundes für eine Allianz mit der NSDAP mindern. Laut Duesterberg war es weiterhin die Aufgabe des Stahlhelms, „die Kräfte trotz aller Reibungen zusammenzuhalten.

---

[1]) Siehe z. B. von Sydows Schrift *Nationalsozialist oder Stahlhelmmann?* (B 193).

[2]) Die folgende Darstellung gründet sich auf Th. Duesterberg (B 045), S. 13 ff. Die zitierten Dokumente wurden auch abgedruckt im stahlhelminternen *Führerbrief* vom 31. 12. 1931 (BA Koblenz [A 03], 4).

[3]) Duesterberg fand den Hitlerschen Gruß „römisch".

[4]) Siehe oben S. 146.

Parteien kommen und gehen, aber notwendiger denn je wird für Deutschland die Schaffung einer neuen Wehrmacht und gerade auf diesem Gebiete hat der Stahlhelm eine Sonderaufgabe, die er bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund im vaterländischen Interesse rücken muß[1])!"

Die Bundesführer waren in einer unangenehmen Lage. Um der magischen Kraft des Nationalsozialismus zu entrinnen, klammerten sie sich an ihr Überparteilichkeitsdogma. Denn um die eigenen Mitglieder vom Überlaufen zur NSDAP abzuhalten, mußte man die Unersetzlichkeit des Bundes als Integrationsfaktor propagieren. Nie, so wurde behauptet, werde Hitler ohne die Frontsoldaten auskommen können. Sie hatten die große Mittlerfunktion innerhalb der „Nationalen Opposition", durch die alles ein gutes Ende finden werde[2]). Dieser Zwang zur Selbstüberschätzung verschleierte nun nicht nur den Mitgliedern des Stahlhelms, sondern auch dem Vorstand die politischen Realitäten, und so sah man nicht, daß die Politik des Bundes zwischen die beiden Mühlsteine Nationalsozialismus und Republik führte, zwischen denen der Einfluß der Soldatenpolitiker alsbald zermahlen wurde.

Eine Reihe von Mitgliedern scheint allerdings erkannt zu haben, daß der Stahlhelm seine politische Entmannung vorbereitete, wenn er weiterhin zwischen den Blöcken und Parteien hin- und herschwankte. Sie vermuteten mit Recht, daß der Stahlhelm nicht so stark war, wie die Stahlhelmpresse angab, und gingen deshalb gleich zu den Nationalsozialisten über[3]). Vergrößert wurden die Probleme durch die wirtschaftliche Lage des Bundes. Unbezahlte Rechnungen aus der Volksbegehrenskampagne in Preußen erschwerten eine Gegenpropaganda[4]). Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 die Wirtschaftskrise Deutschland immer schwerer traf, gingen überall kommerzielle Unternehmen der Landesverbände bankrott. Die Bundesführer sahen sich gezwungen, den Landesverbandsführern mitzuteilen, daß vom Bundesamt keine Hilfe zu erwarten sei[5]). Im September 1931 verschickte Wagner einen Aufruf, mit dem er neue Mitglieder für die Stahlhelm-Versicherung zu gewinnen hoffte[6]). Die finanzielle Lage, so schrieb der Bundeskanzler, erfordere unbedingt eine Erhöhung des Bundeseinkommens aus dieser Quelle. Mitte Oktober verfaßte er einen weiteren Rund-

[1]) DZA Potsdam (A 19), 118, fol. 148—52, *Duesterberg an Mahnken*, 10. 11. 1931.

[2]) Siehe z. B. BA Koblenz (A 10), 28, *Führerbrief Nr. 32 des Landesverbandes Westmark*, o. D.

[3]) Andererseits konnte der Bund neue Mitglieder werben, so daß die Gesamtstärke sich weiterhin vergrößerte. *Ibid.* (A 02), 2, *„Mitgliederbewegung des Stahlhelm nach Landesverbänden" [für das Jahr 1931]*, o. D. Danach war der Zulauf besonders groß im Landesverband Mitteldeutschland, Landesverband Westmark und Landesverband Schlesien. Rückgänge waren interessanterweise zu verzeichnen in Oldenburg-Ostfriesland, Mecklenburg und Braunschweig, wo die NSDAP eine starke Stellung hatte. Die Gesamtstärke, der Jungstahlhelm ausgenommen, wurde in diesem Dokument mit knapp 327000 angegeben. Siehe auch unten S. 286 f.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 67 (I) alt, fol. 27, *Rundschreiben Gosslers*, 28. 7. 1931.

[5]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (I), *Rundschreiben der Bundesführer*, 22. 8. 1931.

[6]) *Ibid.*, *Rundschreiben Wagners*, 9. 9. 1931.

brief mit der Mitteilung, daß Beitragsrückstände der Landesverbände nicht gestrichen werden könnten[1]). Und am Heiligen Abend beklagte sich schließlich auch Seldte über die Beitragsrückstände und erklärte, daß die Abonnentenzahl für die Bundeszeitung „in erschreckender Weise" gesunken sei[2]).

Unter diesen wenig günstigen Vorzeichen sah man sich dennoch wieder nach allen Seiten nach Verbündeten um. Ende Oktober stand Morosowicz mit Hermann Göring in Verhandlungen, die allerdings nicht sehr aussichtsreich waren[3]). Etwas später erwog man anscheinend, den Bund ganz in die Parteipolitik zu werfen und — vermutlich zusammen mit Hugenberg — eine Partei zu gründen. Wagner stellte hierfür allerdings drei Bedingungen auf, die der Idee praktisch alle Chancen nahmen. Seiner Ansicht nach durfte der Bund nur dann „ins Parlament, wenn 1. äußerliche Trennung Partei/Stahlhelm ausreichend deutlich bleibt, 2. tatsächlich unser Einfluß in der neuen Partei ausschlaggebend ist und 3. die Zeit zur Übernahme der Verantwortung so nah ist, daß im Parlament nicht mehr allzuviel Zeit bleibt zu im Rahmen des Parlamentarismus nun einmal unvermeidbaren Fehlgriffen[4])". Zudem hatte Duesterberg schon vorher versichert[5]): „Der Stahlhelm ist keine Partei, dient keiner Partei und ist von keiner Partei abhängig." Die Zeit für einen Umschwung in Deutschland sei gekommen, für den der Stahlhelm als eine Art Katalysator wirken wolle. Wagner fügte bei anderer Gelegenheit hinzu, daß der „auf der Nahtlinie" zwischen der DNVP und der NSDAP stehende Verband die Aufgabe habe, den Zerfall der „Nationalen Opposition" zu verhindern[6]).

Für diesen Gedanken hatte der Thüringer Landesverband bereits einige Vorarbeit zu leisten versucht. Nach dem Sturz von Frick im Frühjahr 1931 hatten die Stahlhelmer sich dort zunächst bemüht, mäßigend auf die heftigen Wortgefechte zwischen der NSDAP und der DVP in jenem Land zu wirken. Die Harzburger Tagung ermutigte sie zu weiteren Schritten. Am 12. Oktober wandten sich die Stahlhelmer an sämtliche Rechtsparteien mit dem Aufruf, die alte Koalition wiederherzustellen. Doch in den dann folgenden Verhandlungen brachen die Gegensätze erneut hervor[7]), und die Mittlerstellung des Stahlhelms erwies sich als entmutigend schwach. Auf Reichsebene war die Ausstrahlungskraft des Bundes kaum größer als in Thüringen.

[1]) *Ibid.*, *Rundschreiben Wagners*, 14. 10. 1931. Weiterhin mußten die Gehälter des Mitarbeiterstabes gekürzt werden. DZA Potsdam (A 19), 67 (I)alt, *Hausverfügung Wagners*, 20. 9. 1931.

[2]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (II), *Rundschreiben Seldtes*, 24. 12. 1931.

[3]) Th. Duesterberg (B 045), S. 23.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 37, fol. 306, *Wagner an die Bundesführer*, 19. 11. 1931. Siehe auch Seldtes Erklärungen in Bielefeld: „Der Stahlhelm hat klar zu erkennen gegeben, daß — wenn er auch bisher auf eine Partei verzichtet hat — er in seiner Form als politischer Wehrbund seine Ansprüche, Gleichberechtigung fordernd, bei der Machtverteilung in Deutschland, bei Kabinettsgestaltungen und bei der Reichspräsidentenwahl anmeldet." *Der Sta.*, 13. 12. 1931, S. 5.

[5]) *Ibid.*, 1. 11. 1931, S. 5.

[6]) *Ibid.*, 15. 11. 1931, S. 5.

[7]) Einzelheiten in *V.B.*, 24. 10. 1931, S. 9; *ibid.*, 30. 10. 1931, S. 2; *Der Sta.*, 1. 11. 1931, S. 3.

Dennoch hielten die Thüringer Erfahrungen den Vorstand nicht davon ab, selbstbewußte historische Vergleiche anzustellen. Die Bundeszeitung hielt beispielsweise den Bund für „das Preußen der Nationalen Opposition[1])". Man sah sich also in einer ähnlichen Rolle beim Aufbau des „Dritten Reiches", wie sie Preußen bei der Gründung des zweiten gespielt hatte. Nur besaß man keinen Bismarck in den eigenen Reihen, und nicht einmal die gesamte intellektuelle Kraft des Vorstandes reichte aus, um jene Falle zu vermeiden, in der die Idee vom „Preußen der Nationalen Opposition" zugrunde ging. Anstatt Entschlüsse zu fassen, wurde ziellos laviert und im übrigen der Eindruck erweckt, es entwickele sich alles den Vorstellungen der Bundesführung entsprechend. Besonders treffend wurden die Grundlinien der Politik für die Zeit nach der Harzburger Tagung in einem Rundschreiben des westdeutschen Landesverbandes zusammengefaßt[2]): „1. Die nationale Front steht endlich da und wirkt sich sofort dadurch auf stärkste aus; 2. sie muß gegen Gefahren der Zersetzung und Zersprengung gesichert werden."

Während die Gefahren einer Zersetzung bereits erwähnt worden sind, gab es in der Tat auch Gefahren einer Sprengung. Im Herbst 1931 spielten nämlich die Katholiken nochmals mit der Idee, Hitler durch eine Beteiligung am Kabinett zu „zähmen". Diese Verhandlungen blieben kein Geheimnis, und die Frontsoldaten wurden unruhig. Offensichtlich wären ihre Hoffnungen auf Hitler in sich zusammengefallen, hätte dieser katholische Zähmungsversuch verwirklicht werden können. Die Unsicherheit des Vorstandes spiegelten die *Führerbriefe* des Stahlhelms gut wider[3]). Zwar tat man eine Annäherung zwischen der NSDAP und dem Zentrum als „nicht besonders wahrscheinlich" ab, aber es wurde gleichzeitig zugegeben, daß die Zusammenarbeit zwischen den Harzburger Partnern zu wünschen übriglasse. Und warnend hieß es schließlich: „Jede neue Koalitionsregierung, die in ähnlicher Form wie das erste Brüning-Kabinett gestartet wird, würde wahrscheinlich in demselben Umfange versagen, in dem Brüning tatsächlich versagt hat." Die Anfang November eintreffende Nachricht, daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden seien, wurde daher in der Bundesführung mit Erleichterung begrüßt.

Nichtsdestoweniger zeigte die zitierte Beurteilung der Kanzlerschaft Brünings, wie reserviert das Verhältnis zu ihm geworden war. Brüning sah seinerseits keinen Grund mehr, sich dem Bunde gegenüber so großzügig zu verhalten, wie er es noch wenige Monate zuvor getan hatte. Am 8. Dezember veröffentlichte die Regierung eine neue Notverordnung, die das Tragen von Uniformen und Abzeichen verbot. Es handelte sich um die Verwirklichung eines älteren Planes, der die Stahlhelmer empören mußte. Groener, nunmehr auch Reichsinnen-

[1]) *Ibid.*, 22. 11. 1931, S. 1.

[2]) BA Koblenz (A 10), 28, *Führerbrief Nr. 32 des Landesverbandes Westmark*, o. D.

[3]) Bay.KrA. München (A 01), 137, *Führerbrief*, 31. 10. 1931.

minister, hatte die Verordnung schon seit Oktober in seiner Schublade[1]). Dort blieb sie mehrere Wochen liegen, weil — wie er seinem Freunde weiterhin mitteilte — der Boden für ein Uniformverbot psychologisch noch nicht genügend vorbereitet sei und „der Alte vom Berge Protektor des Stahlhelm ist".

Letzteres Hindernis hatte Groener sehr richtig erkannt. Hindenburgs Zuneigung zum Stahlhelm scheint auch nach den Enttäuschungen des Sommers unvermindert groß gewesen zu sein. In den letzten beiden Monaten des Jahres drängte er Brüning erneut zu einer Wiederaufnahme der Verbindungen zum Bund und zur DNVP[2]). Wahrscheinlich erhielt die Bundesführung daher auch über das Reichspräsidentenbüro einen diskreten Hinweis auf Groeners Pläne. Jedenfalls berichtete die Bundeszeitung, daß Seldte und Duesterberg schon „vor Wochen" dem Minister ihre Bedenken mitgeteilt hätten, und Ende November war dieser sogar bereit, die Angelegenheit mit ihnen persönlich zu diskutieren[3]). Wenn diese Unterredung je stattgefunden hat, so war sie für die Bundesführer erfolglos. Sie konnten sich nur noch in letzter Stunde mit einem Appell an Hindenburg wenden, der ihn zwar nicht von der Unterzeichnung der Notverordnung abhielt, aber immerhin doch zu der Einwilligung des Präsidenten führte, Seldte und Duesterberg am 11. Dezember zu empfangen[4]). In dieser Besprechung erreichte der Stahlhelm, daß nach der Rückkehr Groeners nach Berlin weitere Konferenzen abgehalten werden sollten, womit die Bundesführer anscheinend zufrieden waren. Jedenfalls waren ihre öffentlichen Reaktionen auf die Notverordnung sehr zurückhaltend, obwohl sie keinen Zweifel daran ließen, daß sie sich als die eigentlichen Opfer betrachteten, da, wie Siebke schrieb, sie „eine rein politische *Wehrbewegung*" seien, „die in keiner Weise eine Anlehnung an irgendeine *Partei*gruppe besitzt[5])". Auf seiner Sitzung am 12./13. Dezember verabschiedete der Vorstand eine Entschließung, in der er seiner Sorge über das Verbot Ausdruck gab, und Seldte und Duesterberg erklärten bei anderer Gelegenheit, daß Hindenburgs Unterschrift sie „mit tiefem Schmerz" erfüllt habe[6]). Schärfere Worte wurden nicht gebraucht.

Schleicher erhielt von einem anderen Stahlhelmer eine persönliche Darstellung dieses allgemeinen tiefen Schmerzes[7]). Allerdings verdeutlichte der Appell,

---

[1]) BA Koblenz (A 13), 46, *Groener an Gleich*, 1. 11. 1931.

[2]) *Ibid.* (A 10), 38: „*Niederschrift über die Entwicklung der Krise und Demission des Kabinetts Brüning*", 10. 6. (1932).

[3]) *Der Sta.*, 13. 12. 1931, S. 1; DZA Potsdam (A 19), 264, fol. 283, *Erbe an Wagner*, 24. 11. 1931.

[4]) *Der Sta.*, 13. 12. 1931, S. 1.

[5]) Bay.KrA. München (A 01), 137, *Führerbrief*, 12. 12. 1931; BA Koblenz (A 02), 5, *Rundschreiben Siebkes*, 15. 12. 1931.

[6]) *Der Sta.*, 20. 12. 1931, S. 1; *ibid.*, 27. 12. 1931, S. 2.

[7]) BA Koblenz (A 17), 26, *Zitzewitz an Schleicher*, 26. 12. 1931. In ähnlicher Weise wurden auch der Kronprinz und Heye mobilisiert. DZA Potsdam (A 19), 276, fol. 11, *Kronprinz Wilhelm an Hammerstein-Equord*, 20. 12. 1931; Thilo Vogelsang, „Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr. 1930—1933" (B 202), S. 415.

Schleicher möchte sich doch für eine Änderung der Notverordnung einsetzen, daß der Bund auch Druckmittel besaß. Unter Hinweis auf die große Enttäuschung in Stahlhelmkreisen schrieb der Verfasser: „Vorwiegend sind es die Leute, die im Wehrsport tätig sind, welche das Verbot hart getroffen hat. Wehrsportliche Arbeit kann wohl nutzbringend nur in Uniform geleistet werden." Die Erwähnung des Wehrsports mußte Schleichers Aufmerksamkeit erregen.

Zwischen 1928 und 1930 waren, wie geschildert, die Beziehungen des Stahlhelms zur Reichswehr nicht besonders gut gewesen. Im Jahre 1931 änderte sich jedoch die Einstellung der Armee allmählich. Der Aufstieg riesiger Privatheere zu einer Zeit wachsender wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten besorgte auch die Militärs. Sie glaubten, daß die Reichswehr im Falle von Unruhen nur unter Schwierigkeiten den Tausenden von SA-Männern, Stahlhelmern, Reichsbannerleuten und anderen werde Einhalt gebieten können. Schließlich hatten die meisten von ihnen in irgendeiner Weise so etwas wie eine militärische Grundausbildung erhalten. Sie völlig unkontrolliert einem womöglich unverantwortlichen Führer zu überlassen, hieß ein gefährliches Spiel treiben. Dem vorzubeugen, nahm sich die Reichswehr der Wehrverbände wieder an.

Schon im Januar 1931 berichtete Morosowicz, daß die Armee ihre „hochmütig ablehnende Haltung" gegenüber dem Stahlhelm aufgegeben habe[1]). Wagner konnte dem hinzufügen, daß ein gewisser Grenzschutz im Osten sogar von der Preußischen Regierung toleriert werde, obwohl klare Richtlinien hierüber noch fehlten. Bald hatte Schleicher sich der Loyalität des Bundes versichert und unterstützte die Finanzierung von sogenannten Wehrsportlagern. Morosowicz war sein Verbindungsmann, dem er im Laufe des Jahres 1931 erhebliche Summen „für Aufgaben der sportlichen Ertüchtigung Jugendlicher" aushändigte[2]). Während des Sommers wurde dieses Projekt vorangetrieben und verbessert. Unter dem Vorsitz von Edwin von Stülpnagel wurde ein Reichskuratorium für Jugendertüchtigung aufgebaut[3]). Ziel des Kuratoriums war es, die Wehrverbände für die Idee eines staatlich subventionierten Wehrsportprogramms zu gewinnen und sie von der Straße abzuziehen. Das war ein eindrucksvoller Plan, der die Verbände unter Vermeidung von Verboten ihrer Unabhängigkeit berauben sollte. Die Finanzierung sollte unter die Aufsicht des Reichsinnenministeriums gestellt werden[4]). Doch machten die Verhandlungen mit diesem Ministerium keine rechten Fortschritte, und nicht zuletzt aus diesem Grunde befürwortete

---

[1]) DZA Potsdam (A 19), 15, fol. 68 ff., *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 31. 1./1. 2. 1931.

[2]) Zwischen Februar und Dezember 1931 erhielt Morosowicz von Schleicher wenigstens 40 000 RM. Die Quittungen über diese Summe sind erhalten in BA Koblenz (A 17), 26. Interessant ist auch ein Memorandum Wagners über eine Beteiligung an der „Schwarzen Reichswehr-Ausbildung" vom 7. August 1931 in DZA Potsdam (A 19), 264, fol. 301—02. Siehe auch Doc. Center Berlin (A 26), 471, *OG Zehlendorf an Runge*, 26. 10. 1931; H. Steiss (B 191), S. 148.

[3]) Th. Vogelsang (B 202), S. 416; D. Groener-Geyer (B 073), S. 406.

[4]) Th. Vogelsang (B 202), S. 416.

die Armee die Übernahme des Innenministeriums durch Groener während der Kabinettsumbildung vom Oktober 1931. Er sollte die Kuratoriumspläne verwirklichen.

Groener stand dem Projekt zweifellos positiv gegenüber. Zeitweise mag er sogar daran gedacht haben, dem Stahlhelm die Führung des geplanten Wehrsportverbandes anzuvertrauen[1]), der verglichen mit anderen Organisationen zumindest in den Augen der Militärs noch der zuverlässigste war[2]). Betrachtet man die Reaktionen verschiedener Stahlhelmführer, so scheint der Vorstand seinerseits solchen Ideen nicht abgeneigt gewesen zu sein. Duesterbergs Reden hatten in diesem Jahre ein sich dauernd wiederholendes Thema: Wehrhoheit, militärische Gleichberechtigung und Wehrertüchtigung für die Jugend. Eulenburg vertrat ähnliche Ansichten[3]). Aber es gab auch Widerspruch. So wurde Ende 1931 in mehreren Landesverbänden das Gerücht verbreitet, die Reichswehr versuche lediglich, den Stahlhelm zu „atomisieren" — ein Verdacht, den Wedel-Fürstensee schon im Januar des Jahres geäußert hatte[4]). Egan-Krieger bemühte sich daraufhin, die Quelle dieses Gerüchts ausfindig zu machen, und schrieb, daß „eine Persönlichkeit der Reichswehr" derartige Gedanken kategorisch dementiert habe[5]).

Immerhin, es gab eine Gruppe von Stahlhelmführern, die eine militärische Ertüchtigung des Volkes für eine dem Bund besser entsprechende Aufgabe hielt als sein Auftreten in der großen Politik. Groener und Schleicher konnten solche Strömungen nur begrüßen, und das im Dezember verhängte Uniform- und Abzeichenverbot kam ihnen aus diesem Grunde keineswegs gelegen. Sie bemühten sich daher, die Frontsoldaten zu beschwichtigen. Am 18. Dezember hatten Groener und Schleicher eine lange Aussprache mit Seldte und Duesterberg[6]). Die beiden Vertreter der Reichswehr betonten dabei, daß sie an einer Ausdehnung des Wehrsports sehr interessiert seien und daß man für diesen speziellen Zweck später vielleicht wieder Uniformen zulassen werde. Besonders Schleicher war sich der durch die Notverordnung entstandenen Schwierigkeiten bewußt[7]). „Ich suche deswegen", so fügte er in seinem Antwortbrief an Zitzewitz hinzu, „gemeinsam mit den Mitgliedern des Bundesvorstandes nach Wegen, wie das Tragen der Uniform wenigstens für den Wehrsport ermöglicht werden kann."

Schleichers Vorschlag einer teilweisen Wiederzulassung der Uniformen wäre

[1]) Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe* (B 122), S. 100—01.

[2]) Th. Vogelsang (B 202), S. 415. Siehe auch den Bericht des Colonel Marshall-Cornwall in *Documents on British Foreign Policy* (B 041), Bd. II, S. 522: „Most decent Britons, were they Germans to-day, would be Stahlhelmers." Siehe auch F. L. Carsten (B 020), S. 395 f.

[3]) Bay.KrA. München (A 01), 85, *Eulenburg an Wagner*, 19. 4. 1931.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 15, fol. 72, *Protokoll der Bundesvorstandssitzung*, 31. 1./1. 2. 1931.

[5]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (II), *Rundschreiben Egan-Kriegers*, 4. 1. 1931.

[6]) *Krz. Ztg.*, 19. 12. 1931, S. 3.

[7]) BA Koblenz (A 17), 26, *Schleicher an Zitzewitz (Entwurf)*, 29. 12. 1931.

eine Startbasis gewesen[1]). Doch gerade ihm gegenüber konnten die Stahlhelmer ihr Mißtrauen nicht überwinden[2]). Diejenigen, die von der Existenz eines Komplotts der Armee gegen Deutschlands Wehrverbände überzeugt waren, sind daher vermutlich auch dafür verantwortlich zu machen, daß sich das Gerücht von einer geplanten Atomisierung hartnäckig hielt. Der Stahlhelm war wieder einmal in sich gespalten, und Seldte mußte sich in seiner Weihnachtsbotschaft auf einige dunkle Bemerkungen über die zukünftige Politik des Vorstandes beschränken[3]): „Mag das neue Jahr von unserer elastischen Kraft eine neue Form unseres Auftretens und unserer Sprache fordern — gut — wir sind bereit, uns anzupassen. Anpassen schon — nachgeben aber nie!" Die neue Form, von der Seldte sprach, konnte zweierlei bedeuten: Entweder der Stahlhelm tat den letzten Schritt in Richtung auf eine parteipolitische Bindung, oder er zog sich auf völlig unpolitische Betätigungen zurück. Die folgenden Monate sollten zeigen, daß die Bundesführung beide Schritte tat — den katastrophaleren zuerst.

2. Der Stahlhelm gerät in die Isolierung

Um die Jahreswende begann das Problem des Uniformverbots eine weniger wichtige Rolle in der Politik des Bundes zu spielen. Wie erwähnt, hatte sich nicht nur das Verhältnis zu Hitler, sondern auch das zu Brüning verschlechtert. Auf seiten der Bundesführung war man zu der Überzeugung gekommen, daß die Entlassung des Kanzlers unvermeidlich sei. Nun war Brünings Präsidialregime allerdings solange kaum verwundbar, wie es das Vertrauen Hindenburgs und der Reichswehr besaß. Diese beiden Bastionen mußten vor dem Sturz des Kanzlers erobert werden, was — wie sich bald herausstellte — keine Unmöglichkeit war. Nach dem Fehlschlag der diversen Versuche, das Kabinett Brüning nach rechts zu erweitern, setzte bereits im Oktober bei Schleicher eine bemerkenswerte Ernüchterung ein. Unter anderem erläuterte der General am 28. Oktober auch Wagner seine Haltung gegenüber Brüning. Außenpolitisch und geistig, so berichtete der Bundeskanzler am folgenden Tage[4]), halte Schleicher Brüning für einen bedeutenden Kopf. Doch rücke er innenpolitisch von ihm ab, weil der Reichskanzler nicht energisch genug sei, und am Ende des Gesprächs hatte

[1]) „Der verstärkte Betrieb des Wehrsportes wird auch vom Reichswehrministerium gewünscht. Hierfür ist vielleicht später die Erlaubnis einer Uniform möglich. Mit der Erlaubnis zum Tragen des Abzeichens, das als politisch angesehen wird, ist jedoch sehr viel weniger zu rechnen." Bay.KrA. München (A 01), 78 (I), *Rundschreiben Egan-Kriegers an alle Landesführer*, 18. 12. 1931.

[2]) „Für später scheint die Reichswehr den Stahlhelm als Miliz verwenden zu wollen, jedoch ohne seine Organisation." *Ibid.*

[3]) *Der Sta.*, 27. 12. 1931, S. 1.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 264, fol. 286—87, *Aufzeichnung Wagners*, 29. 10. 1931. Dieser Abschnitt erschien mit Abänderungen bereits in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte*, Bd. 13, Nr. 1 (Januar 1965), S. 64—82.

Wagner schließlich den Eindruck, daß Schleicher „jetzt innenpolitisch nach einem starken Mann mit soldatischem Denken sucht, Br[üning] aber als Außenminister gerne behalten möchte".

Zwei Monate später hatten sich derartige Tendenzen noch verstärkt. Am 18. Dezember trafen Schleicher und Groener mit den beiden Bundesführern zusammen. Anlaß zu dieser Sitzung waren die Beschwerden des Stahlhelms über das Uniform- und Abzeichenverbot. Die Konferenz dauerte jedoch zweieinviertel Stunden, so daß man nicht nur eine teilweise Aufhebung des Verbots besprochen haben dürfte. Jedenfalls kommentierte ein am gleichen Tage im Anschluß an das Gespräch verfaßter Rundbrief des Stahlhelms Ideen, die zweifellos von Schleicher kamen[1]):

> Die Stellung Brünings scheint auch innerhalb des Kabinetts als sehr schwach angesehen zu werden. Von einem Ersatz durch Groener wird gesprochen. Dabei würde Brüning als Außenminister weiterverwandt werden. Das Reichswehrministerium scheint einer Militärdiktatur zuzusteuern, ohne jedoch für die Erbitterung im Volke irgendein psychologisches Verständnis zu besitzen... Das Reichswehrministerium ist stark gegen Hitler eingestellt.

Solche Ideen des Reichswehrministeriums, wo man das Pläneschmieden liebte, mögen vage gewesen sein; inzwischen fiel aber inoffiziell eine Entscheidung, die Wagner schon im September für möglich gehalten hatte: Hindenburg stellte sich für weitere sieben Jahre als Präsident der Republik zur Verfügung. Noch vor Beginn des neuen Jahres wurden daraufhin Fühler zur „Nationalen Opposition" ausgestreckt, um sie für eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs zu gewinnen. Hitler erbat sich zunächst Bedenkzeit, nachdem er am 7. Januar eine Unterredung über das Projekt mit Brüning gehabt hatte. Fünf Tage später allerdings erlitt das Kabinett eine unangenehme Niederlage, als Hitler seine Beteiligung an dem Plan ablehnte, wobei er diese Ablehnung mit verfassungsrechtlichen Bedenken begründete. Seine Harzburger Partner waren offener. Am 9. Januar versagte Hugenberg der Idee seine Unterstützung, und die außerparlamentarische Stahlhelmbewegung fühlte sich gänzlich ungehemmt, gegen eine parlamentarische Amtsverlängerung aufzutreten. Seit langem hatte der Bund die Verfassung bekämpft und zeigte daher auch jetzt kein Interesse, die Wahl des Präsidenten dem Reichstag allein zu überlassen. Im Gegenteil, Wagners späterer Darstellung zufolge legte die Bundesführung großen Wert auf eine Beteiligung am Auswahlprozeß[2]). Dieser Gedanke, so schrieb er, war einer der Hauptgründe für das Erscheinen der Frontsoldaten in Harzburg gewesen wie auch für ihre wiederholten Versuche, die noch vor Beginn der offiziellen Tagung erschütterte Front über das Treffen hinaus zusammenzuhalten. Nun hatte Hitler der Bundesführung dieses Bemühen reichlich schwer gemacht, und es waren daher sowohl die Enttäuschung über die „zerstörerischen" Kräfte inner-

[1]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (I), *Rundschreiben Egan-Kriegers an alle Landesführer*, 18. 12. 1931. Siehe auch Th. Vogelsang (B 203), S. 129, 150.

[2]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (II), *Rundschreiben Wagners an alle Landesverbände*, 24. 2. 1932.

halb der „Nationalen Opposition" als auch die Ablehnung einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs, die den Stahlhelm nunmehr für den neuen Gedanken einer Schilderhebung Hindenburgs zugänglicher werden ließ.

Am 17. Januar drückte die Bundeszeitung ihre Befriedigung über den Fehlschlag des Verlängerungsprojektes aus und erwähnte, daß die Idee einer Volkswahl Hindenburgs „durchaus für diskutabel" gehalten werde[1]). Vorbedingung sei allerdings die Ausschaltung von Parteipolitik und anderer Kandidaten, eine würdige Wahl und schließlich Hindenburgs Zustimmung. Diese letzte Forderung war im Gegensatz zu den anderen die unproblematischste, denn die Idee einer Schilderhebung ging „von der Umgebung des R[eichs]-P[räsidenten]" selbst aus[2]). Genauer gesagt war es Schleicher, der im Auftrage Brünings an den Stahlhelm und den Kyffhäuserbund herantrat[3]). Die Stahlhelmer gaben eine unverbindliche Zusage.

In der zweiten Januarhälfte wurde sodann ununterbrochen verhandelt. Bei einem Essen am 20. Januar hatte der frühere Danziger Senatspräsident Heinrich Sahm, der bereits einige Tage zuvor den Vorsitz über einen überparteilichen Hindenburg-Ausschuß übernommen hatte, Gelegenheit, mit Seldte zu sprechen[4]). Der Erste Bundesführer zeigte sich jedoch sehr reserviert, eine Erfahrung, die auch Schleicher machte, als er Seldte etwas später traf. Der Grund für die ausweichende Haltung Seldtes ist beim DNVP-Flügel des Stahlhelms zu suchen. Zum einen hegte der Danziger Wagner alte, unbegrabene Animositäten gegen Sahm[5]) und zweitens wurde, wie Seldte Schleicher gegenüber erklärte, immer wieder versucht, auch Hugenberg in den Kreis zu holen. Gewiß nicht zuletzt um dem Stahlhelm unter die Arme zu greifen, wurde am 19. Januar plötzlich das Abzeichenverbot vom Dezember 1931 wieder aufgehoben[6]). Dennoch konnten derartige Vorleistungen die Vielköpfigkeit der Bundesführung nicht beseitigen. Wagner war jetzt der Hauptgegner des zweiten Hindenburg-Plans, und seine Ansichten setzten sich schließlich durch[7]). Bereits am 21. Januar schrieb er an

---

[1]) *Der Sta.*, 17. 1. 1932, S. 1. Siehe auch *Krz. Ztg.*, 9. 1. 1932, S. 1.

[2]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (II), *Rundschreiben Wagners an alle Landesverbände*, 24. 2. 1932.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 297, fol. 72—73, *Wagner an Landesamt Mecklenburg*, 4. 4. 1932.

[4]) Auszug aus den Erinnerungen Dr. Heinrich Sahms, Dok. Nr. 16 in Th. Vogelsang (B 203), S. 434. Dieser Auszug wird hiernach als Dok. Nr. 16 in Th. Vogelsang (B 203) zitiert werden.

[5]) Diese Aversion ging, wie Sahm (*ibid.*, S. 433) vermutete, auf das Jahr 1929 zurück, als der Danziger Senat ein Stahlhelmtreffen verbot und den Bund zwang, nach Königsberg auszuweichen. Siehe oben S. 128. Jetzt wollte Wagner für die damalige Erklärung in der Bundeszeitung anscheinend den Beweis antreten. Siehe auch DZA Potsdam (A 19), 39, fol. 164—67, *Wagner an Pfundtner*, 30. 3. 1931, mit einer anschaulichen Stellungnahme des Bundeskanzlers.

[6]) *Jg. Nat.*, 21. 1. 1932, S. 3. Daß diese Maßnahme unerwartet kam, zeigt das obige Zitat (S. 195) aus dem Rundschreiben Egan-Kriegers vom 18. 12. 1931.

[7]) „Auch innerhalb des Stahlhelm scheint sich in der Figur des Majors Wagner ein Rebell gegen die Brünings Vorschlag zuneigende Seldte-Duesterberg-Führung gefunden zu haben." DZA Potsdam (A 19), 1026alt, fol. 21, *Königsberger Hartungsche Zeitung (Ausschnitt)*, 26. 1. 1932.

Marklowski, daß Aussicht bestehe, die „Nationale Opposition" auf einen anderen Kandidaten als den Feldmarschall zu einigen, die „sich aber selbstverständlich [!] jeden Augenblick wieder verschlechtern" könne[1]).

Schleichers Direktverhandlungen scheiterten angeblich schon am 23. Januar[2]). Doch deutet nicht nur Wagners Äußerung darauf hin, daß das Werben um den Bund erst nach diesem Datum richtig dramatisch wurde. In den Verhandlungen war es immer klarer geworden, daß Brüning das größte Hindernis für eine Einigung mit denjenigen Gruppen der Rechten war, ohne die Hindenburg nicht kandidieren wollte. Wahrscheinlich in dieser Erkenntnis bot er am 27. Januar dem Präsidenten seinen Rücktritt an[3]). Tags darauf ging Sahms Einladung an den Stahlhelm hinaus[4]). Die beiden Bundesführer — oder wie Duesterberg es allgemeiner in einer Rede in Halle ausdrückte, die „Nationale Opposition" — mußten sich entscheiden[5]). Es sei dabei unwichtig, so meinte er, wer Deutschland rette; wichtig sei, daß es überhaupt gerettet werde. Offensichtlich in der Absicht, der Bundesführung ihre Entscheidung zu erleichtern, schrieb Brüning am 29. Januar einen Brief an den Zweiten Bundesführer, in dem er ihm für seine außenpolitischen Ausführungen dankte[6]). 24 Stunden später rief Ministerialrat Doehle von der Präsidialkanzlei beim Kyffhäuserbund an[7]). Er fand es unverständlich, daß der Kyffhäuserbund, dem Hindenburg wie dem Stahlhelm als Ehrenmitglied angehörte, sich immer noch nicht für den Präsidenten erklärt habe. Falls die Stahlhelmführung nicht einen ähnlichen Anruf erhielt, so erfuhr sie von Doehles Gespräch sicherlich nur wenige Stunden später während einer Konferenz zwischen den Verbänden.

Diese Entwicklungen nach dem 23. Januar waren für Wagner so alarmierend, daß er mit Schmidt-Hannover in Verbindung trat. Letzterer schrieb mit des Bundeskanzlers Zustimmung einen Brief an Frick, das dritte Mitglied des Arbeitsausschusses der Harzburger Front[8]). Die Situation, so glaubte der DNVP-Abgeordnete, habe sich so zugespitzt, daß der Arbeitsausschuß sofort zusammentreten müsse. Am 29. Januar machte auch Hugenberg den Bundesführern den Hof[9]). Das Verhältnis zwischen dem Stahlhelm und der DNVP, so schrieb er, werde zu seiner Freude immer enger, und am 1. 2. war diese Verbindung so eng

[1]) *Ibid.*, 295, fol. 214, *Wagner an Marklowski*, 21. 1. 1932. Er schloß: „Größere Klarheit leider unmöglich, da Sache eben unklar!"

[2]) Th. Vogelsang (B 203), S. 150.

[3]) *Ibid.*, S. 151.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 115, *Sahm [an Seldte]*, 28. 1. 1932.

[5]) *Krz. Ztg.*, 30. 1. 1932, S. 3.

[6]) DZA Potsdam (A 19), 265, fol. 172, *Brüning an Duesterberg*, 29. 1. 1932.

[7]) Doc. Center Berlin (A 25), 930, *„Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932"*, o. D.

[8]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 108, *Schmidt an Frick*, 28. 1. 1932.

[9]) *Ibid.*, 281, fol. 117—18, *Hugenberg an die Bundesführer*, 29. 1. 1932.

geworden, daß der Stahlhelm Sahms Einladung vom 28. Januar absagte[1]). Der Plan einer Schilderhebung Hindenburgs unter Sahm war nach „Rücksprache mit [der] Harzburger Front" für den Bund nicht annehmbar[2]). Duesterberg faßte die Motive für diese Entscheidung in seiner Antwort an Brüning in recht kryptische Worte[3]): Der Stahlhelm werde diejenige Regierung unterstützen, „die am tatkräftigsten im Geiste der alten Front für die Freiheit unseres Landes" kämpfe.

Damit war der Draht zu Brüning zwar endgültig durchschnitten, nicht aber die Verbindung zu Hindenburg und Schleicher abgerissen. Die Stahlhelmpresse betonte ausdrücklich, daß die Ablehnung der Einladung Sahms nicht als ein unfreundlicher Akt gegen Hindenburg gewertet werden dürfe[4]). Hindenburg akzeptierte diese Erklärung. Gleichzeitig dauerte aber der Druck des Reichspräsidentenbüros auf die Soldatenverbände fort. Am 2. Februar wiederholte Doehle „ziemlich scharf" seine telefonischen Bemerkungen vom 30. Januar[5]). Oskar von Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten, zeigte sich noch ungeduldiger und bat den Kyffhäuserbund zu einem Gespräch. Diese Unterredung fand am 3. Februar statt. Die Vertreter des Kyffhäuserbundes erklärten bei dieser Gelegenheit, daß die beiden Frontsoldatenverbände im Prinzip weiterhin gewillt seien, seinen Vater zu unterstützen. Ihre Schwankungen seien lediglich darauf zurückzuführen, daß seine Kandidatur von rechts noch nicht genügend Zulauf habe. Oskar von Hindenburg antwortete, daß sein Vater mit der Unterstützung der beiden Verbände allein zufrieden sei. Auf Grund dieser Äußerung ergab sich nun folgende Situation: Hindenburg war von der alleinigen Unterstützung Sahms nicht befriedigt und bemühte sich um Stahlhelm und Kyffhäuserbund; die beiden Bünde wiederum waren jedoch nicht bereit, Hindenburgs Wunsch ohne die Zustimmung Hugenbergs zu erfüllen; Hugenberg schließlich wollte auch Hitler dabei haben. Auf die Nationalsozialisten glaubte Hindenburg allerdings wieder verzichten zu können, was Hitler seinerseits nur recht war.

Es war Schleicher, der diesen Kreis zuerst zu durchbrechen suchte. Sein Ansatzpunkt war die DNVP. Um den 6. Februar versuchte er Hugenberg (und damit im gleichen Atemzug auch den Stahlhelm) mit dem Vorschlag einer völligen Umbesetzung des Kabinetts zu fangen. Der General versprach dem DNVP-Führer die Vizekanzlerschaft und zwei weitere Kabinettsposten „unter

[1]) *Ibid.*, 296, fol. 110, *Telefonübermittlungsnotiz*, 1. 2. 1932.

[2]) BA Koblenz (A 02), 2, *Handschriftliche Notizen Fritjof von Hammersteins*, o. D. Es ist sehr gut möglich, daß ähnlich wie später am 14. Februar die Landesführer auch in diesem Falle sich gegen eine Unterstützung Hindenburgs aussprachen.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 265, fol. 171, *Duesterberg an Brüning*, 3. 2. 1932.

[4]) *Krz. Ztg.*, 1. 2. 1932, S. 1; *Jg. Nat.*, 4. 2. 1932, S. 3.

[5]) Doc. Center Berlin (A 25), 930, *„Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932"*, o. D.

einer *Kanzlerschaft v[on] Lüninck*[1])". Allerdings, so fügte er hinzu, könne diese Änderung nicht noch vor den Präsidentschaftswahlen, sondern wahrscheinlich erst nach den Preußenwahlen erfolgen[2]). Viel weiter als mit einem solchen Angebot konnte Schleicher der „Nationalen Opposition" schwerlich entgegenkommen, was Hugenberg freilich nicht hinderte, die politischen Grenzen seines Zugeständnisses zu übersehen. Nach Schleichers Angebot scheint sich Hugenberg in der Gewißheit gewiegt zu haben, daß sich nun auch der Endsieg, nämlich eine sofortige Kabinettsänderung, erringen lassen werde.

Um diese Überlegungen zu verwirklichen, war es zunächst nötig, sich Schleicher gegenüber nicht zu begeistert zu zeigen. Weiterhin mußten die ohnehin schon halb zu Hindenburg neigenden Frontsoldaten über so weitgehende Vorschläge möglichst im dunkeln gelassen werden. Lüninck war bisher immer nur als Landwirtschaftsminister genannt worden ohne Klärung der Kanzlerfrage[3]). Jetzt, da auch ein neuer Kanzler vorgeschlagen war, bestand in Hugenbergs Augen die Gefahr, daß der Stahlhelm abschwenken würde, während er Schleichers Informationen den Nationalsozialisten gegenüber verwandte. Nur so ist es zu erklären, daß Schleicher die Verhandlungen mit Hugenberg bereits am 8. Februar als abgebrochen betrachtete, Hugenberg aber glaubte, auf sie zurückgreifen zu können, sobald er mit der „Nationalen Opposition" gesprochen hatte[4]); und nur so erklärt es sich, daß die beiden Bundesführer noch am 10. Februar völlig ahnungslos waren.

Der Kyffhäuserbund und der Stahlhelm waren indessen nicht der Meinung, daß man so viel Zeit hatte, wie Hugenberg annahm. Der Kyffhäuserpräsident Max von Horn war überzeugt, „der Feldmarschall dränge nach einer Entscheidung und er habe unmißverständlich durchblicken lassen, daß er auf eine baldige Entscheidung dringen müsse; käme man zu keinem Entschluß, so würde

[1]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 182, *Wagner an die Bundesführer*, 14. 4. 1932, einen Aktenvermerk für Hugenberg zitierend. Im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen muß zweifellos Brünings zweites Rücktrittsangebot an Hindenburg vom 6. Februar gesehen werden. Brünings Rolle hierbei ist allerdings unklar. Es ist möglich, daß er völlig ahnungslos war. Dagegen spräche nur eine Wendung in den „Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932" (Doc. Center Berlin [A 25], 930), wo von dem „Angebot, welches General v[on] Schleicher der Nationalen Opposition übermittelte", die Rede ist mit dem handschriftlichen Zusatz „im Namen der Regierung Brüning". Ist dieser Nachtrag richtig, so muß Brüning von Schleichers Angebot gewußt haben, wobei er dann möglicherweise als Außenminister vorgesehen war. Bei dem Kandidaten Schleichers handelt es sich höchstwahrscheinlich um Hermann von Lüninck, dessen Name nochmals am 20. Februar fiel. Siehe unten S. 210. Lüninck, dessen Bruder Stahlhelmführer in Westfalen war, hätte wohl auch dem Stahlhelm zugesagt. Jedenfalls hatte im Januar 1932 Wagner (?) bereits den Vorschlag gemacht, mit einer Kandidatur Lüninck zu taktieren. DZA Potsdam (A 19), 295, fol. 35—40, *„Beurteilung der Lage zur Reichspräsidentenwahl"*, o. D.

[2]) Siehe dazu auch Th. Vogelsang (B 203), S. 460.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 182, *Wagner an die Bundesführer*, 14. 4. 1932, einen Aktenvermerk für Hugenberg zitierend.

[4]) Doc. Center Berlin (A 25), 930, *„Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932"*, o. D.

er verzichten und den Soldatenverbänden gegenüber die Konsequenzen ziehen[1])". Die Idee, die daher hinter der Audienz Hindenburgs für Seldte und Duesterberg am 10. Februar stand, war augenscheinlich, die beiden mit solchen Alternativen zu konfrontieren, falls die „als Vorläufer eines Systemwechsels" gedachten letzten Zusicherungen immer noch nicht ausreichend sein sollten. Jedoch hatte Hugenbergs Plan nur zu gut gewirkt. Die beiden Bundesführer trafen am Morgen des 10. Februar in Berlin ein und waren, wie der gleichzeitig anwesende Horn feststellte, wenig über die letzten Entwicklungen informiert[2]). Ihnen war noch nicht einmal bekannt, daß Hugenberg eventuell Vizekanzler werden sollte, geschweige denn, daß sie von der Neubesetzung des Kabinetts wußten[3]).

Somit nahm der Empfang bei Hindenburg einen anderen Verlauf als zumindest der vor der Tür wartende Schleicher es sich vorgestellt hatte. Anstatt, erfreut über die Vorschläge zu einem „Konzentrations-Kabinett[4])", sich zu Hindenburg zu bekennen, baten die Stahlhelmführer, daß der Präsident mit seiner Kandidatur doch wenigstens bis zum voraussichtlichen zweiten Wahlgang warten möchte. Hindenburg erbat sich zunächst Bedenkzeit[5]). In Unkenntnis der Schleicherschen Manöver verlangten sie des weiteren Brünings Rücktritt und präzise Erklärungen zu einer Regierungsänderung. Hindenburg und besonders Meissner gaben daraufhin anscheinend weniger klare Hinweise auf Schleichers Verhandlungen und redeten von „selbstverständlicher Soldatentreue", durch die Hindenburgs Versicherungen doch garantiert seien[6]). Als sich auf solche Worte hin die Bundesführer dennoch skeptisch zeigten und Meissner eine Lektion über Soldatentreue hielten, verlor der Feldmarschall die Fassung[7]). Er soll wiederholt mit der Faust auf den Tisch geschlagen und sich zornig gegen jegliche

---

[1]) *Ibid.*

[2]) DZA Potsdam (A 24), fol. 9—11, *„Die Wahl Hindenburgs. Vorgänge und Betrachtungen" des 2. Präsidenten des Kyffhäuserbundes von Enckevort*, 18. 4. 1932. Siehe auch *ibid.* (A 19), 296, fol. 179, *Duesterberg an Wagner*, 9. 4. 1932, der sich „ganz sicher" erinnerte, daß Hugenberg nicht mit offenen Karten gespielt hatte. Duesterberg fügte diesem Brief folgenden Entwurf für eine Erklärung bei: „Der Geheimrat Hugenberg versprach, den Stahlhelm und damit auch General von Horn über das Ergebnis der Verhandlungen zu unterrichten. General von Horn und die Stahlhelmführer haben in einem späteren Zeitpunkt zur Sprache gebracht, daß diese Unterrichtung nur sehr unvollkommen geschehen sei, daß sie namentlich über die erörterten Möglichkeiten eines Konzentrationskabinetts nicht ausreichend ins Bild gesetzt worden seien. Jedenfalls war das Ergebnis dieser Unterrichtung, daß der Stahlhelm den Reichspräsidenten bat, seine Kandidatur bis zum zweiten Wahlgang zurückzustellen." *Ibid.*, fol. 180.

[3]) Siehe Wagners Marginalie zu Duesterbergs Erklärungs-Entwurf *(ibid.)*: „Das wußten wir nicht, das war doch eigentlich genug."

[4]) *Ibid.*, fol. 119—22, *Duesterberg an Hindenburg*, 11. 2. 1932.

[5]) *Ibid.*, 84, fol. 32—34, *Protokoll der Gauführersitzung des Landesverbandes Mecklenburg*, 19. 2. 1932.

[6]) *Ibid.*, 296, fol. 119—22, *Duesterberg an Hindenburg*, 11. 2. 1932.

[7]) Doc. Center Berlin (A 25), 930, *„Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932"*, o. D.; BA Koblenz (A 02), 2, *Handschriftliche Notizen Fritjof von Hammersteins*, o. D.

Anzweiflung seiner vaterländischen Gesinnung gewandt haben. Dann lehnte er es ab, seine Kandidatur für ein politisches Geschäft herzugeben. Die Audienz endete in leichter Verstimmung.

Beim Verlassen des Reichspräsidentenpalais stießen die beiden Bundesführer im Vorzimmer auf Schleicher, der sie fragte, was der Bund nach seinen Angeboten an Hugenberg eigentlich noch wolle[1]). Seldte und Duesterberg waren einigermaßen erstaunt, denn zum ersten Male wurden sie jetzt mit den Angeboten näher bekannt. Unter dem Eindruck des Gesprächs mit dem Reichspräsidenten und diesen unerwarteten Neuigkeiten meinte Duesterberg bei der Abfahrt, daß er nunmehr zunächst den „Bundeskanzler Wagner über die neue Lage ins Bild setzen" müsse[2]). Die Kyffhäuserführer lasen in diesen Worten eine grundsätzliche Zustimmung der Bundesführer zu einer Kandidatur Hindenburgs, wie sie Duesterberg auch in den folgenden Besprechungen zum Ausdruck brachte.

Nach dem Empfang am 10. Februar zogen sich Seldte und Duesterberg mit einigen Vertrauten zur Beratung zurück. Sie gaben eine Zusammenfassung des Verlaufs der Aussprache mit Hindenburg und äußerten, daß Schleichers Angebote, soweit sie den Stahlhelm beträfen, präzis genug seien, besonders nachdem man nachträglich mehr über sie wußte[3]). Wagner, der die ganze Zeit mit der DNVP in Verbindung gestanden hatte, war dies sehr peinlich. Er bezweifelte die Ehrlichkeit der Versprechungen und erinnerte seine Kameraden an die engen Bindungen besonders an Hugenberg. Duesterberg scheint von den Hinweisen auf den Geist von Harzburg am wenigsten beeindruckt gewesen zu sein. „Der Stahlhelm", so konterte er, „sei nicht dazu da, die Geschäfte der politischen Parteien zu machen und sich vor deren Wagen spannen zu lassen, er ginge dann lieber seinen eigenen Weg, denn kämpfen müßte der Stahlhelm doch so oder so, gegen wen sei schließlich gleichgültig, und zum Kämpfen sei der Stahlhelm nun einmal da[4])". Wagner wurde gebeten, bessere Vorschläge zu machen; er vermochte es nicht.

Zu diesem Zeitpunkt trat Schmidt-Hannover in den Konferenzraum. Duesterberg informierte ihn kurz über die letzten Vorgänge. Als Schmidt den Zweiten Bundesführer fragte, was der Stahlhelm nun tun wolle, erhielt er die Antwort: „Wir werden marschieren, gegebenenfalls allein." Schmidt war konsterniert und warf ein, daß es doch unmöglich sei, eine Entscheidung zu treffen, ohne vorher die DNVP und die NSDAP konsultiert zu haben. Die Sitzung wurde unterbrochen. Nachmittags traf sich Hugenberg mit den Frontsoldaten. Letztere

[1]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 182, *Wagner an die Bundesführer*, 14. 4. 1932, einen Aktenvermerk für Hugenberg zitierend.

[2]) *Ibid.* (A 24), fol. 9—11, *„Die Wahl Hindenburgs. Vorgänge und Betrachtungen" des 2. Präsidenten des Kyffhäuserbundes von Enckevort*, 18. 4. 1932.

[3]) Doc. Center Berlin (A 25), 930, *„Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932"*, o. D.

[4]) *Ibid.*

drangen von allen Seiten auf den Parteiführer ein, sein intransigentes Spiel aufzugeben. Noch nie, so meinte Horn, seien so günstige Angebote gemacht worden, und Duesterberg fügte hinzu: „Herr Geheimrat, Sie können doch nicht von heute auf morgen einen 100%igen Systemwechsel verlangen. Ein solcher ist doch nur allmählich durchführbar[1])." Duesterberg führte ferner das Beispiel Karl Helfferichs an, der „aus seinem Posten etwas zu machen verstanden" habe[2]). Die Aufzeichnung des Zweiten Kyffhäuserpräsidenten fährt fort: „Aber auch das war vergebens. Am Schluß der Aussprache setzte sich Duesterberg nochmals für den Feldmarschall ein ... Von diesem Zeitpunkt an setzte von parteipolitischer Seite eine starke Einwirkung auf die Stahlhelmführer ein."

Somit wurde wider Hindenburgs Hoffnung eine Entscheidung an diesem Tage nicht gefällt. Duesterberg versuchte hierauf dem Dilemma einer Spaltung zwischen dem Stahlhelm und Hugenberg zu entgehen, indem er dem Präsidenten nochmals die alten Argumente auseinandersetzte[3]). Der Zweite Bundesführer dankte ihm zunächst für den Schutz und das Wohlwollen, das Hindenburg dem Stahlhelm in den vergangenen Jahren entgegengebracht habe. Er hielt es aber für seine Pflicht, Hindenburg auf die Opposition aus den Kreisen seiner einstigen Wähler aufmerksam zu machen. Weiterhin betonte er der Rechten „heißes Wollen", wenngleich zugegebenermaßen auch sie Fehler gemacht habe. Dann bat er den Feldmarschall nochmals, sich erst für den zweiten Wahlgang zur Verfügung zu stellen und schloß:

> Unserer Ansicht nach würden voraussichtlich National-Sozialisten und Deutschnationale, sicher aber der gesamte Stahlhelm, Euer Exzellenz ohne weiteres wiederwählen, wenn die unvermeidliche politische Kursänderung in einer Umwandlung des Kabinetts sichtbar zutage träte und wenn eine baldige Aufhebung des Uniformverbots in Aussicht gestellt werden könnte. Ein starkes nationales Konzentrationskabinett, von Euer Exzellenz berufen, würde in weitesten Kreisen Vertrauen finden und dürfte so *die* politische Führung sein, mit der die so überaus schwierige innen- und außenpolitische Lage unseres Vaterlandes allein geändert werden könnte. Ich bitte Euer Exzellenz, diese Vorschläge als aus tiefster Sorge um das Vaterland geboren ansehen zu wollen, als Vorschläge, deren Erfüllung unseres Erachtens die Wahl Euer Exzellenz, durch alle sich zu einem Vaterland bekennenden Deutschen sichern würde.

Angesichts dieser Haltung der Bundesführung nimmt es nicht mehr wunder, daß Sahm, dem gegenüber Meissner am Vortage noch die Stahlhelmfrage als gelöst ansah und die Proklamation Hindenburgs als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen voraussagte, am 11. Februar erfuhr, daß die Dinge eine „sehr *ungünstige* Wendung" genommen hätten[4]). Dennoch — oder vielleicht gerade

[1]) DZA Potsdam (A 24), fol. 9—11, „*Die Wahl Hindenburgs. Vorgänge und Betrachtungen*" *des 2. Präsidenten des Kyffhäuserbundes von Enckevort*, 18. 4. 1932.

[2]) *Ibid.*

[3]) *Ibid.* (A 19), 296, fol. 119—22, *Duesterberg an Hindenburg*, 11. 2. 1932.

[4]) Dok. Nr. 16 in Th. Vogelsang (B 203), S. 436.

deshalb — blieb der Appell Duesterbergs nicht ohne Wirkung auf den Feldmarschall. Nach dem Gespräch mit den Bundesführern wurde der alte Herr von beträchtlichen Gefühlsschwankungen befallen. Diese gingen dann sogar so weit, daß Meissner den Eindruck gewann, der Präsident werde nicht kandidieren, falls sich die beiden Soldatenverbände gegen ihn erklärten[1]). Auf der anderen Seite war sich auch Duesterberg über die „scheußliche Situation" im klaren, die entstand, wenn Hindenburg seine Ehrenmitgliedschaft niederlegte[2]).

Diese Angstzustände beider Seiten brachten am 12. Februar die Bundesführer noch einmal mit Schleicher zusammen. Man verhandelte die ganze Nacht hindurch, und Marklowski zufolge teilte bei dieser Gelegenheit Schleicher mit, daß Hindenburg bereit sei, Seldte zum Nachfolger Brünings zu ernennen[3]). Der Vizekanzlerposten sollte von Hugenberg übernommen werden und ein nicht näher bestimmter „Soldat" ins Reichswehrministerium einziehen. Diese Verhandlungen wurden am 13. Februar fortgesetzt, wobei Schleicher auch mit Hugenberg sprach[4]). In dieser Unterredung hat der General dann möglicherweise sogar angeboten, die Präsidentenwahl zu verschieben und die Preußenwahlen vorher abzuhalten[5]). Die Grenze der Zugeständnisse war damit erreicht, und doch wollte die Rechte diese Grenze nicht anerkennen. In den folgenden 48 Stunden versuchte der Stahlhelm, die „Nationale Opposition" zu vereinigen. Doch als Hitler und Hugenberg schließlich ablehnten, schlossen sich die Frontsoldaten ihnen an.

Wie sehr sich die Politik Hugenbergs und des Stahlhelms verfahren hatte, wird noch klarer, wenn man die Haltung der Nationalsozialisten in diesen Wochen betrachtet; diese steuerten nämlich von Anfang an auf Hitlers Nominierung zu und ließen sich selbst von Schleichers Zusagen nicht locken. Damit brach Hugenbergs Plan zusammen, wobei freilich nicht behauptet werden kann, daß dieses Resultat völlig unerwartet kam. Hitlers Ambitionen waren seit langem in politischen Kreisen in Berlin bekannt. Ein frühes Anzeichen für seine Pläne war ein Artikel im *Schlesischen Beobachter* vom 7. November 1931, der die Schlagzeile

[1]) *Ibid.*, S. 437.

[2]) *Ibid.*, S. 436.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 297, fol. 57, *Marklowski an die Gaue*, 22. 3. 1932. Marklowski scheint später eine schriftliche Bestätigung dieser Behauptung durch die Bundesführer gesucht zu haben (*ibid.*, fol. 56, *Marklowski an die Bundesführer*, 26. 3. 1932), die allerdings nicht vorliegt. Laut Marklowski scheiterte dieser Vorschlag an den Nationalsozialisten. *Ibid.* Daß solche Pläne zumindest diskutiert worden sind, geht aus einem Schreiben des ostpreußischen Landesführers hervor, der erklärte: „Der 2. Bundesführer hat mir in der letzten Sitzung nicht grundsätzlich widersprochen, sondern nur das Angebot der Reichskanzlerschaft an den 1. Bundesführer als Ausnahmefall erwähnt... In jenem Falle bin ich allerdings der Ansicht, daß es sich um ein Schulbeispiel für Ergreifung der Scheinmacht handelt. Die Reichskanzlerschaft von Schleichers Gnaden unter Gegnerschaft der NSDAP wäre der beste Weg gewesen, um den Stahlhelm zu Grabe zu tragen." Bay.KrA. München (A 01), 85, *Eulenburg an Wagner*, 19. 4. 1932.

[4]) Dok. Nr. 16 in Th. Vogelsang (B 203), S. 436.

[5]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 135a, *Handnotizen Wagners*, 13. 2. 1932.

„Hitler soll Reichspräsident werden" trug[1]). Es ist bezeichnend für die Haltung des Stahlhelms, daß Wagner erleichtert an den Rand dieses Exemplares schrieb: „Kann er ja gar nicht[2])."

In den folgenden Wochen übten die Nationalsozialisten immer wieder scharfe Kritik an Hindenburg, und Ende Januar wurden Hitlers Pläne, die deutsche Staatsbürgerschaft über eine Professur an der Technischen Hochschule Braunschweig oder als braunschweigischer Gesandter in Berlin zu erwerben, öffentlich bekannt[3]). In der Tat waren derartige rechtliche Hindernisse eher geeignet, den „Führer" von einer Kandidatur abzuhalten, als die Erfolge Hugenbergs und des Stahlhelms in den Verhandlungen mit Schleicher. Inzwischen waren die Beziehungen zwischen der NSDAP und den Harzburger Bundesgenossen so schlecht wie nie zuvor[4]). Über Hitlers Feindseligkeit wußte man folglich bestens Bescheid, zeigte nur eine erstaunliche Vergeßlichkeit. Daß man auch von seinen Kandidaturplänen wußte, gibt den folgenden Ereignissen eine geradezu tragikomische Note. Am 4. Februar meinte Hitler zu Hugenberg in München, „es werde wohl das Beste sein, wenn im ersten Wahlgange" sowohl er wie die DNVP und der Stahlhelm eigene Kandidaten aufstellten[5]). Dieser eigentlich doch recht unerwünschte Vorschlag hinderte die DNVP nicht, Hitlers Staatsbürgerschaftsantrag in Braunschweig zu befürworten. Am 6. Februar waren auch die Stahlhelmer sehr großzügig und unterstützten des „Führers" Wunsch nach einem deutschen Paß[6]).

Mit diesem Schritt vernichteten Hugenberg und der Stahlhelm ihr brauchbarstes Druckmittel gegenüber Hitler, nicht allein, weil sie nach ihrer jahrelangen Politik der „Nationalen Opposition" nicht anders handeln konnten, sondern augenscheinlich auch in der Hoffnung, eine entsprechende Geste bei ihren Vorschlägen an die NSDAP zu sehen. Doch die Erwartung, daß Hitler seine Ambitionen allein auf Grund der Hugenbergschen Überredungskünste aufgeben würde, erwies sich als eine Fehlkalkulation. Außerhalb der DNVP gewann man den wohl berechtigten Eindruck, daß die Hugenberggruppe sich „über die beabsichtigte Haltung der NSDAP... völlig im unklaren" gewesen sei[7]). Schlim-

[1]) Siehe Exemplar *ibid.*, 294, fol. 30.

[2]) Hitler war kein deutscher Staatsbürger.

[3]) *Krz. Ztg.*, 29. 1. 1932, S. 5; *V. B.*, 31. 1. 1932, S. 1.

[4]) Siehe z. B. *Der Sta.*, 10. 1. 1932, S. 6; *V. B.*, 22. 1. 1932, S. 2; *Der Sta.*, 31. 1. 1932, S. 6.

[5]) DZA Potsdam (A 19), 73, fol. 80—86, *Hugenberg an Hitler*, 20. 3. 1932; *ibid.*, 296, fol. 295, *Handnotiz Wagners „Für Herrn Horn"*, 5. 2. 1932.

[6]) *Krz. Ztg.*, 6. 2. 1932, S. 5.

[7]) DZA Potsdam (A 24), fol. 52—53, *K[arwieses?] „Persönliche Bemerkungen zur Wahl Hindenburgs"*, 24. 5. 1932. Später dämmerte es selbst Hugenberg ein wenig. In einem Brief an Hitler schrieb er: „Ich bin der Auffassung gewesen, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg *unser Kandidat* hätte sein können, wenn er sich von dem immer stärker zum Himmel stinkenden System trennte." Hitler aber hätte eine Politik des „Alles oder Nichts" getrieben. Auch er, so schloß Hugenberg, sei gegen ein Verbleiben Brünings und Groeners im Kabinett gewesen. *Ibid.* (A 19), 73, fol. 80—86, *Hugenberg an Hitler*, 20. 3. 1932. Zu dieser letzten Bemerkung Hugenbergs siehe auch unten S. 206.

mer noch war, daß man sich nicht über den Charakter des Nationalsozialismus im klaren war, denn sonst wäre man von Hitlers Haltung auch nicht so überrascht gewesen.

Nun mußten allerdings selbst die Nationalsozialisten zugeben, daß Schleichers Versprechungen recht weitgehend waren. Wollten sie daher Hugenbergs Verhandlungserfolge zunichte machen, mußten sie sich schon ziemlich schroff verhalten, und das taten sie auch. Hitler leistete sich zunächst den Affront, die Einladung Seldtes, Duesterbergs und Hugenbergs zu den recht wichtigen Verhandlungen am 13. Februar auszuschlagen[1]). Statt dessen erschien mit einer halben Stunde Verspätung Hermann Göring[2]). Duesterberg leitete die Besprechung mit einem Rückblick auf die bisher gemachten Fortschritte ein[3]). Die Debatte entzündete sich an der Frage der Auflösungsordre und an den Forderungen der NSDAP. Letztere verschlugen Görings Gesprächspartnern den Atem. Immerhin forderte er die Reichskanzlei, das Reichsinnenministerium und das Reichswehrministerium für die „stärkste Partei"[4]). Als Außenminister wurde Constantin von Neurath erwähnt[5]). Seldte hielt Göring entgegen, daß der Stahlhelm zumindest das Reichswehrministerium für sich beanspruche. Duesterberg wollte darüber hinaus wissen, was unter einer Hitler-Regierung mit dem Stahlhelm geschehen werde. Göring antwortete, man werde an den Bund herantreten, um sein Schicksal in einer „Extrabesprechung" zu diskutieren. Die Diskussion ging hin und her, und man kam zu keinem Ergebnis. Am Ende wurde nur noch die Frage einer gemeinsamen Kandidatur gegen Hindenburg besprochen. Nach den Forderungen der NSDAP war es jetzt Hugenberg, der vorschlug, daß jede Partei ihren eigenen Kandidaten für den ersten Wahlgang aufstellen solle. Selbstbewußt annoncierte Göring daraufhin seinen „Führer" und fügte hinzu, daß die NSDAP bereits im ersten Wahlgang zu siegen hoffe. Die Sitzung wurde auf den 14. Februar verschoben.

Der Grund für das weitere Interesse des Stahlhelms an Verhandlungen mit Göring wird ersichtlich, wenn man Meissners Mitteilungen an Sahm betrachtet[6]): „Hindenburg", so sagte der Staatssekretär, „macht seine Entscheidung von der Stellungnahme der beiden Verbände abhängig. Fällt diese negativ aus, dann

[1]) DZA Potsdam (A 19), 84, fol. 52—54, *Protokoll der Gauführersitzung des Landesverbandes Mecklenburg*, 19. 2. 1932.

[2]) Doc. Center Berlin (A 25), 930, *„Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932"*, o. D.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 135, *Handnotizen Wagners*, (13. 2. 1932).

[4]) *Ibid.* Es ist interessant, wie weitgehend diese Forderungen mit denen übereinstimmen, die die bürgerliche Rechte den Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 zugestand.

[5]) *Ibid.*, fol. 134, *Handnotizen Wagners* (13. 2. 1932). Nachdem Göring „weder Gr[oener] noch Br[üning]" haben wollte, machte Wagner anscheinend nochmals den Vorschlag „Neurath für Br[üning]" einzusetzen, was die bereits ausgesprochene Vermutung (siehe oben S. 200) verstärkt, daß nach Schleichers ursprünglichen Vorstellungen der Kanzler als Außenminister verbleiben sollte.

[6]) Dok. Nr. 16 in Th. Vogelsang (B 203), S. 437.

macht er nicht mit, das darf natürlich nach außen hin nicht bekannt werden. Hindenburg hat erklärt, ohne deren Zustimmung könne er es nicht aushalten, er ginge sonst daran zugrunde." Tags darauf wurden die Besprechungen mit der NSDAP fortgesetzt, obwohl die Aussichten für eine Einigung nicht größer geworden waren. Der „Führer" sah noch immer keine Veranlassung, persönlich zugegen zu sein, und Göring stellte lediglich unveränderte Forderungen[1]). Wagner notierte jetzt so lapidare Worte wie „Hi[tler] Diktatur"[2]), und die Bundesführung zögerte nicht zu erklären, daß sie von Hitlers Charisma zu ungenügend überzeugt sei, um auf seine Bedingungen einzugehen. Der Zerfall der Harzburger Front war vollzogen.

Neben dieser Konferenz am 14. Februar fanden Besprechungen der Landesführer in Berlin statt. Doch diese waren von jeher „sehr radikal" eingestellt, und Duesterberg hatte schon am 10. Februar starke Opposition gegen Hindenburg von dieser Seite erwartet, die er aber zu beschwichtigen hoffte[3]). Am Vormittag des 14. Februar mußte er allerdings feststellen, daß er sich überschätzt hatte[4]). Auch in diesem Gremium operierte man mit der nach Schleichers Zugeständnissen etwas unverständlichen Formel, daß eine „voraussetzungslose Unterstützung Hindenburgs nicht in Frage" komme[5]). Immerhin hatte man aber noch bis zum Abend des 14. Februar nach wie vor die Möglichkeit, sich für Hindenburg zu entscheiden. Während der Feldmarschall auf eine solche Wendung hoffte, waren die Stahlhelmer in erhitzte Debatten verwickelt. Es wurden alle möglichen Vorschläge gemacht[6]). Der oldenburgische Landesführer Wilhelm Klein war so empört über Hitlers Benehmen, daß er die Kündigung der Harzburger Front forderte — was immer davon noch übrig war. Weiterhin wollte er Hugenberg von der NSDAP abziehen. Der Finanzexperte des Bundes, von Gossler, wollte den „1. Wahlgang laufen lassen", und über Eulenburg-Wicken notierte Wagner: „H[inden]b[ur]g nein, Hi[tler] nein, B[un]d[e]sf[ührer] nein, Gewehr ab."

Zuletzt aber sprach sich die Mehrheit für die Aufstellung eines eigenen Kandidaten aus. Damit, so wurde argumentiert, gewinne man Zeit, da der erste Wahlgang keine Entscheidung bringen werde. Weiterhin könne der Stahlhelm so seine Stärke zeigen, wodurch Hitlers Hochmut gedämpft und alle Seiten verhandlungsbereiter gemacht würden. Angesichts der offensichtlichen Vorläufigkeit dieser Lösung war es schwierig, einen geeigneten Kandidaten zu finden. Die Wahl fiel schließlich auf Duesterberg, der unter Zurückstellung schwerer

[1]) *Krz. Ztg.*, 31. 3. 1932, S. 5.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 127—28, *Handnotizen Wagners*, 14. 2. 1932.

[3]) Dok. Nr. 16 in Th. Vogelsang (B 203), S. 440; Doc. Center Berlin (A 25), 930, *„Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932"*, o. D.

[4]) *Ibid.*

[5]) *Ibid.*

[6]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 129—30, *Handnotizen Wagners*, 14. 2. 1932.

persönlicher und sachlicher Bedenken zusagte[1]). Unter den Landesführern überwog die Ansicht, daß es sich mit dem Zweiten Bundesführer besser gegen die NSDAP kämpfen lasse als mit Seldte[2]). Duesterbergs Kandidatur sollte den überparteilichen Charakter der Stahlhelmkampagne betonen, und der Zweite Bundesführer scheint seine Nominierung in der Tat als eine Selbstaufopferung betrachtet zu haben. Dennoch endete die Sitzung mit dem allgemeinen Gefühl, daß man keine Wählkandidatur zu bieten hatte.

Am 14. Februar überbrachten am frühen Abend zwei Abgesandte Hindenburg den Entschluß des Stahlhelms: Der Bund sei nur gewillt, den Feldmarschall zu unterstützen, „wenn eine ausreichende sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen" werde[3]). Meissner lehnte jede weitere Diskussion ab. Hindenburg, so erfuhren die Stahlhelmer, werde sich am nächsten Morgen entscheiden. Sahm hörte spät abends noch, daß die Sache Hindenburgs nunmehr sehr ungünstig stehe[4]). Am folgenden Morgen wiederholte Wagner — neugierig und bangend um die Entscheidung des Präsidenten — die am Vorabend überbrachte Nachricht. Wiederum lehnte Meissner eine Debatte ab, doch gab er abschließend der Hoffnung Ausdruck, „daß wir in dieser Frage nochmals zusammenwirken könnten[5])". Wenige Stunden später akzeptierte Hindenburg das Angebot des Sahm-Ausschusses[6]).

Wie schwer ihm dieser Entschluß gefallen ist, geht besonders aus zwei Schreiben hervor, die der Feldmarschall am 17. und 22. Februar an den Kammerherrn Elard von Oldenburg-Januschau sandte[7]). Bezeichnender aber ist ein Brief, den Hindenburg noch am Tage seiner Entscheidung an Feldmarschall August von Mackensen, gleich ihm Ehrenmitglied des Stahlhelms, verfaßte[8]). In diesem Schreiben kommt zum Ausdruck, wie sehr dem Präsidenten an der Zusage der Frontsoldaten gelegen hatte. Wichtiger noch als alle Treuekundgebungen diverser Verbände und Parteien der Rechten und Mitte, so schrieb er, war es ihm, daß „die im Kyffhäuserbund vereinigten Soldaten ... durch den Mund ihres Vor-

[1]) Th. Duesterberg (B 045), S. 34. Siehe auch Bay.KrA. München (A 01), 42, *Stellungnahme Eulenburgs*, 1. 3. 1932; *Jg. Nat.*, 7. 4. 1932, S. 2. Duesterbergs jüdische Abstammung wurde übrigens nicht, wie z. B. K. D. Bracher [(B 012), S. 463n] schreibt, um diese Zeit entdeckt, sondern erst im Sommer 1932. Siehe unten S. 239 ff.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 295, fol. 149—50, *Mahnken an Seldte, Duesterberg und Wagner*, 16. 2. 1932. Duesterberg berichtet in seiner Nachkriegsdarstellung, daß Seldte sich nach der Kandidatur gedrängt habe. Unter den gegebenen Umständen erscheint dies zweifelhaft.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 134a, *Handnotizen Wagners* (14. 2. 1932); *Krz. Ztg.*, 15. 2. 1932, S. 1.

[4]) Dok. Nr. 16 in Th. Vogelsang (B 203), S. 437.

[5]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 126, *Vermerk Wagners*, 15. 2. 1932.

[6]) *Krz. Ztg.*, 16. 2. 1932, S. 1.

[7]) DZA Potsdam (A 20), 21, fol. 209—10, *Hindenburg an Oldenburg-Januschau*, 17. 2. 1932; *ibid.*, fol. 213—16, *Hindenburg an Oldenburg-Januschau*, 22. 2. 1932. Beide Briefe sind veröffentlicht bei Th. Vogelsang (B 203), S. 442—44.

[8]) DZA Potsdam (A 20), 21, fol. 10—11, *Hindenburg an Mackensen*, 15. 2. 1932.

sitzenden, des Generals von Horn, ihre Treue und ihr Vertrauen versichert" hätten. Mit solchen Begründungen wies er es von sich, ein Kandidat der Linken zu sein. Freilich, auf die Bedingungen des Stahlhelms habe er sich nicht einlassen können, und wenigstens in diesem Punkte hatte der alte Herr ganz recht. Das Schicksal Horns andererseits zeigt, wie wenig begründet seine Annahme war, sich auf diesen Verband stützen zu können. Der Präsident des Kyffhäuserbundes hatte mit seinen Mitgliedern die größten Schwierigkeiten, die laut seinen Abtritt forderten[1]). Praktisch wurde Hindenburg also nur Präsidentschaftskandidat, weil ein paar Kyffhäuserführer sich für ihn erklärt hatten.

Auf der anderen Seite waren die Stahlhelmer erleichtert. Sie hatten ihr verehrtes Ehrenmitglied nicht verloren und glaubten nach der Ankündigung der Kandidatur Hindenburgs, wieder „freie Hand" zu haben[2]). Bei näherem Hinsehen hatten sie allerdings eine eigenartige Handlungsfreiheit wiedergewonnen, nämlich die, sich zwischen alle Stühle setzen zu dürfen. Doch die Ergebnisse des 14. und 15. Februar bedeuteten nicht, daß man sich wenigstens mit Hugenberg einig war. Dieser wollte jetzt selber gern Reichspräsident werden. Am Nachmittag des 15. Februar traf Wagner mit dem DNVP-Führer zusammen[3]). Wagner eröffnete ihm dabei, daß im Stahlhelm starke Tendenzen bestünden, einen der beiden Bundesführer aufzustellen[4]). Hugenberg machte den Bundeskanzler nun darauf aufmerksam, daß ihm vom Stahlhelm wiederholt seine Nominierung angeboten worden und dabei immer wieder betont worden sei, ein Stahlhelmer könne nicht gegen Hindenburg kandidieren[5]). Obwohl er die taktische Lage selbst als „nicht sehr schön" ansah, holte der Geheimrat dann aber weit aus und dozierte über seine politische Konzeption vom „Zünglein an der Waage". So diskutierten die beiden am 15. Februar also immer noch über eine Verteilung der Kabinettsposten. Es ist möglich, daß Wagner dies schließlich als zu unrealistisch empfand. Jedenfalls fragte er, ob er seinen Bundesführern Hugenbergs Ablehnung eines gemeinsamen Stahlhelmkandidaten melden sollte. Hugenberg bat Wagner, dies nicht zu tun, da ihm ein Zusammengehen mit den Frontsoldaten wichtig sei. Trotzdem müsse er aber erst noch das Urteil seiner Landesleiter hören. „Sich den Gefahren

[1]) Die Akten des Kyffhäuserbundes betr. die Reichspräsidentenwahl (Doc. Center Berlin [A 25], 930) enthalten eine ganze Anzahl von Protestschreiben und Rücktrittsforderungen aus den Unterorganisationen des Bundes. Siehe auch DZA Potsdam (A 24), fol. 9—11, *„Die Wahl Hindenburgs. Vorgänge und Betrachtungen" des 2. Präsidenten des Kyffhäuserbundes von Enckevort*, 18. 4. 1932.

[2]) *Krz. Ztg.*, 16. 2. 1932, S. 1.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 3, *Wagner an die Landesführer*, 15. 2. 1932.

[4]) *Ibid.*, fol. 124, *Vermerk Wagners*, 15. 2. (1932).

[5]) Hier hatte Hugenberg recht. Noch am 10. Februar sagte Duesterberg: „Der Stahlhelm wird sich niemals bereit finden, gegen den Feldmarschall aufzutreten. Es ist für den Stahlhelm untragbar, wenn der Feldmarschall seine Drohung wahrmacht und die Ehrenpräsidentschaft über den Stahlhelm niederlegt." Doc. Center Berlin (A 25), 930, *„Aufzeichnungen [des Kyffhäuserbundes] zum Auftakt der Reichspräsidentenwahl 1932"*, o. D. Allerdings hatte Hindenburg seine Drohung nicht verwirklicht.

einer Zähl-Kandidatur auszusetzen", war in anderen Worten selbst für Hugenberg nun nicht mehr zweckmäßig.

Während der DNVP-Vorstand am 17. Februar über die Lage beriet, stand Wagner noch immer mit den Nationalsozialisten in Verbindung. Am 19. Februar berichteten die *Führerbriefe*, daß der Bund „die Bemühungen um die Einheitskandidatur zäh" fortsetze[1]). Jedoch wurde zugegeben: „Zur Zeit ist aber das wahrscheinlichste Ergebnis, daß von der nationalen Front zwei Kandidaten herausgestellt werden, darunter einer der NSDAP." Der andere Kandidat war Duesterberg. Am 17. Februar wurde zwischen dem Stahlhelm und der DNVP ein formelles Bündnis abgeschlossen, mit dem sich beide Partner verpflichteten, während der Präsidentschafts- und Preußenwahlen zusammenzuarbeiten[2]). Nachdem dieses Abkommen unter Dach und Fach gebracht worden war, sprach Hugenberg am Wochenende des 20./21. Februar nochmals mit Hitler. Duesterberg machte daraufhin einen letzten Ansatz, um ja keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, daß er sich nach der Kandidatur gedrängt habe. Er ließ die beiden Parteiführer telegraphisch wissen, daß er einem Kandidaten der gesamten „Nationalen Opposition" selbstverständlich nicht im Wege stehen wolle, und schlug Rüdiger von der Goltz oder Hermann von Lüninck vor[3]). Hitler aber wollte sich nur auf eine gemeinsame Erklärung für die verschiedenen Kandidaten der Rechten einlassen. Jetzt begriffen selbst Hugenberg und Wagner, daß die Interessen innerhalb der „Nationalen Opposition" einfach zu verschieden waren. „Auf Grund dieses Widerspruchs in der Grundauffassung vom Wesen des Staates und der Staatsführung und schließlich infolge des brutalen Diktaturanspruches der NSDAP" war ein Kompromiß unmöglich geworden[4]). Am 22. Februar proklamierte Goebbels vor einer tobenden Masse im Berliner Sportpalast Hitlers Kandidatur[5]). Duesterbergs Nominierung wurde still und leise am selben Abend veröffentlicht.

[1]) Bay.KrA. München (A 01), 137, *Führerbrief*, 19. 2. 1932.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 309—11, *Entwurf zu den Vereinbarungen zwischen dem Stahlhelm und der DNVP*, o. D. Das Datum dieser Vereinbarungen ist schwer genau festzulegen. In einem Brief an das Landesamt Niedersachsen vom 22. April 1932 (*ibid.*, 281, fol. 188) nannte Wagner den 16. Februar, nachdem die Hannoveraner angefragt hatten, ob das „Abkommen vom 18. Februar" noch bestehe. *Ibid.*, fol. 187, *Landesamt Niedersachsen an Wagner*, 15. 4. 1932. Auf der anderen Seite schrieb Wagner am 16. Februar an Hugenberg (*ibid.*, 296, fol. 136), daß der Stahlhelm entsprechend der Aussprache vom Vortage einen eigenen Kandidaten aufstellen werde, falls kein gemeinsamer Kandidat gefunden werden könne. Weiterhin erwähnte er, daß die Bundesführer am 17. Februar in Berlin sein würden. Danach scheint das Abkommen erst am 17. oder 18. Februar zustande gekommen zu sein. Es enthielt im einzelnen folgende Vereinbarungen: Der Stahlhelm verpflichtete sich, keine eigene Partei zu gründen und die DNVP zu unterstützen. Dafür sollte die DNVP keinen eigenen Wehrbund gründen und mindestens vier bis fünf Stahlhelmer an aussichtsreicher Stelle auf die DNVP-Liste für die Preußenwahlen setzen. Der Propagandaapparat Hugenbergs sollte schließlich für Duesterberg eingesetzt werden, wofür die DNVP die Treuhänderschaft für weitere Verhandlungen erhielt. Über das Schicksal dieses Abkommens siehe unten S. 214.

[3]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (II), *Rundschreiben Wagners an alle Landesverbände*, 24. 2. 1932.

[4]) *Ibid.*

[5]) *Ibid.*

Die Kulissen für die Wahlen waren somit aufgestellt, wobei sich die Stahlhelmer in einer unangenehmen Situation befanden. Duesterberg hat später gemeint, daß der Bund für seine eigenartige Lage nicht verantwortlich gewesen sei[1]). Das ist offenbar nicht ganz richtig. Zwar waren die Frontsoldaten über ihre plötzliche Isolierung nicht erfreut, aber dennoch hatten sie den Boden dafür selbst vorbereitet. Der ungelöste Streit über den Charakter des Bundes und seine Aufgabe in einem parlamentarischen System hatte ihn jetzt zwischen die Republik und Hitler geworfen. Seldte und Duesterberg waren jetzt mit jenem „Hic Rhodus-hic salta" konfrontiert worden, das sie unbeschädigt nicht überstehen konnten. Als die Bundesführung daher den Sprung in die Niederlage hinter sich hatte, trat sie den Rückzug aus der Politik an.

Vorerst hatte man freilich keine Zeit, sich über die Folgen der einseitigen Bindung an die DNVP Gedanken zu machen[2]). Die Frontsoldaten waren eifrig um die Sammlung von Wählerstimmen bemüht. Duesterberg reiste durch Stadt und Land. Er wurde dargestellt als die Verkörperung deutschen Soldatentums — aufrecht, ehrlich, treu und mutig[3]). Gleichzeitig wurde er auch für völkische Wähler attraktiv gemacht — was schon eine delikatere Sache war[4]). Der Stahlhelmpresse war keine Anstrengung zu groß, und wochenlang lobte sie den Zweiten Bundesführer.

Eine Neuerwerbung unter den Stahlhelmzeitungen erwies sich als besonders wertvoll: Die *Kreuz-Zeitung*. Mitte des 19. Jahrhunderts gegründet, hatte sie eine lange Tradition als konservativ-monarchistisches Blatt. Schon vor 1932

---

[1]) *Krz. Ztg.*, 31. 3. 1932, S. 5.

[2]) Nur Eulenburg revoltierte sofort, nicht zuletzt weil allen Beschlüssen des Bundesvorstandes zum Trotz das Abkommen mit Hugenberg über die Köpfe der Landesführer hinweg geschlossen worden war. „Damit [so schrieb er] wäre also die Parlamentarisierung so gut wie vollzogen, obwohl noch bei der vorletzten Führerversammlung die überwältigende Mehrheit dagegen war und uns die bindende Zusage gemacht worden ist, daß ein solcher Schritt keinesfalls ohne die Zustimmung des B[undes]V[orstandes] erfolgen sollte." DZA Potsdam (A 19), 296, fol. 312, *Eulenburg an Wagner*, 28. 2. 1932. Eulenburg war auch deshalb so verärgert über die Bundesführung, weil die DNVP ihm am 28. Februar eine Spitzenkandidatur anbot, ohne daß er vorher vom Bundesamt erfahren hatte, worum es eigentlich ging. „Die Bundesführung ist im Gegensatz zu der klar bekundeten Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Landesführer eine feste Bindung mit einer Partei für die Parlamentswahlen eingegangen und hat damit endgültig mit der seit Bestehen des Stahlhelm festgehaltenen und den Kameraden gegenüber stets vertretenen Überparteilichkeit gebrochen. Dieser für das Schicksal des Bundes entscheidende Schritt ist auch nach seiner Vollziehung den Landesführern nicht mitgeteilt worden." Bay.KrA. München (A 01), 42, *Stellungnahme Eulenburgs*, 1. 3. 1932. Sie wurde als Unterlage für die Sitzung am 19./20. 3. 1932 an die Landesführer gesandt.

[3]) „Wir konnten keinen Besseren finden als unseren Kameraden Duesterberg, den Mann der Uneigennützigkeit, des Wissens und Könnens, den Mann des zähen Willens und der Tat und des mahnenden sozialen Gewissens." Seldte zitiert in Th. Duesterberg (B 045), S. 61.

[4]) *Der Stahlhelm* (6. 3. 1932, S. 13) beschrieb ihn als einen Mann mit „germanisch-rotblondem Haar". Siehe hierzu unten S. 239 ff.

scheint der Bund an ihr interessiert gewesen zu sein. Jedenfalls wurde Seldte bereits 1930 als Mitglied des Politischen Beirats der *Kreuz-Zeitung* erwähnt[1]). Im Juli 1931 wurde sie dann ausdrücklich in den Dienst der Rechtsbewegung gestellt[2]). Doch konnte weder diese Maßnahme noch die Tatsache, daß Hindenburg zu ihren Lesern gehörte, die Zeitung vor dem drohenden Bankrott bewahren. Ende Februar 1932 kauften Seldte und Duesterberg, denen seit langem eine Tageszeitung fehlte, das Blatt von Graf Westarp[3]).

So berichtete nun auch die *Kreuz-Zeitung* von angeblich überfüllten Wahlversammlungen der sogenannten Kampffront Schwarz-Weiß-Rot. In Wirklichkeit aber war das Interesse der Wähler an Duesterberg nicht überwältigend. Im Vorstand dürfte man kaum Illusionen über seine Siegeschancen gegen Hindenburg und Hitler gehegt haben[4]). Das Ziel war nur, möglichst viele Stimmen für eine günstige Verhandlungsposition nach dem ersten Wahltag zu sammeln[5]). Bezeichnend war dabei auch die Haltung gegenüber den beiden Hauptkonkurrenten. Während des ganzen Wahlkampfes blieb Hindenburg der verehrungswürdige, alte Feldmarschall, den man zwar kritisierte, aber niemals angriff. Wie anders war das Verhältnis zu Hitler! Schon am 22. Februar, am Tage der Kandidatenverkündung, schrieb Goebbels in sein Tagebuch[6]): „Wir müssen nun wohl oder übel den ersten scharfen Kampf mit der Reaktion führen." Die nationalsozialistische Presse zögerte nicht, solche Empfehlungen zu beherzigen[7]). Duesterberg und seine Freunde schlugen heftig zurück. Sie verdammten Hitlers Größenwahn und erklärten, daß der Stahlhelm niemals einer nationalsozialistischen Diktatur zustimmen werde[8]). Über Stephani wurde berichtet, daß er den „Führer" als einen Gefangenen seiner Parteifunktionäre bezeichnet habe, und die Verderbtheit der nationalsozialistischen Führerschaft wurde durch die Stahlhelm-Propaganda-Abteilung schadenfroh ausgebeutet[9]). So standen sich die Anwürfe beider

[1]) *Krz. Ztg.*, 22. 8. 1930, S. 3.

[2]) *Ibid.*, 11. 7. 1931, S. 1.

[3]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (II), *Flugblatt der Bundesführer*, 25. 2. 1932. Nach dem Kriege behauptete Seldte, er habe das Blatt allein für 15000 RM gekauft. IfZ München (A 48), 1495, *Biographical Report*, 31. 10. 1945.

[4]) Pünder [(B 150), S. 115] sagte voraus, daß Duesterberg 1,5 bis zwei Millionen Stimmen erhalten werde.

[5]) Mahnken sprach unverblümt von einer „Zählkandidatur". DZA Potsdam (A 19), 295, fol.149 bis 150, *Mahnken an Seldte, Duesterberg und Wagner*, 16. 2. 1932.

[6]) Joseph Goebbels, *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei* (B 064), S. 50.

[7]) Siehe z. B. *V. B.*, 6./7. 3. 1932, S. 2; *ibid.*, 13./14. 3. 1932, S. 9.

[8]) Siehe z. B. *Der Sta.*, 6. 3. 1932, S. 1—2; *Jg. Nat.*, 10. 3. 1932, S. 3.

[9]) *Germania*, 6. 3. 1932, zitiert in *Der Anti-Nazi. Handbuch im Kampf gegen die NSDAP* (B 028), S. 121—22. Ein Stahlhelm-Flugblatt beschäftigte sich mit Röhms homosexuellen Verirrungen. Unter Bezug auf die in der *Welt am Montag* vom 7. März veröffentlichten „Liebesbriefe des Hauptmanns Röhm" hieß es darin, daß ihre Echtheit „leider" außer Zweifel stehe. Sie seien daher von grundsätzlicher Bedeutung. „Denn nun müssen wir Hptm. Röhm als einen Schädling der nationalen Front brandmarken und seinem Vorgesetzten, Adolf Hitler, so lange jede Führereignung absprechen, als er nicht rücksichtslos gegen seinen diffamierten Stabschef vorgeht." Bay.KrA. München (A 01), 137, *Werbenachrichtendienst zur Duesterbergwahl*, 8. 3. 1932.

Seiten an Einfallsreichtum keinesfalls nach. Freilich übersah die NSDAP zu keinem Zeitpunkt, daß Hindenburg der eigentliche Gegner war. Duesterberg hatte in der Tat „keine Chancen" und war „eine quantité negligeable[1])".

Die Auszählung der Wahl vom 13. März ergab für Hindenburg 18,6 Millionen Stimmen, gefolgt von Hitler mit 11,3 Millionen und Duesterberg mit 2,5 Millionen. Damit war zwar noch kein neuer Präsident gewählt, aber die deutliche Absage der Wähler an Duesterberg hatte nicht die erhoffte Stärkung der Kampffront gebracht. Trotzdem nahm Hugenberg als Bevollmächtigter der Kampffront sofort Kontakt zu Hitler auf. Sein Versuch, einen Friedensschluß herbeizuführen, scheiterte kläglich[2]). Der „Führer" hatte schon beschlossen, allen Enttäuschungen über den Wahlausgang zum Trotz für den zweiten Wahlgang am 10. April zu kandidieren. Hindenburg, zu dem die Kampffront gleichfalls ihre Fühler ausstreckte, war auch nicht zu einem Abkommen bereit[3]). Es wurde also immer klarer, daß die parteipolitische Allianz mit den Deutschnationalen nichts als Niederlagen brachte. Die Frontsoldaten entschlossen sich, das Schlachtfeld vorzeitig zu räumen.

Für diese Entscheidung scheint die Reaktion auf das Bündnis mit Hugenberg in den Unterorganisationen eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Durch eine rigorose Festigung der Disziplin versuchte die Bundesführung zunächst das Abspringen ihrer eigenen Mitglieder zu Hindenburg oder Hitler zu verhindern. Bereits am 14. Februar hatte Seldte in weiser Voraussicht angeordnet, daß in den kommenden Wochen alle Macht bei den Bundesführern liegen werde und daß „die Ausführung der Politik des Stahlhelm ... die Durchführung eines Befehls der Bundesführung "sei[4]). Dennoch wurde der Befehl, nur für Duesterberg zu stimmen, weithin mißachtet. Dies ergibt sich unter anderem aus den Fragebögen, die nach dem ersten Wahlgang an die Unterorganisationen verschickt wurden und durch die festgestellt werden sollte, wie viele Mitglieder für die einzelnen Kandidaten gestimmt hatten. Der Führer der Ortsgruppe Bad Salzdetfurth in Niedersachsen bemühte sich, diese Frage besonders sorgfältig zu beantworten[5]):

> Nicht nur in der O[rts]-Gr[uppe] Bad S[alzdet]furth, sondern auch in *sehr vielen* [anderen] O-Gr. haben die Sta[hlhelm]-Kameraden Hitler oder Hindenburg gewählt. Da viele Kameraden den Nationalsozialisten nahestehen, so haben sie Hitler gewählt... Andere wiederum haben aus Ehrfurcht und Dankbarkeit für den Soldaten Hindenburg ihre Stimme abgegeben... Diese Schlacht haben wir zwar verloren, aber nicht den Krieg!

Auf die Frage, wie Duesterbergs Nominierung bei der Bevölkerung angekommen sei, antwortete er, daß der Zweite Bundesführer einfach nicht bekannt genug gewesen sei.

[1]) J. Goebbels (B 064), S. 58, 61.

[2]) *V. B.*, 15. 3. 1932, S. 2; *ibid.*, 16. 3. 1932, S. 1; *ibid.*, 18. 3. 1932, S. 2.

[3]) H. Pünder (B 150), S. 116. Siehe aber auch unten S. 220 ff.

[4]) *Der Sta.*, 14. 2. 1932, S. 5.

[5]) BA Koblenz (A 02), 5, *Bericht Gutsches*, 20. 3. 1932.

Andere Berichte enthielten fast gleichartige und in jedem Falle niederschmetternde Nachrichten. Aus einigen ging sogar hervor, daß bis zu 40% der Mitgliedschaft für Hitler gestimmt hatte[1]). Karl Bruch, der Führer der Ortsgruppe Köln-Kalk, erwähnte auch die Gründe für die große Zahl von Deserteuren[2]). Er meinte, daß „alle Kameraden, fast ausnahmslos ... das innere Gleichgewicht verloren" hätten. In einem Falle hatte er viele sogar sagen hören: „Wir wählen doch Hitler, was hat es für einen Zweck, einen Sonderkandidaten aufzustellen; im übrigen ist der Stahlhelm [ein] Wehrverband und soll keine Parteipolitik treiben[3])." Das war die geistige Verfassung des einfachen Stahlhelmers am Wahltage, mit der alle Disziplin zusammenbrach. Die Unterorganisationen revoltierten gegen die Anweisungen von oben[4]), und bald verbreiteten sich die Ansichten der Ortsgruppen auch unter den Landesführern. Das ganze, während des Wahlkampfes aufgestaute Unbehagen brach schließlich auf einer wichtigen Vorstandssitzung am 19./20. März durch. Auf dieser Konferenz wurde zunächst beschlossen, für den zweiten Wahlgang nicht wieder einen Kandidaten aufzustellen[5]). Weiterhin wurde die Auflösung des Bündnisses mit Hugenberg gefordert[6]), ein Wunsch, dem Seldte und Duesterberg mit erstaunlicher Schnelligkeit nachkamen[7]). Damit war die Allianz mit der DNVP praktisch beendet. In den folgenden Wochen waren die Frontsoldaten damit beschäftigt, ihre Niederlage zu bagatellisieren und sich über ihre politische Zukunft klarzuwerden.

Der Gegenstand dieser internen Diskussionen kann durch einen interessanten Briefwechsel zwischen Eulenburg und Wagner rekonstruiert werden[8]). Diesen Briefen zufolge waren sich die beiden Stahlhelmführer zunächst einmal darüber

---

[1]) Enthalten in *ibid.*

[2]) *Ibid.*, 16, *Bruch an Friese*, 27. 3. 1932.

[3]) *Ibid.* „Dasselbe Bild in anderen Bezirken, so in der Gegend von München-Gladbach, Geilenkirchen, Aachen und in der Eifel." *Ibid.*

[4]) „In Siegburg erklärte der Führer seinen Kameraden, daß der Stahlhelm im zweiten Wahlgang zum Reichspräsidenten mit Gewehr bei Fuß stehen würde, worauf ein großer Protest der anwesenden Kameraden einsetzte." *Ibid.*

[5]) *Jg. Nat.*, 24. 3. 1932, S. 1—2. Um diese Zeit wurde nochmals der Versuch unternommen, den Kronprinzen als Kandidaten zu nominieren. Es gibt jedoch keine Anzeichen dafür, daß dieser Vorstoß jemals die Zustimmung der Bundesführer gefunden hätte. Siehe dazu K. D. Bracher (B 012), S. 476 f. und die dort zitierten Quellen.

[6]) DZA Potsdam (A 19), 281, fol. 165, *Wagner an Augener*, 31. 3. 1932.

[7]) Anscheinend noch während dieser Sitzung wurde ein Schreiben an Hugenberg aufgesetzt, in dem der DNVP-Führer gebeten wurde, den Stahlhelm von den Vereinbarungen zu entbinden. *Ibid.*, 296, fol. 158, *Seldte? an Hugenberg*, 19. 3. 1932. Am 22. März fand daraufhin eine dreieinhalbstündige Konferenz statt, in der das Abkommen vom Februar schließlich aufgehoben wurde. *Ibid.*, fol. 59, *Seldte und Duesterberg an alle Landesführer*, 22. 3. 1932. Damit, so schloß das Schreiben, habe „die Bundesführung schweren Herzens in dieser so wichtigen Entscheidung im Interesse des aus vaterländischen Gründen zu erhaltenden Stahlhelm die Meinungen der Landesführer im weitesten Sinne politisch berücksichtigt".

[8]) Bay.KrA. München (A 01), 85, *Wagner an Eulenburg*, 11. 4. 1932; *ibid.*, *Eulenburg an Wagner*, 19. 4. 1932.

einig, daß der Bund keine einheitlichen und klaren Ziele hatte — eine sehr treffende Feststellung. Des weiteren geht aus dem Briefwechsel hervor, daß man sich auf der Vorstandssitzung im März erneut ausgiebig über eine „Machtergreifung" unterhalten hatte. In der Theorie besaß diese Idee, wie für viele andere Antirepublikaner, eine magische Anziehungskraft. Doch man war sich nicht darüber einig, wie sie sich in der Praxis hätte durchführen lassen können. Laut Eulenburg hatte die „weit überwiegende Mehrheit" recht verschwommene Ansichten zu diesem Fragenkomplex, und sobald die Machtergreifung „das Hineingehen in den Parlamentarismus" einbezog, wollten die meisten Führer nichts mehr von ihr wissen.

Einige von ihnen hatten sich jedoch ihre eigenen Gedanken zu dem Thema gemacht. Eulenburg beispielsweise war nicht gegen die „Machtergreifung" im Prinzip. Er stimmte ihr aber nur in zwei Fällen bei, nämlich „wenn sich unter uns ein ganz überragender Führer fände, der als Napoleon, Mussolini, Caesar oder wie Sie sonst wollen, zu handeln befähigt wäre, oder aber wenn der Stahlhelm als solcher und ohne eine Veränderung seines inneren Wesens sich derartig einschalten ließe, daß er eine ausschlaggebende Rolle spielen, seinen Geist und Willen dem Staat wirklich aufprägen könnte[1])". Da gegenwärtig jedoch keiner der beiden Fälle gegeben war, hatte Eulenburg eine Vorliebe für soldatischere Ziele entwickelt. Seiner Meinung nach erfüllte der Bund seine Aufgabe bereits, wenn er zum „Kern der Landesverteidigung" werden würde. Hinzu kam noch eine andere und wichtigere Mission: „Die Durchdringung des ganzen Volkes mit dem Willen zu Ehr und Wehr. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist wahrlich des Schweißes der Edlen wert und geeignet, die Leistungsfähigkeit des Bundes voll auszunutzen." Eulenburgs Brief zufolge war auch Duesterberg nicht gegen eine derartige Zielsetzung eingestellt. Während der Vorstandssitzung im März habe er lediglich einen Ausnahmefall genannt: „Das Angebot der Reichskanzlerschaft an den 1. Bundesführer". Für diesen Fall sollte nach den Vorstellungen des Zweiten Bundesführers der Bund versuchen, das Steuer selbst in die Hand zu nehmen[2]).

Diesen Argumenten der „Soldaten" innerhalb der Bundesführung standen die der „Politiker" gegenüber. Seldte hatte schon immer dafür plädiert, daß die Macht „mit allen Mitteln anzustreben [sei], um das Geschick des Reiches in unserem Sinne zu formen[3])". Neben ihm stand Wagner, der glaubte, ins Bundesamt geholt worden zu sein, „um einer politischen Linienführung willen, wie ich sie in Danzig auf allen Gebieten der Politik in einer gewissen Kombination der verschiedenen Mittel — einschließlich der parlamentarischen — zu führen versucht habe". Mit solchen Auseinandersetzungen über die „politische Linienführung" des Bundes war das Problem der Überparteilichkeit eng verknüpft. Es ist daher

[1]) *Ibid., Eulenburg an Wagner*, 19. 4. 1932.

[2]) An diese Haltung Duesterbergs wird man sich gelegentlich seiner Stellung zum Sturz Brünings erinnern müssen, als Seldte offenbar erneut als Kanzlerkandidat auftrat. Siehe unten S. 225.

[3]) Bay.KrA. München (A 01), 85, *Wagner an Eulenburg*, 11. 4. 1932.

nicht verwunderlich, daß die beiden Richtungen auch hierüber verschiedener Meinung waren. Für Eulenburg beinhaltete dieses alte Konzept des Stahlhelms, wie es „landläufig verstanden wird", „die Freiheit der Stimmabgabe". Das sei immer „als ein Grundpfeiler des Stahlhelm hingestellt" worden. Der Bund sei nicht „ein völlig unabhängiges Gebilde . . ., das seine Gunst bald der einen, bald der anderen Partei schenken kann. Desgleichen gibt es nur in der Theorie, am grünen Tisch. Solange wir nun einmal Parlamente und Parteien haben, können Sie nicht erwarten, daß sich die Kameraden innenpolitisch beliebig herumkommandieren lassen[1])."

Doch seine Mitglieder herumkommandieren zu können, war genau Wagners Ziel. Er betrachtete die Überparteilichkeitsidee als manipulierbar. Mit ihr wollte er einen frontsoldatischen Druck auf die Politik der Parteien ausüben, wobei er sogar so weit ging zu sagen,

> daß dabei unter Umständen auch Parole für eine einzige Partei — natürlich nicht etwa nur die DNVP — ausgegeben werden muß. Gewiß wird man dies nur in zwingender Notlage und nach entsprechender innerer Vorbereitung im Bunde tun[2]) — ebenso wie die Gründung einer eigenen Partei, aber für ganz unmöglich würde ich auch das nicht halten, zumal wir diese Möglichkeiten als Druckmittel den Parteien gegenüber anwenden können.

Kurzum, Wagner war bereit, den vollen Preis für einen Eintritt in die Parteipolitik zu zahlen. Eulenburg warf ihm daraufhin „Sophisterei" vor. Seiner Meinung nach ließ Wagners Deutung der Überparteilichkeitsidee weniger Spielraum, als es sich der Bundeskanzler vorstellte. Vielmehr müsse sie, „folgerichtig zu Ende gedacht, naturnotwendig zur Stahlhelm-Partei führen. Dieses aber ist der Tod des Bundes. Quod erat demonstrandum!" So kam in dieser Auseinandersetzung die Wurzel des Dilemmas zum Vorschein. Denn nie war es möglich gewesen, eine gradlinige Politik zu entwickeln. Immer hatte man an den Problemen vorbeidiskutiert, bis man im Februar und März 1932 schließlich in eine Zwangslage gebracht worden war. Die Bundesführung hatte sich in ihrem Netz wider-

[1]) *Ibid., Eulenburg an Wagner*, 19. 4. 1932. Bruch, der allgemein die Probleme sehr genau erkannt hatte, drückte sich zu diesem Punkte folgendermaßen aus: „Da der Stahlhelm sich all die Jahre hindurch politisch national, aber parteipolitisch vollständig neutral gehalten hat, war es natürlich, daß sich die Kameraden parteipolitisch orientierten und zu der Partei stießen, die ihnen in ihrem Programm am besten zusagte. In dem Augenblick, in dem der Stahlhelm nun Duesterberg herausstellte, mußten alle Kameraden, die nicht deutschnational eingestellt waren, in innere Konflikte kommen..." BA Koblenz (A 02), 16, *Bruch an Friese*, 27. 3. 1932.

[2]) Genau diese innere Vorbereitung hatte die Bundesführung aber durchzuführen versäumt, was ihr Bruch nun zum Vorwurf machte: „Meines Erachtens gibt es für den Stahlhelm hier nur zwei Wege, entweder der Bund kehrt auf die überparteiliche Linie zurück, überläßt es also seinen Kameraden, sich parteipolitisch zu orientieren, oder aber der Bund begibt sich klar und eindeutig auf die Linie der DNVP. Der Bund wird dann natürlich alle Kameraden verlieren, die nationalsozialistisch eingestellt sind, die er ja auch verlieren wird, wenigstens auf die Dauer der Zeit, wenn er bei jeder wichtigen Angelegenheit Stellung gegen diese Partei nehmen muß... Richtig wäre es in diesem Falle natürlich, wenn der Bund vor Jahren diese Aktion durchgeführt hätte, dann wären vielen Kameraden die inneren Konflikte erspart worden, da sie sich längst auf die Linie des ‚Stahlhelm' eingestellt hätten..." *Ibid.*

sprüchlicher Verbindungen verfangen und konnte sich aus ihm nur befreien, indem sie alle politischen Fäden rücksichtslos durchschnitt.

Der Briefwechsel zwischen Wagner und Eulenburg behandelte Fragen, die im Frühjahr 1932 von allen Stahlhelmführern debattiert wurden. Inzwischen lief der Kampf um den zweiten Wahlgang an, und da man sich im März bereits geschlagen gegeben hatte, mußte der Vorstand nun von den Präsidentenwahlen ablenken. Die nachfolgenden Wahlen für den Preußischen Landtag, so trommelte die Stahlhelmpresse, seien die entscheidenden[1]), was die Bundesführung nicht daran hinderte, eine Direktive für den zweiten Wahlgang herauszugeben. Sie war ein geradezu klassischer Ausdruck der allgemeinen geistigen Verwirrung. Denn in ihr wurden die Mitglieder einerseits angewiesen, ihre Pflicht als Staatsbürger zu erfüllen, andererseits aber warnte man sie davor, ihre Stimme für das „System" oder für eine „Parteidiktatur" abzugeben[2]). Der einfache Stahlhelmer wußte verständlicherweise mit diesem Ratschlag wenig anzufangen. Die Mehrheit von ihnen folgte dem ersten Teil der Empfehlung und stimmte dann für Hindenburg oder Hitler[3]).

Da Duesterberg nicht mehr kandidierte, wäre nunmehr die Frage zu untersuchen, für welchen der beiden Kandidaten die einstigen Duesterberg-Wähler stimmten. Zu diesem Zwecke wurden fünf Wahlkreise ausgewählt, in denen der Stahlhelm gut organisiert war, so daß die Gesamtzahl der Duesterberg-Stimmen vermutlich einen hohen Prozentsatz an Stimmen von Stahlhelmern und ihrer Angehörigen enthielt[4]). Hierbei ergab sich folgendes Bild:

(in tausenden)	Ostpreußen	Potsdam I	Pommern	Magdeburg	Merseburg
Winter	— 2	— 3	— 3	— 2	— 2
Thälmann . . .	— 31	— 47	— 30	— 26	— 37
Duesterberg . .	—134	—133	—198	— 99	—104
Hindenburg . .	+ 37	+ 30	+ 35	+ 20	+ 18
Hitler	+ 91	+109	+119	+ 62	+ 79

Die Schlüsse, die aus diesen Zahlen gezogen werden können[5]), werden durch die

[1]) *Krz. Ztg.*, 31. 3. 1932, S. 5; *Jg. Nat.*, 24. 3. 1932, S. 1—2.

[2]) BA Koblenz (A 02), 16, *Bruch an Friese*, 27. 3. 1932.

[3]) Siehe auch die freimütige Kritik Bruchs *(ibid)*, der die Alternativen für die einfachen Mitglieder sehr treffend darstellt und überhaupt einen klareren Blick für die Lage gehabt zu haben scheint als z. B. der Bundeskanzler.

[4]) Weiterhin handelt es sich um Wahlkreise von verschiedener Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur. Die Zahlen stellen die Verluste bzw. Gewinne der einzelnen Kandidaten im Vergleich zum ersten Wahlgang dar. Wo nötig, wurden die Werte aufgerundet.

[5]) Obwohl in allen Distrikten die Summe der Gewinne im Vergleich zum Potential kleiner ist und somit auf Enthaltungen hinweist (siehe besonders Merseburg), sind die Gewinne Hitlers gegenüber denen Hindenburgs 2½ (Ostpreußen) bis über 4mal (Merseburg) so groß. Da nun die ehemaligen Duesterberg-Wähler das größte Reservoir darstellten, muß aus den jeweiligen Zugängen für die Kandidaten des zweiten Wahlgangs geschlossen werden, daß weitaus mehr Duesterberg-Wähler für Hitler als für Hindenburg stimmten. Selbst wenn man einmal annimmt, daß manche Wähler Thälmanns zu Hitler übergingen, so würden ihre Zahlen immer noch nicht

Akten bestätigt. Schon im ersten Wahlgang hatte Bruch die Beobachtung gemacht, daß viele seiner Kameraden das innere Gleichgewicht verloren hatten[1]). Beim zweiten Wahlgang war es dann völlig darum geschehen. Zählt man daher zu den obigen Zahlen noch die Stimmen jener Mitglieder hinzu, die bereits im ersten Wahlgang für den „Führer" stimmten und ihre Haltung im zweiten kaum geändert haben dürften, so waren die Einbrüche der Nationalsozialisten in den Stahlhelm beachtlich. Auf der anderen Seite trifft es zu, daß für Hindenburg stimmende Duesterberg-Wähler dem Feldmarschall den Sieg zu sichern halfen. Sieht man darin ein so großes Verdienst, wie Duesterberg später daraus gemacht hat[2]), dann sollte aber nicht übersehen werden, daß allenfalls ein Drittel der Mitglieder Hindenburg ihre Unterstützung gaben. Die Mehrheit wollte Hitler als Staatsoberhaupt sehen.

Einer der Gründe für die Absage an den Feldmarschall wurde durch Fritjof von Hammerstein gegeben[3]). Der Stahlhelm, so erklärte er, habe immer die Behauptung der Nationalsozialisten zurückgewiesen, er sei nichts weiter als ein Werkzeug Hindenburgs, des Repräsentanten des „Systems". „Nun dürfen wir ihnen nicht scheinbar Recht geben. Ich meine deshalb, wir müssen Hitler wählen. Ich *werde* Hitler wählen." Er verneinte zwar, daß dies einem Bekenntnis zum Nationalsozialismus gleichkomme, da der Stahlhelm von der NSDAP „doch erheblich" verschieden sei. Aber „wenn wir im Wahlkampf auch frei sind, so darf doch nicht gegen nat[ionale] Parteien agitiert werden. Im Gegenteil, wir wollen doch immer des einigenden Zieles eingedenk bleiben[4])."

Diese Erklärungen hatte Hammerstein, wie er sagte, besonders an diejenigen Kameraden richten wollen, die durch die zweideutige Anweisung der Bundesführung („Keine Stimme dem System! Keine Stimme einer Parteidiktatur!") beunruhigt worden waren. Es war dadurch nämlich der Eindruck entstanden, daß die Parole eine Empfehlung zur Stimmenthaltung sei. Um diesen Eindruck zu berichtigen, hatte Hammerstein öffentlich seine Stimme für Hitler abgegeben. Sein Vorgesetzter andererseits hielt gerade eine Stimmenthaltung für das „Beste"[5]). Freilich, auch für ihn kam eine Stimmabgabe für Hindenburg ebenso-

---

den hohen Vorsprung Hitlers gegenüber Hindenburg erklären. So reizvoll es wäre, die Ergebnisse weiter auszuwerten, angesichts verschiedener Imponderabilien, wie etwa das ungewisse Wahlverhalten der von Thälmann abgesprungenen Wähler oder die unbekannte Zahl der erst im zweiten Wahlgang aktivierten Stimmen, scheint nur der Schluß zulässig, daß sich die große Mehrheit der Duesterberg-Wähler für Hitler entschied, während sich einige wenige enthielten.

[1]) BA Koblenz (A 02), 16, *Bruch an Friese*, 27. 3. 1932.

[2]) „Als ich zu diesem meine etwa 3 Millionen [sic] Wähler dann aufforderte, Hindenburg und nicht Hitler zu wählen, wurde unsere Gegnerschaft Todfeindschaft. Ich zerschlug durch meine Aufforderung [?] Hitlers heißen Plan, gewählter Reichspräsident zu werden." Th. Duesterberg (B 045), S. 34.

[3]) BA Koblenz (A 02), 2, *Handnotizen Hammersteins „2. Wahlgang Reichspräs.-Wahl"*, o. D.

[4]) *Ibid.*

[5]) *Ibid.*, 5, *„Stichworte für Vortrag des [niedersächsischen] Landesführers am 3. April 1932"*, o. D.

wenig in Frage wie für Hammerstein. Es war daher ganz logisch, daß viele Stahlhelmer sich entweder der Stimme enthielten oder aber den „Führer" wählten. „Bei der zweiten Präsidentenwahl sind wohl die meisten Duesterbergwähler bei Hitler gelandet . . . Auf das stärkste Pferd wird gesetzt. Schönheitsfehler werden in Kauf genommen[1])."

4. Der Stahlhelm verläßt das politische Schlachtfeld

Alle Stahlhelmer waren froh, als am 10. April der zweite Wahlgang vorüber war. Hindenburg erhielt 53 % der Stimmen und wurde erneut Präsident des Reiches. Etwa 13 Millionen Deutsche dagegen hatten sich an den Wahlurnen für Hitler entschieden. Auch unter den Frontsoldaten war der Sog der NSDAP sehr stark geworden. Viele von ihnen hielten ihre nationalsozialistischen Neigungen jetzt für unvereinbar mit der Politik des Stahlhelms. Sowohl nach dem ersten als auch nach dem zweiten Wahlgang erklärten eine ganze Reihe von ihnen ihren Austritt aus dem Bund[2]). Für Seldte und Duesterberg genügte diese Entdeckung allein schon, um sie zu Versöhnungsangeboten an Hitler zu treiben. Ihr Wunsch war es, die Wahlen für den Preußischen Landtag möglichst auf einer Harzburger Basis durchzufechten. Doch hatte schon vor dem zweiten Wahlgang Hitlers Verhalten gegenüber dem Stahlhelm zu keinen großen Hoffnungen in dieser Richtung Anlaß gegeben[3]). Trotzdem versuchte es die Bundesführung nach dem 10. April noch einmal.

Eine Woche nach den Präsidentenwahlen schrieb Wagner an den bayerischen Landesführer[4]):

> In bezug auf die erneute Zusammenfassung der Nationalen Opposition sind gewisse Schritte, natürlich in allervorsichtigster Form, eingeleitet. Die Bundesführer sind mit mir der Ansicht, daß ein derartiger Versuch nur von Erfolg begleitet sein kann, wenn jeder einzelne Schritt sehr sorgfältig überlegt und gesichert wird und die Parlamentswahlen, bei denen sich die Parteien naturnotwendig um die Wähler raufen müssen, erst vorüber sind. Dann wird der Stahlhelm trotz aller trüben Erfahrungen mit derartigen Versuchen erneut an die Aufgabe der Sammlung einer echten Nationalen Opposition herangehen.

Tags darauf tastete sich der Bund zu Hitler vor. Der „Führer" war diesmal verhandlungsbereiter, freilich nicht aus altruistischen Gründen. Ihm machte in diesen Tagen das am 13. April verhängte SA-Verbot Sorgen[5]), und die Frontsoldaten zeigten sofort Verständnis[6]). Darüber hinaus hoffte Hitler, in Preußen bisherige Wähler der bürgerlichen Parteien für sich zu gewinnen, und Harzburger

[1]) Bay.KrA. München (A 01), 4, *Kaltenegger an die Landesführung*, 12. 4. 1932.

[2]) BA Koblenz (A 02), 16, *Bruch an Friese*, 27. 3. 1932.

[3]) Wie Duesterberg in einer Rede in Halle bedauernd feststellte. *Der Sta.*, 3. 4. 1932, S. 5.

[4]) Bay.KrA. München (A 01), 85, *Wagner an Lenz*, 16. 4. 1932.

[5]) Einzelheiten dazu bei K. D. Bracher (B 012), S. 482 f.

[6]) „Fort mit dem SA-Verbot" in *Krz. Ztg.*, 20. 4. 1932, S. 3.

Parolen konnten ihm dabei nur behilflich sein. Als Schmidt-Hannover und ein Mitglied der Bundesführung am 18. April in einer Rede bei Cuxhaven daher dem Wunsche Ausdruck gaben, die Harzburger Front zu festigen[1]), konnte Hitler dem nur zustimmen.

Daneben richtete sich die Aufmerksamkeit des Vorstandes auch mehr und mehr auf Hindenburg. Seitens des Stahlhelms bestanden kaum irgendwelche Hindernisse für eine Versöhnung. Gegen den Bruch vom 14. Februar hatte man von Anfang an schwere Bedenken gehabt, da die Bundesführung „die politische Bedeutung der Ehrenmitgliedschaft Hindenburgs in unserer politischen Schutzlosigkeit" sehr wohl erkannte[2]). Aus diesem Grunde hoffte man sehr, „daß die noch bestehende Verstimmung des Herrn Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls gegen den Stahlhelm durch Maßnahmen der Stahlhelmführung beseitigt werden kann . . .[3])" In der ersten Zeit war die Verbitterung Hindenburgs allerdings recht groß gewesen. Er hatte für die Politik seiner einstigen Kameraden kein Verständnis und meinte, daß die Aufstellung Duesterbergs das frühere Treueverhältnis untergraben habe.

Dieser Enttäuschung hatte der Präsident Ende Februar 1932 des längeren in einem vertraulichen Schreiben an einige Bekannte Luft gemacht[4]). Darin hob er zunächst seine Treue gegenüber den Frontsoldaten hervor, mit denen er immer „kameradschaftliche und persönliche Fühlung" gehalten habe. Er habe sich auch geweigert, „die Ehrenmitgliedschaft beim Stahlhelm niederzulegen, als mir dies seinerzeit regierungsseitig aus politischen Gründen nahegelegt wurde". Weiterhin habe er es „als Selbstverständlichkeit angesehen", in der Langenberg-Affäre seinen ganzen Einfluß für den Bund geltend zu machen. Schließlich schrieb der Präsident sogar, daß der Stahlhelm längst verboten worden wäre, hätte er 1925 nicht die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Seit dem Februar, so schloß er, vermöge er nicht mehr, den Gedankengängen der Stahlhelmleitung zu folgen,

> die einerseits in Veröffentlichungen behauptet, mir die Treue zu halten, sich andererseits aber im Wahlkampf gegen mich stellt und dies auch noch ganz besonders dadurch zum Ausdruck bringt, daß sie zusammen mit der Deutschnationalen Volkspartei den 2. Bundesführer des „Stahlhelm" als Gegenkandidaten präsentiert, dabei behauptend — ausgerechnet gegen mich — den schwarzweißroten Gedanken vertreten zu müssen. Sie können es daher wohl verstehen, daß das jetzige Verhalten

[1]) *Ibid.*, S. 5. Siehe auch Seldtes Erklärung (*ibid.*, 24. 4. 1932, S. 1): „Wir kämpfen um die nationale Opposition, in der wir das Volksbegehren gegen den Young-Plan und in der wir vom Stahlhelm aus die Auflösung des preußischen Landtages durch unser preußisches Volksbegehren forderten und damit vorbeugen wollten der babylonischen Verwirrung der Gemüter und der Verkämpftheit der Fronten, die wir voraussahen, die wir abwenden wollten und die wir jetzt haben."

[2]) DZA Potsdam (A 19), 2089 alt, fol. 5, *Führerbrief*, 25. 4. 1932.

[3]) BA Koblenz (A 17), 26, *Ausfeld an Schleicher*, 2. 4. 1932.

[4]) DZA Potsdam (A 20), 21, fol. 78—91, *Hindenburg an Mackensen (Entwurf)*, 25. 2. 1932. Mit verschiedenen Einleitungen und Schlußformeln ging das Schreiben an die anderen Bekannten. Eine Abschrift ist erhalten in BA Koblenz (A 17), 30.

des Stahlhelm mir gegenüber nur Verbitterung bei mir auslösen muß. Jedenfalls hat es mit meiner Auffassung über den Begriff „Treue" nichts gemein[1]).

Aus anderen Teilen des Briefes geht noch deutlicher hervor, wie zerrissen Hindenburg war, wie reserviert er der Republik gegenüberstand und wie wenig es ihm behagte, als ein Vertreter des „Systems" angesehen zu werden. Zwar zollte der Feldmarschall seinem Reichskanzler Anerkennung, aber er bestätigte gleichzeitig auch seine Haltung während der vorangegangenen Wochen. Denn, so meinte er, „trotz dieser menschlichen Hochachtung und politischen Anerkennung hätte ich mich auch von Brüning getrennt und wäre bereit gewesen, eine andere, nach rechts verlagerte Regierung zu bilden, *wenn* eine solche Umbildung mit Aussicht auf Erfolg möglich gewesen wäre". Auf Grund der maßlosen Forderungen Hitlers und Hugenbergs und auf Grund ihrer Unfähigkeit, sich zu einigen, sei eine Rechtsverlagerung aber verhindert worden. Damit, so fuhr er fort, sei die Harzburger Front eine „Fiktion" geworden, wenn sie überhaupt jemals bestanden habe. So sei der „Nationalen Opposition" die Schuld an dem Debakel der letzten Monate zu geben. Ihm jedenfalls könne man nicht vorwerfen, die Bildung einer Rechtskoalition verhindert zu haben. Doch „trotz aller Nackenschläge werde ich dennoch meine Bemühungen um eine gesunde Entwicklung nach rechts nicht einstellen, in der Hoffnung, daß es nötig sein wird, nach den Preußenwahlen, die unbedingt spätestens im Mai stattfinden *müssen*, neue Verhandlungen zur Bildung einer Konzentrationsregierung aufzunehmen".

Seine Bereitschaft zu einer Aussöhnung mit der Rechten hätte Hindenburg kaum deutlicher zeigen können als mit diesem Schlußsatz[2]). Die „Nationale Opposition" und besonders der Stahlhelm sahen in einer Ausnutzung der Schwächen des Präsidenten ihre Chance. Anfang März spielte Schleicher der Bundesführung Hindenburgs Brief vom 25. Februar zu[3]). Er entsprach damit einer schriftlichen Bitte Otto Kroegers, der mit den Geständnissen des Feldmarschalls „im G. H. Qu. des Stahlhelm im Laufe der Woche ... noch allerlei Gutes im Sinne unserer Auffassung tuen zu können" glaubte[4]). Auf diese Weise erfuhren Seldte und Duesterberg noch vor Beendigung des ersten Wahlgangs von Hindenburgs geheimsten Wünschen. Es wurde ihnen leicht, bei ihrer erneuten Kontaktnahme mit ihm den richtigen Ton zu finden. Als dann Ende April das Versöhnungswerk vollbracht war, konnte sich der Präsident einen weiteren Grund aufzählen, weshalb die Entlassung Brünings unumgänglich schien.

Allerdings entwickelte sich ein Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidentenbüro und dem Bundesamt erst nach dem ersten Wahlgang. Hindenburg fühlte sich in einer starken Verhandlungsposition und verlangte daher als ersten Schritt

[1]) *Ibid.*

[2]) Siehe auch DZA Potsdam (A 20), 21, fol. 213—16, *Hindenburg an Oldenburg-Januschau*, 22. 2. 1932; *ibid.*, 30, fol. 144—45, *Meissner an Hoppmann*, 21. 3. 1932.

[3]) BA Koblenz (A 17), 78, *Schleicher an Kroeger*, 7. 3. 1932.

[4]) *Ibid.*, *Kroeger an Schleicher*, 6. 3. 1932.

die Einstellung aller Disziplinarverfahren gegen Stahlhelmer, die ihm an der Urne die Treue gehalten hatten[1]). Die Bundesführung gehorchte. Duesterberg bat die Gauführer schriftlich, Hindenburg-Wähler nicht aus dem Bund auszustoßen[2]). Er habe, so erklärte er, Verständnis für diese Mitglieder und verzeihe ihnen ihre Untreue ihm gegenüber. Die Bundeszeitung fügte hinzu[3]): „Der Kampf geht wie bisher nicht gegen, sondern um Hindenburg, und wenn er bereit ist, unter die Auseinandersetzungen der letzten Zeit einen Strich zu ziehen — wir sind es auch." Man hatte das zentrale Problem in den Wochen vor dem Sturz des Reichskanzlers also durchaus erkannt. Allerdings ist der Kampf um Hindenburg weniger heftig gewesen als bisher angenommen wurde. Darauf weist nicht nur Hindenburgs Haltung während der kritischen Februartage hin, sondern auch die ruhige Reaktion des Bundes auf das SA-Verbot. Denn ohne vorherige Versicherungen, daß die Frontsoldaten nicht bedroht seien, hätte die *Kreuz-Zeitung* nicht so selbstbewußt schreiben können, daß „selbstverständlich kein Verbot des Stahlhelm" geplant sei[4]). Man brauchte, so hieß es weiter, von den längst herumschwirrenden Verbotsgerüchten deswegen keine Notiz zu nehmen, „da uns niemals auch nur der leiseste Gedanke gekommen ist, daß von den zuständigen Stellen ein Verbot des Stahlhelm geplant sein könnte". Es scheint, daß entweder Hindenburg oder eine andere Schlüsselfigur in den kommenden Ereignissen, nämlich Schleicher, es gewesen ist, der dem Bund diese Selbstsicherheit gab.

Um zu verstehen, warum Schleicher sich im Frühjahr 1932 wieder mit Stahlhelm-Vertretern traf und daher als Informant in Frage kam, müssen wir einen kurzen Rückblick tun. Die Vereinigung des Reichswehr- und des Innenministeriums unter Groener im Herbst 1931 war, wie erwähnt, kein Zufall gewesen. Die Armee hoffte dadurch u. a. ihre Wehrsportpläne vorwärtsbringen zu können. Doch leider hatte diese Personalunion auch ihre Schattenseiten. Groener wurde jetzt plötzlich zwischen die gegensätzlichen Planungen seiner beiden Ministerien geworfen. Die Reichswehr einerseits wollte die Bedrohung des Staates durch die Wehrverbände in einer staatlichen Sportorganisation entschärfen; die Polizei andererseits verlangte, daß gegen alle Privatarmeen mit Verboten vorgegangen werde. Im Dezember 1931 hatte Groener bereits einen Einblick in die potentiellen Ausmaße eines Konfliktes dieser beiden strategischen Konzepte erhalten: das Uniform- und Abzeichenverbot war mit den Wehrsportplänen unvereinbar. In den ersten Monaten des Jahres 1932 spitzte sich der Konflikt weiter zu. Wachsen-

[1]) *Der Sta.*, 10. 4. 1932, S. 4. Interessanterweise wurden derartige Verfahren offenbar nicht gegen Hitler-Wähler eingeleitet.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 69 alt, fol. 245, *Duesterberg an die Gauführer*, 1. 4. 1932; *Der Sta.*, 17. 4. 1932, S. 2; Bay.KrA. München (A 01), 137, *Lenz an die Gauführer*, 25. 4. 1932. Es wurde sogar zugegeben, daß diese Amnestie für Hindenburg-Wähler bei den darauf einsetzenden Verhandlungen mit Hindenburg sehr vorteilhaft gewesen sei. DZA Potsdam (A 19), 2089 alt, fol. 5, *Führerbrief*, 25. 4. 1932.

[3]) *Der Sta.*, 17. 4. 1932, S. 2.

[4]) *Krz. Ztg.*, 16. 4. 1932, S. 1.

der Radikalismus und Nachrichten, die auf die verfassungswidrigen Bestrebungen der SA hindeuteten, schienen den Vertretern einer Verbotspolitik recht zu geben[1]). Besonders seitens der Länderregierungen wurde immer lauter eine Zurückstellung der Wehrsportpläne gefordert[2]).

Groeners Besprechungen mit den betroffenen Behörden führten Anfang April schließlich zu dem Entschluß, wenigstens gegen die SA vorzugehen. Aber schon am Tage nach dieser Entscheidung vom 8. April machte sich bei Schleicher ein Meinungsumschwung bemerkbar. Bis zum 13. April versuchte er sodann, das Verbot hinauszuzögern, wenn nicht gar ganz zu verhindern. Als dies fehlschlug, wurde er zu einem der entschiedensten Gegner der Verbotspolitik. Von nun an schmiedete er seine eigenen Pläne, um seine Wehrsportorganisation doch noch zu wirklichem Leben zu bringen. Dabei mußte ihm klar sein, daß seine Pläne nur durchzuführen waren, wenn er Groener, seinem Vorgesetzten und Freund, und Brüning, „seinem" Kanzler in den Rücken fiel.

Die Entwicklungen innerhalb des Stahlhelms kamen Schleicher bei seinem Vorhaben offensichtlich zu Hilfe. Er war auf der Suche nach Verbündeten zu genau dem Zeitpunkt, da die Debatte um die zukünftige Rolle des Bundes in der Politik im Vorstand in ihr Endstadium getreten war. Je mehr sich dort die „Soldaten" gegenüber den „Politikern" durchsetzten, desto sehnsüchtiger erwartete jetzt die Bundesführung das Ende der Preußischen Landtagswahlen. Danach würden alle Enttäuschungen vorüber sein. Schon zehn Tage vor den Wahlen veröffentlichte die *Kreuz-Zeitung* eine Einladung an alle Stahlhelmführer zu einer Tagung in Magdeburg am 4. und 5. Mai[3]). Dort sollten sie neue Richtlinien empfangen. Gleichzeitig veröffentlichte das Blatt auch die Themen der vorgesehenen programmatischen Reden der Vorstandsmitglieder. Zunächst wollte sich Seldte über die Frage „Unser eigener Weg" verbreiten; Wagner würde sodann über „Stahlhelmgeist im Kampf um den Staat" und Duesterberg über „Die ewige Soldatenaufgabe des Stahlhelm" sprechen, womit schon ziemlich genau gesagt war, was sich Anfang Mai in Magdeburg abspielen würde.

Als Ende April das Ergebnis der Landtagswahlen vorlag, zeigte es sich sofort, daß die Themen für die Führertagung nicht geändert zu werden brauchten: Hugenbergs Niederlage war allzu offensichtlich; mochte die Stahlhelmpresse das Resultat auch noch so reserviert kommentieren[4]), die Würfel waren längst zugunsten jener Stahlhelmer gefallen, die einen Eintritt des Bundes in die Parteipolitik abgelehnt hatten. Zwei Tage nach den Wahlen übersandte Lenz dem Bundesamt eine Reihe von Anträgen für die Vorstandssitzung am 4. Mai[5]). Der erste und wichtigste unter ihnen lautete: „Wiedergewinnung der Überparteilich-

[1]) Einzelheiten dazu bei K. D. Bracher (B 012), S. 481 ff.

[2]) Siehe Th. Vogelsang (B 203), S. 165 ff.

[3]) *Krz. Ztg.*, 15. 4. 1932, S. 2.

[4]) *Ibid.*, 26. 4. 1932, S. 1.

[5]) Bay.KrA. München (A 01), 85, *Lenz an Bundesamt*, 26. 4. 1932.

keit des Stahlhelm und Lösung der Bindungen mit politischen Parteien, die während des Wahlkampfes eingegangen wurden." In der Presse wurde jetzt verstärkt der Boden für die große Wende des Bundes aufbereitet, durch die er während der letzten Phase seiner Geschichte ganz in Anspruch genommen wurde und mit der er als politischer Faktor verkümmerte. Anfang Mai veröffentlichte Mahnken in der Bundeszeitung einen Artikel unter dem Titel „Alte Aufgaben — Neue Wege[1])". Der Stahlhelm, so schrieb er, wolle zwar nicht völlig unpolitisch werden, aber die „eigentliche Arbeit" des Bundes werde in der Zukunft auf dem Gebiet des Grenzschutzes, der Wehrerziehung und des freiwilligen Arbeitsdienstes zu leisten sein. Wilhelm Kleinau verglich den Stahlhelm an anderer Stelle mit den Freikorps der ersten Nachkriegsjahre und schloß seine Überlegungen unter Bezugnahme auf den parteipolitischen Ärger der letzten Monate[2]): „Der Stahlhelm hat auch diese, vielleicht schwerste Zerreißprobe bestanden. Er steht heute klarer noch als je zuvor frei von jeder Parteibindung ..."

Am 4. Mai versammelten sich schließlich mehrere tausend Stahlhelmführer in Magdeburg, an der Wiege des Bundes. Sie suchten nach den Idealen von 1919, und Seldte legte erneut einen feierlichen Eid auf die alte Reichskriegsflagge und das schwarzweißrote Soldatentum ab[3]). Martin Hauffe sprach — „humorig-derb, bewußt kommissig" — über die Pflichten des Ortsgruppenführers[4]). Dreizehn Jahre zuvor hätten sich seine Worte kaum anders angehört. Duesterberg bemühte sich sodann, die Erinnerungen an die Gründungsjahre noch lebhafter wachzurufen[5]). Er pries die Taten des Bundes in der ersten Nachkriegszeit und forderte schließlich wie üblich die Erhaltung und Verbreitung des Frontgeistes, Wehrertüchtigung und militärische Gleichberechtigung. Wagner tat endlich den Blick in die Zukunft und vermittelte seinen Zuhörern seine Visionen von einem Großdeutschen Reich[6]). Er deutete besonders auf eine Aufgabe des Stahlhelms, die Sicherung der Ostgrenze, hin und nahm abschließend die zukünftige Entwicklung des gesamten osteuropäischen Raumes in seinen kühnen Griff[7]).

---

[1]) *Der Sta.*, 1. 5. 1932, S. 2.

[2]) *Ibid.*, 8. 5. 1932, S. 1.

[3]) *Krz. Ztg.*, 7. 5. 1932, S. 1.

[4]) *Ibid.*

[5]) *Der Sta.*, 15. 5. 1932, S. 3; *Jg. Nat.*, 12. 5. 1932, S. 2.

[6]) *Krz. Ztg.*, 7. 5. 1932, S. 7.

[7]) „Die Aufgabe wird beginnen mit der Sicherung unserer zerrissenen und bedrohten Ostgrenzen gegen die angriffs- und eroberungslüsterne polnische Macht. Sie wird durchgeführt werden mit einem neuen, raumpolitischen Zusammenschluß des deutschen Ostens, und sie wird ihre Krönung finden in einer neuen, staatspolitischen Aufgliederung des ganzen Raumes zwischen Deutschland und der eigentlichen Grenze Rußlands unter deutscher Leitung in einer neuen übernationalen Auffassung des Reichsgedankens, zum Segen all der kleinen, allein auf die Dauer nicht lebensfähigen Staaten und Nationen, zu Nutz und Frommen aber auch dem eigenen Volkstum, das in diesen Räumen neue Aufgaben und neue Arbeit finden wird." *Ibid.*

Einer der Höhepunkte des Treffens war eine Rede Seldtes, in der er unter anderem die Entscheidungen der Bundesführung während der letzten Monate zu rechtfertigen suchte[1]). Er beendete seine Ausführungen mit den Worten: „Ich stelle ausdrücklich fest, daß der Stahlhelm vollkommen frei und unabhängig in seinen Handlungen, in seinem Gebaren und in seiner Organisation auf jedem Gebiete dasteht." So fand der verunglückte Auftritt der Frontsoldaten auf der Bühne der Parteipolitik sein Ende. Als die Republik weniger als vier Wochen später in das „Machtvakuum[2])" eintrat, hatte der Stahlhelm sich bereits auf den Beobachterposten zurückgezogen und widmete sich der Wehrertüchtigung und dem Arbeitsdienst.

Diese neuen Ziele der Stahlhelmpolitik entsprachen Schleichers Wünschen nach einer starken Armee, die das Reich nach außen hin schützte und nach innen hin einem autoritären Präsidialregime diente[3]). Die Schlüsselposition der Reichswehr sollte durch die Einbeziehung der Wehrverbände gestärkt werden. Diese Pläne aber hatte Groener nach Meinung Schleichers mit seinem SA-Verbot zunichte gemacht[4]). Schleicher beschloß daher, gegen den Kanzler und seinen Reichswehrminister vorzugehen und ohne Rücksicht auf seine Freundschaft zu Groener die letzte verfassungstreue Regierung der Weimarer Republik zu opfern. Ob er aus seinem nachfolgenden Vabanquespiel mit den totalitären Gegnern dieser Republik als Sieger hervorgehen würde, blieb freilich eine offene Frage, und sein gut entwickeltes Selbstvertrauen verhinderte, daß sie ihm überhaupt in den Sinn kam.

Nach 1945 schrieb Duesterberg, daß Brüning, „der menschlich-anständige, bewährte, alte Frontsoldat", das Opfer noch zu klärender Intrigen geworden sei[5]). Seine Empörung darüber scheint aber auf Gedächtnislücken zu beruhen. Zwar gibt es keine Beweise dafür, daß Duesterberg am Sturz Brünings einen persönlichen Anteil hatte. Aber es gab wohl niemanden in der Bundesführung, der den Kanzler noch für tragbar hielt. Jedenfalls forderte die Stahlhelmpresse laut und offen seine Entlassung und es wird Duesterberg schwerlich entgangen sein, daß einige seiner Kameraden außerdem mit in den Kampf um Hindenburg und seine verfassungsmäßigen Rechte auftraten[6]).

Die Gegnerschaft der Frontsoldaten gegenüber Brüning war also ganz gewiß kein Geheimnis. *Der Stahlhelm* zum Beispiel kündigte kurz nach den Preußen-

---

[1]) *Ibid.*, S. 5.

[2]) K. D. Bracher (B 012), S. 527.

[3]) Werner Conze, „Zum Sturz Brünings" (B 022), S. 270—71.

[4]) K. D. Bracher (B 012), S. 498. Mit seiner Strategie hoffte Schleicher auch die NSDAP „zähmen" zu können.

[5]) Th. Duesterberg (B 045), S. 35. Eine Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse zum Sturz Brünings wird gegeben von Th. Vogelsang (B 203), S. 192 ff.

[6]) Darüber hinaus war er einige Monate zuvor zweifellos selber noch für eine Übernahme der Reichskanzlerschaft durch Seldte. Siehe oben S. 215.

wahlen an, daß sich die Offensive der „Nationalen Opposition" nun wieder gegen die Reichsregierung richten werde[1]). Unverblümt wurde im gleichen Atemzug ein „Kurswechsel im Reich" gefordert. Deutlicher war die *Kreuz-Zeitung*[2]). Sie gab Brüning nur noch eine sehr geringe Chance und meinte, daß doch auch er über die Lebensfähigkeit seines Kabinetts keine Illusionen haben könnte. Für den Fall, daß er aber dennoch Illusionen hegte, wurde folgende Lösung vorgeschlagen: „Gelingt für Preußen nicht die Bildung einer Regierung auf nationaler Grundlage ... gelingt es nicht, über Preußen auch im Reiche die Voraussetzung für eine Politik im Sinne der nationalen Opposition zu schaffen, dann wird diese ihren Kampf eben fortsetzen, den Kurswechsel, der uns allein noch helfen kann, auf andere Weise erzwingen müssen." Plante Schleicher nicht auch einen Kurswechsel „auf andere Weise"?

Neben solchen Presseerklärungen, die auf Lücken in Duesterbergs späterer Darstellung hinweisen, muß noch das Tun gewisser Stahlhelmführer erwähnt werden. Leider fließen die Quellen zu diesem Kapitel der Bundespolitik nur spärlich, und noch lebende Zeugen haben bedauerlicherweise ungenaue Erinnerungen. Gleichwohl ist es keine Übertreibung festzustellen, daß der Stahlhelm an der Peripherie jener außerverfassungsmäßigen Kräfte auftauchte, die für die Entlassung Brünings letztlich verantwortlich zu machen sind.

Bereits im März 1932 hatte Seldte mit Schleicher eine Unterredung gehabt, die mit den während der Vorstandssitzung am 19./20. März angeschnittenen Fragen in Zusammenhang gestanden zu haben scheint. Jedenfalls bestimmte Seldte im Anschluß an diese Besprechung Ausfeld zu seinem Verbindungsmann zu Schleicher[3]). Danach blieb der Erste Bundesführer bis Ende Mai hinter den Kulissen aktiv. Ende April trat Schleicher mit der „Nationalen Opposition" in engeren Kontakt[4]). Er war auf der Suche nach neuen Kabinettsmitgliedern, und als am 6. Mai Brünings Wirtschaftsminister Hermann Warmbold zurücktrat, war der Stahlhelm gleich zur Stelle. Dr. Lübbert wurde nach eigener Aussage Schleicher erneut als Ersatzmann angeboten[5]). Aber der General lehnte ihn ab, vermutlich aus Gründen, die auch bei seiner früheren Absage bestimmend gewesen waren[6]).

Ungefähr eine Woche später bat Groener den Kanzler, ihn des Reichswehrministeriums zu entbinden. Wieder witterten Stahlhelmer ihre Chance. Während Seldte sich auf die Übersendung einer Postkarte mit Pfingstgrüßen an Schleicher

[1]) *Der Sta.*, 1. 5. 1932, S. 1.

[2]) *Krz. Ztg.*, 1. 5. 1932, S. 1—2.

[3]) BA Koblenz (A 17), 26, *Ausfeld an Schleicher*, 2. 4. 1932.

[4]) Th. Vogelsang (B 203), S. 188 ff.

[5]) *Lübbert an den Verfasser*, 27. 12. 1962.

[6]) Siehe oben S. 164. Dr. Lübbert meinte dazu, Schleicher habe ihn für „zu 100%ig" gehalten, *Dr. Lübbert an den Verfasser, 27. 12. 1962.*

beschränkte[1]), bot sich Stephani mit folgender Begründung als Groeners Nachfolger an[2]):

> Der Rücktritt Groeners ist nun wohl schneller erfolgt als zu erwarten war. Wer soll sein Nachfolger sein? Haben Sie schon jemand in Aussicht? Falls Sie es selbst nicht werden wollen und Seldte und Duesterberg nicht in Betracht kommen, dann schlagen Sie mich doch vor. Warum nicht? Mit Ihnen und Hammerstein im Bunde und der bestehenden innerlichen Übereinstimmung könnten wir sicherlich allerhand schaffen. Mit den alten Bonzen ist doch nichts mehr zu machen. Die sollte man nicht wieder aus der Kiste hervorholen. Zu Brüning habe ich alte Beziehungen und in der politischen Bewegung habe ich Freunde bis tief in die Reihen der Nazis. Aber auch im R[eichs]b[anner] besitze ich noch Sympathien von 1919 her. Und was die anderen Schafsköpfe können, das kann ich auch noch leisten.

Das waren zweifellos sehr impulsive Vorschläge. Seldte ging da schon bedächtiger vor. So erinnerte sich Dr. Brauweiler, der um diese Zeit wieder im Stahlhelm auftauchte[3]), daß er Mitte Mai bemüht gewesen sei, Seldte, Schleicher und Brüning zu einem Essen zusammenzubringen[4]). Angeblich wollte er die drei Männer in einem neuen Kabinett vereinen. Das wird auch durch Pünders Aufzeichnungen bestätigt, nach denen Ausfeld ähnliche Vorschläge an ihn herantrug[5]). Seldte, so wurde ihm berichtet, sei geneigt, in das Kabinett Brüning einzutreten, und zwar möglichst als Reichswehrminister. Weiterhin erzählte ihm Ausfeld, daß Seldte mit Schleicher und dem Staatssekretär gern einmal eine Flasche Wein trinken würde.

Es ist nützlich, diese speziellen Wünsche mit Kommentaren in der Stahlhelmpresse zu vergleichen. Am 19. Mai beschäftigte sich die *Kreuz-Zeitung* mit den Bemühungen des Kanzlers, sein Kabinett wieder aufzufüllen[6]). Schleicher, so bemerkte das Blatt, sei „im Augenblick" nicht bereit, das Reichswehrministerium zu übernehmen, und auf lange Sicht gesehen sei ohnehin nur eine Neubesetzung der Regierung unter Einschluß der NSDAP und der übrigen Rechten denkbar. Allerdings „bis dahin dürfte es unseres Erachtens opportun sein, die Vertretung der ministeriellen Aufgaben den Händen tatsächlicher Fachleute zu überlassen". Nimmt man an, daß solche Worte in etwa Seldtes Vorstellungen von einer Lösung der Krise widerspiegelten, so könnte man zwischen ihnen und dem Ausfeldschen Angebot an Pünder in der Tat eine Beziehung herstellen. Sicherlich betrachtete Seldte sich als ein „tatsächlicher Fachmann", besonders in Militärfragen.

Es besteht jedoch eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen den in der *Kreuz-Zeitung* angedeuteten und von Ausfeld übermittelten Wünschen einerseits und

[1]) BA Koblenz (A 17), 80, *Seldte an Schleicher*, (13. 5. 1932).

[2]) *Ibid.*, 21, *Stephani an Schleicher*, 13. 5. 1932.

[3]) Siehe seinen Leitartikel in *Krz. Ztg.*, 30. 4. 1932, S. 1—2.

[4]) *Mündliche Auskunft Dr. Brauweilers*, Berlin, 11. 8. 1962.

[5]) H. Pünder (B 150), S. 125.

[6]) *Krz. Ztg.*, 19. 5. 1932, S. 1. Siehe auch Th. Vogelsang (B 203), S. 199—200.

zwei Artikeln andererseits, die kurz vor dem Besuch Ausfelds bei Pünder in der Stahlhelmpresse erschienen. Zu jenem Zeitpunkt schrieb der Seldte nahestehende Kleinau zum Beispiel[1]):

> Wohl sind Versuche im Gange, das morsche Gebäude dieses Rumpfkabinetts zu flicken. Aber selbst wenn sie noch einmal gelängen, mehr als eben Flickwerk könnte dabei nicht herauskommen. Freilich den „parlamentarischen Stürmen"... würde auch das Brüningsche Regierungswrack wohl noch zu trotzen vermögen. Aber es gibt im politischen Kraftfelde Deutschlands auch außerhalb des Parlaments und der Parteien noch Kräfte, die schon bisher recht wirksam waren und es in Zukunft noch mehr sein werden.

Die *Kreuz-Zeitung* faßte denselben Gedanken lediglich in andere Worte[2]): Brüning sei unfähig, der Krise Herr zu werden, und solle abgeschrieben werden. Aus diesem Grunde müßten auch Bewerber für einen Ministerposten davor gewarnt werden, sich mit dem Kanzler zu verbinden. Er werde sie nur mit sich in den Abgrund ziehen. Einem einfachen Auffüllen des Kabinetts könne der Stahlhelm daher nicht zustimmen.

Angesichts so düsterer Prognosen über die Chancen der Reichsregierung ist es nicht mehr ganz einzusehen, warum sich Seldte um einen Eintritt in das Kabinett Brüning bemüht haben soll. Irgend etwas an Ausfelds Bericht stimmte nicht. Die Lösung für diese Ungereimtheiten ergibt sich aus dem Treffen, das Ausfeld Pünder vorgeschlagen hatte und das bald darauf stattfand. Am 30. Mai notierte Pünder in seinem Tagebuch, er habe den Abend zusammen mit Schleicher und Planck als Gast des Stahlhelms verbracht und es sei ein „netter Abend" gewesen[3]). „Der Stahlhelm" bestand in diesem Falle aus Seldte und Stephani, den beiden Frontsoldaten mit Kabinettsambitionen, und Brauweiler und Ausfeld, ihren Beratern. Im Verlaufe dieses Abends besprachen Schleicher und Brauweiler unter anderem auch die Zusammensetzung einer neuen Regierung, und dabei schlug letzterer jetzt plötzlich Seldte als Kanzler vor[4]). Brüning sollte als Außenminister verbleiben. So wären also die Manöver des Ersten Bundesführers mit seiner Hoffnung zu erklären, daß er doch noch das Ziel würde erreichen können, das ihm im Februar verwehrt geblieben war. Nachdem Schleicher im Februar an ihn als Kanzler gedacht hatte, war seine Hoffnung wohl nicht ganz unberechtigt. Aus diesem Grunde suchte er eine Verbindung zu Schleicher und zu Brüning.

Diese Erklärung seiner Schachzüge würde auch gut zu Schleichers Gedankengängen passen, wie sie durch Franz von Papen überliefert sind[5]). Danach ging Schleicher von der Annahme aus, daß der Sturz Brünings unvermeidlich sei und

---

[1]) *Der Sta.*, 22. 5. 1932, S. 1—2.

[2]) *Krz. Ztg.*, 22. 5. 1932, S. 1—2.

[3]) H. Pünder (B 150), S. 131.

[4]) *Mündliche Auskunft Dr. Brauweilers*, Berlin, 11. 8. 1962.

[5]) Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse* (B 144), S. 182—88.

daß der Parlamentarismus aufgehört habe zu funktionieren. In dieser Überzeugung arbeitete er daran, Hindenburgs Wunsch nach einem „von den Parteien unabhängigen, aus Fachmännern zusammengesetzten Kabinett" zu erfüllen[1]). Er steuerte auf die Bildung jenes Präsidialkabinetts zu, das nach der Ernennung Papens die Macht übernahm. Ist Papens Zusammenfassung der Schleicherschen Pläne richtig, so werden auch Seldtes Hoffnungen noch deutlicher. Seldte hatte ebenfalls in öffentlichen Reden Brüning oft beschworen, „sich zu einer Regierung der nationalen Konzentration zu entschließen". Darüber hinaus hätte Seldtes Format Schleicher wohl durchaus zugesagt. Denn nach seinen eigenen Worten benötigte er einen „Hut" und keinen „Kopf" für seine Pläne[2]), und in dieser Beziehung war Seldte Papen sehr ähnlich.

Allerdings ist es unwahrscheinlich, daß Seldtes Kameraden „eine Reichskanzlerschaft von Schleichers Gnaden[3])" begrüßt hätten. Seit den Präsidentenwahlen bevorzugten sie einen Stahlhelm, wie er von einem südwestdeutschen Stahlhelmführer am 3. Juni beschrieben wurde[4]): Der Bund, so hieß es in dem Artikel, habe sich aus der großen Politik zurückgezogen, um sich auf den Grenzschutz, die Wehrertüchtigung und den Arbeitsdienst zu konzentrieren. Die Frontsoldaten hätten der Demagogie den Rücken gekehrt und wollten keine Handlangerdienste mehr leisten. Vielmehr wollten sie sich jetzt der „nationalen und sozialen ... Kleinarbeit" widmen. In der Tat, das war die alte Aufgabe des Bundes, zu der er nach langen Irrungen nun zurückgefunden hatte. Schleicher hatte allen Grund, sich im eigenen Interesse über diese Wendung in der Stahlhelmpolitik zu freuen. Papen wurde zum Nachfolger Brünings ernannt.

---

[1]) Papen faßte Schleichers Überlegungen wie folgt zusammen: „Hier sprach die Überzeugung des sich für die Armee verantwortlich fühlenden Mannes. Sie war das Ordnungsinstrument des Staates... Sollte das Instrument in dieser Krise des Parlamentarismus intakt gehalten und nicht etwa in einen möglichen Bürgerkrieg verwickelt werden, dann mußte nach Schleichers Ansicht eine autoritäre Regierung das jetzige schwankende Parteiensystem ablösen... Aus meinen öffentlichen Reden wußte er, wie oft ich Brüning beschworen hatte, sich zu einer Regierung der nationalen Konzentration zu entschließen und nach Bismarcks Rezept eine Personalunion zwischen Kanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten herzustellen..." *Ibid.*, S. 183.

[2]) Friedrich K. von Zitzewitz-Muttrin zitiert in K. D. Bracher (B 012), S. 519n.

[3]) Bay.KrA. München (A 01), 85, *Eulenburg an Wagner*, 19. 4. 1932.

[4]) *Krz. Ztg.*, 3. 6. 1932, S. 1.

Kapitel VI

1932—1935

Nach dem für sie katastrophalen Ausgang der Reichspräsidentenwahlen besann sich die Bundesführung wieder auf ihre ursprünglichen Aufgaben. Infolge ihrer langjährigen Versuche, mit möglichst vielen Parteien verbündet zu sein, stand sie schließlich vor der Wahl, sich den Bund entweder völlig zerschlagen zu lassen oder alle früheren Verbindungen aufzugeben. Selbst Wagner kam jetzt zu dieser Einsicht[1]):

> Da nun aber der Stahlhelm keineswegs ein wirklich geschlossener, überparteilicher, politischer Verband ist [!], sondern ein Verband, in [den] die parteipolitischen Weltanschauungen sehr tief eingedrungen sind, so kann er sich eine solche scharfe Taktik [der vorübergehenden, einseitigen Bindung] nicht leisten. Denn er gerät darüber in Gefahr, gesprengt zu werden, zumal die Weltanschauung der der DNVP nahestehenden Kameraden sich wesentlich stärker in der Führung, der zur NSDAP neigenden aber sich wesentlich stärker in der Gefolgschaft befindet. Gerade dieser Querriß im Bunde wäre aber das Allergefährlichste.

In der Praxis kam die Rückkehr zur Wehrverbandsidee aber einem politischen Selbstmord gleich, und so beginnt das letzte Kapitel der Geschichte des Bundes, die Phase der Selbstliquidierung, nicht erst 1933, sondern schon im Sommer 1932. Damals gab die Bundesführung bereits ihren Anspruch auf eine Führungsposition in Deutschland auf und begann sich als eine Art Reservearmee der Reichswehr zu betrachten. Die Reichswehr aber hielt sich wiederum für die letzte Bastion gegen die wachsende Anarchie im politischen Leben, so daß die Reservearmee einer Reservearmee kaum noch eine wichtige Rolle spielen konnte, als Hitler schließlich nach der Macht griff.

1. Die erste Phase der politischen Selbstliquidierung: Die Ära Papen

Zwei Programme des Bundes während der Ära Papen kennzeichnen seinen frühen Rückzug aus der Politik: der Freiwillige Arbeitsdienst und der Wehrsport. Zwar hatten beide Einrichtungen schon vor dem Sommer 1932 bestanden und auch die Unterstützung der Frontsoldaten erhalten. Aber erst danach wurde der gesamte und zweifellos gute Organisationsapparat des Stahlhelms für sie eingesetzt.

[1]) DZA Potsdam (A 19), 281, fol. 219—20, *Wagner an Vollmer*, 24. 6. 1932.

Es ist schwer zu bestimmen, woher der Gedanke eines Arbeitsdienstes in Deutschland kam. Jedenfalls beschäftigten sich Stahlhelmmitglieder schon sehr früh mit solchen Plänen. Sie gingen dabei sogar so weit, eine Arbeitsdienstpflicht für alle gesunden jungen Deutschen zu fordern. Bereits im Oktober 1920 erwähnte die Bundeszeitung, daß diese Forderung der chaotischen Nachkriegssituation entsprungen sei[1]). Achtzehn Monate später veröffentlichte *Der Stahlhelm* einen weiteren Beitrag mit dem Titel „Arbeitsdienstpflicht"[2]). Hinter diesen Artikeln, die immer wieder erschienen[3]), stand ohne Zweifel der Gedanke, den Arbeitsdienst als einen Ersatz für die Wehrpflicht zu benutzen, deren Abschaffung der Bund immer beklagte. Einer der tatkräftigsten Befürworter eines Arbeitsdienstes auf Reichsebene war Mahnken. Er war unermüdlich, wenn es hieß, junge Deutsche, wie etwa 1929, mit Gewehren oder wie in diesem Falle mit Hacken und Schaufeln auszurüsten. Neben ihm stand ein anderer Landesführer, Georg von Neufville, der im Dezember 1930 ein ausführliches Memorandum mit der Forderung nach einem obligatorischen Arbeitsdienst verfaßte[4]).

Im folgenden Jahre bereitete die wachsende Zahl von Jugendlichen, die ihre überschüssigen Energien in Straßenkämpfen abzureagieren suchten, der Reichsregierung ernste Sorgen. Eine der Gegenmaßnahmen war das erwähnte Wehrsportprojekt des Reichswehrministeriums. Im Arbeitsdienst schien sich ein weiteres Mittel anzubieten. Im Mai 1931 führte daher Gottfried Treviranus Verhandlungen mit dem Stahlhelm, dem Reichsbanner und dem Kyffhäuserbund, die von der Braunschweiger Stahlhelmzeitung als „eine völlig unverbindliche Vorbesprechung" über Arbeitsdienstfragen bezeichnet wurden[5]). Bald aber wurden die Diskussionen verbindlicher. Zwar versagte die Regierung der Idee einer Arbeitsdienstpflicht ihre Unterstützung. Doch auch sie hielt jetzt die Einführung eines Arbeitsdienstes auf freiwilliger Basis für einen guten Anfang. Am 23. Juli 1931 wurde eine Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst veröffentlicht, und ungefähr sechs Wochen später eröffnete der Jungdeutsche Orden sein erstes Lager in der Nähe von Bautzen[6]). Das Projekt machte vielversprechende Fortschritte. Alle teilnehmenden Verbände wurden durch die finanzielle Unterstützung der Regierung angespornt, und der Stahlhelm hatte außerdem den Ehrgeiz, durch Mobilisierung möglichst vieler Mitglieder eine führende Stellung innerhalb der Arbeitsdienstbewegung zu gewinnen[7]).

Die große politische Wende des Bundes gab im Sommer 1932 gerade dem

---

[1]) *Der Sta.*, 15. 10. 1920, S. 163.

[2]) *Ibid.*, 1. 4. 1922, S. 99—100.

[3]) Siehe z. B. W. Kleinau (B 103), S. 16; C. von Altrock in H. H. Grote, Hrsg. (B 074), S. 30—32; Friedrich Wilhelm Heinz, *Kameraden der Arbeit* (B 085).

[4]) H. Steiss, Hrsg. (B 191), S. 196 ff.

[5]) *Jg. Nat.*, 14. 5. 1931, S. 3.

[6]) Bodo Graefe, *Leitfaden für den Arbeitsdienst* (B 068), S. 24; F. W. Heinz (B 085), S. 60.

[7]) O. Lippelt und E. Huckstorf, Hrsg. (B 114), S. 116; *Jg. Nat.*, 21. 1. 1932, S. 3.

Arbeitsdienstprogramm des Stahlhelms einen beträchtlichen Auftrieb. Wagner bat die Landesverbände, „alle auf den Freiwilligen Arbeitsdienst und die Arbeitsbeschaffung hinzielenden Vorarbeiten zu überprüfen und zu ergänzen, weil [eine] stärkere, vielleicht ausschlaggebende Beteiligung des Stahlhelm hier in Aussicht steht“[1]). Bis zum 1. August waren etwa 10000 junge Mitglieder der Parole ihrer Führer „An die Arbeit — für Deutschlands Befreiung“ gefolgt. Mit dieser Zahl errang der Bund die ersehnte Führungsstellung gegenüber den anderen Verbänden[2]). Bis zum Ende des Jahres hatte sich diese Zahl verdoppelt, und die Bundesführung verwaltete zwischen 300 und 400 Lager[3]).

Es ist verständlich, daß die Verwaltung eines Netzes von dieser Größe dem Stahlhelm ein gut Teil seiner Energien abforderte. Noch anstrengender waren freilich die Programme, die auf dem Gebiet des Wehrsports verwirklicht wurden. In früheren Kapiteln ist die Geschichte des Wehrsportes und die Rolle des Stahlhelms bereits dargestellt worden. Im Frühjahr 1932 war die politische Lage für eine weitere Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Bundesführung weniger günstig gewesen. Die Reichspräsidentenwahlen, das SA-Verbot, der weiterhin schwelende Verdacht, daß Schleicher die Frontsoldaten täuschen und ihren Verband „atomisieren“ wollte, all das hatte eine Ausweitung des Wehrsportprogramms behindert[4]).

Das allgemeine Mißtrauen schwand jedoch nach der Ernennung Papens. Der Stahlhelm hatte seinen Rückzug aus der großen Politik verkündet, und so konnte man jetzt überall beginnen, den Wehrsport wieder zu verstärken. In Südwestdeutschland stellte Neufville „Sportkorps“ auf — geschlossene Einheiten, die ihr Potential wenige Monate später vor Reichswehroffizieren und 1933 bei der „Machtergreifung“ zeigen sollten[5]). Das Ziel der Bundesführung schien beinahe erreicht, als Anfang Juni schließlich noch die baldige Aufhebung des Uniformverbots zugesichert wurde[6]).

Der Ausbau des Wehrsportprogramms nahm den Bund mindestens ebenso stark in Anspruch wie der Arbeitsdienst[7]). Wehrsporttage und Übungen wurden

[1]) Zitiert in BA Koblenz (A 02), 5, *Rundschreiben Hennings*, 2. 6. 1932. Siehe auch *Der Sta.*, 3. 7. 1932, S. 5—6; *ibid.*, 14. 8. 1932, S. 1.

[2]) F. W. Heinz (B 085), S. 70; *Der Sta.*, 31. 7. 1932, S. 5.

[3]) Th. Duesterberg (B 045), S. 43.

[4]) Hinzu kamen noch Streitigkeiten des Reichswehrministeriums mit den Landesverbänden Schlesien und Niedersachsen, über die sich allerlei Korrespondenz ansammelte in DZA Potsdam (A 19), 264, fol. 39 ff. Andererseits berichtete ein Inspekteur der Bundesführung über einen Besuch beim Landesamt Schlesien im April 1932, daß dort das Verhältnis zur Reichswehr „sehr gut“ sei. „Fast ausschließlich sind alle von der R.W. (bzw. den Kreis-Offizieren) *ernannten* Führer bis zum Kompanieführer Stahlhelmer. Da die Kompanieführer die Zug- und Gruppenführer zu ernennen haben, sind auch diese Stahlhelmer. So steht und fällt die Landesverteidigung mit dem Stahlhelm.“ *Ibid.*, 112, fol. 107—29, *Bericht Preussers*, 23. 4. 1932.

[5]) H. Steiss, Hrsg. (B 191), S. 33, 80, 155. Siehe unten S. 234.

[6]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (II), *Chiffriertes Rundschreiben D 1035/32 D*, o. D.

[7]) Siehe z. B. BA Koblenz (A 02), 5. Typisch ist auch der Ausspruch: „Ein Tag Wehrsport wiegt mehr als Hunderttausende von Stimmgewinnen.“ *Der Sta.*, 7. 8. 1932, S. 2.

überall im Reich ohne die einstigen Sicherheitsvorkehrungen abgehalten[1]). Niemand kümmerte sich mehr darum, daß diese Manöver eigentlich verboten waren. Mitte Dezember organisierte Neufville eine Übung im Gebiet von Althengstett-Stammheim-Nagold. Höhere Reichswehroffiziere sagten ihr Erscheinen zu, um die obenerwähnten Sportkorps in Aktion zu sehen. Die Frontsoldaten verfeuerten selbstgefertigte Munition und trugen SMG-Attrappen durch die Wälder[2]). Die Reichswehr hatte allen Grund, mit dem Stahlhelm zufrieden zu sein[3]). Allerdings bedeutete dies nicht, daß auch der Bund für immer mit der Armee zufrieden blieb.

Im Grunde entbehrte die Lage im Sommer und Herbst 1932 nicht einer gewissen Ironie. Der Bund nahm gegenüber Papen, dem Protégé Schleichers, dieselbe Haltung ein, die Schleicher gegenüber den Frontsoldaten an den Tag legte. Papen dagegen hoffte auf ähnlich enge Beziehungen zu den Stahlhelmern, wie letztere sie mit Schleicher zu haben wünschten. Für den Bund ergab sich diese Situation auf Grund seines Entschlusses, das politische Rampenlicht zu meiden. Folglich mußte der Vorstand von Papen Distanz halten, den man etwa so beurteilte[4]): „Wir geben ihm kein Vertrauen auf Kredit, aber wir mißtrauen ihm auch nicht von Anfang."

Papen seinerseits hatte bald herausgefunden, daß er nicht allzu viele Verbündete besaß. Aus diesem Grunde begann er sich für den Stahlhelm zu interessieren. Da die Bundesführung aber auf jeden Fall ein offenes Bündnis vermeiden wollte, erklärte sie sich nur bereit, die militärische Macht des Stahlhelms im Falle eines Notstandes hinter das Kabinett zu stellen. Schließlich lag die Notstandsplanung in den Händen der Militärs, und auf diese Weise ließ sich die unerwünschte direkte Verbindung zu dem Politiker Papen umgehen. Daß sich derartige Überlegungen im Grunde aber im Kreise bewegten, zeigte sich schon am 20. Juli, als Papen zum Schlag gegen Preußen ausholte. Was die Reichsregierung während dieser Aktion am meisten fürchtete, war ein Generalstreik der Sozialdemokraten. Denn unter der Drohung eines Bürgerkrieges hätte, wie Duesterberg schreibt, Hindenburg den Kanzler vielleicht tatsächlich zum Rückzug aufgefordert[5]). Trotz seiner „unpolitischen" Haltung hätte der Stahlhelm einen solchen Befehl des Feldmarschalls jedoch kaum begrüßt. Denn während Egan-Krieger ganz offen von dem „Staatsstreich in Preußen" (!) sprach[6]), wurde der Bund dem Reichswehr- und dem Reichsinnenministerium zur Verfügung ge-

---

[1]) Siehe z. B. O. Lippelt und E. Huckstorf, Hrsg. (B 114), S. 112—113.

[2]) H. Steiss, Hrsg. (B 191), S. 36, 81 ff.

[3]) Th. Vogelsang (B 202), S. 430, Eugen Ott zitierend.

[4]) *Jg. Nat.*, 9. 6. 1932, S. 1.

[5]) Th. Duesterberg (B 045), S. 35.

[6]) DZA Potsdam (A 19, 70/1 alt, fol. 205—15, *Lagebericht*, 24. 8. 1932.

stellt[1]). Die Landesverbände wurden durch das Bundesamt in den Alarmzustand versetzt, um — wenn nötig — für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen[2]).

Doch die Lage normalisierte sich, ohne daß es zu Unruhen kam[3]), und damit konnte sich auch die Armee den Stahlhelmern gegenüber wieder zurückhaltender zeigen. Vermutlich hätten sie sich viel Ärger erspart, wäre es bei der Unterstellung vom 20. Juli geblieben. Aber gerade die Hartnäckigkeit, mit der Schleicher dieses Ziel anstrebte und die Forderungen nach Gleichberechtigung überhörte, rief das alte Mißtrauen in der Bundesführung wieder wach, wie aus einem Brief Wagners an den norddeutschen Landesführer hervorgeht[4]). Seiner Meinung nach plante die Armee, „den Stahlhelm in einer Weise zu gebrauchen, die ihm nicht nützlich ist, sondern schädlich sein könnte, um ihn dann möglichst ganz zu zerschlagen[5]). Jedenfalls scheint mir gerade in diesem Punkt eine gewisse Skepsis durchaus erwünscht."

In der Tat hatte man in höheren Kreisen des Reichswehrministeriums für den Stahlhelm wenig Respekt. Kurt von Bredow beklagte sich beispielsweise über die „Tausendköpfigkeit" der Bundesführung und meinte, sie bedürfe einer „längeren Bewährungsfrist", bevor sie zur Zusammenarbeit auf höchster Ebene zugezogen werden könne[6]). So war in den Augen der Reichswehr der Wehrsport die richtige Beschäftigung für die Frontsoldaten, solange ihnen weiterhin die politische Reife fehlte. Dennoch war es selbstverständlich, daß auch hier die Armee den Ton angeben wollte, und verständlich, daß die Stahlhelmer dies verletzen mußte. Wiederholt sprachen Vertreter des Bundes in der Bendlerstraße vor und unterbreiteten ihre Vorschläge für eine Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Basis[7]). Aber niemals konnten sie das Ministerium zur Herausgabe klarer Richtlinien an die Wehrkreiskommandeure bringen.

In den Unterorganisationen fragte man sich unterdessen, warum man sich im Bundesamt so wenig für eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den Garnisonen einsetzte. Anfang September schrieb ein sächsischer Stahlhelmführer an Wagner, „ob jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen ist, den Bund für un-

[1]) *Ibid.*, 27, fol. 36, *Bericht Nr. 1*, 22. 7. 1932. Gerade diese Maßnahme beweist, wie sehr Duesterbergs Nachkriegsdarstellung von späteren Ereignissen beeinflußt wurde.

[2]) H. Steiss, Hrsg. (B 191), S. 126.

[3]) DZA Potsdam (A 19), 275, fol. 331—32, *Landesamt Schlesien an die Gaue*, 23. 7. 1932. Für den 31. Juli und 1. August wurde der Bund erneut in Alarmbereitschaft versetzt. *Ibid.*

[4]) *Ibid.*, 264, fol. 186, *Wagner an Tüllmann*, 22. 9. 1932.

[5]) Der letzte Teil des Satzes („um ihn dann möglichst ganz zu zerschlagen") ist gestrichen.

[6]) Zitiert in Th. Vogelsang (B 203), S. 285. Dem Verfasser sind die von Bredow für Schleicher verfaßten Orientierungsberichte, die sich im Nachlaß Bredows im Bundesarchiv (Militärarchiv) Koblenz befinden, leider zu spät zugänglich geworden. Diese Berichte bestätigen, aus der Sicht des Reichswehrministeriums gesehen, das schwierige Verhältnis zwischen dem Stahlhelm und der Armee in der zweiten Hälfte des Jahres 1932.

[7]) DZA Potsdam (A 19), 264, fol. 177—81, *„Notizen für die Unterredung mit dem Herrn Reichswehrminister"*, o. D.; Bay. KrA. München (A 01), 85, *Haehnelt an den Landesverband Bayern*, 17. 10. 1932.

politisch zu erklären und dadurch ihm ganz erhebliche Vorteile in seiner Betätigung zu verschaffen"[1]). Dieser Vorschlag beweist zunächst, wie weit die Frontsoldaten sich bereits aus der Politik zurückgezogen hatten. Ebenso interessant ist aber, was sich Brückner im einzelnen als Vorteile versprach: er hoffte, daß der Stahlhelm nach der von ihm vorgeschlagenen Erklärung von der Liste der Organisationen gestrichen werden würde, mit denen der Reichswehr jeglicher Kontakt untersagt war[2]). Wagners Antwort klang freilich wenig ermutigend und spiegelte die Schwierigkeiten des Bundesamtes mit Schleicher wider[3]). Brückners Vorschläge, so schrieb er, seien an die zuständigen Stellen weitergeleitet worden und würden „allmählich" verwirklicht werden.

Wie genehm es Schleicher war, den Stahlhelm auf der von Brückner erwähnten Liste zu sehen, geht aus einem Briefwechsel mit dem bayerischen Landesverband hervor. Am 8. Oktober hatte sich Lenz darüber beklagt, daß es ihm unmöglich sei, den bayerischen Wehrkreiskommandeur zur Teilnahme an einer Gefallenengedenkfeier des Bundes zu bewegen[4]). Duesterberg schnitt daraufhin diese Frage gelegentlich eines Besuches bei Bredow an. Doch er erhielt nur die diplomatische Antwort (die Wagner an Lenz weitergab)[5]), daß die Reichswehr, so gern sie es auch täte, solche Einladungen noch nicht annehmen könne. Nach dieser Enttäuschung übersandte Lenz der Bundesführung einen detaillierten Bericht über die reservierte Haltung des dortigen Befehlshabers und forderte eine grundsätzliche Klärung[6]).

Mit dem Zögern der Armee, zu Stahlhelmtreffen zu erscheinen oder ihre Anlagen für Wehrsportübungen zur Verfügung zu stellen[7]), war es der Schwierigkeiten noch nicht genug. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten entbrannten zwischen der Bundesführung und der Reichswehr auch über den Einsatz der sogenannten „Aktiven Formationen" des Stahlhelms[8]). Schleicher einerseits hatte den Wunsch, diese Formationen im Falle eines Notstandes aufzulösen und „als Korsettstangen" in andere Gliederungen einzureihen. Die Stahlhelmführer dagegen wollten diese Einheiten intakt lassen, nicht zuletzt, weil bei einer Durchsetzung des Schleicherschen Plans der Bund endgültig nicht mehr hätte politisch eingesetzt werden können. Auf keinen Fall aber gedachte man, „lediglich Rekrutendepot der R[eichs]W[ehr]" zu sein[9]). Nicht zuletzt aus diesem

[1]) DZA Potsdam (A 19), 264, fol. 41, *Brückner an Wagner*, 7. 9. 1932.

[2]) *Ibid.*

[3]) *Ibid.*, fol. 157, *Wagner an Brückner*, 16. 10. 1932.

[4]) Bay. KrA. München (A 01), 85, *Lenz an Bundesamt*, 8. 10. 1932.

[5]) *Ibid.*, *Wagner an Lenz*, 15. 10. 1932.

[6]) *Ibid.*, *Lenz an Bundesamt*, 24. 10. 1932; *ibid.*, *Lenz an Bundesamt*, 28. 10. 1932.

[7]) Siehe z. B. DZA Potsdam (A 19), 264, fol. 157, *Wagner an Brückner*, 15. 10. 1932; Bay. KrA. München (A 01), 78 (II), *Seldte und Duesterberg an die Landesführer*, 26. 10. 1932.

[8]) DZA Potsdam (A 19), 98, fol. 57—59, *Rundschreiben Tüllmanns*, 17. 11. 1932.

[9]) Bay. KrA. München (A 01), 83 (I), *Bericht Brauns über die Reichstagung der Jungstahlhelm- und Wehrsportführer am 19./20. 11. 1932*, o. D. Siehe auch *ibid.*, 85, *Lenz an Bundesamt*, 28. 10. 1932.

Grunde wurde allen Schwierigkeiten zum Trotz das Wehrsportprogramm fortgesetzt, „um bei einem immerhin möglichen unerwartet eintretenden Falle geschlossene Formationen zur Verfügung stellen zu können, die nach erfolgter Bewaffnung und Vervollkommnung ihrer Ausrüstung von der Heeresleitung eingesetzt werden können“[1]).

Angesichts der Gegensätzlichkeiten in militärischen Fragen ist es schwierig, dem Gedanken einer politischen Zusammenarbeit zwischen Schleicher und dem Stahlhelm Bedeutung beizumessen. Jedenfalls fehlen für das Projekt einer „Verbändeachse“, wie sie hier und da erwähnt wird[2]), nach wie vor klare Beweise. Das einzige Dokument, das Verhandlungen zwischen dem Stahlhelm und dem Reichsbanner erwähnt, ist historisch anscheinend unzuverlässig[3]). Zwar entwickelt Theodor Bartram in diesem Brief an Schleicher Pläne für eine Zusammenarbeit der außerparlamentarischen Bewegungen. Aber allein die Tatsache, daß er sich als „Gründer“ des Stahlhelms vorstellte, weist schon darauf hin, daß er in Wunschvorstellungen befangen war. Lübberts Kontakte zu dem Reichsbannerführer Gebhardt, die von Bartram erwähnt werden, dürfen kaum als Beweis dafür gewertet werden, daß Seldte und Duesterberg plötzlich bereit gewesen wären, von ihrer Politik der Abstinenz abzuweichen. Dr. Brauweiler zufolge war der ganze Vorstoß, hat er je stattgefunden, eine Eigenmächtigkeit[4]). Weder dachten die Bundesführer an ein Engagement auf außerparlamentarischer Basis, noch gibt es Anzeichen dafür, daß Schleicher den Stahlhelm vor Mitte Dezember für eine politische Rolle in Erwägung zog.

Unter diesen Umständen war es mehr oder weniger unvermeidlich, daß die Stahlhelmer sich Papen näherten. Je länger er an der Spitze der Regierung stand, desto deutlicher wurde es, wie sehr er den Stahlhelmführern glich. Ihm gegenüber konnte man naiver sein als gegenüber dem undurchsichtigen Schleicher. So kam es zu einer Annäherung an den Reichskanzler, die sich ungefähr proportional zur Entfremdung von dessen Reichswehrminister entwickelte, was es dann der Bundesführung sehr erleichterte, im Januar 1933 an Papens Seite gegen Schleicher aufzutreten.

Zum ersten Male erschien der Reichskanzler anläßlich des Berliner Reichsfrontsoldatentages im September 1932, wo er sich unter die 200000 auf dem Tempelhofer Feld versammelten ehemaligen Soldaten mischte[5]). Es war das größte Treffen, das der Bund je organisierte, und erfreute sich offizieller Unterstützung durch das Kabinett[6]). Am 17. September fand Eulenburg lobende

[1]) DZA Potsdam (A 19), 98, fol. 57—59, *Rundschreiben Tüllmanns*, 17. 11. 1932.

[2]) Siehe z. B. Klaus Hornung, *Der Jungdeutsche Orden* (B 092), S. 125.

[3]) BA Koblenz (A 17), 26, *Bartram an Schleicher*, 11. 8. 1932.

[4]) *Mündliche Auskunft Dr. Brauweilers*, Berlin, 11. 8. 1962.

[5]) R. T. Clark (B 021), S. 395—96; J. Goebbels (B 064), S. 156—57.

[6]) BA Koblenz (A 04), 1457, *Protokoll der Ministerbesprechung*, 15. 8. 1932. In Berlin tat Seldte auch jenen wichtigen Ausspruch, der seit dem Sommer 1932 Motto der Stahlhelmpolitik war: „Wir wollen nicht die Macht im Staat, sondern einen machtvollen Staat.“ *Der Sta.*, 11. 9. 1932, S. 6—7. Das war das genaue Gegenteil von dem, was man noch im Vorjahr anstrebte!

Worte für Papen[1]). Möglicherweise war dies die Reaktion des ostpreußischen Landesführers auf Besprechungen, die vier Tage zuvor Seldte mit dem Reichskanzler gehabt hatte[2]). Bei diesem Treffen hatte der Erste Bundesführer Papen die Bedingungen mitgeteilt, unter denen der Stahlhelm zu einer Unterstützung der Regierung bereit war. Später führte Duesterberg für den abwesenden Seldte die Verhandlungen fort, in deren Verlauf Papen dem Bund schließlich mehrere Posten anbot[3]). Der Stahlhelm sollte in der Reichsregierung die Vizekanzlerschaft, das Reichskommissariat für den Arbeitsdienst und das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung übernehmen. In der vergeblichen Hoffnung, die Frontsoldaten auf seine Seite ziehen zu können, zeigte der Kanzler auch großes Verständnis für die Haltung des Bundes in Wehrsportfragen und distanzierte sich anscheinend sogar von seinem Reichswehrminister[4]). Doch es gab noch eine andere Persönlichkeit, die Schleichers Wehrsportpläne nicht unbedingt guthieß: Meissner. Seine Gegenwart bei den Verhandlungen zwischen Papen und der Bundesführung im November deutete darauf hin, daß die einstigen Zwistigkeiten mit dem Präsidenten endgültig beseitigt waren. Der Gau Oberbayern hatte diese Nachricht schon im Juli verbreitet[5]). Weiterhin war in der Stahlhelmpresse Hindenburgs Geburtstag überschwenglich gefeiert worden, und der Vorstand schenkte ihm diesmal neben dem traditionellen Baumkuchen einen gravierten Silberteller[6]). Der Feldmarschall war gerührt.

Gegen den Hintergrund dieses Stimmungsumschwungs im Stahlhelm muß ein Telegramm gesehen werden, das Wagner absandte, als Papen sein zweites Kabinett zu bilden suchte[7]): „R[eichs]P[räsident] und Reg[ierung] hält gut [die] von Anfang an angesetzte Linie. Parlamentarische Reg.-Bildung erledigt. Autoritäres Kabinett in Bildung. Dinge laufen auch im Stahlhelm-Sinne gut. Nerven behalten." In Wirklichkeit aber standen die Dinge gar nicht gut. Am 6. Dezember entschloß sich Schleicher, die Bürde der Reichskanzlerschaft auf sich zu nehmen, worauf die Bundesführung — von seinen Manövern während der vergangenen Monate desillusioniert — sofort sehr verhalten reagierte[8]). Sie ließ keinen Zweifel daran, daß sie in Papen und nicht in Schleicher den Exponenten des geforderten autoritären Regimes gesehen hatte. Es werde nunmehr von

---

[1]) Georg Schreiber, *Regierung ohne Volk* (B 170), S. 92n.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 39, fol. 144, *Aufzeichnung über die Besprechung*, 13. 9. 1932.

[3]) *Ibid.*, 2089 alt, fol. 1, *Führerbrief Mitteldeutschlands*, 1. 2. 1933. Duesterberg lehnte seinen Eintritt ins Kabinett ab, schlug aber Seldte vor, was angesichts späterer Entwicklungen recht interessant ist. Siehe unten S. 247.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 98, fol. 57—59, *Rundschreiben Tüllmanns*, 17. 11. 1932.

[5]) Bay. KrA. München (A 01), 83, (I), *Gau-Rundschreiben*, 18. 7. 1932.

[6]) *Jg. Nat.*, 29. 9. 1932, S. 1; DZA Potsdam (A 19), 27, fol. 126, *Wagner an Bendziula*, 12. 9. 1932.

[7]) *Ibid.*, 70 alt, fol. 176, *Rundschreiben Wagners*, 25. 11. 1932.

[8]) *Der Sta.*, 11. 12. 1932, S. 5; *Jg. Nat.*, 8. 12. 1932, S. 1. Siehe auch unten S. 245.

Schleicher abhängen, ob der Stahlhelm ihn als den Nachfolger Papens würde unterstützen können.

Kein Einzelereignis des Jahres 1932 trug mehr zum Rückzug des Bundes aus der Politik bei, als eine Entdeckung, die nur wenige Wochen nach der Verkündung der „neuen Linie" gemacht wurde. Es war die Nachricht, daß Duesterberg jüdischer Abstammung war. Um die Tragweite dieser Meldung voll zu ermessen, sollte man sich daran erinnern, daß während der zwanziger Jahre Duesterberg der Sprecher des völkischen Flügels im Stahlhelm gewesen war. Im Jahre 1924 hatte er sogar die Einführung eines „Arierparagraphen" in die Stahlhelm-Satzung unterstützt, und auch in der Folgezeit hatte er mit seinem Vorurteil gegen die Juden nie zurückgehalten, obwohl gerechterweise betont werden sollte, daß er nie ein Radauantisemit nationalsozialistischen Schlages gewesen war.

Es ist nicht ganz klar, wer — allem Anschein nach im Juni 1932 — Duesterbergs Aufmerksamkeit zuerst auf seine Abstammung lenkte. Doch zweifellos erfuhr er davon auf privatem Wege[1]). Er stellte sodann selbst Nachforschungen an, und es erwies sich, daß sein Großvater ein jüdischer Arzt gewesen war, der im Jahre 1818 zum christlichen Glauben übertrat[2]). Sowohl sein Großvater als auch sein Vater waren treue preußische Untertanen gewesen und hatten es zu militärischen und bürgerlichen Ehren gebracht. Der Enkel hatte also allen Grund, stolz auf sie zu sein. Trotzdem versetzte ihm die Entdeckung einen argen Schock. Er war einem Zusammenbruch nahe und reichte sofort seinen Rücktritt von der Bundesführung ein. Dann fuhr er zur Kur[3]). Für Seldte kam die Nachricht nicht weniger unerwartet. Seine erste Reaktion war, den Zweiten Bundesführer um sein Verbleiben zu bitten. In dieser kritischen Zeit wollte er sich nicht von ihm trennen, es sei denn, die Landesführer würden seinem Wunsche widersprechen.

Ende Juli warb Wagner bei den Landesverbänden um Unterstützung für Duesterberg[4]). Wenn auch, so schrieb er, die ganze Frage weiterhin in der Schwebe bleibe, so sei der Zweite Bundesführer gleichwohl gebeten worden, nicht zurückzutreten, „falls seine durch diese Vorgänge augenblicklich stark erschütterte Gesundheit es zuläßt". Noch am 1. August erklärte Duesterberg Lenz gegenüber, daß er nach wie vor zum Rücktritt entschlossen sei. Allerdings

---

[1]) Bay.KrA. München (A 01), 4, *Lenz an Kaltenegger*, 20. 7. 1932. Erstaunlich bleibt allerdings, daß Duesterberg anscheinend keine Ahnenforschung betrieben hatte — eine Lieblingsbeschäftigung nationalgesinnter Deutscher.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 27, fol. 85—86, *Rundschreiben Wagners*, 27. 7. 1932.

[3]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (II), *Rundschreiben Wagners*, 15. 7. 1932; Kurt von Reibnitz, *Im Dreieck Schleicher, Hitler, Hindenburg* (B 153), S. 101.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 27, fol. 85—86, *Rundschreiben Wagners*, 27. 7. 1932. Schaper z. B. glaubte, Duesterberg werde „glatt zerbrechen", und alle machten sich große Sorgen um ihn. *Ibid.*, fol. 46, *Bericht Nr. 5*, 3. 8. 1932.

wolle er zunächst noch die Reaktion der Kameraden abwarten[1]). Drei Tage später hatten die beiden Bundesführer eine weitere Unterredung, in der sie übereinkamen, die Landesführer die endgültige Entscheidung fällen zu lassen.

Inzwischen wurden nur ganz wenige Stahlhelmmitglieder mit der Entdekkung bekannt gemacht. War sich doch jeder der Eingeweihten darüber klar, daß das Bekanntwerden der Abstammung Duesterbergs den Stahlhelm „in ganz außerordentliche Schwierigkeiten" bringen würde[2]). Nachdem die Bundesführung jahrelang völkisches Gedankengut verbreitet hatte, fürchtete sie sich jetzt, ihren mehr oder minder antisemitisch eingestellten Mitgliedern die Wahrheit über den Zweiten Bundesführer zu sagen. Schließlich war das erste Echo nicht ermutigend. Der Führer des Donaugaus zum Beispiel schrieb an Lenz[3]), daß er

> für den Weiterbestand des Stahlhelm in [seinem] Gaue beim Bekanntwerden des Umstandes, daß der Stahlhelm einen Judenabkömmling an seiner Spitze zu halten gewillt ist, ernste Sorge hege. Ich habe darauf hingewiesen, daß nur durch sofortigen Rücktritt Duesterbergs das Unheil gebannt werden könne... Zum Schlusse bitte ich den Herrn Landesführer dringend, doch unter allen Umständen die Duesterbergfrage zu bereinigen, *bevor* die Öffentlichkeit sich mit ihr beschäftigt. *Jetzt* kann ohne Gefährdung des Bundes ein freiwilliger Rücktritt Duesterbergs noch erfolgen. Dieser wird niemals eine Erschütterung des Bundes bringen, wohl aber das mit soldatischem Wesen so gar nicht in Einklang stehende „Abwarten, welche Folgen das Bekanntwerden der Tatsachen unter den Kameraden haben werde".

Auf der anderen Seite erhielt Duesterberg auch eine ganze Reihe von Treueerklärungen. Diese sowie die Bitte der Landesführer veranlaßten ihn schließlich, weiter im Amt zu bleiben. Mitte August schrieb Seldte an Wagner, daß der Zweite Bundesführer sich von dem Schock erholt habe[4]). Er werde in Kürze aus dem Urlaub zurückkehren und den Kampf um seine und seiner Familie Ehre aufzunehmen. Um seine Entschlossenheit zu demonstrieren, wolle Duesterberg zum Berliner Reichsfrontsoldatentag kommen und vor seinen Kameraden auf dem Tempelhofer Feld sprechen.

Durch Halbig ließ der Zweite Bundesführer verbreiten, mit welchen Mitteln er alle Angriffe auf seine Person oder auf seine Familie abzuwehren gedachte[5]). Dabei stellte er folgende vier Forderungen auf, die von jedem, der ihn wegen seiner Abstammung zu kritisieren wünschte, erfüllt werden sollten:

> [1] Vorlage eines beglaubigten Kirchenbuch-Auszuges väterlicher und mütterlicher Vorfahren bis zu den Urgroßeltern einschließlich, wobei auch Vorfahren sonstigen

[1]) Bay.KrA. München (A 01), 136, *Lenz an die Gauführer*, 3. 8. 1932.

[2]) *Ibid.*

[3]) *Ibid.*, 4, *Kaltenegger an Lenz*, 17. 8. 1932. Im Bundesvorstand opponierten insbesondere Marklowski, Morosowicz, Stephani und Lübbert gegen ein Verbleiben Duesterbergs oder zumindest gegen seinen Auftritt anläßlich des Berliner Reichsfrontsoldatentages. DZA Potsdam (A 19), 112, fol. 225—28, *Wagner an die Bundesführer et al.*, 14. 9. 1932.

[4]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (II), *Rundschreiben Wagners*, 22. 8. 1932, Seldte zitierend.

[5]) *Ibid.*, 42, *Halbig an die Gauführer*, 18. 8. 1932.

fremden Blutes, wie z. B. des polnischen, italienischen, französischen, tschechischen usw. kenntlich zu machen wären. [2] Ehrenwörtliche Erklärung, daß der Betreffende weder in geschäftlichen noch verwandtschaftlichen oder sonstigen persönlichen Beziehungen zu Juden steht, daß er weder jüdisches Geld geborgt, noch jüdische Patienten oder Clienten hat, noch mit Juden irgendwie verschwägert oder auch durch seine Kinder verwandt ist. [3] Urkundlichen Nachweis, inwieweit seine Vorfahren an den Befreiungs- und an den Einigungskriegen teilgenommen haben und auf welcher Seite. [4] Ob er selbst am Weltkriege teilgenommen hat an der Front, in der Etappe oder Heimat und in welcher Stellung.

Diese vier Punkte beweisen, wie stark Duesterbergs Selbstvertrauen und sein Ansehen durch die Aufdeckung seiner Abstammung angeschlagen worden waren.

Der Kampf des Zweiten Bundesführers war nicht leicht. Niemand freute sich mehr über die Möglichkeit, gegen den „Juden" Duesterberg zu Felde ziehen zu können, als die Nationalsozialisten. Hitler hatte selbstverständlich „das bestimmte Versprechen gegeben, er werde seine Leute anweisen, von der Geschichte keinen Gebrauch zu machen, ebenso selbstverständlich aber [war] es, daß bereits die Sache, angeblich vertraulich, drüben weitergegeben und zum Angriff gegen D[uesterberg], der den Nazis ja besonders unangenehm von jeher war, ausgenützt" wurde[1]). Bald war der Fall überall bekannt, und die NSDAP begann, angeführt von Goebbels, eine Diffamierungskampagne. Eine bemerkenswerte Attacke wurde von R. Walther Darré, dem nationalsozialistischen Landwirtschaftsexperten, geritten. Unter dem Datum des „14. Gilbhart (Okt.) 1932" schrieb er[2]):

> Man muß dem einzelnen Stahlhelmer ruhig und sachlich klarmachen, daß er bisher einem Juden (Duesterberg) folgte und daß hierin, sowie in dem Umstand, daß die Juden bis heute hierüber fein säuberlich schwiegen, der Beweis liegt, daß jedes *aufrichtige* nationale Wollen von seiten des einfachen Stahlhelmmannes von der Stahlhelmführung immer rechtzeitig abgebogen worden wäre.

Darré gab sodann Ratschläge, wie diese irregeleiteten Frontsoldaten wieder auf den richtigen, d. h. nationalsozialistischen Weg gebracht werden könnten. Als Duesterberg diesen Brief zu Gesicht bekam, war er außer sich. Er forderte Darré zu einem Pistolenduell, das dieser aber wegen Duesterbergs „jüdisch-blütige[r] Abstammung" ablehnte[3]), was den Stahlhelmführer beinahe sprachlos machte. In einem eingeschriebenen Brief konnte er Darré nur noch antworten[4]): „Sie sind ein erbärmlicher Feigling."

Anstatt eines Duells kam es zu einem Ehrengerichtsverfahren[5]). Sein Ausgang

---

[1]) *Ibid.*, 4, *Lenz an Kaltenegger*, 20. 7. 1932.

[2]) Doc. Center Berlin (A 27), AD 51.

[3]) *Ibid.*, *Darré an Duesterberg*, 11. 11. 1932.

[4]) Bay.KrA. München (A 01), 5, *Führer-Nachricht Nr. 23 des Landesverbandes Bayern*, 8. 12. 1932.

[5]) Darré war Mitglied des Vereins ehemaliger Offiziere des Feldartillerieregiments von Scharnhorst (1. hannoversches) Nr. 10, dessen Ehrenrat die Untersuchung einleitete.

ist deswegen so interessant, weil sich in ihm zeigte, wieweit die Rechte von antisemitischem Gedankengut durchdrungen war. Nicht Duesterbergs Beleidiger, sondern er selber war ein gezeichneter Mann[1]). Für den Stahlhelm wurde er zu einer Belastung. Im Jahre 1932 konnte Darré durch vorzeitigen Austritt aus seinem Offiziersverein einer Verurteilung durch den Ehrenrat entgehen[2]). Doch im folgenden Jahr kam Hitler an die Macht, und damit wendete sich das Blatt völlig zu Duesterbergs Ungunsten. Denn jetzt gaben die Mitglieder des Ehrenrates ein gutes Beispiel dafür, daß auch die Ehre eines kaiserlichen Offiziers dem Opportunitätsprinzip untertan war. Darré wurde bald zum Landwirtschaftsminister ernannt, und es war sicherlich nicht vertretbar, ein Mitglied der „nationalen Regierung" der Zugehörigkeit zu einem Offiziersverein für unwürdig zu halten. Im Sommer 1933 wurden Stimmen laut, die die Wiederaufnahme Darrés forderten. Auch Duesterberg kamen diese Bestrebungen zu Ohren, woraufhin er sich an die Wächter der militärischen Ehre, Hindenburg und den Reichswehrminister Werner von Blomberg wandte.

Die dann folgenden mehrseitigen Verhandlungen endeten damit, daß Duesterberg zwei Briefe erhielt, einen von Darré, den anderen vom Feldmarschall persönlich. Unter Bezugnahme auf die Pistolenforderung gab Darré weltanschauliche Grundsätze vor, die ihn von einer Annahme abgehalten hätten[3]). Eine persönliche Beleidigung Duesterbergs habe ihm ferngelegen. Hindenburg versuchte den zweifellos weiterhin unbefriedigten Duesterberg mit einem besonders warmherzigen Brief zu ermutigen[4]). Aber der herzliche Ton konnte doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Präsident im Grunde nur das Ergebnis der Verhandlungen wiederholte, die zu Darrés Schreiben vom 15. November geführt hatten.

> Ich darf hiernach annehmen [so schloß er], daß Ihre beiden persönlichen Beschwerden gegen Mitglieder der Reichsregierung hiermit in einer Sie befriedigenden Weise ihre Erledigung gefunden haben[5]). Über die Regelung, welche die Rassenfrage inzwischen durch die Reichsgesetzgebung erfahren hat, und zu dem hierauf bezüglichen Teil Ihres Briefes will ich mich nicht weiter äußern. Ich möchte mich mit dem Hinweis begnügen, daß es sich hierbei um grundsätzliche Fragen und Richtlinien der Politik handelt, deren gesetzliche Regelung ausschließlich der Reichsregierung überlassen ist.

Duesterberg gab sich geschlagen.

Bereits nach der Entdeckung seiner Herkunft im Sommer 1932 hatte er sich

---

[1]) Für seine Haltung gegenüber Hitler in den folgenden Jahren ist dieses persönliche Element zweifellos bedeutungsvoll.

[2]) *Krz. Ztg.*, 29. 1. 1933, S. 2.

[3]) Bay.KrA. München (A 01), 55, *Darré an Ilsemann*, 15. 11. 1933. Ilsemann war Duesterbergs Vertreter in der Angelegenheit.

[4]) Doc. Center Berlin (A 27), AD 51, *Hindenburg an Duesterberg*, 21. 11. 1933.

[5]) Das andere betroffene Kabinettsmitglied war Joseph Goebbels.

völlig aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Zwar erhielt er dankbar zahlreiche Ergebenheitserklärungen und Einladungen[1]), aber immer wieder lehnte er ein Auftreten in der Öffentlichkeit ab. Einmal gab er an, mit einer Pistolenforderung und 5—6 Prozessen in Anspruch genommen zu sein; ein anderes Mal schrieb er, daß er das politische Rampenlicht meiden müsse[2]). Er zog nach Berlin um und trat dort als Geschäftsführer des Bundes auf. Sogar seine Mitgliedschaften in anderen Organisationen kündigte er, „da ich keinen Bund oder Verein belasten möchte[3])". Wohl zum ersten Male in seinem Leben bekam der Zweite Bundesführer zu spüren, was es bedeutet, Opfer eines Vorurteils zu sein[4]). Aus diesem Erlebnis scheint er schließlich die Konsequenzen gezogen zu haben. Mit Wagners Unterstützung nahm er um die Wende des Jahres 1932 Verbindung zum Bund Jüdischer Frontsoldaten auf[5]). Seine Erfahrungen mit Goebbels und Darré verstärkten gleichzeitig seine Verachtung für die NSDAP.

Inzwischen gingen die Angriffe der Nationalsozialisten nicht nur gegen Duesterberg, sondern auch gegen den Bund als ganzen ununterbrochen fort. Tatsächlich war es Ende 1932 oft unmöglich zu bestimmen, wen die Röhmschen Schlägertrupps oder die Goebbels'schen Propagandisten mehr haßten — die „Marxisten" oder die Stahlhelmer[6]). Dennoch wäre es ein Fehlschluß zu glauben, daß die Kluft zwischen dem Bund und Hitler unüberbrückbar wurde. Wagners Bemerkung, daß die NSDAP „abwirtschaften" werde, jedoch nicht, ohne das Reich mit sich in den Abgrund gezogen zu haben[7]), war gewiß prophetisch; doch zu einer klaren Trennung von Hitler führte diese Erkenntnis nicht. Das schien nach so vielen Jahren des vereinten Kampfes gegen die Republik einfach undenkbar, und so besaß die gemeinsame negative Zielsetzung, die Zerstörung des „Systems", immer wieder eine erstaunliche Anziehungskraft. Außerdem hofften auch die Frontsoldaten auf jene Erneuerung Deutschlands, von der der „Führer" so leidenschaftlich redete. Es forderte schon einen schärferen Verstand als den eines einfachen Stahlhelmers, um die Unterschiede zwischen den Zielen der

---

[1]) BA Koblenz (A 02), 5, *Duesterberg an den Salzgau*, 19. 10. 1932; *Der Sta.*, 18. 9. 1932, S. 8.

[2]) DZA Potsdam (A 19), 118, fol. 248—49, *Duesterberg an Schreiber*, 12. 11. 1932. Eine andere Einladung lehnte er ab, „weil ich in meiner Stellung als 2. Bundesführer, wie auch aus persönlichen Gründen auf Grund der Angriffe gegen meine Person mir selbst strengste Zurückhaltung und Beschränkung auf die Ausübung der mir obliegenden Diensthandlungen auferlege". *Ibid.*, 280, fol. 58—59, *Duesterberg an Everling*, 7. 12. 1932.

[3]) *Ibid.*, fol. 64—65, *Duesterberg an von der Lippe*, 7. 12. 1932.

[4]) Siehe z. B. *ibid.*, fol. 149, *Duesterberg an Epp*, 13. 10. 1932.

[5]) Bay.KrA. München (A 01), 18, *Wagner an den Gau Pfalz*, 19. 1. 1933. Wagners Treue zu Duesterberg und — wie noch zu zeigen sein wird — sein Mut und seine Aufrichtigkeit sind sicherlich beispielhaft. Aber das änderte leider nichts an seinen politischen Ansichten in diesen Jahren.

[6]) Siehe z. B. *Der Sta.*, 6. 11. 1932, S. 3 ff.; J. Goebbels (B 064), S. 162. Siehe auch *B. T.*, 27. 10. 1932, S. 3, mit einer Stahlhelm-Reaktion auf die Angriffe des Hitler-Verehrers August Wilhelm von Preußen.

[7]) DZA Potsdam (A 19), 39, fol. 42, *Wagner an Neufville*, 11. 11. 1932.

NSDAP und denen ihrer einstigen Harzburger Partner zu erkennen. Folglich bedauerte man immer wieder die Aggressivität der Nationalsozialisten und fand dabei manchmal sogar recht offene Worte[1]). Aber andererseits übte man eine erstaunliche Nachsicht[2]), und es existiert keine ausdrückliche Erklärung der Bundesführung, ein Bündnis mit Hitler werde prinzipiell niemals in Frage kommen.

Die Angriffe der Nationalsozialisten hatten immerhin doch den positiven Erfolg, daß sich die Beziehungen zwischen dem Stahlhelm und der DNVP wieder verbesserten. Hugenberg war über die einseitige Kündigung des Februar-Paktes zunächst verärgert gewesen. Er hatte nicht verstehen können, warum sich die Bundesführung aus der Politik zurückziehen wollte[3]). Die daraus entstandenen Spannungen setzten sich in den Sommer 1932 hinein fort und erreichten einen neuen Höhepunkt, als im August Morosowicz und Mahnken aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion austraten[4]). Einige Wochen später begann sich die Lage jedoch zu ändern[5]). Bei der nun einsetzenden allmählichen Annäherung waren die Deutschnationalen allerdings die drängenden, wie zum Beispiel Schmidt-Hannover, der während einer Wahlversammlung am 19. Oktober ein — wie er es später feierte — siegreiches Rededuell mit Goebbels hatte[6]). Aus diesem Anlaß war Schmidt demonstrativ in Stahlhelmuniform ans Rednerpult getreten. Seldte mag an diesen Auftritt gedacht haben, als er wenige Tage später in Kiel erneut die Überparteilichkeit des Bundes betonte und sagte[7]): „Diese Wahlzeit ist keine Stahlhelmzeit."

In derselben Ansprache gab Seldte auch noch einen interessanten Hinweis, der sich auf Papen bezog: Sollte das Kabinett die Novemberwahlen überstehen,

[1]) Siehe z. B. *Der Sta.*, 11. 9. 1932, S. 4; *ibid.*, 9. 10. 1932, S. 5; *ibid.*, 16. 10. 1932, S. 4; *ibid.*, 6. 11. 1932, S. 3-4; *ibid.*, 4. 12. 1932, S. 4.

[2]) Siehe insbesondere die Reaktion des Bundes auf den Mord von Potempa in *ibid.*, 28. 8. 1932, S. 2. Weniger erstaunlich ist diese Nachsicht allerdings, wenn man eine Mitteilung in Erwägung zieht, die Seldte im Juli Bredow machte. Anläßlich einer Konferenz mit dem Ersten Bundesführer fragte Bredow diesen „nach dem Wählen seiner Mitglieder. Er meinte, 80—90% würden NSDAP wählen. Ich betonte, daß dadurch gerade seine Gegner gestärkt würden. Er meinte, das schade gar nichts; er habe sogar mit Hitler besprochen, ihm durch diese Wahlhilfe später zehn Stahlhelmsitze innerhalb der NSDAP zu geben. Auf meine Versuche, ihn mit seinen Leuten auf die Parteien außerhalb der NSDAP und rechts vom Zentrum einzustellen, meinte er, würde er weder können noch sei es zweckmäßig. Trotz Wahlhilfe der NSDAP würde diese ja doch nicht die absolute Mehrheit bekommen. Wenn sie sie bekäme, würde hoffentlich von Regierungsseite gegen diese Mehrheit regiert." Schließlich fand es Bredow nicht nur unmöglich, Seldtes Gedankengängen zu folgen, sondern er war auch „tief erschüttert von dem geringen Niveau des Führers". BA Koblenz (Militärarchiv), Nachlaß Bredow, „*Kurze Orientierung für Herrn General*", 2. 7. 1932. Diese Dokumente wurden dem Verfasser erst später zugänglich und sind daher nicht in der Bibliographie aufgeführt.

[3]) *Der Sta.*, 29. 5. 1932, S. 4.

[4]) BA Koblenz (A 02), 2, *Schriever an Hammerstein*, 18. 8. 1932.

[5]) *Der Sta.*, 11. 9. 1932, S. 8 (Grußtelegramm Hugenbergs).

[6]) O. Schmidt-Hannover (B 168), S. 299—300.

[7]) *Hbg. Nachr.*, 23. 10. 1932.

so werde es im Stahlhelm einen verläßlichen Unterstützer erhalten. Der Reichskanzler überlebte die Wahlen jedoch nicht, und Schleicher übernahm die Führung der Regierung. Es ist bereits erwähnt worden, daß der neue Kanzler seit dem Sommer immer ernstere Meinungsverschiedenheiten mit der Bundesführung hatte. Angesichts dieser Schwierigkeiten kann es nicht erstaunen, daß Egan-Krieger zu dem Machtwechsel schrieb[1]): „Die Person des Reichskanzlers v[on] Schleicher findet wenig Vertrauen. Die Art seiner Machtergreifung hat allzusehr Erinnerungen an den 9. November 1918 geweckt. Man zweifelt an seiner Charakterstärke." Nun war sich Schleicher seiner Schwäche und des Mißtrauens der Stahlhelmer sehr wohl bewußt. Darum bemüht, Stützen für sein Kabinett zu finden, versuchte er daher jetzt das Vertrauen des Bundes wiederzugewinnen. So kam es, daß selbst der „tausendköpfige" Stahlhelm auf seiner Liste potentieller Verbündeter erschien. Kurz vor Weihnachten erklärte er Seldte, dem Duesterberg die Vertretung des Bundes nach außen überlassen hatte, er wolle an dem Papenschen Plan eines Bündnisses mit dem Bund festhalten. Der Erste Bundesführer verhielt sich abwartend, und die weitere Diskussion der Angelegenheit wurde schließlich auf Januar 1933 verschoben[2]).

2. Die zweite Phase der politischen Selbstliquidierung: Der Sturz Schleichers und Duesterbergs

Um die Jahreswende wurde der Papen-Kreis aktiv, um die durch Schleicher erlittene Demütigung wettzumachen. Bald schon war einige Klarheit über die Verbindungen und Querverbindungen gewonnen. Anfang Januar hatte Papen in Köln Hitler getroffen und war von Hindenburg beauftragt worden, die Lage zu sondieren. Es ist anzunehmen, daß der Stahlhelm von Anfang an über Papens Schachzüge informiert wurde[3]).

Die Gründe für die Entfremdung der Bundesführung von Schleicher und ihre wachsende Hinwendung zu Papen sind aufgezählt worden. Die Weichen für den 30. Januar 1933 waren psychologisch also bereits gestellt. Während Papen sich darum bemühte, die letzten Hindernisse zwischen den von ihm ins Auge gefaßten Verbündeten zu beseitigen, versuchte Seldte mit der NSDAP ins reine zu kommen. Mitte Januar verhandelte er mit Göring und später sogar mit Hitler. Nach den Rückschlägen bei den Novemberwahlen waren die Nationalsozialisten konzilianter geworden, und so konnte ihnen der Stahlhelm mehrere wichtige Bedingungen stellen, die sie zu erfüllen versprachen. Man kam überein, daß

[1]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (II), *Lagebericht Egan-Kriegers*, 10. 12. 1932. Egan-Krieger fand schmeichelhafte Worte für Papen, und Kleinau schrieb in der Bundeszeitung (11. 12. 1932, S. 1) sogar: „Nun gerade Papen!"

[2]) DZA Potsdam (A 19), 2089 alt, fol. 1, *Führerbrief Mitteldeutschland*, 1. 2. 1933; IfZ München (A 48), 1495, *Vernehmung Seldtes*, 29. 10. 1945; *ibid.*, *Auszug aus einer Aussage Seldtes*, o. D.

[3]) So spricht Schmidt-Hannover [(B 168), S. 315—16] z. B. von Plänen für ein Anti-Schleicher-Kabinett, für das Wagner als Arbeitsminister vorgesehen war.

die Angriffe gegen den „Juden" Duesterberg und die „reaktionären" Stahlhelmer aufhören, die Überfälle auf Mitglieder eingestellt und der Fall Röhm geklärt werden würden[1]). Die Front gegen Schleicher nahm Gestalt an.

Jetzt verschleierten auch die Stahlhelmführer nicht länger ihre Sympathien für Papen[2]), hatte Hindenburg ihn doch beauftragt, einen Ausweg zu finden. Zwischen dem 17. und dem 21. Januar sprach Papen auf Stahlhelmtreffen in Halle, Berlin und Magdeburg, und in einem Artikel in der niedersächsischen Stahlhelmzeitung verbreitete er sich über jene Maximen, die gerade den Frontsoldaten teuer waren[3]):

> Die Ablösung der Partei- und Interessen-Herrschaft durch eine autoritäre Staatsführung ist die Vorbedingung für jede politische und wirtschaftliche Gesundung Deutschlands. Sie ist daher auch die Vorbedingung für die Erkämpfung unserer Gleichberechtigung unter den europäischen Großstaaten, für die Gewinnung unserer vollen Souveränität und Wehrfreiheit. — Sinn und Ziel des Stahlhelm... ist der Kampf um Deutschlands Freiheit... Ich bin sicher, daß das Jahr der Entscheidungen den Stahlhelm auf seinem Platze finden wird.

Papens Zuversicht wurde durch die Bundesführung nicht enttäuscht. Die Ereignisse der letzten zehn Tage des Januar, die es jetzt zu untersuchen gilt, sind unter verschiedenen Gesichtspunkten von anderen Autoren behandelt worden. Hier soll nur auf die Rolle des Bundes in den Tagen unmittelbar vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eingegangen werden.

Wer Duesterbergs Nachkriegsdarstellung zu diesem Kapitel liest, gewinnt den Eindruck, daß er den Beginn des Seldteschen „Verrats" schon in den Januar legen wollte[4]). Es gibt jedoch keine direkten Beweise hierfür, und Schmidt-Hannovers Angaben zu den Vorgängen im Stahlhelm sind allem Anschein nach nicht verläßlich[5]). Es ist zwar richtig, daß Seldte in diesen Wochen mit Göring und Hitler (und vermutlich auch mit Papen) verhandelte. Doch über diese Verhandlungen war Duesterberg durchaus informiert. Das ergibt sich schon daraus, daß die Frage seiner Abstammung zu den Bedingungen gehörte, die der Stahlhelm an Hitler stellte. Weiterhin ist zu beachten, daß Papen den Zweiten Bundesführer in sein Kabinett aufnehmen wollte[6]). Duesterberg lehnte dieses Angebot ab. Später gab er an, daß sein Gegensatz zu Hitler ihn dazu veranlaßt habe. Es ist jedoch nützlich, sich daran zu erinnern, daß er einige Monate zuvor ein ähnliches Angebot Papens mit der Begründung abgelehnt hatte, exponierte

---

[1]) DZA Potsdam (A 19), 2089 alt, fol. 1, *Führerbrief Mitteldeutschland*, 1. 2. 1933.

[2]) *Krz. Ztg.*, 14. 1. 1933, S. 1; *Der Sta.*, 15. 1. 1933, S. 3—4.

[3]) Zitiert in *Jg. Nat.*, 12. 1. 1933, S. 2. Siehe auch *Krz. Ztg.*, 19. 1. 1933, S. 3; *ibid.*, 23. 1. 1933, S. 2.

[4]) Th. Duesterberg (B 045), S. 38.

[5]) O. Schmidt-Hannover (B 168), S. 328, wonach Duesterberg gesagt haben soll, Seldte verhandele hinter seinem Rücken.

[6]) Ein Kabinett Papen war die ursprüngliche Idee gewesen, und erst später tauchte die „Hitler-Lösung" auf.

Stellungen meiden zu müssen[1]). Man könnte daher versucht sein, eine Parallele zwischen diesen beiden Fällen zu ziehen. Tatsache ist, daß das Papensche Angebot daraufhin Seldte gemacht wurde.

Eine wirklich folgenschwere Entscheidung hatte die Bundesführung allerdings erst nach dem 26. Januar zu fällen. Bis dahin hatte man unter der Voraussetzung verhandelt, daß Papen ein Kabinett mit Beteiligung der NSDAP und des Stahlhelms bilden wolle. Dieser Plan fand im Bund allgemeine Zustimmung. Doch als gegen Ende des Monats die beiden Bundesführer wieder mit Hugenberg und Papen zusammentrafen, machte letzterer Vorschläge, die die Lage erheblich veränderten: als Alternativlösung dachte er nunmehr an eine Kanzlerschaft Hitlers[2]). Er selber wollte sich mit dem Vizekanzlerposten begnügen. Duesterberg machte sofort auf die Gefahren einer nationalsozialistischen Führung aufmerksam. Doch seine Partner bemühten sich, seine Bedenken zu zerstreuen. Sie wiesen auf den langen gemeinsamen Kampf der „Nationalen Opposition" gegen die Republik hin, in dem der Zweite Bundesführer eine führende Rolle gespielt hatte. Des weiteren, so erklärten sie, werde Hitler im Kabinett durch verläßliche Männer eingerahmt sein. Trotzdem war Duesterberg nicht zu beeindrucken, und er blieb auch dann noch hartnäckig, als am Abend des 29. Januar der Reichspräsident die Hitler-Lösung schließlich akzeptierte. Anscheinend versuchten die Partner des Zweiten Bundesführers dessen Unnachgiebigkeit nun mit psychologischen Argumenten zu erklären: es mußten die von der NSDAP immer wieder aufgerissenen Wunden seiner Abstammung sein, die ihm für die Notwendigkeiten der Zeit den Blick trübten. Man beschloß, ihn zu beschwichtigen, indem man Hitler zu einer persönlichen Entschuldigung veranlaßte. Wollte man nämlich den Stahlhelm am 30. Januar einbeziehen, so mußte auch der Zweite Bundesführer der Satzung entsprechend seine Zustimmung geben. Seldte mochte uneingeschränkt für eine Hitler-Lösung sein, ohne Duesterbergs Einwilligung konnte er nicht als Vertreter des Bundes ins Kabinett eintreten. Die Bundesführung gab damit ihr Ja-Wort zu Hitler erst, nachdem die Begegnung zwischen dem „Führer" und Duesterberg stattgefunden hatte, was am Morgen des 30. Januar in Papens Wohnung geschah.

Es ist denkbar, daß die Frontsoldaten einer Kanzlerschaft Hitlers weiterhin ihre Zustimmung verweigert hätten, wäre nicht jenes schicksalsschwere Gerücht über einen bevorstehenden Reichswehr-Putsch aufgekommen. Zwar haben Nachkriegsuntersuchungen Licht in dieses Kapitel gebracht[3]), aber es ist nur allzu menschlich, daß die Akteure damals die Ereignisse nicht mit der gleichen Kühle betrachten konnten, wie es der rückschauende Betrachter heute tut. Jedenfalls hat auf die Männer um Papen das Gerücht vom 29. und 30. Januar seine Wirkung nicht verfehlt, ganz besonders nicht auf Duesterberg. Als er näm-

[1]) Siehe oben S. 238.

[2]) Einzelheiten bei Th. Vogelsang (B 203), S. 377 ff.

[3]) Siehe z. B. *ibid.*, S. 380 ff.

lich am 30. Januar nach einem frühen Telefonanruf in Papens Wohnung kam, fand er die schon versammelten Papen, Seldte und Hugenberg in großer Aufregung. „Wenn nicht bis 11 Uhr eine neue Regierung gebildet ist", sagte Papen, „marschiert die Reichswehr[1])." Doch der mißtrauische Zweite Bundesführer war nicht der Mann, der solchen Worten vorbehaltlos Glauben schenkte. Er schwankte zwischen Ungläubigkeit und Sorge, und

> da die Klärung dieser so überaus bedeutungsvollen Frage mir unerläßlich schien – es konnte ja auch ein politisches Druckmittel sein, um die Machtergreifung Hitlers zu beschleunigen [!] –, begab ich mich sofort in das Reichspräsidentenpalais zum Sohn Hindenburgs. Vor dessen Tür stand ein Feldwebel der Reichswehr, ob zum Schutze oder zur Überwachung, weiß ich nicht. Auch den phlegmatischen Hindenburgschen Sohn fand ich in seltener Erregung: „Ich kann Ihnen nichts Näheres sagen. Ich muß zum Anhalter Bahnhof, um Blomberg abzuholen. Aber dem Verräter Schleicher werde ich es heimzahlen[2])."

Die Erlebnisse im Reichspräsidentenpalais scheinen auch den skeptischen Zweiten Bundesführer davon überzeugt zu haben, daß von Schleicher her Gefahr drohte. Er eilte zu Papens Wohnung zurück.

Dort waren inzwischen auch Hitler und Göring eingetroffen. Duesterberg traf sie zum ersten Male seit Monaten. Die nun folgende Szene war offenbar gut geprobt, denn die beiden Nationalsozialisten hatten inzwischen erfahren, welches Hindernis einer Einigung mit dem Stahlhelm noch im Wege stand. Sie flüsterten zusammen,

> standen dann in gewisser Feierlichkeit auf und traten dann auf mich zu. Hitler sagte etwa: „Ich bedaure die Ihnen durch meine Presse zugefügten gehässigen Beleidigungen. Ich versichere Ihnen auf mein Wort, daß ich diese nicht veranlaßt habe." Er sprach mit der von ihm bei Beginn seiner Reden häufig angewandten „Grabesstimme", tat innerlich bewegt, ja hatte feuchte Augen, ergriff meine Hand und legte seine beiden Hände auf diese, wie er es später bei Beileidskundgebungen gegenüber trauernden Hinterbliebenen zu tun pflegte[3]).

An dieser Nachkriegsdarstellung Duesterbergs ist nur ein Punkt ungenau: Hitler „ergriff" seine Hand nicht. Für die Abfassung seines *Führerbriefes* vom 1. Februar 1933 war die Erinnerung des Zweiten Bundesführers noch sehr viel frischer, weshalb das Rundschreiben ausführlicher zitiert werden sollte[4]):

> Nachdem der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg, in mehreren Unterredungen sich den Stahlhelm-Bundesführern gegenüber mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler einverstanden erklärt hatte und Herr v. Papen selbst sich mit einer Stellung als Vizekanzler unter Hitler, allerdings mit Vetorecht und gemeinschaftlichem Vortrag bei dem Reichspräsidenten, begnügt hatte, stand die Stahlhelm-Bundesführung vor einer folgenschweren Entscheidung. . . . Alle beteiligten Männer, sowohl Herr Hitler wie Herr v. Papen, Dr. Hugenberg, der 1. Bundes-

[1]) Th. Duesterberg (B 045), S. 39.

[2]) *Ibid.*

[3]) *Ibid.*, S. 40. Siehe auch Duesterbergs Artikel im *Mannheimer Morgen*, 30. 1. 1947.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 2089 alt, fol. 1, *Führerbrief Mitteldeutschland*, 1. 2. 1933.

führer des Stahlhelm und vor allem der 2. Bundesführer haben sehr gewichtige persönliche, aber auch Überzeugungsfragen der unbedingt notwendigen Sammlung der nationalen Parteien und Gruppen Deutschlands gegenüber selbstlos in den Hintergrund gestellt. Alle Beteiligten haben schwere Opfer gebracht. Bevor der Stahlhelm sich endgültig entschloß, hatte Herr Hitler in der entscheidenden Vorbesprechung zwischen 10 Uhr 30 und 11 Uhr vormittags am 30. Januar offiziell den 2. Bundesführer des Stahlhelm im Beisein des 1. Bundesführers wegen der persönlichen Angriffe mit dem Ausdruck des Bedauerns um Entschuldigung gebeten. Nachdem Herr Hitler auf sein Ehrenwort versichert hatte, daß er diese Angriffe weder veranlaßt noch gebilligt habe, hat der 2. Bundesführer die ihm dargebotene Hand eingeschlagen [!].

Es gibt noch einen weiteren Beweis dafür, daß Duesterberg nicht zuletzt unter dem Eindruck seiner Erfahrungen im Reichspräsidentenpalais „schwere Opfer" brachte. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß er nach der Szene in Papens Wohnung diesen und seine Gäste zur Vereidigung ins Präsidentenpalais begleitete. Auf Grund der Gleichstellung der beiden Bundesführer in der Befehlsstruktur des Stahlhelms hätte Duesterberg Seldtes Eintritt in das Kabinett blockieren können. Dann wäre es aber sinnlos gewesen, sich dem Gang durch die Präsidentengärten anzuschließen. Duesterberg hatte also nach seiner Begegnung mit Hitler von seinem Vetorecht keinen Gebrauch mehr gemacht, als er sich zur Vereidigungszeremonie einfand.

So kam es, daß Duesterberg auch die Vorgänge im Reichspräsidentenpalais und besonders den Streit zwischen Hitler und Hugenberg fünf Minuten vor der Vereidigung miterlebte[1]). Seine Schilderung ist deshalb so interessant, weil er sich und den gleichzeitig anwesenden Wagner als „‚unbelastete' Zuschauer" bezeichnete. Als solche hörten sie, wie Papen „fast kläglich" jammerte[2]): „Herr Geheimrat, soll denn an Ihrem Widerstand die endlich errichtete deutsche Einheit wieder zerbrechen? Ein deutscher Mann hat Ihnen sein Ehrenwort vor uns allen gegeben. Wie können Sie da noch zweifeln? Hugenberg blieb bei seinem Nein. Da stürzte Meissner in den Raum, hatte seine Uhr in der Hand und rief mit zitternder Stimme...: ‚Meine Herren, Sie können den Herrn Reichspräsidenten nicht warten lassen; es ist schon elf Uhr und auf diese Zeit war die Vereidigung der Minister angesetzt.'" Allerdings scheint Duesterberg nach der Ehrenerklärung Hitlers in Papens Wohnung einer ähnlichen Prozedur unterworfen worden zu sein, und insofern war er nicht weniger „unbelastet" als Hugenberg, auf den man diesmal von allen Seiten eindrang. Daß der Zweite Bundesführer bereits von Zweifeln gepackt wurde, als das neue Kabinett zur Vereidigung vor den Präsidenten trat, ist dabei durchaus glaubwürdig. „Voll dunkler Ahnungen" verließ er mit Wagner das Gebäude[3]). „Das Schicksal nahm seinen Lauf" — doch auch Duesterberg hatte ihm ein wenig nachgeholfen. Sein Entschluß,

[1]) Th. Duesterberg (B 045), S. 40—41.

[2]) *Mannheimer Morgen*, 30. 1. 1947.

[3]) Th. Duesterberg (B 045), S. 41.

„im Strudel der Zeit den Stahlhelm als festes Bollwerk zu erhalten", konnte nichts mehr daran ändern, daß auch er in einer schwachen Stunde die Hitler-Lösung unterstützt hatte. Er versuchte dies durch mutigen Widerstand bis zum Jahre 1945 wieder gutzumachen.

Am Abend des 30. Januar marschierten große Massen begeisterter Anhänger der neuen Regierung durch die Straßen von Berlin, unter ihnen auch viele Stahlhelmer[1]). Am folgenden Tage begrüßten die *Führerbriefe* des Bundes die Bildung des Hitler-Papen-Hugenberg-Seldte-Kabinetts und die Erneuerung der Harzburger Front[2]). Es wurde hervorgehoben, „daß die persönlichen Differenzen zwischen dem Kameraden Zweiten Bundesführer und der NSDAP vor der Kabinettsbildung durch eine Erklärung Hitlers einwandfrei aus der Welt geschafft worden sind". Abschließend wurden die Mitglieder aufgefordert, Seldte im Kabinett tatkräftig zur Seite zu stehen und gegen erneute Reichstagswahlen Front zu machen. Die nächste Ausgabe der *Führerbriefe* erklärte es sodann zur Pflicht des Bundes, „genügend starke Reserven für den Kampf um die ewigen Freiheitsgüter der Nation zu behalten"[3]).

Aber schon in der folgenden Woche sprach Duesterberg sich öffentlich nicht nur gegen Wahlen aus, sondern kritisierte auch die Haltung der Nationalsozialisten ganz allgemein. In einer Rede in Berlin gab er seiner „ernsten Sorge" angesichts „gewisser Erscheinungen" Ausdruck und warnte vor Methoden „wie nach der Revolution von 1918, wo Postenjägerei und Bonzenwirtschaft einriß"[4]). Am unmißverständlichsten war jedoch sein Hinweis auf die Tatsache, daß Hunderttausende alter Frontsoldaten auch unter den Sozialisten und Katholiken zu finden seien[5]). Er finde es „peinlich, wenn ausgesprochene Drückeberger und Jugendliche, die während des Weltkrieges noch in den Windeln lagen oder die Schulbank drückten, ausgerechnet über mangelnde Vaterlandsliebe dieser Männer sich Urteile öffentlich erlauben". Diese offene Herausforderung der NSDAP blieb nicht unbemerkt.

Im Februar ergaben sich noch weitere Gelegenheiten zu Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten. Am 5. März sollte trotz aller Proteste doch gewählt werden. Nach mehreren vergeblichen Versuchen, Hitler wenigstens zu einer Einheitsliste zu überreden, mußten seine Kabinettspartner schließlich ihre eigene „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" gründen. Zweck dieses Zusammenschlusses wurde es, durch Sammlung möglichst vieler Wählerstimmen eine starke konservative Stellung im Kabinett zu sichern. So wurde der Wahlkampf eher zu einem Ringen zwischen den Verbündeten in der „Konzentrations-

[1]) *Der Sta.*, 5. 2. 1933, S. 5.

[2]) Bay.KrA. München (A 01), 68, *Führerbrief*, 31. 1. 1933. Siehe auch die Erklärung der beiden Bundesführer in *Krz. Ztg.*, 31. 1. 1933, S. 1.

[3]) Bay.KrA. München (A 01), 68, *Führerbrief*, 6. 2. 1933.

[4]) *Jg. Nat.*, 9. 2. 1933, S. 2. Siehe auch *Der Sta.*, 12. 2. 1933, S. 2.

[5]) *B. T.*, 7. 2. 1933, S. 3. Siehe auch *Der Sta.*, 26. 2. 1933., S. 4.

regierung" als zu einem Gefecht „gegen Parlamentarismus, Demokratie und Internationalismus, also parlamentarisch gegen Zentrum, Sozialdemokratie und Kommunismus", wie Wagners offizielle Parole lautete[1]). So sehr kam es der Bundesführung jetzt auf einen Erfolg gegen die NSDAP an, daß sie sogar ihre Grundsätze aus dem Vorjahr für die Wahlkampfzeit aufgab[2]). Egan-Krieger wurde zum Manager der Kampffront ernannt, und überall traten Stahlhelmer als Redner auf. Selbst Duesterberg mißachtete seinen alten Vorsatz, sich von Auftritten in der Öffentlichkeit zurückzuhalten. In Oldenburg zum Beispiel sagte er klar und deutlich, worum es ging[3]): „Auf innenpolitischem Gebiete sind wir der Ansicht, daß nach dem 5. März ein Kurs der Sammlung aller aufbauwilligen, den Staat bejahenden, wehrbereiten Männer und Frauen erfolgen muß. Wir können uns nicht mehr den Luxus eines weiteren jahrelangen Bürgerkrieges gestatten."

Am 20. Februar sandte der Zweite Bundesführer ein geheimes Rundschreiben an die Landesführer mit dem Befehl, vom 3. bis 6. März den Bund in den Alarmzustand zu versetzen[4]). Das war angeblich eine Vorsichtsmaßnahme „angesichts gewisser Vorbereitungen von Linksradikalen". Erst nach dem Kriege konnte Duesterberg eine Erklärung für seine Entscheidung geben, die einen sinnvolleren Zusammenhang mit seinen öffentlichen Warnungen an die Nationalsozialisten herstellt[5]): er befürchtete, daß Hitler nach den Wahlen der SA für 24 Stunden freie Hand lassen würde. Weiterhin konzentrierte die Bundesführung am Tage des größten nationalsozialistischen Wahlsieges etwa 30000 Anhänger zu einer Demonstration in Berlin, an deren Spitze der Zweite Bundesführer an der Reichskanzlei vorbeimarschieren wollte. Es kam nicht ganz so weit. Denn in letzter Minute konnte der Berliner Polizeipräsident intervenieren und den Aufmarsch in den Lustgarten umleiten[6]). Nach dem Kriege behauptete Duesterberg, durch seine Demonstration die „Nacht der langen Messer" verhindert zu haben[7]). Beweise dafür scheint es nicht zu geben. Sicher ist daher nur, daß Hitler sich provoziert fühlte, und der Stahlhelmführer erhielt weitere Minuspunkte.

Andere Meinungsverschiedenheiten entwickelten sich besonders mit der SA und der SS. Diese Auseinandersetzungen waren deshalb so gefährlich für den Stahlhelm, weil sie seine Rolle als Reservearmee berührten. Wer Hitlers totalitäre Ansprüche aus der Zeit vor dem 30. Januar nicht vergessen hatte, war freilich kaum erstaunt, daß die gemeinsamen Fackelzüge mit der SA bald auf-

[1]) DZA Potsdam (A 19), 293, fol. 22—25, *Rundschreiben Wagners*, 13. 2. 1933.

[2]) *Der Sta.*, 5. 3. 1933, S. 2.

[3]) *Ibid.*, S. 3.

[4]) DZA Potsdam (A 19), 293, fol. 46, *Rundschreiben Duesterbergs*, 20. 2. 1933.

[5]) Th. Duesterberg (B 045), S. 46.

[6]) *Krz. Ztg.*, 6. 3. 1933, S. 1—3; *Der Sta.*, 12. 3. 1933, S. 5.

[7]) Th. Duesterberg (B 045), S. 46—47.

hörten. Röhms Leute waren jetzt selbstbewußter denn je und nahmen die Infiltration und Verunglimpfung des Bundes allen Versprechungen zum Trotz ungehemmt wieder auf. Am 20. Februar war die Agitation der SA so störend geworden, daß Duesterberg alle gemeinsamen Veranstaltungen bis nach den Wahlen untersagte[1]).

Nicht zuletzt erhob sich noch die Frage der Hilfspolizei[2]). Mitte Februar hatte Göring eine Konferenz auf höchster Ebene einberufen, auf der die Bildung derartiger Einheiten besprochen wurde[3]). Während dieser Sitzung behauptete die SS, besser für Polizeiaufgaben ausgebildet zu sein als die Stahlhelmer (was angesichts der Position der Hilfspolizei im „Dritten Reich" zweifellos stimmte). Der Vertreter des Stahlhelms allerdings protestierte gegen diesen Anspruch und verlangte eine gleichberechtigte Teilnahme des Bundes. Eine rein nach parteipolitischen Grundsätzen aufgebaute Hilfspolizei, so argumentierte er, könne leicht zu einer Art „Tscheka" werden! Sicherlich war die SS über diesen Vergleich nicht erfreut, und Duesterberg und seine Vertrauten wurden erneut als Störenfriede vermerkt. Im Anschluß an eine weitere Besprechung über die Bildung einer Hilfspolizei vertraute Wagner den Landesführern an, daß der ganze Plan der Bundesführung „unbequem" sei[4]). Aber dennoch, so schloß er, werde der Stahlhelm „dem nationalen Staat seine Hilfe natürlich nicht versagen". Am 22. Februar gab Göring die Bildung der Hilfspolizei bekannt[5]), und am 8. März verfügte das Bundesamt, geeignete Stahlhelm-Hilfspolizisten zu nominieren[6]). Das Rundschreiben betonte, daß eine starke Beteiligung des Bundes in den Einheiten besonders wichtig sei, und so dienten in der Folgezeit eine ganze Reihe von Frontsoldaten in diesen Polizeiverbänden. Der mit der neuen Einrichtung getriebene Mißbrauch war daher vermutlich auch für die Klagen verantwortlich, die bald in der Stahlhelmpresse zu lesen waren[7]).

Letztlich gab es noch Schwierigkeiten zwischen der NSDAP und dem Stahlhelm um den Arbeitsdienst. In einer der ersten Sitzungen des neuen Kabinetts hatte Seldte den Wunsch geäußert, Friedrich Syrup als Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst ersetzen zu dürfen[8]). Seine Kollegen hatten dagegen nichts einzuwenden. Die Nationalsozialisten erhoben jedoch Einspruch, als der Stahlhelm den Staatssekretärsposten im Reichskommissariat auch noch für sich

[1]) DZA Potsdam (A 19), 293, fol. 46, *Rundschreiben Duesterbergs*, 20. 2. 1933.

[2]) Der Gedanke einer Hilfspolizei war bereits 1932 von der braunschweigischen Regierung entwickelt worden. E.-A. Roloff (B 158), S. 114 ff.

[3]) Bay.KrA. München (A 01), 78 (III), *Chiffriertes Rundschreiben D X 67*, o. D.

[4]) *Ibid.*, *Rundschreiben Wagners*, 27. 2. 1933.

[5]) *Krz. Ztg.*, 25. 2. 1933, S. 1. Siehe auch Bay.KrA. München (A 01), 78 (III), *Durchführungsbestimmungen zum Erlaß vom 22. 2. 1933 betr. Hilfspolizei.*

[6]) BA Koblenz (A 02), 6, *Rundschreiben Hennings*, 9. 3. 1933, worin die Bundesverfügung zitiert wird.

[7]) Siehe z. B. Bay.KrA. München (A 01), 68 (I), *Führerbrief*, 5. 4. 1933.

[8]) BA Koblenz (A 04), 1459, *Protokoll der Ministerbesprechung*, 2. 2. 1933.

beanspruchte. Hitler wollte nicht Mahnken, sondern Konstantin von Hierl, seinen eigenen Arbeitsdienstexperten, für seine Bemühungen um dieses Programm belohnt sehen. Der Konflikt endete in einem vorläufigen Waffenstillstand[1]).

Trotz derartiger Streitigkeiten war der Bund unvermindert damit beschäftigt, den Sieg vom 30. Januar zu sichern. Viele Stahlhelmer blickten hoffnungsvoll auf Hitler und hielten die Unterschiede zwischen der NSDAP und der Kampffront für unerheblich[2]). Für die Vollendung der „Nationalen Revolution" waren Geschlossenheit und eine feste Hand erforderlich. Tüchtige Arbeit leisteten in dieser Hinsicht die Stahlhelm-Hilfspolizisten. Überall fand „der Aufruf des preußischen Kommissars für das Innenministerium zur Bildung einer Hilfspolizei... ein begeistertes Echo"[3]). Der Westharzgau mobilisierte eine „stattliche Anzahl" von Mitgliedern, und „überall lagen Stahlhelm-Einheiten bereit, sich für den nationalen Umbruch einzusetzen"[4]). Anfang März verwirklichte auch die braunschweigische Regierung ihre alten Pläne aus dem Vorsommer[5]), und in Oberbayern wurden 130 Stahlhelmer als Sicherheitshilfspolizisten angestellt[6]).

In Hamburg und Württemberg nahm der Bund aktiv an Gleichschaltungsmaßnahmen teil. So hatte sich in der Hansestadt bis Anfang März 1933 die Sozialdemokratie mit den Liberalen noch gegen die „Nationale Revolution" stemmen können. Dann wurde sie plötzlich entmachtet und durch eine aus NSDAP, DNVP und Stahlhelm zusammengesetzte Regierung abgelöst. Bei den Vorbereitungen hierzu bekundeten die Frontsoldaten ihre Entschlossenheit, „die Neuordnung mit der Wehrkraft des Stahlhelm zu verteidigen". Für ihre Dienste erhielten sie zwei Sitze in der neuen Regierung[7]).

Zur gleichen Zeit führte die NSDAP mit der Hilfe der SA und des Stahlhelms ihren Schlag gegen die Regierung Bolz in Südwestdeutschland. Bereits am 8. März war Stuttgart in den Händen der Nationalsozialisten und Stahlhelm-Einheiten rückten an, um an der Machtergreifung teilzunehmen. Mehr denn je zeigten jetzt die Neufvilleschen Sportkorps ihren Wert, so daß Württemberg innerhalb weniger Stunden gleichgeschaltet war. Die Polizei leistete keinen Widerstand[8]). In

[1]) *Jg. Nat.*, 2. 3. 1933, S. 4. Ende März wurde Hierl dann aber doch Staatssekretär und Mahnken einer der beiden ihm untergebenen Kommissare.

[2]) Siehe hierzu z. B. die Darstellung von Hans Lüders, *Der Salzgau im Dritten Reich*, S. 1 in BA Koblenz (A 02), 10.

[3]) *Der Sta.*, 19. 3. 1933, S. 6.

[4]) O. Lippelt und E. Huckstorf, Hrsg. (B 114), S. 163.

[5]) E.-A. Roloff (B 158), S. 140.

[6]) Bay.KrA. München (A 01), 132, *Anlage zum Rundschreiben des Kommissarischen Staatsministers des Bayerischen Innenministeriums*, 27. 3. 1933.

[7]) *Der Sta.*, 19. 3. 1933, S. 4; Wilhelm Recken und Julius Krafft, Hrsg., *Hamburg unterm Hakenkreuz* (B 152), S. 96—98; Karl Dietrich Bracher et al., *Die Nationalsozialistische Machtergreifung* (B 013), S. 143.

[8]) H. Steiss, Hrsg. (B 191), S. 43 ff.

der Chronik des württembergischen Landesverbandes sind auch einzelne Vorfälle aus jenen Tagen aufgezeichnet, die ein Licht auf die Aktionen der Stahlhelm-Hilfspolizei werfen, wie zum Beispiel die interessante Beschreibung eines Mitgliedes von einer Jagd nach Gegnern des „Dritten Reiches“[1]):

> Ich hatte plötzlich einen zwischen Tischen und Stühlen verschwinden sehen, ging ihm nach und zog ihn ans Tageslicht. Zwei SS-Kameraden erkannten den Verbrecher. Ohne Aufforderung hielt er die Hände hoch und flehte um Gnade. Auf die Drohung, ihn vor dem Lokal aufzuhängen, begann er zu heulen. Ähnlich ging es mit den anderen.

Auf solche und ähnliche Art und Weise[2]) wurde die „Nationale Revolution“ durchgesetzt, und der Stahlhelm hatte keinen geringen Anteil an den Erfolgen. Immerhin entsprach diese Beteiligung an den Maßnahmen der Nationalsozialisten ganz den Parolen des Bundes aus den Jahren vor 1933, die auch jetzt nicht widerrufen oder abgeändert wurden. In der Stahlhelmpresse konnte man nach wie vor Lobeshymnen auf die Wiederherstellung der Harzburger Front lesen, und für die einfachen Mitglieder gab es keine deutlichen Warnzeichen. Selbst Duesterberg, der dem Regime von Anfang an nachweislich kritisch gegenüberstand, half bei der Verbreitung der Schlagworte des „Dritten Reiches“. Seine Bedenken brachte er nur versteckt vor, und so wurden sie gewöhnlich von vertrauteren Worten übertönt wie[3]): „Deutschland ist erwacht!“ und „Deutschland wird sich behaupten, wenn wir einig werden und einig bleiben“. In Bremen fügte er hinzu[4]): „Die innere Befreiung ist im Werden! [Wir brauchen] Säuberung von all den in den vergangenen Jahrzehnten in unser Volkstum eingedrungenen zersetzenden Korruptionserscheinungen.“

Was schließlich sollte der Ortsgruppenführer oder das Durchschnittsmitglied über den Tag von Potsdam denken, an dem sich in Gegenwart Hindenburgs die konservativen Honoratioren des Reiches mit den Nationalsozialisten verbrüderten? Duesterberg hat nach 1945 eine lange Schilderung dieses Tages gegeben und dabei aus der Rückschau Hitler als einen Meister der Täuschung entlarvt[5]). Über die Tatsache, daß auch er als Zweiter Bundesführer an der

---

[1]) *Ibid.*, S. 45.

[2]) Siehe auch *Der Sta.*, 19. 3. 1933, S. 6. Später durften sich Stahlhelmführer über die Erfolge informieren: „Ich gestatte mir, Sie und die Herren der Landesleitung sowie die Münchener Leitung des Stahlhelm für Donnerstag, den 3. August, nachm. 4 Uhr zur Besichtigung des Lagers Dachau und zur Enthüllung eines Horst-Wessel-Gedenksteines und anschließendem Kameradschaftsabend der Wachmannschaft ergebenst einzuladen.“ Bay.KrA. München (A 01), 51, *Himmler an Malsen-Ponickau*, 31. 7. 1933.

[3]) So Duesterberg in einer Rede in Leipzig am 15. 3. 1933, wiedergegeben in *Der Sta.*, 19. 3. 1933, S. 2. Ähnlich: „Wir wissen, wie hoch gerade die Frontsoldaten Göring und Hitler die im Stahlhelm gesammelten alten Kameraden aus dem Weltkriege schätzen und wie einmütig Kamerad Seldte mit den Männern im Kabinett zusammensteht.“ *Ibid.*, 9. 4. 1933, S. 3.

[4]) *Krz. Ztg.*, 31. 3. 1933, S. 1—2. Bei selbiger Gelegenheit wandte er sich auch gegen Massenübertritte, „damit der Stahlhelm nicht in eine falsche politische Linie gedrängt wird“. *Ibid.*

[5]) Th. Duesterberg (B 045), S. 48—50. Siehe auch Hans Hupfeld, Hrsg., *Reichstagseröffnungsfeier in Potsdam* (B 096).

Potsdamer Garnisonskirche vorfuhr und eine Parade der dort versammelten Stahlhelm-Einheiten abnahm, geht er dagegen eilig hinweg. Die Oberfläche der „Nationalen Revolution" sah somit glatt aus, und von Duesterbergs Kameraden wurde nur diese Oberfläche gesehen. Zieht man dies in Erwägung, so ist es nicht verwunderlich, daß sie den Erfolg vom 30. Januar zementieren halfen.

Folglich trieb der Stahlhelm während der ersten Monate des „Dritten Reiches" eine widersprüchliche Politik. Vom Standpunkt Hitlers und seiner Kabinettskollegen aus gesehen, nahm er einerseits am Aufbau des „neuen Staates" teil. Seldte saß im Kabinett, und unter ihm arbeiteten zahlreiche Mitglieder in offiziellen und inoffiziellen Positionen. Es schien nur recht und billig, daß der Bund einen festen Platz in dieser „Revolution" erhalten sollte. Aber andererseits stießen die Führer des Reiches immer wieder auf allerlei unsichtbare Hindernisse auf ihrem Weg zum „totalen Staat"[1]). Verärgert suchten sie nach dem Urheber der Schwierigkeiten, und bald schon richteten sich ihre Verdächtigungen gegen den Zweiten Bundesführer und seine Freunde. Die sogenannte Duesterberg-Krise des April 1933 kam daher nicht unerwartet, sondern entwickelte sich über mehrere Wochen, und unter den damaligen Machtverhältnissen und ideologischen Gegebenheiten mußte sie in der Absetzung des nonkonformistischen Zweiten Bundesführers enden. Mit ihr fand die politische Selbstliquidierung des Bundes ihren Abschluß.

Nach 1945 scheint sich der aufs äußerste verbitterte Widerstandskämpfer Duesterberg nicht recht klar darüber gewesen zu sein, daß seine Stellung 1933 sehr schwach war. Seit den frühen Zwanzigern hatte er die Massen des Stahlhelms auf eine Diktatur vorbereitet. Seine damalige Agitation für die „Befreiung Deutschlands" bediente sich all der vagen Begriffe von einem „Dritten Reich", an dem Hitler jetzt zu arbeiten vorgab. Mag Duesterberg auch den wahren Charakter des Nationalsozialismus bald nach dem Januar 1933 erkannt haben, seinen weniger erfahrenen Anhängern kam die Erkenntnis erst sehr viel später. So war es Duesterbergs tragisches Dilemma — und hierin gleicht sein Schicksal dem vieler anderer Antirepublikaner — daß niemand seine verhaltene Kritik an Hitler verstand. Man brauchte ihn immer nur auf seine früheren Reden hinzuweisen, um die „Unglaubwürdigkeit" seiner jetzigen Kritik bloßzustellen. Er suchte daher sein Gewissen damit zu beruhigen, daß er die „nationale Revolution" hinter den Kulissen bremste, was aber auf die Dauer auch nicht möglich war, wenn der Bund einen festen Platz im „Dritten Reich" haben sollte. Da er selbst nicht die Konsequenzen aus seiner widersprüchlichen Haltung zog, taten es schließlich andere für ihn.

Seldte sah im Gegensatz zu Duesterberg bald, daß eine Legalisierung des Bundes mit der Rolle, die Duesterberg ihm geben wollte, unvereinbar war. Ihm kam es in erster Linie darauf an, seinen Kameraden nach ihren großen Opfern

[1]) *Krz. Ztg.*, 23. 4. 1933, S. 1, mit einem Artikel Brauweilers (!), in dem der Aufbau eines solchen Staates für notwendig erklärt wird.

im Kampf gegen die Republik ihren Platz in der „nationalen Revolution" zu sichern. Dieses Ziel vor Augen, setzte sich der Erste Bundesführer mit Hitler in Verbindung. Doch wann immer er das Thema anschnitt, zuckten seine Kabinettskollegen mit den Achseln und wiesen auf — Duesterberg[1]). Morosowicz machte ähnliche Erfahrungen mit Göring. Die „arische Frage", wenn auch unausgesprochen, mag dabei eine gewisse Rolle gespielt haben. Denn so, wie sie für die Nationalsozialisten ein weiterer Grund für ihre reservierte Haltung war, gab sie Seldte die Möglichkeit, Duesterberg unter Hinweis auf seine psychologische Situation zu entschuldigen: er hatte eben den Sinn für die Proportionen verloren. Als Seldte aber trotzdem nur auf Ablehnung stieß, versuchte er das Problem von einer anderen Seite her zu lösen. Mitte März bat er den Zweiten Bundesführer, Urlaub zu nehmen, solange die Stellung des Bundes im „neuen Deutschland" Gegenstand von Verhandlungen sei[2]). Die Zweiköpfigkeit des Stahlhelms könne die Aussicht auf eine Einigung mit dem „Führer" nur gefährden. Zwar sah Duesterberg die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Klärung der Rolle des Bundes ein, aber bei den Verhandlungen abwesend sein wollte er nicht.

Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, als habe sich Seldte in der wachsenden Krise selbstlos verhalten. Es wäre wohl übermenschlich gewesen, wenn er die in der Vergangenheit durch Duesterberg erlittenen Demütigungen einfach vergessen hätte. Nachdem es seit 1923 immer wieder der Zweite Bundesführer gewesen war, der die Stellung des Ersten untergraben hatte, war jetzt plötzlich eine Wendung eingetreten. Nun verlor Duesterberg immer mehr an Einfluß, was Seldte gewiß nicht unglücklich machte[3]). Obendrein erinnerte der Zweite Bundesführer seinen Kollegen daran, daß er ihm seinen Kabinettssitz verdanke, und warf ihm vor, Hitler gegenüber zu nachgiebig zu sein. Nicht zuletzt glaubte Seldte noch, Duesterberg aus folgendem Grunde entbehren zu können: er war fest davon überzeugt, letzten Endes allen anderen überlegen zu sein. Er sah sich, wie Duesterberg es später formulierte, als eine Art deutscher Archimedes, der eines Tages die Hitler-Regierung aus den Angeln heben würde, um selber die Macht zu übernehmen[4]). Mag dieser auch bei anderen Stahlhelmführern zu bemerkende Mangel an Selbstkritik wenig für Seldte als Politiker sprechen, es muß ihm zugestanden werden, daß er subjektiv ehrlich für das Wohl des Bundes zu arbeiten glaubte. Seine Selbstüberschätzung ließ ihn alle Warnzeichen übersehen.

Vor dem Hintergrund des angeschlagenen äußeren Ansehens des Zweiten Bundesführers und der wiederauflebenden internen Differenzen müssen nun-

---

[1]) Doc. Center Berlin (A 26), 471, *Rundschreiben Stephanis an die Gauführer*, 27. 4. 1933.

[2]) Duesterberg schreibt [(B 045), S. 53], ihm sei eine Weltreise angeboten worden.

[3]) Duesterbergs Bemerkungen hierzu (*ibid.*, S. 51) spiegeln offenbar noch zu sehr seine Erbitterung wider.

[4]) *Ibid.*

mehr die Vorgänge beleuchtet werden, die sich während der letzten vier Wochen der Duesterbergschen Amtszeit abspielten. Gegen Ende März verstärkte sich der Druck auf Duesterberg, aus seiner eigenartigen Stellung die Konsequenzen zu ziehen. Am 31. schrieb Seldte einen Brief an seinen Kollegen mit der Bitte, seinen Rücktritt in der für den folgenden Morgen angesetzten Bundesratssitzung bekanntzugeben. Im Verlauf dieser Konferenz zwangen die übrigen Bundesratsmitglieder Seldte jedoch zum Rückzug. Er wurde überredet, den Brief an Duesterberg für nicht geschrieben zu erklären[1]). Ernstes Kopfzerbrechen mußte aber die andere Bitte des Bundesrates dem Ersten Bundesführer bereiten. Sie machten ihn nämlich zum Beauftragten des Bundes für die Verhandlungen mit Hitler. Seldte war damit in eine unangenehme Lage geraten. Auf der einen Seite standen die Landesführer, die zu Duesterberg hielten; auf der anderen sah sich Seldte seinen Kabinettsmitgliedern gegenüber, die Duesterberg ablehnten. Daß der Zweite Bundesführer auf den „Führer" wie ein „rotes Tuch" wirkte, war nicht weiter erstaunlich. Wichtiger ist schon, daß Hitler einflußreiche Verbündete wie Papen und Meissner hatte. Beide reagierten zwar nicht direkt allergisch auf Duesterberg, doch immerhin waren auch sie für dessen Rücktritt[2]).

Mitte April konnte Seldte endlich nicht mehr an der Tatsache vorbeisehen, daß seine ohnehin schwache Verhandlungsposition von mehreren Seiten gleichzeitig bestürmt wurde. Nach Hitler traten jetzt auch Meissner, Papen und Blomberg auf den Plan. Letzterer nahm zusammen mit Papen Verbindung zu Seldte auf, um die Einigung mit der NSDAP zu beschleunigen. In Wirklichkeit aber verhielten sich die beiden Vermittler ziemlich undiplomatisch. Sie muteten „dem Stahlhelm direkte Demütigungen" zu, „so daß es dabei zu außerordentlich erregten Auseinandersetzungen Seldtes mit dem Reichswehrminister gekommen ist, die erst durch Eingreifen des Reichspräsidenten beseitigt werden konnten"[3]) Blombergs demütigende Vorschläge lassen sich erahnen, wenn man die Ansichten des vermittelnden Hindenburg heranzieht: Während der Feldmarschall den Bund in jedem Falle erhalten wissen wollte, forderte Blomberg in seinem Wortgefecht mit Seldte vermutlich die Auflösung des Stahlhelms, sollte Duesterberg nicht zum Rücktritt bereit sein. Nichts aber lag Seldte ferner, als Blombergs Plänen zuzustimmen und so den Stahlhelm zu „verraten"[4]). Andererseits bestärkten diese Erfahrungen ihn zweifellos in dem Glauben, daß er seine Aufgabe als Beauftragter des Bundes für die Verhandlungen mit Hitler nur über die Abdankung des Zweiten Bundesführers werde lösen können.

Mit dieser Alternative wurde Seldte anscheinend deutlicher denn je während seines Osterbesuches bei Hitler in Berchtesgaden konfrontiert. Es ist dabei von

[1]) *Ibid.*, S. 53.

[2]) *Ibid.*, S. 52 f.

[3]) Doc. Center Berlin (A 26), 471, *Rundschreiben Stephanis an die Gauführer*, 27. 4. 1933.

[4]) Die Version des Zweiten Bundesführers in Th. Duesterberg (B 045), S. 54 ff.

Bedeutung, daß Duesterberg zu diesem Besuch seine ausdrückliche Zustimmung gegeben hatte. Sah er wirklich nicht, daß eine Einigung mit seinem Widerstand hinter den Kulissen schwer vereinbar war? So redete Hitler bei Seldtes Besuch in Oberbayern denn auch „nur über Außenpolitik und andere Dinge“[1]). Die Lösung der Stahlhelm-Frage wurde bis nach Ostern verschoben, zu welcher Zeit auch Seldtes Vorbereitungen gegen Duesterberg begannen.

Der Erste Bundesführer war jedoch alles andere als ein Gewaltmensch. Auch jetzt dachte er noch nicht an eine brutale Lösung. Am Morgen des 20. April schickte er Rudolf Schaper in Duesterbergs Büro. Schaper sollte ihn um seinen Rücktritt bitten, woraufhin der Zweite Bundesführer ihm die Tür wies. Eine Viertelstunde später traf sich der Bundesrat. Es war Hitlers Geburtstag, und nach einigem Hin und Her einigte man sich auf den Text für ein von beiden Bundesführern unterzeichnetes Glückwunschtelegramm an den „Führer“[2]). Danach „fand eine stundenlange Aussprache über den Rücktritt des 2. Bundesführers statt“[3]). Sie dauerte solange, weil eine Lösung der Frage immer dringlicher wurde. Seldte erläuterte seine schwierige Verhandlungsposition und bat Duesterberg erneut und unterstützt von Stephani, Morosowicz, Bünger und Schaper um seinen Rücktritt. Doch als man gegen 19 Uhr abstimmte, sah sich der Seldte-Flügel wieder in der Minderheit. Es ist nicht bekannt, was sich im einzelnen während dieser dramatischen Sitzung abgespielt hat. Sicherlich aber verfehlten Seldtes Argumente nicht gänzlich ihre Wirkung, denn Duesterberg erklärte am Ende, „daß er freiwillig gehen wolle, wenn Seldte ihm die von beiden Seiten unterschriebene Vereinbarung vorlegen würde, in der die Gleichberechtigung und Erhaltung des Stahlhelm gewährleistet würde“.

Der Bundesrat änderte diese Bedingung in einen erneuten Verhandlungsauftrag um, und so wurde Seldte wieder zu Hitler entsandt. Diesmal freilich gab es keine Hoffnung mehr auf ein Kompromiß. Nur Duesterbergs Fortgang konnte den Stahlhelmern noch einen Platz im „Dritten Reich“ einhandeln. Blieb er, so wäre ein Verbot des Bundes nur noch eine Frage der Zeit gewesen. Folglich ließen Seldtes persönlicher Groll gegen den Zweiten Bundesführer sowie sein Vertrauen, die Organisation vor der Zerstörung bewahren zu können, ihn schließlich den Weg der Gewalt beschreiten. Will man aber sein Vorgehen wirklich verstehen, so darf man nicht, wie Duesterberg das in seiner Nachkriegsdarstellung tut, das Jahr 1945 als Maßstab nehmen, weil dadurch das psychologische Klima des Jahres 1933 unbeachtet bleibt. Nicht nur persönlicher Ehrgeiz, sondern auch die Logik der seit Jahren von der Bundesführung verfolgten Politik erforderten Duesterbergs Abgang. Erst über die Trümmer der deutschen

[1]) *Ibid.*, S. 54.

[2]) *Krz. Ztg.*, 21. 4. 1933, S. 1. Am 12. April hatte Duesterberg darüber hinaus den Landesverbänden in einem Rundschreiben Anweisungen zur Teilnahme an den Feiern zu Hitlers Geburtstag und zum 1. Mai erteilt. Bay.KrA. München (A 01), 78 (III).

[3]) Th. Duesterberg (B 045), S. 56.

Katastrophe hinweg erscheint Seldtes Verhalten als ein „Betrug". Im Frühjahr 1933 war es völlig konsequent.

Es ist bezeichnend für den Ersten Bundesführer, daß er bis zuletzt auf eine friedliche Lösung hoffte. Spät am Abend des ereignisreichen 20. April schickte er nochmals einen Abgesandten, den Magdeburger Gauführer Bodo von Alvensleben, zu Duesterberg[1]). Dieser appellierte an Duesterbergs Offiziersehre und bat ihn, sich zurückzuziehen. Seine Mission war ein Fehlschlag, weil sich die beiden Stahlhelmer nicht darüber einigen konnten, ob der Fall Duesterberg etwas mit Offiziersehre zu tun hatte oder nicht.

Am 21. April nahm Seldte seine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten wieder auf. Hierzu ist später behauptet worden, Seldte habe seine Kameraden hintergangen. Die drei folgenden Dokumente beweisen jedoch, daß man über Seldtes Aufgabe recht gut informiert war. So hatte schon am 20. April im Organ des Braunschweiger Landesverbandes gestanden[2]): „Die Tatsache der politischen Eingliederung in die nationale Regierung ... steht am Anfangspunkt jeder Verhandlung, deren Ziel es sein muß, daß die innere Geschlossenheit und Selbständigkeit des Bundes der Frontsoldaten bei stärkerer Betonung der gemeinsamen Kampffront aller nationaler Kräfte gewahrt bleibt." Zwei Tage später schrieben die *Führerbriefe* des bayerischen Landesverbandes[3]):

„Es ist möglich, daß bei Eintreffen dieser Mitteilung bereits eine gemeinsame Erklärung des Herrn Reichskanzlers und unseres 1. Bundesführers zustande gekommen ist, welche einen Teil des im Nachstehenden Gesagten als überholt erscheinen läßt. ... Zwar haben unsere obersten Führer – Adolf Hitler und Franz Seldte – jeder für sich das treue Zusammenhalten ihrer Verbände betont. Es hat auch der Bundesrat des Stahlhelm anläßlich des Geburtstages Adolf Hitlers dem Reichskanzler versichert, daß die geschlossene Kampfkraft des Stahlhelm hinter der Person Adolf Hitlers stehe; aber die längst versprochene und schon länger dringend fällige, gemeinsame und gleichlautende Anweisung an die Unterführer und jeden einzelnen Angehörigen der SA, SS und des Stahlhelm ... fehlt immer noch. Ebenso wie eine gleichmäßige Behandlung von Stahlhelm und SA bei der Besetzung der verschiedenen frei gewordenen Stellen auf allen Gebieten vermißt wird.

Und am 24. April gab Wagner schließlich eine Zusammenfassung der Lage, indem er erklärte[4]):

... es handelt sich bei diesen Besprechungen um sehr weitreichende Fragen, die durchaus nicht mit gewissen, in der Öffentlichkeit erörterten Äußerlichkeiten (Uniformfrage, Grußpflicht) erschöpft sind, sondern die die Stellung des Stahlhelm als selbständiger Wehrverband überhaupt betreffen. Alle Kameraden dürfen davon überzeugt sein, daß der Erste Bundesführer mit zäher Energie die Grundpositionen festhält, die für das Bestehen des Stahlhelm lebenswichtig sind. Eine Voraussage

[1]) *Ibid.*

[2]) *Jg. Nat.*, 20. 4. 1933, S. 2, den Stahlhelm-Pressedienst zitierend.

[3]) Bay.KrA. München (A 01), 12, *Bayerischer Führerbrief*, 22. 4. 1933.

[4]) *Ibid.*, 68 (I), *Führerbrief*, 24. 4. 1933.

über den Abschluß dieser Verhandlungen läßt sich im Augenblick noch nicht machen, zumal keine Notwendigkeit besteht, sie übers Knie zu brechen.

Doch während der Bundeskanzler vor übergroßer Hast warnte, gab Duesterberg zu erkennen, daß er keineswegs von der Verhandlungshärte des Ersten Bundesführers überzeugt war und darüber hinaus sein Verbleiben als „für das Bestehen des Stahlhelm lebenswichtig" hielt. Da er im Gegensatz zu Wagners Verlautbarung schließlich auch Eile für geboten erachtete, sandte er noch am gleichen Tage ein Telegramm an Seldte[1]). Er warnte ihn darin vor Alleingängen und vor dem Zerfall des Bundes, sollte er zum Rücktritt gezwungen werden. Als nächstes lud er acht Landesführer zu sich nach Berlin, ohne Seldte davon in Kenntnis zu setzen. Bei ihnen beklagte er sich, daß er Hitler geopfert werden solle und von Seldte hintergangen werde. Auch die „arische Frage" wurde vermutlich wieder berührt. Ziel dieser Sondersitzung war es, möglichst viele Landesführer hinter den Zweiten Bundesführer zu bringen, um auf der für den 29. April angesetzten Landesführerversammlung eine Vertrauensabstimmung zu erzwingen.

Seldte konnte diese Herausforderung des Zweiten Bundesführers schwerlich übergehen, so daß es schwierig wird, im Endstadium der Duesterberg-Krise Ursache und Wirkung voneinander zu trennen. Sicher ist nur, daß jetzt beide Führer sehr nervös wurden. Alle ihre Manöver liefen auf einen Punkt zu, so daß die Auseinandersetzung zu einem „Du oder ich"-Ringen wurde. Seldte hatte bald herausgefunden, daß eine Abstimmung der Landesführer nach den letzten Entwicklungen eine Niederlage für ihn bedeuten würde[2]). Ehe er sich der Mittel bediente, die Duesterberg vor Jahren gegen ihn hatte anwenden wollen, zögerte er noch einmal einen Augenblick. Am 25. April schrieb er einen letzten Brief an den Zweiten Bundesführer und drängte ihn zurückzutreten. Weiterhin ordnete er an, daß alle für die Presse bestimmten Äußerungen Duesterbergs ihm vorher vorgelegt werden sollten. Duesterberg antwortete mit einem Rundschreiben an die Landesführer[3]). Er schrieb, daß sein „Kampf für die Rechte des Stahlhelm" ihm „wesentlich" durch die Presseanordnung Seldtes beschnitten worden sei. Auch, so fuhr er fort, müsse er Seldtes erneutes Rücktrittsersuchen ablehnen. In anderen Worten, die beiden Bundesführer sprachen nicht mehr miteinander. Beide warteten in ihren Büros und sahen sich nach Verbündeten um.

Duesterbergs Rundschreiben verließ das Bundesamt am 26. April zusammen mit einem weiteren, von Egan-Krieger unterzeichneten Brief, in dem mitgeteilt wurde, daß die NSDAP die Zerschlagung des Bundes vorbereite[4]). Wenige

[1]) Zitiert in Th. Duesterberg (B 045), S. 58.

[2]) *Ibid.*, S. 57; Doc. Center Berlin (A 26), 471, *Rundschreiben Stephanis an die Gauführer*, 27. 4. 1933.

[3]) Zitiert in *ibid.* Das Schreiben ist datiert vom 25. April 1933.

[4]) BA Koblenz (A 02), 2, *Rundschreiben Egan-Kriegers*, 26. 4. 1933.

Stunden später stürmte Stephani in Duesterbergs Amtszimmer hinein. Sein Auftritt erinnerte an seine Eroberung des Vorwärtsgebäudes im Jahre 1919. Er übergab dem Zweiten Bundesführer Seldtes Entlassungsbefehl mit dem Zusatz, daß Hindenburg ihn gleichfalls befürworte[1]). Angesichts dieser Übermacht kapitulierte Duesterberg und verließ den Stahlhelm zusammen mit einigen engen Mitarbeitern[2]).

Es gibt nun einigen Grund zu der Annahme, daß Seldte recht überstürzt gehandelt hat. In dem Augenblick nämlich, als Stephani bei Duesterberg erschien (16 Uhr 25), sandte der Erste Bundesführer folgendes Telegramm an die Unterorganisationen[3]): „Mein vermittelnder brief vom 26. überholt. ich übernehme hiermit die alleinige diktatorische führung des bundes. befehle folgen. frontheil!" Dieser „vermittelnde Brief" vom gleichen Tage ist leider nicht erhalten, und so muß offen bleiben, was sich im einzelnen zwischen Seldte und Duesterberg vor dem Gewaltakt Stephanis abgespielt hat. Seldtes spätere Erklärungen waren eine Mischung aus damals zutreffenden politischen Wahrheiten, die Duesterberg nicht sehen wollte, und Entrüstung über Duesterbergs Manöver, durch die — wie er meinte — seine Stellung als Verhandlungsbevollmächtigter und Erster Bundesführer gefährdet worden sei[4]).

Bemerkenswert bleibt die Schnelligkeit, mit der Seldte zuschlug, sowie die Tatsache, daß knapp einen Tag später das lang erwartete Abkommen zwischen dem Stahlhelm und Hitler zustandekam. Beides gibt zu der Vermutung Anlaß, daß starke Kräfte außerhalb des Bundes ihre Hand im Spiele hatten, mit denen Seldte sich verband. Erinnert man sich an die Haltung nicht nur Hitlers, sondern auch Papens, Meissners und Blombergs in den vorherigen Wochen, so lassen sich einige Verbindungen herstellen. Schwieriger ist es allerdings, von da aus Rückschlüsse auf Hindenburgs Haltung zu ziehen, die auf Duesterbergs kampfloses Aufgeben einen beträchtlichen Einfluß hatte. Später erhielt Duesterberg ein Dankschreiben des Präsidenten für seine Verdienste um das „neue Deutschland[5])". Dies und die Versicherung, der Feldmarschall glaube, er „sei freiwillig aus Gesundheitsgründen zurückgetreten", wertete der Zweite Bundesführer als Beweis dafür, daß Hindenburg in Wirklichkeit auf seiner Seite gestanden habe: „Entweder hat Stephani gelogen oder ist von Seldte belogen worden. Das letztere ist wahrscheinlicher." Doch machte die Tatsache, daß die Versicherung nicht von Hindenburg persönlich, sondern von Meissner kam, diese Schlußfolgerung Duesterbergs wieder weniger wahrscheinlich.

[1]) Th. Duesterberg (B 045), S. 59.

[2]) *Ibid.*, S. 60; Doc. Center Berlin (A 26), 471, *Rundschreiben Stephanis an die Gauführer*, 27. 4. 1933.

[3]) BA Koblenz (A 02), 2, *Seldte an Hammerstein*, 26. 4. 1933.

[4]) Lagebericht Seldtes vom 28. April 1933 zitiert bei H. Langermann in H. H. Grote, Hrsg. (B 075), S. 304 ff. Siehe auch Doc. Center Berlin (A 26), 471, *Rundschreiben Stephanis an die Gauführer*, 27. 4. 1933.

[5]) Th. Duesterberg (B 045), S. 60.

Mit der Absetzung Duesterbergs war der Höhepunkt eines langsamen Prozesses politischer Selbstentmachtung des Stahlhelms erreicht. Ihren Anfang hatte sie im Sommer 1932 genommen, als der Bund beschloß, nicht mehr um die Macht in Deutschland, sondern nur noch für ein machtvolles Deutschland zu kämpfen. Auf dieses eingeschränkte Ziel waren seither alle Anstrengungen gerichtet gewesen, und Duesterberg irrte, wenn er meinte, seine Kameraden wären in irgendeiner Weise auf einen Widerstand gegen den Nationalsozialismus vorbereitet gewesen. Aus der damaligen Sicht war das Hitler-Kabinett ein Erfolg, für den sich der gesamte Bund seit Jahren eingesetzt hatte. Seldtes Rundfunkansprache und seine Unterordnung des Stahlhelms unter die oberste *politische* Führung des Reichskanzlers war sozusagen nur das Happy-End eines mühsamen Kampfes gegen die Weimarer Republik. Diesem weitverbreiteten Gefühl entsprach Seldte am 26. April, und einige Tage später erwies sich dann, daß er die Lage richtig eingeschätzt hatte. Auf einer Tagung sämtlicher Stahlhelmführer am 30. April ließ er sich mit Erfolg seine Politik bestätigen.

Während Seldte somit die „Logik" der Bundesgeschichte auf seiner Seite hatte, blieb Duesterbergs Meinungsumschwung seinen Kampfgenossen für lange Zeit unverständlich. Ausgerechnet der Mann, der in der vordersten Reihe im Kampf für ein „neues Deutschland" gestanden hatte, leistete nun, da es Wirklichkeit werden sollte, Widerstand. Tief in seinem Innern scheint auch Duesterberg sich dieses Widerspruchs bewußt gewesen zu sein. Daher sein Zögern, offen mit einer Regierung zu brechen, der er seine (zögernde) Zustimmung gegeben hatte; daher auch seine schweigsame Kapitulation am 26. April, denn seine Verteidigungslage war denkbar schlecht[1]). Seldte hatte bei Hitler erreicht, was der einfache Stahlhelmer verlangt hatte: der Bund war jetzt offiziell Teil des großen Stromes, der unter Hitlers Führung auf ein neues und machtvolles Reich zusteuerte. Unabhängige politische Ziele hatte man seit 1932 aufgegeben. Wichtig erschien die Erhaltung der organisatorischen Unabhängigkeit des Stahlhelms, und diese hatte Seldte gesichert — wenn auch nur vorübergehend.

Unter diesen Umständen war Duesterbergs Verbleiben zu einer Bürde geworden. Bei aller Sympathie für den abgesetzten Zweiten Bundesführer darf aber dennoch nicht vergessen werden, daß seine eigenen Klagen durch seine frühere Politik an Überzeugungskraft verloren hatten. Sicherlich konnte es seine Position nicht stärken, daß er erst in dem Augenblick gegen diktatorische Methoden auftrat, als es um seine eigene Stellung ging. Dennoch bleibt Seldtes

[1]) Vom Standpunkt des Jahres 1933 aus gesehen, faßte die Braunschweiger Stahlhelmzeitung (*Jg. Nat.*, 4. 5. 1933, S. 2) nach einem Hinweis auf die Konflikte seit der Aufdeckung seiner Abstammung das Problem in folgende Worte: „Aus seiner seelischen Grundstimmung heraus empfand er manchmal stärker als den gewaltigen Umschwung der Nation die unvermeidlichen, unerfreulichen und auch für zahlreiche Stahlhelmkameraden bitteren Nebenerscheinungen, die der Sturm der nationalen Revolution mit sich brachte, wie jede revolutionäre Erhebung in der Geschichte." So gelang es denn nicht mehr, „die tragische Entwicklung im Leben Duesterbergs aufzuhalten, die mit jener Entdeckung seiner nicht rein arischen Abstammung ihren Anfang nahm", hieß es zum Schluß.

Gewaltpolitik, milde gesagt, eine grobe Unkameradschaftlichkeit, und manch einem Stahlhelmführer genügte dies, um ihm die Zusammenarbeit aufzukündigen[1]). Die Mehrheit meinte, Seldte habe seine Hauptaufgabe erfüllt, und schwieg. Denn das Bündnis mit Hitler war in der Tat „die Erfüllung Eures alten Herzenswunsches". Der Stahlhelm war jetzt eine offiziell anerkannte Organisation[2]), und vor dem Fall Duesterberg machte man die Augen einfach zu[3]). Dennoch nützte es Seldte wenig, alleiniger Führer eines großen Wehrverbandes zu sein. Als politischer Faktor, wie er bald feststellte, war der Bund jetzt endgültig ausgeschaltet. So ist die letzte Phase seiner Geschichte lediglich die Phase seiner organisatorischen Selbstliquidierung.

3. Die organisatorische Selbstliquidierung des Stahlhelms

Ein Mann von größerer Klugheit und stärkeren Grundsätzen als Seldte hätte freilich sehen können, daß das Problem am 26. April nicht wirklich gelöst worden war. Vielmehr ging in den Unterorganisationen die subversive Tätigkeit der Nationalsozialisten unvermindert fort. So häuften sich schon in den Monaten Februar und März die Zwischenfälle. Manch ein Landesführer hatte unangenehme Erlebnisse mit SA-Männern, und von überall her gingen die Beschwerden im Bundesamt ein[4]). Der ernsteste Zusammenstoß trug sich Ende März in einem Lande zu, das seit 1931 eine Art Taschenausgabe des „Dritten Reiches" und ein Experimentierfeld für die NSDAP war: Braunschweig. Dort hatte Hitler längst wertvolle Erfahrungen über die Rückgratlosigkeit seiner Koalitionspartner sammeln können, und dort testete er jetzt auch die Widerstandskraft des Stahlhelms.

Am 28. März verhängte das Braunschweigische Innenministerium ein Verbot gegen den Stahlhelm-Landesverband[5]). Als Grund für diese Maßnahme wurde angegeben, der Bund habe „planmäßig in Massen Mitglieder marxistischer Organisationen aufgenommen" und sich ganze Reichsbanner- und SPD-Gruppen einverleibt. Die Vorgeschichte zu diesem Verbot bietet allerdings ein gutes Beispiel für die zweideutige Rolle, die der Stahlhelm Anfang 1933 in Deutschland spielte. Nach der „Machtergreifung" hatten die Braunschweiger Stahlhelmer an der Sicherung der neuen Ordnung mitgearbeitet. Ziel ihrer Tätigkeit waren unter anderem Vereine und Organisationen gewesen, die des Widerstandes gegen das Regime verdächtig waren. So hatten die Frontsoldaten am 18. März in der Stadt Braunschweig die Entlassung des Direktors der Allgemeinen Ortskranken-

---

[1]) Siehe dazu BA Koblenz (A 02), 2, *Hammerstein an Stillfried? (Entwurfsfragmente)*, o. D.; Th. Duesterberg (B 045), S. 66—67.

[2]) *Krz. Ztg.*, 29. 4. 1933, S. 1.

[3]) BA Koblenz (A 02), 2, *Hammerstein an Stillfried? (Entwurfsfragmente)*, o. D.

[4]) Th. Duesterberg (B 045), S. 51.

[5]) *Hbg. Corr.*, 28. 3. 1933.

kasse (AOK) gefordert, weil er sich weigerte, das AOK-Gebäude durchsuchen zu lassen und Teile davon der Stahlhelm-Hilfspolizei abzutreten. Daraufhin nahm sich der Gauführer Nowack des Falles an. Er besetzte das Gebäude und entließ mehrere Angestellte[1]).

Werner Schrader, der Landesführer, bekam dagegen die Schikanen der Nationalsozialisten zu spüren. Am 20. März faßte er schließlich seine zahlreichen Klagen in einem Brief an Duesterberg zusammen[2]):

> Meine tiefste Sorge ist ja die, daß wir in der nächsten Zeit zermahlen und überrannt werden von der NSDAP, und das wäre mir an und für sich ganz gleichgültig [!], wenn ich wüßte, daß die NSDAP allein in der Lage wäre, das Vaterland zu retten. Versagt der Stahlhelm jetzt, dann ist die günstige Zukunft ernstlich in Frage gestellt.

Weiterhin kritisierte Schrader insbesondere die Unfähigkeit der DNVP und erklärte, daß der deutschnationale Minister in der braunschweigischen Koalitionsregierung, Werner Küchenthal, ein liebenswürdiger aber einfältiger Mann sei. Ein Stahlhelmführer besaß natürlich einen anderen Charakter, und in dieser Selbstgewißheit hatte Schrader ihm seine Hilfe gegen die NSDAP und besonders gegen Dietrich Klagges zugesichert. Sollte Küchenthal bei seinen nationalsozialistischen Kollegen nicht durchdringen können, so wollte Schrader eine gut ausgerüstete Stahlhelm-Abteilung vor Klagges' Ministerium aufmarschieren lassen.

Schraders Sorgen waren zwar begründet, aber seine „Kanonenboot-Politik" war nicht das rechte Heilmittel. Auch war es unvorsichtig, zur Verstärkung des Bundes eine große Zahl von „Marxisten" aufzunehmen. Dennoch geschah, was die NSDAP als eine Provokation auffassen mußte: Nowack und ein Braunschweiger Reichsbanner-Führer schlossen ein Abkommen, in dem die Aufnahme von 150 Reichsbannerleuten vorgesehen war. Die erforderlichen Formalitäten sollten am Nachmittag des 27. März erledigt werden[3]). Diese Nachricht verbreitete sich schnell in Reichsbanner-Kreisen, und als am 27. März die Frontsoldaten ihr AOK-Büro öffneten, sahen sie sich einer Menge von mehreren hundert Bewerbern gegenüber. Diese Menschenansammlung wurde auch Klagges gemeldet. Der Innenminister versetzte die SA-Hilfspolizei in Alarmbereitschaft. Als gegen Abend immer mehr Bewerber eintrafen, schienen die Stahlhelmer allmählich die Übersicht zu verlieren. Es gab ein größeres Gedränge, und Klagges beschloß jetzt, den Vorgang als einen Putschversuch des Stahlhelms zu behandeln. Seine Polizei- und SS-Einheiten schritten ein. Für die „alten Kämpfer" war das Schwingen von Gummiknüppeln eine gewohnte Übung, und so fehlte dieser Intervention bald jedes Maß. Hunderte von Menschen wurden mißhandelt und

---

[1]) E.-A. Roloff (B 158), S. 147.

[2]) *Ibid.*, S. 148.

[3]) Peter Ausmeier, *Klagges, Verbrecher im Hintergrund* (B 003), S. 17; E.-A. Roloff (B 158), S. 148.

in die Keller des AOK-Gebäudes eingesperrt. Schrader und seine Mitarbeiter wollten wissen, was los sei, und wurden gleich mit gefangen gesetzt[1]).

Die Lage war jetzt wieder etwas klarer. Einundzwanzig Menschen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden; die übrigen wurden Kreuzverhören unterzogen. Noch in selbiger Nacht berichtete Klagges seinem „Führer", er habe einen Stahlhelm-Putsch niedergeschlagen. Ähnliche Nachrichten erreichten Seldte, der in den folgenden Tagen in Berlin und Braunschweig Verhandlungen führte und schließlich eine Aufhebung des Verbots zum 1. April erreichte[2]). Während dieser Gespräche zeigte sich der Erste Bundesführer sehr geschmeidig und tat sicherlich nicht viel für eine echte Rehabilitierung des Landesverbandes[3]). Das Urteil des Nachkriegsprozesses gegen Klagges[4]) kam zu dem Schluß, daß nicht das Putschgerücht, sondern sein Widerwille gegen den Stahlhelm für das Eingreifen des Innenministers verantwortlich zu machen sei. Wahrscheinlich waren es beide Faktoren, mag seine Furcht vor einem Putsch auch erst an zweiter Stelle zu werten sein. Hitler freilich hatte auch sonst die Neigung, die unwahrscheinlicheren Ursachen für die tatsächlichen zu halten, und so ist bei ihm die Rangordnung möglicherweise umgekehrt gewesen. Jedenfalls half sie ihm diesmal, den eigentlichen Sündenbock zu finden, nämlich Duesterberg. Als der Zweite Bundesführer am 1. April den Reichskanzler auf einem Empfang traf, sagte letzterer[5]): „Sie haben erst Ihrem Führer Schrader den Befehl zum Putsch erteilt. Sie tragen also die Schuld."

Braunschweig war nicht der einzige Unruheherd[6]). Doch allzu oft fanden die Stahlhelmer für die Übergriffe der SA die Entschuldigung, daß sie alle im Eifer der Revolution geschahen. Nicht alle, aber doch die Mehrheit der Mitglieder vertraten diese Auffassung, und diese Mehrheit nahm schließlich auch Duesterbergs Entlassung hin. „Die weniger urteilsfähige Gefolgschaft", so schrieb Fritjof von Hammerstein, „hat vielfach die Geste Seldtes . . . mit Jubel begrüßt. Von Vertrauen ist bei den überlegenden Kameraden überhaupt nicht mehr die Rede, Dennoch gehorcht man, um den Bund nicht zu zerschlagen. Darüber ist man sich klar: Politisch bedeutet der Stahlhelm keinen Faktor mehr. Der Stahlhelm hat nur noch Wehraufgaben[7])." So konnte Seldte die Früchte des 26. April ernten.

[1]) *Ibid.*, S. 149, *Das Urteil des Klagges-Prozesses* (B 027), S. 68 ff.

[2]) Rudolf Berg, *Angeklagter oder Ankläger?* (B 008), S. 19 ff. Zwar erklärte Hitler in der Ministerbesprechung am 29. März (BA Koblenz [A 04], 1460) die Angelegenheit für „restlos geklärt" aber vom Standpunkt des Bundes aus ließ sich dies nur schwer behaupten. Noch im Juli 1933 herrschte im Braunschweiger Landesverband allerlei Verwirrung, und der kommissarisch eingesetzte Hammerstein hatte viel Ärger. Siehe *ibid.* (A 02), 2, *Hammerstein an die Bundesführer, 20. 4. 1933*; *ibid., Notizen Hammersteins „In Berlin zu erledigen"*, o. D.; *ibid., Elsmann an Hammerstein*, 9. 5. 1933; *ibid., Kobus? an Hammerstein*, 17. 7. 1933.

[3]) R. Berg (B 008), S. 25.

[4]) *Das Urteil des Klagges-Prozesses* (B 027).

[5]) Th. Duesterberg (B 045), S. 46.

[6]) Siehe z. B. auch *Hbg. Nachr.*, 31. 3. 1933; *Das Urteil des Klagges-Prozesses* (B 027), S. 76 ff.

[7]) BA Koblenz (A 02), 2, *Hammerstein an Stillfried? (Entwurfsfragmente)*, o. D.

Zwar hatte er mit seinen Landesführern beträchtliche Schwierigkeiten, da einige von ihnen die Sitzung vorzeitig verließen. Aber während der Führerversammlung am 30. April kam es, wie der enttäuschte Hammerstein schrieb, „zu üblen Auftritten". Nur wenige Kameraden fanden es bedenklich, daß der Bund jetzt unter der politischen Oberhoheit des „Führers" stand, obwohl er seine organisatorische Unabhängigkeit behalten hatte[1]). Daß die NSDAP sich auf die Dauer auch damit nicht zufrieden geben würde, hielt Ende April kaum jemand für möglich.

Es hat sich offenbar die Ansicht verbreitet, daß Seldte von vornherein zum allgemeinen Ausverkauf des Bundes bereit gewesen sei[2]). Diese Auffassung gibt zu Zweifeln Anlaß. Denn Seldte war jetzt immerhin alleiniger Führer des Stahlhelms und betrachtete den Bund als seine Hausmacht. Es ist daher nicht einzusehen, wieso er von Anfang an und aus freien Stücken zu einer völligen Unterwerfung bereit gewesen sein soll. Es scheint plausibler zu sein, daß Seldte immer nur so viel Einfluß wie gefordert abgab, und in diesem Falle zwangen ihn erst die Ereignisse der folgenden Monate dazu. Nur der unaufhaltsame Erfolg der „nationalen Revolution" gab jenen Männern den entscheidenden Auftrieb, die den Stahlhelm als Konkurrenzunternehmen aus dem Wege räumen wollten[3]). Im Zentrum dieser Planungen stand Röhm, der besonders wenig Grund hatte, den Stahlhelmern wohlgesinnt zu sein. Auch in diesem Falle erwies er sich als Meister im Aufbau eines Kontrollsystems, indem er zuerst Unruhe und Unsicherheit unter den Stahlhelmmitgliedern stiftete und sich dann — beginnend mit den jüngsten Altersgruppen — allmählich den Stahlhelm einverleibte.

Im Juni 1933, d. h. also mehrere Wochen nach dem Sturz Duesterbergs, wurde es klar, daß die Gegensätze zwischen der NSDAP und dem Bund durch das Abkommen vom 27. April nicht endgültig beseitigt worden waren. Der Bundesführer sah sich erneuten Schwierigkeiten ausgesetzt. Während sich viele Ortsgruppen an die Anfang Mai ausgegebenen Parolen hielten, gingen andere, wie die Nationalsozialisten es sahen, subversiven Tätigkeiten nach[4]). Besonders die Aufnahme von „Marxisten" war ein dauernder Konfliktspunkt. Röhm fiel es daher schwer, Übergriffe örtlicher SA-Führer zu verhindern, selbst wenn er, was zweifelhaft ist, es gewollt hätte[5]). Noch peinlicher aber mußten Seldte die Berichte

[1]) Als Oppositionsäußerung siehe den „Stahlhelm-offenen Brief" des Kreisführers Göttingen-Land, Walbaum, an Seldte vom 3. Mai 1933 in *ibid.*

[2]) Siehe z. B. Thilo Vogelsang in *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte* (B 080), S. 370—77.

[3]) Nach dem Januar 1933 wuchs der Bund erheblich an und hatte über eine Million Mitglieder, folgt man den Angaben des ehemaligen Stahlhelmführers Otto von Waldenfels vom 17. 7. 1946 in *Trial of the Major War Criminals* (B 197), S. 2690, 2703, 2708. Siehe auch unten S. 286.

[4]) Siehe z. B. Nds. StA. Hannover (A 51), 25, *Bericht des Stützpunktleiters Hillebrandt an die Gauleitung der NSDAP*, 22. 5. 1933; Doc. Center Berlin (A 26), 470, *Rundschreiben Heydrichs*, 13. 6. 1933; BA Koblenz (A 18), 17, *„Die SPD in Bayern"*, o. D.; *ibid.*, 71a, *Wrede an Traub*, 15. 6. 1933.

[5]) Siehe dazu Th. Duesterberg (B 945), S. 134. Jedenfalls blieben die in einem Rundbefehl Röhms vom 27. Juni 1933 erwähnten Anordnungen an die SA (Doc. Center Berlin [A 26], 470), nur auf dem Papier.

über die Opposition seiner Kameraden berühren. Als sich daraufhin die Beziehungen immer weiter verschlechterten, bedeutete man ihm schließlich, daß seine Ergebenheitserklärungen zwar willkommen, aber nicht mehr ausreichend wären. Mit der Zeit erwies sich das Abkommen vom April als zu vage, und, um die Vereinbarungen konkreter zu fassen, traf Seldte am 21. Juni mit Hitler zusammen[1]). Wieder waren Papen und Blomberg impliziert, so daß man fragen könnte, ob sich die Lage des Bundes überhaupt von der des April unterschied. Auf jeden Fall zeitigte das Treffen den ersten Schritt zur organisatorischen Auflösung des Stahlhelms: Seldte trat seine Befehlsgewalt über die jüngere Generation ab. Nur die Altersgruppen über 35 Jahre blieben unter seiner unmittelbaren Führung. Der Scharnhorst, den er Ende Mai sich direkt unterstellt hatte, wurde mit der Hitler-Jugend verschmolzen, und die 18-35jährigen unterstanden von nun an dem Obersten SA-Führer[2]).

Diese Umorganisation, durch die ein Teil des Bundes von Hitler in seiner Stellung als Oberster SA-Führer auch befehlsmäßig abhängig wurde, war allerdings nur eine kurzfristige Maßnahme. Etwas über eine Woche später versammelten sich eine Reihe von SA-, SS- und Stahlhelmführern in Bad Reichenhall, um über die Zukunft des gesamten Stahlhelms zu entscheiden. Aus dieser Konferenz ging eine Vereinbarung hervor, die das Abkommen vom April entscheidend abänderte. Hitler gab einen Befehl heraus, der ihn korporativ zum Führer des Bundes machte und in dem er die Neuorganisation der beiden am 21. Juni geschaffenen Teile im einzelnen festlegte[3]). Das war eine recht erhebliche Machtverschiebung im Vergleich zum April-Abkommen.

In Ausführung dieses Befehls beauftragte Seldte Morosowicz mit der Eingliederung des einen Teils in die SA. Diese Hälfte erhielt den Namen „Wehrstahlhelm" und umfaßte die 18-35jährigen. Der andere Teil, der die Altersgruppen über 35 Jahre erfaßte, wurde in Seldtes Auftrag durch Stephani umgestaltet. Es dauerte mehrere Monate, bis die SA sich den Wehrstahlhelm eingegliedert hatte. Doch Ende Oktober war die Aufgabe im großen und ganzen vollbracht[4]). Im Sommer 1933 entstand eine neue Welle des Widerstandes gegen die Halbierung des Bundes. Höhere Stahlhelmführer traten von ihren Posten zurück, und hier und dort wurden Stimmen laut, die eine ehrenvolle Auflösung des Bundes forderten[5]). Es ist bezeichnend für die noch zu untersuchende Haltung Seldtes, daß er gerade dem Vorschlag einer Auflösung zu diesem Zeitpunkt noch kein Gehör schenkte. Er bereitete statt dessen Hitler einen warmen Empfang, als dieser auf dem Stahlhelmführertreffen in Hannover im September 1933 erschien[6]).

[1]) Th. Vogelsang in *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte* (B 080), S. 371.
[2]) *Der Sta.*, 25. 6. 1933, S. 1.
[3]) Th. Vogelsang in *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte* (B 080), S. 371—72.
[4]) *Der Sta.*, 29. 10. 1933, S. 17.
[5]) Siehe z. B. BA Koblenz (A 02), 2, *Hammerstein an Landesamt*, 2. 8. 1933; W. Görlitz (B 066), S. 392.
[6]) *Hbg. Nachr.*, 20. 9. 1933.

An diesem Punkte wird man zweckmäßigerweise kurz die Motive für Seldtes Beschwichtigungspolitik zu behandeln haben. Seldte konnte die genaue Entwicklung des „Dritten Reiches" zweifellos nicht überschauen und aus diesem Grunde sollte immer das hinhaltende Element in seiner Politik beachtet werden. Er beobachtete im Frühsommer 1933, wie Hitlers Popularität ständig wuchs und Deutschland allmählich in einen totalitären Staat umgewandelt wurde. Er wurde in jenen Wochen Zeuge der rücksichtslosen Auflösung aller Parteien und Organisationen, die sich dem Druck des Nationalsozialismus zu widersetzen suchten. Angesichts dieser Entwicklungen scheint er zu der Überzeugung gekommen zu sein, daß die totale Eingliederung der einzige Weg sei, den Bund zu erhalten und seine Kameraden vor Verfolgungen zu bewahren. Für ein wirkliches Verständnis seiner geschmeidigen Politik darf aber das erwähnte Überlegenheitsgefühl nicht übersehen werden, aus dem Seldte immer wieder sein Selbstvertrauen schöpfte. Er glaubte auch jetzt noch, eines Tages als Sieger aus dem Kampf um die Macht in Deutschland hervorzugehen[1]), und kam zu dem Entschluß, „durch freiwilligen Übertritt des Stahlhelm einen Masseneinbruch in die SA zu erreichen, um diese in ein Stahlhelmunternehmen zu verwandeln[2])".

Es steht außer Zweifel, daß der Bundesführer mit dieser Politik in der SA einige Verwirrung anrichtete. Die Eingliederung von mehreren 100000 Mann in eine Organisation, die in sich noch keineswegs gefestigt war, brachte erhebliche Gefahren mit sich. Röhm war sich dieser Probleme anscheinend durchaus bewußt, erkannte aber, daß die Zeit gegen Seldte arbeitete. Er ließ daher den Bundesführer sich über das Durcheinander in der SA freuen und bestärkte ihn in dem Glauben, daß die Eingliederung des Wehrstahlhelms die Einheit und Geschlossenheit des Bundes nicht zerstören werde. Noch im Januar 1934 sprachen sich die Nationalsozialisten für eine Erhaltung des Stahlhelms aus[3]).

Inzwischen hatte Röhm um die Jahreswende aber auch begonnen, sich die Altersgruppen zwischen 36 und 45 Jahren einzugliedern, d. h. alle jene Mitglieder, die im November 1933 zunächst auf dem Papier mit dem Wehrstahlhelm zur sogenannten SA-Reserve I zusammengefaßt worden waren[4]). Bald darauf ereigneten sich zwei Vorfälle, die den Fehlschlag der Seldteschen Taktik ankündigten. Ende Januar trat Stephani plötzlich von seinem Posten zurück, wobei er als Grund Meinungsverschiedenheiten mit Röhm angab[5]). Fast zur gleichen Zeit kam Morosowicz, dem Seldte den Wehrstahlhelm anvertraut hatte, bei einem

[1]) *Mündliche Auskunft Dr. Brauweilers*, Berlin, 11. 8. 1962.

[2]) Lutz Schwerin von Krosigk, *Es geschah in Deutschland* (B 176), S. 181, mit dem Kommentar: „Es war eine Kriegslist, die ein Mann stärkerer Grundsätze nicht angewandt hätte."

[3]) Doc. Center Berlin (A 26), 471, *Handnotizen von einer Besprechung des Landesverbandes Berlin*, 7. 2. 1934.

[4]) *Der Sta.*, 3. 12. 1933, S. 5.

[5]) Bay.KrA. München (A 01), 96, *Rundschreiben Stephanis*, 1. 2. 1934.

Autounfall ums Leben[1]), so daß Seldte unerwartet seiner beiden Schlüsselmänner in der SA beraubt wurde. Und schon am Rücktrittstag Stephanis gab Röhm Instruktionen, die organisatorische Unabhängigkeit der SA-Reserve I innerhalb der SA zu beseitigen[2]). Von nun an ging es Schlag auf Schlag. Bis zum 15. März 1934 sollten alle noch verbleibenden Stahlhelmer einen besonderen Eid auf den „Führer" ablegen, und zwei Wochen später wurde der Stahlhelm in den Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbund (NSDFB) umgegründet[3]).

Sowohl Röhms Befehl vom 25. Januar als auch das NSDFB-Abkommen lösten laute Proteste in den Unterorganisationen aus. Überall im Lande stieß Seldtes Politik jetzt auf Widerwillen, und viele Stahlhelmer weigerten sich, ihre feldgrauen Uniformen braun zu färben. Der Standartenführer von Peine-Marienburg berichtete, daß unter seinen Kameraden etwa folgende Stimmung herrsche[4]):

> Die braune Uniform werden wir nicht anziehen. Unser „Ehrenkleid" ist der feldgraue Rock, in dem wir an der Front standen. Er ist uns auch zum Auftragen zu schade. Wenn man uns also gnädigst gestatten will, ihn aufzutragen, um dann den braunen Rock anzuziehen, so werden wir ihn lieber sofort ausziehen und dann werden wir eben nicht mehr da sein!

Es bedurfte daher schon diplomatisch gefaßter Aufrufe, um die Gemüter zu beruhigen[5]). Auch Seldte scheint jetzt erstmalig von dem unbestimmten Gefühl erfaßt worden zu sein, daß Röhm den Bund allmählich doch zerschlug, und im Frühjahr 1934 erreichten die Beziehungen zwischen dem Bundesführer und dem Stabschef einen Tiefpunkt.

Die Feindseligkeit zwischen beiden geht deutlich aus einem Rundschreiben Röhms hervor, in dem er dem NSDFB die Verletzung seines Gründungsabkommens vorwarf[6]). Der Bund, so schrieb er, versuche nicht nur, seine Mitglieder von einem Beitritt in die SA abzuhalten, sondern fordere obendrein dazu auf, schon bestehende Mitgliedschaften wieder zu kündigen. Weiterhin behaupte der NSDFB, die einzig legitime Vertretung der deutschen Frontsoldaten zu sein. „Die Sprache in den ehemaligen Stahlhelmzeitungen", so schloß der Stabschef, „und in den Befehlen ist oft so, daß sie geradezu als SA-feindlich empfunden werden muß." Röhms Gefolgschaft zögerte nicht, gegen diese SA-feindliche Einstellung vorzugehen[7]). Sogar Seldte scheint nunmehr eingesehen zu haben, daß sein Plan fehlgeschlagen war und er als der Betrogene dastand. Als auf Röhms Rundschreiben hin untere SA-Führer Angehörigen der SA-Reserve I

---

[1]) *Niedersachsen-Stahlhelm (Jg. Nat.)*, 8. 2. 1934, S. 1.

[2]) *Ibid.*, 15. 2. 1934, S. 1.

[3]) *Ibid.*, 5. 4 1934, S. 1; *ibid.*, 26. 4. 1934, S. 1.

[4]) BA Koblenz (A 02), 2, *Standartenführer an Hammerstein*, 3. 2. 1934.

[5]) *Ibid.*, *Rundschreiben Banges?*, 31. 1. 1934.

[6]) Doc. Center Berlin (A 26), 470, *Rundschreiben Röhms*, 11. 5. 1934.

[7]) Siehe z. B. Th. Duesterberg (B 045), S. 135—36.

die Mitgliedschaft im NSDFB verboten, raffte sich die Stahlhelmpresse zu einem öffentlichen Protest auf[1]). Solche Maßnahmen, so hieß es, stünden im Widerspruch zum NSDFB-Abkommen vom 28. März 1934.

Nun waren bekanntlich viele in dem festen Glauben befangen, daß der „Führer" nichts von den Taten seiner Mitarbeiter wußte. Solcher Argumente muß sich auch Seldte bedient haben, soweit es die Unterminierung seiner Stellung im Stahlhelm durch Röhm betraf. Jedenfalls scheint ihn die Ermordung Röhms am 30. Juni 1934 eher mit Hoffnung als mit Empörung erfüllt zu haben, und so sandte er am Abend dieses Tages ein Telegramm an seine Münchener Kameraden mit dem Befehl, treu zu Hitler, Hindenburg und dem Staat zu stehen[2]). Gleichzeitig verbot er das Tragen von Uniformen und übermittelte dem „Führer" seine Glückwünsche zu kriminellen Handlungen, denen Duesterberg beinahe zum Opfer gefallen wäre[3]). Die Gegenleistung wurde bald erbracht. Anfang Juli hatte Seldte eine Aussprache mit Röhms Nachfolger, Viktor Lutze, der ihm versicherte, daß es in Zukunft zwischen dem NSDFB und der SA keine Schwierigkeiten mehr geben werde[4]).

Falls Hitler eine Belohnung für Seldtes Schweigen versprochen hatte, sie wurde nicht ausgezahlt. Vielmehr dauerte der Druck der SA gegen die Stahlhelmer an[5]). Jetzt verbreitete man sogar die Behauptung, der NSDFB sei im Volke als NSKPD bekannt[6]). Am 17. August mußte das Bundesamt die Landesführer darauf aufmerksam machen, bei Telefongesprächen nicht zu vergessen, daß sie vielleicht abgehört würden[7]). Am 18. Dezember gab Göring schließlich die Anweisung, „die Tätigkeit des Stahlhelm schärfstens polizeilich zu überwachen und jeweils in Erwägung zu ziehen, ob die Versammlungen des NSDFB aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu verbieten sein werden[8])". Etwa um die gleiche Zeit berichtete die SA-Brigade 16 aus Norddeutschland, der dortige NSDFB führe sich unmöglich auf[9]). Seine Mitglieder redeten davon, daß der Bund im Januar 1935 die Regierung übernehmen werde. So verbreitete sich unter den Führern des „Dritten Reiches" — halb bewußt erfunden, halb unbewußt geglaubt — das Schreckensbild von einem umstürzlerischen Stahlhelm.

---

[1]) *Niedersachsen-Frontkämpfer (Jg. Nat.)*, 28. 6. 1934, S. 2.

[2]) Bay.KrA. München (A 01), 43, *Seldte an den NSDFB München*, 30. 6. 1934.

[3]) U. a. wurde die Bundesführung von der Ortsgruppe Tegernsee unterrichtet. Deren Brief vom 3. Juli wurde vernichtet, „da der Inhalt nicht die Belange des Bundes betrifft". *Ibid.*, *Capelle an den bayerischen Landesführer*, 16. 7. 1934. Siehe auch Th. Duesterberg (B 045), S. 75 ff.

[4]) *Niedersachsen-Frontkämpfer (Jg. Nat.)*, 5. 7. 1934.

[5]) Siehe hierzu BA Koblenz (A 02), 13.

[6]) *Ibid.*, *NSDFB OG Nord an die Kölner Gauleitung*, 12. 11. 1934.

[7]) Bay.KrA. München (A 01), 44, *Rundschreiben der Bundeskanzlei*, 17. 8. 1934.

[8]) Zitiert in Doc. Center Berlin (A 26), 470, *Rundschreiben der Bayerischen Politischen Polizei*, 27. 12. 1934.

[9]) *Ibid.*, 471, *SA-Brigade 16 an SA-Gruppe Nordmark*, 18. 12. 1934.

Eine Reihe von veröffentlichten Gestapo-Berichten zeigt, wie stark dieses Mißtrauen der Nationalsozialisten im Laufe der Zeit wurde[1]).

Obwohl es nicht an Quellen fehlt, ist es schwierig, diese sogenannte Stahlhelm-Opposition richtig zu bewerten. Es soll hier keinesfalls der persönliche Mut jener Stahlhelmer geringgeschätzt werden, die ihre Stimme gegen das Hitler-Regime erhoben. Aber bevor man ihre Tätigkeit als „Widerstand" bezeichnet, sollte man einige besondere Merkmale der Stahlhelm-Opposition betrachten. Immerhin wurde diese Opposition von Männern geleistet, die in der Vergangenheit zusammen mit Hitler die liberale Demokratie bekämpft hatten. Die diesem Kampf zugrunde liegenden Gemeinsamkeiten und angeblichen Verdienste, so glaubten sie, berechtigten nunmehr zu einer Kritik am Lauf der „Nationalen Revolution", (bis sie in den Gefängnissen der Gestapo auch in dieser Beziehung eines Besseren belehrt wurden). Doch gerade auf Grund ihrer Vergangenheit war die Kritik der Mitglieder nicht Ausdruck einer Meinungsverschiedenheit im Prinzip. Vielmehr wurzelte sie in Ressentiments und dem Gefühl, übervorteilt worden zu sein. Hinzu kam zwar ein gewisses ehrliches Unbehagen und Mißvergnügen über bestimmte Entwicklungen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Aber im Grunde wollte auch die Stahlhelm-Opposition nach wie vor ein „Drittes Reich". Jedenfalls wollte sie nicht zu einer liberalen Demokratie zurückkehren, und so fehlte ihr, von einigen Ausnahmen abgesehen, jeglicher ideologischer Tiefgang. So war der persönliche Mut, den mancher Stahlhelmer an den Tag legte, nicht immer mit moralischer Stoßkraft gepaart, und Duesterberg hatte bereits zu spüren bekommen, wie groß dieses Handikap sein konnte.

Auch 1934 scheint Hitler dem NSDFB wiederholt versichert zu haben, daß er am Fortbestand der Soldatenorganisation interessiert sei[2]). Das freilich hinderte den Reichskriegsopferführer Hanns Oberlindober nicht, im November 1934 in einer Denkschrift die Bildung eines großen Hitler-treuen „Soldatenbundes" vorzuschlagen[3]). In ihm sollten alle noch bestehenden Verbände zusammengefaßt werden. In den folgenden Wochen zirkulierte diese Denkschrift in verschiedenen Kreisen, und am 11. Februar verkündete Heinrich Himmler selbstbewußt, daß „in absehbarer Zeit" mit einer endgültigen Klärung der Stahlhelm-Frage zu rechnen sei[4]). Vier Wochen später schrieb Otto von Waldenfels aus Bayern, daß Oberlindobers Soldatenbund das Ende des NSDFB bedeuten würde[5]). Er klagte im Anschluß daran über die schrittweise Liquidierung des Stahlhelms und fügte hinzu, daß die Kameraden sich von Seldte im Stich gelassen fühlten. Jedenfalls

---

[1]) Bernhard Vollmer, *Volksopposition im Polizeistaat* (B 204), passim. Siehe auch Th. Duesterberg (B 045), S. 94 ff.; Doc. Center Berlin (A 26), 470, *Seldte an Lutze*, 18. 1. 1935; *ibid.*, *Rundschreiben Marxers*, 22. 7. 1935.

[2]) *Ibid.*, 471, *Schepmann an Adjutantur Lutzes*, 17. 1. 1935.

[3]) *Ibid.*, 247, *„Grundlagen eines deutschen Soldatenbundes"*, 26. 11. 1934.

[4]) Bay.KrA. München (A 01), 96, *Rundschreiben Himmlers*, 11. 2. 1935.

[5]) *Ibid.*, *Waldenfels an Bock*, 10. 4. 1935.

wollten sie sich nicht mehr als „Soldaten 2. Klasse" behandeln lassen, und Seldte möge endlich einmal deutlicher werden und mit seinem Rücktritt aus dem Kabinett drohen.

Es hieße Seldte Unrecht tun zu schreiben, er wäre zu dieser Zeit nicht selber über die Entwicklung verbittert gewesen. Zwar hatte er sich, wie er es einst ausgedrückt hatte, mit der Tatsache abgefunden, in der Politik manchmal „eine Klosettbürste hinunterwürgen" zu müssen; aber auch das hatte seine Grenzen. Welche Pläne er immer gehabt haben mag, es war klar, daß sie gescheitert waren. Als im Frühjahr Nachrichten von immer neuen Verboten in seinem Büro einliefen, beschloß er, diesen Demütigungen ein Ende zu machen. Doch was hätte er tun sollen? Will man ihn nämlich für die Auflösung des Stahlhelms verantwortlich machen, so sollte man darüber nicht vergessen, daß buchstäblich niemand für den Bund eintrat. Hitler verhüllte seine Ablehnung lediglich in höfliche Worte. Hindenburg, der alte Beschützer, war längst tot. Die letzte potentielle Stütze wäre die Reichswehr gewesen. Doch wie im April 1933 begann sie noch einmal, eine schicksalsschwere Rolle zu spielen, indem sie an der endgültigen Auflösung des Stahlhelms einen erheblichen Anteil hatte.

Schon im Winter 1934/35 hatte Seldte vergeblich versucht, die Überbleibsel der Organisation enger an die Armee zu binden. Damals lehnte General Werner von Fritsch eine Beteiligung des Bundes an der Landesverteidigung rundheraus ab[1]). Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 brachte weitere Rückschläge. Am 27. Juli schrieb Seldte an Fritsch in der Hoffnung, wenigstens jetzt seine Anhänger im Rahmen des Reichswehrprogramms beschäftigen zu können. Fritsch antwortete drei Tage später[2]):

1. Ich bin nicht in der Lage, dem NSDFB (Stahlhelm) irgendwie geartete Sonderaufgaben, wie z. B. Luftschutz oder dergl. im Rahmen der Landesverteidigung anzuweisen. ... Jetzt nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht ist Gottseidank für diese Arbeit des Heeres die klare gesetzmäßige Grundlage geschaffen. Eine irgendwie geartete Mitwirkung der Verbände kommt hierbei um so weniger in Frage, als die Erfahrung zeigt, daß bei voller Anerkennung besten Willens die Tätigkeit der Verbände in dieser Richtung mehr störend und hemmend als fördernd gewirkt hat.
2. An einer Beibehaltung des Stahlhelm als einer der Vertretungen der Frontsoldaten der alten Armee ist das Heer heute nicht mehr interessiert. Ich verkenne in keiner Weise die großen Verdienste und die große Bedeutung, die die Arbeit des Stahlhelm in der Vergangenheit gehabt hat. Mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und dem vom Führer festgesetzten Aufbau des Heeres ist das erreicht, wofür auch der Stahlhelm in zäher, oft entsagungsvoller Arbeit in der Vergangenheit gekämpft hat. Den Endsieg hat der Nationalsozialismus gebracht.

---

[1]) BA Koblenz (A 02), 2, *Fritsch an Seldte*, 30. 7. 1935. Siehe auch *Guides to German Records Microfilmed at Alexandria, Va., No. 34* (B 078), S. 49, roll 50, auf der aufgenommen ist „a circular by the Artillerieführer VII of January 30, 1935, indicating that the NSDFB (Stahlhelm) *is* denied any participation in ‚A-Vorarbeiten' (mobilization)".

[2]) BA Koblenz (A 02), 2, *Fritsch an Seldte*, 30. 7. 1935.

Vielleicht war es dieser Brief, der Seldte Anfang August veranlaßte, seinen Rücktritt einzureichen. Hitlers Reaktion darauf bestand in einer Einladung zu einer Aussprache. Sie fand am 12. August statt. Das von Meissner gezeichnete Protokoll dieser Konferenz zitiert Seldte wie folgt[1]):

> Ich bitte den Führer, die Form zu bestimmten [sic], wie der Stahlhelm aufgelöst werden soll. Nach der Auflösung des Stahlhelm würde ich dann gern ins Privatleben zurückkehren, um meine persönlichen Dinge in Ordnung zu bringen. Meine 21 Landesverbandsführer sind derselben Auffassung wie ich. Ich bitte den Führer nur, uns ein honoriges Ende zu ermöglichen und entweder zu bestimmen, daß der Stahlhelm in anständiger Weise aufgelöst wird oder daß er in einen großen Soldatenbund überführt wird. Meine Leute sind keine politischen Menschen, sondern alte Soldaten, die es nicht verstehen, daß sie so behandelt werden. Daher bitte ich Sie, mein Führer, bestimmen Sie, was geschehen soll.

Hitler sagte daraufhin, daß die ganze Entwicklung gegen seinen Willen so gelaufen sei, und wies Seldtes Rücktritt aus dem Kabinett als unannehmbar zurück. Dagegen, so fuhr er fort, könne man nicht „ein Bekenntnis und verschiedene Organisationen" haben. Auch sei es seit März 1935 nicht mehr erforderlich, die Tradition der alten Armee in den Verbänden zu bewahren. Diese Tradition werde jetzt wieder durch die neue Wehrmacht behütet. Schließlich monierte er noch, daß der Stahlhelm „Zufluß von Obstruktions-Elementen" erhalten habe, was, wie er wisse, allerdings nicht die Schuld des Bundesführers sei. So kam man am Ende überein, den Bund ganz aufzulösen. Seldte schlug den Ausschluß von etwa 100 000 Mitgliedern vor, die dem Stahlhelm erst nach 1933 beigetreten waren, Die restlichen 400 000 sollten entweder in der nationalsozialistischen Bewegung direkt oder im Kyffhäuserbund aufgehen[2]).

Bald nach dieser Konferenz nahm Seldte Verhandlungen mit dem Reichsschatzmeister Franz Schwarz auf[3]). Mit ihm sollte er sich über die wirtschaftliche Seite der Liquidation des NSDFB einigen. Aber wieder wurde Seldte schneller vorwärtsgetrieben, als er zu gehen vermochte. Anfang September verbot Blomberg allen Wehrmachtsangehörigen die Mitgliedschaft im NSDFB[4]). Auf den Protest des Bundes hin erhielt Seldte eine grobe Antwort[5]): „Im übrigen wären die ganzen Schwierigkeiten nicht entstanden, wenn der NSDFB im Sinne meiner Anregung vom 21. und 29. 8. 35 (Nr. 4520/35 J (Ch)) gehandelt und sich aufgelöst hätte." Seldte gab auf. Einige Wochen später, am 7. November 1935, bestätigte ein Brief der Reichskanzlei das Ergebnis einer weiteren Besprechung zwischen dem

---

[1]) F.O.L. London (A 38), 3648 H, frames 032938—46. Gesamttext in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 13, Nr. 4 (Oktober 1965), S. 446—51.

[2]) Seldte glaubte, daß 100000—150000 NSDFB-Mitglieder für eine Aufnahme in die NSDAP in Frage kamen. Der Kyffhäuserbund (SA-Reserve II) bestand bis 1943.

[3]) Doc. Center Berlin (A 26), 0377, *Schwarz an Heydrich*, 23. 8. 1935.

[4]) *Ibid.*, 470, *Blomberg an die Oberbefehlshaber der Marine und Luftwaffe und des Heeres*, 5. 9. 1935.

[5]) Bay.KrA. München (A 01), 96, *Blomberg an Seldte*, 29. 10. 1935. Ähnlich auch *ibid.*, *Reichenau an Waldenfels*, 4. 11. 1935.

Bundesführer und Hitler[1]): die Dienste des Stahlhelms waren nicht mehr erwünscht. Er hatte seine Schuldigkeit getan.

In den folgenden Wochen hielten die noch nicht verbotenen Ortsgruppen ihre Abschlußappelle, auf denen die Reichskriegsflagge, das Symbol der Vergangenheit, eingeholt wurde[2]). Die *Kreuz-Zeitung* wurde verkauft und der Stahlhelm-Verlag aufgelöst. Es gab noch ein Nachfolgeorgan mit dem bezeichnenden Titel „Im Feldquartier". Sonst aber wurde es still um den Bund. Zweieinhalb Jahre nach der politischen Selbstliquidierung wurde auch das organisatorische Skelett beseitigt.

[1]) *Der Sta.*, 11. 11. 1935, S. 1.

[2]) Siehe BA Koblenz (A 02), 6.

Schlußbetrachtung

Fast siebzehn Jahre lang wirkte der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, auf der politischen Bühne in Deutschland. Er wurde als ein kleiner, örtlicher Frontsoldatenbund gegründet und verfolgte anfangs Ziele, die nur im weitesten Sinne als politisch bezeichnet werden können. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung war das Hauptanliegen der ersten Mitglieder. Noch überlegten sie sich nicht, wo sie politisch hingehörten. Es dauerte jedoch nicht lange, bis sie herausfanden, daß die Republik ihnen fremd war. Dazu waren sie zu sehr von den Anschauungen und Gewohnheiten des Wilhelminischen Reiches und durch das Kriegserlebnis geprägt worden. Diese Zeiten konnten und wollten sie nicht vergessen.

Bald traten im Stahlhelm Männer auf, die unter den Frontsoldaten bewußt die Erinnerung an das monarchische Deutschland erhalten und es schließlich sogar wieder ins Leben rufen wollten. Es war daher sehr günstig, daß man das Zeitalter vor 1918 den weniger glücklichen Lebensumständen in der Weimarer Republik gegenüberstellen konnte. Es wurde dabei geflissentlich übersehen, daß sie die Bürde des verlorenen Krieges zu tragen hatte. Entscheidend war, daß man in ihr einen Sündenbock für den widrigen Lauf der Geschichte nach 1917 gefunden hatte. Um 1923 waren viele Stahlhelmer bereits so gut mit antirepublikanischem Gedankengut gefüttert worden, daß sie einen gewaltsamen Anschlag auf die Verfassung unterstützten. Doch das Unternehmen schlug fehl, und mit ihm ging die erste Phase des jahrelangen Krieges gegen die Republik zu Ende.

Der Hitler-Putsch vom November 1923 zeigte nicht nur die weite Verbreitung antirepublikanischer Gefühle, sondern auch ein anderes für den Stahlhelm charakteristisches Merkmal, nämlich die mangelnde Geschlossenheit der Führungsspitze. In jenem Jahr entstand eine tiefe und andauernde Kluft zwischen den kompromißbereiten Gemäßigten einerseits und den Radikalen andererseits. Letztere waren gerade darum bemüht, ihre Vorstellungen von einem neuen Reich konkreter zu fassen. Dieses imaginäre „Dritte Reich", wie es bereits genannt wurde, enthielt alle wesentlichen Zutaten völkischen Denkens zur Lösung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme Deutschlands. Auch antisemitisches Gedankengut fehlte dabei nicht, und Duesterberg sorgte dafür, daß dieses Konglomerat von Ideen im Stahlhelm verbreitet wurde. Der Erfolg blieb ihm allerdings vorerst versagt, weil der Seldte-Flügel sich den Forderungen der Radikalen widersetzte, freilich nur, um zu erkennen, daß man an der Entwicklung einer „Stahlhelmphilosophie" wohl doch nicht vorbeikam, wenn der Bund in einer parlamentarischen Demokratie lebensfähig bleiben wollte.

In den Jahren nach 1923 widmeten sich die Stahlhelmer dem Aufbau einer festgefügten Organisation und versuchten, die Ideenwelt der meist konservativ und national gesinnten Mitglieder wilhelminischer Prägung in griffige Formeln zu fassen. Das war keine leichte Aufgabe. Die Republik konsolidierte sich, und mit dem Abbau der Seecktschen geheimen Wiederaufrüstung entfiel auch die Möglichkeit, an Wochenenden die verbrüdernde Atmosphäre der Schützengräben nachzuschaffen. Die Führer des Bundes — durchweg geistig weniger eindrucksvolle Männer — hätten ihre Gefolgschaft vielleicht nicht über diese Durststrecke gebracht, wären nicht einige Intellektuelle aufgetreten, die für den Marsch durch die dürren Jahre 1925 bis 1927 die geistige Kost bereiteten. *Die Standarte* wurde zum Zentrum für die Verarbeitung alter und die Erfindung neuer Ideen, und am Ende erwies sich die Frontsoldatenideologie der Jünger und Schauwecker als so zugkräftig, daß ihre Grundsätze — für das gewöhnliche Mitglied vereinfacht — durch den Stahlhelm übernommen wurden.

Der Boden war somit bereitet für einen neuen Angriff auf die Weimarer Republik. Es wurde kein gewaltsamer Angriff wie im Jahre 1923, sondern einer, der sich der raffinierteren Methoden psychologischer Kriegführung bediente. Bald erklärten die Stahlhelmer offiziell, daß sie das gegenwärtige Verfassungssystem ablehnten, woraufhin sie sich plötzlich in der Nachbarschaft der prononciert antirepublikanischen Parteien, der DNVP und der NSDAP, sahen. Wenige Monate später befand sich der Bund zusammen mit Hitler und Hugenberg unter den Organisatoren des Volksbegehrens gegen den Young-Plan. Voller Hoffnung traten die Frontsoldaten in den Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren ein. Doch das Experiment schlug fehl, und die Bundesführung zog sich enttäuscht wieder zurück. Zwar blieb die Einigung mit der Rechten weiterhin das Ideal, aber man beschloß, sich mit der Tätigkeit gegen die Republik etwas zurückzuhalten. Die Stahlhelmer hatten nämlich entdeckt, daß der Präsident der Republik, Hindenburg, eine große Schwäche für sie hatte.

Die Entwicklung zwischen dem Herbst 1930 und dem Sommer 1931 ist als die Periode der Schaukelpolitik des Stahlhelms dargestellt worden. Die Anstrengungen der Führer waren in dieser Zeit darauf gerichtet, eine Brücke zwischen der autoritären Regierung Brüning und der antirepublikanischen Rechten zu schlagen. Doch die Idee einer Verlagerung des Kabinetts nach rechts konnte nicht verwirklicht werden. Niemals gelang es, das Mißtrauen der Behörden zu beseitigen, und niemals erreichte man mehr als die Herstellung von Kontakten. Letztlich brach der Rechtserweiterungsplan aber auch deshalb zusammen, weil der Bund in den Sog des Nationalsozialismus geriet, der ein Einschwenken auf eine klare Linie „Nationaler Opposition" im Herbst 1931 nötig zu machen schien.

Die Harzburger Front wurde gebildet und zu einem Mythos erhoben. Kein Stahlhelmer konnte in den Monaten danach glauben, daß Begriffe wie Zusammenarbeit und Gleichberechtigung nicht zu Hitlers Wortschatz gehörten und es ihm nur auf eine Beseitigung seiner Harzburger Partner ankam. Den Beweis dafür

trat der „Führer" während der Präsidentenwahlen an. Nachdem daraufhin die Bundesführung im Frühjahr 1932 zwischen die Stühle der Weimarer Politik gefallen war, wollte sie sich nicht noch ein zweites Mal diesem Mißgeschick aussetzen. Ehe man sich zwischen den Blöcken hin- und herstoßen ließ, verzichtete man lieber ganz. Der Bund begann, sich aus der Politik zurückzuziehen.

Dieser Rückzug wurde durch die Entdeckung der „nichtarischen" Abstammung Duesterbergs erheblich beschleunigt, denn damit war auf einmal einer der markantesten Führer des Stahlhelms zum gezeichneten Mann geworden. Bis zum Januar 1933 irrten die Frontsoldaten ziellos in dem durch Brünings Sturz hinterlassenen Machtvakuum umher. Nur eines entwickelten sie: einen starken Widerwillen gegen Schleicher, und als man sich entschloß, den General auszubooten, war diese Ablehnung des Stahlhelms ein wichtiger Faktor für die Unterstützung Papens. Freilich war es leichter, Schleicher abzusetzen als einen Nachfolger zu finden. Doch als letztlich Hitler als der einzig realistische Kandidat übrigblieb, da war der Führer der NSDAP selbst für Duesterberg akzeptabel. War der Reichskanzler im Kabinett doch von verläßlichen Konservativen „eingerahmt" und vor allem die verhaßte Republik endlich zerstört. Eine neue Ära konnte beginnen.

Duesterberg erkannte als einer der ersten, daß Hitlers „Drittes Reich" sich von dem durch ihn selber erträumten in vielen entscheidenden Gesichtspunkten unterschied. Doch erwies sich jetzt seine eigene politische Vergangenheit als ein beträchtliches Handikap bei seinen Versuchen, unauffällig Widerstand zu leisten. Hitler konnte Vertreter des „neuen Deutschland" nicht gebrauchen, die die nationalsozialistischen Bemühungen untergruben. Seldte stimmte dem schließlich zu und wandte auf den Bund das Führerprinzip an, ähnlich wie es einige Jahre zuvor noch Duesterberg hatte durchsetzen wollen. Der Zweite Bundesführer wurde zum Rücktritt gezwungen.

Dies bedeutete freilich nicht, daß Seldte gegenüber den Nationalsozialisten bedingungslos kapitulieren wollte. Er wollte vielmehr die NSDAP und die SA aufweichen, indem er sie mit seinen Anhängern überschwemmte. Aber wie in früheren Jahren überschätzten die Stahlhelmer auch diesmal sich selbst und unterschätzten die Dynamik des Nationalsozialismus. Um 1934 war es mehr oder weniger klar, daß Hitler und Röhm den Bund erfolgreich entmachtet hatten. Ein Jahr später gab die Armee nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht die Zustimmung zur völligen Zerstörung der Organisation durch den „Führer". In seinem totalitären Reich war kein Platz für die Bewahrer wilhelminischer Traditionen.

So fand die Geschichte des Stahlhelms nicht einmal ein erbauliches Ende. Sie ist die Geschichte von konservativen Nationalisten und ihren Führern, unter denen sich sowohl aufrechte Bürger als auch Opportunisten befanden, denen es aber allesamt an politischer Erfahrung und an Verständnis für die Grundsätze und Regeln einer liberalen Demokratie fehlte. Nicht weniger verständnislos

standen sie auf der anderen Seite dem Nationalsozialismus gegenüber, von dem sie so viele Schlagworte übernahmen. Sie riefen nach einer Diktatur, die sie auch bekamen — doch nur um zu entdecken, daß sie ihrem eigenen politischen Analphabetentum und ihrer geistigen Enge zum Opfer gefallen waren.

Epilog

Die Geschichte des Stahlhelms endet mit dem Jahre 1935[1]). Dagegen lebten die Mitglieder des Bundes weiter. Manche starben Jahre nach der Auflösung; andere leben heute noch. Die Art und Weise, auf die einige von ihnen umkamen, erfordert einen Epilog. Wir haben gesehen, wie während ihres langjährigen Wirkens im Stahlhelm die Führer viele Fehler machten. Darüber sollte aber nicht vergessen werden, daß einige von ihnen ihre Irrtümer gutzumachen suchten und dafür mit ihrem Leben zahlten. Die konservative Opposition gegen Hitler kann nicht von den Namen einiger Männer getrennt werden, deren Tätigkeit zwischen 1918 und 1935 in den vorangehenden Kapiteln beschrieben wurde.

Duesterbergs Nachkriegsdarstellung bringt, soweit es die eigentliche Geschichte des Bundes betrifft, nur wenig. Dagegen hat er viele Einzelheiten über die Widerstandstätigkeit ehemaliger Mitglieder im „Dritten Reich" überliefert[2]). Es gibt keinen Grund, seine Berichte über ihre Leiden anzuzweifeln. Der ehemalige Zweite Bundesführer wurde selbst Opfer des nationalsozialistischen Terrors und entging während der Säuberungen des Juni 1934 nur mit knapper Not dem Tode. Sieht man einmal von ihrer schwierigen psychologischen Lage ab, so hatte die Stahlhelm-Opposition noch mit weiteren, bisher noch nicht erwähnten Problemen zu kämpfen. Wie der übrigen konservativen Opposition gegen Hitler fehlte auch den Widerständlern unter den Frontsoldaten eine feste Führung und die nötige Geschlossenheit. Viele der alten, im preußischen Geiste erzogenen Offiziere, die einst Positionen im Stahlhelm bekleidet hatten, konnten sich nicht daran gewöhnen, daß sie technisch auf einmal zu Aufrührern geworden waren. Gerade die Eidfrage warf für sie tausenderlei Probleme auf. Hinzu kam, daß sie nur wenig über die Methoden des Widerstandes in einem totalitären Staat wußten. So gerieten viele von ihnen in Schwierigkeiten, weil sie das Regime öffentlich und lautstark kritisierten. Andere fanden zwar in der Armee Unterschlupf, wo anfängerhafte Oppositionsäußerungen nicht nach außen drangen; doch hier wiederum machten Versetzungen und geographische Entfernung eine Koordination der Bemühungen schwierig.

---

[1]) Es kann hier nicht weiter darauf eingegangen werden, daß der Stahlhelm nach 1945 wiedergegründet wurde, zumal Seldte und Duesterberg bereits vorher verschieden waren und die neue Organisation unter der Führung von Carl Simon und Dr. Lehmann nie mehr als ein Schatten ihres einstigen Daseins war. Auch die Gestalt Albert Kesselrings als Bundesführer vermochte bald auftretende Spaltungen nicht zu verhindern, und nicht zuletzt sorgte mangelnde Popularität dafür, daß die Geschichte des Nachkriegs-Stahlhelms bis heute für den Historiker wenig interessant ist.

[2]) Th. Duesterberg (B 045), S. 63 ff.

Aus diesen Gründen gab es nur drei mehr oder minder konkrete Pläne, das Regime zu beseitigen, an denen frühere Stahlhelmer einen Anteil hatten. Der erste Anschlag auf das Leben des „Führers" war für den September 1938 geplant. Damals wollte General Erwin von Witzleben vor Hitler treten und ihn im Namen der Armee zum Rücktritt auffordern[1]). Er war über Hitlers *brinkmanship* beunruhigt, hatte sich offenbar aber nicht eingehender mit der Technik des Staatsstreichs in einer modernen Diktatur beschäftigt. Die Besprechung, in der Witzleben seine Pläne darlegte, fand in Gegenwart von General Erich Hoepner und Friedrich Wilhelm Heinz in der Wohnung von Hans Oster statt. Heinz, der bei Kapitän Ehrhardt in die Schule gegangen war und später für die Stahlhelmpresse gearbeitet hatte, glaubte, daß Witzlebens Plan eine kuriose Form des Selbstmordes sei. Es wurde ein Alternativplan ausgearbeitet, nach dem eine Gruppe von ehemaligen Stahlhelm-Langemarck-Studenten zu Hitler vordringen sollte, wenn Witzleben ihm seine Forderung vortrug. Dieser Stoßtrupp sollte den „Führer" kurz und bündig erschießen, eine Art der Tyrannenbeseitigung, die man der Witzlebenschen gegenüber für überlegen hielt. Doch 1938 war kein günstiges Jahr für einen Anschlag auf Hitler, und das Projekt mußte aufgegeben werden, weil die Verschwörer nicht nur Hitler und seine Leibwache gegen sich gehabt hätten.

Viele Monate vergingen und der Krieg begann. Die deutschen Armeen hatten einen guten Start. Als jedoch klar wurde, daß der Krieg von Deutschland nicht gewonnen werden konnte und Nachrichten über die nationalsozialistische Ausrottungspolitik durchsickerten, erschien schließlich auch weniger entschlossenen Männern als Heinz die Ermordung des „Führers" als der einzige Ausweg. Im März 1944 wandte sich ein früherer Stahlhelmer, Kraft von Palombini, an Duesterberg[2]). Er berichtete ihm, daß Wehrmachtkreise einen Aufstand gegen Hitler planten, und bat Duesterberg, hierfür seine einstigen Anhänger zu mobilisieren. Der ehemalige Zweite Bundesführer kam jedoch zu dem Schluß, daß nur die Armee eine solche Aktion erfolgreich durchführen könne. Sie besaß die Waffen und das Nachrichtennetz für ein Staatsstreich-Unternehmen, während die weit verstreute Stahlhelm-Opposition keine Mittel zur Verfügung hatte und dauernd von der Geheimpolizei überwacht wurde. Palombini hatte für diese Einwände Verständnis. Der Anstoß mußte in der Tat von der Wehrmacht kommen, und im Juli 1944 war es dann so weit. Es ist viel über die Stauffenberg-Verschwörung und die Motive der Teilnehmer geschrieben worden. Wir können uns hier daher auf eine Erwähnung jener Männer beschränken, die in den 20. Juli verwickelt und die wenige Jahre zuvor sich noch im Stahlhelm betätigt hatten[3]).

---

[1]) Die folgende Darstellung gründet sich auf mündliche Auskünfte von Herrn F. W. Heinz an den Verfasser vom 30. 5. 1962. Siehe auch Helmut Krausnick in *Die Vollmacht des Gewissens* (B 040), S. 344 ff.

[2]) Th. Duesterberg (B 045), S. 113—15.

[3]) Die folgenden Daten sind größtenteils entnommen aus Karl Heinrich Peter, Hrsg., *Spiegelbild einer Verschwörung* (B 146), passim.

Der Mann, dessen Name in den vorangegangenen Kapiteln oft erwähnt worden ist, Siegfried Wagner, trat bald nach seinem Rücktritt im April 1933 in die Armee ein. Während des Krieges stieg er bis zum Obersten auf und war dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) zugeteilt. Schon vor 1944 fand er Anschluß an den aktiven Widerstand und sollte nach dem Gelingen des Putsches Verbindungsoffizier für den Wehrkreis XI werden. Nach dem 20. Juli entzog er sich durch Selbstmord seiner Verhaftung. Wagner stand mit zwei Männern in Verbindung, von denen der eine der bereits genannte Palombini war. Palombini war mit Carl Friedrich Goerdeler bekannt, der sich vom 19. bis 21. Juli auf seinem Gut in der Nähe von Herzberg an der Elster aufhielt.

Der andere Vertraute Wagners war Hans Jürgen Graf Blumenthal. Er war vor 1933 Duesterbergs Adjutant und Mitarbeiter an der Bundeszeitung gewesen. Bevor er nach dem Sturz Duesterbergs in die Wehrmacht eintrat, war er zeitweilig Sturmbannführer in der SA gewesen. Während des Krieges wurde er schwer verwundet und kehrte nach Deutschland als Leiter der Chefgruppe der Amtsgruppe Ersatzwesen und allgemeine Truppenangelegenheiten zurück. Blumenthal war als Verbindungsoffizier für den Wehrkreis II vorgesehen und wurde im Oktober 1944 hingerichtet.

Ein weiteres Mitglied des Stauffenberg-Kreises war Werner Schrader, der einstige Landesverbandsführer von Braunschweig. Nach seinem Zusammenstoß mit Klagges im Jahre 1933 tauchte Schrader später wieder in der Abwehr von Admiral Wilhelm Canaris auf. Er war dessen Vertreter in der Abteilung Heereswesen und nahm zeitweilig das Dynamit britischer Herkunft in seine Obhut, das Stauffenberg für das Attentat erworben hatte. Eine Woche nach dem Fehlschlag der Verschwörung nahm Schrader sich das Leben. Zu den Zivilisten des aktiven Widerstandes gehörte Ferdinand von Lüninck, ehemals Führer des Westfalenbundes und später westfälischer Stahlhelmführer. Wie andere Widerstandskämpfer stand auch er dem „Dritten Reich" zunächst positiv gegenüber. Bis 1938 hatte er sogar die Stellung des Oberpräsidenten von Westfalen inne. Doch dann trat eine immer größere Ernüchterung ein, und er schloß sich schließlich der Verschwörung an. Im Herbst 1944 verurteilte ihn der Volksgerichtshof wegen seiner Teilnahme am 20. Juli zum Tode.

Friedrich Wilhelm Heinz trat zuerst Mitte der zwanziger Jahre im Stahlhelm auf. Nach einem kurzen Gastspiel bei der NSDAP kam er wieder zur Stahlhelm-Bundeszeitung zurück und redigierte die Beilage *Vor zehn Jahren*. Später arbeitete er für Canaris und wurde zusammen mit Blumenthal Zeuge der chaotischen Zustände in der Bendlerstraße kurz nach der Explosion der Stauffenbergschen Bombe. Er konnte sich durch Flucht der Verhaftung entziehen. Etwas am Rande der Verschwörung erschien Duesterbergs Sohn Georg, der nach eigener Mitteilung Verwaltungschef bei Canaris war[1]). Er überlebte den Krieg im Konzentrationslager. Hans Bernd Gisevius, der seine eigene Darstellung des 20. Juli

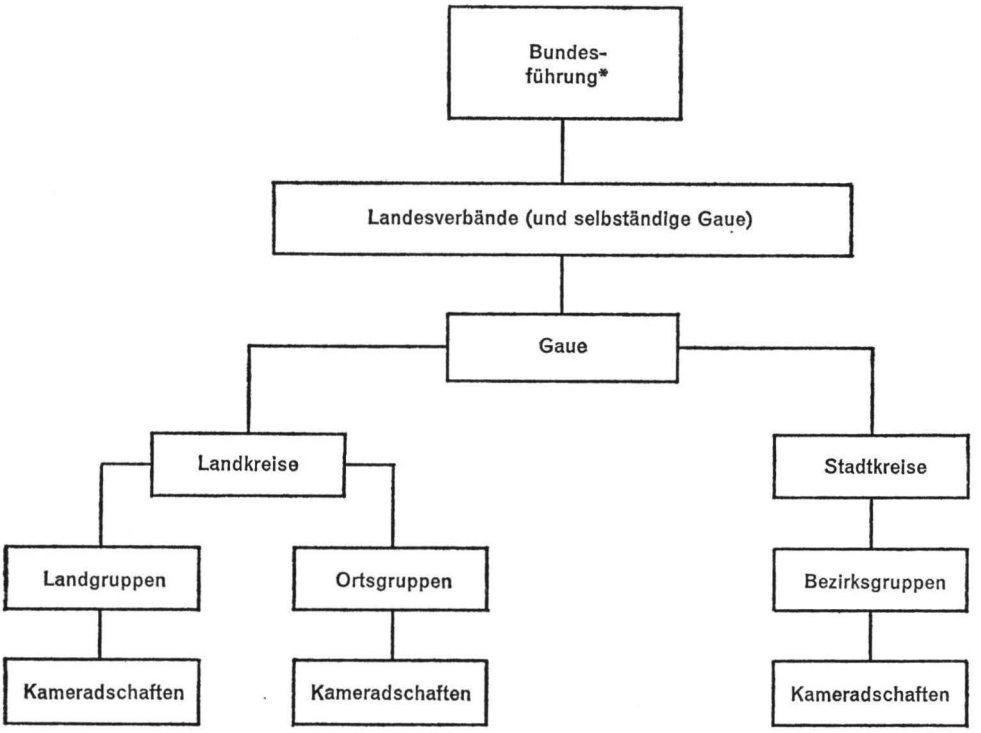
[1]) *Mündliche Auskunft Dr. Duesterbergs*, Koblenz, 25. 5. 1962.

veröffentlicht hat[1]), war gleichfalls ein ehemaliges Stahlhelmmitglied. Er konnte nach dem Putschversuch der Gestapo entkommen.

Es gab noch weitere Stahlhelmer, die Widerstand leisteten und für ihre Aufrichtigkeit zu leiden hatten. Mögen ihre Namen auch weiterhin unbekannt bleiben, ihr Opfer erheischt Achtung.

[1]) H. B. Gisevius (B 063).

Anhang I: Befehls- und Organisationsstruktur des Stahlhelms



* Anfangs setzte sich die Bundesführung (damals noch Bundesleitung) aus einem Drei-Mann-Kollektiv zusammen, dem ein Ausschuß zur Seite stand (siehe oben S. 18). Allmählich entwickelte sich sodann das Amt des Bundesführers, der nebst zwei Stellvertretern zusammen mit dem Bundesvorstand die Politik des Bundes bestimmte. Daneben gab es weiterhin noch die Mitgliederversammlung. Nach verschiedenen Änderungen hatte die Bundesführung ab Mai 1927 laut Satzung endgültig folgende Struktur:

§ 5 Der Gesamtvorstand besteht aus:

1. dem 1. und dem 2. Bundesführer. Der zweite Bundesführer trägt die Mitverantwortung für die Bundesgeschäftsführung und die Durchführung der vom Bundesrat, der Vorstandsversammlung und der Mitgliederversammlung gefaßten Beschlüsse. Soweit möglich nimmt er seinen Wohnsitz am Orte der Bundesführung.

2. dem Bundesrat. Dieser besteht aus den Bundesführern und 5 von den beiden Bundesführern zu berufenden Landesverbandsführern. Zu seinen Sitzungen wird nach Bedarf der Vorsitzende des Rechnungshofes hinzugezogen.

3. der Vorstandsversammlung. Diese besteht aus: a) den Bundesführern, b) den Landesverbands- und selbständigen Gauführern, c) Kameraden, die aus besonderem Vertrauen gewählt werden.

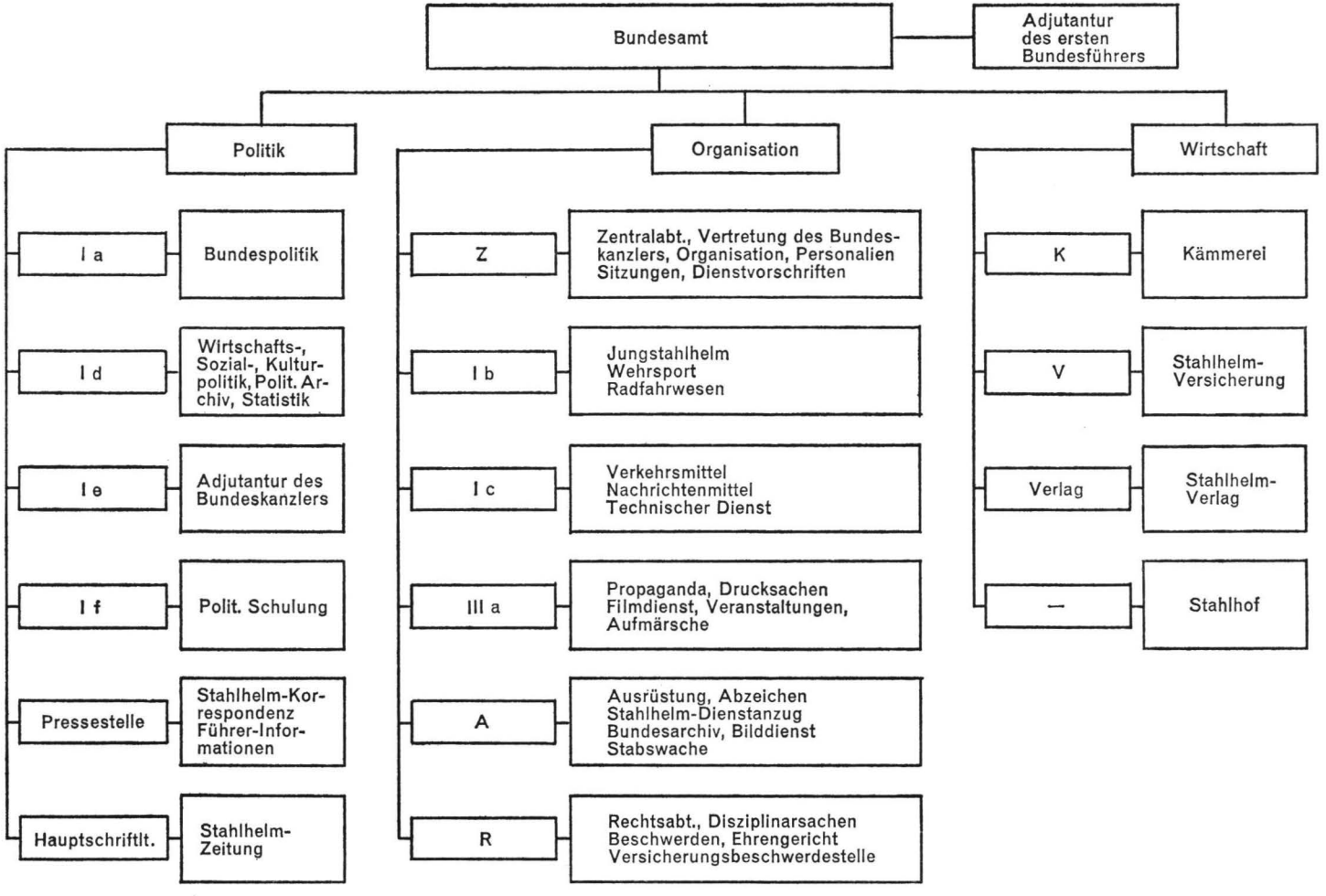
Die Bundesführer und diejenigen Vorstandsmitglieder, die nicht Landesverbands- oder selbständige Gauführer sind, werden von den Landesverbands- und selbständigen Gauführern auf 3 Jahre gewählt.

...

§ 6 Die Mitgliederversammlung ist jedes Jahr mindestens einmal zu einer Hauptversammlung, die im ersten Vierteljahr stattfinden soll, einzuberufen, im übrigen nach dem Ermessen der Bundesführer. In der Hauptversammlung ist ein allgemeiner Bericht über die Angelegenheiten des Bundes zu erstatten. Der Beschlußfassung der Mitgliederversammlung unterliegen a) Änderungen des Zweckes des Bundes, b) Auflösung des Bundes, c) die Beschlußfassung über solche Fragen, welche gemäß den Vorschriften des § 5 ihr unterbreitet werden.
In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied für jede angefangenen 1000 Einzelmitglieder eine Stimme. Diese Stimmen sind geschlossen abzugeben.

...

Der bürokratische Apparat der Bundesführung war das Bundesamt, das nach diversen Erweiterungen Anfang der dreißiger Jahre die in Anhang II dargestellte Struktur hatte.

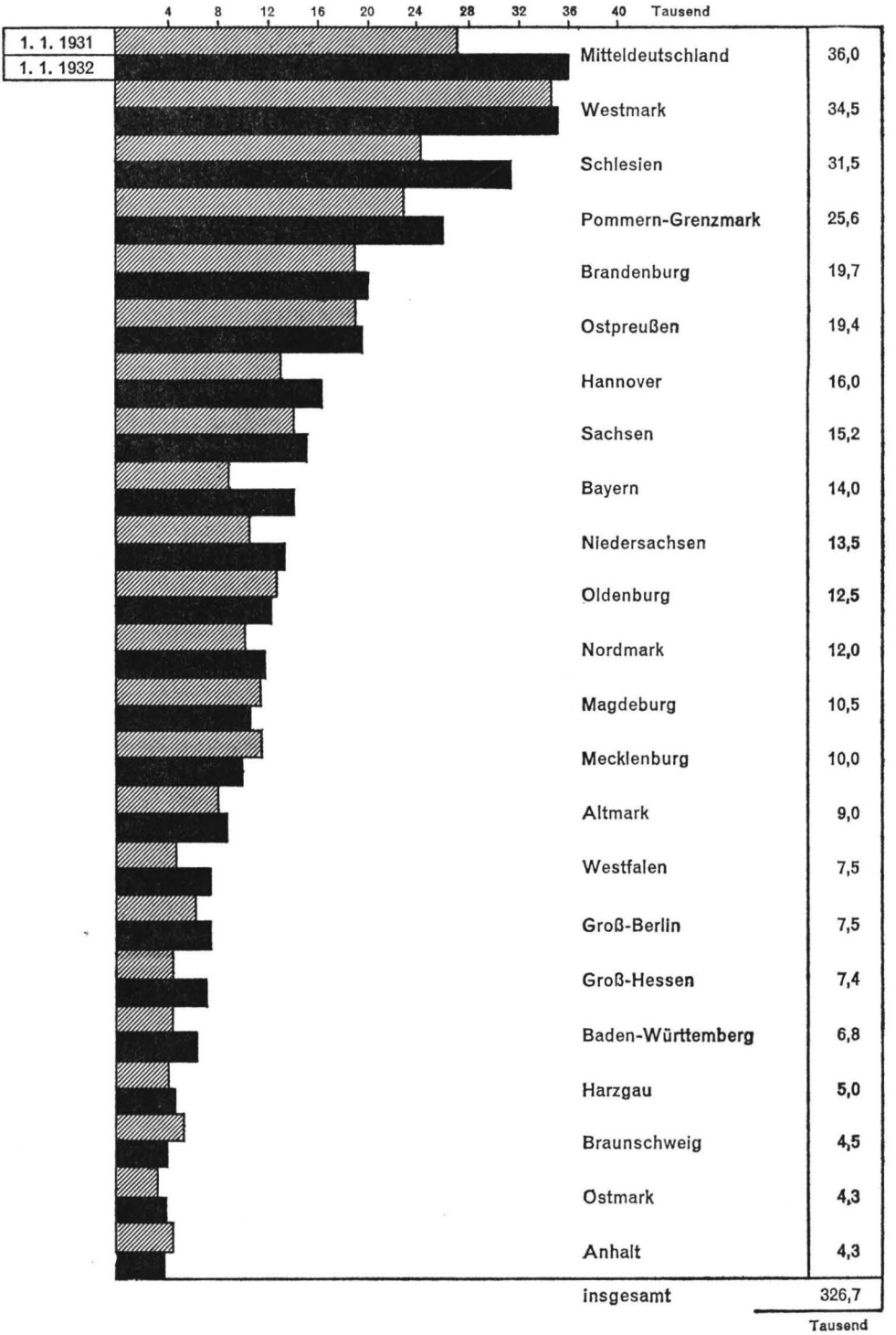


Anhang II: Struktur des Bundesamtes

Anhang III: Mitgliederbewegung des Stahlhelms

Der Stahlhelm war von etwa einem Dutzend Magdeburger Bürgern gegründet worden (siehe oben S. 13). Er wuchs dann aber schnell an und hatte Mitte der zwanziger Jahre um die 300000 Mitglieder (siehe oben S. 85). Zählt man noch den Jungstahlhelm hinzu, so dürfte sich die Gesamtzahl um 1930 auf etwa 400000 bis 500000 belaufen haben. Gerade im Jungstahlhelm machte sich danach aber eine rückläufige Bewegung bemerkbar, die erst 1933 durch den Zustrom aus verbotenen Organisationen aufgefangen wurde. Rechnet man die seit dem Sommer 1933 in die SA übernommenen Stahlhelmer mit, so dürften die in Nürnberg gemachten Angaben von einer Million (siehe oben S. 266) nicht gar zu übertrieben sein. Jedenfalls nannte Seldte noch im August 1935 Hitler gegenüber für den schon stark dezimierten NSDFB eine Gesamtstärke von 500000 Mann (siehe oben S. 273).

Die folgende graphische Darstellung zeigt die Mitgliederbewegung des Stahlhelms für das Jahr 1931 (in Tausenden):


4 8 12 16 20 24 28 32 36 40 Tausend
1. 1. 1931
1. 1. 1932
Mitteldeutschland 36,0
Westmark 34,5
Schlesien 31,5
Pommern-Grenzmark 25,6
Brandenburg 19,7
Ostpreußen 19,4
Hannover 16,0
Sachsen 15,2
Bayern 14,0
Niedersachsen 13,5
Oldenburg 12,5
Nordmark 12,0
Magdeburg 10,5
Mecklenburg 10,0
Altmark 9,0
Westfalen 7,5
Groß-Berlin 7,5
Groß-Hessen 7,4
Baden-Württemberg 6,8
Harzgau 5,0
Braunschweig 4,5
Ostmark 4,3
Anhalt 4,3
insgesamt 326,7
Tausend

Bibliographie

I. Archivquellen:

Bayerisches Kriegsarchiv, München

A 01 Akten des Stahlhelm, B.d.F., Landesverband Bayern

Bundesarchiv, Koblenz

A 02 Akten des Stahlhelm, B.d.F. (R 72)
A 03 Drucksachen betr. Stahlhelm, B.d.F. (ZSg 1)
A 04 Akten der Reichskanzlei (R 43 I)
A 05 Akten des Reichsfinanzministeriums, Abt. I
A 06 General-Akten des Preuß. Justizministeriums (P135)
A 07 Akten der DVP, Reichsgeschäftsstelle (R 45 II)
A 08 Sammlung Kleist (Militärarchiv Zg 244)
A 09 Photokopien Dr. Boberach (R 58)
A 10 Nachlaß Dingeldey
A 11 Nachlaß Gayl
A 12 Nachlaß Geßler
A 13 Nachlaß Groener
A 14 Nachlaß Krebs
A 15 Nachlaß Lindeiner-Wildau
A 16 Nachlaß Rechberg
A 17 Nachlaß Schleicher
A 18 Nachlaß Traub

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam

A 19 Akten des Stahlhelm, B.d.F. (61 Sta 1)
A 20 Akten des Büros des Reichspräsidenten (06.01)
A 21 Akten des Reichsinnenministeriums (15.07)
A 22 Akten des Reichskommissars f. Ü. d. ö. O. (15.07)
A 23 Akten des Reichslandbundes (61 Re 1)
A 24 Nachlaß Enckevort (60 En 1)

Document Center, Berlin

A 25 Akten des Hauptarchivs der NSDAP
A 26 Miscellaneous Non-Biographical Material
A 27 Personalakte Darré
A 28 Personalakte Helldorf

Foreign Office Library, London

A 29 Nachlaß Stresemann (G. F. M. 2)
A 30 Politisches Archiv (G. F. M. 2)
A 31 Büro des Reichsministers (G. F. M. 2)
A 32 Büro von Staatssekretär von Schubert (G. F. M. 2)
A 33 Büro von Staatssekretär von Bülow (G. F. M. 2)
A 34 Alte Reichskanzlei, Akten betr. Reichswehr

A 35 Alte Reichskanzlei, Akten betr. Landesverteidigung
A 36 Nachlaß Stresemann (Col. U.)
A 37 Abt. Deutschland (Inland) II (G. F. M. 2)
A 38 Adjutantur des Führers

Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, Hamburg

A 39 Mappe „Stahlhelm" I
A 40 Mappe „Stahlhelm" II
A 41 Mappe „Stahlhelm" III
A 42 Mappe „Verbände" III
A 43 Mappe „Verbände" IV
A 44 Mappe „Flugblätter"

Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf

A 45 Akten der Regierung Düsseldorf
A 46 Akten des Landratsamtes Bonn

Institut für Zeitgeschichte, München

A 47 Nachlaß Seeckt (Mikrofilm)
A 48 Zeugenschrifttum

Niedersächsisches Staatsarchiv, Hannover

A 49 Oberpräsidium Hannover, Polizei (Ha 122a/11)
A 50 Oberpräsidium Hannover, Landesschutz und Einwohnerwehren (Ha 122a/37)
A 51 Akten der SPD, Bez. Hannover, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Des 310 II C)

Privatakten Klaus Schlegel, Lövenich

A 52 Klefisch-Korrespondenzen zum Nürnberger Prozeß
A 53 Zeitgeschichtliche Sammlung

Stadtarchiv, Braunschweig

A 54 Akten der DVP betr. Stahlhelm, B.d.F. (H VII/79)
A 55 Akten der DVP betr. Stahlhelm, B.d.F. (G X 6)

II. Bücher, Artikel, veröffentlichte Dokumente, Manuskripte:

B 001 Alter, Junius (d. i. Franz Sonntag): *Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit*, Leipzig, 1930.
B 002 Auerbach, Philipp: *Wesen und Formen des Widerstandes im 3. Reich*, Diss. Erlangen, o. D.
B 003 Ausmeier, Peter: *Klagges, Verbrecher im Hintergrund. Ein Prozeßbericht*, Braunschweig (1950).
B 004 Axhausen, Günther: *Organisation Escherich*, Leipzig—Berlin, 1921.
B 005* Bargon, Anton Wilhelm: *Der Stahlhelm und die katholische Weltanschauung*, Magdeburg, 1926.
B 006* Bartram, Theodor: *Der Frontsoldat. Ein deutsches Kultur- und Lebensideal*, Leipzig, 1919.
B 007* Bendziula, Friedrich, hrsg.: *Führer-Handbuch*, Magdeburg, 1925.
B 008 Berg, Rudolf: *Angeklagter oder Ankläger?*, Göttingen, 1954.
B 009* Bochow, Martin: *Was wird aus Deutschland?*, Berlin, 1932.
B 010* Bochow, Martin: *Männer unter dem Stahlhelm*, 5. Aufl., Stuttgart—Berlin—Leipzig, 1933.

B 011* Bormann, Walter: *Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten. Ein Merkheft für Förderer unserer Bewegung*, k. O., o. D.
B 012 Bracher, Karl Dietrich: *Die Auflösung der Weimarer Republik*, 3. Aufl., Villingen, 1960.
B 013 Bracher, Karl Dietrich et al.: *Die Nationalsozialistische Machtergreifung*, Köln, 1960.
B 014 Braun, Otto: *Von Weimar zu Hitler*, New York, 1940.
B 015* Brauweiler, Heinz: *Schule der Politik. Unterrichtsbriefe*, 2. Aufl., Berlin, 1928.
B 016* Brauweiler, Heinz: *Generäle der deutschen Republik. Groener, Schleicher, Seeckt*, Berlin, 1932.
B 017 Bronnen, Arnolt: *Arnolt Bronnen gibt zu Protokoll*, Hamburg, 1954.
B 018 Brüning, Heinrich: „Ein Brief" in *Deutsche Rundschau*, Bd. 70, Nr. 7 (Juli 1947), S. 1—22.
B 019 Buchrucker, Bruno Ernst: *Im Schatten Seeckts. Die Geschichte der „Schwarzen Reichswehr"*, Berlin, 1928.
B 020 Carsten, Francis L.: *Reichswehr und Politik. 1918—1933*, Köln—Berlin, 1964.
B 021 Clark, R. T.: *The Fall of the German Republic*, London, 1935.
B 022 Conze, Werner: „Zum Sturz Brünings" in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 1, Nr. 3 (Juli 1953), S. 261—288.
B 023 Craig, Gordon A.: *The Politics of the Prussian Army. 1640—1945*, Oxford, 1955.
B 024 Crasemann, Ferdinand: *Freikorps Maercker*, Hamburg (1919).
B 025 Curtius, Julius: *Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik*, Heidelberg, 1948.
B 026 Czeloth, Heinrich: *Klarheit und Wahrheit. Warum wir Katholiken die Vaterländischen Verbände ablehnen müssen*, Berlin (1925).
B 027 *Das Urteil des Klagges-Prozesses*, Braunschweig, 1950.
B 028 *Der Anti-Nazi. Handbuch im Kampf gegen die NSDAP*, 2. Aufl., Berlin, 1932.
B 029* *Der NSDFB (Stahlhelm). Geschichte, Wesen und Aufgabe des Frontsoldatenbundes*, Berlin, 1935.
B 030* *Der Stahlhelm. Reichsfrontsoldatentag in Hamburg*, 1928.
B 031* *Der Stahlhelm. Reichsfrontsoldatentag in München*, 1929.
B 032* *Der Stahlhelm. Reichsfrontsoldatentag in Koblenz*, 1930.
B 033* *Der Stahlhelm. Reichsfrontsoldatentag in Breslau*, 1931.
B 034* *Der Stahlhelm muß sein. Vom Frontsoldatentum zum Volkskriegertum*, Berlin, 1933.
B 035 *Der Tag von Potsdam. Zum 21. März 1933*, Berlin, 1933.
B 036 *Der Weg zum Nationalsozialismus. Die Ruhmeshalle der SA, SS und HJ, des früheren Stahlhelm und der für das Dritte Reich gefallenen Parteigenossen*, Fürstenwalde (1934).
B 037 Deuerlein, Ernst: *Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923*, Stuttgart, 1962.
B 038 *Deutsche Volkspartei. Wahlhandbuch 1924*, 2. Aufl., Berlin, 1924.
B 039 *Deutscher Reichskriegerbund (Kyffhäuser)*, Berlin, 1936.
B 040 *Die Vollmacht des Gewissens*, München, 1956.
B 041 *Documents on British Foreign Policy. 1919—1939*, London, 1949 ff., 2nd series, Bd. II.
B 042 Donohoe, James: *Hitler's Conservative Opponents in Bavaria. 1930—1945*, Leiden, 1961.
B 043* Dormann: *Auferstehung. Der „Stahlhelm"-Glaube*. Stettin (1921).
B 044* Duesterberg, Theodor: „30. Januar 1933" in *Mannheimer Morgen*, 30. Januar 1947.
B 045* Duesterberg, Theodor: *Der Stahlhelm und Hitler*, Wolfenbüttel—Hannover, 1949.
B 046 Edinger, Lewis J.: *German Exile Politics*, Berkeley—Los Angeles, 1956.
B 047 Ehrhardt, Hermann: *Deutschlands Zukunft. Aufgaben und Ziele*, München, 1921.
B 048* Eulenburg-Wicken, Siegfried Graf zu: *Die Eulenburgs. Geschichte eines ostpreußischen Geschlechtes*, Lindau, 1948.
B 049* Everling, Friedrich: *Warum bekämpfen wir den Parlamentarismus?*, Berlin (1929).
B 050* Everling, Friedrich: *Organischer Aufbau des Dritten Reiches*, München, 1931.
B 051* Everling, Friedrich: *Der Stahlhelm und organischer Staat*, Berlin (1931?).
B 052 Eyck, Erich: *Geschichte der Weimarer Republik*, Zürich—Stuttgart, 1954, Bd. I.
B 053 Eyck, Erich: *Geschichte der Weimarer Republik*, Zürich—Stuttgart, 1956, Bd. II.
B 054* Finker, Kurt et al.: *Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten*, MS, Potsdam, 1962.
B 055* Foerster, F. W.: *Ein Dokument zur Reichswehr- und Stahlhelmpolitik*, Wiesbaden, 1927.

B 056 Forschbach, Edmund: *Ein Erlebnisbericht aus den Jahren 1931—1939*, MS, o. D.
B 057* Franke, Helmut: *Staat im Staate*, Magdeburg (1924).
B 058* Franke, Helmut: *Wir brechen die Bahn*, Leipzig, 1926.
B 059 Friedrich, Julius: *Wer spielte falsch? Hitler, Hindenburg, der Kronprinz, Hugenberg, Schleicher*, Hamburg, o. D.
B 060 Gatzke, Hans: *Stresemann and the Rearmament of Germany*, Baltimore, 1954.
B 061 Gengler, Franz Ludwig: *Die Monarchisten. 1919—1925*, Kulmbach, 1932.
B 062 Geßler, Otto: *Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit*, Stuttgart, 1958.
B 063 Gisevius, Hans Bernd: *Bis zum bitteren Ende*, 2. Aufl., Zürich, 1954.
B 064 Goebbels, Joseph: *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei*, München, 1934.
B 065 Görlitz, Walter: *Hindenburg. Ein Lebensbild*, Bonn, 1953.
B 066 Görlitz, Walter: *Die Junker. Adel und Bauer im deutschen Osten*, Glücksburg, 1956.
B 067 Gordon, Harold J.: *The Reichswehr and the German Republic. 1919—1926*, Princeton, N. J., 1957. (Dt. Ausg.: Frankfurt, 1959).
B 068 Graefe, Bodo: *Leitfaden für den Arbeitsdienst*, Berlin, 1934.
B 069* Graff, Sigmund et al.: *Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder*, Berlin, 1932, Bd. I.
B 070* Graff, Sigmund et al.: *Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder*, Berlin, 1933, Bd. II.
B 071* Graff, Sigmund, Hrsg.: *Und wenn die Not nicht Eisen bricht...*, Magdeburg, 1924.
B 072 Groener, Wilhelm: *Lebenserinnerungen*, Göttingen, 1957.
B 073 Groener-Geyer, Dorothea: *General Groener. Soldat und Staatsmann*, Frankfurt, 1955.
B 074* Grote, Hans Henning Freiherr, Hrsg.: *Der Frontsoldat. Vaterländischer Kalender für das deutsche Haus*, Halle, 1926.
B 075* Grote, Hans Henning Freiherr, Hrsg.: *Deutschlands Erwachen*, Essen, 1934.
B 076 Grote, Hans Henning Freiherr, und Herbert Erb: *Konstantin Hierl. Der Mann und sein Werk*, Berlin, 1934.
B 077* Gruss, Theodor, Hrsg.: *Stahlhelm-Bildband*, Berlin, 1934.
B 078 *Guides to German Records Microfilmed at Alexandria, Va., No. 34*, National Archives, Washington, 1962.
B 079 Gumbel, Emil J.: *„Verräter verfallen der Feme". Opfer, Mörder, Richter. 1919—1929*, Berlin, 1929.
B 080 *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, München, 1958.
B 081* Gutbrod, Carlfriedrich: *Ein alter Stahlhelmer erzählt vom Werden der Ortsgruppe Pforzheim*, Pforzheim, 1932.
B 082 Harms, Bernhard, Hrsg.: *Volk und Reich der Deutschen*, Berlin, 1929, Bd. I.
B 083 Harms, Bernhard, Hrsg.: *Volk und Reich der Deutschen*, Berlin, 1929, Bd. II.
B 084* Heinz, Friedrich Wilhelm: *Die Nation greift an*, Berlin, 1933.
B 085* Heinz, Friedrich Wilhelm: *Kameraden der Arbeit. Deutsche Arbeitslager: Stand, Aufgabe, Zukunft*, Berlin, 1933.
B 086 Herre, Paul: *Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik*, München, 1954.
B 087 Hielscher, Friedrich: *50 Jahre unter Deutschen*, Hamburg, 1954.
B 088* Hildebrand, Heinrich, und Walter Kettner, Hrsg.: *Stahlhelm-Handbuch 1931*, Berlin, 1931.
B 089 Hoegner, Wilhelm: *Die verratene Republik. Geschichte der deutschen Gegenrevolution*, München, 1958.
B 090 Hofmann, Hanns Hubert: *Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte. 1920 bis 1924*, München, 1961.
B 091 Hohlfeld, Johannes, Hrsg.: *Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart*, Berlin, o. D., Bd. III.
B 092 Hornung, Klaus: *Der Jungdeutsche Orden*, Düsseldorf, 1958.
B 093 Hotzel, Curt, Hrsg.: *Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs*, Stuttgart, 1934.
B 094* Hübotter, Hans: *Warum Volksbegehren?*, Berlin, 1931.
B 095* Hütte, Anton: *Deutsches Volk erwache und kehre zur Einfachheit zurück*, Halle, 1930.
B 096 Hupfeld, Hans, Hrsg.: *Reichstagseröffnungsfeier in Potsdam*, Potsdam, 1933.
B 097 Jünger, Ernst: *Der Kampf als inneres Erlebnis*, Berlin, 1922.
B 098 Jünger, Ernst: *In Stahlgewittern. Aus dem Tagebuch eines Stoßtruppführers*, Berlin, 1929.

B 099 Jünger, Ernst: *Krieg und Krieger*, Berlin, 1930.
B 100 Jünger, Ernst: *Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt*, Hamburg, 1932.
B 101 Kaufmann, Walter R.: *Monarchism in the Weimar Republic*, New York, 1953.
B 102* Klefisch, Theodor: *Denkschrift über den Charakter des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, und seine Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus*, MS (1946).
B 103* Kleinau, Wilhelm, Hrsg.: *Stahlhelm-Jahrbuch 1926*, Magdeburg, 1925.
B 104* Kleinau, Wilhelm: *Soldaten der Nation. Die geschichtliche Sendung des Stahlhelm.* Berlin, 1933.
B 105* Kleinau, Wilhelm: *Franz Seldte. Ein Lebensbericht*, Berlin, 1933.
B 106 Klemperer, Klemens von: *Germany's New Conservatism*, Princeton, N.J., 1957.
B 107 Kolb, Eberhard: *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik. 1918—1919*, Düsseldorf, 1962.
B 108 Kruck, Alfred: *Geschichte des Alldeutschen Verbandes. 1890—1939*, Wiesbaden, 1954.
B 109 Kube, Wilhelm, Hrsg.: *Almanach der nationalsozialistischen Revolution*, Berlin, 1954.
B 110 Lania, Leo: *Der Hitler-Ludendorff-Prozeß*, Berlin, 1925.
B 111 Laqueur, Walter: *Young Germany*, London 1962. (Dt. Ausg.: Köln, 1962).
B 112 Lauff, Joseph von: *Volk ohne Ehre. Ein niederrheinischer Roman*, Leipzig (1929).
B 113 Liebe, Werner: *Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924*, Düsseldorf, 1956.
B 114* Lippelt, Otto, und E. Huckstorf, Hrsg.: *15 Jahre Stahlhelm in Niedersachsen*, Lüchow i. H., 1936.
B 115 Lobe, Adolf, Hrsg.: *Die Gesetzgebung des Reiches und der Länder zum Schutze der Republik*, Berlin, 1922.
B 116 Lucas, Friedrich: *Hindenburg als Reichspräsiden* Bonn, 1959.
B 117* Lübbert, Erich: *Durchbruch zur Wirtschaftsfreiheit*, Berlin, 1930.
B 118* Martin, Hermann: *Zehn Jahre Stahlhelm*, Leipzig, 1929.
B 119 Matthias, Erich, und Rudolf Morsey, Hrsg.: *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf, 1960.
B 120* Medem, Walter Eberhard Freiherr von: *Männer und Mächte. Seldte, Duesterberg*, Leipzig, 1932.
B 121* Medem, Walter Eberhard Freiherr von: *Kampf gegen das System*, Berlin, 1937.
B 122 Meinecke, Friedrich: *Die deutsche Katastrophe*, Zürich, 1946.
B 123 Meissner, Hans Otto, und Harry Wilde: *Die Machtergreifung*, Stuttgart, 1958.
B 124 Meissner, Otto: *Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler*, Hamburg, 1950.
B 125* Mevs, Otto: *Franz Seldte*, Donauwörth, 1934.
B 126 Michaelis, Herbert, und Ernst Schraepler, Hrsg.: *Ursachen und Folgen*, Berlin, o. D., Bd. III.
B 127 Michaelis, Herbert, und Ernst Schraepler, Hrsg.: *Ursachen und Folgen*, Berlin, o. D Bd. V.
B 128 Mohler, Armin: *Die konservative Revolution in Deutschland. 1918—1932*, Stuttgart, 1950.
B 129 Morgenthau, Hans: *Politics among Nations*, 3rd ed., New York, 1960.
B 130 Müller-Brandenburg, Hermann: *Die Schuld der anderen und der Betrug von Versailles*, Berlin, 1931.
B 131* *Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund. Verlauf des Schlußappells der Ortsgruppe Leipzig-Mitte* (Leipzig), 1935.
B 132* *Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund. Das Ganze halt!*, Stuttgart, 1936.
B 133* *Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund. Geheim...?*, Stuttgart, 1936.
B 134* *Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund. Soldat und Heimat*, Rudolfstadt, o. D.
B 135 Niekisch, Ernst: *Gedanken über deutsche Politik*, Dresden, 1929.
B 136 Niekisch, Ernst: *Gewagtes Leben. Begegnungen und Begebnisse*, Köln, 1958.
B 137 Noske, Gustav: *Von Kiel bis Kapp*, Berlin, 1920.
B 138 Oberlindober, Hanns, Hrsg.: *Jahrbuch der deutschen Frontsoldaten und Kriegsopfer*, Berlin, 1936.
B 139 Obermann, Emil: *Soldaten, Bürger, Militaristen*, Stuttgart, 1958.
B 140 Oertzen, F. W. von: *Die deutschen Freikorps. 1918—1923*, 6. Aufl., München, 1939.

B 141* Osthold, Paul: *Die Schuld der Sozialdemokratie*, Berlin (1933 ?).
B 142* Pache, Alexander: *Die Krisis der Verfassung. Ein aufklärendes Wort zum Volksbegehren*, Zwickau (1929).
B 143* Pache, Alexander: *Der Stahlhelm. Sein Werden, sein Wesen, seine Ziele*, Zwickau, 1929.
B 144 Papen, Franz von: *Appell an das deutsche Gewissen*, Oldenburg, 1933.
B 145 Papen, Franz von: *Der Wahrheit eine Gasse*, München, 1952.
B 146 Peter, Karl Heinrich, Hrsg.: *Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunnerberichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944*, Stuttgart, 1961.
B 147 Phelps, Reginald H.: „Die Briefe an Alarich von Gleich 1930—1932. (Aus den Groener-Dokumenten)" in *Deutsche Rundschau*, Bd. 73, Nr. 76 (Dezember 1950), S. 1013—1022.
B 148* Ploss, Wilhelm: *Geschichte des Hamburger Stahlhelm*, MS (1935 ?).
B 149 Posse, Ernst H.: *Die politischen Kampfbünde Deutschlands*, 2. Aufl., Berlin, 1931.
B 150 Pünder, Hermann: *Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929—1932*, Stuttgart, 1961.
B 151 Rabenau, Friedrich von: *Hans von Seeckt. Aus seinem Leben*, Leipzig, 1940, Bd. II.
B 152 Recken, Wilhelm, und Julius W. Krafft, hrsg.: *Hamburg unterm Hakenkreuz*, Hamburg, 1933.
B 153 Reibnitz, Kurt von: *Im Dreieck Schleicher-Hitler-Hindenburg*, Dresden, 1933.
B 154 Ritter, Gerhard: *Staatskunst und Kriegshandwerk*, München, 1960, Bd. II.
B 155 Roden, Hans: *Deutsche Soldaten*, Leipzig, 1935.
B 156 Roegels, Fritz Carl: *Der Marsch auf Berlin*, Berlin, 1932.
B 157* Roger, Hans: *Die uns regieren*, Magdeburg, o. D.
B 158 Roloff, Ernst-August: *Bürgertum und Nationalsozialismus 1930—1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich*, Hannover, 1961.
B 159* Roth, Hansgeorg: *Unser Franz. Ein Lebensbild des Stahlhelm-Gründers*, Magdeburg, 1928.
B 160 Salomon, Ernst von: *Die Geächteten*, Berlin, 1935.
B 161 Salomon, Ernst von: *Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer*, Berlin, 1938.
B 162* Schauwecker, Franz, Hrsg.: *Stahlhelm-Jahrbuch 1927*, Magdeburg, 1927.
B 163* Schauwecker, Franz: *So ist der Friede*, Berlin, 1928.
B 164* Schauwecker, Franz: *Aufbruch der Nation*, Berlin, 1929.
B 165* Schauwecker, Franz: *Der feurige Weg*, Berlin, o. D.
B 166 Scheurig, Bodo: „Das Problem des Militarismus" in *Deutsche Rundschau*, Bd. 87, Nr. 1 (Januar 1961), S. 32—37.
B 167* Schlange-Schöningen, Hans: *Am Tage danach*, Hamburg, 1946.
B 168* Schmidt-Hannover, Otto: *Umdenken oder Anarchie*, Göttingen, 1958.
B 169 Schmidt-Pauli, Edgar von: *Geschichte der Freikorps. 1918—1924*, Stuttgart, 1936.
B 170 Schreiber, Georg: *Regierung ohne Volk. Eine positive Kritik*, Köln, 1932.
B 171 Schüddekopf, Otto-Ernst: *Das Heer und die Republik*, Hannover, 1955.
B 172 Schüddekopf, Otto-Ernst: *Linke Leute von rechts*, Stuttgart, 1960.
B 173 Schultze-Pfaelzer, Gerhard: *Von Spa nach Weimar*, Leipzig—Zürich, 1929.
B 174* Schulze-Langendorff, Friedrich: *Das deutsche Herz*, Magdeburg, 1924.
B 175 Schwarz, Hans-Peter: *Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers*, Freiburg, 1962.
B 176 Schwerin von Krosigk, Lutz Graf: *Es geschah in Deutschland*, Tübingen—Stuttgart, 1951.
B 177* *Sechs Jahre Stahlhelm in Mitteldeutschland*, Halle, 1926.
B 178* Seldte, Franz: *M. G. K.*, Leipzig, 1929.
B 179* Seldte, Franz: *Dauerfeuer*, Leipzig, 1930.
B 180* Seldte, Franz: *Vor und hinter den Kulissen*, Leipzig, 1931.
B 181* Seldte, Franz: *Sozialpolitik im Dritten Reich. 1933—1938*, München—Berlin, 1939.
B 182 Severing, Carl: *Mein Lebensweg*, Köln, 1950, Bd. II.
B 183 Sontheimer, Kurt: *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, München, 1962.
B 184 *Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll des Kieler Parteitages*, 1927.

B 185 Spengler, Oswald: *Preußentum und Sozialismus*, München, 1932.
B 186* Stadtler, Eduard: *Die Diktatur der sozialen Revolution*, Leipzig, 1920.
B 187* Stadtler, Eduard: *Soldat und Politiker*, Berlin, 1927.
B 188* Stadtler, Eduard: *Seldte, Hitler, Hugenberg. Die Front der Freiheitsbewegung*, Berlin, 1930.
B 189* Stadtler, Eduard: *Als politischer Soldat. 1914—1918*, Düsseldorf, 1935.
B 190* Stadtler, Eduard: *Als Antibolschewist. 1918—1919*, Düsseldorf, 1935.
B 191* Steiss, Hans, Hrsg.: *Unser Marsch*, Stuttgart, 1936.
B 192 Stresemann, Gustav: *Vermächtnis*, 3 Bde., Berlin, 1932.
B 193* Sydow von: *Nationalsozialist oder Stahlhelmmann? Seldte oder Hitler???*, Hirschberg, 1931.
B 194 Thimme, Roland: *Stresemann und die Deutsche Volkspartei. 1923—1925*, Lübeck—Hamburg, 1961.
B 195 *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Proceedings*, Nuremberg, 1948, Bd. 12.
B 196 *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Proceedings*, Nuremberg, 1948, Bd. 21.
B 197 *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Official Transscripts of the Commission appointed by the IMT.*
B 198 *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Stahlhelm Defense Exhibits.*
B 199 *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Stahlhelm Defense Affidavits.*
B 200 Vagts, Alfred: *A History of Militarism, Civilian and Military*, Greenwich, 1959.
B 201 Vietsch, Eberhard von: *Arnold Rechberg und das Problem der politischen Westorientierung Deutschlands nach dem I. Weltkrieg*, Boppard, 1958.
B 202 Vogelsang, Thilo: „Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr. 1930—1933" in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 2, Nr. 2 (April 1954), S. 397—436.
B 203 Vogelsang, Thilo: *Reichswehr, Staat und NSDAP*, Stuttgart, 1962.
B 204 Vollmer, Bernhard: *Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte. 1934—1936*, Stuttgart, 1957.
B 205 Waite, Robert G. L.: *Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany. 1918—1923*, Cambridge, Mass., 1952.
B 206 Weiss, Max, Hrsg.: *Der nationale Wille*, Berlin, 1928.
B 207* Wenzl, Richard: *Stahlhelm-Führer-Spiegel des Landesverbandes Baden*, Freiburg, 1934.
B 208 *Wer wird Reichspräsident? Das Wahlverfahren, die Kandidaten und ihre Aussichten*, Oldenburg, 1932.
B 209 Wheeler-Bennett, John.: *The Wooden Titan*, London, 1936.
B 210 Wheeler-Bennett, John.: *The Nemesis of Power*, London, 1953.
B 211 Williams, Warren E.: *Paramilitarism in Inter-State Relations: The Role of Political Armies in Twentieth Century European Politics*, Diss. London, 1965.
B 212* Wossidlo, Erich: *Gedanken und Erinnerungen vom 9. Reichsfrontsoldatentag in Hamburg*, Leipzig, 1928.
B 213* *Zehn Jahre Dresdner Stahlhelm*, Dresden (1934?).

N.B. Die mit * bezeichneten Schriften stammen entweder aus Stahlhelmkreisen oder beschäftigen sich in erster Linie mit der Geschichte des Bundes.

III. Zeitungen und Zeitschriften

1. Berliner Tageblatt und Handelsblatt
2. Der Abend (Berlin)
3. Der Alte Dessauer (Halle)
4. Der Ortsgruppenführer (Magdeburg)
5. Der Stahlhelm (Magdeburg—Berlin)

6. Der Stahlhelm (Landesverband Braunschweig) (später gen. Junge Nation)
7. Der Stahlhelmsender
8. Deutsche Republik (Berlin)
9. Deutsche Stimmen (der Deutschen Volkspartei)
10. Die Standarte (Magdeburg)
11. Die Westmark (Nachrichtenblatt der Stahlhelm-Traditionsgemeinschaft)
12. Führer-Nachrichten-Blatt (Magdeburg)
13. Hallesche Zeitung (Halle)
14. Hamburger Nachrichten (Hamburg)
15. Hamburgischer Correspondent (Hamburg)
16. Magdeburgische Zeitung (Magdeburg)
17. (Neue Preußische) Kreuz-Zeitung (Berlin)
18. Stahlhelm-Nachrichten (Braunschweig)
19. Stahlhelm-Pressedienst (Magdeburg—Berlin)
20. Unsere Partei (Deutschnationale Volkspartei)
21. Völkischer Beobachter (München)
22. Volksfreund (Braunschweig)
23. Vorwärts (Berlin)

Personen- und Sachregister[1])

Abegg, Wilhelm (Staatssekretär) 168
Aktive Formationen 236 f.
Alldeutscher Verband *159*
Alvensleben, Bodo von (Stahlhelmführer) 259
Antisemitismus 64 ff., 84, 239 ff., 256
Arbeitsdienst 224 f., 229 ff., 252
Arbeitsgemeinschaft Vaterländischer Kampfverbände (AGVK) 41, 45, *47*, 48
August Wilhelm, Prinz von Preußen *243*
Ausfeld, Eduard (Hauptmann a. D., Stahlhelmfunktionär) *58*, 75, *78* f., 89, 124 f., 132, 149, 164, 176 ff., 226 ff.

Bargon, Anton Wilhelm (Stahlhelmfunktionär) *65*
Bartram, Theodor (Stahlhelmer) 237
Bauer, Hermann (Studienprofessor, Führer der VVVB) 41
Below, Otto von (General a. D.) *45*
Bendziula, Friedrich (Stahlhelmfunktionär) *57*, 176
Berba (Berliner Bundesamt des Stahlhelms) *121*
Berendt, Richard von (General) 48
Bernhard, Henry (Privatsekretär Stresemanns) 75, 89 f., 117
Beumelburg, Werner (Schriftsteller) 92
Bismarck, Otto von (Reichskanzler) *120*, *170*, 191
Blomberg, Werner von (Oberst, später General) 132, 242, 248, 257, 261, 267, 273
Blumenthal, Hans Jürgen Graf (Stahlhelmer) 281
Bolz, Eugen (württembergischer Staatspräsident) 253
Bornemann, Otto (Jungdo-Führer) 157
Boxheimer Dokumente *43*
Brandt (Jungstahlhelmführer) 67
Braun, Otto (preußischer Ministerpräsident) *62*, *123* f., 141, 148 ff., 165, *169*
Braunschweiger „Stahlhelm-Putsch" 263 ff.
Braunschweiger „Stahlhelm-Skandal" 84
Brauweiler, Heinz (Stahlhelmfunktionär) *72*, *80*, 89, *90*, 95, *104*, *112*, 115, 119, *120*, 121, *122*, *125* f., 128, *129*, 144 f., *146*, 147, 153 f., 156 f., 159, 164, *165*, 177 ff., 227 f., 237, *255*
Bredow, Kurt von (Oberst) 235 f., *244*
Briand, Aristide (frz. Außenminister) 61, 79, *80*, 169
Briesen, Kurt von (Major a. D.) 57
Bruch, Karl (Stahlhelmführer) 214, *216* f., 218
Brückner (Oberst a. D., Stahlhelmführer) 86 f., 236
Brüning, Heinrich (Reichskanzler) 143 ff., *151*, 152, 162 ff., 167 ff., 174 ff., 191 f., 195 ff., *200*, 201, 204, *205* f., 221, 223, 225 ff., 276 f.
Buchrucker, Ernst (Major) 45, 57
Buchrucker-Putsch 45 f.
Bülow, Bernhard Wilhelm von (Staatssekretär) 136
Bünger, Gustav (Stahlhelmführer) 18, 20 f., *22*, 28, 37, 80, 258
Bunau-Varilla, Maurice (frz. Journalist) *101*
Bund „Bayern und Reich" *41*
Bund Jüdischer Frontsoldaten 243
Bund Königin Luise (KLB) *34*
Bund Oberland *41*

Caesar, Julius 215
Canaris, Wilhelm (Admiral) 281
Class, Heinrich (Justizrat, Führer des Alldeutschen Verbandes) 45 f., 48, 129
Clausewitz, Carl von (preußischer General) 93

[1]) Kursivziffern weisen auf Stichworte in den Anmerkungen hin.

Cremer, Carl (DVP-Politiker) 88, 90, 100
Cuno, Wilhelm (Reichskanzler) 42
Curtius, Julius (Reichsaußenminister) 140 f., 147 f., 150, 163 f., 174 f.
Czettritz, Hermann (Oberst a. D., Stahlhelm-Bundeskanzler) *79*, 115, 132, 156

Darré, R. Walther (nat. soz. Politiker) 241 ff.
Dawes-Plan 67 f., 71, 77
Deutsche Arbeiterpartei (DAP) 40
Deutsche Demokratische Partei (DDP) 70
Deutsche Volkspartei (DVP) *18*, *23*, 37, *44*, 47, 69, 71, 75 f., *83*, 86 ff., 100, 115 ff., *122*, 123, 125, 130, 132, 143, *159* f., 161, 172 ff., 175, 190
Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 25, *31*, 38, 69, 71, 78, 86, 111, *115*, 116, 119, *122*, 138, 146, 148, 154 f., 158, *159*, 162, 173, 175, 179, 190, 192, 197 ff., 202, 205, 209 ff., 214, 216, 220, 231, 244, 253, 264, 276
Deutscher Offiziersbund (DOB) *23*
Deutscher Tag *68*
Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) 37, *109*
Dietrich, Hermann (Reichsminister) 171
Dingeldey, Eduard (DVP-Politiker) *130*, *173*, 174 ff., 180
Doehle, Heinrich (Ministerialrat) 123, 198 f.
Dohna-Hiller-Gärtringen, Graf zu (Stahlhelmführer) 57
Duesterberg, Georg (Sohn des Stahlhelm-Bundesführers) 281
Duesterberg, Theodor (Oberstlt. a. D., Stahlhelm-Bundesführer) passim

Ebert, Friedrich (Reichspräsident) 16, 50, 52 f., 72, *81*
Egan-Krieger, Jenö von (Stahlhelmfunktionär) *129*, 167, 194, 234, 245, 251, 260
Ehrhardt, Hermann (Kapitän a. D.) 28, 35, *41*, 42, *47*, 108 f., 122, 280
Einwohnerwehren 17, 21, *28*, 29, *121*
Escherich, Georg (Forstrat, Führer der Orgesch) 30, 40, 75
Eulenburg-Wicken, Siegfried Graf zu (Stahlhelmführer) 56, *77*, 79, 132, *144*, 153, 155, 194, *204*, 207, *211*, 214 ff., 237
Everling, Friedrich (DNVP-Politiker) 137 f.

Feldmann, Otto von (Oberstlt. a. D., Stahlhelmführer) 111
Fey (Geschäftsführer des Evangelischen Bundes in Sachsen) *34*
Finanzen *77*, 85, 130, 160, 189 f.
Förster, Hans (Stahlhelmführer) 21
Fränkischer Jungdeutscher Orden *41*
Franke, Helmut (Schriftsteller, Stahlhelmfunktionär) *47*, 51 f., 75 f., *92*, 99, 109
Frankenland *41*
Freikorps 17, 20, 224
Freikorps Oberland *41*
Freimaurer *67*
Frick, Wilhelm (nat. soz. Politiker) 146, 182, 184, 188, 190, 198
Fritsch, Werner von (Major, später Oberst und General) *131*, 272
Frontsoldatenideologie 92 ff., 106, 113
Frundsberg-Verlag 92
Führerprinzip 97, 105, *156*, 277
Fürstenberg, Carl (Bankier) *32*
Fuldaer Bischofskonferenz 65

Gayl, Wilhelm von (ostpreußischer Reichsratsbevollmächtigter) *45*, 48, 72 ff., 86, 97
Gebhardt, Albert (Reichsbannerführer) 237
Gesetz vom 22. März 1921 *59*, 63, 137, 139, 151 f.
Geßler, Otto (Reichswehrminister) *59*, 60 ff., 132
Gestapo 271, 282
Gilsa, Erich von (Oberst a. D., DVP-Politiker) 117 ff., *122*, 174

Gisevius, Hans Bernd (Stahlhelmer) 281
Glatzel, Frank (DVP-Politiker) 177 ff.
Gleichschaltung 253 f., 267 ff.
Goebbels, Joseph (nat. soz. Politiker) *148*, 210, 212, 241, *242*, 243 f.
Goerdeler, Carl Friedrich (Oberbürgermeister a. D.) 281
Göring, Hermann (nat. soz. Politiker) 190, 206 f., 245, 248, 252, *254*, 256, 270
Görnemann, Karl (Stahlhelmfunktionär) *133* f.
Goltz, Rüdiger von der (Führer der VVVD) 75, 83, 129, 210
Gossler, Kurt (?) von (Oberstlt. a. D., Stahlhelmfunktionär) 207
Graczynski, Michael (Wojewode von Schlesien) 164
Grenzschutz 56, 59, 131 ff., 163, 193, 224
Groener, Wilhelm (Reichswehrminister) 132, 134, 140 f., 191 f., 194, 196, *205* f., 222 f., 225 ff.
Grote, Hans Henning von (Schriftsteller) 92, *104*
Gründung 14 ff.
Grzesinski, Albert (preuß. Staatsminister, Polizeipräsident von Berlin) 62, 136 ff., 165 ff., 171

Halbig, Karl (Hauptmann a. D., Stahlhelmführer) 21 f., 240
Hammerstein, Fritjof von (General a. D., Stahlhelmführer) 84, 218, 265 f.
Hammerstein-Equord, Kurt von (General) 227
Harzburger Front 179, 181 ff., 188, 190, 196, 198 f., 207, 219, 244, 254, 276
Haßbotschaft von Fürstenwalde 113 f., 116, 123
Hauffe, Martin (Hauptmann a. D., Stahlhelmführer) 224
Heege, Martin (Redakteur) 158
Heider (Major a. D., Stahlhelmer) 135
Heimatbund Hainberg *29*
Heinz, Friedrich Wilhelm (Schriftsteller) *79*, 92, *104*, 108, 280 f.
Heiss, Adolf (Hauptmann a. D., Führer der „Reichsflagge") *41*, 42, *47*, *109*
Helfferich, Karl (Vizekanzler) 203
Helfritz, Paul (Generalmajor a. D.) 58
Helldorf, Wolf Heinrich Graf von (Stahlhelmführer, später SA-Führer) 48 ff., 67
Hergt, Oskar (DNVP-Führer) 71
Hess, Rudolf (nat. soz. Politiker) *148*
Heye, Wilhelm (General, später Stahlhelmer) 62, 131 f., 170
Hierl, Konstantin von (nat. soz. Politiker) 253
Hilfspolizei 252 ff., 264
Himmler, Heinrich (Führer der SS) 271
„Hinein-in-den-Staat"-Erklärung vom Oktober 1926 100, 103, 105, 109
Hindenburg, Oskar von (Sohn des Reichspräsidenten) 199, 248
Hindenburg, Paul von (Reichspräsident) 73 f., *111*, 120, 122 ff., 138 f., 141 f., 144 f., 149 ff., 161 ff., 166, *167*, 168, 171, 175 ff., 181 f., 185, 192, 195 ff., 212 f., 217 ff., 229, 234, 238, 242, 244 ff., 254, 257, 261, 270, 272, 276
Hindenburg-Ausschuß 197, 208
„Hindenburg-Dank" 123
Hitler, Adolf (Führer der NSDAP) 23, *28*, 40 ff., *43*, 45, *47*, 48, 50, *114*, 125 ff., 129 f., 144 ff., 148, 156, 160 f., 172 f., 175, 177 f., 181 ff., 185, 187 f., 191, 195 f., 199, 204 ff., 210 ff., 217 ff., 231, 241 ff., 245 f., 248 ff., 253 ff., 265, 267 f., 270 ff., 279 f.
Hitler-Putsch 50, 52 f., 275
Hoepner, Erich (Generaloberst) 280
Hörsing, Otto (Oberpräsident, Reichsbannerführer) 36, 65, *79*
Horn, Max Rudolf von (General a. D., Führer des Kyffhäuserbundes) 200 f., 203, 209
Hübotter, Hans (Stahlhelmfunktionär) *169*
Hugenberg, Alfred (DNVP-Führer) 121, 128 ff., 144, 146, 156, 160 f., 172 ff., 177 f., 181 f., 184, 190, 196 ff., 213, *214*, 221, 223, 244, 247 ff.

Ilsemann, Georg (Oberstlt. a. D., Stahlhelmer) *242*
Interalliierte Militärkontrollkommission (IMKK) 59 f., 62 f.

Jägerregiment Oberfranken *41*
Jarres, Karl (Oberbürgermeister) 73, 86
Jünger, Ernst (Schriftsteller) 92, 99, 109, 276
Jüttner, Max (Hauptmann a. D., Stahlhelmführer) 38, 47, *66*
Jungdeutscher Orden (Jungdo) *29*, *32*, 44, *64*, 77, 157, 232
Jungstahlhelm 32 f., 64

Kahr, Gustav von (bayerischer Politiker) 40, 42, 45 ff., 49 f.
Kaisers Geburtstag 123 f.
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 212 ff. (1932), 250 f., 253 (1933)
Kanitz-Podangen, Gerhard Graf (DNVP-Politiker) 51 f.
Kapp, Wolfgang (ostpreuß. Generallandschaftsdirektor) 28, 41
Kapp-Putsch 27 ff., 40 f., 55, *91*, *121*
Karl Eduard, Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha (Stahlhelmführer) 45
Katholizismus 64 f.
Kempkes, Adolf (DVP-Politiker) 116
Kesselring, Albert (Generalfeldmarschall a. D.) *279*
Keudell, Walther von (DNVP-Politiker) 138 f.
Keyser, Otto (Journalist) *104*
Klagges, Dietrich (nat. soz. Politiker) 264 f., 281
Klein, Wilhelm (Stahlhelmführer) 108, 207
Kleinau, Wilhelm (Journalist) 75, 99, 224, 228
Kloppe, Fritz (Hauptmann a. D., Führer des Wehrwolf) 33, 75
Knilling, Eugen von (bayerischer Politiker) 41
Köpke, Gerhard (Ministerialdirektor) *140*
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 136, 251
Konservative Revolution *93*
Kriebel, Hermann (Oberstlt. a. D.) 48
Kriegserlebnis 91, 93 f., *105*, *120*
Kroeger, Otto (Stahlhelmer) 221
Küchenthal, Werner (DNVP-Politiker) 264
Kulenkampff, Walter (DVP-Politiker) 76, *79*, 89 f., 115, 118 f., 121, *130*
Kyffhäuserbund 197 ff., 202, 208 f., 232

Laboulaye, André de (frz. Diplomat) 61
Lamezan, Hugo von (Stahlhelmer) 157
Landbund 133, 156
Landesschutz 56 ff., 131
Landsturm „Der Stahlhelm" (LDS) 33, 64, 100
Landvolk-Partei *159*
Langenberg-Verbot 136 ff., 166, 220
Langenberg-Verbot, Aufhebung 145, 148 ff.
Leckebusch, Kurt (DVP-Funktionär) 115, 118
Lehmann (Stahlhelmführer) *279*
Lenz, Hermann von (Oberst a. D., Stahlhelmführer) 188, 236, 239 f.
Locarno-Abkommen 77 f., 82 f., 131
Loebell, Friedrich Wilhelm von (preußischer Verwaltungsbeamter) 72
Loebell-Ausschuß 72 ff.
Löhr, Otto (Stahlhelmführer) 18, 21, *27*, *107*
Londoner Telegramm 177, 180, *181*
Lossberg, Fritz von (General) 58
Lossow, Otto von (General) 46, *47*, 48 ff., 57 f.
Ludendorff, Erich (General a. D.) 40, 45, 48 ff., 64, 175
Ludwig, Hans (Studienrat, Stahlhelmfunktionär) *79*, *83*, 88 ff., 103 f., 108
Lübbert, Erich (Stahlhelmführer) *164*, 226, 237, *240*
Lüninck, Ferdinand von (Stahlhelmführer) *65*, 281

Lüninck, Hermann von (Oberpräsident) 200, 210
Lüttwitz, Walther von (General) 28
Luther, Hans (Reichskanzler) 86
Lutze, Viktor (SA-Führer) 270

Mackensen, August von (Generalfeldmarschall a. D.) 208
Maercker, Georg Ludwig (General, später Stahlhelmführer) 17, 21, 45, *49*, 66, *68*
Magdeburger Arbeiterrat 16
Magdeburger Führertagung 224
Mahnken, Heinrich (Stahlhelmführer) 118, 132 ff., 139, 141, 148, 174, *212*, 232, 244, 253
Mahraun, Artur (Führer des Jungdo) *73*
Margerie, Pierre de (frz. Diplomat) 61 ff., *140*
Marklowski, von (Oberst a. D., Stahlhelmführer) *163*, 182, 198, 204, *240*
Marsch auf Berlin 42, 46
Marshall-Cornwall (Colonel) *194*
Massow, Ewald von (Generalmaj. a. D., Stahlhelmführer) 56, *114*, 116
Meißner, Otto (Staatssekretär) 124 f., 139 f., 152, 163, 167 f., *170*, 172, 176 f., 181 f., 201, 203 f., 206, 208, 238, 249, 257, 261, 273
Minoux, Friedrich (Industrieller) *45*, 48
Mitgliederbewegung 13, *85*, *189*, *266*, 273, 286
Morosowicz, Elhard von (Rittmeister a. D., Stahlhelmführer) 57, 113 f., 116, *133*, *157*, 183, 190, 193, *240*, 244, 256, 258, 267 f.,
Müller, Hermann (Reichskanzler) 137, 141 ff.
Mussolini, Benito (ital. faschistischer Politiker und Staatsmann) 41, *95*, 135, 163, 215

„Nacht der langen Messer" 251
Napoleon I. 215
„Nationale Opposition" 143, 146 ff., 153, 155, 166, 175 ff., 184 f., 189 ff., 196 ff., 200, 204 f., 210, 219 ff.
Nationaler Ring 71
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) *69*, 125 ff., 129, 136, *146*, 148, 155, 158, *159* f., 161 f., 172 f., 179, 183, 187 ff., 202, *204*, 205 ff., 210, 213, 218 f., 227, 231, 241, 243 ff., 247, 250 f., 253, 260, 263 f., 266, 276 f., 281
Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund (NSDFB) 269 ff.
Nationalverband Deutscher Offiziere (NDO) *32*, 73
Naumann, Friedrich (DDP-Politiker) 96
Neufville, Georg von (Rittmeister a. D., Stahlhelmführer) *149*, 232 ff., 253
Neumann (Stahlhelmführer) 135
Neurath, Constantin von (dt. Diplomat) 206
Niekisch, Ernst (Journalist) *107*, *120*
Noske, Gustav (Reichswehrminister) *122*
Notpolizei *41*, 42
Nowack (Stahlhelmführer) 264

Oberlindober, Hanns (Reichskriegsopferführer) 271
Oheimb, Katharina von (DVP-Politikerin) *43*
Ohrt, Paul (Stahlhelmer) *85*
Oldenburg-Januschau, Elard von (DNVP-Politiker) 208
Olympiabund *138*
Oppen, Heinrich Karl von (Rittergutsbesitzer) 48
„Ordnungszelle Bayern" 40 ff.
Organisation Consul 35
Organisation Escherich (Orgesch) 30, 40, *41*, 55
Organisation Kanzler (Orka) *41*
Organisation Zentz (Orgzentz) *41*
Ostelbischer Ausschuß 133
Oster, Hans (Generalmajor) 280

Ostpolitik 96, 133, 163, 169 ff., 224
Oven, Ernst von (General a. D., Stahlhelmführer) *58*

Papen, Franz von (Reichskanzler) 228 ff., 233 f., 237 ff., 244 ff., 257, 261, 267, 277
Palombini, Kraft von (Stahlhelmer) 280 f.
Pastenaci, Kurt (Jungdo-Führer) 157
Pawelsz, Richard von (General) 62
Pfeffer von Salomon, Franz (Freikorpskämpfer, später SA-Führer) 41
Pilsudski, Józef (poln. Staatsmann) 133
Pittinger, Otto (Sanitätsrat, Führer des Bundes „Bayern und Reich") 30, *41*
Planck, Erwin (Ministerialbeamter) 179, 228
Poincaré, Raymond (frz. Staatsmann) 39, 79
Pommern-Treue 57
Potempa, Mord von 244
Potsdam, Staatsakt 254 f.
„Preußenschlag" 234 f.
Preußen-Volksbegehren 158 ff., 165 f., 169, 172 f., 175, 178, 180, *220*
Preußenwahlen 1932 200, 204, 210, 217, 219, 221, 223, 225
Proletarische Hundertschaften *42*
Pünder, Hermann (Staatssekretär) 130, 149, 168, 172 *212*, 227 f.

Rabethge, E. H. E. 51 f.
Rathenau, Walther (Reichsaußenminister) 36
Rausch, Bernhard (Stahlhelmfunktionär) *107*
Rechberg, Arnold (Industrieller) 157
Rechtserweiterung 169 ff., 199 ff., 221
Reibnitz, Eugen von 171
Reichenhall-Konferenz 267
Reichsbanner 64 f., 139, 162, 193, 227, 232, 237, 263
Reichsflagge *29*, *41*, *109*
Reichsfrontsoldatentag 86, 98 (1926); 105 (1927); 112 (1928); 128 (1929); 154, 156, 162 (1930); 169, 174 (1931); 237, 240 (1932)
Reichsgericht 166, 168
Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst 238
Reichskuratorium für Jugendertüchtigung 193 f., 238
Reichspräsidentenwahlen 1925 *58*, 72, 110, 122
Reichspräsidentenwahlen 1932 195 ff., 233
Reichstagswahlen 67, 70 (1924); 109 ff. (1928); 155 (1930); 244 (1932); 250 f. (1933)
Reichswehr 20, 39, *43*, 45, 49, 56, *57*, 58 f., *60*, 62 f., 131 f., 134, 141, 178, 193 ff., 222, 231, 233 ff., 272
„Reichswehr-Putsch" 247 f.
Republikschutzverordnung 36
Rheinbaben, Werner von (DVP-Politiker) 117
Richtmann-Gedanke 99
Röhm, Ernst (Hauptmann a. D., SA-Führer) 41, 143, *212*, 243, 246, 252, 266, 268 ff., 277
„Röhm-Putsch" 270
Rotfrontkämpferbund (RFB) 62, 136
Ruhrbesetzung 33, 39

SA (Sturmabteilung) 41, 67, 136, 185, 193, 223, 251 ff., 259, 265, 267 ff., 277, 281
SA-Reserve I 268 f.
SA-Verbot 219, 222, 225, 233
Sahm, Heinrich (Senatspräsident, Oberbürgermeister) *128*, 197 ff., 203, 206 f.
Satzung *18*, *22*, 31, 80, 100, 104 f., 283 f.
Schaper, Rudolf (Stahlhelmführer) 37, 76, 99, *147*, *239*, 258
Scharnhorst, Bund der Jungmannen 32 f., 64, 267
Schauwecker, Franz (Schriftsteller) 92, 96, 99, *105*, 108, 276

Scheubner-Richter, Erwin von (nat. soz. Politiker) 50
Schlageter, Albert Leo (Freikorpskämpfer) 39
Schleicher, Kurt von (Major, später Oberst und General) *73*, *130* f., 132, *164*, 167, 192 ff., 204 ff., 221 ff., 225 ff., 233 ff., 245 f., 248, 277
Schmidt-Hannover, Otto (Hauptmann a. D., DNVP-Politiker) 161, 183 f., 198, 202, 220, 244, *245*, 246
Schnell (DVP-Politiker) 88
Scholz, Ernst (DVP-Politiker) 116
Schrader, Werner (Stahlhelmführer) *84*, 107 f., 264 f., 281
Schubert, Carl von (Staatssekretär) 136 f., 140 f.
Schulz, Paul (Oberleutnant) *45*, 57
Schulz-Spende 112
Schutz-Staffel (SS) *114*, 136, 185, 251 f., 254, 259, 264
Schwarz, Franz Xaver (nat. soz. Politiker) 273
Schwarz, Hans (Schriftsteller) *99*
Schwarze Reichswehr *45*, *47*, 56 f., *193*
Seeckt, Hans von (Generaloberst) 44 ff., 48, 50 ff., 58 ff., 62, 72 f., 131 f., 276
Seisser, Hans (bayerischer Polizeioffizier) 49 f.
Seldte, Emma (Mutter des Stahlhelm-Bundesführers) *22*
Seldte, Eugen (Bruder des Stahlhelm-Bundesführers) 13
Seldte, Franz (Stahlhelm-Bundesführer) passim
Seldte, Georg (Bruder des Stahlhelm-Bundesführers) 13
Seldte, Wilhelm (Vater des Stahlhelm-Bundesführers) 22
Severing, Carl (preuß. Staatsminister) 36, 38 f., *59*, 60, 123 ff., 130, 136 ff., 140 f., 165 ff.
„Siebener-Ausschuß" 18
Siebke (Stahlhelmführer) 111, 192
Simon, Carl (Stahlhelmführer) *133*, *279*
Sixt von Arnim, Friedrich (General a. D.) 80
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) *29*, 44, 68, 142, 162, 165, 188, 251, 263
Staatsgerichtshof 37
Stadtler, Eduard (DNVP-Politiker, Stahlhelmfunktionär) 41, *112*, 113, *144*, 147
Stahl (Ingenieur, Stahlhelmer) 14
Stahlhelm-Botschaft 105 f., 112
Stahlhelm-Selbsthilfe (Stas) *69*, 107
Stahlhelmstudentenbund „Langemarck" 107, 280
Stahlhelm-Volksbegehren 119 ff., 125 ff.
Stahlhelm-Werbeschatz 1922 36
Stauffenberg, Claus Graf Schenck von (Oberst) 280 f.
Stauß, Emil von (Bankier) 77, 115
Stennes-Rebellion *173*
Stephani, Franz von (Major a. D., Stahlhelmführer) 40, 133, *148*, 212, 227 f., *240*, 258, 261, 267 ff.
Stocksiek (DVP-Funktionär) *116*
Stoffregen, Götz Otto (Schriftsteller) 92
Stolzmann, von (Stahlhelmführer) 111
Strasser, Gregor (nat. soz. Politiker) *146*, 182
Stresemann, Gustav (Reichsaußenminister) *18*, 37, 42 ff., 51 ff., 60 ff., 68 f., 71, 75 ff., 82, 86 ff., 100 f., 114 ff., 130, 133, 140, 175
Stülpnagel, Edwin von (General) 193
Syrup, Friedrich (Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst) 252

Thälmann, Ernst (KPD-Führer) 217
Thoiry-Konferenz 61, *80*
Tirpitz, Alfred von (Großadmiral a. D.) *76*
Treviranus, Gottfried (Reichsminister) *145*, 152, 232

Überparteilichkeit 68 ff., 81, 109, 215

Uhlenhaut, Willy (Stahlhelmführer) 84, 107
Uniform- und Abzeichenverbot 191, 194, 196 f., 222, 233

„Verbändeachse" 237
Verband nationalgesinnter Soldaten (VnS) *32*, 40
Verbot 1922/23 36 ff.
Vereinigte Vaterländische Verbände Bayerns (VVVB) 41, 68
Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands (VVVD) *32*, *45*, *159*
Versailler Vertrag 18 f., 55, 59, 63, 67, 78, *103*, 105, 131, 137 f., 151
Vögler, Albert (Industrieller) 120
Völkische 64, 66, *67*
Voigt (Stahlhelmführer) 21
Volksbegehren gegen den Young-Plan 128 ff., 137, *140*, 141, 144 ff., 154 f., 166, *220*, 276

Wäninger (Major a. D., Stahlhelmführer) *39*, 47, 108
Waentig, Heinrich (Prof., preußischer Innenminister) 150, 152
Wagner, Siegfrid (Major a. D., Stahlhelm-Bundeskanzler) 121, 133, 146 f., 149 f., 151 ff., 155 f., 159, 163 f., 167, 170, 172, 174 ff., 179 ff., 184 f., 187, 189 f., 193, 196 ff., *200*, 202, 205, 207 ff., 214 ff., 219, 223 f., 231, 233, 235 f., 238 f., 243, *245*, 249, 252, 259 f., 281
Walbaum (Stahlhelmführer) *266*
Waldenfels, Otto von (Archivrat, Stahlhelmführer) *266*, 271
Waldow, Wilhelm (?) von (Major a. D.) *49*
Warmbold, Hermann (Reichswirtschaftsminister) 226
Wedel-Fürstensee, Bernd Graf von (Stahlhelmführer) 133, 194
Wehrsport 58 f., 62, 133 ff., 193 ff., 222 ff., 229 f., 233 ff.
Wehrstahlhelm 267 f.
Wehrwolf 33, *64*
Weismann, Robert (Staatssekretär) *60*, *62*
Werner, Kurt (Hauptmann a. D., Stahlhelmführer) 31, 38
Westarp, Kuno Graf (konservativer Politiker) *87*, 137, 154, 212
Westfalenbund *65*, 281
Widerstand 271, 279 ff.
Wiedfeldt, Otto (dt. Diplomat) 46
Wikingbund *29*, *41*, 108 f., *138*
Wilhelm II. (ehemal. dt. Kaiser) 123
Wilhelm von Preußen (Kronprinz) *214*
Winnig, August (Oberpräsident a. D.) *107*
Winter, Adolf Gustav (Betriebsanwalt) 217
Wirth, Joseph (Reichskanzler) 35, 147 ff.
Wirtschaftspartei 158, *159*
Witzleben, Erwin von (Generalfeldmarschall) 280
Wrangel, von (Stahlhelmführer) 56

Zaleski, August (poln. Außenminister) 164
Zeigner, Erich (sächs. Ministerpräsident) 45 f.
Zeitungen
Der Alte Dessauer *25*
Im Feldquartier 274
Kreuz-Zeitung 211 f., 274
Junge Nation 108
Der Stahlhelm 26, 36, 75, *76*, *79*, *85*, 92, 108
Stahlhelm-Nachrichten *84*
Die Standarte *76*, 92 ff., 108, 276
Zentrumspartei 150, 160, 165, 191, 251
Zitzewitz, von (Stahlhelmer) 194
Zollunion 182
„Zwischenreich" 165, *172*